

2018
band 6, heft 2/3
www.zeitschrift-suburban.de

sub \ urban

zeitschrift für kritische stadtforschung

aufsätze

Informalität von oben und unten in Kabul

Pietro Calogero, Stefan Schütte

Intersektionalität privilegierter Identitätsdimensionen

Lars Meier

Die Verwaltung der unternehmerischen Stadt

Felix Silomon-Pflug

Urban Policy Mobilities und globale Produktionsnetzwerke in Chile

Michael Lukas, Andreas Brück

debatte

Hypergespaltene Städte und die ‚unmoralischen‘ Superreichen

Ray Forrest, Sin Yee Koh, Bart Wis-sink; mit Kommentaren von Michael Hartmann, Susanne Heeg, Anna-Lisa Müller, Laura Calbet i Elias

1968 und die Kritik der Stadt

Nina Gribat, Maren Harnack, Sebastian Haumann, Johanna Hoerning, Felicitä Reuschling, Nina Schuster, Anne Vogelpohl, Lisa Vollmer

Für eine wirklich soziale Wohnungspolitik

magazin

Macht der Unternehmensberatungen über Städte

Anne Vogelpohl

Make Potsdam great again

André Tomczak, Manuel Lutz, Holger Zschoge

Die Flughafenmalls

Philippe Rekacewicz

rezensionen

themenschwerpunkt

Stadt
von oben



Impressum

s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung, 2018, Band 6, Heft 2/3
ISSN 2197-2567

Redaktion

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Antonio Carbone, Nina Gribat, Stefan Höhne, Johanna Hoerning, Jan Hutta, Justin Kadi, Yuca Meubrink, Boris Michel, Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster, Lisa Vollmer

Heftkoordination für diese Ausgabe

Justin Kadi, Yuca Meubrink

Koordination des Themenschwerpunktes für diese Ausgabe

Laura Calbet i Elias, Boris Michel, Lisa Vollmer

Autor_innen dieser Ausgabe

Andreas Brück, Laura Calbet i Elias, Pietro Calogero, Johannes Coughlan, Ray Forrest, Carola Fricke, Nina Gribat, Maren Harnack, Michael Hartmann, Sebastian Haumann, Susanne Heeg, Johanna Hoerning, Sin Yee Koh, Michael Lukas, Manuel Lutz, Lars Meier, Anna-Lisa Müller, Philippe Rekacewicz, Felicita Reuschling, Stefan Schütte, Nina Schuster, Felix Silomon-Pflug, André Tomczak, Anne Vogelpohl, Lisa Vollmer, Bart Wissink, Holger Zschoge

Lektorat, Gestaltung, Satz

Joscha-N. Barisch joscha@textfriseur.org, Janoš Klocke, janos@textfriseur.org (Lektorat)
Robert Hänsch signtific@jpberlin.de (Satz, Web-Satz), Redaktion (Gestaltung, Web-Satz)

Titelbild

Originalbild von Boris Michel, verändert durch s u b \ u r b a n

Förderung

Der Themenschwerpunkt dieser Ausgabe wurde durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) gefördert.



Rechte

Alle Inhalte der Zeitschrift (d. h. alle Beiträge, die auf der Website von s u b \ u r b a n veröffentlicht sind) stehen unter einer Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz. Diese Lizenz schützt die Werke der Autor_innen und ermöglicht gleichzeitig ihre nichtkommerzielle Verbreitung. Dies bedeutet, dass die Inhalte vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden dürfen unter den folgenden drei Bedingungen: erstens der Nennung des Namens der Autor_innen und der Zeitschrift s u b \ u r b a n , zweitens unter Ausschluss kommerzieller Nutzung und drittens unter Ausschluss jeglicher Veränderung. In jedem Fall bitten wir bei Weiterverwendung um eine Nachricht an info@zeitschrift-suburban.de.

Verein: Fördermitgliedschaften und Spenden

Die Zeitschrift wird durch sub\urban e.V. getragen. Spenden und Fördermitgliedschaften sind steuerlich absetzbar. Informationen dazu finden sich auf www.zeitschrift-suburban.de.

Kontoverbindung

Kontoinhaber: sub\urban e.V.

Bank: GLS Bank – IBAN: DE03 4306 0967 1172 9139 00 – BIC: GENODEM1GLS

Kontakt

www.zeitschrift-suburban.de – info@zeitschrift-suburban.de

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt „Stadt von oben“

	Editorial	5
Aufsätze	Informalität von oben und unten. Stadtentwicklung in Kabul im Kontext von Staatsaufbau und militärisch-humanitärer Intervention <i>Pietro Calogero, Stefan Schütte</i>	7
	Intersektionalität privilegierter Identitätsdimensionen. Performanz einer weißen, männlichen und globalen Elite <i>Lars Meier</i>	31
	Die Verwaltung der unternehmerischen Stadt. (K)ein Thema in der geographischen Stadtforschung?! <i>Felix Silomon-Pflug</i>	49
	Urban Policy Mobilities und globale Produktionsnetzwerke. Städtische Planung in Chile als Legitimationsinstanz extraktiver Industrien <i>Michael Lukas, Andreas Brück</i>	69
Debatte	Hypergespaltene Städte und die ‚unmoralischen‘ Superreichen – Fünf abschließende Fragen <i>Ray Forrest, Sin Yee Koh, Bart Wissink</i>	91
	Stadt- und Elitesozioogie – Desinteresse oder Kooperation? <i>Michael Hartmann</i>	105
	Immobilien, Stadtentwicklung und die Superreichen <i>Susanne Heeg</i>	111
	Eine <i>shiny windows theory</i> ? <i>Anna-Lisa Müller</i>	119
	Finanzialisierung und die Raumproduktionen von Superreichen <i>Laura Calbet i Elias</i>	127
	1968 und die Kritik der Stadt – 50 Jahre danach <i>Nina Gribat, Johanna Hoerning, Nina Schuster</i>	135
	Mieter_innenproteste von den 1960er bis in die 1980er Jahre in der BRD. Von der Klassenallianz zur Aufspaltung und Einhegung ins neoliberale Projekt <i>Lisa Vollmer</i>	137
	Henri Lefebvres „Recht auf Stadt“ feministisch denken. Eine stadttheoretische Querverbindung von 1968 bis heute <i>Anne Vogelpohl</i>	149
	Soziale Wohntopien 68. Everything must change <i>Felicita Reuschling</i>	159
	In die Zange genommen. Kritik am Wohnungsbau um 1968 <i>Maren Harnack</i>	173
	Grabenkämpfe um die Kritik am funktionellen Städtebau um 1968. Sozialpsychologische Reformist_innen und marxistische Revoluzzer_innen <i>Nina Gribat</i>	181
	Partizipation als Konsens. Die ‚68er‘-Bewegung und der Paradigmenwechsel in der Stadtplanung <i>Sebastian Haumann</i>	189
	1968 und die Kritik der Kritik der Stadt: Anschlüsse und Verwerfungen. Eine Replik <i>Johanna Hoerning</i>	197
	Für eine wirklich soziale Wohnungspolitik. Wissenschaftler_innen fordern Schutz der Bestandsmieten, Gemeinnützigkeit und Demokratisierung	205

Magazin

Eliten unter sich. Wie Unternehmensberatungen ihre Macht über Städte entfalten 223
Anne Vogelpohl

Make Potsdam great again 231
André Tomczak, Manuel Lutz, Holger Zschoge

Bevor Sie fliegen können, müssen Sie kaufen: die Flughafenmalls 245
Phillippe Rekacewicz

SCHWERPUNKT

Rezensionen

Zwischen Kontinuität und Erneuerung kritisch-materialistischer Raumforschung 253
Carola Fricke

Sozio-technische Existenzbedingungen der Stadt 259
Johannes Coughlan

Editorial

Liebe Leser_innen,

in unserem Call für den Themenschwerpunkt „Stadt von oben“ haben wir um Beiträge gebeten, die sich mit dem Verhältnis von Eliten und Stadtentwicklung auseinandersetzen. Als Orte, an denen sich die gesellschaftlichen Widersprüche materialisieren, sind Städte auch Räume der Eliten und der Macht. Hinter den Strukturen und Mechanismen von Unterdrückung, Ausbeutung und Marginalisierung stehen die Interessen und gesellschaftspolitischen Positionen bestimmter stabiler oder sich wandelnder Konstellationen mächtiger Akteure, Netzwerke und Gruppen. Die Rolle ökonomisch und politisch mächtiger Akteure in Raumproduktionen, die Mechanismen hegemonialer Raumproduktion und die Orte der Macht und Exklusivität in Städten stehen im Mittelpunkt dieser Ausgabe.

Dass es sich dabei um ein in der deutschen Stadtforschung wenig bearbeitetes Thema handelt, wie bereits im Call angedeutet, konnten wir auch an der relativ geringen Anzahl von thematisch passenden Beitragsvorschlägen ablesen. Es ist uns trotzdem gelungen, vier spannende Aufsätze, eine Debatte und zwei Magazinbeiträge zu versammeln und wir hoffen, dass dies dazu beiträgt, dem Thema künftig mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Michael Lukas und Andreas Brück untersuchen in ihrem Aufsatz den Einfluss von multinationalen Unternehmen der extraktiven Industrie auf Stadtentwicklung in chilenischen Städten. Dabei gelingt es ihnen, sowohl das internationale Renommée einiger Architekten mit der Realität von vor Ort lebenden Bürger_innen zu kontrastieren, als auch einen Beitrag zur Debatte um *policy mobilities* und strategische Kopplung zu leisten. Pietro Calogero und Stefan Schütte beschreiben am Beispiel Kabuls, wie informelle Planungsprozesse von unten kriminalisiert werden, während sie von oben eingesetzt der Durchsetzung der raumgreifenden Macht städtischer Eliten dient. Lars Meier blickt nach London und Singapur, bzw. auf deren Finanzwelten, und beleuchtet die Performanz einer weißen, männlichen Elite. Felix Silomon-Pflug schließlich richtet den Blick nach Deutschland. Er argumentiert, dass die Verwaltung der unternehmerischen Stadt durch die

Einführung des New Public Management städtische Politik zum Handlanger privatmarktwirtschaftlicher Interessen macht.

Dem Umstand, dass die deutschsprachige Forschung bisher wenig zur internationalen Diskussion um städtische Eliten beigetragen hat, haben wir uns auch in der Debatte angenommen. Mit der Übersetzung eines Beitrags von Ray Forrest, Sin Yee Koh und Bart Wissink, der den aktuellen Stand dieser Diskussion widerspiegelt, hoffen wir Forschungen zu inspirieren. Anstöße können die vier Kommentare von Susanne Heeg, Laura Calbet i Elias, Anna-Lisa Müller und Michael Hartmann sein, die aus jeweils unterschiedlicher Perspektive, den Debattenaufschlag kommentieren.

Im Magazinteil stellen André Tomczak, Manuel Lutz und Holger Manuel dar, wie Potsdam auf Geheiß und die Einflussnahe lokaler Eliten hin städtebaulich zurück in den Barock geführt werden soll. Die Erinnerung an die preußische Obrigkeitsstaatlichkeit trumps über die sozialistische Moderne. Anne Vogelpohl setzt sich mit der Rolle von Unternehmensberatungen auseinander und erörtert Machttechniken, mit denen sie ihren Einfluss in der Stadtpolitik zunehmend ausweiten. Der Beitrag von Phillippe Rekacewicz und Victor Gurrey beschäftigt sich in Text und Bild kritisch mit der Kommerzialisierung von Flughäfen.

Neben den Beiträgen des Themenschwerpunkts versammelt das Heft auch eine ganze Reihe weiterer spannender Beiträge. Eine zweite Debatte nimmt das 50jährige Jubiläum des Epochenjahres 1968 zum Anlass, auf die Debatten rund um das Thema Stadt in dieser Zeit zurückzublicken. Aufbauend auf einen Workshop am Institut für Europäische Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar beleuchten Felicita Reuschling, Maren Harnack, Lisa Vollmer, Sebastian Haumann, Nina Gribat und Anne Vogelpohl verschiedene Aspekte sozialer Wohntopien und der Kritik am Massenwohnungsbau, über Mieter_innenproteste und Debatten um den Begriff der Partizipation bis zur stadttheoretischen Querverbindung einer feministischen Lektüre Lefebvres. Johanna Hoerning führt die verschiedenen Perspektiven zusammen und diskutiert sie.

Online vorabveröffentlicht aus dem vorliegenden Heft wurde bereits die kollektiv verfasste Stellungnahme „Für eine wirklich soziale Wohnungspolitik“, die sich gegen die Ratschläge des wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Wirtschaft stellt, den sozialen Wohnungsbau abzuschaffen.

Außerdem rezensiert Carola Fricke den Sammelband *Raumproduktionen II*, herausgeben von Anne Vogelpohl, Boris Michel, Henrik Leuhn, Johanna Hoerning und Bernd Belina, und Johannes Coughlan rezensiert den von Anna-Lisa Müller herausgegebenen Sammelband *Infrastrukturen der Stadt*.

Die s u b \ u r b a n -Redaktion:

Kristine Beurskens, Laura Calbet i Elias, Antonio Carbone, Nina Gribat, Stefan Höhne, Johanna Hoerning, Jan Hutta, Justin Kadi, Yuca Meubrink, Boris Michel, Carsten Praum, Nikolai Roskamm, Nina Schuster, Lisa Vollmer



Informalität von oben und unten

Stadtentwicklung in Kabul im Kontext von Staatsaufbau und militärisch-humanitärer Intervention

Pietro Calogero
Stefan Schütte

Stadtentwicklung in der afghanischen Hauptstadt Kabul nach der westlichen Intervention ist gekennzeichnet von der Verschränkung einer durch Staatsaufbau nach westlichem Vorbild gesteuerten Logik und der sich in diesem Rahmen ausbreitenden Aneignung des städtischen Raumes durch ganz verschiedene Akteure. Vor diesem Hintergrund wird das Ziel verfolgt, stadträumliche Entwicklungsprozesse in Kabul nach 2001 genauer in den Blick zu nehmen und mit jüngeren Debatten um urbane Informalität im globalen Süden zu verknüpfen. Dabei werden verschiedene, aufeinander bezogene Regime der Stadtplanung und ihre Raumproduktionen unter der Linse urbaner Informalität genauer betrachtet. Es soll herausgearbeitet werden, wie eine Herstellung und Zementierung städtischer Ungleichheit forciert wird, wie bestimmte soziale Dispositionen und Praktiken im Kontext von Informalität charakterisiert werden und wie urbane Informalität gezielt als Ressource zur Macht- und Wohlstandsaneignung eingesetzt werden kann.

*Ersteinreichung: 1. Februar 2018; Veröffentlichung online: 28. November 2018
An english abstract can be found at the end of the document.*

Die Stadtentwicklung in der afghanischen Hauptstadt Kabul nach der westlichen Invasion im Herbst des Jahres 2001 ist gekennzeichnet von der Verschränkung einer durch einen Staatsaufbau nach westlichem Vorbild gesteuerten Logik und der sich in diesem Rahmen ausbreitenden Aneignung des städtischen Raumes, sowohl durch internationale und afghanische Eliten als auch durch eine von oftmals extremer Armut und hoher Verwundbarkeit betroffene Bevölkerung. Die resultierende ‚Überdetermination‘ der städtischen Entwicklung in Kabul (Esser 2013) wird konturiert durch Land Spekulation und Landnahme, einen modernisierenden und wirtschaftsliberalen Entwicklungsnarrativ, offizielle stadtplanerische Vorgaben und deregulierten Siedlungsbau. Dazu kommt ein enormes und vornehmlich durch Rückkehr von Geflüchteten und Land-Stadt-Migration getragenes Bevölkerungswachstum. Diese verschiedenen und sich wechselseitig beeinflussenden und oftmals widersprechenden Faktoren der politischen und ökonomischen Stadtentwicklung Kabuls spiegeln sich in der Ambiguität der Afghanistanintervention selber (Kühn 2014) und resultieren in neuen lokalen Konfliktlagen, einer Machtkonsolidierung ehemaliger Kriegsfürsten und, damit einhergehend, der politischen und wirtschaftlichen Marginalisierung einer städtischen Mehrheit in Kabul.

Vor diesem komplexen Hintergrund militärisch-humanitärer Intervention (Suhrke 2011) und interner machtpolitischer Gemengelage (Giustozzi 2009, Mukhopadhyay 2014) zur Beförderung einer elitären Aneignung der Stadt wird in diesem Beitrag das Ziel verfolgt, stadträumliche Entwicklungsprozesse in Kabul nach 2001 genauer in den Blick zu nehmen und mit jüngeren Debatten um urbane Informalität im globalen Süden zu verknüpfen. Dabei geht es vornehmlich darum, verschiedene, sich teilweise widersprechende, aber gleichzeitig aufeinander bezogenen, Regime der Stadtplanung und ihrer Raumproduktionen unter der Linse urbaner Informalität genauer zu betrachten. In ihrem Zusammenspiel führt die gesellschaftliche Praxis dieser Planungsregime selber bereits zu einer überdeterminierten Situation, in der machtvollere Interessen städtischer Raumproduktion abgebildet und konfliktgeladene Spannungsfelder sichtbar werden.

Informalität als ‚Idiom der Urbanisierung‘ und städtische Planungsregime in Kabul

Die Überlegungen von Ananya Roy (2005, 2009, 2011) zu urbaner Informalität bieten einen relevanten analytischen Zugang, um die Situation in Kabul besser nachzuvollziehen. Informalität als raumproduzierende Praxis ist demnach kein bloßes Phänomen von Armut und Marginalisierung (wie z. B. im Sinne von Davis 2006) und formt auch nicht ausschließlich den „Habitus der Enteigneten“ (Bayat 2007) oder eine zentrale global-städtische Lebensweise (AlSayyad 2004). Diese Konzeptualisierungen stellen äußerst wichtige Überlegungen zur Beschreibung und Analyse der prekären Situation einer globalen städtischen Mehrheit dar, doch Informalität ist ebenso eine machtvollere Strategie zum Beispiel zur unsanktionierten Aneignung von Land oder des profitorientierten Wohnungsbaus. Der Unterschied besteht eben in der Duldung und Förderung elitärer Informalität ‚von oben‘ und der Illegalisierung oder Kriminalisierung subalternen Praktiken der Raumeignung. Die begrifflichen Grenzen verschwimmen, und Informalität ist nicht das Gegenstück der formalisierten Stadt, sondern sowohl eine ungleiche Austauschbeziehung, die verschiedene ökonomische Tätigkeiten und städtische Räume miteinander verbindet, als auch ein Ausdruck städtischer Herrschaft, verankert im staatlichen Planungs- und Gesetzesapparat (Roy 2005: 148f.). In dieser Weise kann Informalität als Modus der Urbanisierung verstanden werden (ebd.). Konzeptionell wird der Begriff zum „...heuristischen Hilfsmittel der Dekonstruktion staatlicher Legitimität und seiner Instrumente: Karten, Vermessungen, Eigentum, Zonierungen und – ganz wichtig – das Gesetz“ (Roy 2011: 233; Übers. d. A.). Damit lässt sich nachvollziehen, wie sich machtgesteuerte Interpretationen von Planungskarten, von Eigentumsverhältnissen und von gesetzlichen Grundlagen flexibel einsetzen lassen, um bestimmte Interessen durchsetzen zu können und um Legitimität, Legalität und städtische Regulierung zu verhandelbaren Entitäten werden zu lassen – staatliche Stadtpolitik selbst wird informal (Roy 2009). Die damit deutlich werdende fehlende Erklärungskraft einer im politischen Diskurs nach wie vor üblichen Dichotomisierung von formalen und informalen städtischen Verhältnissen mit Blick auf eine angemessenere Konzeptualisierung „hybrider formal-informaler Arrangements“

(Altrock 2012) lässt sich am empirischen Beispiel von Kabul sehr gut nachvollziehen. Dabei bieten auch die von McFarlane und Waibel (2012) aufgestellten Betrachtungsebenen des „formal-informalen Spannungsfeldes“ wichtige Aspekte. Die Charakterisierung dieses Spannungsfeldes von (In-) Formalität als räumliche Kategorisierung, als organisatorische Form, als staatliches Werkzeug und als verhandelbares Gut ist für eine übergeordnete Einschätzung der Planungsrealität in Kabul übertragbar.

Mit diesen Bezügen zu einem angemesseneren Verständnis urbaner Formalität und Informalität als komplexe stadtpolitische Praktiken soll herausgearbeitet werden, wie in Kabul eine Herstellung und Zementierung städtischer Ungleichheit forciert wird, wie bestimmte soziale Dispositionen und Praktiken im Kontext von Informalität charakterisiert werden, und wie urbane Informalität gezielt als Ressource zur Macht- und Wohlstandsaneignung eingesetzt werden kann.

Im Kontext der Situation in Kabul lassen sich diese grundsätzlichen konzeptionellen Überlegungen auf eine analytische Unterscheidung zwischen drei verschiedenen und koexistenten Planungsregimen übertragen, die in ihrem Zusammenspiel die Stadtentwicklung seit 2001 steuern. Diese Formen von Stadtplanung werden hier schlagwortartig mit Blick auf die dominanten und symbolisierenden Baumaterialien in den unterschiedlichen Formen als ‚Beton‘, ‚Lehm‘ und ‚Spiegelglas‘ bezeichnet.

‚Beton‘ als die erste Perspektive behandelt die offizielle, formalisierte Politik in Kabul und bildet die Domäne der Technokraten und Beamten in den nationalen Behörden wie der Stadtverwaltung (Kabul Municipality) und dem Ministerium für Stadtentwicklung und Wohnungsbau, die in einer von Konkurrenz und Kooperation gekennzeichneten Gemengelage versuchen, eine formalisierte, von westlichen Beratern unterstützte und auf den bestehenden gesetzlichen Grundlagen beruhende Stadt- und Planungspolitik durchzuführen. Diese nahm ihren Anfang in den 1920er Jahren unter der modernisierenden Agenda des damaligen Königs Amanullah und basiert auf sukzessiven Masterplänen, die mit sowjetischer Unterstützung und versuchter Einflussnahme durch die USA in einem Wettstreit um Entwicklung seit den 1960er Jahren als wesentliches Planungsinstrument dienen (Beyer 2012). Die heutige formelle Planungsgrundlage städtischer Behörden ist der mittlerweile anachronistische, im Jahre 1978 mit sowjetischer Unterstützung fertiggestellte, Masterplan für eine Hauptstadt mit zwei Millionen Einwohnern. Auch wenn die Notwendigkeit einer Revision dieses Plans erkannt wurde, sieht die dadurch vermittelte Stadtpolitik die Realität der weitschweifenden informellen Siedlungen in Kabul nicht vor. Hier wird eine klare Dichotomisierung zwischen formellen und informellen räumlichen Kategorisierungen und Organisationsformen aufrechterhalten und damit städtische Modernität affirmiert und Illegalität definiert (McFarlane/Waibel 2012).

‚Lehm‘ als die zweite Perspektive bezieht sich auf ‚Informalität von unten‘ und bezeichnet eben diese durch offizielle Stadtpolitik illegalisierte und durch die internationale Entwicklungspolitik weitestgehend ignorierte Form von Planung. Die mit ‚Lehm‘ verknüpften Prozesse haben dabei ein enormes städtisches Bevölkerungswachstum aufgefangen und Alltag und Überleben in Wohnvierteln ohne grundlegende Infrastruktur ermöglicht. Offizielle Daten beziffern das Bevölkerungswachstums mit jährlich

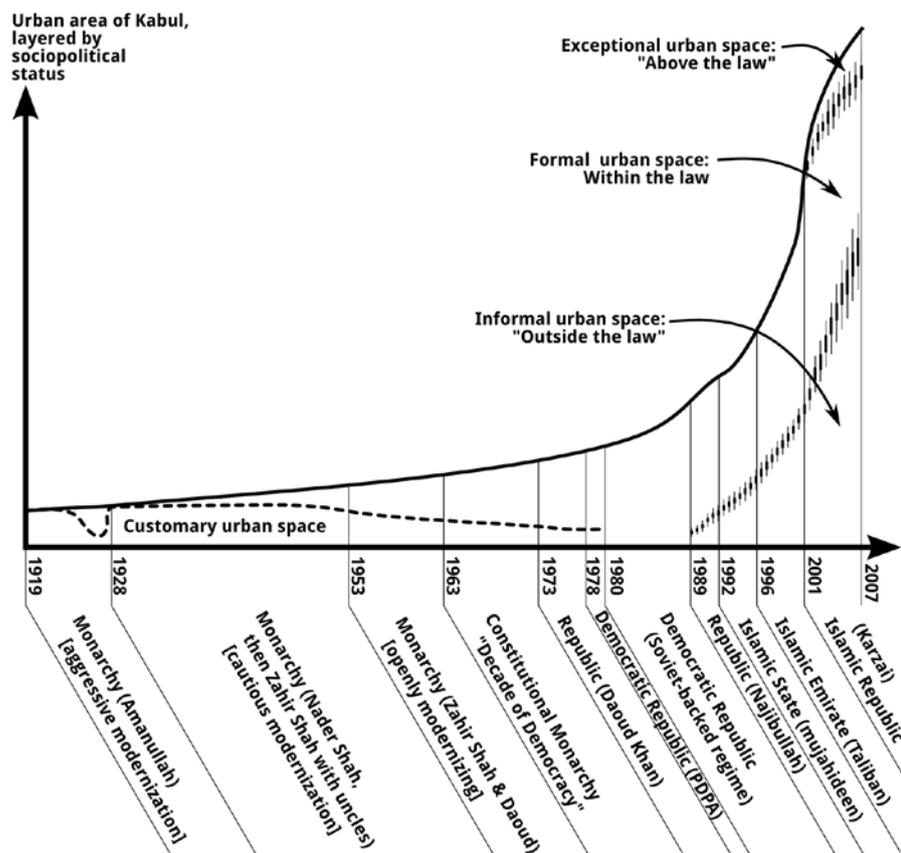
11,6 Prozent zwischen den Jahren 2000 und 2015, sodass Kabul mit einer offiziell gezählten Einwohnerschaft von knapp 3,7 Millionen (Government of the Islamic Republic Afghanistan 2015) die am schnellsten wachsende Stadt in der gesamten Region Süd- und Zentralasiens ist. Dabei sind diese Zahlen vermutlich noch deutlich zu niedrig angesetzt – andere Angaben gehen von einer Bevölkerung von deutlich über fünf Millionen Menschen aus (Foschini 2017). Das städtische Wachstum ist im Wesentlichen getragen durch die Urbanisierung von Armut in dem vom Siedlungsprogramm der Vereinten Nationen so bezeichneten „urban penalty“ (UN Habitat 2006: 107). Dies bedeutet, dass der durch Rückkehr von Geflüchteten und Landflucht getragene Bevölkerungszuwachs dazu führt, dass die städtische Armut stark zunimmt und im Vergleich zu ländlichen Siedlungen die Gesundheitsvorsorge, der Bildungsstand, die Sterblichkeitsraten und Beschäftigungsmöglichkeiten vergleichsweise noch schlechter ausfallen.

„Lehm“ bildet den Bereich der städtischen Mehrheit und stellt den Schauplatz eines alltäglichen Existenzkampfes unter oftmals extremen Lebensbedingungen, gekennzeichnet durch Flexibilität und Pragmatismus. Die hiermit verbundene informelle Planung nimmt ihren langsamen Anfang in den 1970er Jahren, als erste städtische Südhanglagen in Zentrumsnähe von erfolgreichen Arbeitsmigranten bebaut wurden (Bechhoefer 1977). Mit dem Abzug der Sowjets 1989 und dem Zusammenbruch der kommunistischen Regierung 1992 nach der Ermordung des Staatschefs Najibullah beginnt ein blutiger Bürgerkrieg und ein gewaltsamer Kampf um die Kontrolle von Kabul zwischen den verschiedenen und zunehmend ethnisierten *Mudschahedin*-Fraktionen, der zu weitreichenden Zerstörungen von Bausubstanz und Infrastruktur führte (Dorrnsoro 2000, 2007). Der Zerfall des Kabul-Regimes unter Najibullah markiert gleichzeitig den Beginn eines rapide zunehmenden informellen Wachstums der Stadt und eine enorme Ausdehnung neuer und nicht zentral geplanter Siedlungen. Eine lang andauernde extreme Dürreperiode (1998-2001) fast im gesamten Land (Kogan 2002) befeuerte das informelle Wachstum, ebenso wie die Rückkehr von Geflüchteten aus Pakistan und dem Iran nach der Vertreibung der Taliban (Turton/Marsden 2002).

„Spiegelglas“ als die dritte Perspektive städtischer Planung betrachtet, wie machtvolle Akteure den Stadtraum Kabuls nach 2001 für sich in Anspruch nehmen und dabei im Sinne einer „Informalität von oben“ offizielle Regelungen ungestraft ignorieren. Dies betrifft Landnahmen und Vertreibungen von Armutgruppen durch Kriegsfürsten oder Parlamentsmitglieder, die neue Luxusviertel errichten lassen, aber auch die Politik von internationalen Geberorganisationen, Botschaften oder des Militärs, die ganze Stadtgebiete Kabuls zu einer von normalen Stadtbewohnern nicht mehr betretbaren Sicherheitszone werden lassen. Als exzeptionalistische Planung wird Dominanz in eine materielle Form überführt, die den Interessen lokaler Machthaber, aber auch der internationalen Entwicklungsindustrie dient. Hier lässt sich Informalität als „verhandelbares Gut“ (McFarlane/Waibel 2012) verstehen.

In der Zusammenschau bieten diese drei Perspektiven einen Blick auf dauerhafte Raumproduktionen in Kabul, welche die dominante Politik und den prekären Alltag einer städtischen Mehrheit miteinander verknüpfen. Die Pluralisierung von koexistenten Planungsregimen in Kabul ist in Abbildung 1 graphisch illustriert und in Verbindung gesetzt mit den einschneidenden

Abb. 1 Pluralisierung von Stadtplanung in Kabul (Entwurf: Calogero 2011)



politischen Veränderungen in der Geschichte Afghanistans. Die Abbildung symbolisiert dabei die politische Bedeutung städtischen Raums und zeigt die ungefähren Proportionen der im Kontext eines jeweiligen Planungsregimes bebauten Fläche (Calogero 2011). Die lange Kontinuität formaler und durch Behörden gesteuerter Stadtplanung mit Blick auf eine moderne Stadtentwicklung Kabuls wird hier deutlich, ebenso wie der rapide und zunehmende Anstieg informeller Planung seit 1992 und die erst nach der westlichen Invasion im Jahre 2001 in erheblichen Maße einsetzende exzeptionalistische Planung als Informalität von oben. Letztere hat allerdings nach 2007 eine enorme und in der Grafik nicht repräsentierte Erweiterung in Form neu errichteter Stadtteile für wohlhabende Schichten erfahren (sogenannte *shahraks*).

Basis der folgenden Ausführungen zu den Modi jeweiliger Planungsformen und den daraus resultierenden Raumentwicklungen bilden eigene empirische Untersuchungen in Kabul zwischen 2004 und 2007 in verschiedenen informellen Siedlungen (Schütte 2006, Beall/Schütte 2006) und Interviews mit Vertretern der Stadtverwaltung und des Ministeriums für Stadtentwicklung in Kabul (Calogero 2011). Entsprechend bilden die Ausführungen die aktuelle Situation nicht umfassend ab, sondern sind auf den Zeitraum bis 2010 fokussiert. Ergänzende Beobachtungen und weitere Gespräche mit Vertretern verschiedener Behörden in 2017 versuchen allerdings jüngere Entwicklungen wie das Aufkommen von *shahraks* mit einzubeziehen.

Beton als formelle Planung: Affirmation von Modernität, Definition von Illegalität

Die politisch-militärische und humanitäre Intervention in Afghanistan wird begleitet und unterstützt von einer diskursiven Besetzung, die drei Tropen

bemüht: leidende afghanische Frauen, eine archaische und deterministische Kultur, und islamischer Fundamentalismus als die Wurzel allen Übels im Lande (Daulatzai 2008: 420). Im vorliegenden Kontext muss dieser Liste die westliche Wahrnehmung Afghanistans als ‚anti-modernes‘ Land hinzugefügt werden, dem nur mit vereinten internationalen Kräften zum Fortschritt verholfen werden kann. Diese Denkweise vergisst die Modernisierungsbemühungen des Entwicklungsstaates Afghanistan in Zeiten von Monarchie und Republik (Gregorian 1969, Poullada 1973, Schinasi 2017), der sowohl durch die Sowjetunion (Beyer 2012, Dörre/Kraudzun 2012) als von durch die USA (Cullather 2002) und Deutschland in seinen Fortschrittsinszenierungen unterstützt wurde (Kreutzmann/Schütte 2010, Ostermeier 2017). Die April-Revolution im Jahre 1978 und die anschließende sowjetische Besatzung von 1979 bis 1989 markierten das Ende dieses Entwicklungsmodells (Misdaq 2006).

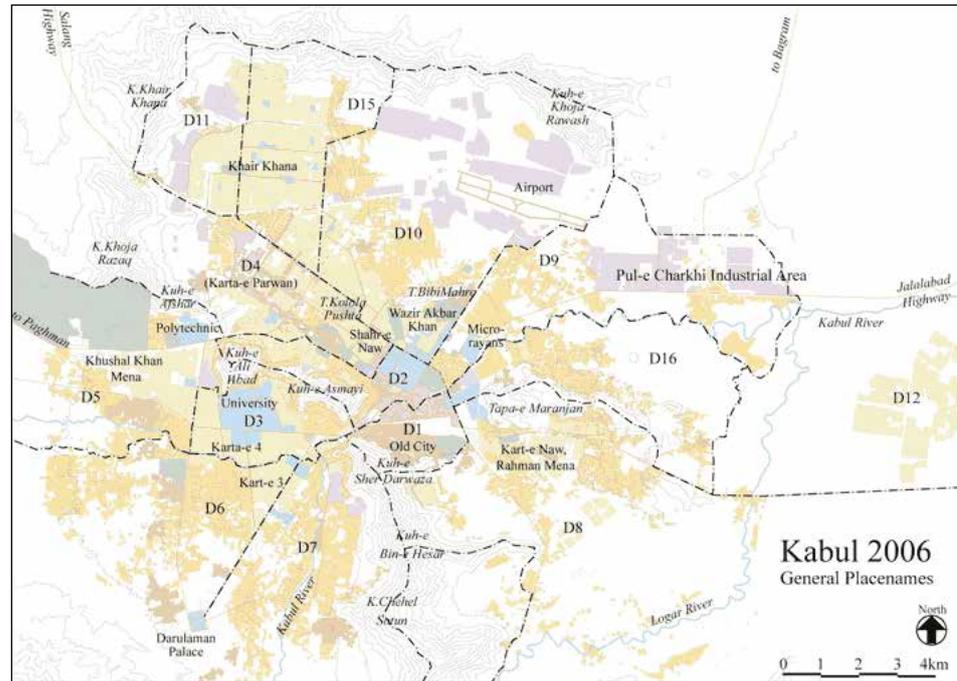
Die praktische Implementierung von Stadtplanung im Zeichen des kalten Krieges gehorchte dem Zeitgeist der 1960er Jahre und setzte auf die Modernisierung, gesteuert durch klar formulierte Vorgaben im Rahmen von Masterplänen. Hier waren sowjetische Berater und die im Jahre 1964 gegründete „Central Authority for Housing and Town Planning“ in den entscheidenden Rollen, die ihre Visionen von urbaner Modernität in einer Serie von drei aufeinanderfolgenden Plänen festhielten. Diese Pläne strukturierten den städtischen Raum in funktionsräumlicher Gliederung mit klaren Gebietszuweisungen für Wohnen, Gewerbe, Grünflächen und Bildungseinrichtungen. Dabei wurden auch integrierte, mit sozialer Infrastruktur ausgestattete Stadtviertel in zentraler Lage ausgewiesen und teilweise fertiggestellt, bestehend aus in Fertigbauweise in sowjetischen Fabriken vorfabrizierten Häusern (sog. Micro-Rayons, Abb. 2 und 3).

Die drei Pläne aus den Jahren 1964, 1970 und 1978 integrierten weitestgehend die früheren, unter König Amanullah (1919-1929) durchgeführten Planungen, die von seinen Nachfolgern Nader Shah (1929-1933) und Zahir Shah (1933-1973) fortgeführt wurden und sukzessive in der Entstehung neuer Wohnviertel und neuer Verwaltungsgebiete mündeten, ebenso wie im Aufbau neuer Industrien und dazugehöriger Wohnviertel (Hahn 1972, Abb. 4). Dieser königliche „Traum der Modernisierung für ein neues und fortschrittliches Afghanistan“ (Schinasi 1917: 120-151) beruhte vornehmlich



Abb. 2 Wohnblock in Microrayon 3 (Foto: Calogero 2003)

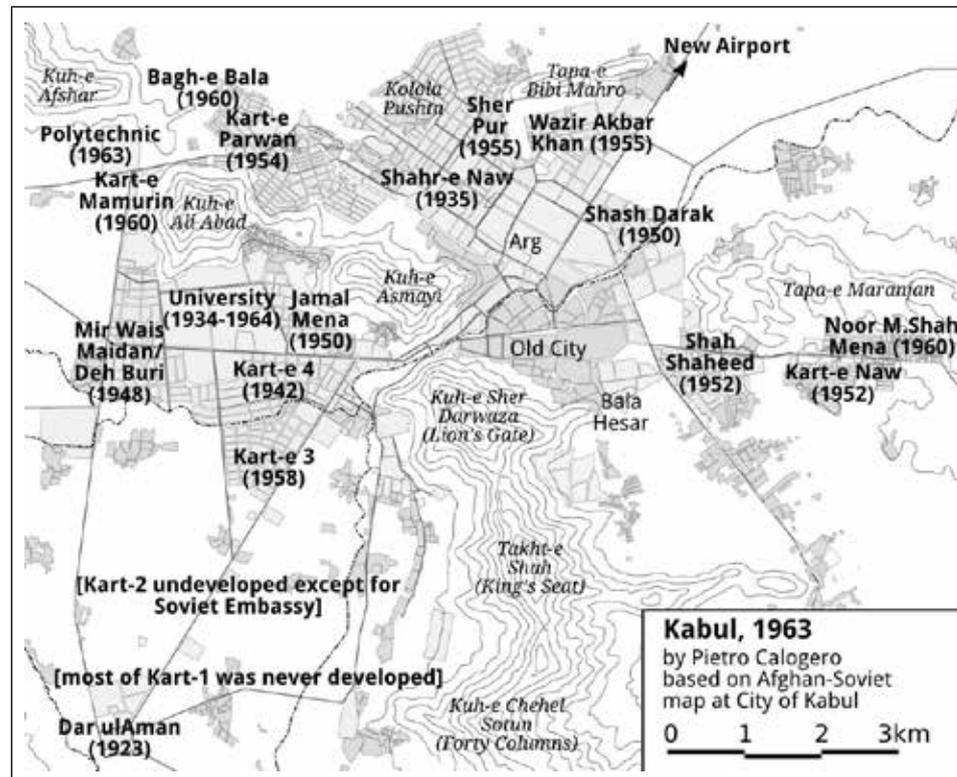
Abb. 3 Kabul – Siedlungsgebiete und administrative Gliederung. Weitere bis 2017 eingemeindete Gebiete sind nicht auf der Karte markiert (Quelle: Calogero 2011)



auf europäischer Expertise, und in den 1920er Jahren waren unter anderem der deutsche Architekt Walter Harten und ein Team von Ingenieuren federführend an der Neustrukturierung Kabuls beteiligt (ebd.).

Formell liegt die hauptstädtische Planungshoheit bei der Kabuler Stadtverwaltung, die heute direkt dem Staatspräsidenten unterstellt ist und den Status eines Ministeriums erhalten hat. In den 1930er Jahren wurde die Behörde zu einer funktionierenden Verwaltungseinrichtung geformt und pflegt seitdem ein Top-down-Planungsverständnis, in der die Direktiven städtischer Entwicklung von oben durchgesetzt werden. Auch während fast 40 Jahren Kriegszustand funktionierte die Behörde und verfügt bis heute über ein gutes institutionelles Gedächtnis. Nach der Vertreibung der Taliban

Abb. 4 Zwischen 1923 und 1963 erbaute Stadtviertel von Kabul (Quelle: Calogero 2011)



wurde im Jahre 2001 der letzte angefertigte Masterplan von 1978 wieder hervorgeholt und zur Steuerung künftiger Entwicklungen als maßgeblich bestimmt. Präsident Karzai erwirkte allerdings 2002 per Dekret eine Aussetzung der Implementation dieses Masterplans bis zur Erstellung einer zeitgemäßen Revision, die aktuelle Entwicklungen und Problemlagen berücksichtigt. Dennoch gilt ein funktionierender Masterplan weiterhin als das ultimative Instrument zur Steuerung der städtischen Entwicklung. Dies wird auch von dem seit 2001 wieder eigenständigen Ministerium für Stadtentwicklung und Wohnungsbau (MUDH) so gesehen. Das MUDH ist betraut mit städtischen Planungsaufgaben und Politikentwicklung in nationaler Perspektive, inklusive der Erstellung von Masterplänen für alle afghanischen Städte. In Bezug auf die Revision des Plans für Kabul hat die Stadtverwaltung einen Passus des noch unter den Taliban novellierten Kommunalrechts *municipal law* (Government of the Islamic Republic Afghanistan 2000) aktiviert und das Recht eingefordert, die alleinige Planungshoheit über Kabul zu erhalten.

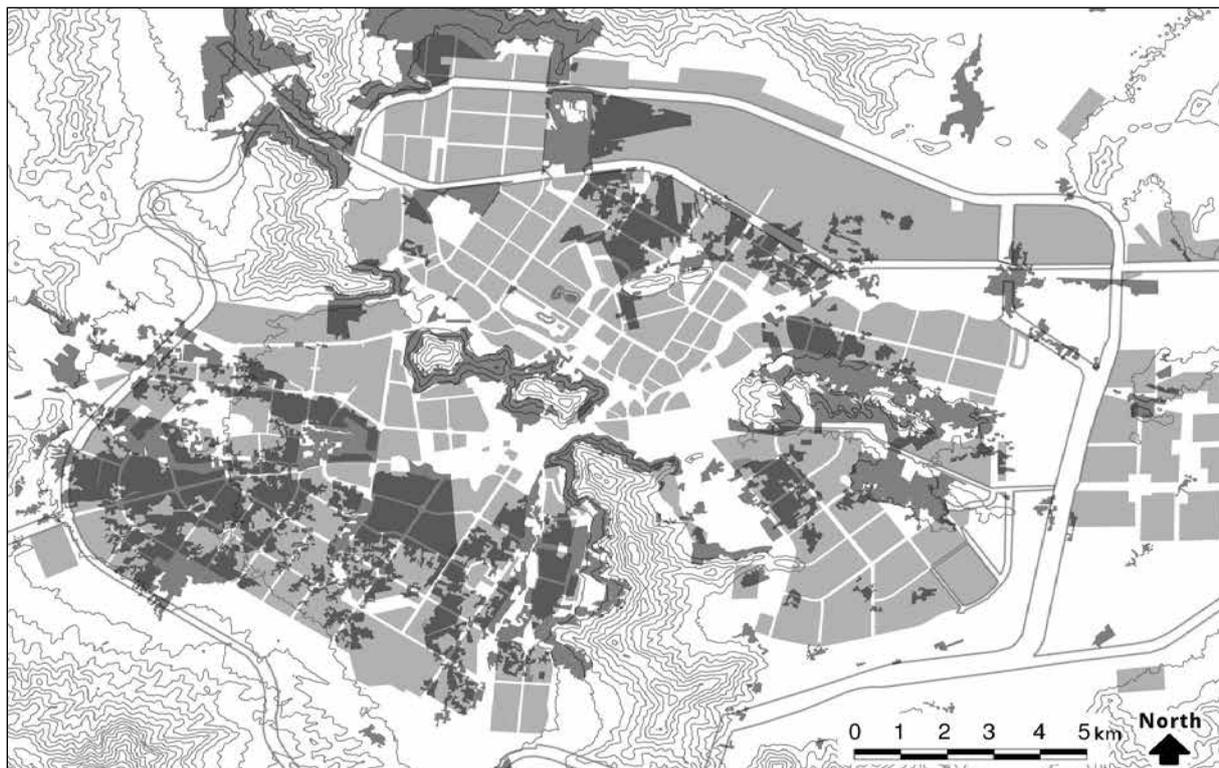
MUDH und Stadtverwaltung befinden sich in steter Rivalität und ringen um die Kompetenz, stadtplanerische Prozesse in Kabul zu gestalten (Beall/Esser 2005). Die besondere gesetzlich bestimmte Situation der Kabuler Stadtverwaltung und die Gleichstellung des Bürgermeisteramtes mit einem Ministerposten sind für diese Konkurrenz maßgeblich. Dabei ist die Stadtverwaltung grundsätzlich verantwortlich für die Umsetzung von geplanten Aufwertungsprozessen, Straßenbau, Wasser- und Abwasserversorgung und Abfallentsorgung. Hier wird das Anhängen am Masterplan besonders problematisch, denn viele dieser, wenn überhaupt nur sehr dürftig ausgeführten, Aufgaben beschränken sich auf die in den offiziellen Planungsgrundlagen spezifizierten Gebiete. Informelle Siedlungen als illegalisierte Raumkategorien werden hier per Definition von städtischen Dienstleistungen ausgeschlossen. Während die Stadtverwaltung für die Umsetzung von Planvorgaben zuständig ist, soll das MUDH diese Vorgaben im Rahmen einer nationalen Stadtentwicklungspolitik formulieren, aber ebenfalls einer praktischen Implementierung zuführen. In Kabul führen diese Überlappungen zu dem eher schwierigen Verhältnis beider Institutionen. Grundlegend für die Konkurrenz sind dabei auch unterschiedliche politische Rationalitäten auf Seiten der beteiligten Akteure in den Behörden. Ein großer Teil der Belegschaft der Stadtverwaltung von Kabul hat bereits unter technischer Assistenz sowjetischer Berater die tägliche Arbeit verrichtet und ist in einem entsprechenden Planungsverständnis geschult. Zudem hat die Behörde diverse Regimestürze nach 1973 überlebt. Die Entscheidungsebene des erst nach 2001 wieder neu formierten MUDH ist dagegen von Personen besetzt, die während der Kriegsjahre in westlichen Nationen Zuflucht gefunden haben und nach der Vertreibung der Taliban in hohen Positionen ein westliches Modell des Staatsaufbaus unterstützen. So war zum Beispiel der langjährige Vizeminister des MUDH zwischen 1984 und 1995 Mitarbeiter am Institut für Stadtbauwesen der RWTH Aachen.

Unumstritten in beiden Einrichtungen bleibt allerdings, dass Kabul einen Masterplan braucht – so wie es auch in Afghanistans *municipal law* gesetzlich festgeschrieben ist (Art. 5.1). Nun ist ein Masterplan vor allem eine Karte, eine graphische Repräsentation einer Vision von Stadtentwicklung aus der Perspektive modernistischer Stadtplaner. Dieser Funktionalismus versperrt

in seiner Verhaftung an Statuten allerdings einen Blick auf gelebte Realitäten in der Stadt. Entsprechend ist die unmittelbare Funktion des Masterplans die der Kontrolle, nicht die einer inklusiven oder an den Bedürfnissen der armen Bevölkerung orientierten Stadtentwicklung. Im Gegenteil, das Beharren auf Masterplanung schafft eine Situation, in der das ‚innen‘ und ‚außen‘ definitorische Macht erhält. Städtische Entwicklungen, die außerhalb der Planvorgaben stattgefunden haben, werden illegalisiert; städtische Informalität wird sprichwörtlich produziert. Informalisierter städtischer Raum wird so durch den formalen Planungsprozess selber produziert (Abb. 5).

Die Weltbank hat im Jahre 2005 errechnet, dass 70 Prozent der Wohngebiete in Kabul aus informellen Siedlungen mit Lehmhäusern bestehen, die 80 Prozent der gesamten Stadtbevölkerung beherbergen (World Bank 2005). Dabei besteht in den meisten Fällen kein Zugang zu Trinkwasser, Sanitäreinrichtungen und Elektrizität. Diese Zahlen spiegeln eine definitorische Macht der masterplanbasierten Stadtplanung wieder, die aktuelle städtische Lebensrealitäten und die Folgewirkungen von fast 40 Jahren Krieg und Konflikt einfach unberücksichtigt lässt. In gewisser Weise wird hier die „dunkle Seite der Planung“ sichtbar, deren Praxis ganze Bevölkerungsgruppen systematisch ausgrenzt (Yiftachel 1995). Dabei wird zudem außer Acht gelassen, dass der enorme Bevölkerungsdruck in Kabul nur durch eben diesen informellen Siedlungsbau überhaupt aufgefangen werden konnte und zudem eine gewaltige kollektive Investition der Armen und Schutzsuchenden darstellt. Die diskursive Macht des Masterplans spiegelt sich auch im alltäglichen Sprachgebrauch der Bewohner von informellen Siedlungen in Kabul wieder, die bei der Beschreibung ihrer Lebenssituationen immer wieder darauf hinweisen, dass sie genötigt sind ‚außerhalb der Karte‘ (*gheyr-e naksha*), das heißt des Masterplans, zu leben. Entsprechend werden informelle Siedlungen von ihrer Bewohnerschaft auch als ‚*zorabad*‘ bezeichnet, was bedeutet: Gebiete die unter Missachtung gesetzlicher Vorgaben errichtet wurden.

Abb. 5 Planungskontinuum: Formal geplante Wohngebiete des Masterplans von 1978 sind in hellgrau dargestellt, informelle Wohngebiete in grau (Stand 2006) und überlappende Gebiete in dunkelgrau (Quelle: Calogero 2009).



Während die Stadtverwaltung nun weiterhin keine Akzeptanz dieser städtischen Realität vorsieht, war das MUDH federführend mit an der Gestaltung der afghanischen Landpolitik (*land policy*) beteiligt (Government of the Islamic Republic Afghanistan 2007). In diesem Dokument wird ein differenzierter Umgang mit informellen Siedlungen angestrebt, der auf Aufwertung, Infrastrukturausbau und gesetzliche Legitimation ausgelegt ist und dabei auch die Problematik des städtischen Landraubs durch machtvolle Akteure thematisiert (Art. 2.2.4). Jenseits dieser Absichtserklärungen bleiben diese und weitere Aussagen des Dokuments bislang jedoch praktisch irrelevant und warten seit der Verabschiedung durch das Kabinett auf ihre Umsetzung. Als weiteres Beispiel der „Politik-Pantomime“ in Afghanistan (Blunt et al. 2017) reiht sich die Landpolitik damit in die Abfolge von ambitionierten Stadtentwicklungsprogrammen ein, die seit 2001 von im Wesentlichen westlichen Beratern entworfen wurden und nie eine richtige Umsetzung erfahren haben. Als additive „enzyklopädische Wunschlisten“, die sich am Zyklus der großen Geberkonferenzen zu Afghanistan orientieren und danach von Behörden und Geberinstitutionen gleichermaßen wieder vergessen werden (Leslie 2012), fällt eine realistische Prioritätensetzung schwer. Zudem wird die Frage nach der generellen Finanzierbarkeit ambitionierter Programme nicht beantwortet, so wie zum Beispiel im Kontext der ‚*National Priority Programmes*‘ (Government of the Islamic Republic Afghanistan 2012). Auch geht der internationale Fokus auf militärische Zielstellungen und die Bekämpfung aufständischer Gruppen stark zu Lasten der externen Unterstützung von Programmen der Stadtentwicklung.

Doch auch vor diesem schwierigen Hintergrund und großen Finanzierungslücken streben internationale Bemühungen im Einklang mit einem in afghanischen Stadtbehörden verankerten Modernisierungsverständnis große Lösungen an, um Kabuls vielfältige Problemlagen anzugehen. Derartige Überlegungen ignorieren jedoch weitestgehend, dass eine große Mehrheit der wachsenden Bevölkerung überhaupt keinen Zugang zu sozialer und physischer Infrastruktur hat, dass nur etwa fünf Prozent der städtischen Haushalte Zugang zu Abwassersystemen haben (Abb. 6), oder dass die hohe Aridität in Kabul zu starkem Staubaufkommen und in Verbund mit einem extremen und seit 2009 bereits verdoppeltem Verkehrsaufkommen zu außerordentlich gesundheitsgefährdender Luftverschmutzung führt (Integrated Regional Information Network 2008a, 2008b; UN Habitat 2016).

Exemplarisch für die angestrebten Großlösungen ist ein neuer Masterplan, der unterstützt durch die staatliche japanische Entwicklungsbehörde formuliert wurde und den Neubau eines neuen, modernen und ‚*eco-friendly*‘ Kabul für drei Millionen Einwohner nordöstlich der bestehenden Stadtgrenzen vorsieht (Japan International Cooperation Agency 2011). Nach Worten eines hohen Beamten des MUDH soll das ‚neue Kabul‘ nach westlichen Standards erbaut werden und Afghanistan in das 21. Jahrhundert überführen. In solchen Vorstellungen wird die komplette Abkopplung der Masterplanung von der sozialen und politischen Realität in Kabul sehr deutlich. Abgesehen davon ist das ländlich geprägte Gebiet für das neue Kabul mit Namen Deh Sabz (grünes Dorf) bereits von mehr als 50.000 Menschen bewohnt und es bestehen konkurrierende Gebietsansprüche zwischen der Stadtverwaltung und einem lokalen ‚*strongman*‘. Dies hat bereits zu Auseinandersetzungen



Abb. 6 Informelle Siedlung in Chehel Satun, Kabul. Abwasser wird in kleinen Entwässerungsgräben inmitten der Straße abgeleitet (Foto: Schütte 2005)



Abb. 7 Informelle Siedlung im innerstädtischen Kabul (Foto: Schütte 2005)

und zuletzt 2013 auch zu Feueregefechten zwischen der Kabuler Polizei und Anhängern des lokalen Anführers geführt, die Todesopfer gefordert haben (Foschini 2013). Hier zeigt sich ein besonders deutliches Beispiel sowohl für übergeordnete Probleme von Landzugang, Landsicherheit und fehlender Rechtssicherheit in Landnutzungssystemen, die in ganz Afghanistan bestehen (Alden Wily 2003, Schütte 2015), als auch für die Problematik der Landnahme durch machtvolle Akteure, die entweder durch staatliche Institutionen sanktioniert sind – quasi als formale Informalität – oder die machtvoller als das staatliche Regime selber sind.

Lehm als informelle Planung: Ausschluss und urbane Marginalität

Informelle Planung repräsentiert einen relativ jungen Modus der Urbanisierung in Kabul. Erhebungen im Jahre 1976 zur Vorbereitung des Masterplans klassifizierten 10 Prozent der bebauten Fläche Kabuls als ‚irregulär‘, und Interviews mit Angestellten der Stadtverwaltung, die noch unter der Führung des kommunistischen Regimes unter Najibullah (1987-1992) gearbeitet haben, weisen darauf hin, dass informelle Urbanisierung erst nach 1992 zu einem wesentlichen Faktor der Stadtentwicklung geworden ist (Calogero 2011: 138). Im Spiegel formalisierter Stadtplanung, die unter den Leitlinien der Masterplanung Regelungsgewalt über diese Flächen beansprucht, wird hier Marginalität aktiv produziert und eine Ausweitung städtischer Dienstleistungen in diese Gebiete abgelehnt. Das MUDH hat unter der Ägide der Weltbank dagegen punktuell Aufwertungsaktivitäten in verschiedenen Siedlungen vorgenommen und verfolgt damit einen in westlicher Entwicklungsdiktion etablierten technokratischen Weg im Umgang mit urbaner Informalität.

Aufwertung ist aber nicht gleich Anerkennung, und der Gegensatz zwischen formaler Kohärenz und informaler Nonkonformität bleibt bestehen. Die Duldung informeller Urbanisierung durch ‚Lehm‘ seitens städtischer Behörden ist jedoch ohne Alternative. In gewisser Weise zeigt diese Duldung auch die Informalisierung des städtischen Regimes selber, denn viele mit den städtischen Institutionen affilierten Individuen profitieren auch in verschiedener Form von der zugewiesenen Extra-Legalität, zum Beispiel

Abb. 9 Häuser in Breshna Kot im März 2005 (Foto: Schütte)



einer in den meisten informellen Siedlungen an der Oberfläche verlaufenden und stark gesundheitsgefährdenden Abwasserführung (Abb. 6). Siedlungen in Hanglage sind zudem gerade für ältere und gesundheitlich angeschlagene Menschen oftmals extrem schwer zugänglich.

Das Wachstum dieser Siedlungen ist dennoch ungebremst – Schätzungen von 2003 gingen noch von 60 Prozent der Siedlungsfläche von Kabul aus, 2007 waren es bereits 70 Prozent in einer nun auch flächenmäßig ausgedehnteren Stadt. Gerade an den Rändern Kabuls hat zudem in den letzten zehn Jahren ein stark erweiterter und zumeist ethnisch segregierter Siedlungsbau stattgefunden (Foschini 2017).

Die innenstadtnähere Siedlung mit Namen Breshna Kot im Südwesten von Kabul bietet dabei ein gutes Beispiel, um die bodenständigen Prozesse von Informalität als Modus der Urbanisierung besser zu verstehen. Breshna Kot wurde in Hanglage seit Herbst 2003 errichtet, abgesegnet von den Ministerialbeamten und ehemaligen Kriegsfürsten einer tadschikischen Faktion. Damit wurden die offiziellen Planvorgaben der Stadtverwaltung klar umgangen, um der nach ihrer Rückkehr aus Pakistan in Zeltlagern nahe des Kabuler Flughafens lebenden Gefolgschaft des Kriegsfürsten Bauland zur Verfügung zu stellen. Hier findet sich also eine durch offensive Landnahme gestützte Entwicklung, mit der sich machtvolle Akteure über Gesetz und Masterplan hinwegsetzen können, um sich damit die weitere Solidarität und möglicherweise auch monetäre Zahlungen ihrer Anhänger zu sichern. Derartige Prozesse städtischer Landnahme als Form von Patronage sind auch in anderen Städten Afghanistans zu beobachten (Schütte 2006b).

Die Möglichkeit, Land für den Hausbau erhalten zu können, sprach sich in den familiären Netzwerken im Aufnahmelaager der Zurückgekehrten schnell herum. Auch einige aufmerksame Mieter im unterhalb der neuen Siedlung gelegenen Stadtteil Waisalabad nahmen die Gelegenheit wahr, sich ein Stück Land anzueignen. Auf diese Weise entstand binnen weniger Jahre eine neue Siedlung ohne jegliche infrastrukturelle Anbindung, in der die Häuser nach und nach und abhängig von der individuellen finanziellen Kapazität fertiggestellt wurden (Abb. 9). Für die Aussicht auf ein eigenes Haus nahmen die Menschen viele Strapazen auf sich – sie verkauften alles verzichtbare Hab

und Gut zur Finanzierung der Baukosten, halfen sich dabei auch gegenseitig und bemühten ihre sozialen Netzwerke für finanzielle und professionelle Unterstützung. Zwar wissen alle, dass sie sich in Breshna Kot ‚außerhalb der Karte‘ befinden, doch hoffen die neuen Hausbesitzer, dass die bereits getätigten Investitionen sie vor einer möglichen Vertreibung schützen. Zu diesem Zweck hat sich auch ein Gemeindegremium gebildet, das sich nicht nur auf die Patronage des Kriegsfürsten verlassen möchte, sondern auch Petitionen an die Stadtverwaltung richtet, um Bleibezusagen zu erhalten und eine Versorgung mit Elektrizität einzufordern. Die Sorge um das Recht zu Bleiben ist hier essentiell, ebenso wie die Frage nach ‚lebhafter Infrastruktur‘ und der Kampf um Zugang zu essentiellen Dienstleistungen im Kontext von informeller Gemeinschaft, Solidarität und Bemühungen um Anerkennung (Amin 2014). Entwicklungspolitische Anstrengungen in diesem Bereich richteten sich zuletzt auf die Etablierung von städtischen „Community Development Councils“ und Stadtteilversammlungen für die Steuerung einer „Entwicklung von unten“ (Government of the Islamic Republic Afghanistan 2015a), deren Einfluss ohne Zugriffsmöglichkeit auf ausreichende materielle Ressourcen aber beschränkt bleibt (Monsutti 2012).

Dieses und viele andere Beispiele zeigen, dass informelle Stadtentwicklung für eine große Mehrheit von Kabulis der einzig gangbare Weg ist. Dabei wird ein Zugang zu städtischen Ressourcen gesucht, der im Kontext Kabuls niemals unter Beachtung formaler Regelungen hergestellt werden könnte. Entsprechend bleiben die Spannungen zwischen den formalisierten Idealen des Masterplans und der unmittelbaren, informalisierten Realität für viele Menschen ein Quell großer Unsicherheit und Sorge. Hier wird besonders deutlich, wie eine große städtische Mehrheit durch das formale Regime und seine Weigerung der Ausweitung grundlegender Infrastruktur in Gebiete ‚außerhalb des Plans‘ sich selbst überlassen wird. Entwicklungspolitische Bemühungen um den Ausbau dringend notwendiger infrastruktureller Versorgung bleiben insular und zeigen keine allgemeine Wirkung. Realistisch einzuschätzende Vorschläge zur rechtsverbindlichen Regulierung und infrastrukturellen Versorgung aller Siedlungen in Kabul liegen seit langem vor, finden aber keine Umsetzung (World Bank 2005). Dazu bräuchte es sowohl eine deutlich höhere und besser kanalisierte finanzielle Unterstützung seitens internationaler Geber, als auch eine offizielle Anerkennung informeller Siedlungen im Sinne einer armutsorientierten Stadtentwicklung, wie sie in anderen Kontexten bereits Wirkung gezeigt hat (Budds et al. 2005).

Spiegelglas als exzeptionalistische Planung: Informalität von oben

Die dritte Dimension der Planung von Kabul betrifft den Nexus der Aneignungspraxis lokaler Eliten und die Bedürfnisse der internationalen Entwicklungsindustrie. Auch wenn, wie am Beispiel von Breshna Kot gezeigt, die Problematik der städtischen Landnahme auch im Rahmen einer Politik der Patronage zur Redistribution an eine von Armut und Ausgrenzung betroffene Bevölkerung erfolgen kann, so sind im Kontext der Informalität von oben noch weitere Aspekte bedeutsam.

Zwei Aspekte sind hier hervorzuheben: zum einen die Präsenz der internationalen Akteure aus Militär, Diplomatie und Entwicklungsindustrie und die dadurch hervorgerufenen Stadtentwicklungsprozesse, zum anderen die andauernden Landnahmen durch machtvolle Akteure – sowohl Kriegsfürsten

und Kommandeure privater Milizen als auch Vertreter_innen der afghanischen Regierung –, die zunehmend die Stadtentwicklung in Kabul steuern. Vielfach sind die Grenzen zwischen Kriegsfürst und Regierungsvertreter jedoch als fließend zu begreifen, nämlich immer dann, wenn ein Zugriff auf durch offizielle Positionen vermittelte Ressourcen den Interessen machtvoller und über Privatarmeen verfügender Akteure dienlich sind (Giustozzi/Orsini 2009, Mukhopadhyay 2014).

Der Terminus ‚Spiegelglas‘ verweist dabei einerseits auf die zunehmende Verwendung reflektierender Glaskonstruktionen in spekulativen Hochhauskonstruktionen, finanziert aus internationalem Kapital oder schattenwirtschaftlichen Betätigungen, die zum Beispiel als Shoppingcenter oder Luxushotels genutzt werden, – andererseits aber auch auf die Nutzung getönter Panzerglasscheiben in den SUVs der transnationalen Elite. In beiden Fällen signalisiert Spiegelglas Anonymität und Straffreiheit, aufrechterhalten durch Undurchsichtigkeit.

Die internationale Präsenz in Kabul hat insbesondere in den Anfangsjahren der Intervention enorme Ausmaße angenommen. So hat sich zum Beispiel die Anzahl in Kabul tätiger gemeinnütziger NGOs zwischen 2001 und 2005 mehr als verdreifacht und ist bis 2010 kontinuierlich weiter auf insgesamt 210 Organisationen angewachsen (Mitchell 2017). Hier sind die zahlreichen Geberinstitutionen, Vertretungen staatlicher Entwicklungsbehörden oder UN-Organisationen nicht einmal mitgerechnet. Von Beginn an basierte diese Präsenz auf räumlicher Segregation und der Trennung internationaler Entwicklungseinrichtungen vom normalen Alltag der Bevölkerung Kabuls. Die Entwicklungsblase beherbergte und sicherte die transnationale Elite, die ihr Bild der Stadt zu großen Teilen eher aus medial inszenierten Darstellungen und den Infrastrukturen des „war zone entertainments“ (Fluri/Lehr 2017: 36) als aus eigenen Ansichten und Begegnungen mit der Bevölkerung Kabuls gewonnen hat. Dies gilt noch viel mehr für das internationale Militär, dessen Angehörige ihren Einsatzalltag vornehmlich in ihren Garnisonen verbringen und für die das ‚Draußen‘ ausschließlich feindlich ist. Dieses Primat der Sicherung hat zu exklusiven und stark geschützten Raumproduktionen geführt, die das Leben der Stadtbevölkerung eingrenzen und wesentlich zu den profanen, aber überbordenden Verkehrsproblemen in der Stadt beigetragen haben, indem zentrale Verkehrsachsen blockiert und damit unpassierbar gemacht wurden. Abbildung 10 illustriert die international gesteuerte Ausnahmeplanung in Kabul, die einer von Mauern aus Schanzkörben (HESCO-Walls) geschützten Befestigungsanlage gleicht und das gesamte in der Karte dargestellte Gebiet für die normale Stadtbevölkerung unzugänglich macht.

Weitere räumliche Transformationen betreffen die Beherbergungspolitik der internationalen Entwicklungsmaschinerie (Calogero 2011a). Eine Konzentration von Büroräumen und Unterkünften befindet sich dabei im wohlhabenderen und zentralen Stadtteil Wazir Akbar Khan, der im Jahre 1955 fertiggestellt wurde (s. Abb. 4; in Abb. 10 markiert als ‚Wazir‘). Dieser Stadtteil war aus verschiedenen Gründen attraktiv für den internationalen NGO-Sektor. Gelegen in der Nähe des Flughafens und der internationalen Botschaften und UN-Einrichtungen, bietet Wazir einen Bestand von großzügigen Häusern, in dem Büros und Unterkünfte für internationale Angestellte in Kombination geschaffen werden konnte. Die Grundstücke sind von hohen

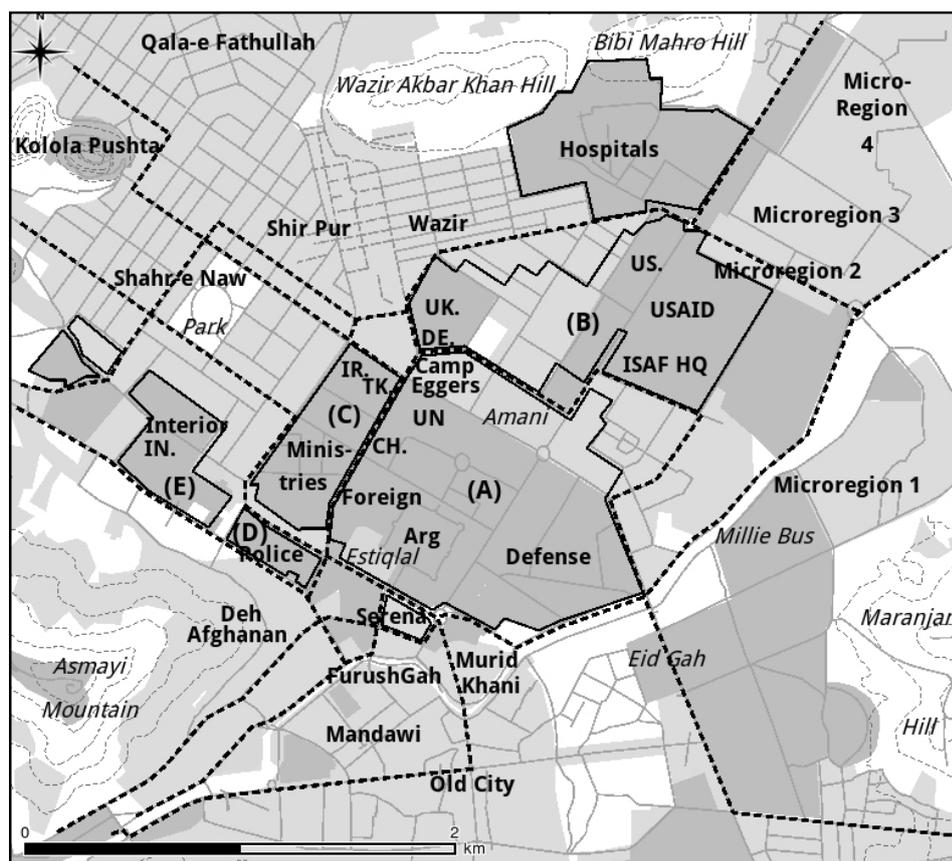


Abb. 10 Die zentrale Innenstadt Kabuls und ihre internationale Architektur. Extrem gesicherte Gebiete sind dunkelgrau markiert, Straßenblockaden mit einer doppelt gestrichelten Linie und dauerhaft verstopfte Straßen einfach gestrichelt. Fünf Gebiete können hier unterschieden werden: (A) enthält den Präsidentenpalast, wichtige afghanische Ministerien, das Hauptquartier der UN-Mission in Afghanistan, die chinesische Botschaft und eine Militärgarnison. (B) beherbergt die Botschaften der USA, Großbritanniens, Deutschlands, Kanadas, Pakistans und Bulgariens sowie das ISAF-Hauptquartier und die Zentrale von USAID. Im Gebiet (C) befinden sich ein Ministerium und die Botschaften des Iran und der Türkei, in (D) das Hauptquartier der Kabuler Polizei und in (E) ein weiteres Ministerium (Quelle: Calogero 2007).

Mauern umgeben und wurden vielfach mit Stacheldraht und Schanzkörben abgesichert; sie sind groß genug, um unabhängige Infrastruktur in Form von Dieselgeneratoren für die Stromversorgung oder Satellitenschüsseln für Fernsehen und Internet bereitzustellen. Viele Hauseigentümer in Wazir konnten es sich leisten, Afghanistan während des Bürgerkriegs zu verlassen. Die Eigentumsrechte wurden dabei sowohl von den Mudschahedin als auch den Taliban aus Gründen der Zurückweisung des Staatssozialismus der 1980er und frühen 1990er Jahre akzeptiert, und nach der westlichen Invasion setzte die plötzliche, durch den Entwicklungssektor getragene, Gentrifizierung ein. Viele abwesende Hausbesitzer kündigten ihren langjährigen Mietern, um von den Entwicklungsorganisationen ein Vielfaches an monatlichen Mietzahlungen zu verlangen – Beträge von über 5.000 USD stellten dabei zu Beginn keine Ausnahme dar (Bearak 2002), mit weiterhin steigender Tendenz in den Jahren nach 2002. In Wazir und seiner durch den internationalen Sektor produzierten infrastrukturellen Autonomie lässt sich beinahe die Apotheose eines „splintering urbanism“ (Graham/Marvin 2001) wiederfinden, der einen hohen Druck auf den durch das rapide Bevölkerungswachstum ohnehin bereits strapazierten Mietmarkt in Kabul ausübte. Die Intervention sorgte für die Entstehung einer besitzenden Klasse von neuen Reichen und die Ausweitung der gesellschaftlichen Spaltung zwischen Arm und Reich. Aber auch die zuvor bereits wohlhabenden, machtvollen Akteure konnten sich weiter bereichern und die Richtung der städtischen Entwicklung entscheidend mitbestimmen.

Hier ist zunächst das vielbeachtete Beispiel von Sherpur zu nennen (Constable 2003, Nathan 2009, Calogero 2011) – ein ehemaliges, während des zweiten anglo-afghanischen Krieges im Jahre 1879 besetztes britisches Militärlager, das lange auch vornehmlich militärisch genutzt wurde und

offiziell dem afghanischen Verteidigungsministerium gehört. Hier in zentraler Lage hatte sich in den 1990er Jahren eine informelle Lehmsiedlung gebildet, die im September 2003 von polizeigeschützten Bulldozern planiert wurde, um Platz für Luxusbauten nach pakistanischem Vorbild zu schaffen (Abb. 10). Der einflussreiche tadschikische Verteidigungsminister Fahim zeigte sich verantwortlich und verteilte das nun freie Land an 29 einflussreiche Personen, viele davon in neuer Regierungsverantwortung unter westlicher Führung. Unter die neuen Landbesitzer gesellten sich der Bürgermeister von Kabul und seine Stellvertreter, der Stadtplanungsdirektor, verschiedene Minister der neuen Regierung, sowie einige Kommandeure und offenbar auch Verwandte aus dem Hause Karzai (Nathan 2009). Dies ist ein besonders offensichtliches Beispiel einer Informalität von oben, an der sich auch die Planungsbeauftragten und Vertreter der offiziellen, ‚beton‘-gestützten Stadtplanung großzügig bedienten. Gleichzeitig wurde hier schnell deutlich gemacht, wie die Kollaborateure und Profiteure der westlichen Intervention sich im ‚neuen‘ Afghanistan nach den Taliban ohne Konsequenzen über die formelle Gesetzeslage hinwegsetzen können. Hier werden auch praktische Widersprüche deutlich: Wengleich offizielle Stadtplanungspolitik keine Umsetzung erfährt und in praktischer Hinsicht bedeutungslos bleibt und ein staatliches Gewaltmonopol nur auf dem Papier existiert, so werden im Sinne einer elitären Raumeignung von größtenteils staatlichen Landflächen doch Fakten geschaffen, die einer Bereicherung und Machtzementierung von Wenigen dienen sollen.

Sherpur ist exemplarisch für diese Prozesse, aber nur ein frühes und vielbeachtetes Beispiel der elitären Landnahme zum Zwecke von Selbstbereicherung, Spekulation oder der Patronage (siehe auch Abb. 11). Es zeigt, dass Formalität und Gesetzestreue für die afghanische Elite keine praktische Funktion hat und für das Verfolgen eigener Interessen auch kein Hindernis darstellt. Die für Landnahmen verantwortlichen Akteure sind machtvoller als das städtische Regime und können auch von einer wenig einflussreichen Zentralregierung nicht in ihrem Handeln gestoppt werden.

Abb. 11 Die Nachbarschaft von Lehm und Spiegelglas: zwei informelle Häuser in Sherpur (Foto: Calogero 2007).



Heute nehmen auch die neuen, durch japanische Expertise beförderten Masterpläne in ihren Kartierungen von Kabul Bezug auf durch Kriegsfürsten und andere machtvolle Akteure „erbeutetes Land“ (Japan International Cooperation Agency 2011). Dabei handelt es sich in sehr vielen Fällen um neue Wohngebiete (*shahrak*), die seit 2010 zunehmend die städtische Raumproduktion dominieren und aus kommerziellen Interessen heraus für wohlhabendere Schichten auf Staatsland gebaut werden (Abb. 12). Hier sind politische Akteure in offiziellen Ämtern besonders aktiv und nutzen ihre privilegierten Positionen, um äußerst lukrative Deals mit Geschäftsleuten und Investor_innen abzuschließen und von dem neuen Bauboom zu profitieren (Foschini 2017: 24).

In einen besonders prominenten Fall war mutmaßlich der damalige Vizepräsident und heutige Vorsitzende des „Hohen Friedensrates“ von Afghanistan, Karim Khalili, involviert (Pajhwok 2011). Es geht dabei um die politisch alimentierte Landnahme durch eine Baufirma und die Entwicklung einer äußerst profitablen *shahrak* auf einer im Masterplan als Grünfläche ausgewiesenen Parzelle. Auch der amtierende Bürgermeister von Kabul nutzte seine einflussreiche Position und wurde des Landraubs zur Beförderung des Baus von Hochhauswohnungen bezichtigt (Zaheer 2014). Afghanistans unabhängige Nachrichtenagentur *Pajhwok* hat noch einige weitere derartige Fälle der Informalität von oben dokumentiert, und es zeigt sich, dass sich im Rahmen der exzeptionalistischen Planung machtvolle Belange ausdrücken, die zunehmend die Stadtentwicklung von Kabul mitbestimmen. Land bildet dabei zusammen mit dem US-Dollar und Opium die bevorzugte Währung der Eliten, genutzt zur Ausübung von Kontrolle und Patronage. Die Appropriation von Land zum Bau vieler *shahraks* passiert fernab jeglicher Planvorgaben und gesetzlicher Bestimmungen und illustriert in deutlichster Weise die Informalität des Regimes selber in der Verfolgung persönlicher Interessen. Die 2009 neu gegründete afghanische Landbehörde ARAZI registriert diese Vorfälle und spricht von landesweit 355 illegal durch machtvolle Personen erbauten *shahraks*, doch bleibt diese Kenntnis wirkungslos im Angesicht von Akteuren, die stärker sind als das formale städtische Regime (8am Nachrichtenmagazin 2018). In Kabul selber befinden sich nach offiziellen Angaben insgesamt 38 dieser großflächig und vornehmlich von ehemaligen Kriegsfürsten und *Mudschahedin* errichteten Neubausiedlungen (ebd.).

Offizieller Siedlungsbau zur Unterstützung der Armutbevölkerung ist dagegen fast gar nicht präsent. Es gibt zwei Projekte, die zur Unterstützung

Abb. 12 Moderne Bauten in der Haji Nabi *shahrak* im Südwesten von Kabul (Foto: Elham Gharji 2018)



zurückgekehrter Geflüchteter unter ministerialer Kontrolle umgesetzt wurden. Diese befinden sich jedoch auf kommerziell uninteressanten Flächen, mehr als 30 Kilometer vom Stadtzentrum entfernt ohne Straßenanbindung, Einrichtungen der Grundversorgung oder Einkommensmöglichkeiten für die dorthin umgesiedelten Haushalte (Foschini 2017: 23f.). Hier wird erneut deutlich, wie interessensgesteuerte Stadtentwicklung an den Bedürfnissen einer Mehrheit vorbeigeht und die Appropriation öffentlichen Landes durch machtvolle Akteure von staatlichen Behörden nicht verhindert werden kann. Elitäre Interessen setzen sich durch, und der Staat und seine Institutionen sind in praktischer Hinsicht fast bedeutungslos. Ob die neuen, von internationalen Gebern organisierten Programme mit Blick auf die Verbesserung städtischen Managements dies ändern können, darf bezweifelt werden (Kammeier/Issa 2017).

Die bestehenden und durch alltägliche Praxis gefestigten Machtasymmetrien erlauben eine an der armen Bevölkerung orientierte Stadtentwicklung nur zu Zwecken der Patronage von Gefolgsleuten. In weiterer Hinsicht zeigt sich hier aber auch das Versagen des westlichen Staatsaufbauprojektes in Afghanistan, das weiter zunehmend seine Legitimität verliert. Nicht zuletzt durch die Abkehr vom westlichen Projekt nehmen die kriegerischen Konflikte im ganzen Land deutlich zu (European Asylum Support Office 2017) und lassen den Alltag in Kabul zunehmend riskanter werden, wie auch die jüngste Anschlagsserie im Januar 2018 verdeutlicht.

Die Normalität informeller Stadtentwicklung

In ihrer Verknüpfung zeigen die hier exemplifizierten Modi der Stadtplanung von Kabul vor allem, dass die Orientierung an Planvorgaben oder gesetzlichen Regelungen eher die Ausnahme darstellt. Die Modi von Lehm und Spiegelglas bilden in ihrem ungleichen Zusammenspiel die Basis der Stadtentwicklung. Entsprechend lässt sich im Sinne Ananya Roys (2011) ganz klar von Informalität als „Idiom der Urbanisierung“ sprechen. Die „Dekonstruktion staatlicher Legitimität und ihrer Instrumente“ (ebd.: 233, Übers. d. A.) wird im Kontext von Kabul offensichtlich, jedoch mit sehr unterschiedlichen Konsequenzen für die Beteiligten einer Informalität von unten oder von oben. Im ersteren Fall wird durch die formellen Akteure der Stadtplanung und Stadtentwicklung eine illegalisierte und abhängige Bevölkerung produziert, die zwar geduldet, aber nicht erwünscht ist und entsprechend in der Breite nicht mit zentraler Infrastruktur versorgt wird. Dies ist die Perspektive, die von Entwicklungsorganisationen und Entwicklungsforschung mit informeller Urbanisierung als räumlicher Kategorie und Organisationsform verknüpft wird. Hier geht es dann entwicklungspraktisch um die Möglichkeit, Aufwertungsprozesse durchzuführen und Landrechte einzufordern, um Anerkennung zu garantieren, und in der Forschung um die Analyse von Strategien und Prozessen, die ein städtisches Überleben im Kontext von Ausgrenzung und Benachteiligung ermöglichen. Auch der Bezug zur progressiven Inwertsetzung einer in afghanischen Behörden durchaus bestehenden Expertise in technokratischen Planungsfragen wird im Rahmen anwendungsorientierter Forschung relevant.

Im zweiten Fall sind die formellen Akteure selber federführend an der Produktion von Informalität beteiligt und profitieren dabei von exzeptionalistischer Planung. Dies ist eine Perspektive, die erst in jüngerer Zeit entwickelt wurde und die von oben gesteuerte informelle Stadtentwicklung als einen im städtischen Regime selber verankerten Prozess identifiziert (Roy 2003). Wenn urbane Herrschaft selber Informalität produziert, dann werden diese Prozesse auch herrschaftlich gesteuert: Die Politik von Missachtung und Vernachlässigung, von dauerhafter Verwundbarkeit und Armut, von Korruption und Bereicherung ist dementsprechend ebenso geplant wie zum Beispiel der Bau von Straßen oder Plätzen. Politische Herrschaft ist damit ebenso verantwortlich für die Produktion einer mittellosen städtischen und illegalisierten Mehrheit wie für die eigene vorsätzliche und bereitwillige Übertretung von Gesetzen und Regularien in dem sicheren Bewusstsein, dies gefahrlos tun zu können.

Der Blick nach oben ist für ein Verständnis von Prozessen globaler Urbanisierung unausweichlich, und elitäre Informalität bildet im Kontext der räumlichen Formationen und Transformationen von Kabul einen entscheidenden Faktor. Mit Blick auf urbane Restrukturierungen im Kontext von Staatsaufbau und Konflikt bietet das Beispiel Kabuls und seine durch verschiedene Planungsregime gesteuerte städtische Entwicklung Einblicke in die Modi machtgesteuerter Wohlstandsvermehrung, die in kalkulierter Weise die Schwäche des städtischen Regimes ausnutzt. Die in den beschriebenen Raumproduktionen materialisierten städtischen Machtverhältnisse verhindern die ohnehin äußerst rar gesäten Bemühungen um armutsorientierte Stadtentwicklung und politische Inklusion einer städtischen Mehrheit. Dominante Machtverhältnisse jenseits staatlicher Sanktionskompetenz regulieren die städtische Entwicklung und sorgen für einen explodierenden Bodenmarkt. Eine internationale Geberpolitik, die geleitet wird vom Glauben an die Gleichsetzung von städtischer ökonomischer Entwicklung mit städtischer Sicherheit, ist direkt an einer Zementierung der Stadtentwicklung von oben in Kabul beteiligt. Damit ist Kabul allerdings nicht alleine, und Beispiele aus anderen städtischen Konfliktregionen zeigen ebenfalls, wie städtische Bodenmärkte als Vehikel für die Akkumulation privaten Reichtums im Kontext von sogenannten Friedensmissionen dienen (Esser 2013). Die Auffassung kalkulierter urbaner Informalität als hybride Praxis und machtvolles strategisches Werkzeug ist entsprechend geeignet, die Ambiguität stadtpolitischer und –planerischer Entwicklungen in Kabul und anderswo besser zu begreifen und in übergeordnete globalpolitische Zusammenhänge einzuordnen.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch den DFG geförderten Open-Access Publikationsfonds der FU Berlin ermöglicht.

Autor_innen

Pietro Calogero; Stadtplaner; Arbeitsschwerpunkte sind Stadtplanung und Planungstheorie, Globale Urbanisierung, Urbane Regime und Critical Modernity Studies.
pietro@calogero.us

Stefan Schütte; Geograph mit Schwerpunkt Geographische Entwicklungsforschung; regionale Expertise in Südasien und Afghanistan zu Themen städtischer Lebenssicherung und ländlicher Entwicklung.
stefan.schuette@fu-berlin.de

Literatur

- 8am Nachrichtenmagazin (2018): Shahraks Under the Magnifying Glass – Bericht des online Nachrichtenmagazins vom 18. Februar. www.8am.af/x8am/1396/11/29/areas-under-the-magnifying-glass/ (letzter Zugriff am 5.9.2018, übersetzt von Sayed Mahdi Mosawi).
- Alden Wily, Liz (2003): Land Rights in Crisis. Restoring Tenure Security in Afghanistan. Kabul: Afghanistan Research and Evaluation Unit.
- AlSayyad, Nezar (2004): Urban informality as a „new“ way of life. In: Ananya Roy / Nezar AlSayyad (Hg.): Urban Informality: Transnational Perspectives From the Middle East, Latin America, and South Asia. Maryland: Lexington Books, 7-30.
- Altrock, Uwe (2012): Conceptualising informality: Some thoughts on the way towards generalisation. In: Colin McFarlane / Michael Waibel (Hg.): Urban Informalities. Reflections on the Formal and Informal. Aldershot: Routledge, 171-193.
- Amin, Ash (2014): Lively infrastructure. In: Theory, Culture & Society 31/7-8: 137-161.
- Bayat, Asef (2007): Radical religion and the habitus of the dispossessed: Does Islamic militancy have an urban ecology? In: International Journal of Urban and Regional Research 31/3: 579-590.
- Beall, Jo / Esser, Daniel (2005): Shaping Urban Futures: Challenges to Governing and Managing Afghan Cities. Kabul: Afghanistan Research and Evaluation Unit.
- Beall, Jo / Schütte, Stefan (2006): Urban Livelihoods in Afghanistan. Kabul: Afghanistan Research and Evaluation Unit.
- Bearak, Barry (2002): Kabul journal: in the Afghan capital, rents go through the roof. In: New York Times, May 14.
- Bechhoefer, William B. (1977): The role of squatter housing in the urbanization of Kabul. In: Afghanistan Journal 4/1: 3-8.
- Beyer, Elke (2012): Competitive coexistence: Soviet town planning and housing projects in Kabul in the 1960s. In: The Journal of Architecture 17/3: 309-332.
- Blunt, Peter / Mamundzay, Farid / Nasary, Muqtader (2017): The long and the short of policy pantomime in Afghanistan. In: Progress in Development Studies 17/1: 67-88.
- Budds, Jessica / Teixeira, Paulo / SEHAB (2005): Ensuring the right to the city: pro-poor housing, urban development and tenure legalization in São Paulo, Brazil. In: Environment and Urbanization 17/1: 89-114.
- Calogero, Pietro Anders (2011): Kabul cosmopolitan: geopolitical empire from the planner's viewpoint. In: Planning Theory 10 (1): 66-78.
- Calogero, Pietro Anders (2011a): Planning Kabul: The Politics of Urbanization in Afghanistan. Berkeley: University of California, Department of City and Regional Planning, PhD-Thesis.
- Constable, Pamela (2003): Land grab in Kabul embarrasses government / Mud homes razed to make room for top Afghan officials. In: Washington Post am 16.9.2003.
- Cullather, Nick (2002): Damming Afghanistan: Modernization in a buffer state. In: The Journal of American History 89/2: 512-537.
- Daulatzai, Anila (2008): The discursive occupation of Afghanistan. In: British Journal of Middle Eastern Studies 35/3: 419-435.
- Davis, Mike (2006): Planet of Slums. London/New York: Verso.
- Dörre, Andrei / Kraudzun, Tobias (2012): Persistence and change in Soviet and Russian relations with Afghanistan. In: Central Asian Survey 31/4: 425-443.
- Dorransoro, Gilles (2000): Revolution Unending. Afghanistan: 1979 to the Present. London: Hurst.
- Dorransoro, Gilles (2007): Kabul at War (1992-1996): State, ethnicity and social classes. In: South Asia Multidisciplinary Academic Journal. <http://samaj.revues.org/document212.html> (letzter Zugriff am 24.9.2018).
- Esser, Daniel (2013): The Political Economy of Post-invasion Kabul, Afghanistan: Urban Restructuring beyond the North-South Divide. In: Urban Studies 50/15: 3084-3098.

- European Asylum Support Office (2017): EASO Country of Origin Information Report. Afghanistan Security Situation. Brussels: EASO.
- Fluri, Jennifer L. / Lehr, Rachel (2017): *The Carpetbaggers of Kabul and Other American-Afghan Entanglements. Intimate Development, Geopolitics, and the Currency of Gender and Grief.* Athens: University of Georgia Press.
- Foschini, Fabrizio (2013): *Land Grabs (2): Deh Sabz, the new and the old.* Kabul: Afghanistan Analysts Network.
- Foschini, Fabrizio (2017): *Kabul and the Challenge of dwindling Foreign Aid.* Washington D.C.: United States Institute of Peace.
- Giustozzi, Antonio (2009): *Empires of Mud. Wars and Warlords in Afghanistan.* London: Hurst.
- Giustozzi, Antonio / Orsini, Dominique (2009): *Centre-periphery relations in Afghanistan: Badakhshan between patrimonialism and institution-building.* In: *Central Asian Survey* 28/1: 1-16.
- Government of the Islamic Republic Afghanistan (2000): *Municipal Law of Afghanistan 1379 (2000).* Kabul: Ministry of Justice.
- Government of the Islamic Republic Afghanistan (2007): *Land Policy of Afghanistan.* Kabul: Islamic Republic of Afghanistan.
- Government of the Islamic Republic Afghanistan (2012): *Urban Management Support Programme.* Kabul: National Priority Programmes, Infrastructure Development Cluster.
- Government of the Islamic Republic Afghanistan (2015): *Estimated Population of Kabul City by District and Sex 2015-16.* Kabul: Central Statistics Organization.
- Government of the Islamic Republic Afghanistan (2015a): *The State of Afghan cities 2015.* Kabul: GoIRA.
- Graham, Stephen / Marvin, Simon (2001): *Splintering Urbanism: Networked Infrastructures, Technological Mobilities, and the Urban Condition.* New York: Routledge.
- Gregorian, Vartan (1969): *The Emergence of Modern Afghanistan. Politics of Reform and Modernization, 1880-1946.* Stanford: Stanford University Press.
- Hahn, Helmut (1972): *Wachstumsabläufe in einer orientalischen Stadt am Beispiel von Kabul/Afghanistan.* In: *Erdkunde* 26/1: 16-33.
- Integrated Regional Information Network (2008a): *Afghanistan: Poor sanitation, bad toilets cause deaths, misery.* UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs.
- Integrated Regional Information Network (2008b): *Kabul's air pollution putting people's health at risk.* UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs.
- Japan International Cooperation Agency (2011): *Draft Kabul City Master Plan. Product of Technical Cooperation Project for Promotion of Kabul Metropolitan Area Development. Sub Project to Revise the Kabul City Master Plan.* Kabul: JICA u. a.
- Kammeier, Detlef H. / Issa, Zabihullah (2017): *Urban Governance in Afghanistan: Assessing the New Urban Development Programme and Its Implementation.* Kabul: Afghanistan Research and Evaluation Unit.
- Kogan, Felix (2002): *World droughts in the new millennium from AVHRR-based vegetation health indices.* In: *EOS, Transactions American Geophysical Union.* 83/48: 557-564.
- Kreutzmann, Hermann / Schütte, Stefan (2010): *Persistence and change of Afghan-German economic cooperation – The case of the New Baghlan Sugar Company.* In: *Erdkunde* 64/1: 1-16.
- Kühn, Florian B. (2014): *„We are all in this together ...“: Deutschland in der Ambiguität der Afghanistanintervention.* In: Michael Daxner (Hg.): *Deutschland in Afghanistan.* Oldenburg, 193-211.
- Leslie, Jolyon (2012): *Urban recovery, or chaos? In: Martine van Bijlert / Sari Kouvo (Hg.): Snapshots of an Intervention. The Unlearned Lessons of Afghanistan's Decade of Assistance (2001-11).* Kabul: Afghanistan Analysts Network, 125-129.
- McFarlane, Colin / Waibel, Michael (2012): *Introduction: The informal-formal divide in context.* In: Colin McFarlane / Michael Waibel (Hg.): *Urban Informalities. Reflections on the Formal and Informal.* Aldershot: Routledge, 1-12.
- Misdaq, Nabi (2006): *Afghanistan. Political frailty and external interference.* London/New York: Routledge.
- Mitchell, David F. (2017): *NGO presence and activity in Afghanistan, 2000–2014: A provincial-level dataset.* In: *Stability: International Journal of Security and Development* 6/1: Art. 5, 1-18

- Monsutti, Alessandro (2012): Fuzzy sovereignty: rural reconstruction in Afghanistan, between democracy promotion and power games. In: *Comparative Studies in Society and History* 54/3: 563-591.
- Mukhopadhyay, Dipali (2014): *Warlords, Strongman Governors, and the State in Afghanistan*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Nathan, Joanna (2009): Land grab in Sherpur: monuments to powerlessness, impunity, and inaction. In: Middle East Institute (Hg.): *Afghanistan, 1979-2009: In the Grip of Conflict*. Washington, D.C.: Middle East Institute, 71-74.
- Ostermeier, Lars (2017): *Imaginationen rechtsstaatlicher und demokratischer Polizei. Deutsche Polizeiprojekte in Afghanistan von 1957 bis 2010*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Pajhwok Afghan News (2011): Khalili denies playing any role in land-grab by Onyx. <https://www.pajhwok.com/en/2011/04/21/khalili-denies-playing-any-role-land-grab-onyx> (letzter Zugriff am 24.8.2018).
- Poullada, Leon B. (1973): *Reform and Rebellion in Afghanistan. King Amanullah's failure to modernize a Tribal Society*. Ithaca/London: Cornell University Press.
- Roy, Ananya (2003): *City Requiem, Calcutta. Gender and the Politics of Poverty*. Minneapolis. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Roy, Ananya (2005): Urban informality. Toward an epistemology of planning. In: *Journal of the American Planning Association* 71/2: 147-158.
- Roy, Ananya (2009): Why India cannot plan its cities: informality, insurgence and the idiom of urbanization. In: *Planning Theory* 8/1: 76-87.
- Roy, Ananya (2011): Slumdog cities: rethinking subaltern urbanism. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 35/2: 223-238.
- Schinasi, May (2017): *Kabul: A History 1773-1948*. Leiden: Brill.
- Schütte, Stefan (2006a): *Searching for Security: Urban Livelihoods in Kabul*. Kabul: Afghanistan Research and Evaluation Unit.
- Schütte, Stefan (2006b): *Poor, Poorer, Poorest: Urban Livelihoods and Vulnerability in Mazar-i-Sharif*. Kabul: Afghanistan Research and Evaluation Unit.
- Schütte, Stefan (2009): Informal (in)security in urban Afghanistan. In: *Iranian Studies* 42/3: 465-491.
- Schütte, Stefan (2015): *Peacebuilding and pasture relations in Afghanistan*. In: *Peacebuilding* 3/3: 238-260.
- Suhrke, Astri (2011): *When More Is Less. The International Project in Afghanistan*. New York: Columbia University Press.
- Turton, David / Marsden, Peter (2002): *Taking Refugees for a Ride? The politics of refugee return to Afghanistan*. Kabul: Afghanistan Research and Evaluation Unit.
- UN Habitat (2006): *State of the World's Cities Report 2006/2007. 30 Years of Shaping the Habitat Agenda*. London: Earthscan.
- UN Habitat (2016): *On The Move in Kabul City Region. Transportation and mobility for effective city region functioning and prosperity*. Fukuoka: UN Habitat Regional Office for Asia and the Pacific.
- Wood, Geof / Gough, Ian (2006): A comparative welfare regime approach to global social policy. In: *World Development* 34/10: 1696-1712.
- World Bank (2005): *Kabul: Urban Land in Crisis*. Washington, D.C.: World Bank.
- Yiftachel, Oren (1995): The dark side of modernism: planning as control of an ethnic minority. In: Sophie Watson / Katherine Gibson (Hg.): *Postmodern cities and spaces*. Cambridge (Massachusetts): Blackwell, 216-239.
- Zaheer, Abasin (2014): Land grab: Wolesi Jirga summons Kabul mayor. In: Pajhwok Afghan News am 8.1.2014. <https://www.pajhwok.com/en/2014/01/08/wolesi-jirga-summons-kabul-mayor> (letzter Zugriff am 24.9.2018).

Informality from above and below: Urban development in Kabul framed by state-building and humanitarian intervention

Urban Development in the Afghan capital after the Western intervention is framed by foreign-led state-building activities and its attendant appropriations of urban space by different actors. Against this background, the article aims to reconstruct spatial developments in Kabul after 2001 and to interpret these in the context of contemporary debates about urban informality in the Global South. In doing so, various interconnected regimes of urban planning that give rise to very specific productions of urban space are analysed using a framework of urban informality. The goal is to assess how urban inequality in Kabul is produced and maintained, how certain social dispositions and spatial practices can be explained in contexts of informality, and how urban informality itself can serve as resource for the accumulation of wealth and power.

Intersektionalität privilegierter Identitätsdimensionen

Performanz einer weißen, männlichen und globalen Elite

Lars Meier

Privilegierte männliche, hochmobile Finanzmanager sind nicht nur Teil abstrakter ortsübergreifender Netzwerke, sondern sie arbeiten an konkreten Arbeitsorten. Diese Arbeitsorte werden von ihnen auch in Abhängigkeit zur sozialen Identität wahrgenommen und betrachtet. Am Beispiel von deutschen Finanzmanagern in London und Singapur wird die Relevanz des lokalen Arbeitsortes für die Identitätsaufführungen der globalen Elite mit einer intersektionalen Perspektive herausgearbeitet. Da die Performanz dieser Identitätsdimension als dynamischer Prozess verstanden wird – also als eine Dynamik, in der diese im Handeln alltäglich erzeugt und aufgeführt wird – werden die alltäglichen Aufführungen der Globalen Elite in ihrer Beziehung zu dem Arbeitsort, an dem die Aufführungen stattfinden, analysiert. Es wird deutlich, dass mit dem Ansatz der Intersektionalität auch privilegierte Identitätsdimensionen in den Blick genommen werden können. Es zeigt sich, dass sich in Abhängigkeit vom Ort der Performanz die Identitätsdimension ‚globale Elite‘ differenziert und sich in spezifischer Weise mit der Identitätsdimension des Weißseins überschneidet.

Ersteinreichung: 5. Februar 2018; Veröffentlichung online: 28. November 2018
An english abstract can be found at the end of the document.

1. Einführung

Die internationale Finanzwelt ist als Heils- und Krisenbringer in einem ständigen Licht der Aufmerksamkeit. Mit ihren computergestützten, in Echtzeit ablaufenden internationalen Austauschprozessen von Informationen und Finanzkapital gelten die Aktivitäten dieser Branche im besonderen Maße als Paradebeispiele von grenzüberschreitenden Globalisierungsprozessen. Die in dieser Branche arbeitenden Manager, die für ihre Arbeit in ein anderes Finanzzentrum ziehen und von dort aus über die Nutzung von Kommunikations- und Transportmitteln immer wieder in Kontakt zu anderen internationalen Finanzzentren stehen, erscheinen dabei meistens als vom Ort ihrer Handlung entkoppelte hochmobile transnationale Netzwerkbildner. Sie werden als Angehörige einer „global hightechnology professional culture“ (Knorr Cetina/Bruegger 2002) verstanden, die sich vom Ort gelöst hat und in der Zeit lebt (Castells 2000). Finanzmanager – in diesem Fall ist die maskuline Form bewusst gewählt – finden sich auch in populären medialen Darstellungen, wie der des rücksichtslos nach Erfolg und Gewinn strebenden Gordon Gecko im Film *Wall Street* von Oliver Stone, des Brokers Sherman McCoy, der sich in dem Roman *Fegefeuer der Eitelkeiten* von Tom

Wolfe (1987) als ‚Master of the Universe‘ fühlt oder des Vermögensverwalters Eric Parker im Roman *Cosmopolis* von Don DeLillo, der in seiner Stretch-Limousine auf der Fahrt durch Manhattan auch Armut begegnet. Die privilegierte Position der Finanzmanager und die soziale Ungleichheit in der Begegnung mit ‚Anderen‘, den weniger privilegierten und ihren städtischen Räumen, wird zuweilen in medialen Texten sichtbar, ist aber wissenschaftlich nur wenig erforscht.

Soziolog_innen wie Manuel Castells oder Saskia Sassen diagnostizieren eine soziale Zweiteilung zwischen den mobilen Hochqualifizierten wie den Finanzmanagern und den an den Ort gebundenen Unterprivilegierten, oder wie es Zygmunt Baumann ausdrückt: „Some inhabit the globe; others are chained to place“ (Bauman 1998: 45). Auf Basis einer solchen Perspektive war die Forschung zu den mobilen Finanzmanagern und Professionals lange davon dominiert, diese in erster Linie durch ihre hohe Mobilität und Einbindung in transnationale Netzwerke zu betrachten. Mit ihren Reisen, transnationalen Geschäftskontakten und häufigen Wohnortwechseln galten sie lange Zeit als Musterbeispiele einer „borderless world“ (Ohmae 1990). Dabei wurden ihre alltäglichen Praktiken häufig auf ihre Kommunikations- und Mobilitätspraktiken und die transnationale Netzwerkbildung (Carroll/Fennema 2002, Salt 1997, Van der Pijl 1998) zwischen den Global Cities (Sassen 2001) reduziert. Das hatte zwei Konsequenzen:

Erstens wird der städtische Ort in dieser Perspektive zu einem für die Handlung der Finanzmanager unbedeutenden Rahmen, er wird zu einem als einheitlich konzipierten globalen Ort. Diese Reduktion der Alltagspraktiken einer als ortlos betrachteten „transnational class“ (Sklair 2001) auf ihre grenzübergreifenden globalen Praktiken, geht mit einer Vernachlässigung von lokalen handlungsrelevanten Spezifika einher (Ley 2004, Willis/Yeoh/Fakhri 2002, Fechter 2007).

Daraus ergibt sich zweitens, dass alltägliche soziale Ungleichheitsprozesse, die vor Ort relevant werden, aus dem Blick geraten sind. Daher gab es auch lange Zeit einen Mangel an Untersuchungen zur sozialen Ungleichheit, die privilegierte Gruppen, wie die Finanzmanager, in ihrem Alltagshandeln aus einer Perspektive sozialer Ungleichheit in den Blick genommen haben (Korsnes et al. 2017, Meier 2015a). Die klassischen sozialen Ungleichheitsdimensionen Klasse, Geschlecht und ‚Ethnizität‘ wurden damit in ihrer Relevanz für das Alltagshandeln und die soziale Identitätsbildung der privilegierten Gruppen kaum berücksichtigt.

Mein Aufsatz untersucht die Relevanz des städtischen Ortes für alltägliche Ungleichheitsprozesse der privilegierten mobilen Finanzmanager. Mit dem vorgenommenen Vergleich der Performanz der deutschen Finanzmanager in London und Singapur werden im besonderen Maße die Spezifika beider Städte in ihrer Wirkung auf die Performanz privilegierter Identitäten deutlich.

Nach einer Darstellung der angewendeten qualitativen Methoden (Interviews und Beobachtungen) und der Datengrundlage im dritten Abschnitt verdeutlicht der vierte Abschnitt zunächst die Qualitäten, die es erlauben, von einer sozialen Identitätsdimension der globalen Elite auszugehen. Vor diesem Hintergrund analysiere ich im fünften Abschnitt die Performanz als globale Elite in London und im sechsten Abschnitt die in Singapur.

Ausgehend von der Identitätsdimension *globale Elite* werden im abschließenden siebten Abschnitt besonders die Intersektionalität von Weißsein mit Klasse (globale Elite) und Geschlecht herausgearbeitet und die ortsabhängigen Differenzierungen der Performanz gezeigt.

Wie sich noch zeigen wird, variiert die genaue Ausprägung der Identitätsdimensionen innerhalb einer gewissen Bandbreite in Abhängigkeit vom Ort ihrer Performanz. Zunächst gilt es aber im zweiten Abschnitt das Konzept der Intersektionalität vorzustellen und die Relevanz des Ortes in dieser Perspektive auf soziale Ungleichheiten herauszuarbeiten.

2. Intersektionalität und die Performanz von Identitäten am Ort

Der Begriff Finanzmanager, die mediale Darstellung der Finanzmanager und die entsprechenden Beschäftigungsquoten veranschaulichen, dass die Figur des Finanzmanagers stark männlich konnotiert ist. Auch dieser Aufsatz nimmt männliche Finanzmanager in den Blick, allerdings ausdrücklich vor dem Hintergrund Männlichkeit als Dimension sozialer Ungleichheit zu verstehen. Ebenso wie Männlichkeit wird auch das Weißsein häufig nicht im Kontext sozialer Ungleichheit beachtet und bleibt als privilegiertes und normgebendes Strukturelement unsichtbar. Weißsein bezieht sich dabei nicht auf eine Hautfarbe, auf deren Basis häufig vorgeblich homogene Gruppen mit entsprechenden Zuschreibungen konstruiert werden. Vielmehr bezeichnet Weißsein eine Position im Gefüge der sozialen Ungleichheit – nämlich die privilegierte Position – die immer in Beziehung zu den durch Rassismus diskriminierten Schwarzen steht (auch dies bezeichnet keine Hautfarbe, sondern die unter Rassismus leidende Gruppe) (Frankenberg 1993, Kerner 2013). Um die soziale Position der Finanzmanager im Gefüge sozialer Ungleichheit zu begreifen, ist es also notwendig die Multidimensionalität von Identität und sozialen Platzanweisern zu berücksichtigen und den Fokus nicht nur auf Klasse (globale Elite), sondern auch auf Geschlecht (Männlichkeit) und ‚Ethnizität‘ (Weißsein) zu richten.

Der Ansatz der Intersektionalität hat eine solche Verschränkung von Kategorien sozialer Ungleichheit in den Blick genommen (Lutz/Herrera Vivar/Supik 2010, Winker/Degele 2009). Entwickelt wurde dieser Ansatz vor dem Hintergrund der postkolonialen Kritik von schwarzen Feministinnen (Crenshaw 1989, Collins 1998, hooks 1981) daran, dass der Feminismus zwar die Unterdrückung von weißen Frauen der Mittelschicht thematisiert, aber nicht die besondere Situation von schwarzen Frauen betrachtet hat. Es sind jedoch Differenzierungen notwendig; oder anders gesprochen: Frauen sind auch sozialstrukturell betrachtet nicht gleich. Dies zeigt sich an dem Beispiel von schwarzen Haushaltshilfen, deren Arbeit es ihren weißen Arbeitgeberinnen ermöglicht einer besser entlohnten und angesehenen Lohnarbeit nachzugehen. Der Ansatz der Intersektionalität berücksichtigt diese Differenz zwischen den Frauen, indem nunmehr verschiedene Diskriminierungsformen (besonders Rassismus und Sexismus) in ihrer gegenseitigen Verschränkung und Wechselwirkung betrachtet werden.

Am Intersektionalitätsansatz wird kritisiert, dass dabei undefiniert bleibt welche Kategorien sozialer Ungleichheit (wie Gender, Gesundheit, ‚Ethnizität‘, Klasse, Sexualität, Körper, Gesundheit, Alter) berücksichtigt werden müssen.

Dies kann aber auch gerade als besondere Stärke des Ansatzes gesehen werden, denn so ist es möglich auch „fortwährend für neue mögliche Auslassungen, Entnennungen und Exklusionen sensibel zu bleiben“ (Lutz/Herrera Vivar/Supik 2010: 12). Der Intersektionalitätsansatz geht von Kategorien sozialer Ungleichheit aus, die mit der Benennung auch reproduziert werden, was verschiedentlich kritisiert wurde (Budde 2013). Es ist ohne Zweifel grundsätzlich hochproblematisch, wenn Kategorien sozialer Ungleichheit mit stereotypischen Zuschreibungen von Eigenschaften und der Bildung von vorgeblich homogenen Gruppen verbunden werden. Zum Erkennen der Strukturen sozialer Ungleichheiten und auch zu ihrer Benennung sind Bezüge zu solchen Kategorien jedoch notwendig. Wie sollten beispielsweise Sexismus, Klassismus oder Rassismus in den Blick genommen werden, wenn nicht die darunter leidenden (oder die davon profitierenden) Gruppen benannt werden?

Der Begriff Intersektionalität impliziert durch die Metapher der Straßenkreuzung (deutsch für intersection), dass vor und nach der Kreuzung die Kategorien sozialer Ungleichheit unabhängig und isoliert voneinander bestehen. Um die Dauerhaftigkeit der Überlagerungen der Ungleichheitskategorien treffender zu kennzeichnen, wurde daher vorgeschlagen den Begriff der Interdependenzen vorzuziehen (Walgenbach 2012). Da es sich bei Intersektionalität um ein mittlerweile etabliertes internationales Konzept handelt, wird dieser in meinem Aufsatz einer neuen Begriffsinnovation vorgezogen.

Vor dem Hintergrund der Wurzeln des Intersektionalitätsansatzes ist es wenig überraschend, dass Forschung, die sich auf diesen Ansatz bezieht, auf Diskriminierungen fokussiert und ihn nicht anwendet, um Verschränkung der Kategorien sozialer Privilegierungen in den Blick zu nehmen. Ein Problem ist daher: „the curious tendency to neglect analysis of the power of the actions of the dominant group within the ‘category’. The analysis of intersectionality has often focused on the actions of the disadvantaged groups. For example, there has been a focus on the actions of white women rather than white men [...]“ (Walby/Armstrong/Strid 2012: 230). Mein Aufsatz will mit der Analyse der Intersektion der privilegierten Kategorie globale Elite (Klasse) mit der des Weißseins („Ethnizität“) und der von Männlichkeit (Geschlecht) dazu beitragen diese Forschungslücke zu schließen.

Dabei ermöglicht es der Intersektionalitätsansatz auch auf der Alltagsebene der Handlungen, der sprachlichen Aussagen und symbolischen Markierungen von ‚Fremd‘ und ‚fremden Räumen‘ machtvolle Privilegierungen als „lived experiences“ (Valentine 2007) in den Blick zu bekommen. Der Ansatz der Performanz von Judith Butler (1991) bietet sich an, um diese Verbindung von alltäglichen Handlungen und Aussagen zu machtvollen Privilegierungen sozialer Identitäten (wie Weißsein, Männlichkeit und globale Elite sein) zu analysieren. Denn: Kategorien sozialer Ungleichheit sind nicht nur analytische Kategorien, sondern auch Dimensionen sozialer Identitäten, die eine gewisse Dynamik aufweisen. Sie sind „neither fixed nor singular; rather it is a constantly changing relational multiplicity“ (Brah 1996: 123) und werden in alltäglichen Handlungen und Sprechweisen (re-)produziert (Butler 1991, Meier 2009). Für ihre alltägliche Re-produktion sind die Konstruktion von ‚Eigen‘ und ‚Fremd‘ (Bhabha 1994, Hall 1996) besonders bedeutsam. Die Verschränkungen der Identitätsdimensionen, die Kategorien sozialer Ungleichheit darstellen, werden in diesem Aufsatz in Abhängigkeit vom Ort

ihrer alltäglichen Performanz und Verkündung betrachtet. Butler hat das Konzept der „Performanz der Geschlechtsidentitäten (*gender performance*)“ (Butler 1991: 202, Hervorhebung im Original) eingeführt, um zu betonen, dass Geschlecht dargestellt wird. Damit entnaturalisiert sie Geschlecht und Geschlechtsidentität. Die „konstruierten Akte, Gesten und Inszenierungen erweisen sich insofern als *performativ*, als das Wesen oder die Identität, die sie angeblich zum Ausdruck bringen, vielmehr durch leibliche Zeichen und andere diskursive Mittel hergestellte und aufrechterhaltene Fabrikationen/Erfindungen sind“ (Butler 1991: 200, Hervorhebung im Original). Es gibt vielfältige Studien die eine solche Performanz von Geschlecht belegen. Spezifisch zum Forschungsfeld der vorliegenden Studie analysiert Linda McDowell die Performanz von Männlichkeit und Weiblichkeit bei Finanzbeschäftigten in der Londoner City (McDowell 1997). Auch Weißsein ist eine durch diskursive Mittel hergestellte und aufrechterhaltene Fabrikation, die als sozialer Platzanweiser fungiert und die ich anhand der Aussagen und Handlungen der Finanzmanager an den Orten ihrer Verkündung analysiere.

Mit einem Verständnis, dass Orte „combinations of the material and mental“ (Cresswell 1996: 13) sind, rücken sowohl symbolische Markierungen von Orten (Wacquant 2017) und alltägliche Praktiken an diesen Orten in den Blick des Aufsatzes. Die symbolische Reproduktion von Machtverhältnissen und Ungleichheiten (symbolische Gewalt nach Bourdieu 2005) erfolgt im Zuge der Performanz der privilegierten Identitäten der Finanzmanager. Ein Element dieser Performanz sind spezifische sprachliche symbolische Markierungen von ‚anderen‘ und ‚anderen‘ Orten, die als „Ortseffekte“ (Bourdieu 1997) wirksam werden. Ein Ort kann so beispielsweise symbolisch als gefährlich, als kulturell oder als primitiv markiert werden (Jackson 1989, Çınar/Bender 2007). Auch die Begegnung mit ‚anderen‘ ist mitgeprägt durch die symbolische Zuschreibung von bestimmten Eigenschaften, die mit der Identifikation von bestimmten Identitätsdimensionen, wie beispielsweise einem Geschlecht, der ‚Ethnizität‘ oder der Milieuzugehörigkeit erfolgt.

Die symbolische Markierung von Orten wird auch auf der Ebene der alltäglichen körperlichen Performanz von Identitäten (durch an die symbolische Markierung angepasste Handlungen oder Emotionen) reproduziert. Bisher wurde die intersektionale Perspektive auf die Erforschung sozialer Ungleichheit in der Stadtforschung relativ selten angewendet (Valentine 2008). Beispiele sind eine kombinierte Studie aus quantitativer Analyse und Medienkunst zur ungleichen Nutzung des städtischen Raums (Scambor/Zimmer 2012), von Gentrifizierungsprozessen (Frank 2010) oder des ungleichen Risikos städtischer Nachbarschaften (Differenz der sozialen Zusammensetzung) von Umweltschäden betroffen zu sein (Sicotte 2014). Eine Anwendung des Intersektionalitätsansatzes auf die Performanz verschiedener privilegierter Identitäten in ihrer Beziehung zu verschiedenen Städten steht jedoch noch aus.

3. Soziale Identitäten am Ort analysieren – Methode und Fallauswahl

Mein Aufsatz basiert teilweise auf überarbeiteten oder in einen neuen Zusammenhang gestellten Teilen meiner bereits veröffentlichten Studie „Das Einpassen in den Ort“ (Meier 2009) und enthält damit auch bereits

veröffentlichte Daten und Textabschnitte. Im Unterschied zu meinen vorherigen Veröffentlichungen (zum Beispiel Meier 2007; Meier 2016, Meier 2015b) wendet der vorliegende Aufsatz das Konzept der Intersektionalität an. Für die Studie habe ich mit London und Singapur zwei Städte gewählt, die im besonderen Maße als international bedeutsame Finanz- und Dienstleistungszentren gelten und die als vernetzte ‚global cities‘ oder ‚alpha world cities‘ (Friedmann 1995, Alderson et al. 2010, Taylor 1994) benannt und in den Konstruktionen globaler städtischer Hierarchien in Toppositionen eingeordnet werden.

Die Studie gründet sich auf 40 in London und Singapur durchgeführte leitfadengestützte, aber in den Nachfragen flexibel gehaltene, episodische Interviews. Interviewt wurden Menschen (vorwiegend Männer) aus unterschiedlichen Alterskategorien mit einem deutschen Pass, von denen sowohl in London als auch in Singapur jeweils 12 in höheren bis höchsten (General Manager, CEO) und 8 in eher mittleren Managementpositionen (Associate Manager) in insgesamt 11 unterschiedlichen Finanzinstitutionen arbeiteten.

Die episodische Interviewform (Flick 2008) ermöglicht es, subjektives Wissen und Alltagserfahrungen zu erheben. Das Interview war gegliedert durch Erzählanregungen und Fragen, die es den Interviewten ermöglichten, erlebte Situationen in London und Singapur zu schildern. Der dafür vorbereitete Interviewleitfaden wurde von mir flexibel, also mit direktem Bezug zu dem von den Interviewpartnern Gesagten, verwendet und der jeweiligen Interviewsituation angepasst. Das Ziel war, es mit Fragen hierzu – also wie es dazu kam, dass sie nach London oder Singapur gekommen sind, zu ihren Lieblingsorten oder mit einer Aufforderung, einen normalen Arbeitstages vom Aufstehen an zu erzählen – den Interviewpartnern zu ermöglichen eigene Erzählungen in der Interviewsituation zu entwickeln. Die meisten Interviews fanden in den Büros der Interviewpartner oder in Kneipen oder Restaurants statt und dauerten 2-4 Stunden. Diese Interviews wurden durch offene ethnografische Interviews und durch Feldbeobachtungen, die sich auf die Handlungen der Finanzmanager und die von ihnen alltäglich genutzten Orte fokussierten, ergänzt. Das ethnografische Interview wurde situativ (bei gemeinsamen Ortsbegehungen) und ohne vorbereiteten Leitfaden entwickelt. Im Unterschied zu einer alltäglichen Unterhaltungssituation stellte ich als Forscher die meisten Fragen und strukturierte damit das Gespräch stärker (Spradley 1979). Die Auswertung der transkribierten Interviews und der Feldnotizen erfolgte nach Prinzipien der Grounded Theory. Dies umfasst eine Offenheit gegenüber Neuem und vorher Unbekanntem in der Erhebung und der Auswertung (anstatt eines hypothesengeleiteten Vorgehens). Außerdem ist damit ein Vorgehen gekennzeichnet, in dem Erhebung und Auswertung ineinandergreifende Phasen sind, wobei die Erhebung (Interviewführung und Beobachtung) an die Zwischenergebnisse der Auswertung angepasst wurde. Die Daten wurden in der Analyse von mir schrittweise kodiert und interpretativ ausgewertet (Charmaz 2014). Die Durchführung von Interviews und Feldbeobachtungen ermöglichte es mir dreierlei zu kombinieren: Die von mir beobachtete Struktur des Ortes, die dort stattfindenden alltäglichen Handlungen und die Erzählungen dieser Handlungen und der Orte aus Sicht der deutschen Finanzmanager.

Mein Aufsatz knüpft an Studien an, die eine interne Homogenität der mobilen Professionals bezweifeln und vielmehr die Relevanz von sozialen

Identitätsdimensionen wie Ethnizität (Leonard 2010), nationaler Identität (Butcher 2009, Armbruster 2010) oder Geschlecht (Coles/Fechter 2007, Walsh 2011) für die Alltagspraktiken der mobilen hochqualifizierten Migrant_innen belegt haben. Die „transnational class“ (Sklair 2001) ist heterogen und muss spezifischer betrachtet werden. Daher habe ich in beiden Städten dort arbeitende deutsche Finanzmanager befragt, die sich in verschiedenen sozialen Identitätsdimensionen gleichen: Sie sind Weiß, männlich und sie sind als hoch-qualifizierte Finanzmanager Angehörige der globalen Elite.

Zunächst muss jedoch geklärt werden, welche Kriterien es rechtfertigen von einer sozialen Identitätsdimension globale Elite auszugehen. Denn nur mit einer solchen Klärung wird es im Folgenden möglich ihre konkrete Ausprägung in Abhängigkeit vom Arbeitsort zu betrachten.

4. Die globale Elite

Die soziale Identitätsdimension globale Elite lässt sich durch ihren privilegierten Zugang zu Ressourcen und ihre gegenseitige Verknüpfung in sozialen und beruflichen Netzwerken charakterisieren. Ein weiteres Element ist jedoch auch eine diskursive Konstruktion als Elite (Woods 1998). Beispielsweise werden diese, wie Boltanski und Chiapello (2003) darlegen, in der Managementliteratur als ein neuer Typus von Managern entworfen, die in ihren Handlungen und Lebensentwürfen als globale Netzwerkbildner präsentiert werden. Auch wenn, wie Hartmann (2009) zeigt, die Karrieremuster von Topmanagern in den meisten Fällen immer noch traditionellen nationalen Karrieremustern entsprechen, so werden hoch-qualifizierte Manager diskursiv als globale Netzwerkbildner verhandelt. Zu diesem diskursiven Entwurf passend berichten auch meine Interviewpartner beständig davon, wie sie ihre Lebensplanung den Ansprüchen des beruflichen Erfolgs und der notwendigen Netzwerkbildung zurückstellen. Damit unterscheiden sie sich erheblich von einer „Leisure Class“ (Veblen 1985), die durch ihren gesicherten Status und Wohlstand von den Mühen der Lohnarbeit entbunden ist. Meine Interviewpartner stellen immer wieder ihren hohen Arbeitseinsatz und ihre Bereitschaft, das Private dem beruflichen Erfolg unterzuordnen, in das Zentrum ihrer Erzählungen und Selbstdefinitionen. Diese Erzählung ist damit verbunden, sich von denen, die dies nicht machen und nicht etwas Neues wagen, da sie weiterhin in Deutschland arbeiten, zu distanzieren. So führt ein Bankmanager in London aus:

„Es gibt viele die nicht gehen wollten. Es gibt viele die nicht äh die sozialen Sicherheiten die es angeblich in Deutschland gibt. Die es gibt ... aufgeben wollten ja und da sind auch einige wie soll ich sagen ... dann jahrelang am Fenster gesessen in Frankfurt so was nennt sich dann Window Seat ja wenn du nichts mehr wichtiges zu tun kriegst, wenn Du Deine Statussymbole da hast und Dein Schreibtisch und so aber eigentlich äh ... viel Zeit hast Zeitung zu lesen und so. Sie werden Dich nicht los und wenn Du mit den Abfindungen die sie Dir anbieten nicht einverstanden bist dann bleibst Du halt da sitzen ja .. und rechnest Deine Rente hoch und und und all diese Kleinkram, ich sag mal wirklich Kleinkramsachen. Äh ... ich bin gegangen, das war 96 und

dann ist die Familie nachgekommen .. und das war natürlich dann ein äh ... eine sehr große Umstellung hier.“ (Anmerkung: Die Unterstriche kennzeichnen eine besondere Betonung).

Der Schritt an einen Arbeitsplatz im Ausland wird in diesen Erzählungen zu einem mutigen abenteuerlichen Unterfangen. Es ist gerade dieses Selbstverständnis von Mutigkeit und Flexibilität, das in den Erzählungen der Finanzmanager als Distinktionselement gegenüber den aus ihrer Sicht unmutigen und unflexiblen Managern, die in Deutschland bleiben, ausgedrückt wird und ein Kernelement der Aufführung der Identitätsdimension globale Elite darstellt. Wie sich zeigen wird, ist das Selbstverständnis der mobilen Finanzmanager von Mutigkeit und Flexibilität nicht an jedem Arbeitsort gleich ausgeprägt.

5. Die Performanz als globale Elite in London

Der nördlich an der Themse gelegene zentrale Stadtteil City of London weist nur eine kleine Fläche von 2,6 km² auf, in der sich allerdings eine hohe Zahl von Finanzinstitutionen konzentrieren. Die deutschen Finanzmanager in London markieren die City of London als ‚Zentrum der Wirtschaft‘. Für sie ist die City ein Zentrum mit echter Tradition, oder wie ein Manager in einer Differenzierung der historischen Gebäude in London zu den Gebäuden in anderen Städten sagt: „Hier ist es kein Museum, das ist real“. Ihre Blicke auf die City sind geleitet durch die Wahrnehmung von Gebäuden, die eine symbolische Markierung als traditionelles Zentrum bestätigen. Gebäude, die aber auch durch eine bestimmte Stadtplanung in Szene gesetzt werden und sich in den Blick auf die Skyline aufdrängen sollen, wie zum Beispiel die Kathedrale St. Pauls (Jacobs 1996). In dem traditionellen Zentrum arbeiten zu können, also Eintritt in das „Zentrum der Wirtschaft“ zu haben, wird von den deutschen Finanzmanagern als eine Auszeichnung ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit betrachtet, mit der sie sich im Konkurrenzkampf um den Eintritt in das Zentrum gegenüber anderen Finanzmanagern durchgesetzt haben. Denn, so sagt einer:

„Nach London will jeder [...] Das wird schon im Vorfeld genau ausgesucht, passt das Profil, passt die Anforderung.“

Mit dem Aufenthalt der Finanzmanager in der City of London fühlen sie sich selbst als Teil des Zentrums. Hier zu arbeiten, wird von ihnen als Aufwertung der eigenen Person im Konkurrenzkampf gesehen und manifestiert sich als Konkurrenzvorteil im eigenen Lebenslauf. So sagt ein Finanzmanager:

„Zwei Jahre oder ein Jahr London Berufserfahrung, das zählt sich immer aus im Lebenslauf.“

Das Image der deutschen Finanzbeschäftigten von der City als dem traditionellen Zentrum übersetzt sich aus ihrer Perspektive in besondere Erwartungen, die sie erfüllen müssen, um somit selbst dazu gehören zu können. Daher erscheint eine Erzählung des Arbeitsalltags für die deutschen Finanzmanager nur vollständig, wenn sie auf ihre besonders hohe Arbeitsleistung hinweisen, die sie hier vollbringen müssen. In der City zu sein, ist für sie unmittelbar damit verknüpft, viel und lange zu arbeiten. Das Image vom Zentrum ist für

die Finanzmanager mit der Erwartung und dem Gefühl verbunden, dass ihr Aufenthalt im Zentrum mit einer notwendigen Anpassung an eine besonders hohe Arbeitsleistung korrespondieren muss. Aus ihrer Perspektive gilt: Wer im Zentrum sein darf, der muss auch eine besonders herausragende Leistung bringen und fühlt sich dort unter einem Anpassungsdruck diesem Image zu entsprechen. Die Erzählung von dieser Anpassung ist so ein ständiges Motiv in den Erzählungen ihres Alltags in der City of London. Wie mächtig diese symbolische Markierung ist und wie stark diese das Empfinden der deutschen Finanzmanager in der City beeinflusst, zeigt sich besonders darin, dass dieses Image von der besonders arbeitsfordernden City nicht der statistischen Realität standhält, aber trotzdem ein dominantes Motiv ihrer Erzählungen ist. So schreibt der „City Economy Digest“, offensichtlich selbst überrascht von dem Ergebnis, über die durchschnittlich erbrachte Arbeitszeit in der City, dass diese mit durchschnittlich 37,2 Stunden die niedrigste in London und in Großbritannien ist (Corporation of London 2003). Auch wenn hieraus keine direkte Aussage über die Arbeitszeit der entsandten deutschen Finanzmanager abzuleiten ist, so ist es doch interessant, dass das Image, das die deutschen Finanzmanager von der City als Ganzes haben, nämlich das des besonders fordernden Zentrums, so stark ist, dass es ihre Empfindung leitet. Sie fühlen sich hier unter einem Anpassungsdruck, selbst diesem Image entsprechend zu handeln und sich als besonders arbeitsam zu präsentieren.

Ihr Gefühl, sich in der City an einem Ort zu befinden, an dem aufgrund dieser Zentrumsfunktion von ihnen eine besondere Arbeitsleistung und Unterordnung unter die Anforderungen der City erwartet wird, korrespondiert mit ihren alltäglich gemachten Erfahrungen und ihren daran angepassten Handlungen von Hektik, wie dem Ignorieren der Fußgängerampeln, den zielstrebigsten Bewegungen auf der Straße und dem Verzicht auf ein deutsches Mittagessen, zugunsten eines schnellen Essens am Arbeitsplatz. Denn, wie einer ausführt, ist

„eine Mittagspause als solche, wie wir sie kennen, eine Stunde mal Abstand nehmen, mal rausgehen oder so, hier im Tagesrhythmus in der City of London für meine Begriffe nicht vorgesehen.“

Die deutschen Finanzmanager fühlen sich als Teil einer ausgewählten Gruppe, die es geschafft hat, aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit in die City zu passen, und die sich in ihren Handlungen dafür den Anforderungen der City anpassen. Neben der hohen Arbeitsleistung, strengen Kleidungsregeln und der Hektik des Ortes wird von ihnen auch immer wieder eine Notwendigkeit zur sozialen Netzbildung formuliert. Diese Anforderung verdeutlicht sich mit einem Blick auf die zahlreichen Pubs, Cafés und Restaurants, die sich zwischen den Bürogebäuden der City befinden. Ein Interviewpartner macht dies deutlich anhand des Aufforderungscharakters des Tagesrhythmus der City, indem die informelle Netzwerkarbeit einen eigenen Platz hat. Er berichtet:

„75 % aller Mitarbeiter gehen regelmäßig nach Dienstschluss auf einen Social Drink, das hat Vor- und Nachteile. Der Nachteil ist halt das regelmäßige Trinken, du wirst Alkoholiker. Das ist halt London City.“

Elemente wie das fehlende Lächeln auf der Straße, die fehlende Ablenkung und Irritation des Blicks durch den ‚Anderen‘, der Mangel an Ruhebuchten

auf den Straßen der City machen die City für die deutschen Finanzmanager mit dem Überschreiten der Grenzen der City zu einem exklusiven Ort der Konkurrenz. Sie empfinden die City als Ort, an dem aus ihrer Perspektive alles darauf ausgerichtet ist, dem Funktionieren des Finanzwesens zu dienen. Das beschreibt ein Interviewpartner so:

„Es lebt halt von den Banken und den Leuten, die hier halt arbeiten, und es ist halt wirklich nur drauf ausgerichtet, dem zu dienen.“

London wird von den deutschen Finanzmanagern als sozial gespaltene Stadt der Kämpfe und Gefahren betrachtet. Eigene Stadtteile und die Stadtteile der ‚Anderen‘ werden von Ihnen klar benannt, klassifiziert und mit symbolischen Markierungen versehen. Die Stadtteile der weniger Privilegierten werden für sie als globale Elite als gefährlich markiert und eine Durchquerung vermieden. So führt einer aus:

„Selbst äh der nördliche Teil der Docklands, der high fashionable heute ist, aber da gibt es hohe Lagerhäuser aus der alten Zeit, da möchte ich abends nicht zu Fuß durchgehen.“

Ein anderer erklärt:

„Großstädte bringen immer ein gewisses Chaos mit sich. Unorganisiertheit, auch Dreck, muss man wirklich sagen. Auch gewisse Spannungen in gewissen Gegenden, wo dann also wirklich ein höherer Ausländeranteil ist, äh, Schwarze, Inder vielleicht nicht so sehr, aber Schwarze schon. Wenn Sie nach Brixton zum Beispiel gehen, da sehen Sie schon oftmals, ich will nicht sagen oftmals, aber da kann es schon passieren, dass Sie in der Minderheit sind.“

Die deutschen Finanzmanager schützen sich vor den vermeidlichen Gefahren durch die Aneignung eines spezifischen Wissens der sozialen Zusammensetzung der einzelnen Stadtteile, um so zielgerichtet die Stadtteile der ‚Anderen‘ meiden zu können. Einer erklärt wie er auf Basis eines solchen Erlernens mögliche Wohnorte für ihn identifiziert hat und dabei die Wohnorte der ‚Anderen‘ ausgeschlossen hat:

„Dann habe ich mir angesehen auf den Straßen was für Autos stehen da und je nachdem wie die Autos sind, wie gepflegt die sind, ist das Mittelklassewagen, höher oder sind das alles alte Schüsseln, können Sie sehr genau sagen was da für Leute wohnen und höchstwahrscheinlich auch welche Leute da durchlaufen. Das ist ein gutes Indiz. Dann äh wie gepflegt sind die Gärten, wie gepflegt sind die Häuser an sich. ... Dann sehen Sie auch schon wie ist die Zusammensetzung von den Leuten. Ich will jetzt nicht sagen wie sind die verschiedenen Herkünfte, sondern vielmehr von dem Bekleidungsstil. Laufen da jetzt viele tagsüber in ihren Jogginghosen rum oder mit dicken Goldketten und sehen eher düster aus. Oder habe ich eben morgens die Leute, die in Krawatte, Anzug äh da aus dem Haus gehen. Dann können sie das in etwa grob abschätzen ähm, ja. Sicherlich irgendwie Erfahrung.“

Die Performanz als globale Elite in London ist für die deutschen Finanzmanager davon bestimmt die eigene hohe Leistungsfähigkeit in der als Zentrum

symbolisch markierten City darzustellen. Die Markierung als symbolisch markiertes traditionelles Zentrum gründet sich in der Geschichte Londons als koloniales Zentrum, von dem aus die koloniale Peripherie (wie Singapur) beherrscht wurde.

6. Die Performanz als globale Elite in Singapur

Am südlichen Ufer des Singapore River schließt der Central Business District (CBD) an, der Teil des historischen Zentrums (Downtown Core) des Stadtstaates ist. Hier konzentrieren sich die Bürogebäude internationaler Finanz- und Dienstleistungsunternehmen. In der Kolonialzeit wurde Singapur zu einem wichtigen Hafen, Umschlagplatz und regionalem Zentrum durch die britische Kolonialmacht entwickelt. Im Downtown Core finden sich um den an den britischen Kolonialherren und Gründer des modernen Singapurs erinnernden Raffles Place neben Hochhäusern auch architektonische Zeugnisse dieser Zeit.

Anders als London wird Singapur von den deutschen Finanzmanagern in seiner historischen Rolle als kolonialer Außenposten betrachtet. Für sie hat daher der CBD im heutigen Singapur längst nicht die zentrale Position in der Weltwirtschaft, die sie der City of London beimessen. Der CBD in Singapur wird von ihnen zwar auch als ein Zentrum gesehen, aber eher als ein untergeordnetes, regionales Zentrum in Asien. Und Asien ist in ihrer Perspektive weit weg vom zentralen Geschehen und vom Hauptsitz des eigenen Finanzunternehmens. Daher sehen sich meine Interviewpartner in Singapur als „hier draußen“. Einer sagt beispielsweise:

„Da ist ein Zeitunterschied [von 7 Stunden], da sind sie schon eine ganze Ecke selbstständiger hier draußen.“

„Draußen“ im CBD von Singapur sehen sich die deutschen Finanzmanager als etwas unabhängiger und „selbstständiger“ als im Zentrum in der City of London. Auch die kolonialen Gebäude betrachten die Finanzmanager anders als in London. Sie werden von ihnen in Singapur eher als Zeugnis einer abhängigen Entwicklung, als Beweis der Rolle als traditionell beherrschter kolonialer Außenposten gesehen. Als Gebäude die nur sie, als die Nachfahren der Erbauer, richtig würdigen können. So sagt ein Finanzmanager:

„Das historische Zentrum von Singapur, da mit City Hall, mit St. Andrews Cathedral, mit Chijmes, das finde ich angenehm. Das ist schön zum Gehen, weil man da die Gebäude sieht im Raum, die Aussagen haben und ein bisschen Geschichte zeigen und nicht nur kaufen, kaufen, kaufen und essen, essen, essen, ja“.

Ihr eigenes Interesse an historischen Gebäuden stellen meine Interviewpartner häufig gerade im Gegensatz zu den Interessen der Singapurern dar. Die deutschen Finanzmanager sehen sich selbst im Unterschied zu den Singapurern als interessiert an Gebäuden, die „Aussagen haben und ein bisschen Geschichte zeigen“. Solche Gebäude sind aus ihrer Perspektive gerade die Gebäude der ehemaligen, weißen, britischen Kolonialherrscher. Ihre eigene Identität als Weiße entsteht dabei mit dem gezeigten Interesse an historischen Gebäuden, die „Aussagen haben“, die Interessen der ‚Anderen‘ sehen sie dabei als

gegensätzlich zu den eigenen Interessen. Die deutschen Finanzmanager sehen sich selbst in der Lage, die historischen Gebäude zu würdigen und die „Aussagen“ der Gebäude verstehen zu können. Diese Befähigung, die sich als Identitätsbaustein zum Weißsein verstehen lässt, sehen sie im Gegensatz zu den Fähigkeiten der ‚Anderen‘, den asiatisch stämmigen Singapureern, denen sie diese Fähigkeit nicht zuschreiben, denn so sagt ein Interviewpartner: „kulturell spielen wir sowieso auf anderen Ebenen“.

Die deutschen Finanzmanager betrachten sich selbst in Singapur als diejenigen, die – im Gegensatz zu den asiatisch stämmigen Singapureern – in der Lage sind Kultur zu verstehen und dafür Interesse zu entwickeln. Dass sich dabei das, was sie als Kultur ansehen, gerade auf die historischen Gebäude der weißen britischen Kolonialherren bezieht und die Finanzmanager sich selbst als diejenigen sehen, die diese verstehen und daher daran Interesse entwickeln können, zeigt auf, dass für ihre Produktion einer weißen Identität in Singapur die koloniale Geschichte der Stadt von eminenter Bedeutung ist. Für die deutschen Finanzmanager wird das heutige Singapur in dieser Tradition stehend betrachtet und erlebt. Die Performanz einer weißen Identität erfolgt in Abhängigkeit zu der Geschichte Singapurs als koloniale Stadt (Yeoh 2001); zu einer Stadt, der das ‚kulturelle‘ aus Perspektive der weißen Finanzmanager von den weißen Kolonialherren eingeprägt wurde und das heute wie der neu errichtete Konzertsaal „The Esplanade“ zur Befriedigung ihrer speziellen kulturellen Bedürfnisse erstellt wird (zu solchen postkolonialen Kontinuitäten in den Einstellungen und Praktiken der heutigen Expatriates siehe auch Fechter/Walsh 2010).

Anders als in der City of London – in der sich die Finanzmanager, wie gezeigt, an einem Ort der Konkurrenz und der Forderung fühlen – fühlen sie sich im CBD von Singapur an einem Ort, an dem sie mit ihren Eigenschaften als ‚Foreign Talents‘ benötigt werden. Sie erleben sich hier als Mitglied der kleinen Gruppe von westlichen Expatriates, die sie selbst von den ‚Anderen‘, den vielen hier arbeitenden Dienstleistungsmanagern aus Asien, abgrenzen. Denn diese asiatischen Manager werden von den deutschen Finanzmanagern als unfrei, un kreativ und unflexibel beschrieben und entsprechen damit nicht dem Image, das man von sich selbst als Teil der globalen Elite hat. Der wirtschaftliche Aufschwung Singapurs wird von den deutschen Finanzmanagern daher zu einem bedeutenden Teil auch als Erfolg der Expatriates gesehen, deren angenommene Kreativität erst den wirtschaftlichen Aufschwung des Inselstaates ermöglicht habe. Die deutschen Finanzmanager fühlen sich in Singapur als begehrte Gruppe, für deren Wohlbefinden der Staat Singapur einiges tut. So sagt ein Interviewpartner:

„Die wollen ja im Prinzip eigentlich gerade Foreign Talents, wie das hier heißt, sozusagen anziehen, auch den Platz für diejenigen ein bisschen heimisch machen, in Führungsstrichen, so dass die Leute sich wohl fühlen und dann auch einfach hier bleiben.“

Die Abhängigkeit des CBD von dem fernen Zentrum spiegelt sich für sie in dem eigenen Aufenthalt wieder: Sie arbeiten hier, da ihre besonderen Fähigkeiten in dieser abhängigen Stadt benötigt werden. Im Unterschied zur City of London wird eine Exklusivität des Ortes von ihnen im CBD so nicht gespürt. Hier im Außenposten sind die ‚Anderen‘ allgegenwärtig, nicht nur als asiatisch

stämmige Finanzmanager, sondern auch als diejenigen, die hier in den vorhandenen Malls einkaufen, in den *Hawker Centern* (lokale Essenstände) essen oder sich an den Cafés am Singapore River ausruhen. Elemente wie schattige Ruhebuchten, die klimatisierten Gänge der Malls oder ihre Mittagspause in den *Hawker Centern* lassen den CBD für die Finanzmanager weniger als stressigen Ort der Forderung spürbar werden, sondern mehr als Ort, an dem einiges für das eigene Wohlbefinden geboten wird; nicht nur gegen die Transpiration in den Tropen, sondern auch gegen das mittägliche Hungergefühl sind ihre Körper hier gut geschützt. Ihr Gefühl im CBD gebraucht zu sein korrespondiert mit dem Gefühl sich als globale Elite in Singapur nicht im Konkurrenzkampf mit anderen Finanzmanagern zu befinden.

7. Intersektionalität der globalen Elite mit anderen privilegierten Identitätsdimensionen und ihre ortsabhängigen Differenzierungen

Im abschließenden Abschnitt arbeite ich die spezifische Intersektion der Globalen Elite mit der Identitätsdimension des Weißseins und von Männlichkeit heraus. Die deutschen Finanzmanager begegnen der City of London mit dem Image als das exklusive, traditionelle Zentrum und dem Central Business District in Singapur mit dem Image von einer peripheren, kolonialen Stadt. Es sind symbolische Markierungen die nicht nur ihre Begegnungen mit dem Ort prägen, sondern auch die interkulturellen Begegnungen an dem Ort. Beide symbolischen Markierungen sind verwurzelt in den besonderen historischen Entwicklungen der Orte als ‚Imperial City‘ und als ‚Colonial City‘ im Weltsystem (King 1990). Diese symbolischen Markierungen übersetzen sich im Kontakt mit dem Ort und seinen Strukturen in eine spezifische Performanz der Finanzmanager.

Es wurde deutlich, dass die genaue Ausprägung der Identitätsdimensionen innerhalb einer gewissen Bandbreite in Abhängigkeit vom Ort ihrer Performanz und Verkündung variiert. Die Identitätsdimension als globale Elite wird von den deutschen Finanzmanagern in Abhängigkeit vom Arbeitsort unterschiedlich prononciert aufgeführt. In der City of London wird diese deutlicher als Eigenschaft präsentiert, mit der sie überhaupt Zutritt in das Zentrum erlangt haben und mit der die eigene Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit deutlich wird. Im CBD wird hingegen die Identitätsdimension als globale Elite stärker als Fähigkeit, die Herausforderungen der Fremdheit, also das ‚draußen‘ zu meistern, aufgeführt. Ihre Erzählungen sind weniger davon dominiert von der Bewältigung der starken Arbeitslast zu berichten, sondern mehr davon, über die Bewältigung der Herausforderung, die in der Begegnung mit der Fremdheit liegt, zu berichten. In ihrer Position als globale Elite fühlen sie sich hier unangefochten, denn sie werden aus ihrer Perspektive benötigt und dienen der Fortentwicklung Singapurs. Sie fühlen sich nicht bedroht und haben das Gefühl willkommen zu sein. Als deutscher Finanzmanager in Singapur spüren sie beides, das Ansehen in Deutschland als jemand, der mutig Asien bereist und das Ansehen in Singapur als jemand, der nötig für das Vorankommen des Landes ist.

Das Weißsein in der City of London erscheint den Finanzmanagern als normale Identitätsdimension, deren Eigenschaften wie Vernunft, Kreativität und

Handlungsfähigkeit von ihnen nicht weiter herausgestellt werden und daher in den Interviews nicht thematisiert wird. In Abgrenzung und in Konkurrenz zu den anderen Weißen ist hier die Aufführung der Identitätsmerkmale der globalen Elite notwendiger, die hier getragene feine Kleidung lässt sich somit auch als Ausdruck dieser sozialen Differenzierungsnotwendigkeit von anderen Weißen verstehen. Im CBD von Singapur hingegen wird das Weißsein von ihnen im Kontrast zu den ‚Anderen‘, den Nicht-Weißen, herausgestellt. Eigenschaften der globalen Elite, wie eine hohe Arbeitsleistung und berufliche Flexibilität sind hier weniger wichtige Differenzierungsmerkmale als die Eigenschaften des Weißseins, die von den Finanzmanagern in Differenz zu den ‚Anderen‘ hervorgehoben werden und den eigenen Aufenthalt in dem Stadtstaat begründen.

Anders als mit einem Umzug nach London übernehmen die deutschen Finanzmanager nach einem Umzug nach Singapur häufiger die Rolle als alleinverdienender Versorger der mitgereisten Familie. Für die mitgereisten Frauen ist es schwierig eine Arbeitserlaubnis zu bekommen, so dass es große Hürden für sie gibt selbst der Lohnarbeit nachzugehen. Stattdessen organisieren sie den Haushalt, die Kindererziehung, die Aufrechterhaltung der sozialen Netzwerke nach Deutschland und den Aufbau neuer sozialer Netzwerke in Singapur (häufig zu anderen Expatriates). Der Umzug nach Singapur geht somit häufig für die Frauen mit einer Aufgabe der eigenen Lohnarbeit und einem Wandel der Performanz von Weiblichkeit einher. Auch die Performanz von Männlichkeit der Finanzmanager ändert sich, da diese nun alleine das Familieneinkommen sichern. Verbunden mit dem Gefühl als Weißer und als globale Elite begehrt zu sein, kommt es auch zu Performanz von Männlichkeit, die heute in Deutschland eher irritieren würden. Dies erläutert ein Interviewpartner am Beispiel der Aufführung von Männlichkeit eines deutschen Freundes

„der hier mit einer Malayin verheiratet ist, der aber eigentlich auch schon sehr asiatisch ist, auch in seinem, sagen wir mal Machogehabe, auch gegenüber Frauen. [...] Wir haben hier mal zusammen Essen gemacht, da gab's Shrimps, da pult er nicht die Shrimps, sondern seine Frau pult sie für ihn. Oder wenn Frauen was sagen zu bestimmten Themen, dann lässt er das unter den Tisch fallen.“

Der Ansatz der Intersektionalität stellt mit der Analyse der Verschränkung verschiedener Dimensionen sozialer Diskriminierung einen innovativen Ansatz zur Erforschung sozialer Ungleichheit dar. Wie mein Aufsatz gezeigt hat, eignet sich dieser Ansatz auch um die häufig unsichtbar bleibenden sozialen Privilegierungen zu analysieren. Ebenso wie verschiedene Diskriminierungsformen sind auch ihr Gegensatz, die Privilegierungsformen, in ihrer Verschränkung besser zu verstehen. Die Performanz der privilegierten Identitäten erfolgt dabei nicht unabhängig vom Ort. Vielmehr wurde in meinem Aufsatz deutlich, dass die spezifische Stadt und ihrer Geschichte die Art der Performanz und die spezifische Intersektion der privilegierten Identitätsdimensionen mit beeinflussen.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch den Open-Access-Fonds der Universitätsbibliothek der Goethe-Universität Frankfurt ermöglicht.

Autor_innen

Lars Meier, Soziologe und Geograph, hat die Arbeitsschwerpunkte Soziologie sozialer Ungleichheit, Stadt- und Raumsoziologie, soziale Transformationen und qualitative Methoden.
lars.meier@hawk.de

Literaturverzeichnis

- Alderson, Arthur S. / Beckfield, Jason / Sprague-Jones, Jessica (2010): Intercity relations and globalisation. The evolution of the global urban hierarchy. In: *Urban Studies* 47/9, 1899-1923.
- Armbruster, Heidi (2010): Realising the self and developing the african - german immigrants in namibia. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 36 (8), 1229-1246.
- Bauman, Zygmunt (1998): On glocalisation. Or globalization for some, localisation for other. In: *Thesis Eleven* 54, 37-49.
- Bhabha, Homi (1994): *The Location of Culture*. London/New York: Routledge.
- Boltanski, Luc / Chiapello, Ève (2003): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, Pierre (1997): Ortseffekte. In: Pierre Bourdieu (Hg.), *Das Elend der Welt*. Konstanz: UVK, 117-123.
- Bourdieu, Pierre (2005): Was heißt sprechen? Zur Ökonomie des sprachlichen Tausches. Wien: Braumüller.
- Brah, Avtar (1996): *Cartographies of Diaspora*. London: Routledge.
- Budde, Jürgen (2013): Das Kategorienproblem. Intersektionalität und Heterogenität. In: Elke Kleinau / Barbara Rendtorff (Hg.), *Differenz, Diversität und Heterogenität in erziehungswissenschaftlichen Diskursen*. Opladen: Verlag Barbara Budrich, 27-46.
- Butcher, Melissa (2009): Ties that bind. The strategic use of transnational relationships in demarcating identity and managing difference. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 35/8, 1353-1371.
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Carroll, William K. / Fennema, Meindert (2002): Is there a transnational business community? In: *International Sociology* 17/3, 393-419.
- Castells, Manuel (2000): *The Rise of the Network Society*. Oxford: Blackwell.
- Charmaz, Kathy (2014): *Constructing grounded theory*. London: Sage.
- Çinar, Alev / Bender, Thomas (Hg.) (2007): *Urban Imaginaries – Locating the Modern City*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Coles, Anne / Fechter, Anne-Meike (Hg.) (2007): *Gender and family among transnational professionals*. London: Routledge.
- Collins, Patricia Hill (1998): It's all in the family: intersections of gender, race, and nation. In: *Hypatia* 13/3, 62–82.
- Corporation of London (2003): *City Economy Digest No 4*. London.
- Crenshaw, Kimberlé W. (1989): Demarginalizing the intersection of race and sex. A black feminist critique of antidiscrimination doctrine, feminist theory and antiracist politics. In: *The University of Chicago Legal Forum* 1/1989, 139-167.
- Cresswell, Tim (1996): *In Place/Out of Place*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Fechter, Anne-Meike / Walsh, Katie (2010): Examining 'expatriate' continuities – postcolonial approaches to mobile professionals. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 36 (8), 1197-1210.
- Fechter, Anne-Meike (2007): *Transnational Lives – Expatriates in Indonesia*. London: Routledge.
- Flick, Uwe (2008): *Triangulation - Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Frank, Susanne (2010): Gentrifizierung und Suburbanisierung im Fokus der Urban Gender Studies. In: Sybille Bauriedl / Michaela Schier / Anke Strüver (Hg.), *Geschlechterverhältnisse, Raumstrukturen, Ortsbeziehungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 26-47.
- Frankenberg, Ruth (1993): *White Women Race Matters – The Social Construction of Whiteness*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Friedmann, John (1995): Where we stand – a decade of world city research. In: Paul L. Knox / Peter J. Taylor (Hg.), *World Cities in a World System*. Cambridge: Cambridge University Press, 21-47.

- Hall, Stuart (1996): Who needs 'identity'? In: Stuart Hall / Paul du Gay (Hg.), *Cultural Identity*. London: Sage, 1-17.
- Hartmann, Michael (2009): Die transnationale Klasse – Mythos oder Realität? In: *Soziale Welt* 60/3, 285-303.
- hooks, bell (1981): *Ain't I a Woman?: Black Women and Feminism*. Boston: South End Press.
- Jackson, Peter (1989): *Maps of Meaning – An introduction to cultural geography*. London: Unwin Hyman.
- Jacobs, Jane M. (1996): *Edge of Empire – Postcolonialism and the city*. London/New York: Routledge.
- Kerner, Ina (2013): Critical Whiteness Studies: Potentiale und Grenzen eines wissenschaftlichen Projekts. In: *Feministische Studien*. 31/2, 278-293.
- King, Anthony (1990): *Urbanism, Colonialism, and the World Economy*. London/New York: Routledge.
- Knorr-Cetina, Karin / Bruegger, Urs (2002): Global microstructures – the virtual societies of financial markets. In: *American Journal of Sociology* 107/4, 905-950.
- Korsnes, Olav / Heilbron, Johan / Hjellbrekke, Johs / Bühlmann, Felix / Savage, Mike (Hg.) (2017): *New Directions in Elite Studies*. London: Routledge.
- Leonard, Pauline (2010): Work, identity and change? Post/colonial encounters in Hong Kong. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 36/8, 1247-1263.
- Ley, David (2004): Transnational spaces and everyday lives. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 29/2, 151-164.
- Lutz, Helma / Herrera Vivar, Maria Teresa / Supik, Linda (Hg.) (2010): *Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzeptes*. Wiesbaden: VS Verlag.
- McDowell, Linda (1997): *Capital Culture – Gender at work in the city*. Oxford/Malden: Blackwell.
- Meier, Lars (2007): Working in the Skyline – Images and Everyday Action. In: Frers, Lars / Meier, Lars (Hg.), *Encountering Urban Places – Visual and Material Performances in the City*. New York/London: Routledge, 119-134.
- Meier, Lars (2009): *Das Einpassen in den Ort – Der Alltag deutscher Finanzmanager in London und Singapur*. Bielefeld: transcript.
- Meier, Lars (Hg.) (2015a): *Migrant Professionals in the City – Local Encounters, Identities, and Inequalities*. New York/London: Routledge.
- Meier, Lars (2015b): Learning the city by experiences and images. German finance managers encounters in London and Singapore. In: Meier, Lars (Hg.), *Migrant Professionals in the City - Local Encounters, Identities, and Inequalities*. New York/London: Routledge, 59-74.
- Meier, Lars (2016): Dwelling in different localities - identity performances of a white transnational professional elite in the City of London and the Central Business District of Singapore. In: *Cultural Studies* 30/3, 483-505.
- Ohmae, Kenichi (1990): *The Borderless World - Power and Strategy in the Interlinked Economy*. New York: Harper Business.
- Salt, John (1997): International movements of the highly skilled. In: *International Migration Unit Occasional Papers*, No. 3, Paris: OECD.
- Sassen, Saskia (2001): *The Global City*. New York, London, Tokio; revised. Princeton: Princeton University Press.
- Scambor, Elli / Zimmer, Fränk (Hg.) (2012): *Die intersektionelle Stadt. Geschlechterforschung und Medienkunst an den Achsen der Ungleichheit*. Bielefeld: Transcript.
- Sicotte, Diane (2014): Diversity and intersectionality among environmentally burdened communities in the Philadelphia Metropolitan Area, USA. In: *Urban Studies* 51/9, 1850-1870.
- Sklair, Leslie (2001): *The Transnational Capitalist Class*. Oxford: Blackwell.
- Spradley, James P. (1979): *The Ethnographic Interview*. New York: Rinehart & Winston.
- Taylor, Peter J. (2004): *World City Network – A Global Urban Analysis*. London: Routledge.
- Valentine, Gill (2007): Theorizing and researching intersectionality: A challenge for feminist geography. In: *The Professional Geographer* 59/1, 10-21.
- Valentine, Gill (2008): Living with difference: reflections on geographies of encounter. In: *Progress in Human Geography* 32/3, 323-337.
- Van Der Pijl, Kees (1998): *Transnational Classes and International Relations*. London: Routledge.

- Veblen, Thorstein (1985 [1899]): The Theory of the Leisure Class. London: Allen and Unwin.
- Yeoh, Brenda S.A. (2001): Postcolonial cities. In: Progress in Human Geography 25/3, 456-468.
- Wacquant, Loïc (2017): Mit Bourdieu in die Stadt. Relevanz, Prinzipien, Anwendungen. In: sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung 5/(1/2), 173-196. <http://www.zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/article/view/280> (letzter Zugriff am 20.9.2018).
- Walby, Sylvia / Armstrong, Jo / Strid, Sofia (2012): Intersectionality: Multiple inequalities in social theory. In: Sociology 46/2, 224-240.
- Walgenbach, Katharina (2012): Intersektionalität – eine Einführung. www.portal-intersektionalitaet.de (letzter Zugriff am 12.6.2018).
- Walsh, Katie (2011): Migrant masculinities and domestic space: British home-making practices in Dubai. In: Transactions of the Institute of British Geographers 36/4, 516-529.
- Willis, Katie / Yeoh, Brenda / Fakhri, S.M.A.K. (2002): Introduction – transnational elites. In: Geoforum 33, 505-507.
- Winker, Gabriele / Degele, Nina (2009): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld: Transcript.
- Wolfe, Tom (1987): Bonfire of the Vanities. New York: Picador.
- Woods, Michael (1998): Rethinking elites – networks, space, and local politics. In: Environment and Planning A 30, 2101-2119.

Intersectionality of Privilege. Performances of a white, masculine and global elite

This article examines the intersectionality of privilege identity dimensions. On the example of German finance managers, the identity performances of a white, masculine and global elite are analysed. This is done with respect to the specific city where the identities are performed.

Die Verwaltung der unternehmerischen Stadt

(K)ein Thema in der geographischen Stadtforschung?!

Felix Silomon-Pflug

In der geographischen Stadtforschung finden sich allgemeine Verweise darauf, dass zum Kanon neoliberaler Reskalierung und urbaner Transformation, auch die Einführung von New Public Management in den Städten westlicher Industriestaaten zählt. Daran anschließend argumentiere ich, dass das, was ich als die Verwaltung der unternehmerischen Stadt zusammenfasse, nicht lediglich das Ergebnis abstrakter Neoliberalisierungsprozesse oder technokratischer Modernisierung eines mechanischen Exekutivapparats darstellt. In dem Beitrag zeige ich auf, dass die betriebswirtschaftlich reformierte Verwaltung Effekt und wichtiges Terrain der Ausarbeitung, Artikulation und Durchsetzung einer unternehmerischen Stadtpolitik ist. Dafür schlage ich vor, den Untersuchungsgegenstand *städtische Verwaltung* als strategisches Feld zu begreifen, das Ergebnis und Terrain gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ist. Des Weiteren begreife ich in den Prozess der Verwaltungsreform als Macht/Wissen-Komplex, um aufzuzeigen, wie sich mit Hilfe von Problematisierungen und Wissensordnungen ein unternehmerisches Verständnis lokalstaatlichen Handelns etabliert. Am Beispiel der Auswirkungen der Verwaltungsreformen auf die Wahrnehmung von und den Umgang mit öffentlichem Liegenschaftsvermögen in Frankfurt/Main und Berlin seit den 1990er Jahren zeige ich zum einen auf, wie über die Dynamisierung und Flexibilisierung der administrativen Apparate sowohl die internen administrativen Strukturen ökonomisiert wurden. Zum anderen stelle ich dar, inwieweit zeiträumlich beschränkte Handlungsformen genutzt wurden und werden, um aufwertungsorientierte Strategien im Kontext einer unternehmerischen Stadtpolitik zu verfolgen.

Ersteinreichung: 7. Februar 2018; Veröffentlichung online: 28. November 2018
An english abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Die Stadt Frankfurt gründet 1995 gemeinsam mit einem Architektur- und Ingenieurbüro eine öffentlich-private Gesellschaft, mit deren Hilfe brachgefallene Liegenschaften des US-Militärs zu attraktiven Wohnquartieren primär für Mittelschichtshaushalte entwickelt werden. Das Projekt wird innerhalb des Magistrats als so erfolgreich bewertet, dass die Gesellschaft – anders als ursprünglich geplant – nicht abgewickelt wird, sondern bis heute als außeradministratives Instrument der Stadtentwicklung genutzt wird. Das Land Berlin beschließt Ende der 1990er Jahre die ertragsorientierte Privatisierung öffentlichen Liegenschaftsvermögens zum Zweck der Haushaltskonsolidierung. Ab 2001 privatisiert eine Tochtergesellschaft des Landes bezirks- und landeseigene Liegenschaften. Über ein disziplinierend-aktivierendes Regime

unternehmerischer Verwaltungsreformen auf Ebene der Bezirke wird ein beständiger Fluss an verwertbaren Liegenschaften gewährleistet. Ab 2009 stößt diese austeritätspolitische Dominanz im Umgang mit öffentlichen Liegenschaften auf breiten zivilgesellschaftlichen und politischen Widerstand, sodass zumindest die Verwertungsgesellschaft nach mehrjährigen Protest abgewickelt wird.

Beide hier umrissenen Entwicklungen sind Teil einer umfassenden Neuordnung städtischer und kommunaler Verwaltungen, die in den letzten 25 Jahren in Konjunkturen zur Herausbildung dessen geführt haben, was ich als *Verwaltung der unternehmerischen Stadt*[1] zusammenfasse. Elemente der Verwaltungsreform wie Kostenleistungsrechnung, Produkthaushalte, Zielvereinbarungen oder Budgetierung sind jedoch ebenso wenig als bloße Verfahrensweisen einer veränderten Verwaltungspraxis zu betrachten, wie es sich bei der Gründung privatrechtlicher Gesellschaften durch die öffentliche Hand oder unter deren Beteiligung lediglich um die Verlagerung öffentlicher Aufgaben in eine privatrechtliche Form handelt.

Mit meinem Beitrag möchte ich differenziertes Bild der Rolle ‚des Staats‘ in urbanen Neoliberalisierungsprozessen zeichnen und aufzeigen, wie die unternehmerische Neuordnung städtischer und kommunaler Verwaltungen die inner- und außeradministrativen Machtbeziehungen bearbeitet und das strategische Feld des lokalen Staats neu konfiguriert. Die Verwaltung der unternehmerischen Stadt begreife ich als institutionell-materiellen Ausdruck der Reskalierung staatlicher und ökonomischer Interventions- und Artikulationsfelder in Form neuer institutioneller Konfigurationen und administrativer Praktiken auf städtischer und regionaler Ebene (vgl. Brenner 2004, Swyngedouw 1997). Bereits Hendrik Lebuhn (2007; 2008; 2010) zeigt in seinen Auseinandersetzungen mit der Einführung von ‚New Public Management‘ (NPM) in Berlin, dass Austerität nicht nur als politisches Programm durchgesetzt wird. Privatisierungsdruck und Kosteneinsparungen sind in die administrativen Verfahrensweisen der Berliner Bezirke selbst eingelassen. Besonders anschaulich arbeitet er die Folgen für politische, kulturelle und soziale Initiativen auf, die in besonderem Maß von den Veränderungen in Folge der Verwaltungsreform betroffen sind. Kritische Auseinandersetzungen finden sich außerdem bei Michael Felder (1998; 2000; 2001), Alessandro Pellizzari (2001; 2004) oder Sinne Andresen et al. (2003). Während Felder sich dezidiert mit den staatstheoretischen Folgen der Einführung von NPM in den deutschen Kommunen beschäftigt, analysiert Pellizzari die Auswirkungen von NPM auf Krankenhäuser in der Schweiz. Andresen et al. beschäftigen sich aus soziologischer Perspektive mit dem Geschlechterwissen und Organisationsverständnis von Akteur_innen der Verwaltungsreform.

Im Folgenden gebe ich zunächst einen kurzen Überblick über die Verwaltungsreform in Deutschland seit den 1990er Jahren. Darauf folgend stelle ich drei Perspektiven auf NPM vor, um daran aufzuzeigen, wie die Neuordnung städtischer und kommunaler Verwaltungen als Gegenstand und Prozess konzeptualisiert werden kann. Hier gehe ich zunächst auf das NPM als Bedingung und Ausdruck neoliberaler Urbanisierungsprozesse ein. Die Neuordnung städtischer und kommunaler Verwaltungen ist nicht nur Effekt urbaner Neoliberalisierungsprozesse, sondern verändert das Terrain

des lokalen Staates als strategisches Feld zur Ausarbeitung, Artikulation und Durchsetzung einer unternehmerischen Stadtpolitik. Daran anschließend betrachte ich Verwaltung als materiellen Ausdruck gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Die Reform der lokalen Verwaltungen ist in dieser Perspektive als Reorganisation politischer Herrschaft zu verstehen. Zuletzt betrachte ich den Prozess der Verwaltungsreform als konstruierende Praxis und Macht/Wissen-Komplex. Die diskursive Produktion, Proliferation und Sanktionierung betriebswirtschaftlichen Wissens strukturiert das Handlungsfeld der Kommunen und Verwaltungsmitarbeiter_innen.

Einleitend zu den beiden im Anschluss behandelten Fallbeispielen Frankfurt am Main und Berlin lege ich dar, dass gerade Liegenschaftspolitik und -verwaltung bzw. die Wahrnehmung von und der Umgang mit öffentlichen Liegenschaften einen produktiven Fluchtpunkt für die Auseinandersetzung mit der Neuordnung städtischer und kommunaler Verwaltungen darstellt. Anhand der Fallbeispiele veranschauliche ich, wie sich die Verwaltung der unternehmerischen Stadt in den urbanen Raum einschreibt und diesen als sozialräumliches Gefüge transformiert. Die beiden Fallbeispiele eignen sich, um kontingente Entwicklungspfade der Verwaltungsreform zu veranschaulichen. Während in Frankfurt die binnenadministrative Reform gegenüber privatrechtlichen Gesellschaften eine weniger große Rolle spielt, kam es in Berlin zu einem machtvollen Wirkungszusammenhang beider Reformdimensionen. Die beiden Fallbeispiele unterscheiden sich auch dahingehend, dass in Frankfurt sozio-ökonomische und stadtentwicklungspolitische Interessen des Planungsdezernats im Vordergrund standen, während in Berlin die austeritätspolitischen und haushälterischen Interessen der Senatsverwaltung für Finanzen dominieren. In beiden Fallbeispielen lässt sich anhand der Liegenschaftspolitik und -verwaltung aufzeigen, wie die unternehmerische Verwaltungssteuerung als wirkungsvoller Prozess der Neoliberalisierung fungiert.

2. Die Reform städtischer und kommunaler Verwaltungen als Krisendiskurs

Die beiden eingangs skizzierten Entwicklungen sind Teil zahlloser Reforminitiativen, über die seit den frühen 1990er Jahren in Konjunkturen[2] in deutschen Städten und Kommunen Verwaltungsstrukturen und -handeln betriebswirtschaftlich rationalisiert werden. Die Reformbestrebungen in den deutschen Städten und Kommunen werden gemeinhin unter dem Begriff des ‚Neuen Steuerungsmodells‘ (NSM) gebündelt. Das NSM stellt das begrifflich-programmatische Pendant zum angelsächsischen NPM dar, ohne jedoch daraus abgeleitet werden zu können. Das NSM – als handlungsleitender Rahmen für die Schaffung einer (international) wettbewerbsfähigen Verwaltung – wird in Deutschland ab den 1990er Jahren von der ‚Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmodernisierung‘ (KGSt) entwickelt und vorangetrieben. Eine weitere bedeutende Akteurin ist dabei die Bertelsmann Stiftung, die bis Ende der 1990er Jahre in enger Zusammenarbeit mit der KGSt die Mobilisierung unternehmerischer Verwaltungsreformen vorantreibt (vgl. Bertelsmann Stiftung 1994a; 1994b, Adamaschek 1997). Daneben sind es Verwaltungswissenschaftler_innen,

partei- und gewerkschaftsnahe Stiftungen, kommunale Interessensverbände und Vertreter_innen aus der Verwaltungspraxis, die die Verwaltungsreform ab den frühen 1990er Jahren begründen und mobilisieren. Ab Mitte der 1990er Jahre entdecken zudem namhafte Beratungsunternehmen ‚Public Management‘ als neues Geschäftsfeld.

Der über verwaltungswissenschaftliche und administrative Fachpublikationen sowie in Gutachten, Berichten und Reports mobilisierte Reformdiskurs des NSM bildet eine dialektische Einheit aus Problematisierungen einerseits sowie Lösungsstrategien und -instrumenten andererseits. Im Krisendiskurs des NSM wird das Problem der Verwaltung primär als technisches und verwaltungsimmanentes Problem formuliert: Eine Verwaltung, „deren Aufgabe vorwiegend darin besteht, das geltende Recht korrekt anzuwenden, steht uns heute im Weg [...] [und] kann daher keinen modernen Leistungsbegriff entwickeln“ (Banner 1994: 352). Dieser Krisendiskurs über die Dysfunktionalität kommunaler Verwaltungen zeichnet sich durch eine gewisse Körperlichkeit aus. So wird beispielsweise eine „Naturwüchsigkeit“ der Ausweitung staatlicher Aufgaben“ (Naschold 1995: 71) attestiert oder in einer Publikation des Deutschen Beamtenbundes (1996: 13) dazu festgestellt: „Allseits formiert sich Kritik [...] gegen wasserköpfige Verwaltung, gegen aufgeblähten, überteuerten öffentlichen Dienst.“

Das Bild einer adipösen, zur Expansion neigenden und leistungsunfähigen Verwaltung repräsentiert eine verwaltungsimmanente Krise. Dabei bleiben Fragen nach Steuerpolitik und (Um-)Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, nach Globalisierung und ökonomischem Strukturwandel oder Fragen nach direkter Mitbestimmung und Partizipation im Diskurs ausgeblendet. Mit dem Krisendiskurs ist eine Komplexitätsreduzierung und politische Imagination verbunden, die in einer Objektivierung der dysfunktionalen Verwaltung resultieren (vgl. Jessop 2010). Mit Crispian Fuller (2010) gesprochen markiert der Krisendiskurs nicht notwendigerweise eine strukturelle Krise kommunaler Verwaltungen, sondern ist strategischer Ansatzpunkt, um das institutionelle Gefüge der Verwaltungen als Feld für Reformen und Interventionen zu öffnen. Es sind die handlungsfähigen Kommunen selbst, die – unabhängig von einer Reformgesetzgebung – eigenverantwortlich Reforminitiativen entwickeln und umsetzen sollen und vor allem auch können. In dem Reform- und Krisendiskurs werden städtische und kommunale Verwaltungen als zu Reformierendes und Reformbares konstituiert. Die diskursive Problematisierung der Verwaltung wiederum strukturiert das Handlungsfeld der Reformen und beschränkt es auf die betriebswirtschaftliche Rationalisierung binnenadministrativer Strukturen in Städten und Kommunen.

Dieser Rationalisierungsprozess bedeutet nach Meinung des kommunalen Fachverbands KGSt „die Effektivität, Effizienz, Qualität und Kundennähe kommunaler Dienstleistungen mit Hilfe angepaßter betriebswirtschaftlicher Instrumente und Verfahren aus dem privaten Sektor zu verbessern“ (KGSt 1992: 3). Ziel der Reformen ist nicht primär die Privatisierung staatlicher Leistungen und Aufgaben, es ist vielmehr die Verwaltung selbst, die wie ein (Dienstleistungs-)Unternehmen organisiert wird (vgl. Banner 1991, KGSt 1992; 1993b). Weder die korrekte Anwendung geltenden Rechts noch die Schaffung neuer Verwaltungseinheiten oder die Einstellung von mehr

Personal werden von den Reformer_innen als adäquate Instrumente zur Krisenbewältigung betrachtet.

Mit der Verwaltungsreform sei es gelungen, das „Konzept des Regierens und Verwaltens auf die veränderten Anforderungen der Globalisierung anzupassen [...]“ (Koch 2004: 2). Allgemeiner stellt die KGSt fest: „Eine leistungsfähige Kommunalverwaltung ist im zusammenwachsenden Europa ein Standortfaktor ersten Ranges“ (KGSt 1992: 3). Diesem Verständnis nach ist eine leistungsfähige und wirtschaftlich handelnde Verwaltung Bedingung, um im interlokalen Wettbewerb um Investitionen, Unternehmensansiedlungen, Arbeitskräfte und Fördergelder erfolgreich zu sein. Im Laufe der 1990er Jahre führt die strategische Multiplizierung und Dezentralisierung der Reforminitiativen zu einer raumzeitlich und inhaltlich fragmentierten Reformlandschaft (vgl. Silomon-Pflug 2018: 127-135). Diese mangelnde Homogenität der multiplen Reformbestrebungen ist jedoch weniger als Scheitern, sondern vielmehr als Normalisierung der Verwaltungsreform im Sinne eines „failing forward“ (Peck 2010: 7) zu betrachten.[3]

3. Perspektiven auf New Public Management

3.1. NPM als Bedingung und Ausdruck neoliberaler Urbanisierung

In der geographischen Stadtforschung finden sich allgemeine Verweise darauf, dass zum Kanon neoliberaler Transformationen, Re-Strukturierungen und Neuordnungen *auch* die Einführung von NPM in den Städten westlicher Industriestaaten zu zählen ist:

„[C]ities [...] have become increasingly important geographical targets and institutional laboratories for a variety of neoliberal policy experiments, from place-marketing, enterprise and empowerment zones, local tax abatements, urban development corporations, public-private partnerships, and new forms of local boosterism to workfare policies, property-redevelopment schemes, business-incubator projects, new strategies of social control, policing, and surveillance, *and a host of other institutional modifications within the local and regional state apparatus.*“ (Brenner/Theodore 2002: 368, e. H.)

Am Ende der langen Aufzählung an Konkretisierungen, welche Prozesse die Neoliberalisierung des Städtischen auszeichnen, verweisen Brenner und Theodore darauf, dass dazu auch ‚andere‘ institutionelle Modifikationen innerhalb des lokalen und regionalen Staatsapparats zu zählen sind. Über diese Feststellung hinaus wird jedoch nicht weiter behandelt, wie sich die neoliberale Neuordnung städtischer und kommunaler Verwaltungen artikuliert und welche Folgen sie für das sozialräumliche Gefüge Stadt haben. NPM ist lediglich ein möglicher Ausdruck abstrakter urbaner Neoliberalisierungsprozesse. Diese werden als das Ergebnis staatlicher Reskalierungsprozesse betrachtet (Brenner 2004), und es kommt im Rahmen unternehmerischer Stadtpolitiken zur Herausbildung neuer Formen von *urban governance* (Harvey 1989). Jennifer Robinson (2011: 31–32) verweist darauf, dass „questions of competitive positioning, image, representation, and strategic planning, as well as to

classic NPM concerns with civic partnership and efficiency in service delivery“ ab den 1990er Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen haben. Eugene McCann und Kevin Ward (2011: xviii) stellen fest, dass „[c]ities and the local state have [...], through innovations like the New Public Management, been reconceived as a facilitative, rather than regulatory, apparatus, behaving like a business to attract and support capital, rather than to promote welfare as understood under Keynesianism“. Susanne Heeg (2008: 45) sieht darin den Wandel „von einer sozial ausgleichenden und umverteilenden Politik zu proaktiven, angebotsorientierten Wirtschaftsstrategien“. Der damit verbundene institutionelle Umbau des lokalen Staates gehe mit Ausgründung und Privatisierung öffentlicher Aufgaben einher.

Die bloße Feststellung reicht jedoch nicht aus, dass *auch* der politisch-administrative Apparat des lokalen Staates Bedingung und Gegenstand sozialer, politischer und ökonomischer Reskalierungsprozesse ist. Die Frage danach, *wie* sich diese Neuordnungsprozesse und mit welchen Auswirkungen vollziehen, bleibt unbeantwortet. Nach Erik Swyngedouw (1997: 142) gründen Veränderungen in der Relevanz bedeutender ‚scales‘ oder deren Entstehung auf „changes in the geometry of social power by strengthening the power and the control of some while disempowering others“. Vor diesem Hintergrund ist auch die Verwaltungsreform in den deutschen Städten und Kommunen zu analysieren, um ein weitergehendes Verständnis davon zu entwickeln, wie und warum sich das Lokale zu einer bedeutenden Maßstabsebene politischer und ökonomischer Intervention herausgebildet hat.

3.2. NPM als Ausdruck politischer Herrschaft

Eine sehr umfassende und zugleich limitierte Auseinandersetzung mit der Verwaltungsreform in deutschen Städten und Kommunen findet sich in deren Haus- und Hofdisziplin, den Verwaltungswissenschaften. In unzähligen Publikationen über die Verwaltungsreformen im Allgemeinen und das NSM im Speziellen wird die kommunale Verwaltung auf einen technokratischen Exekutivapparat reduziert. In umfangreichen Studien werden Implementationsbedingungen und -hindernisse, Umsetzungsbreite und -tiefe sowie die (Un-)Wirksamkeit der Reformen innerhalb der gegenständlichen Grenzen untersucht (vgl. etwa Jann et al. 2004, Bogumil et al. 2007). Es ist diese institutionen- und prozessimmanente Betrachtung, die die Erklärungskraft der verwaltungswissenschaftlichen Auseinandersetzungen nicht nur limitiert, sondern auch wesentlich zur Mobilisierung und Stabilisierung der Verwaltungsreformen beiträgt.

Bereits 1982 stellen Josef Esser und Joachim Hirsch fest, dass nicht die „Betriebswirtschaftslehre des Staates“ (Esser/Hirsch 1982: 105) im Zentrum einer Auseinandersetzung mit dem Staat stehen solle, sondern die *staatsadministrative Vermittlung und Reproduktion* der kapitalistischen Klassenbeziehungen auf dem Terrain des Staates. Diese Prozesse seien nur zu verstehen, wenn „die Bedingungen und Grenzen der Staatstätigkeit, die Formen administrativ-politischer Krisenverarbeitung, die [...] innerapparativen Strukturveränderungen und Prozesse und deren Rückwirkung auf die gesellschaftlichen und politischen Handlungsspielräume“ (Esser/Hirsch 1982: 106) eingehend analysiert werden. Die Perspektive ist

deutlich von einer deutschen *Verwaltungswissenschaft* abzugrenzen, die als „Geleitzug“ (Damkowski/Precht 1998: 18–19) der Verwaltungsreform fungiert und deren Kern eine verwaltungsimmanente Bürokratie- und Implementationsforschung bildet, für die „die möglichst große Nähe des Wissens zum Kontext seiner Anwendung als Voraussetzung instrumenteller Verwertbarkeit gilt“ (Vogel 2006: 499).

In Anschluss an Nicos Poulantzas konzeptualisiert Alex Demirović (2007a: 118), ähnlich wie Esser und Hirsch, den Staat als strategisches Feld „auf dem sich die machtblockinternen Widersprüche und Klassenkämpfe entsprechend seinen eigenen Bedingungen in seinem ‚materiellen Gerüst‘, seiner ‚Dichte‘ und ‚Widerstandskraft‘ auswirken können“. Weiter argumentiert er, dass auch die Verwaltung im engeren Sinne – beispielsweise die Schaffung und Dauer von Einrichtungen oder die Beschäftigung von Staatspersonal sowie dessen Qualifikation – als Kräfteverhältnis zu verstehen ist (vgl. Demirović 2007a: 120–121). Aus diesem Grund ist *die* Verwaltung nicht als homogenes, widerspruchsfreies und technisches Institutionenensemble zu begreifen, sondern als zeit-räumlich spezifischer Ausdruck einer „Vielzahl zerstreuter Mikropolitiken“ (Poulantzas 2002: 167).

Das bedeutet, dass der Staat die dynamisch-kontingente Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ist, die ihn hervorbringen, durchziehen und transformieren. Von diesem Verständnis ausgehend spricht Bob Jessop von einer strategischen Selektivität des Staates und seines materiellen Gerüsts. Damit spezifiziert er, „daß bestimmte Staatsformen einige Strategien gegenüber anderen, den Zugang einiger Kräfte gegenüber anderen, einige Interessen gegenüber anderen, einige Zeithorizonte gegenüber anderen, einige Koalitionsmöglichkeiten gegenüber anderen privilegieren“ (Jessop 1992: Fn. 3). Der Staat und seine Apparate verfügen trotz oder mehr noch wegen ihrer fraktionierten und von Machtbeziehungen hervorgerufenen Materialität über eigene Handlungsressourcen und relationale Autonomie gegenüber anderen gesellschaftlichen Sphären.

Die binnenadministrative Rationalisierung ist strategischer Ansatzpunkt für die Rekonfiguration des strategischen Felds des lokalen Staats und damit die Bedingungen der Artikulation, Transformation und Materialisierung von Interessen gegenüber dem Staat und durch ihn: „Die staatlichen Apparate müssen reorganisiert, ihre bisherigen Verflechtungen mit der Ökonomie reartikulierte werden“ (Demirović 2007b: 25). Besonders anschaulich wird dies von Dietrich Budäus und Dennis Hilgers dargelegt, wenn sie problematisieren, dass für die diagnostizierte strukturelle Ineffizienz der öffentlichen Verwaltungen auch eine „gesellschaftspolitisch induzierte personale Komponente für die Erklärung der [...] ‚organisierten Unverantwortlichkeit‘ von Bedeutung“ sei. Konkret benennen sie hier „die (versuchte) Instrumentalisierung von Staat und Verwaltungen durch die 68er Generation“ (Budäus/Hilgers 2010: 85–86). Im Zuge des ‚Marschs durch die Institutionen‘ seien Personalentscheidungen nicht nach Qualifikation, sondern nach politischen und ideologischen Kriterien getroffen worden, und es sei zu einer personellen Erweiterung der Verwaltungen gekommen. Dies hätte verhindert, dass in den Verwaltungen auf die sozialen und ökonomischen Veränderungen frühzeitig reagiert wurde. Die Konstatierung der Krise der öffentlichen Verwaltungen und die damit verbundene Dynamisierung,

Flexibilisierung und Diffusion der lokalen Staatsapparate sind strategische Ansatzpunkte für die Durchsetzung bzw. Sicherstellung politischer Herrschaft: „Die Verwaltung selbst sollte wieder stärker an die bürgerlichen Kräfte angebunden, die Repräsentation ihrer Interessen verstärkt werden“ (Demi-rović 2011: 86). Dies geschieht durch deren Bearbeitung als strategisches Handlungs- und Möglichkeitsfeld, auf dem gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden und sich materialisieren.

3.3. *NPM als konstruierende Praxis*

Die Neuordnung städtischer und kommunaler Verwaltungen als Macht/Wissen-Komplex zu begreifen, dient einer weiteren Schärfung der im vorherigen Abschnitt bereits skizzierten Abkehr von der inneren Betriebslogik lokalstaatlicher Verwaltungen und deren Reform. Als Macht/Wissen-Komplex (vgl. Foucault 1977) betrachtet ist die Verwaltungsreform nicht ein technisches Reformprogramm, sondern konstituiert ein Wissensfeld und Set aus Strategien, Praktiken und Technologien, das administratives Handeln und die in ihr tätigen Subjekte als Objekte der Intervention und zu Reformierendes produziert. Die diskursive Kombination aus Problematisierung und Aktivierung im Kontext der Verwaltungsreformen beschreibt nicht lediglich ein administratives System. Die Produktion, Verbreitung und Sanktionierung handlungsleitenden Wissens im Krisen- und Reformdiskurs ist untrennbar verbunden mit der Mobilisierung der Reformen (unter anderem in Form von Gutachten und Berichten, Modellprojekten oder Wettbewerben) und dem unternehmerischen Verwaltungshandeln selbst (beispielsweise Kostenleistungsrechnung, Produkthaushalte, Budgetierung oder Qualitätsmanagement).

Die unternehmerische Verwaltungsreform fungiert als handlungsleitende Wissensordnung, die das Handlungsfeld der Städte und Kommunen strukturiert und gleichzeitig deren Handlungsautonomie in den Vordergrund stellt. Die Reform der öffentlichen Verwaltungen ist eine diskursive Praxis, „die in einem Feld die Begriffe mit Bedeutung füllt, die Objekte bezeichnet, diese damit erst sozial wahrnehmbar macht“ (Diaz-Bone 2006: 73). Es handelt sich um eine konstruierende Praxis, die Wissensordnungen konstituiert und im dialektischen Verhältnis zu gesellschaftlichen Praktiken steht (vgl. Foucault 1981: 231, siehe auch Belina/Dzudzek 2009: 142, Adolphs 2008: 184). Die Verwaltung der unternehmerischen Stadt ist damit Konvergenzpunkt und Verdichtung einer Vielzahl heterogener lokaler und überlokaler Strategien, Praktiken und Technologien der Neoliberalisierung (vgl. Goodwin/Painter 1996: 637, Ong 2006). Das, was als Neoliberalisierung gefasst werden kann, konstituiert sich in der materiellen Praxis der Subjekte und durch diese hindurch.

Die Neuordnung städtischer Verwaltungen – verstanden als Macht/Wissen-Komplex – umfasst einerseits in einem problematisierenden Reformdiskurs ein neues Verständnis der unternehmerisch handelnden Verwaltung. Andererseits verändert sie davon untrennbar auch die materiellen Praktiken, die das bürokratische Gerüst des lokalen Staats hervorbringen, durchziehen und transformieren. Das Ergebnis ist die Reartikulation inner- und außeradministrativer Strategien und Praktiken. Kurz gesagt konstituiert die Neuordnung städtischer und kommunaler Verwaltungen eine staatstransformierende Praxis: Zur

Disposition steht sowohl, welche Aufgaben die lokalen Verwaltungsapparate erbringen, als auch, wie diese erbracht werden. Dies gilt jedoch nicht nur für Prozesse der Institutionalisierung, sondern auch der Subjektivierung: „Subjects or actors [...] depend on specific discursive conditions of possibility“ (Gottweis 2004: 253). Es sind eben jene Möglichkeitsbedingungen legitimen Verwaltungshandelns, die mit der Verwaltungsreform in den deutschen Städten und Kommunen verändert werden.

Davon ausgehend ist es unmöglich, Verwaltungen als Gegenstand und Verwaltungsreformen als Prozess als einander äußerlich zu begreifen. Vielmehr rücken Praktiken, Strategien und Technologien in den Fokus, deren Effekt die Verwaltung der unternehmerischen Stadt ist. Es handelt es sich um einen Prozess, bei dem „the mechanisms of government themselves become the subject of problematization and scrutiny“ (Gottweis 2004: 263). Die zugrundeliegende Reformrationalität zeichnet sich nicht durch ein bestimmtes Reformziel aus, sondern durch eine beständige Befragung und Infragestellung von Verwaltungsstrukturen und -handeln, die in Form einer betriebswirtschaftlichen Überprüfung stattfindet. In der Logik der Verwaltungsreformen steht Verwaltungshandeln immer unter dem Verdacht des Übermaßes. Mit Hilfe unternehmerischer Verwaltungssteuerung soll sich Verwaltungshandeln entlang betriebswirtschaftlichen Wissens auf ein vermeintlich objektives Maß selbst beschränken.

4. Liegenschaftspolitik und -verwaltung in der unternehmerischen Stadt

Für die Auseinandersetzung mit der Neuordnung städtischer und kommunaler Verwaltungen eignen sich Liegenschaftspolitik und -verwaltung als Fluchtpunkt, um die Auswirkungen der Reformen auf die Geographie des urbanen Raums zu untersuchen.[4] In einem in Berlin geführten Interview wird diesbezüglich festgestellt, „dass sich an den Liegenschaften was fokussiert: Die öffentliche Hand hat nichts, aber sie hat Grundstücke. Und die Frage ist, weil die Grundstücke nicht hergestellt sind, sondern zur Substanz der Gemeinde gehören, wie gehen wir eigentlich damit um?“ (B2012-B: 245) Ähnlich formulierte dies bereits Karl Polanyi (vgl. 2001: 71–80), wenn er feststellt, dass Land historisch schon immer zentraler Gegenstand von Regulation war. Für ihn bedeutet Land – wie auch Arbeit und Geld – als fiktive Ware unter Marktmechanismen zu handeln, „to subordinate the substance of society itself to the laws of the market“ (2001: 75).

Darüber hinaus ist die Frage öffentlicher Daseinsvorsorge – beispielsweise Schul- und Sozialpolitik, Gesundheit, Kultur, Verkehr oder Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung – eng verknüpft mit eben jener Frage nach der Wahrnehmung von und dem Umgang mit (öffentlichem) Liegenschaftseigentum, die mit der Neuordnung städtischer und kommunaler Verwaltungen neu gestellt wird. Unter welchen Bedingungen, von wem und mit welchen Zielen Liegenschaften der öffentlichen Hand genutzt werden können, ist damit gerade in hochverdichteten urbanen Räumen Gegenstand von Interessens- und Regulationskonflikten: Erstens sind öffentliche Liegenschaften ein Kostenpunkt im Haushalt einer Kommune. Die liegenschaftsbezogenen Kosten können durch Aufgabe, Umnutzung,

Modernisierung oder marktorientierte Bewirtschaftung reduziert werden. Zweitens ist Liegenschaftsvermögen auch eine Handlungsressource, die es zum Beispiel ermöglicht, Bildungseinrichtungen zu bauen, Wohnraum zu schaffen oder Unternehmen anzusiedeln.[5] Im Rahmen austeritätspolitischer Maßnahmen sind Liegenschaften nicht zuletzt eine Vermögensressource, deren Aktivierung in Form von privaten Investitionen oder Privatisierung die Generierung finanzieller Gewinne ermöglicht.

In den folgenden beiden Abschnitten wird anhand der beiden Fallbeispiele Frankfurt am Main und Berlin dargestellt, wie die betriebswirtschaftliche Neuordnung der städtischen und kommunalen Verwaltungen die Wahrnehmung von und den Umgang mit öffentlichem Liegenschaftsvermögen transformiert haben. Es dominiert ein Verständnis öffentlichen Eigentums, das gegenüber privatem Eigentum nur „provisional acceptance [...] in certain situations“ (Blomley 2003: 7) oder in Form von Infrastruktur genießt. Anhand der beiden Fallbeispiele lässt sich das Argument veranschaulichen, dass die Verwaltung der unternehmerischen Stadt die Bedingungen und Formen der Interessensartikulation gegenüber dem Staat und durch ihn in limitierender Art und Weise transformiert und institutionelle Handlungsräume einer unternehmerischen Stadtpolitik schafft bzw. strukturiert.

4.1. Frankfurt am Main: Private Gesellschaften als Verwaltungsbypässe

In Frankfurt am Main stellt sich ab 1992 mit dem Abzug des US-amerikanischen Militärs die Frage der Umnutzung der brachgefallenen Areale, die zunächst in das Eigentum des Bundes fielen. Von einem an der Entwicklung der Militärliegenschaften beteiligten Stadtplaner wird die Haltung der damaligen Stadtregierung gegenüber den freierwerdenden Flächen folgendermaßen zusammengefasst: „Da hält man sich am besten raus. Da macht man mal die Bebauungspläne und dann wird der Markt das schon machen.“ (F2014-U: 45)[6] Jedoch wurden die Areale am freien Grundstücks- und Immobilienmarkt nicht nachgefragt. Neben der Größe und der unattraktiven Lage waren auch mögliche Altlasten ein Grund dafür. Gleichzeitig stellte sich in den 1990er Jahren in Frankfurt das Problem, dass die Stadt Auflagen der kommunalen Aufsichtsbehörden zur Konsolidierung des städtischen Haushalts zu erfüllen hatte. Mit knapp 3,5 Milliarden Euro erreichte der Schuldenstand der Stadt 1992 seinen historischen Höchststand.

Dementsprechend heißt es im Vortrag des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung zur Gründung der öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP) mit einem Architektur- und Ingenieurbüro zur Entwicklung zweier großer Kasernenareale: „Die begrenzten Finanzmittel [...] erschweren die Möglichkeit, diese Flächen aus eigenen städtischen Mitteln vom Bund zu erwerben, zu entwickeln und anschließend zu vermarkten.“ (Koenigs/Wentz 1994: 1) Es ist jedoch nicht nur die Sparpolitik, weswegen die Areale nicht von der Stadt selbst erworben wurden, wie von einem Mitglied der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung beschrieben wird:

„Es ist eigentlich unumstritten, dass man solche Flächen nur mit einer GmbH-Struktur entwickeln kann [...]. Mit so einer GmbH [...] haben Sie

eine schlagkräftige Struktur, die auch flexibel ist [...]. [D]ie städtischen Strukturen in der Verwaltung, [...] die ganze Genehmigungsstruktur mit Kämmerei, Revisionsamt, Personal- und Organisationsamt und teilweise mit Genehmigung durch die Kommunalaufsicht [...] ist halt eine sehr schwerfällige Struktur, die für eine wirtschaftliche Entwicklung von solchen Gebieten unangemessen ist.“ (F2013-T: 81)

Die mangelnde Wirtschaftlichkeit wird als Ausdruck mangelnder Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung angesehen und dient der Legitimation neuer institutioneller Handlungsräume. Vor diesem Hintergrund ist die Gründung der Gesellschaft als institutionell begrenzte und projektbezogene Umsetzung der Ziele des NSM zu sehen, ohne dass dafür in den städtischen Gremien eine umfassende Reforminitiative in der Gesamtverwaltung diskutiert und umgesetzt werden musste.[7] Hinzu kommt, dass die ÖPP-Gesellschaft kein eigenes Personal hat, die private Gesellschafterin mit der Geschäftsbesorgung beauftragt ist und die amtierende Stadtplanungsdezernent_in den Aufsichtsratsvorsitz innehat. So betrachtet handelt es sich um eine rechtliche Hülle bzw. Briefkastenfirma. Diese wird als flexibles Instrument genutzt, um unabhängig von den öffentlichen Verwaltungs-, Mitbestimmungs- und Finanzierungsstrukturen die gewünschten Handlungs- und Finanzierungsressourcen zu erschließen, um die Brachflächen ‚wirtschaftlich‘ zu entwickeln – was bedeutet, dass private Geldgeber_innen ihre Gewinnerwartungen realisieren können.

Mit der ÖPP selbst sind jedoch keine unmittelbaren finanziellen Zielsetzungen verbunden. Bis auf eine Ausschüttung in Höhe der Eigenkapitaleinlage werden keine Gewinne erwirtschaftet, die an die beiden Gesellschafter_innen ausgezahlt würden. Sie dient vielmehr als Instrument der Problemlösung, wobei das Problem darin besteht, dass Liegenschaften nicht vom Markt angenommen werden, aber ein politisches Interesse besteht, diese einer (aufwertenden) Nutzung zuzuführen: „Wenn [...] der normale Marktteilnehmer sagt: Lohnt sich nicht, kann man nicht ordentlich Geld verdienen. Dann stellt sich die Frage: Wäre das nicht was für diese Gesellschaft?“ (F2013-U: 19)

Mit dem ÖPP wurde vom Planungsdezernat gemeinsam mit dem ausführenden Planungsbüro die institutionelle Struktur außerhalb der bestehenden Verwaltung geschaffen, um eine unternehmerische Stadtpolitik umzusetzen. Der damalige Planungsdezernent Martin Wentz (SPD) stellt bereits 1991 fest, dass sich „gesellschaftliche Gruppen wie die neuen ungebundenen Mittelschichten [...] zu einem sozial und politisch relevanten Faktor innerhalb der städtischen Bevölkerung entwickelt“ haben (1991: 11–12). In einem Interview mit einem Stadtplaner wird die Situation in Frankfurt in den frühen 1990er Jahren folgendermaßen problematisiert: „Wenn Sie eine ganze Bevölkerungsgruppe so behandeln, dass Sie überhaupt kein Angebot für die in der Stadt haben, ist es ja eine Katastrophe.“ (F2013-U: 49)

Es ist vor allem diese Orientierung an neuen urbanen Mittelschichten, die als ‚soziale Rendite‘ mit der Inwertsetzung der Brachflächen als politisches Ziel verbunden ist. Zur Umsetzung dieses Ziels wurde mit der ÖPP ein Bypass um die administrativen Strukturen, städtischen Mitbestimmungsprozesse und Fragen der Finanzierung geschaffen. Die Gründung der

Konversionsgesellschaft verändert das strategische Terrain des lokalen Staats dahingehend, dass von Seiten der Stadt selektive Schnittstellen geschaffen wurden, um nicht marktgängige Brachflächen im öffentlichen Eigentum für kapitalstarke Immobilienentwickler attraktiv und zugänglich zu machen. Die Gesellschaft stellt die institutionelle Form dar, in der eine öffentliche und private unternehmerische Stadtpolitik in Dialog gebracht und synchronisiert werden.

Das ÖPP zur Brachflächenvalorisierung ist jedoch nur eine Spielart von ähnlichen Gesellschaften, mit denen in Frankfurt städtebauliche und stadtentwicklungspolitische Vorhaben realisiert wurden. Konversionsprojekte wie das Deutschherrnufer auf dem ehemaligen Schlachthofareal, die Konversion des Westhafens von einem Gewerbehafen in ein hochpreisiges Wohn- und Arbeitsquartier oder die Konversion des Rebstockareals sind weitere Beispiele, bei denen private Gesellschaften von der Stadt Frankfurt genutzt wurden, um vormals gewerblich und industriell genutzte Brachen mit privatem Geld und Knowhow zu entwickeln. Dieses Vorgehen ermöglicht die Finanzierung und (politische) Durchsetzung einer unternehmerischen Stadtpolitik in einer marktkompatiblen Form und jenseits des traditionellen administrativen Terrains beziehungsweise der Mitbestimmungsstrukturen, die die wohnungspolitische Situation in Frankfurt bis heute prägt (vgl. Schipper 2018).

4.2. Berlin: Ausverkauf des öffentlichen Liegenschaftsvermögens

Ab dem Jahr 2001 beginnt eine Gesellschaft des Landes Berlin öffentliches Liegenschaftsvermögen zu privatisieren, um mit den Privatisierungsgewinnen einen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts zu erzielen. Die Privatisierung von Liegenschaften beginnt jedoch nicht erst mit dem neu geschaffenen Liegenschaftsfonds. Die Zuständigkeit lag zuvor bei den Berliner Bezirken und stellt deren einzige Möglichkeit dar, eigene Einnahmen zu generieren.[8] Mit seiner Gründung fungiert der Fonds als zentraler Ansprechpartner und beginnt die aktive Vermarktung seines Portfolios beispielsweise auf internationalen Immobilienmessen, um Investor_innen anzusprechen.

In den zehn Jahren nach seiner Gründung privatisiert die Gesellschaft Liegenschaftsvermögen im Umfang von 16 Millionen Quadratmetern und erzielt dabei Erlöse in Höhe von circa 2,4 Milliarden Euro, die in erster Linie zur Reduzierung der Zinslast genutzt werden. Neben werthaltigen Liegenschaften, die vor allem für Investor_innen von Interesse sind, privatisierte der Fonds auch Baugrundstücke für Ein- und Zweifamilienhäuser. In beiden Fällen dominiert das sogenannte Bieter_innenverfahren. In einer Broschüre zum Verkauf von Baugrundstücken für Ein- und Zweifamilienhäuser heißt es zu dem Verfahren: „Einen Preis suchen Sie hier vergeblich, denn Sie bestimmen, was Ihnen ‚Ihr‘ Grundstück wert ist!“ (Liegenschaftsfonds Berlin 2014) Diese Orientierung am sogenannten Potentialwert einer Liegenschaft führt dazu, dass der Fonds und damit das Land Berlin selbst davon profitieren beziehungsweise daran interessiert sind, dass die Liegenschaften von den Käufer_innen möglichst hochwertig entwickelt werden. In diesem Zusammenhang beriet der Fonds in Einzelfällen Berliner Bezirke, um ein verkaufsförderndes Planungsrecht zu schaffen (vgl. Silomon-Pflug 2018: 197-199).

Die Schaffung einer privaten Gesellschaft wird von einem ehemaligen Staatssekretär auch damit begründet, „dass man professionelle Arbeit nur außerhalb der Verwaltung bekommt“. Dies sei „vor allen Dingen ideologisch geprägt, [...] aber natürlich auch von Erfahrungen, dass jede Verwaltung ihre eigenen Interessen hat.“ (B2012-A: 123) Oder pointierter von einem Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses: „Ein derartiger Verkauf [...] wäre ja völlig unmöglich gewesen aus der Verwaltung heraus. Undenkbar!“ (B2012-H: 65) In Abgrenzung gegenüber den Verwaltungsmitarbeiter_innen wird der Fonds als Instrument gesehen, Tariffucht nach oben zu begehen. Auf diese Weise war es möglich, unabhängig von den tariflichen Bestimmungen des öffentlichen Diensts immobilienwirtschaftlich qualifiziertes Personal einzustellen.

Es kommt im Ergebnis zu einer grundlegenden Verschiebung in der Wahrnehmung öffentlichen Liegenschaftsvermögens als aktivierbare Vermögensressource.[9] Wie Lebuhn (2010: 40) feststellt, wird mit der Einführung des NSM in den Bezirken „ein Verwertungsdruck erzeugt, der ungenutzte öffentliche Liegenschaften einem unmittelbaren Privatisierungsdruck unterwirft.“ Dazu trägt bei, dass es mit der Umstellung auf eine unternehmensähnliche Haushaltsführung auf Ebene der Bezirke zur Reformulierung aller Verwaltungsleistungen in Form von Produkten und der Erfassung aller produktspezifischen Kosten kommt. Zu diesen zählen neben beispielsweise Personal- und Sachmitteln auch die liegenschaftsbezogenen Aufwendungen in Form sogenannter kalkulativer Kosten. Von den Bezirken muss im Budget eine angenommene Miete für die Nutzung einer bezirks- oder landeseigenen Liegenschaft ausgewiesen und auch gezahlt werden. Entscheidend ist, dass die kalkulierten Liegenschaftskosten mit einer bestimmten Verwaltungsleistung verbunden sind. Die Zuweisung dafür aus dem Landeshaushalt bemisst sich jedoch nicht nach den anfallenden Produktkosten eines Bezirks, sondern am Median der Kosten aller Berliner Bezirke. Für Liegenschaften, die nicht mit einem Produkt verbunden sind, müssen diese kalkulierten Mieten ebenso berechnet und gezahlt werden, wobei keine Gegenfinanzierung durch den Landeshaushalt existiert und in der Folge für diese Liegenschaften ein höherer Verwertungs- und Privatisierungsdruck entsteht.

Die Erfassung des öffentlichen Liegenschaftsbestands und die Produktion betriebswirtschaftlichen Wissens über die Nutzung von Liegenschaften führt über das Instrument der am Median der Produktkosten orientierten Budgetierung zu einer künstlichen Wettbewerbssituation zwischen den Bezirken. In einer Aufstellung zum intrabezirklichen Kostenvergleich heißt es dazu: „So entsteht Wettbewerb auch da, wo es Konkurrenz im eigentlichen Sinne nicht gibt.“ (Senatsverwaltung für Finanzen Berlin 2003: 3) Wie ein Fraktionsmitarbeiter des Berliner Abgeordnetenhauses darstellt, besteht eine weitere Vergleichsebene zwischen dem öffentlichen Liegenschaftsbestand und dem freien Immobilienmarkt: Das Budgetierungsverfahren „belastet meine amtliche Immobilie manchmal so, dass man sagen kann, wenn ich billig miete, komme ich günstiger.“ (B2012-E: 18) Darüber hinaus wurden die Bezirke anteilig an Verkaufserlösen beteiligt, was einen weiteren Anreiz zur ertragsorientierten Privatisierung öffentlicher Liegenschaften darstellt.

Die betriebswirtschaftliche Einhegung des öffentlichen Liegenschaftsbestands hat zu Folge, dass immer einige Bezirke eine strukturelle Unterfinanzierung aufweisen, der nur begegnet werden kann, wenn

liegenschaftsbezogene Kosten reduziert beziehungsweise Liegenschaften verkauft werden. Die Liegenschaftsnutzung ist nicht an eine ausreichende Finanzierung der Bezirke geknüpft, sondern in erster Linie eine Frage des wirtschaftlichen Handelns der Bezirke selbst. In einem Bericht der Berliner Morgenpost wird der damalige Finanzsenator Peter Kurth (CDU) folgendermaßen zitiert: Die Bezirke „sollen direkt erfahren, dass sich Sparsamkeit und Einschränkung bei der Nutzung und Bewirtschaftung von Büroräumen lohnen. Genauso werden jene künftig Probleme haben, die verschwenderisch mit dieser Ressource umgehen.“ (Zit. n. Hintzmann 2001)

Die Wahrnehmung öffentlicher Liegenschaften unter den Bedingungen betriebswirtschaftlicher Verwaltungssteuerung ist des Weiteren von einer neuen Zeitlichkeit geprägt. Nicht die Gesamtnutzungsdauer einer Liegenschaft wird betrachtet, sondern die mit ihr verbundenen finanziellen Belastungen innerhalb eines Haushaltjahres, wie eine Berliner Bezirksrätin feststellt: „Diese Kurzfristigkeit im Haushalt, die Kurzfristigkeit in der politischen Verantwortungszeit deckt sich nicht mit dem, was man eigentlich nachhaltig braucht.“ (B2012-E: 64)

Die Gründung des Fonds als Privatisierungsmaschine und die betriebswirtschaftliche Einhegung der Liegenschaftsnutzung auf Ebene der Bezirke griffen dahingehend ineinander, dass das Portfolio des Fonds über Jahre mit Liegenschaften der Bezirke aufgefüllt wurde. Diese Konstellation geriet ab 2009 zunehmend in die Kritik[10], bis der Fonds schließlich 2015 als eigenständige Gesellschaft aufgelöst und mit einer anderen Gesellschaft des Landes Berlin zusammengelegt wurde. Dabei ist zu vermuten, dass der Fonds auch deswegen in seiner ursprünglichen Form abgewickelt wurde, da die Bezirke zur Kostenreduzierung immer mehr unattraktive Liegenschaften an den Fonds übertrugen und damit das Aktivierungspotential des zu vermarktenden Portfolios abnahm. In der Folge wurde es für den Fonds immer schwieriger, bedeutende Liegenschaftsverkäufe zu realisieren.

Der Liegenschaftsfonds steht für eine investoren- und aufwertungsorientierte Privatisierung öffentlichen Liegenschaftseigentums. Mit Hilfe der betriebswirtschaftlich geprägten Verwaltungsreform wurde das Handlungsfeld der Bezirke so strukturiert, dass ein Zugriff auf deren Liegenschaftsvermögen ermöglicht wurde, ohne diese direkt zu enteignen. Das kalkulative Regime handlungsleitender betriebswirtschaftlicher Wissensgenerierung ist nicht auf die Einführung einer neuen Verfahrensweise zu reduzieren, sondern als politisches Projekt einer unternehmerischen Stadtpolitik zu betrachten.

5. Abschlussbetrachtung

Die Betrachtung der beiden Fallbeispiele zeigt, dass die raumzeitlich und inhaltlich fragmentierte Umsetzung des NSM in den deutschen Städten und Kommunen mit „changes in the geometry of social power“ (Swyngedouw 1997: 142) einhergeht, die in den Blick geraten, wenn die Verwaltungen nicht als mechanische Ausführungsorgane, sondern als strategisches Handlungsfeld betrachtet werden. Das Beispiel der Liegenschaftsverwaltung und -politik illustriert, dass unter den Bedingungen von Verwaltungsreform und Austeritätspolitik städtische und kommunale Verwaltungen zum zentralen Terrain zur Ausarbeitung und Artikulation einer unternehmerischen

Stadtpolitik durch politische Eliten und privatwirtschaftliche Akteur_innen geworden sind. Abstrakter gesprochen handelt es sich bei der Verwaltungsreform um ein politisches Projekt der unternehmerischen Stadt: Mit ihr ändert sich „das konkrete Zusammenspiel von interessenbasierten rationalen Strategien, der Praktiken der diskursiven Interaktion sowie der Formen der affektiven Imagination“ (Bieling/Steinhilber 2000: 109). Das heißt, sie bildet das politisch-strategische Terrain, auf dem sich die unternehmerische Stadt verdichtet. Die Verwaltung der unternehmerischen Stadt ist die dialektische Einheit aus Voraussetzung und Ergebnis der inner- und außeradministrativen Artikulation einer unternehmerischen Politik auf städtischer Maßstabsebene, die kapitalintensive und aufwertungsorientierte Investitionen ermöglicht.

Die ökonomisierten administrativen Strukturen und Verfahrensweisen korrespondieren mit dieser dahingehend, dass Verwaltungshandeln entlang marktlicher und wettbewerblicher Verfahrensweisen und Handlungs-rationalitäten begründet ist und auf lokaler Maßstabsebene strategische Schnittstellen und Handlungsfelder existieren, die privatwirtschaftlichen Akteur_innen einen privilegierten Zugang zu öffentlichen Vermögenswerten und Entscheidungsprozessen ermöglichen. In Frankfurt am Main wird die Rechtsform einer ÖPP vom damaligen Planungsdezernenten genutzt, um administrative Beteiligungsverfahren, politische Mitbestimmung und Fragen der Finanzierung zu umgehen sowie eine aufwertungs- und kapitalorientierte Stadtentwicklungspolitik für Haushalte mit mittleren und oberen Einkommen zu realisieren. In Berlin resultieren die Verschränkung inner-administrativer Reformprozesse und die Gründung einer privatrechtlichen Gesellschaft in der verwaltungsinternen Dominanz der Senatsverwaltung für Finanzen und der Inwertsetzung des öffentlichen Liegenschaftsbestands. Gerade die privatrechtlichen Gesellschaften ermöglichen es, Wissens-, Handlungs- und Finanzierungsressourcen projekt- und politikfeldbezogen jenseits traditioneller Finanzierungs- und Mitbestimmungsstrukturen zu erschließen. Sie fungieren als formalisierte und ausschließende Interfaces für die Synchronisierung öffentlicher und privatwirtschaftlicher Interessen. Entscheidungen werden in enger Abstimmung und Kooperation mit privaten Investor_innen außerhalb der traditionellen Entscheidungs- und Verwaltungsstrukturen ausgearbeitet, beschlossen und umgesetzt.

Sowohl die Mobilisierung der Verwaltungsreform als auch die reformierte Verwaltungspraxis an sich konstituieren eine handlungsleitende Wissensordnung. Die in die Reformen eingeschriebene Problematisierung und Messung betriebswirtschaftlicher Effektivität und Effizienz ist kein deskriptives Wissen, sondern ein konstruierender und handlungsleitender Macht/Wissen-Komplex. Die damit verbundene Sinnmachung strukturiert das Handlungsfeld von Politiker_innen und Verwaltungsmitarbeiter_innen und ist dahingehend handlungsleitend, dass administratives und politisches Handeln sich immer (auch) über Wirtschaftlichkeitskriterien legitimieren müssen, die Objektivität, Transparenz und Gerechtigkeit suggerieren. Demgegenüber treten politische Ziele und partikulare Interessen in den Hintergrund. Im Kontext öffentlicher Liegenschaftspolitik und aktueller Konflikte um bezahlbaren Wohnraum, fortschreitende Verdrängung, die Unterbringung von Geflüchteten oder soziale, politische und kulturelle

Initiativen zeigt sich jedoch, dass die Beantwortung der Frage, wie gerade in hochverdichteten urbanen Räumen mit Grund und Boden umgegangen wird, nicht einer marktförmigen Regulation überlassen werden kann.

Gefördert durch Mittel des Open-Access-Publikationsfonds der Goethe Universität Frankfurt.

Endnoten

- [1] Die Ausführungen basieren auf meiner Dissertationsschrift, die im April 2018 unter dem Titel *Die Verwaltung der unternehmerischen Stadt. Zur neoliberalen Neuordnung von Liegenschaftspolitik und -verwaltung in Berlin und Frankfurt am Main* im transcript Verlag (Bielefeld) erschienen ist.
- [2] Rick Vogel (2006: 337) unterscheidet hierbei vier Phasen des Reformprozesses. In der Geburtsphase (1989-1991) wird ein gemeinsames Problembewusstsein formuliert. In der Wachstumsphase (1991-1995) findet eine offensive Propagierung und Mobilisierung des NSM durch die KGSt statt, wobei der Fokus auf der Binnenreform liegt. In der Reifephase (1995-1999) tritt neben der Reform der Binnenstruktur ein rechtswissenschaftlich geprägter Privatisierungsdiskurs. Die Verfallsphase (1999-2003) ist von einer Dominanz des Privatisierungsdiskurses gegenüber dem NSM-Diskurs geprägt.
- [3] Nach zehn Jahren Reformprozess geben 92,4 Prozent der befragten Kommunen (n = 840) in einer von der Hans-Böckler-Stiftung und der KGSt geförderten Studie (Bogumil/Grohs/Kuhlmann 2006: 7–8, siehe auch Jann et al. 2004, Bogumil et al. 2007) an, Reformmaßnahmen ergriffen zu haben. 82,4 Prozent haben sich dabei am NSM als Leitbild für die Reformen orientiert, wobei 66,3 Prozent der Kommunen nur einzelne Instrumente umgesetzt haben. Lediglich 2,5 Prozent der befragten Kommunen haben eine umfassende Umsetzung des NSM erreicht.
- [4] Im Diskurs der Verwaltungsreform wird Liegenschaftsverwaltung ausschließlich als Liegenschaftsbewirtschaftung und Facility Management thematisiert (vgl. Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung 1991; 1993a).
- [5] Eindringlich diskutiert Nils Schmid (2005) in seiner staatsrechtlich geprägten Arbeit den Zusammenhang zwischen Staatssouveränität und Staatsvermögen. Er stellt fest, dass zwar keine eindeutige Bemessung einer verfassungsmäßigen Eigentumsquote möglich ist, sich aber „mit der Verfügung über Staatsvermögen [...] auch das Ausmaß an eigenständiger Gestaltungsmacht und Planungsmöglichkeiten“ (197) der öffentlichen Hand entscheidet.
- [6] Die Interviews wurden im Rahmen des von der DFG geförderten Projekts „Neuordnung städtischer Verwaltungen: New Public Management am Beispiel der Liegenschaftsverwaltungen in Berlin und Frankfurt am Main“ geführt. Zu den beiden Fallbeispielen Frankfurt am Main und Berlin wurden insgesamt 29 leitfadengestützte Expert_inneninterviews geführt. Interviewt wurden aktuelle und ehemalige Repräsentant_innen aus Verwaltung, Politik, (öffentlichen) Unternehmen und Zivilgesellschaft, die über relevantes Deutungs- und Verfahrenswissen hinsichtlich des Forschungsinteresses verfügen.
- [7] In Frankfurt am Main wird ab Mitte der 1990er Jahre eine Reform der Binnenadministration begonnen, deren Erfolg als sehr beschränkt bewertet wird. Dies wird unter anderem damit begründet, dass erstens der Handlungsdruck nie besonders groß war, zweitens verwaltungsinterne Widerstände den Reformprozess behinderten und drittens die hohe politische Autonomie der einzelnen Magistratsmitglieder zu einer Vielzahl inkompatibler Insellösungen geführt hat.
- [8] Der Berliner Verwaltungsapparat besteht aus den Bezirks- und den Senatsverwaltungen. Den Bezirken kommt dabei die Aufgabe zu – wie eine Kommune – die tatsächliche Leistungserbringung zu gewährleisten. Die Bezirke verfügen über eine hohe Fachautonomie, sind aber finanziell vom Senat und dem Berliner Abgeordnetenhaus abhängig, da das Budget der Bezirke Teil des Berliner Landeshaushaltes ist.

- [9] Mehr noch kann davon gesprochen werden, dass das Liegenschaftsvermögen überhaupt erst sichtbar gemacht wurde. Bis zur Gründung des Fonds existierte keine systematische und umfassende Übersicht über das bezirks- und landeseigene Liegenschaftsvermögen.
- [10] Eine erste deutliche Kritik wurde im Jahr 2009 auf dem Stadtforum Berlin geäußert, das von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung organisiert wurde (vgl. SenStadt Berlin 2009). Die damalige Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer, fordert in ihrem Statement eine gestaltende Liegenschaftspolitik als Instrument zur Realisierung wirtschafts-, stadtentwicklungs-, wohnungs- und sozialpolitischer Zielsetzungen. Im Jahr 2011 wurde die stadtpolitische ‚Initiative Stadt Neudenken‘ von zivilgesellschaftlichen Aktiven aus den Bereichen Kultur, Wissenschaft, Architektur gegründet. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, die Berliner Liegenschaftspolitik auf die politische Agenda zu setzen (vgl. Vollmer 2015: 59-60). Auf Druck der Initiative wurde gemeinsam mit den Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus 2012 der ‚Runde Tisch zur Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik‘ gegründet, der wesentlich zur Reform der Berliner Liegenschaftspolitik beigetragen hat und bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Umgang mit Berliner Liegenschaftsvermögen kritisch begleitet (kritisch zur Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik Silomon-Pflug 2018: 201-206).

Autor_innen

Felix Silomon-Pflug ist Politologe und Geograph. Er arbeitet zu Themen Stadtgeographie, Urban Governance, Geographien des Landbesitzes und Labour Geography.
silomon@geo.uni-frankfurt.de

Literatur

- Adamaschek, Bernd (1997): Interkommunaler Leistungsvergleich. Leistung und Innovation durch Wettbewerb. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung.
- Adolphs, Stephan (2008): Geschichte der Gouvernementalität oder materialistische Staatstheorie? Michel Foucault und Nicos Poulantzas im Vergleich. In: Joachim Hirsch / John Kannankulam / Jens Wissel (Hg.), Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx. Baden-Baden: Nomos, 180–202.
- Andresen, Sünne / Dölling, Irene / Kimmerle, Christoph (Hg.) (2003): Verwaltungsmodernisierung als soziale Praxis. Geschlechter-Wissen und Organisationsverständnis von Reformakteuren. Wiesbaden: VS Verlag.
- Banner, Gerhard (1991): Von der Behörde zum Dienstleistungsunternehmen: Die Kommunen brauchen ein neues Steuerungsmodell. In: Verwaltungsführung, Organisation, Personal 13, 6–11.
- Banner, Gerhard (1994): Anregungen für die deutsche Verwaltungsreform. In: Carl Bertelsmann-Preis 1993. Demokratie und Effizienz in der Kommunalverwaltung. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung, 349–364.
- Belina, Bernd / Dzudzek, Iris (2009): Diskursanalyse als Gesellschaftsanalyse. Ideologiekritik und Kritische Diskursanalyse. In: Georg Glasze / Annika Mattissek (Hg.), Handbuch Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung. Bielefeld: transcript, 129–152.
- Bertelsmann Stiftung (1994a): Carl Bertelsmann-Preis 1993. Demokratie und Effizienz in der Kommunalverwaltung. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung.
- Hintzmann, Karsten (2001): Berlin zahlt Millionen für leere Büros. Finanzsenator Kurth will mit Gebäudemanagement Geld sparen, in: Berliner Morgenpost, 15.1.2001, 25.
- Bieling, Hans-Jürgen / Steinhilber, Jochen (2000): Hegemoniale Projekte im Prozess der europäischen Integration. In: Hans-Jürgen Bieling / Jochen Steinhilber (Hg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 102–130.
- Blomley, Nicolas (2003): Unsettling the city. Urban land and the politics of property. London: Routledge.

- Bogumil, Jörg / Grohs, Stephan / Kuhlmann, Sabine (2006): Ergebnisse und Wirkungen kommunaler Verwaltungsmodernisierung in Deutschland. Eine Evaluation nach zehn Jahren Praxiserfahrung. In: Jörg Bogumil / Werner Jann / Frank Nullmeier (Hg.), Politik und Verwaltung. Wiesbaden: VS Verlag, 151–184.
- Bogumil, Jörg / Grohs, Stephan / Kuhlmann, Sabine / Ohm, Anna K. (2007): Zehn Jahre Neues Steuerungsmodell. Eine Bilanz kommunaler Verwaltungsmodernisierung. Berlin: Edition Sigma.
- Brenner, Neil (2004): *New State Spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood*. Oxford: Oxford University Press.
- Brenner, Neil / Theodore, Nik (2002): Cities and the geographies of “actually existing neoliberalism”. In: *Antipode* 34/3, 349–379.
- Budäus, Dietrich / Hilgers, Dennis (2010): Reform kommunaler Verwaltungen in Deutschland – Entwicklung, Schwerpunkte und Perspektiven. In: Wolfgang Schuster / Klaus-Peter Murawski (Hg.), *Die regierbare Stadt*. Stuttgart: Kohlhammer/Deutscher Gemeindeverlag, 80–107.
- Carl Bertelsmann-Preis 1993. *Demokratie und Effizienz in der Kommunalverwaltung (1994b)*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung.
- Dankowski, Wulf / Precht, Claus (1998): *Public Management in Deutschland: Neuere Entwicklungen und eine Zwischenbilanz*. In: Wulf Dankowski / Claus Precht (Hg.), *Moderne Verwaltung in Deutschland: Public-Management in der Praxis*. Stuttgart: Kohlhammer, 15–33.
- Demirović, Alex (2007a [1987]): *Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Demirović, Alex (2007b): Politische Beratung, Think Tanks und Demokratie. In: Jens Wernicke / Torsten Bultmann (Hg.), *Netzwerk der Macht – Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh*. Marburg: BdWi-Verlag, 15–29.
- Demirović, Alex (2011): Governance – eine neue Stufe staatlicher Herrschaft. In: Alex Demirović / Heike Walk (Hg.), *Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 73–105.
- Deutscher Beamtenbund und Tarifunion (1996): *DBB-Konzept zur Dienstrechts- und Verwaltungsreform*. Bonn.
- Diaz-Bone, Rainer (2006): Die interpretative Analytik als methodologische Position. In: Brigitte Kerchner / Silke Schneider (Hg.), *Foucault: Diskursanalyse der Politik. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag, 68–84.
- Esser, Josef / Hirsch, Joachim (1982): Materialistische Staatstheorie und Verwaltungswissenschaft. In: Joachim Jens Hesse (Hg.), *Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft*. Opladen, 105–121.
- Felder, Michael (1998): Vom „muddling through“ zurück zum „eisernen Käfig“? Aktuelle Strategien der Verwaltungsmodernisierung. In: *Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 34, 91–109.
- Felder, Michael (2000): Verwaltungsmodernisierung, die Transformation von Staatlichkeit und die neue Sozialdemokratie. In: *UTOPIE kreativ* 121/122, 1090–1102.
- Felder, Michael (2001): Die Transformation von Staatlichkeit. Europäisierung und Bürokratisierung in der Organisationsgesellschaft. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Foucault, Michel (1977): *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (1981 [1973]): *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fuller, Crispian (2010): Crisis and Institutional Change in Urban Governance. In: *Environment and Planning A* 42/5, 1121–1137.
- Goodwin, Mark / Painter, Joe (1996): Local Governance, the Crises of Fordism and the Changing Geographies of Regulation. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 21/4, 635–648.
- Gottweis, Herbert (2004): Theoretical Strategies of Poststructuralist Policy Analysis: Towards an Analytics of Government. In: Maarten A. Hajer / Hendrik Wagenaar (Hg.), *Deliberative Policy Analysis. Understanding Governance in the Network Society*. Cambridge: Cambridge University Press, 247–265.
- Harvey, David (1989): From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism. In: *Geografiska Annaler* 71/1, 3–17.
- Heeg, Susanne (2008): Von Stadtplanung und Immobilienwirtschaft. Die „South Boston Waterfront“ als Beispiel für eine neue Strategie städtischer Baupolitik. Bielefeld: transcript.

- Jann, Werner / Bogumil, Jörg / Bouckaert, Geert / Budäus, Dietrich / Holtkamp, Lars / Kibler, Leo / Kuhlmann, Sabine / Mezger, Erika / Reichard, Christoph / Wollmann, Hellmut (Hg.) (2004): Status-Report Verwaltungsreform. Eine Zwischenbilanz nach zehn Jahren. Berlin: Edition Sigma.
- Jessop, Bob (1992): Regulation und Politik. Integrale Ökonomie und integraler Staat. In: Alex Demirović / Hans-Peter Krebs / Thomas Sablowski (Hg.), Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß. Münster: Westfälisches Dampfboot, 232–262.
- Jessop, Bob (2010): Cultural Political Economy and Critical Policy Studies. In: Critical Policy Studies 3/3-4, S. 336–356.
- Koch, Rainer (2004): Umbau Öffentlicher Dienste. Internationale Trends in der Anpassung Öffentlicher Dienste an ein New Public Management. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Koenigs, Tom / Wentz, Martin (1994): Gründung der KEG Konversions-Entwicklungsgesellschaft, M 205 v. 14.10.1994. Frankfurt am Main.
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (1991): Mobilisierung von Grundstücken für investive Zwecke durch die Gemeinden und Kreise in den neuen Bundesländern. Köln.
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (1992): Wege zum Dienstleistungsunternehmen Kommunalverwaltung. Fallstudie Tilburg. Köln.
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (1993a): Organisationsmodell für Gemeinden der GK 5. Organisation des Wirtschaftsförderungs- und Liegenschaftsamtes. Köln.
- Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (1993b): Das Neue Steuerungsmodell. Begründung, Konturen, Umsetzung. Köln.
- Lebuhn, Henrik (2007): Sozialräumliche Konflikte in der unternehmerischen Stadt. Eine Berliner Fallstudie über städtische Bewegungspolitik unter den Bedingungen von New Public Management. In: PROKLA 37/149, 529–545.
- Lebuhn, Henrik (2008): Stadt in Bewegung. Mikrokonflikte um den öffentlichen Raum in Berlin und Los Angeles. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Lebuhn, Henrik (2010): Das Neue Steuerungsmodell und die (Markt-)Logik städtischer Verwaltungen. In: Zeitschrift Marxistische Erneuerung 21/83, 35–45.
- Liegenschaftsfonds Berlin (2014): Mein Zuhause vom Land Berlin. Objekte im Bieterverfahren Mai 2014. Berlin.
- McCann, Eugene / Ward, Kevin (2011): Urban assemblages. Territories, relations, practices, and power. In: Eugene McCann / Kevin Ward (Hg.), Mobile Urbanism. Cities and Policymaking in the Global Age. Minneapolis: University of Minnesota Press, xiii–xxxv.
- Naschold, Frieder (1995): Ergebnissteuerung, Wettbewerb, Qualitätspolitik. Entwicklungspfade des öffentlichen Sektors in Europa. Berlin: Edition Sigma.
- Ong, Aihwa (2006): Neoliberalism as a Mobile Technology. In: Transactions of the Institute of British Geographers 32/1, 3–8.
- Peck, Jamie (2010): Constructions of Neoliberal Reason. Oxford, New York: University Press.
- Pelizzari, Alessandro (2001): Die Ökonomisierung des Politischen. New Public Management und der neoliberale Angriff auf die öffentlichen Dienste. Konstanz: UVK.
- Pelizzari, Alessandro (2004): Entpolitisiertes Verwaltungswissen. Ökonomisierungstendenzen am Beispiel des Zürcher Spitalwesens. In: Peter Collin / Thomas Horstmann (Hg.), Das Wissen des Staates. Geschichte, Theorie und Praxis. Baden-Baden: Nomos, 434–457.
- Polanyi, Karl (2001 [1944]): The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time. Boston, Massachusetts: Beacon Press.
- Poulantzas, Nicos (2002 [1978]): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA.
- Robinson, Jennifer (2011): The spaces of circulating knowledge. In: Eugene McCann / Kevin Ward (Hg.), Mobile Urbanism. Cities and Policymaking in the Global Age. Minneapolis: University of Minnesota Press, 15–40.
- Schipper, Sebastian (2018): Wohnraum dem Markt entziehen? Wohnungspolitik und städtische soziale Bewegungen in Frankfurt und Tel Aviv. Wiesbaden: Springer VS.
- Schmid, Nils (2005): Staatliches Liegenschaftsmanagement, Staatsverschuldung und Staatsvermögen. Berlin: Duncker & Humblot.

- Senatsverwaltung für Finanzen Berlin (2003): Was kostet wo wie viel? Berliner Bezirke im Kostenvergleich. Berlin.
- Silomon-Pflug, Felix (2018): Die Verwaltung der unternehmerischen Stadt. Zur neoliberalen Neuordnung von Liegenschaftspolitik und -verwaltung in Berlin und Frankfurt am Main. Bielefeld: transcript.
- SenStadt Berlin – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (2009): Stadtforum Berlin. „Alles muss raus? Die Zukunft der Liegenschaftspolitik in Berlin“. Dokumentation der Veranstaltung. Berlin. Online verfügbar unter https://digital.zlb.de/viewer/rest/image/33655284/alles_raus.pdf/full/max/o/alles_raus.pdf (letzter Zugriff am 21.06.2018).
- Swyngedouw, Erik (1997): Neither global nor local. „Glocalization“ and the politics of scale. In: Kevin R. Cox (Hg.), Spaces of Globalization. Reasserting the Power of the Local. New York: Guilford Press, 137-166.
- Vogel, Rick (2006): Zur Institutionalisierung von New Public Management. Disziplinardynamik der Verwaltungswissenschaft unter dem Einfluss ökonomischer Theorie. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Vollmer, Lisa (2015): Die Berliner Mieter_innenbewegung zwischen lokalen Konflikten und globalen Widersprüchen. In: Sozial.Geschichte Online (17), S. 51–82.
- Wentz, Martin (1991): Raum und Zeit in der metropolitanen Entwicklung. In: Martin Wentz (Hg.), Stadt-Räume. Frankfurt am Main/New York: Campus, 9–14.

Administration of the Entrepreneurial City. (No) Topic for geographical urban research?!

In geographical urban research there are general references to the fact that the canon of neoliberal rescaling and urban transformation also includes the introduction of New Public Management in the cities of western industrial nations. Subsequently, I argue that what I summarize as the administration of the entrepreneurial city is not merely the result of abstract neoliberalisation processes or technocratic modernization of a mechanical executive apparatus. In this article I show that the economically reformed administration is both effect of and important terrain for the development, articulation and implementation of an entrepreneurial urban policy. Therefore, I propose to understand the research object urban administration as a strategic field, which is the result and terrain of social power relations. Furthermore, I understand the process of administrative reform as a power/knowledge complex in order to show how an entrepreneurial understanding of local government action can be established with the help of problematisation and knowledge regimes. Using the example of effects of administrative reforms on the perception and handling of public real estate assets in Frankfurt am Main and Berlin since the 1990ies, I will show how internal administrative structures were economized and private legal forms were (and still are) used to pursue valorisation-oriented strategies in the context of an entrepreneurial urban policy through the dynamisation and flexibilisation of administrative apparatus.

Urban Policy Mobilities und globale Produktionsnetzwerke

Städtische Planung in Chile als Legitimationsinstanz extraktiver Industrien[1]

Michael Lukas
Andreas Brück

Als Reaktion auf die urbane Krise des chilenischen Entwicklungsmodells haben einige Multinationale Unternehmen der extraktiven Industrien damit begonnen, ihre Aktivitäten im Bereich der Unternehmensverantwortung auf städtische Interventionen hin zu fokussieren. In enger Zusammenarbeit mit international renommierten Architekt_innen, Planer_innen und Soziolog_innen propagieren Unternehmen des globalen Bergbaus und der Forstwirtschaft ein neues Modell der stadtplanerischen Intervention, das auf Diskurse der Nachhaltigkeit und Bürgerbeteiligung abhebt. Durch die Kombination von theoretischen Einsichten der Forschung zu Urban Policy Mobilities und globalen Produktionsnetzwerken und basierend auf über 60 Expert_inneninterviews analysieren wir die Akteurskonstellationen, Interessen und Dynamiken hinter der Entstehung und Mobilisierung des Modells und diskutieren, inwiefern es sich um Prozesse der strategischen Kopplung handelt, d. h. um eine Stadtentwicklung im Einklang mit Interessen der Multinationalen Unternehmen und ihrer Netzwerke.

Ersteinreichung: 9. Februar 2018; Veröffentlichung online: 28. November 2018
An english abstract can be found at the end of the document.

1. Einleitung

Nachdem lateinamerikanische Städte über Jahrzehnte eher für die negativen Auswüchse der Megaurbanisierung auf dem „Planeten der Slums“ (Davis 2006) standen, gelten sie seit einigen Jahren als Hoffnungsträger für die Entwicklung von zukunftsweisenden Strategien der nachhaltigen Stadtentwicklung (McGuirk 2014). In diesem Zusammenhang fanden das siebte World Urban Forum 2014 in Medellín, Kolumbien, und 2016 die globale Konferenz der Vereinten Nationen zu Menschlichen Siedlungen (Habitat III) in Quito, Ecuador, statt. 2016 bekam Medellín, lange Zeit der Archetyp einer von Gewalt und Drogenkriminalität geprägten Stadt, den Lee Kuan Yew World City Prize zugesprochen, der in Urbanistenkreisen als der ‚Nobelpreis für Städte‘ bekannt ist, während der chilenische Architekt Alejandro Aravenaim im selben Jahr den Pritzker-Preis erhielt, den ‚Nobelpreis für Architektur‘. Während Medellín heute für einen „Sozialen Urbanismus“ steht (Brand/Davila 2013), ist Aravena in erster Linie für innovative Projekte des sozialen Wohnungsbaus in Chile bekannt. Darüber hinaus war er 2010 maßgeblich an der Entwicklung eines Masterplans zum Wiederaufbau der von einem Erdbeben und Tsunami verwüsteten Stadt Constitución im

Süden des Landes beteiligt. Von internationalen Medien wurde Aravena in diesem Kontext als neue Hoffnung einer sozial orientierten Architektur gefeiert, als ein „Architekt für die Armen“ (Deutschlandfunk Kultur, 4.4.2016), der durch die „Kraft der Visionen“ „ganze Städte“ neu errichte (Kopf 2016) oder gar ein „Land wieder aufbaue“ (Kimmelmann 2016). Ein weiteres Beispiel für die oft überschwängliche Rezeption lateinamerikanischer Städte in der globalen Diskurslandschaft zu Fragen der innovativ-nachhaltigen Stadtentwicklung ist das Buch *Radical Cities. Across Latin America in Search of a New Architecture* des Journalisten und Architektur-Kritikers Justin McGuirk (2014). Basierend auf Recherchen in Mexico City, Medellín, Bogotá, Santiago de Chile, Rio de Janeiro und Caracas und anderen sieht McGuirk in Lateinamerika eine neue Generation von „Aktivisten-Architekten“ (ebd.: 29) [2] am Werk, welche ein „kontinentales Reformprogramm“ (ebd.: 25) vorantreiben und ein „neues städtisches Repertoire“ (ebd.: 25) entwickeln, dass die soziale Frage in den Mittelpunkt stelle und dabei intelligent, flexibel und partizipativ vorgehe.

In diesem Beitrag schauen wir am Beispiel Chiles hinter die Kulisse der Heroisierung einzelner Städte, Architekt_innen und Planer_innen als Hoffnungsträger_innen nachhaltiger und partizipativer Stadtentwicklung. Wir zeigen auf, wie die systematische Produktion von BestPracticeModellen der städtischen Intervention sowie der internationalen Reputation einzelner Stararchitekt_innen und Planer_innen (wie etwa Alejandro Aravena) eingebunden ist in globale Netzwerke multinationaler Unternehmen der Ressourcenextraktion[3], die auf dem Feld der städtischen Planung ihre gesellschaftliche Legitimationsbasis zu verbessern suchen. Dieser Zusammenhang der städtischen Planung mit den Rationalitäten multinationaler Unternehmen (MNU) ist bislang kaum Gegenstand der kritischen Stadtforschung geworden. Insbesondere mit Blick auf die Länder Lateinamerikas, deren Wirtschafts- und Entwicklungsmodelle weiterhin fast ausschließlich auf der Intensivierung der Ausbeutung natürlicher Ressourcen beruhen, stellt dies eine wichtige Forschungslücke da. Nicht nur in Chile sind viele Städte und Regionen Teil der operativen Landschaften der extraktiven Industrien und ihrer globalen Logistikketten und Produktionsnetzwerke und damit Teil der Brutalitäten des globalen Kapitalismus (Brenner 2014, Easterling 2016, Sassen 2016, Arboleda (im Ersch.)).

Konkret beschreiben wir in unserem Beitrag, wie sich in Chile, ausgehend von dem Wiederaufbauplan für Constitución, ein *Modell* der städtischen Governance etabliert hat, das MNU der Ressourcenextraktion[4] einen völlig neuen Zugriff auf die städtische Planung und Verwaltung erlaubt. Wir zeigen, inwiefern Diskurse der Nachhaltigkeit und Partizipation in erster Linie der Legitimationsbeschaffung der MNU dienen und depolitisierenden Charakter haben – sie werden eingesetzt, um die negativen Auswirkungen des Extraktivismus zu normalisieren, nicht um diese zu hinterfragen. Um die Dynamiken und Prozesse der Entstehung des Modells zu verstehen, rekurrieren wir in diesem Beitrag auf Theorien, die sich im Rahmen der Literatur der Urban Policy Mobilities (UPMs) mit der globalen Zirkulation von stadtentwicklungspolitischen Ideen, Diskursen und Praktiken beschäftigen (McCann/Ward 2011, Künkel 2015) sowie auf Ansätze der Wirtschaftsgeographie, die sich für die Zusammenhänge zwischen Stadt- und

Regionalentwicklung und Globalen Produktionsnetzwerken (GPN) interessieren (Yeung 2009, MacKinnon 2013). In methodischer Hinsicht basiert der Artikel auf empirischer und qualitativer Feldforschung, die zwischen 2015 und 2018 in den Städten Constitución, Calama und Antofagasta sowie den Unternehmenssitzen der MNU in Santiago stattfand. Anhand von etwa 60 semistrukturierten Interviews, Dokumentenanalyse und der Teilnahme an nationalen und internationalen Foren, bei denen die verschiedenen Interventionen vorgestellt wurden, haben wir die Diskurse, Praktiken und Akteurskonstellationen der Entstehung und Mobilisierung des Modells aus territorialer und relationaler Perspektive untersucht. Wir haben also den Blick sowohl auf lokalspezifische Interventionen wie auf deren Verknüpfung mit und Mobilisierung hin zu anderen Orten und Handlungsebenen gelegt, um so über eine transversal-relationale Perspektive die Verbindungen zwischen den Fällen und der globalen Ebene herstellen zu können.

Der Beitrag ist in drei weitere Kapitel strukturiert. Im zweiten Kapitel erläutern wir unseren theoretischen Zugang der Kombination von UPM und GPN-Literatur. Im dritten Kapitel stellen wir die Geburt des Modells der Masterpläne in Constitución dar und verfolgen seine Mobilisierung hin nach Antofagasta. Abschließend diskutieren wir, welche Einblicke sich aus der Kombination der Literaturen um UPM und GPN für die kritische Stadtforschung ergeben.

2. Urban Policy Mobilities und Prozesse der strategischen Kopplung im Rahmen globaler Produktionsnetzwerke der Ressourcenextraktion

In den letzten Jahren hat sich in der kritischen Stadtforschung ein neues Interesse an Stadtpolitik und Planung etabliert, das sich stark auf die transnational vernetzten Prozesse des *Machens* von Politik, Plänen und Programmen konzentriert und dabei die unterschiedlichen Akteure, deren Praktiken, Diskurse und transnationalen Netzwerke in ihrem Zusammenwirken analysiert (McCann/Ward 2011, Künkel 2015, Baker/McGuirk 2017). In empirischer Hinsicht zeigen die verschiedenen Forschungen, dass heute ein eng vernetzter globaler Markt der Produktion, Diskussion und Zirkulation stadtentwicklungspolitischer Expertise existiert. Weil Politiker_innen, Planer_innen und andere städtische Entscheidungsträger_innen unter einem ständig wachsenden Druck stehen, die neusten „heißen Ideen“, Lösungsansätze und Innovationswellen nicht zu verpassen, werden hergebrachte Praktiken und Politiken der Planung und Governance in immer schnellerer Abfolge von neuen Ideen und Initiativen ersetzt (McCann/Ward 2011: xiv). Eine entscheidende Rolle in dieser Welt des „schnellen Politiktransfers“ (Peck/Theodore 2001: 429, zit. nach McCann/Ward 2011: xiv) spielt dabei das „global intelligence corps“ (Rapoport 2015: 111) der stadtentwicklungspolitischen Expertise. Dabei handelt sich um ein expandierendes Netzwerk von Politiker_innen, Planer_innen, Berater_innen und Aktivist_innen, die nicht nur Ideen, Praktiken und Modelle mobilisieren, sondern auch oft selber global mobil sind. Diese „travelling technocrats“ (Larner/Laurie 2010), „international masterplanners“ (Rapoport 2015) und „persuasive practitioners“ (Montero 2017a) sind darauf spezialisiert,

stadtentwicklungspolitische Probleme zu diagnostizieren, Lösungen anzubieten und diese in „scheinbar banaler technokratischer Arbeit“ (Tenemos/McCan 2013) als BestPracticeModelle zu verbreiten. Die Expert_innen rekurrieren dabei auf internationalen Foren, Vorträgen und im Rahmen eines wachsenden Politiktourismus (González 2010) auf Techniken des Erzählens von Geschichten (Montero 2017a) und Parabeln (Wilson 2014), die sich durch eine starke Vereinfachung der tatsächlichen Politikprozesse und ihrer Resultate auszeichnen und dabei negative Aspekte, das Scheitern von Lösungsansätzen und deren Widersprüche tendenziell ausblenden. Zu Best Practices und Modellen werden also nicht in erster Linie diejenigen Programme und Politiken, die die besten Ergebnisse zeigen, sondern solche, die sozial erfolgreich als Best Practices und Modelle konstruiert werden (Montero 2017b). Neben den Planer_innen und Politiker_innen spielen hier zunehmend international agierende Ingenieursfirmen, Unternehmensberatungen und nicht zuletzt – besonders im Zusammenhang mit der Debatte um Smart Cities – Tech-Giganten (z. B. Google Sidewalk Labs) eine wichtige Rolle (Vogelpohl 2017). Mit ihren internationalen Meetings und Konferenzen – und den dabei entstehenden Dokumenten und Politikempfehlungen – stellen zudem internationale Organisationen wie OECD, Weltbank oder UN-Habitat wichtige Plattformen des Austauschs und der internationalen Mobilisierung von Best-Practice-Modellen bereit (Jessop 2002, Kaika 2017). In sehr kritischer Lesart sehen Swyngedouw und Kaika (2014) in diesen Politiknetzwerken eine neue global-technokratische Elite am Werk, die mit ihren Diskursen und Praktiken der Nachhaltigkeit, der Bürgerbeteiligung und der ökologischen Modernisierung auf der Suche nach einer ‚intelligenten sozial-ökologischen Urbanität‘ systematisch die Grundprobleme kapitalistischer Urbanisierung ausblende und mit ihrer Konsensorientiertheit de-politisierend wirke. Für Kaika (2017) handelt es sich um eine Art der ‚Impfung‘ der Bevölkerung, damit sie immer weitere Dosen der Verschmutzung, Ausbeutung und Gewalt zu akzeptieren und abzufedern lernt.

Eine recht neue Entwicklung ist, dass die Modelle und Best Practices nicht mehr nur in erster Linie aus Europa oder Nordamerika stammen, sondern immer mehr Städte aus dem globalen Süden als Orte der planerischen und politischen Innovation vermarktet werden: in Lateinamerika in jüngerer Zeit vor allem Bogotá (Montero 2017b) und Medellín (Brand/Davila 2013), dazu einzelne Planer_innen und Architekt_innen wie etwa Alejandro Aravena. Für die Städte des Südens und ihre stadtpolitischen und planerischen Akteure bietet diese Tendenz die Möglichkeit, internationale Aufmerksamkeit und Anerkennung zu finden, was Autor_innen wie Roy und Ong (2011) als das „*worlding*“ von Städten des Südens bezeichnet haben. Rapoport (2015: 112) weist außerdem darauf hin, dass die Städte des Südens besonders interessante Experimentierfelder für global agierende Firmen und Expert_innen der stadtentwicklungspolitischen Szene sind, weil hier die politischen und sozialen Barrieren für Politikexperimente – wie die sich verbreitenden Eco-Cities im Stil von Dongtan oder Masdar oder die hier im Mittelpunkt stehenden Masterpläne in Chile – deutlich niedriger sind als in den Städten des Nordens.

In theoretisch-methodischer Hinsicht basiert ein Großteil der kritischen Literatur zum Machen von Stadtpolitik und Planung auf Ansätzen des

assemblage thinking. Im Anschluss unter anderen an Deleuze und Guattari (1987) wird damit versucht, die konzeptuelle Statik älterer Theorien der Stadtpolitik und des Politiktransfers zu überwinden, bei denen eine relative Fixiertheit von Akteuren (öffentlich/privat), Handlungsebenen (lokal/global) und Transferprozessen (Sender/Empfänger) gegeben war (McCann/Ward 2011: xv). In Abgrenzung zu jenen klassischen Theorien der Stadtpolitik und des Politiktransfers geht es den Assemblage-Ansätzen darum, die komplexen und zirkulären Prozesse, die diskursive Konstruktion von Akteuren und die sich ständig entwickelnden Praktiken des Politikmachens in den Mittelpunkt zu stellen. Interessant ist hier ein bislang in der Literatur nicht überzeugend aufgelöstes Spannungsverhältnis zwischen zwei Interpretationen: Einerseits einem Verständnis von Politiken als „kontingenten Assemblages“ (McCann 2011: 146), die von einem breiten Spektrum an Kräften, Interessen und interaktiven Prozessen konstituiert werden und intern eine geringe Kohärenz aufweisen (Baker/McGuirk 2017). Und andererseits der Auffassung von Assemblages als „Bündel von Wissen und Techniken“, bewusst zusammengefügt, um bestimmte Ziele zu erreichen und Interessen machtvoller Akteure umzusetzen (Tenemos/McCann 2013: 347). Im Rahmen der relationalen Perspektive der Assemblage-Ansätze ist also oft nicht ganz klar, wie die Handlungskapazitäten einzelner Akteursgruppen zu bewerten sind und wie es also letztendlich um die Machtverhältnisse in der globalen Zirkulation und multipolaren Diffusion von Politiken, Diskursen und Praktiken bestellt ist. Aus unserer Sicht ist dies ein wesentlicher Grund dafür, dass die Literatur zu den UPM in den letzten Jahren auf der Stelle tritt.

In diesem Beitrag zeigen wir am Beispiel der Entwicklung der Masterpläne in Chile, wie diese zwar aus scheinbar kontingenten Ereignissen (einem Erdbeben) und territoriallokalspezifischen Kontexten (lokalen sozialen Mobilisierungen) hervorgehen und von diesen geprägt werden. Gleichzeitig aber dienen sie strategischen Interessen international vernetzter Akteursgruppen und werden von diesen bewusst eingesetzt, modifiziert und mobilisiert – und dies aus Gründen, die sich nicht aus der Analyse der Politiken und ihrer Mobilisierung selber erklären lassen. Um also zu verstehen, wie und warum MNU der extraktiven Industrien und ihre globalen Netzwerke sich immer stärker mit den Netzwerken stadtentwicklungspolitischer Expert_innen überschneiden und Modelle entwickeln, die ihnen den Zugriff auf städtische Pläne und Diskurse verschaffen, ist es notwendig, einen Blick über den Tellerrand der UPM-Literatur zu werfen. Hier erscheint es sinnvoll, die Zirkulation von stadtentwicklungspolitischen Ideen, Diskursen und Praktiken konzeptuell mit Ansätzen zu verknüpfen, die ebenfalls eine deutlich territorialrelationale Perspektive verfolgen und sich für die Verflechtungen und Zusammenhänge von Stadt- und Regionalentwicklung, MNU und GPN interessieren.

Ganz ähnlich wie in der UPM-Literatur werden im Rahmen des Ansatzes der GPN Städte und Regionen als „poröse territoriale Formationen“ verstanden, „deren nationale Grenzen durch ein weites Feld von Netzwerkverbindungen transzendiert“ wird (Coe et al. 2004, zit. nach MacKinnon 2013: 307). Während sich ältere Arbeiten in der globalisierungsbezogenen Wirtschaftsgeographie zum Beispiel mit den Auswirkungen von internationalen Direktinvestitionen auf Empfängerländer beschäftigt haben, geht es dem GPN-Ansatz darum, die relational-wechselseitige Verschränkung von Städten und Regionen mit

den immer stärker netzwerkbasierten globalen Produktionsprozessen zu konzeptualisieren. In der Literatur werden sehr unterschiedliche Produktionsnetzwerke untersucht und je nach Produkt stellt sich der Zusammenhang zwischen Regionalentwicklung und Weltwirtschaft unterschiedlich dar (Dicken 2011). Während das globale Produktionsnetzwerk der Kleidungsindustrie etwa Verbrauchergetrieben ist, sind die globalen Netzwerke der Ressourcenextraktion Produzentengetrieben (Bridge 2009, Dicken 2011). Die zentralen Akteure hier sind zumeist MNU, deren Hauptsitze einen großen Einfluss auf den gesamten Produktionsprozess ausüben (Bridge 2008: 394). Eine weitere Besonderheit des Extraktionssektors ist seine räumlich-territoriale Gebundenheit. Die bekannten Ölvorkommen konzentrieren sich heute in Ländern wie Saudi-Arabien, Irak und Iran, während sich die größten bekannten Kupfer- und Lithiumvorkommen in Chile befinden. Es gibt so grade in den extraktiven Industrien eine große wechselseitige Abhängigkeit zwischen den Firmen, die die Produktionsnetzwerke kontrollieren und den Regionen (und ihren Akteuren), in denen sich die Ressourcen befinden.

Ein Konzept im Rahmen der GPN-Literatur, das verstärkt Aufmerksamkeit findet, um dieses wechselseitige Abhängigkeitsverhältnis in seinen Governance-Implicationen besser zu verstehen, ist das der ‚strategischen Kopplung‘. Yeung (2009: 213) versteht darunter „die dynamischen Prozesse, durch die Akteure in Städten und/oder Regionen strategische Interessen zwischen lokalen Akteuren und ihren Gegenübern in der globalen Wirtschaft koordinieren, vermitteln und verhandeln“. Diese „transurbanen und transregionalen Prozesse“ (ebd.) umfassen sowohl materielle wie immaterielle Flüsse, von der Produktion der materiell-gebauten Umwelt in einer spezifischen Stadt oder Region über die Zirkulation von Information, Expertise und Praktiken. Drei Aspekte kennzeichnen den Prozess der strategischen Kopplung (Yeung 2009, Breul/Revilla Diez 2018): erstens sein strategischer Charakter, also die Bedeutung intentional handelnder Akteure; zweitens die Zeitlichkeit des Prozesses, das heißt es gibt einen Beginn, Wandel und ein mögliches Ende; und drittens, die Multiskalarität, es geht also um Akteure, die unterschiedliche räumliche Handlungsebenen miteinander verbinden. Für Yeung geht es bei dem Konzept der strategischen Kopplung im Kern darum zu verstehen, „wie Schlüsselakteure in spezifischen Städten und Regionen in die Imperative führender Firmen in globale Produktionsnetzwerke einbezogen werden“ (Yeung 2009: 214). MacKinnon (2013) weist explizit auf bestehende Machtasymmetrien hin: als dominierende Wirtschaftsakteure üben MNU zum einen „strukturelle Macht“ (ebd.: 308) über die Regionalentwicklung aus, zum anderen wird diese strukturelle oft von politischer Macht untermauert, um so nationale und regionale institutionelle Landschaften zu Gunsten der MNU zu beeinflussen. Empirische Befunde und weiterführende konzeptionelle Überlegungen zu den beschriebenen Zusammenhängen auf städtischer Ebene in den Ländern des Südens und mit Blick auf die Ressourcenextraktion existieren allerdings kaum (MacKinnon 2013).

Wie von Yeung (2009) beschrieben, geht es bei der Gestaltung und Aushandlung des Verhältnisses von GPN und Städten und Regionen durch Prozesse der strategischen Kopplung sowohl um materielle wie symbolisch-diskursive, das heißt immaterielle, Faktoren und Interessen. In Bezug auf Ersteres, die materiellen Prozesse und Interessen von MNU in

den Ressourcenperipherien, geht es im Kern um zwei Aspekte: erstens um die Ausbeutung und Disziplinierung von Arbeitskraft (Herod 2009), und zweitens um die räumlich-infrastrukturelle Organisation und Optimierung der Ressourcenextraktion. Bridge (2009) etwa hat eindrucksvoll aufgezeigt, dass die Minen der internationalen Bergbauunternehmen nur ein kleiner Teil eines weltumspannenden Produktionsnetzwerkes sind. Arboleda (2016, im Ersch.) führt diese Perspektive weiter und hat am Beispiel Lateinamerikas gezeigt, wie die Bergbauindustrie dort seit ca. zwei Jahrzehnten einem konstanten Druck unterliegt, die Transportkosten der extrahierten Mineralien zu minimieren und die Geschwindigkeit ihrer Zirkulation zu erhöhen. Im Rahmen des *commodity super cycle* hat Lateinamerika dabei einen Wandel von einer operativen Konzentration auf die unmittelbaren Orte der Extraktion (d. h. die Minen, Schächte und Bergbausiedlungen) hin zu einer Konzentration auf die globale Produktions- und Verwertungskette erfahren. Für Chile heißt das etwa, dass die Umschlagzeit des Kapitals dadurch zu vermindern versucht wird, dass der Transport des Kupfers von den hoch in den Anden gelegenen Minen zu den Endverbrauchern in Asien, meistens China, beschleunigt wird, und zwar durch organisatorische, logistische und politische Maßnahmen auf unterschiedlichen räumlichen Maßstabsebenen. In dem globalen Produktionsnetzwerk, bei dem Sonnenenergie und organische Materie, durch die Forstwirtschaft vermittelt zunächst in Holz, dann in einer Zellstofffabrik zum Rohmaterial für in Europa und Asien verwendetes Kopierpapier verwandelt werden, spielt die Stadt Constitución eine wichtige Rolle, ähnlich wie Antofagasta für das globale Kupferproduktionsnetzwerk.

Städte (ebenso wie Regionen, Nationen oder ganze Kontinente) und ihre materiellen, institutionellen und räumlichen Konfigurationen werden so zu Teilen der operativen Landschaften der Ressourcenextraktion und zu einem Teil des Kapitals; sie stärken die Produktivkräfte auf ähnliche Weise, wie es die Maschinen einer Fabrik tun (Arboleda 2016). Hier liegt also ein möglicher Schlüssel, um zu verstehen, warum MNU als Teil ihres Managements von globalen Produktionsnetzwerken ein zunehmendes Interesse an der Gestaltung urbaner Räume und damit also auch den Akteuren und Netzwerken stadtentwicklungspolitischer Expertise haben.

In Bezug auf den zweiten oben erwähnten Punkt, die immateriellen Faktoren und Interessen in Prozessen der strategischen Kopplung zwischen Städten/Regionen und GPN, geht es um Aspekte der Legitimation (kapitalistischer Produktionsweisen im Allgemeinen und der negativen Auswirkungen der Ressourcenextraktion auf lokaler Ebene im Besonderen). Unternehmen müssen einerseits den Zugang zu lokalen Ressourcen und das reibungslose Ablaufen der Produktionsprozesse sicherstellen – durch die Internationalisierungsprozesse im Rahmen des Aufbaus von GPN immer häufiger im globalen Süden angesiedelt, andererseits den Absatz in den immer kritischeren – im Sinne der Erwartungen der Konsumenten, die ‚faire‘ Produktionsprozesse erwarten – Absatzmärkten im globalen Norden. In dem Maße, wie seit den 1990er Jahren weltweit das Misstrauen gegenüber den MNU gewachsen ist[5], haben Unternehmen gelernt, sich um diese ‚weichen‘ und immateriellen Faktoren ihrer Produktionsprozesse kümmern zu müssen – um ihre Legitimationsbasis. Die Diskurse und Praktiken der sozialen Unternehmensverantwortung sind einerseits als Maßnahmen in

Bezug auf lokale Zusammenhänge (z. B. der Bau von Schulen usw.) entstanden, andererseits als Visitenkarte gegenüber den Verbrauchermärkten (z. B. internationale Zertifizierungsmechanismen wie etwa den Forestry Stewardship Council (FSC)).

In den letzten Jahren ist es allerdings zu wichtigen Verschiebungen in Bezug auf die Konzeptualisierung von Unternehmensverantwortung und ihrer Praktiken gekommen: von einer rein instrumentellen zu einer integrativen Sicht auf Unternehmensverantwortung und von Assistenzialismus und materiellen Schenkungen zu Partizipation und Deliberation. Im Unternehmenssektor wird zudem nicht mehr nur von sozialer Unternehmensverantwortung gesprochen, sondern immer öfter von Nachhaltigkeit, einer *social license to operate*, *shared value* und *political corporate social responsibility* (PCSR) (Ehrnstroem-Fuentes 2016, Scherer et al. 2016). In der Summe haben diese diskursiven Verschiebungen zu neuen unternehmerischen Praktiken geführt, wobei einerseits Legitimation heute dadurch hergestellt werden soll, dass stakeholder-basierte Dialog- und Partizipationsverfahren Anwendung finden und andererseits, dass Unternehmen sich stärker daran beteiligen, „Governancelücken“ zu schließen und sich an der Produktion von öffentlichen Gütern zu beteiligen, oft in Form öffentlich-privater Partnerschaften (Scherer et al. 2016: 273).

Im Folgenden zeigen wir anhand unseres Beispiels der Masterpläne der Stadtentwicklung in Chile, wie MNU der Ressourcenextraktion zunehmend auf dem Feld der Stadtplanung aktiv werden und dabei ihre Praktiken der sozialen Unternehmensverantwortung mit den techno-politischen Dispositiven der Aktivist:innen-Architekt:innen und *international masterplanners* kombinieren. Indem die MNU sich dabei als Akteure präsentieren, die nicht aus reinem Eigennutz handeln, soll die Legitimationsbasis der Ressourcenextraktion erneuert werden, gleichzeitig dienen die Masterpläne den MNU als Werkzeuge, ihre materiell-infrastrukturellen und politischen Interessen im Stadtraum umzusetzen, das heißt als Plattformen, auf denen strategische Kopplung hergestellt wird.

3. Strategische Masterpläne der Stadtentwicklung in Chile als neue Mechanismen der Legitimationsproduktion

Bevor wir uns der Entstehung und Evolution des Modells der Masterpläne in Chile und den Zusammenhängen von UPM und GPN anhand unserer Fallstudien detaillierter zuwenden, sei zunächst angemerkt, dass Chiles Einbindung in die Weltwirtschaft – ebenso wie die anderer Länder Lateinamerikas – vor allem durch große nationale ökonomische Gruppen (sogenannte „*grupos económicos*“) und MNU hergestellt wird (Ross-Schneider 2014). Spätestens seit der gewaltsamen Einführung des Neoliberalismus durch die Chicago Boys in den 1970er und 80er Jahren (Klein 2007) und die darauf folgende kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus – eingeleitet durch die Privatisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen während der Diktatur Augusto Pinochets – ist der wirtschafts- und sozialpolitische Einfluss weniger Großunternehmen in Chile enorm. Die demokratischen Mitte-Links-Regierungen der 1990er Jahre relativierten zwar Teile der wirtschaftsliberalen Schocktherapie, behielten aber die marktwirtschaftliche Ausrichtung

von Wirtschaft und Gesellschaft, die internationale Freihandelspolitik sowie den Fokus auf ein extraktivistisches Wirtschaftsmodell grundsätzlich bei (Solimano 2012). In jüngerer Zeit ist eine starke Expansion chilenischer Konsortien in die Nachbarländer (vor allem Peru und Argentinien) und auch nach Nordamerika und Europa zu erkennen, dazu gewinnen seit den 1990er Jahren im Land selber ausländische MNU immer stärkeren Einfluss (Fischer 2011). Während der Norden des Landes vom Kupferbergbau geprägt ist, ist Zentralchile Teil globaler Produktionsnetzwerke der Agroindustrie (Wein, Gemüse, Früchte) und im Süden Chiles dominieren Forstwirtschaft und industrielle Fischzucht, die gesamte Regionalentwicklung des Landes ist überprägt von extraktiven Industrien, ihren Netzwerken und Rationalitäten. Dazu kommt ein kaum regulierter Immobiliensektor, durch den immer stärker überschüssiges Kapital zirkuliert wird und der sich das einerseits stark zentralisierte und andererseits sektoral fragmentierte System städtischer und regionaler Planung unterwirft (Lukas 2014). Die Lokalregierungen sind angesichts dieser Entwicklungen hoffnungslos überfordert.

Lange wurde mit Blick auf das hohe und stabile Wirtschaftswachstum und die sinkende Armutsrate im Vergleich zu anderen Ländern der Region vom ‚chilenischen Wunder‘ gesprochen und die Liberalisierungs- und Privatisierungspolitiken (etwa auf den Feldern des sozialen Wohnungsbaus, der ‚öffentlichen‘ Infrastruktur und des Wassersektors) wurden international exportiert. Während Chile seit 2013 Mitglied der OECD ist, also Teil der ‚entwickelten‘ Volkswirtschaften der Welt, wird intern immer deutlicher, inwiefern die Wachstumsraten mit einer exorbitanten sozialen und sozioökologischen Ungleichheit einhergehen (Vásquez et al. 2017). Seit 2006 hat es verschiedene Wellen der massiven Mobilisierung gegen das neoliberale und extraktive Entwicklungsmodell gegeben, getragen von Student_innen der Umwelt- und zuletzt der Frauenbewegung. Immer häufiger wird auch gegen einzelne infrastrukturelle Megaprojekte wie Staudämme mobilisiert, dazu gibt es in den nördlichen und südlichen Regionen der Ressourcenextraktion weitreichende Proteste gegen die Instrumentalisierung der lokal-territorialen Entwicklung durch die Imperative multinationaler Konglomerate und ihre Auswirkungen auf Umwelt und Lebensqualität. Es ist vor diesem Hintergrund der Infragestellung des zuvor hegemonialen Entwicklungsmodells (Solimano 2012), dass verschiedene MNU nach neuen Diskursen und Praktiken der Legitimation suchen und dabei Allianzen mit stadtentwicklungspolitischen Expert_innen eingehen. Das Modell der Masterpläne ist 2010 in Constitución nach dem Erdbeben entstanden, hat sich ab 2011 in Calama begonnen zu konsolidieren und mit CREO Antofagasta ab 2012 eine deutliche Modifizierung und Transnationalisierung erfahren. Im Folgenden stellen wir diese Entwicklung dar, mit zunächst besonderem Augenmerk auf die jeweilige lokal-territoriale Problem- und Akteurskonstellation, um dann im Anschluss aus einer stärker relational-vergleichenden Perspektive übergeordnete Fragen zu diskutieren.

3.1. PRES Constitución: die Geburt des Modells

Constitución, eine Stadt von etwa 40.000 Einwohnern, liegt an der Pazifikküste im Süden Chiles und ist Standort einer der größten Zellstofffabriken

des Landes, welche von Celulosa Arauco y Constitución (ab hier ARAUCO) betrieben wird, dem weltweit zweitgrößten Produzenten von Zellstoff zur Herstellung von Pappe und Papier (Aravena/Sepúlveda, 2011). Neben der Anlage in Constitución betreibt ARAUCO fünf weitere Fabriken in Chile – sowie in Argentinien und Brasilien – und ist einer der größten Landbesitzer (vor allem Wald) in verschiedenen Regionen des Landes und anderen Staaten Lateinamerikas (insgesamt 1,7 Mio. Hektar in Chile, Argentinien, Uruguay und Brasilien). Seine Produkte exportiert ARAUCO vor allem nach Europa und Nordamerika, ist also Teil des globalen Netzwerkes von Forstwirtschaft und Zelluloseproduktion.[6]

Sowohl in Constitución wie in Valdivia, wo ARAUCO eine zweite Zellstofffabrik betreibt, ist das Unternehmen der größte Arbeitgeber, was eine hohe Abhängigkeit der jeweiligen Städte und ihrer Bewohner_innen von den Zellstofffabriken und ihrer Betreibergesellschaft mit sich bringt. Umgekehrt aber, und in typischer Art und Weise für die kapitalintensiven extraktiven Industrien (Bridge 2008, Dicken 2011), macht die territoriale Verankerung ARAUCOs das Unternehmen abhängig von den jeweiligen Städten und Regionen in denen produziert wird. Zwischen Stadt/Region und MNUs besteht so nicht nur eine Beziehung der wechselseitigen Abhängigkeit, sondern auch eine der Verwundbarkeit, was einen strukturellen Anreiz für Prozesse der strategischen Kopplung darstellt. Die Verwundbarkeit ARAUCOs zeigte sich spätestens seit Anfang der 2000er Jahre, als verschiedene schwerwiegende Verschmutzungsepisoden durch ARAUCOs industrielle Abwässer zu sozialen Mobilisierungen und erheblichen Legitimationsproblemen des Unternehmens geführt haben (Aravena/Sepúlveda, 2011, Delamaza 2012). Um die Beziehungen zur Umwelt und den Stakeholdern neu zu formulieren, wurde mit TIRONI Asociados eine der führenden Agenturen für strategische Unternehmenskommunikation des Landes herangezogen. Nicht nur bearbeiteten die PR- und Kommunikationsprofis von TIRONI die konkreten Konflikte im Rahmen der Verschmutzungsepisoden. Im Rahmen des Zertifizierungsprozess vor dem internationalen Forest Stewardship Council (FSC) sollte auch dem „verantwortungsvollen Forstwirtschaftsstandard“ Rechnung getragen werden, „der großes Prestige in den Märkten genießt, in die Arauco exportiert“ (Tironi 2011: 11).

Nach einem Erdbeben und dem darauf folgendem Tsunami im Jahr 2010, die Constitución besonders hart trafen (Contreras/Beltrán 2015), identifizierten ARAUCO und TIRONI die schwere Krise als Chance und entschieden rasch, dass ARAUCO eine führende Rolle im Wiederaufbauprozess spielen sollte. Dies, um zu zeigen, dass das Unternehmen soziale und territoriale Verantwortung übernehme, um so das schwierige Verhältnis zur Stadt und ihren Bürgern zu verbessern. Von ARAUCO-Verantwortlichen selber wurde dies im Interview (26. Oktober 2016) als „Politik des Guten Nachbarn“ beschrieben.

Nur drei Wochen nach dem Erdbeben wurde in diesem Zusammenhang die Einrichtung einer öffentlich-privaten Partnerschaft zwischen ARAUCO, der Stadt Constitución und des Wohnungsbauministeriums unterzeichnet, welche die Planung des Wiederaufbaus im Rahmen eines zu erstellenden ‚Masterplans für den Nachhaltigen Wiederaufbau von Constitución‘ (*Plan Maestro de Reconstrucción Sustentable* – PRES Constitución) organisieren würde. Unter Federführung von und – ganz wesentlich – mit Finanzierung

durch ARAUCO wurde so rasch ein technisches Konsortium gebildet, das aus 50 Fachleuten verschiedener Firmen und Disziplinen bestand, das 90 Tage lang Zeit hatte, um den Masterplan zu entwickeln. Die wichtigsten beteiligten Unternehmen waren das Architekturbüro ELEMENTAL (an dem die Angelini-Gruppe, Besitzer von ARAUCO, seit dessen Gründung beteiligt ist), der internationale Ingenieurs- und Stadtplanungsgigant ARUP (bei dem mit Alejandro Gutiérrez ein chilenischer Architekt und Planer einer der Direktoren ist) und TIRONI Asociados. Entsprechend ihrer Expertise wurde ELEMENTAL mit der Gestaltung des Plans und dem Design von Projekten beauftragt, ARUP mit Planungs- und Nachhaltigkeitsthemen und TIRONI organisierte den Prozess der Bürgerbeteiligung.[7] In institutioneller Hinsicht wurde ein öffentlich-privates Direktorium aus Ministerium für Wohnungswesen und Stadtplanung (MINVU), Stadtregierung und ARAUCO installiert, in dem Entscheidungen getroffen wurden.

Nach dem Durchlaufen einer Reihe von neuartigen Partizipationsmechanismen im Rahmen des „Plans der Bürgerbeteiligung“ (siehe dazu weiter unten), Studien, Verhandlungen und am Ende einem Referendum entwickelten die Beteiligten einen Masterplan, der von den Experten als ‚book‘ bezeichnet wird. Dies ist eine Hochglanzbroschüre, in der relativ viel Aufwand betrieben wird, strategische Linien der Stadtentwicklung zu identifizieren (Nachhaltigkeit, Transport, öffentlicher Raum etc.), die in erster Linie aber Architektur-Projekte identifiziert und keine eigentliche Vision der Stadtentwicklung enthält.

Rückblickend ist festzuhalten, dass der Wiederaufbau sehr langsam vorangegangen ist und dass bis heute nur Teile des Masterplans umgesetzt wurden. Die Projekte, die umgesetzt wurden, haben fast allesamt internationale Aufmerksamkeit erfahren und sind zu Aushängeschildern der PRES-Initiative geworden.[8] Während es auf lokaler Ebene starke Kritik etwa an der Rolle der Experten und an der mangelhaften Implementation der Projekte gab, die von der Bevölkerung in den Partizipationsprojekten als prioritär eingestuft wurden (z. B. eine Feuerwache etwa sowie ein neuer Busbahnhof; Contreras/Beltrán 2015, Imilan/Gonález 2017), wurde der PRES national und international als Erfolgsmodell konstruiert, als eine Best Practice und ein Modell für zukünftige Interventionen in anderen Städten. Der Pritzker-Preis für Alejandro Aravena im Jahr 2016 war dabei nur der Höhepunkt, vorher gab es den Holcim Award (Schweiz) 2012, den Zumtobel-Preis (Österreich) 2014 und den Avonni-Chile-Preis 2014. Eingeleitet wurden diese Auszeichnungen mit Darstellungen des PRES (und anderen Masterplänen, wie Calama Plus) auf internationalen Foren, etwa der Architektur Biennale in Venedig 2012. Interessant mit Blick auf die symbolischen und materiellen „Imperative führender Firmen in globalen Produktionsnetzwerken“ (Yeung 2009: 214) ist, dass vor allem solche Projekte international ausgezeichnet wurden, die auf Holzbauweise basierten, denn dies ist für ARAUCO ein auf internationaler Ebene stark wachsender Zukunftsmarkt. Wie im Interview (26.10.2016) von einem führenden Mitarbeiter von ARAUCO bestätigt, dient es zusätzlich dazu, die gebaute Umwelt von Constitución stärker an jenes Produkt zu binden, für das ARAUCO steht.

Neben ARAUCO selber sind es aber auch die beteiligten Beratungs- und Planungsunternehmen, die nicht nur die Gunst der Stunde zu nutzen gewusst

haben, sondern auch langfristig durch die Vermarktung Ihrer Ansätze im nationalen und internationalen Kontext als Gewinner dieses Prozesses gesehen werden können. So reiste die PRES-Erfahrung von Constitución, schon als Modell konstituiert, 2011 nach Calama, einer Bergbaustadt im Norden Chiles, wo sie in sehr ähnlicher Weise Anwendung fand. Auch in Calama waren es TIRONI und ELEMENTAL, die den Masterplan Calama PLUS verantworteten, in diesem Fall beauftragt vom staatlichen Bergbauunternehmen CODELCO, dem größten Kupferproduzenten der Welt. Hintergrund waren auch hier starke Legitimationsprobleme des Unternehmens, im Speziellen soziale Mobilisierungen, die seit 2009 immer stärker die prekäre städtische Lebensqualität in Frage stellten und dabei nicht nur CODELCO, sondern das nationale Entwicklungsmodell in den Mittelpunkt rückten. Die Reaktion seitens des Unternehmens war die Erstellung des Masterplans, wieder unter Berücksichtigung umfangreicher Bürgerbeteiligung, der bis heute – ebenso wie der PRES Constitución – einen sehr geringen Grad der Umsetzung erreicht hat. Was allerdings erreicht wurde, ist der Wegfall der Dynamik sozialer Mobilisierung in Calama (Penaglia/Valenzuela 2014).

3.2. CREO Antofagasta: die Modifizierung und Internationalisierung des Modells

Antofagasta, eine schnell wachsende Stadt in der Atacamawüste mit ungefähr 400.000 Einwohnern, ist ein klares Beispiel für die logistische, soziale und politische Bedeutung von Städten in den globalen Produktionsnetzwerken der extraktiven Industrien (Arias/Atienza/Cadematori 2013, Arboleda 2016). Die Stadt ist in vielerlei Hinsicht extrem: es existiert ein atemberaubendes Einkommensgefälle, die Stadt verzeichnet als Ergebnis der Immobilienspekulation die höchste Rate illegaler Landnahmen und sie ist eine der am stärksten mit Schwermetallen belasteten Städte der Welt. Verschiedene MNU – teils chilenischer und teils auswärtiger Kontrolle – bauen in der Andenkordillere in bis zu 150 Kilometer Entfernung von der Stadt Kupfer in Megabergwerken ab und transportieren das gewonnene Kupferkonzentrat von dort durch Pipelines und über LKWs und eine Eisenbahn zu Häfen, von denen sich der wichtigste im unmittelbaren Stadtzentrum Antofagastas befindet und ein weiterer an der Stadtgrenze. Während letzterer von BHP Billiton[9] betrieben wird, steht der Hafen im Stadtzentrum unter der Kontrolle einer der größten und umstrittensten Holdings des Landes, dem Luksic-Konglomerat. Neben dem Hafen kontrolliert Luksic auch eine wichtige Kupfermine (Antofagasta Minerals), die Eisenbahn (FCAB – Ferrocarril Antofagasta Bolivia), die das Konzentrat von den Anden in die Stadt transportiert, und dazu eines der größten Schifffahrtsunternehmen der Welt (Compañía Sudamericana de Vapores), welches das Kupfer zu den Exportdestinationen verfrachtet, allen voran China (Arboleda, im Ersch.). Schon seit den 1970er Jahren hat es immer wieder zivilgesellschaftliche Kritik an der Ruta del Plomo (Route des Blei), dem Transport des Schwermetalls durch die Stadt und an die Häfen, gegeben. 2012 kulminierte der Protest in der Formation der Bewegung „Este polvo te mata“ (Dieser Staub bringt dich um), die sich gegen den Bau einer neuen Halle der Kupferverkappung mitten im Stadtzentrum richtete.

In diesem Zusammenhang muss Antofagasta als ‚operative Landschaft‘ und strategischer Bestandteil der globalen Produktionsnetzwerke und Logistikketten der Ressourcenextraktion verstanden werden. Das ist auch der Kontext, in dem im Jahr 2012 von BHP Billiton und Antofagasta Minerals CREO Antofagasta ins Leben gerufen wurde, die in Chile – und vielleicht ganz Lateinamerika – weitreichendste Initiative eines strategischen Masterplans zur ‚nachhaltigen Verbesserung der Lebensqualität‘. CREO Antofagasta hat offiziell zum Ziel, „den Herausforderungen des Wachstums der Stadt zu begegnen, mit einem starken Sinn für die Verbesserung der Lebensqualität der Gemeinschaft“ (CREO Antofagasta o.J.). Es soll die Stadt entworfen werden, „in der wir leben wollen“ (ebd.), und zwar durch den Prozess der Erarbeitung eines Masterplans, der mit dem Planungshorizont 2035 das „nachhaltige städtische Wachstum von Antofagasta“ (ebd.) anleiten soll. Der Plan basiert auf einer öffentlich-privaten Partnerschaft „der die Regionalregierung, die Stadt und die organisierte Zivilgesellschaft einbezieht, damit in einem partizipativen Dialog die Bedürfnisse und Erwartungen von allen jenen konvergieren, die wir zu dieser Stadt gehören“ (ebd.).

BHP Billiton, das CREO Antofagasta 2012 zusammen mit Antofagasta Minerals in Leben rief, beschreibt die Initiative als eine Weiterentwicklung seiner Aktivitäten der sozialen Unternehmensverantwortung (Interview Vicepresident of Corporate Affairs von BHP Billiton 2018). Als Teil der Unternehmenskultur von BHP auf internationaler Ebene sei es immer stärker das Ziel, nicht nur Konflikte mit Stakeholdern zu managen, sondern „einen tatsächlichen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität dort zu leisten, wo das Unternehmen aktiv ist“ (ebd.). In diesem Sinne ist CREO keine rein ‚lokale‘ Initiative sondern geht auf Leitlinien zurück, die im Hauptsitz von BHP in Australien formuliert wurden. Die Unternehmenspolitik des MNU mit lokalen Problemlagen verbindend, sei es das Ziel, „eine nachhaltige, langfristige Beziehung zwischen einer wirtschaftlichen Aktivität und der Stadt herstellen“ und dabei die „Governance-Kapazität“ zu verbessern, „um das Potential der Stadt auszuschöpfen“ (ebd.). Darüber hinaus müsse man als Unternehmen dahin gehen, wo der Staat nicht sei oder nicht funktioniere, etwa in der städtischen Planung, was stark an neuere Debatten um *Political Corporate Social Responsibility* anknüpft, nach der Unternehmen öffentliche Güter produzieren und sich stärker in lokal-regionale Governance-Prozesse einbringen sollten (Scherrer et al. 2016). Neben diesen eher immateriellen Faktoren der Unternehmensverantwortung und Governance-Kapazität geht es den Verantwortlichen aber auch um die materielle Transformation des Stadtraums. Einer der Direktoren von CREO erläutert, dass BHP erkannt hat, „dass die Qualität der Städte entscheidend ist für ihre Geschäfte“ und es ein Ziel von CREO sei, „globale Geschäfte anzuziehen, den globalen Markt in der Stadt zu katalysieren, sodass die Stadt auf die globalen Geschäfte antwortet, die in ihr stattfinden“ (Interview Vizedirektor CREO, 23. September 2016). Der materielle Aspekt der strategischen Kopplung wird noch deutlicher, wenn der CREO-Direktor im Interview (22. September 2016) beschreibt, dass zwar „soziale Verantwortung“ wichtig sei, „aber noch mehr, dass die Stadt für produktive Aktivitäten funktioniere, unter denen BHP zu den wichtigsten gehört“. Ein anderer Planer von CREO sieht das Hauptziel der Initiative darin, die Wettbewerbsfähigkeit von Antofagasta gegenüber

anderen Bergbaustädten der Welt zu verbessern, um so „hochqualifiziertes Humankapital“ anziehen zu können (Interview Projektleiter CREO, 8. August 2017).

Während CREO nicht ohne die Modelle PRES Constitución und Calama PLUS zu denken ist, geht die Initiative in Antofagasta doch in verschiedenen Dimension über die Vorgängererfahrungen hinaus, insbesondere mit Blick auf zwei Aspekte: eine längerfristige Perspektive der Governance und den Grad der Internationalisierung beziehungsweise Strategien des *worlding* (Ong/Roy 2011). In Bezug auf die langfristige Perspektive der Governance wird sich offen abgegrenzt von den Erfahrungen in Constitución und Calama: „Diese fokussieren nur auf eine Phase, die der Generation von Projekten. ‚Du hast dein Projekt‘, ‚Ich habe ein Büchlein‘, das ich rund um die Welt verkaufen kann. Es lassen sich damit Ideen generieren, aber ohne Governance, ohne Evaluierung und ohne eine öffentliche Logik“ (Interview Vizedirektor CREO, 23. September 2016). CREO hingegen stelle darauf ab, die „Kapazitäten der städtischen Governance“ – ein Schlüsselwort, das immer wieder fällt – zu verbessern, „des Apparates, die Zyklen öffentlicher Projekte, Technologien zu verbessern, die Designprozesse zu beschleunigen, mit allen Akteuren an einem Tisch“ (ebd.). Immer wieder wird dabei betont, dass es dabei nicht der Schlüssel zum Erfolg sei, möglichst schnell einen Plan zu haben, sondern eine langfristige Perspektive und ein Fokus auf Projekte zu entwickeln, die sich implementieren lassen und bei denen CREO selber sich um die Implementation – und öffentlich-private Finanzierung – kümmern wird.

Stärker als der PRES Constitución ist CREO Antofagasta von Beginn an auf Internationalisierung angelegt. So soll die Erarbeitung des Masterplans nicht nur durch internationale Expertise gespeist, sondern auch selber zur internationalen Best Practice gemacht werden. Das formulierte Ziel ist es, Antofagasta zu einer ‚Modellstadt auf nationaler und internationaler Ebene‘ zu machen. Hierzu wurde mit Alejandro Gutierrez ein Planer als Direktor eingesetzt, der nicht nur Erfahrung aus dem PRES-Prozess mitbringt, sondern als einer der Direktoren des international führenden Planungs- und Ingenieursunternehmens ARUP ein *international masterplanner* höchster Reputation ist und einen hohen Grad an internationaler Vernetzung mitbringt. So war Gutierrez an der Planung der Ecocity Dongtan in der Nähe von Shanghai und an vielen weiteren herausgehobenen Modellprojekten der ökologischen Modernisierung rund um die Welt beteiligt. Während erneut TIRONI für die Bürgerbeteiligung zuständig war, war der Einsatz auf die frühe Phase der Bürgeraktivierung befristet, weil es eben nicht in erster Linie „um die Befriedung eines Konfliktes“ (Interview Vicepresident of Corporate Affairs BHP Billiton, 14. Juni 2018) gehen würde. Die Komponente der strategischen Kommunikation wurde internalisiert und untersteht direkt dem Direktorium von CREO. Um weiter das internationale Profil der Initiative zu stärken, ist ein permanenter ‚Expertenrat‘ eingerichtet worden, zu dem etwa Richard Burdett von der London School of Economics und Enrique Peñalosa, ehemaliger Bürgermeister von Bogotá, gehören. Als Modelle, die dem CREO Pate stehen, werden denn vonseiten der CREO-Planer auch vor allem internationale Vorbilder der strategischen Planung wie Bilbao, Bogotá und Medellín genannt. Mehrere Delegationen, bestehend aus Lokalpolitikern, Planern und sozialen Organisationen, wurden in diesem Zusammenhang

etwa nach Medellín geschickt, um von den Erfahrungen dort zu lernen, ein Beispiel des international schnell wachsenden ‚Politiktourismus‘, der in der UPM-Literatur untersucht wird (González 2010).

Das wichtigste Element der Internationalisierung des Modells ist aber die Rolle, die von Beginn an der OCDE zugedacht wurde. Neben einem lokalen Entwicklungsplan (PLADECO) und der Bürgerbeteiligung war der dritte – und bei weitem wichtigste – Pfeiler der Bestandsaufnahme zur Situation der Stadt ein 300 Seiten langer Bericht zu Problemen und Herausforderungen der Stadtentwicklung Antofagastas, der von den Experten der OCDE erarbeitet wurde. Das Ziel war es, „die Qualität der lokalen Diagnose“ anzuheben und einen internationalen Standard zu etablieren, der nicht mehr zu umgehen sein würde (Interview Vicepresident of Corporate Affairs BHP Billiton, 14. Juni 2018). So ist der Bericht denn auch gespickt mit internationalen Referenzen und Best Practices zu öffentlich-privaten Partnerschaften in der Stadtentwicklung und es ist bemerkenswert, wie dabei die drängendsten Probleme der Stadt ausgespart bleiben (OCDE 2013).

Hierauf zielt vor allem auch die lokale Kritik, dass CREO nicht in der Lage sei, die wichtigen und umstrittenen Themen der Stadtentwicklung anzusprechen, weil dies die Geldgeber – also die Bergbauunternehmen – in ihren Interessen direkt berühren würde. Die bislang angestoßenen Projekte zielen denn auch stark auf ökologische Modernisierung und die Wettbewerbsfähigkeit ab; es werden Fahrradwege und neue Technologien der Wasseraufbereitung installiert, dazu ist eines der Kernprojekte, wie von der OCDE empfohlen, die Modernisierung der Küstenpromenade. Über die Schwermetallbelastung, die das direkte Ergebnis der Operationalisierung des städtischen Raums durch die Infrastrukturen und Logistikketten der MNU ist, kann im Rahmen des CREO-Masterplans nicht geredet werden.

4. Urban Policy Mobilities, globale Produktionsnetzwerke und strategische Masterpläne: Zusammenfassung und Ausblick

Basierend auf unseren Fallstudien wird ohne Zweifel deutlich, dass MNU der Ressourcenextraktion – als intentional und strategisch handelnde Akteure, wie von Yeung (2009) beschrieben – einen Zugriff auf die Stadtentwicklung sowie ihre Praxis- und Wissensformen suchen. Während es in jedem der Fälle lokalspezifische Auslöser für die Initiativen gab, ist ihnen gemeinsam, dass sie von MNU angestoßen wurden, die drei Eigenschaften teilen: Sie sind auf lokaler Ebene wirtschaftlich und politisch dominante Akteure, kämpfen mit starken Legitimationsproblemen und werden von internationalen Märkten und Stakeholdern, die als Teil der globalen Produktionsnetzwerke zu denken sind (Bridge 2009, Dicken 2011), zu einem ‚nachhaltigen‘ Umgang mit eben jenen Städten und Regionen aufgefordert, in denen sie aktiv sind. Zusammengenommen haben die Erfahrungen in Constitución und Antofagasta (mit wichtigen Stationen in Calama und Choapa, die wir hier aus Platzgründen nicht darstellen konnten) zur Entwicklung eines neuen Modells geführt, über das die strategische Kopplung – durch Verhandlungen, Partizipationsprozesse und Diskussionen über städtische Entwicklung – flexibel gemanagt werden kann. Dass das Modell nicht als Ganzes reist und modifiziert wird, ist im Einklang mit den Einsichten der UPM-Literatur dabei

nicht überraschend: „mobile Politiken reisen selten als komplette ‚Pakete‘, sie bewegen sich in kleinen Teilen...und ‚kommen‘ deshalb nicht als Repliken ‚an‘, sondern als sich schon in Veränderung befindliche Politiken“ (Peck/Theodore 2010: 170, zitiert in Künkel 2015).

Neben der neuen Rolle, die die MNU in der städtischen Planung einnehmen, scheint uns das Besondere an dem Modell der öffentlich-privaten Masterpläne in Chile, dass in ihnen verschiedene, bislang eher unabhängig voneinander begriffene, Wissens- und Praxisformen sowie deren Akteure und Netzwerke zusammenkommen. Hier ist an die Felder der strategischen Unternehmenskommunikation und der sozialen Unternehmensverantwortung, an Stadtplanung, Urban Design und Governance sowie die Bürgerbeteiligung zu denken. Die Masterpläne sind Plattformen, auf denen diese Wissens- und Praxisformen auf neuartige Weise interagieren und mittels derer lokale und transnationale Diskurse, Akteure und Logiken aufeinandertreffen beziehungsweise aktiv zusammengebracht werden. Während dies aus Sicht der UPM-Literatur als ein weiteres Beispiel für eine *global policy assemblage* interpretiert werden kann, zeigt die Perspektive der GPN auf, dass es dabei strategisches Ziel der MNU ist, die materiellen und immateriellen Dimensionen und Flüsse, die das Verhältnis von Städten und Regionen und den GPN prägen, aktiv zu gestalten (Yeung 2009).

Der Ausgangspunkt für die Entstehung des Modells waren Legitimationsprobleme verschiedener MNU der Ressourcenextraktion in Städten und Regionen, die stark von eben jenen Unternehmen und ihren Aktivitäten geprägt sind. Während in Constitución formell der nachhaltige Wiederaufbau im Mittelpunkt stand, waren alle Aktivitäten von Beginn an doch einer Logik der strategischen Unternehmenskommunikation untergeordnet, die von den PR-Profis von TIRONI konzipiert wurde. Gleich zu Beginn des PRES-Prozesses etwa wurde die Erstellung eines Dokumentarfilms (*Mauchos*) und ein Buch in Auftrag gegeben. Finanziert von ARAUCO, beschreiben im Buch zwei Journalisten in stark dramatisierter Weise zuerst den Tsunami, die Verwüstung von Constitución und den Planungsprozess des Wiederaufbaus aus Sicht des Unternehmens, das als von der Naturkatastrophe genauso wie die Bevölkerung betroffenes Subjekt dargestellt wird, als von einer existenziellen Krise bedroht, die nur durch Zusammenarbeit bewältigt werden konnte (Aravena/Sepúlveda, 2011). In einer ganzen Reihe anderer medialer Interventionen und Präsentationen (etwa von Alejandro Aravena auf der nationalen Architekturbiennale oder mit Bezug zu Calama PLUS und CREO Antofagasta auf einem OCDE-Meeting in Antofagasta, beides Ende 2017) werden Versatzstücke dieser simplifizierenden Erzählung (Montero 2017a) wiederholt. Sowohl TIRONI als auch ELEMENTAL haben um die Erfahrungen der Masterpläne herum Marken und Produkte etabliert. Tironi hat den Ansatz in einem Buch präsentiert, dessen Zweck es ist, „Organisationen einen Ansatz und eine Reihe von Instrumenten zu bieten, die es ihnen ermöglichen, zwei zunehmend relevanten Dimensionen im unternehmerischen Leben zu begegnen: dem Ursprung und den Folgen tiefer Meinungsverschiedenheiten und unvorhergesehener Kontroversen mit anderen Akteuren, mit denen sie in Koexistenz zusammenleben müssen, einerseits, und der Handhabung des sogenannten ‚Firmenrufs‘ andererseits, das heißt immateriellen Faktoren, auf denen das Ansehen und die Wertschätzung

einer Organisation beruhen“ (Tironi 2011: 21, Übers. d. A.). Das zentrale Instrument des ‚Managements von Kontroversen‘ ist die Organisation der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Masterpläne. Um dem Verdacht der Instrumentalisierung der Bürgerbeteiligung für Zwecke der strategischen Kopplung von Beginn an zu begegnen, wurden die Bürgerbeteiligungsprozesse selber in eine wissenschaftlich-soziale Erzählung gepackt, die auf die Ideen der horizontalen Koproduktion sozio-technischem Wissen abstellt, wie sie innerhalb der neueren französischen pragmatischen Soziologie im Anschluss vor allem an Bruno Latour und Michel Callon formuliert wird (Tironi 2011). Sich abgrenzend von instrumentalisierter Partizipation, die von Experten dominiert wird, wurden – in Abwandlung der „hybriden Foren“ von Callon, Lascoumes und Barthe (2009) – in Constitución und Calama ‚offene Foren‘ abgehalten, in denen im Anschluss an die Idee der ‚Kosmopolitik‘ der pragmatischen Soziologie allen Weltansichten und subjektiven Wahrheiten gleiche Gültigkeit zukommen sollte. Farías (2016) hat am Beispiel von Constitución aufgezeigt, inwiefern der Partizipationsprozess diesem Anspruch auf Horizontalität in keiner Weise gerecht geworden ist und vielmehr im Schatten der Legitimationsbeschaffung des Unternehmens und seiner Experten stand. Unsere Feldforschung in Constitución, Calama und Antofagasta bestätigt diesen Eindruck. Aus unseren Interviews geht hervor, dass es fundamentale Kritik seitens der Zivilgesellschaft und der Lokal- und Regionalregierungen an ihrer Instrumentalisierung gegeben hat: „Hier haben Privatunternehmen über die Interessen der Bewohner hinweg geplant. Es gab zwar ein Referendum über die Priorisierung von Maßnahmen, aber der Partizipationsprozess war absolut instrumentalisiert, die Leute wussten gar nicht, was genau ihre Aufgabe war.“ (Interview Regionalregierung SEREMI MINVU Región del Maule/Constitución, 4. April 2017).

Neben den Experten der Unternehmenskommunikation und Bürgerbeteiligung sind es die Architekten und Planer, die in der Lage sind, Aushandlungsprozesse um städtische Zukünfte und materiell-infrastrukturelle Aspekte der Stadt- und Raumentwicklung zusammenzubringen, das heißt Prozesse der strategischen Kopplung zu organisieren. Die Beschäftigten von ARUP und ELEMENTAL – als *international masterplanners* in entsprechenden Diskursen und Praktiken von Urban Governance und Urban Design geschult – stellen hier die Expertise bereit. Von Bedeutung ist, wie sich die Diskurse und Netzwerke aus „political corporate social responsibility“ (Scherrer et al. 2016: 274) und städtischer Planung zunehmend überschneiden. In einer jüngeren Publikation des chilenischen Unternehmenssektors etwa wird das Modell der Masterpläne als Best Practice der Unternehmensverantwortung dargestellt (Devenin 2017), während Alejandro Aravena (ELEMENTAL) und Alejandro Gutierrez (ARUP) die Foren der Stadtplanung und Architektur nutzen, um die positive Rolle hervorzuheben, die Unternehmen der Ressourcenextraktion in der Raumentwicklung einnehmen. Die Verschneidung der Diskurse von PCSR auf der einen und der ökologischen Modernisierung nach dem Vorbild von ARUP und ELEMENTAL auf der anderen Seite verstehen wir denn auch als eine der wichtigsten Konsequenzen der Etablierung des Modells der strategischen Masterpläne in Chile. Es werden nicht nur „Bündel von Wissen und Techniken“ (Tenemos/McCann 2013: 347) zusammengefügt, um punktuell spezifische Interessen

umzusetzen oder akute Konflikte zu bearbeiten, vielmehr wird dauerhaft eine neue Art und Weise etabliert, das Verhältnis von öffentlichen und privaten Akteuren in der Stadtentwicklung zu denken und zu gestalten. Vor allem CREO Antofagasta zeigt auf, dass es dabei um einen dauerhaften Zugriff auf lokal-regionale Governance-Kapazität und um ihre aktive Gestaltung geht. Die bestehenden Machtungleichgewichte zwischen lokalen Akteuren und MNU, wie sie in der Literatur der GPN und der strategischen Kopplung diskutiert werden (Yeung 2009), werden dabei weiter vertieft. Im Rahmen der untersuchten Masterpläne waren und sind die Lokal- und Regionalregierungen in allen drei Fällen nicht viel mehr als Statisten und die Bürgerbeteiligungsprozesse viel stärker von den MNU und den von ihnen bezahlten Experten gelenkt, als es in den *Erzählungen* dargestellt wird. Der vielleicht wichtigste Beleg für diese Einschätzung ist, dass in keinem der Masterpläne die wirklich drängenden Probleme der chilenischen Städte der Ressourcenextraktion bearbeitet werden – die strukturelle Abhängigkeit von den MNU und die Operationalisierung der städtischen Räume durch die Infrastrukturen der Ressourcenextraktion. In diesem Sinne sind die in Chile von ‚Aktivisten-Architekten‘ im Schatten der strukturellen Macht der MNU entwickelten Masterpläne der Stadtentwicklung, bei all ihrer Komplexität, als neue Strategien hegemonialer Raumproduktion und einer Stadtentwicklung von oben zu betrachten.

Zum Abschluss sei auf zwei forschungsstrategische Einsichten hingewiesen: Erstens zeigen unsere Überlegungen, dass die Kombination der Literaturen um UPM und GPN Potenzial aufweist, weil beide Ansätze eine ‚offene‘ und relationale Konzeptionen von Städten, Regionen und Politiken aufweisen. Dazu teilen sie den Fokus auf die Bedeutung transnationaler Netzwerke. In dieser Kombination kann die UPM-Literatur das Spektrum der Akteure, Dynamiken und Logiken erweitern, die in die Mobilisierung, Zirkulation und die Assemblage von Politiken involviert ist. Hier ist in erster Linie an die Rolle von MNU zu denken, die aber in Richtung einer stärkeren Berücksichtigung politökonomischer Zusammenhänge im Allgemeinen ausgeweitet werden könnte. Die GPN-Literatur wiederum kann das Konzept der strategischen Kopplung dadurch verfeinern, dass von der UPM-Literatur gelernt wird, wie zeitgenössische städtische Politikprozesse funktionieren. Zweitens zeigen unsere Überlegungen, wie wertvoll es für die Stadtforschung tatsächlich ist, in die Länder des Südens zu schauen und hier in solche Städte, die nicht zu den ‚üblichen Verdächtigen‘ gehören (d. h. die Hauptstädte und Megacities). Es sind auch und vor allem die „ordinary cities“ oder „global cities off the map“ (Robinson 2006) im Süden, anhand derer wir unsere Kenntnisse über zeitgenössische Prozesse der Stadtentwicklung und das Machen von Stadtpolitik entscheidend erweitern können und auch müssen.

Dieser Artikel wurde durch die chilenische Forschungskommission Conicyt (Fondecyt 11150789), die Deutsche Forschungsgemeinschaft und den Publikationsfonds der TU Berlin gefördert

Endnoten

- [1] Der Text ist im Rahmen eines Projektes entstanden, das von der nationalen chilenischen Forschungsförderung finanziert wird (Fondecyt de Inicación, Projektnummer 11150789: *Glocal urban governance between neoliberalism, risk and resilience: re-assembling urban strategies in three Chilean cities*). Herzlichen Dank zudem an Florencia Vergara, Imara Álvarez, Sebastián Sandoval, Ricardo Hernández und Ignacio Arce für die Unterstützung bei der Durchführung, Transkription und Auswertung der Interviews.
- [2] Alle Übersetzungen fremdsprachiger Begriffe und Zitate durch die Autoren.
- [3] Unter extraktiven Industrien werden die Unternehmen und Produktionsnetzwerke verstanden, deren primäres Geschäftsfeld in der Ausbeutung natürlicher Ressourcen besteht (Dicken 2011).
- [4] Das Modell nahm mit dem Masterplan PRES Constitución in 2010 seinen Ausgang, wurde mit den Masterplänen Calama PLUS und Activa Valdivia ab 2011 verfeinert und hat in Somos Choapa und CREO Antofagasta, beide Masterpläne seit 2012 in Bearbeitung, seinen vorläufigen Höhepunkt erfahren.
- [5] Ausdruck dessen sind etwa Konsumentenboykotte und Medienkampagnen in den Absatzmärkten und Proteste, Streiks und Straßenblockaden an den Produktionsstandorten.
- [6] ARAUCO ist nur eines der vielen Unternehmen der chilenischen Angelini-Gruppe (AntarChile), eine der größten Holdings des Landes, welche neben der Forstwirtschaft auch in Sektoren wie Industrie, Energie, Fischerei und Schifffahrt investiert und dazu in der Banken- und Finanzwirtschaft weltweit tätig ist.
- [7] Auch die Fundación Chile und die Universidad de Talca waren formell Teil des technischen Komitees, spielten aber in der Praxis keine Rolle.
- [8] Unter anderem das Wohnbauprojekt Villa Verde, von ELEMENTAL geplant und umgesetzt, der Parque Fluvial (eine neu gestaltete Promenade entlang des Flusses, die die Tsunami-Resilienz verbessern soll), ein Kulturzentrum (ebenfalls von ELEMENTAL mit Mitteln von ARAUCO entworfen und gebaut) und eine öffentliche Bibliothek.
- [9] BHP Billiton, mit Sitz in Australien, ist das größte diversifizierte Bergbauunternehmen der Welt und betreibt mit Minera Escondida die größte private Kupfermine Chiles.

Autor_innen

Michael Lukas arbeitet zu den Themen Geographie, Stadtplanung, urbane politische Ökonomie und Urban Governance.
mlukas@uchilefau.cl

Andreas Brück arbeitet zu den Themen Stadtplanung, urban Design und Stadtgeographie.
a.brueck@isr.tu-berlin.de

Literatur

- Aravena, Francisco / Sepúlveda, Alfredo (2011): *Nuestro terremoto: el camino de reconstrucción de una empresa y la comunidad después del 27/F*. Santiago: Universidad Alberto Hurtado.
- Arboleda, Martín (2016): *Spaces of extraction, metropolitan explosions: Planetary urbanization and the commodity boom in Latin America*. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 40/1, 96-112.
- Arboleda, Martin (im Erscheinen): *Planetary Mine. Territories of Extraction in the Fourth Machine Age*. London, New York: Verso.
- Arias, Martín / Atienza, Miguel / Cadematori, Jan (2013): *Large mining enterprises and regional development in Chile: Between the enclave and cluster*. In: *Journal of Economic Geography* 14/1, 73-95.

- Baker, Tom / McGuirk, Pauline (2017): Assemblage thinking as methodology: commitments and practices for critical policy research. In: *Territory, Politics, Governance* 5/4, 425-442.
- Brand, Peter / Dávila, Julio (2013): Metrocables and „social urbanism“: Two complementary strategies. In: Julio Dávila (Hg.): *Urban Mobility and Poverty: Lessons from Medellín and Soacha, Colombia*. London: DPU, UCL und Universidad Nacional de Colombia, 46-54.
- Brenner, Neil (Hg.) (2014): *Implosions/Explosions. Towards a Study of Planetary Urbanization*. Berlin: Jovis Verlag.
- Breul, Moritz/Revilla Diez, Javier (2018): An intermediate step to resource peripheries: The strategic coupling of gateway cities in the upstream oil and gas GPN. In: *Geoforum* 92: 9-17.
- Bridge, Gavin (2008): Global production networks and the extractive sector: governing resource-based development. In: *Journal of Economic Geography* 8(3): 389-419.
- Bridge, Gavin (2009): The Hole World: Scales and spaces of extraction. In: *New Geographies* 2, 43-48.
- Callon, Michael / Lascoumes, Pierre / Barthe, Yannick (2009): *Acting in an Uncertain World: An Essay on Technical Democracy*. Cambridge: MIT Press.
- Contreras, Yasna / Beltrán, Marisol (2015): Reconstruir con capacidad de resiliencia: El casco histórico de la ciudad de Constitución y el sitio del desastre del terremoto y tsunami del 27 de febrero 2010. In: *Revista INVI* 30/83, 79-115.
- CREO Antofagasta (o.J.): Qué es CREO Antofagasta? <http://creoantofagasta.cl/que-es-creo-antofagasta/> (letzter Zugriff am 5.10.2018).
- Davis, Mike (2006): *Planet der Slums*. Berlin: Assoziation A.
- Delamaza, Gonzalo (2012): Responsabilidad social empresarial, política e internacionalización. El caso del „conflicto de los cisnes“ en Valdivia, Chile. In: *Apuntes* 39/70, 167-202.
- Deleuze, Gilles / Guattari, Félix (1987 [1980]): *A Thousand Plateaus. Capitalism and Schizophrenia*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Devenin, Veronica (2017): *Collaborative Community Development: A Guide for Managers*. Santiago: Network for Business Sustainability, Chile.
- Dicken, Peter (2011): *Global Shift. Mapping the changing contours of the world economy*. Thousand Oaks, CA: Sage.
- Easterling, Keller (2016): *Extrastatecraft: The Power of Infrastructure Space*. London, New York: Verso.
- Ehrnström-Fuentes, María (2016): Legitimacy in the pluriverse: Towards an expanded view on corporate-community relations in the global forestry industry. In: *Ekonomi och samhälle (Economics and Society)*. Helsinki: Hanken School of Economics, 304.
- Fariás, Ignacio (2016): Devising hybrid forums. Technical democracy in a dangerous world. In: *City* 20, 549-562.
- Fischer, Karin (2011): *Eine Klasse für sich: Besitz, Herrschaft und ungleiche Entwicklung in Chile 1830-2010*. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Gonzalez, Sara (2010): Bilbao and Barcelona „in motion“. How urban regeneration „models“ travel and mutate in the global flows of policy tourism. In: *Urban Studies* 48/7, 1397-1418.
- Imilan, Walter/González, Luis Eduardo (2017): Attempts at neoliberal urban planning in postearthquake Chile: Master plans for reconstruction. In: *Latin American Perspectives* 44/4, 1023.
- Jessop, Bob (2002): Liberalism, neoliberalism, and urban governance: A statetheoretical perspective. In: *Antipode* 34/3, 452-472.
- Kaika, Maria (2017): Don't call me resilient again!: The New Urban Agenda as immunology ... or ... what happens when communities refuse to be vaccinated with „smart cities“ and indicators. In: *Environment and Urbanization* 29/1, 89-102.
- Klein, Naomi (2007): *The Shock Doctrine: The Rise of Disaster Capitalism*. London: Penguin.
- Kopf, Mario (2016): Alejandro Aravena, die Kraft der Visionen. In: *Der Kurier*, 13.4.2016. <https://kurier.at/wohnen/alejandra-aravena-die-kraft-der-visionen/191.634.043> (letzter Zugriff am 18.9.2018).
- Künkel, Jenny (2015): Urban policy mobilities versus policy transfer. Potenziale für die Analyse der Neuordnung. In: *sub/urban* 3/1, 7-24.
- Larner, Wendy / Laurie, Nina (2010): Travelling technocrats, embodied knowledges: Globalising privatisation in telecoms and water. In: *Geoforum* 41/2, 218-226.

- Lukas, Michael (2014): Neoliberale Stadtentwicklung in Santiago de Chile – Akteurskonstellationen und Machtverhältnisse in der Planung städtebaulicher Megaprojekte. Kiel: Kieler Geographische Schriften Band 125.
- MacKinnon, Danny (2013): Strategic coupling and regional development in resource economies: the case of the Pilbara. In: *Australian Geographer* 44/3, 305-321.
- McCann, Eugene (2011): Urban policy mobilities and global circuits of knowledge: Toward a research agenda. In: *Annals of the Association of American Geographers* 101/1, 107-130.
- McCann, Eugene/Ward, Kevin (2011) (Hg.): *Mobile Urbanism. Cities and Policymaking in the Global Age*. Minneapolis, MN: Minnesota University Press.
- McGuirk, Justin (2014): *Radical Cities. Across Latin America in Search of a New Architecture*. London, New York: Verso.
- Montero, Sergio (2017a): Persuasive practitioners and the art of simplification: Mobilizing the „Bogotá Model“ through storytelling. In: *Novos Estudos CEBRAP* 36/1, 59-75.
- Montero, Sergio (2017b): Worlding Bogotá's ciclovía: From urban experiment to international „Best Practice“. In: *Latin American Perspectives* 44/2, 111-131.
- Kimmelman, Michael (2016): Alejandro Aravena, the Architect Rebuilding a Country. In: *New York Times*, 23.5.2016. <https://www.nytimes.com/2016/05/23/t-magazine/pritzker-venice-biennale-chile-architect-alejandro-aravena.html> (letzter Zugriff am 18.9.2018).
- OECD (2013): *OECD Territorial Reviews: Antofagasta, 2013*. Paris: OECD Publishing.
- Penaglia, Franceso / Valenzuela, Esteban (2014): Rebeldía en Calama: Desafío al orden centralista chileno en un contexto de boom minero. In: *Revista mexicana de ciencias políticas y sociales* 59/222, 161-185.
- Rapoport, Elizabeth (2015): Globalising sustainable urbanism: The role of international masterplanners. In: *Area* 47/2, 110-115.
- Robinson, Jennifer (2006): *Ordinary Cities: Between Modernity and Development (Questioning Cities Series)*. London: Routledge.
- Ross-Schneider, Ben (2013): *Hierarchical Capitalism in Latin America. Business, Labor, and the Challenges of Equitable Development*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Roy, Ananya / Ong, Aihwa (2011): *Worlding Cities: Asian Experiments and the Art of being Global*. Malden, Oxford: Blackwell Publishing.
- Sassen, Saskia (2016): *Expulsions: Brutality and Complexity in the Global Economy*. Cambridge (Massachusetts): Harvard University Press.
- Scherer, Andreas Georg / Rasche, Andreas / Palazzo, Guido / Spicer, André (2016): Managing for Political Corporate Social Responsibility: New Challenges and Directions for PCSR 2.0. In: *Journal of Management Studies* 53/3, 273-298.
- Solimano, Andrés (2012): *Capitalismo a la chilena: Y la prosperidad de las élites*. Santiago: Editorial Catalonia.
- Swyngedouw, Eric / Kaika, Maria (2014): Urban political ecology. Great promises, deadlock... and new beginnings? In: *Documents d'Anàlisi Geogràfica* 60/3, 459-481.
- Temenos, Cristina / McCann, Eugene (2013): Geographies of policy mobilities. In: *Geography Compass* 7/5, 344-357.
- Tironi, Eugenio (2011): *Abierta. Gestión de controversias y justificaciones*. Santiago de Chile: Uqbar Editores.
- Penaglia, Franceso / Valenzuela, Esteban (2014): Rebeldía en Calama: Desafío al orden centralista chileno en un contexto de boom minero. In: *Revista mexicana de ciencias políticas y sociales* 59/222, 161-185.
- Vásquez, Alexis / Lukas, Michael / Salgado, Marcela / Mayorga, José (2017): Urban environmental (in)justice in Latin America: the case of Chile. In: Ryan Holifield / Jayajit Chakraborty / Gordon Walker (Hg.): *The Routledge Handbook of Environmental Justice*. London: Routledge, 556-566.
- Vogelpohl, Anne (2017): Consulting completed: Temporal aspects of expertise in urban development during times of fast policies. In: *Geographica Helvetica (Special Edition Social Geography)* 72/1, 65-76.
- Wilson, Japhy (2014): The violence of abstract space: Contested regional developments in Southern Mexico. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 38/2, 516-538.

Yeung, Henry Wai-Chung (2009): Transnational corporations, global production networks, and urban and regional Development: A geographer's perspective on multinational enterprises and the global economy. In: Growth and Change, A Journal of Urban and Regional Policy 40/2, 197-226.

**Urban policy mobilities and global production networks.
Urban planning in Chile as legitimation instance for the
extractive industries.**

In response to the urban crisis of the Chilean development model, some extractive multinationals have begun to focus their corporate social responsibility activities on urban interventions. In close collaboration with internationally renowned sociologists, architects and planners companies of global mining and forestry propagate a new model of urban planning intervention based on discourses of sustainability and citizen participation. By combining insights from the literatures on urban policy mobilities and global production networks and based on over 60 expert interviews, we analyze the actor constellations, interests and dynamics behind the emergence and mobilization of the model, and discuss the extent to which they are processes of strategic coupling, that means instances of urban development in the interests of multinational companies and their networks.

Hypergespaltene Städte und die ‚unmoralischen‘ Superreichen – Fünf abschließende Fragen*

Ray Forrest
Sin Yee Koh
Bart Wissink

Debatte

2018, Band 6, Heft 2/3
Seiten 91-104
zeitschrift-suburban.de

Ray Forrest, Sin Yee Koh,
Bart Wissink
,Hypergespaltene Städte
und die ‚unmoralischen‘
Superreichen – Fünf
abschließende Fragen‘

Kommentare von:
Michael Hartmann,
Susanne Heeg, Anna-Lisa
Müller, Laura Calbet i Elias

Vorbemerkung

Der vorliegende Text wurde zuerst in englischer Sprache als Schlusskapitel des Sammelbandes *Cities and the Super-Rich: Real Estate, Elite Practices and Urban Political Economies* bei Palgrave Macmillan veröffentlicht. Der von den Autor_innen dieses Artikels herausgegebene Band versammelte Beiträge aus einem breiten Spektrum unterschiedlicher Disziplinen und Länder. Das Kapitel sollte die im Buch behandelten Kernthemen zusammenfassen und Vorschläge unterbreiten, welche Themenfelder der weiteren empirischen Untersuchung bedürfen. Es sollte zudem zu einer Debatte über Rolle und Einfluss der Superreichen in Städten anregen. Da seit der Niederschrift des Kapitels einige Zeit vergangen ist, würden wir manche der getroffenen Aussagen nun unweigerlich präzisieren, einschränken oder ergänzen. Dennoch halten wir die fünf damals gestellten Fragen auch weiterhin für zentrale Aspekte der Debatte und so haben wir uns entschieden, die ursprüngliche Fassung unverändert beizubehalten.

Die Idee für das Buch – und für den Workshop, der die daran Mitwirkenden zusammenbrachte – entsprang der Feststellung, dass sich in der Populärkultur wie auch in weiten Teilen der akademischen Literatur eine deutliche Tendenz zeigte, eine neue superreiche Elite für die dramatischen, von größeren sozialen und räumlichen Ungleichheiten geprägten Veränderungen der urbanen Morphologie verantwortlich zu machen. Derartige Entwicklungen sind häufig mit sogenannten ‚Lead Cities‘ oder ‚Global Cities‘ in Zusammenhang gebracht worden. In diesem Narrativ schwang unterschwellig und oft auch unverhohlen eine deutliche moralische Ächtung mit. In unserem Schlusskapitel wurde dieser Aspekt nochmals aufgegriffen. Das Argument war, dass – obwohl die zunehmende Konzentration von Reichtum in den Händen kleiner Eliten tatsächlich des politischen und kritischen Engagements der Stadtforschung bedarf – eine anklagende Deutung des Problems, die den Blick allein auf die superreichen Akteur_innen selbst richtet, das Risiko einer eindimensionalen und zu engen Analyse bergen würde. Stattdessen bedürfte es mehr empirischer Forschung, um die konkrete Rolle der Superreichen im Verhältnis zu

* Kapitel 14 aus: Forrest, Ray; Koh, Sin Yee; Wissink, Bart (Hg.) (2017): *Cities and the Super-Rich. Real Estate, Elite Practices and Urban Political Economies*. New York: Palgrave Macmillan US (The Contemporary City).

anderen Triebkräften zu ergründen. Vor diesem Hintergrund formulierte das Kapitel fünf zentrale Fragen. Die erste Frage war, was an den gegenwärtigen Ausprägungen von Vermögensungleichheit und Hyper-Spaltung so neuartig ist. Zweitens wurde darauf hingewiesen, dass es unerlässlich sei, die soziale und institutionelle Infrastruktur rund um diese superreichen Eliten zu analysieren: Was ist mit all den anderen Akteur_innen, die deren Handeln ermöglichen und begünstigen? Ist, drittens, die nationale wie kommunale Politik aufgrund ihrer Bemühungen, superreiche Investor_innen und Einwohner_innen zu gewinnen, nicht ebenfalls zutiefst in diese Prozesse verstrickt? Das vierte Argument war, dass die enge Beziehung zwischen neoliberaler Finanzialisierung, Urbanisierung und Immobilienmarkt der zentrale analytische Ausgangspunkt sei, um den Wandel, dem städtische Ökonomien unterliegen, zu verstehen. Und schlussendlich wurde darauf hingewiesen, dass diese Beziehungen und Fragen wie auch das Wesen und die Rolle der superreichen Eliten von Stadt zu Stadt sehr unterschiedlich ausfallen können. Die Superreichen Berlins könnten beispielsweise andere ökonomische Interessen haben, eine andere soziale Zusammensetzung und ein anderes Verhältnis zur Stadt aufweisen als ihre Pendants in beispielsweise New York oder Hongkong.

Einleitung

Am Anfang dieses Buches standen zwei miteinander verwobene Fragen: Wer sind die Superreichen? Und wo sind die Superreichen? Wir plädierten dafür, sich zur Klärung dieser Fragen auf Städte zu konzentrieren, da der städtische Raum zur Bühne geworden ist, auf der die Superreichen und ihre Aktivitäten in Erscheinung treten. In diesem Sinne untersucht das Buch drei miteinander zusammenhängende Themenblöcke: Erstens die Superreichen und ihre Investitionen in Immobilien unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung und öffentlichen Wahrnehmung in bestimmten Städten (Teil I des Bandes), zweitens die exklusiven Räume und Praktiken der Superreichen, vor allem im soziokulturellen und im Freizeitbereich (Teil II), und drittens die Beziehungen zwischen Superreichtum und Grundeigentum in bestimmten Städten aus der analytischen Perspektive der urbanen politischen Ökonomie (Teil III). Zusammengenommen vermitteln die Beiträge einen Eindruck davon, wie unterschiedlich sich die Beziehungen zwischen Städten und Superreichen weltweit gestalten.

Bleibt freilich noch die Frage nach der Handlungsmacht (Davies, in diesem Band), die bislang nicht thematisiert wurde, zumindest nicht direkt oder explizit. Im akademischen und öffentlichen Diskurs sind die Superreichen zu bequemen Sündenböcken für wachsende urbane Ungleichheiten und andere Folgen der neoliberalen Finanzialisierung geworden (siehe auch Koh/Wissink/Forest 2016). Während der Fertigstellung dieses Buches erschien in der *South China Morning Post* ein Artikel, der exemplarisch, wenn auch aus einem ganz anderen Blickwinkel zeigt, wie weit diese anklagende Lesart der Rolle der Superreichen verbreitet ist (Simpson 2015). Der Bericht über die jüngsten Entwicklungen im renommierten (britischen) Wentworth Golf Club setzte sich kritisch damit auseinander, wie ‚unmoralische‘ Änderungen, eingeführt durch den neuen (chinesischen) Besitzer, die Reignwood Group,

die Zahl der Mitglieder von 4.000 auf 800 drückte, während gleichzeitig die Mitgliedsbeiträge in die Höhe geschraubt wurden. Ein empörtes Mitglied, das sich nach 28 Jahren im Verein neu um die Mitgliedschaft bewerben musste, beschuldigte die neuen Besitzer, „eine nationale Institution in eine Enklave der Superreichen zu verwandeln“. Ein anderer warnte, die Verkleinerung auf „ein paar Hundert ultrahochvermögende ausländische Mitglieder“ werde den Club und die Gemeinde zu „einer Geisterstadt“ machen. Plakate mit dem Slogan „Rettet Wentworth für die Nation“ hingen an vielen der abgeschotteten Herrenhäuser rund um den Golfplatz und der örtliche Parlamentsabgeordnete, der damalige britische Außenminister Philip Hammond, wurde eingespannt, um ein Treffen mit den chinesischen Besitzern zu arrangieren.

Neben vielen anderen Beispielen in diesem Buch könnte die Wentworth-Geschichte als weiterer Beleg dafür gelten, dass sich die Immobilieninvestitionen der Superreichen und die damit verbundenen ausgrenzenden Lebensstile negativ auf die örtlichen Kommunen auswirken. Tatsächlich lösen die Konsequenzen, die die Immobilieninvestitionen Superreicher für die Stadt nach sich ziehen, überall auf der Welt Alarmstimmung aus (siehe das Beispiel Paris, in diesem Band) und entfachen den lokalen Widerstand gegen die Invasion der superreichen ‚Anderen‘. Entsprechend brachte der Amsterdamer Bürgermeister Eberhard van der Laan seine Sorge zum Ausdruck, ein Erwerb der berühmten innerstädtischen Grachtenhäuser durch chinesische und russische Investoren könne zu „Londoner Zuständen“ führen, also zur Vertreibung der Ortsansässigen aus der Innenstadt (Daamen 2015). Und angesichts eines kürzlichen Baubooms für Superhochhäuser für die globalen Reichen rund um den Central Park erhob der New Yorker Stadtrat Ben Kallos den Einwand, dass dies „ein Park für jedermann“ sei und es nicht angehen dürfe, dass „Milliardäre den Himmel kaufen und dem Rest der Stadt den Schatten überlassen“ (The Gulf Times 2015).

Vielleicht ist es genau deshalb, weil dieser Schatten nun auf ein breites gesellschaftliches Spektrum fällt – und nicht nur auf die marginalisierten Armen, die schon immer die Hauptlast der Ungleichheit getragen haben, sondern auch auf die Mittel- und Oberschichten des globalen Nordens –, dass sich in Politik und Medien zunehmend Sorge breit macht. Die Verdrängung (Sassen 2014) aus den bevorzugten städtischen Quartieren betrifft inzwischen auch große Teile der urbanen Mittelschicht, vor allem in den Lieblingsstädten der Superreichen (Lees/Shin/Lopez-Morales 2016). Über London beispielsweise heißt es, dass selbst wohlhabende Mittelschichtsfamilien aus ihren Wohnungen weichen müssen, da die Stadt zu einer „globalen Reservewährung“ wird (Goldfarb 2013).

Wir teilen diese Sorgen – aber Mitleid mit den gut Betuchten, wie den Mitgliedern eines exklusiven Golfclubs, die genügend politischen Einfluss haben, einen prominenten Abgeordneten des britischen Parlaments für ihre Sache einzuspannen, ginge vielleicht doch etwas zu weit. Schließlich zeichneten sich ihre altbekannten privilegierten Räume auch nicht gerade als Bastionen der sozialen Inklusivität aus. Wo waren ihre Kampagnen für ‚unser Gemeinwesen‘, als es nicht *sie* waren, die verdrängt werden sollten? Darin lässt sich womöglich ein Hauch von Heuchelei und Xenophobie erahnen. Dazu später mehr. Eindeutig sind die Superreichen Teil wie auch Symptom

zunehmender urbaner Ungleichheiten, aber das exzessive Interesse für Tun und für die sichtbaren Manifestationen ihres Reichtums könnte den Blick darauf verstellen haben, welche anderen Faktoren noch am Werk sind.

Die ‚unmoralischen‘ Superreichen und die Stadt: Resümee der Diskussion

Als Gordon Gekko 1987 im Film *Wall Street* sagte, „Gier sei gut“, mag dieser krass unmoralische Ausspruch noch ein wenig schockierend gewirkt haben. Allerdings entstand der Film zu einer Zeit, in der viele glaubten, dass bittere ökonomische Pillen nötig und soziale Mobilität tatsächlich möglich seien. Dies war die Ära unmittelbar nach der Rezession der frühen 80er Jahre, als Margaret Thatcher sagte, es gebe „keine Alternative“, also lange vor der asiatischen Finanzkrise von 1997, der globalen Finanzkrise von 2007 und vor der Austeritätspolitik – oder zumindest vor jener, die auch die Mittel- und Oberschichten tangierte. Es war auch die Frühzeit der neoliberalen Finanzialisierung, als die neue Wirtschaftselite mitsamt ihrem Gefolge zahlenmäßig noch nicht den Umfang erreicht hatte, durch den ihr Einfluss auf das urbane Gefüge unübersehbar wurde.

Heute ist diese privilegierte ‚Oberklasse‘, die die Früchte des de- und regulierten Kapitalismus ernten konnte, der sichtbarste Ausdruck dessen, was Merrifield (2014) als die „parasitäre Stadt“ bezeichnet. Die Grundlagen für diesen geldgenährten urbanen Einverleibungsrausch wurden jedoch schon lange vorher gelegt. Die nach orthodox neoliberalen Maximen erfolgte Öffnung des öffentlichen Infrastruktur- und Immobiliensektors für private spekulative Investitionen hat den Rahmen für Gewinne und Gewinnmitnahme in den Städten erweitert. Gleichzeitig konnten sich kommunale Entscheidungsträger für die Investitionsnachfragen der Reichen erwärmen (siehe Teil III des Bandes). Da immer mehr Reiche zu Superreichen werden, ist mehr Geld denn je unterwegs auf der Suche nach hohen Renditen. Wohnimmobilien in den führenden Global Cities gehören nunmehr zu den bevorzugten Investitionsobjekten (siehe Teil II des Bandes), was Chris Hamnett zu der Feststellung bewegt hat, Menschen würden „der Reihe nach verdrängt“ (Caesar 2015).

Dadurch haben Ungleichheiten dramatisch zugenommen (Galbraith 2012, Pasuk/Baker 2016, Stiglitz 2012) und unverhältnismäßige Gewinne sind in die Hände kleiner elitärer Kreise geflossen (Dorling 2014, Piketty 2014). Die damit einhergehenden Auswirkungen auf das physische und soziale Stadtgefüge stehen nun zunehmend im Blicklicht. Aus Gentrifizierung wird *Hyper*-Gentrifizierung (Butler/Lees 2006, Glucksberg et al. 2015, Lees 2003, Lees et al. 2016), Segregation wird zu *Hyper*-Segregation (Atkinson 2006) und die Spaltung der Stadt wird zur *Hyper*-Spaltung[1], während die Abstände zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen hinsichtlich des Zugangs zu Geld, Chancen und sozialer Mobilität größer werden. Die inklusive Stadt ist das nicht.

Merrifield (2014: 109) fängt diesen wachsenden Unmut mit einer vernichtenden Beschreibung der zeitgenössischen Variante der Wohlstand schaffenden Stadt ein: In parasitären Städten wird gesellschaftlicher Reichtum von demonstrativ verschwenderischen Unternehmen aufgezehrt, unserer

ureigenen Aristokratie (dem einen Prozent), die generative Kapazitäten verschleudert, indem sie allein mit unproduktiven Aktivitäten Kasse macht: Sie zocken auf dem Aktienmarkt, profitieren von ungleichen Austauschbeziehungen, bedienen sich an der öffentlichen Tafel; sie klauen Erträge und betrachten Grund und Boden als rein geldwertes und spekulatives Anlagegut, als eine Form von fiktivem Kapital.

Verstärkt wird der Unmut noch durch den Eindruck, dass die Superreichen den Kontakt mit den sozialen Welten um sie herum bewusst und gezielt meiden (Atkinson 2006; 2016; Koh/Wissink/Forrest 2015). Paradebeispiele dafür sind die exklusiven Räume der Privatclubs (Ding/Cousin/Chauvin, in diesem Band) und *seascapes* (Spence, in diesem Band).

Es lässt sich zwar leicht mit dem Finger auf die ‚unmoralischen‘ Superreichen zeigen, aber ist dies auch eine analytisch tragfähige Antwort auf zerrissene und *hyper*-gespaltene Städte? In seiner Untersuchung sozialer Klassen im 21. Jahrhundert argumentiert Savage (2015: 405), dass wir nicht nur auf die kleine Gruppe der Hochvermögenden blicken dürfen, da so „die Gefahr einer sensationalistischen und auf bestimmte Individuen ausgerichteten Politik besteht, die von der umfassenderen soziologischen Resonanz dessen, was wir als ‚gewöhnliche‘ Wohlstandselite bezeichnen, ablenkt.“ Wie auch wir räumt er ein, dass eine öffentliche Bloßstellung durchaus zweckmäßig sein kann – um unlautere Grundstücksgeschäfte, kuschelige Klüngelei, ausbeuterische Vermietungspraktiken oder von Reichtum befeuertes widerliches Benehmen anzuprangern – aber es sollte nicht den alleinigen Rahmen der wissenschaftlichen Agenda bilden. In ähnlicher Weise schlägt Sayer (2016) einen „moralbasierten ökonomischen Ansatz“ vor, der fragt, wie die *Bedingungen*, die die Akkumulation extremen Reichtums ermöglichen, moralisch gerechtfertigt werden – statt eine moralische Bewertung der Superreichen und ihrer Aktivitäten vorzunehmen.

Ausgehend von diesen Aspekten als Ansatzpunkte für die analytische Auseinandersetzung mit dem Thema Stadt und Superreiche schlagen wir fünf Fragen als Ausgangsbasis für eine detailliertere und nuanciertere empirische Forschung vor.

1. Ist all dies wirklich neu?

Ist das Handeln der heutigen Superreichen wirklich so neuartig und anders, dass es die anklagende Resonanz in der vorhandenen wissenschaftlichen Literatur und den Populärmedien rechtfertigt? Die Konzentration von Reichtum in den Händen von Eliten ist gewiss nichts Neues, ebenso wenig deren internationale Mobilität. Der Beitrag von Ding, Chauvin und Cousins (in diesem Band) befasste sich beispielsweise mit der Renaissance elitärer Clubs, früher der Inbegriff für die Rückzugsorte der privilegierten Nomaden der imperialen Klasse. Die Arbeit von Piketty (2014) legt nahe, dass wir uns in der Übergangsphase von einer Ausnahmeperiode der Umverteilung hin zum ‚Normalzustand‘ der Konzentration von Reichtum befinden und uns eine Situation bevorsteht, die an aus früheren Zeiten bekannte Vermögensungleichheiten erinnert. Möglicherweise ist hinsichtlich der Konzentration von Reichtum an unserer heutigen Gegenwart gar nichts besonders ‚neu‘. Was hingegen tatsächlich als ‚neu‘ erscheinen könnte, ist die spezifische Art

und Weise, in der die Mechanismen der Vermögensakkumulation mit jenen der Stadt interagieren.

Hinzu kommt, dass die Finanzialisierung den Prozess der Kapitalakkumulation und die Größenordnung der Gewinne verändert (und zu einem gewissen Grad auch verschleiert) hat, während gleichzeitig Immobilienbesitz, Gewinnabschöpfung und buchhalterischer Manipulation eine Bedeutung zukommt, die an frühere Stadien kapitalistischer Entwicklung erinnert (Short 2013). In der Tat verweist Sassen (2014: 15) auf ein Wiederaufleben von Formen der ursprünglichen Akkumulation, die, wenn auch technisch und rechtlich wesentlich komplexer als im 19. Jahrhundert, letztlich immer noch „basale Formen der Aneignung“ sind. Dies erinnert auch an Harveys (2004) Konzept der Akkumulation durch Enteignung.

Natürlich delegitimiert die Tatsache, dass es auch früher schon extreme Vermögensungleichheiten gab, nicht per se die derzeitige moralische Empörung. Dennoch ist nichts wirklich neu daran, dass großflächige Immobilieninvestitionen an bestimmten Orten und die damit verbundenen Gentrifizierungsprozesse destabilisierend wirken, sei es auf nationaler oder internationaler Ebene. Man denke nur an den Immobilienboom in den Küstenregionen Spaniens während der frühen Nullerjahre, als britische Mittelschichtsangehörige dort in großem Umfang Liegenschaften erwarben und so innerhalb eines Jahres zu Preissteigerungen von über 20 Prozent beitrugen (Barclays & IESE 2005).

Die Neuartigkeit der gegenwärtigen Debatte hat allerdings noch eine weitere Seite. Die derzeitige Empörung, so unsere Vermutung, wurde womöglich dadurch hervorgerufen, dass sich die Investmentströme geografisch verschoben haben und nun vom globalen Süden in den Norden fließen. Als die (kolonialen) Wirtschaftseliten an der kapitalistischen Peripherie Ressourcen ausbeuteten, Landbesitz anhäuften und sich Luxusresidenzen zulegten, waren ihre Aktivitäten für die Massen in den Städten des Westens weniger sichtbar und standen weniger in der öffentlichen Kritik. Ebenso gering war das Interesse der Medien und akademischen Kreise, als Mittelschichtler_innen aus Nordeuropa ihre südeuropäischen Pendanten verdrängten. Nun aber geschehen Verdrängung und Gentrifizierung in den Städten der alten Wirtschaftszentren und im Kontext wachsender ökonomischer Unsicherheit und Austerität – und treffen die lokalen Eliten wie alle anderen auch. Die postkolonialen Superreichen stehen heute eher vor den Toren von London, Paris oder New York als in Lateinamerika, Afrika oder Asien. ‚Sie‘ bauen keine Golfplätze für ‚uns‘ in ‚ihren‘ Städten, nein, jetzt nehmen ‚sie‘ ‚uns unser‘ Zuhause in ‚unseren‘ Städten weg.

Somit wären wir wieder bei der Einleitung, in der wir den Debatten um Superreiche eine Spur von Heuchelei und Xenophobie nachsagten, insbesondere dann, wenn es um die Reaktion der Oberschichten unserer Top-Städte geht, wie im Falle der Mitglieder des Wentworth Golf Clubs. In diesem Zusammenhang recht aufschlussreich ist ein Leserbrief an die *South China Morning Post*, den Songhua Ni (2015), Geschäftsführer der Reignwood Group, als Antwort auf den Artikel von Peter Simpson (2015) verfasste. Obgleich Nis Einwand, dass Reignwood Gespräche mit mindestens 400 Clubmitgliedern geführt habe, die übrigen 3.600 kaum überzeugen dürfte, konstatiert er interessanterweise, „wir als international agierendes

chinesisches Unternehmen sind uns der Stereotype bewusst, die chinesische Firmen überwinden müssen, wenn sie auf westlichen Märkten operieren.“

Angesichts dieser Aussage stellt sich die Frage, ob der Erwerb von Spitzenimmobilien im Zentrum von London, Paris oder Sydney durch ‚ausländische‘ superreiche Investoren etwas gänzlich anderes ist als beispielsweise der Aufkauf der spanischen Küste oder Mallorcas durch die britische Mittelschicht? Ist es lediglich eine Frage der Größenordnung und Intensität? Geht es um Geographien und Zeitlichkeiten? Oder geht es um viel grundsätzlichere Fragen von Macht und sozialer Positionierung? Wie weit sollten wir unseren analytischen Blick ausdehnen? Jedenfalls dürfte es ratsam sein, das Thema Moral aus der Diskussion herauszuhalten. Denn wie kämen ‚wir‘ dazu, über ‚sie‘ zu urteilen, nachdem ‚ihre‘ Stimmen so lange kein Gewicht hatten?

2. Sollten wir statt der Superreichen die intermediären Akteure und Strukturen in den Blick nehmen?

Aus den obigen Ausführungen und unter Berücksichtigung der Argumentation von Davies (2014, in diesem Band) und anderen (z.B. Sassen 2014, Koh/Wissink 2015, Forrest/Wissink 2016) folgt, dass die strukturellen Bedingungen, die die Superreichen von heute überhaupt erst hervorgebracht und ihre Aktivitäten ermöglicht haben, viel stärker beachtet werden müssen. Dasselbe gilt für die Funktion der intermediären Instanzen. Frei nach Marx (1960) könnte man sagen, die Superreichen mögen zwar riesige Vermögen angehäuft haben, aber die Umstände ihres Handelns sind nicht unbedingt aus freien Stücken gewählt oder von ihnen selbst gestaltet. Es gibt die Tendenz, den Wirtschaftseliten in unkritischer Manier unbegrenzte Handlungsmacht zu unterstellen und die Auswirkungen dieser angenommenen Macht zu übertreiben. Dies verschleiert die Tatsache, dass das Akkumulationssystem der Superreichen auf ein komplexes Zusammenspiel zwischengeschalteter Institutionen und sich wandelnder struktureller Bedingungen angewiesen ist.

Beispielsweise gibt es einen hochentwickelten Sektor des privaten Vermögensmanagements, bestehend aus Privatbanken, Vermögensverwalter_innen, Finanzberater_innen, Wirtschaftsprüfer_innen, Steueranwält_innen und dergleichen, die die Vermögen der Superreichen betreuen (Beaverstock 2012, Beaverstock/Hall/Wainwright 2011; 2013). Diese „finanzialisierten Eliten“ (Hall 2009) werden im Gegenzug für ihre Expertise und Dienste fürstlich entlohnt. Neben den globalen Finanzzentren gibt es überall auf der Welt lautlos, aber zuverlässig funktionierende Offshore-Steuerparadiese und Freihäfen – mit einer Armee von intermediären Akteuren, die sich schwer ins Zeug legen, um Besitz und Vermögenswerte der Superreichen vor ‚unnötiger‘ Besteuerung zu schützen. Selbstverständlich verdanken diese speziellen Orte ihre Existenz auch Regierungen, die Aktivitäten zur Anhäufung von Reichtum politisch fördern (vgl. Shaxon 2011). Darauf werden wir gleich noch zurückkommen. Günstige steuerliche Regelungen an ausgewählten Orten lassen sich daher als „globale Chancen“ gewinnbringend vermarkten (BDO Tax 2013).

Hinzu kommen intermediäre Akteure außerhalb des Finanzsektors, wie private Reiseservices (inklusive derer, die Privatjets und -jachten bieten) und

andere Anbieter_innen maßgeschneiderter Beratungs- und Dienstleistungen (z.B. Luxusconciergerie, medizinische Versorgung, Bildung, Heirat und Scheidung, Wohltätigkeit usw.). Auch wenn diese Akteur_innen mit ihren Leistungen nicht direkt zur Vermögensakkumulation beitragen, so leisten sie doch einen indirekten Beitrag, indem sie dafür sorgen, dass der Alltag ihrer superreichen Klientel reibungslos und effizient funktioniert und sie ihren Reichtum genießen können.

Jede analytische Auseinandersetzung mit dem Thema Stadt und Superreiche muss die gesamte sozioökonomische und kulturelle Infrastruktur mit einbeziehen, die Superreichtum ermöglicht und begünstigt (Koh et al. 2016). Sassen (2014: 13) spricht von der Schaffung „raubtierhafter ‚Formationen‘, einer Mischung aus Eliten, systemimmanenten Möglichkeiten und der Finanzwelt, die als zentrale Wegbereiter auf eine enorme Konzentration von Kapital hinwirken.“ Auch Davies (2014, in diesem Band) betont, dass das Augenmerk auf die intermediären Akteure, die das Handeln der Superreichen strukturieren, gerichtet werden müsse. Hinzu kommt unserer Ansicht nach, dass viele kritische Arbeiten zu diesem Thema zu sehr davon ausgehen, dass die Handlungsmacht der Superreichen und die neue Herrschaft der kapitalistischen Klasse in bewussten und strategisch wohlgeordneten Bahnen verlaufen. Dazu sei auf Dardot und Laval (2014: 8) verwiesen, wonach es ein Fehlschluss ist, „den Nutznießer eines Verbrechens für den Täter zu halten.“

Sie legen dar, dass wir, um die Triebkräfte hinter den Formen der urbanen Transformation, die in diesem Band beschrieben und diskutiert werden, zu verstehen, über neoliberale Gouvernamentalität reden müssen statt über Neoliberalismus – jene alles durchdringende Logik, die tief in die Poren des politischen und Alltagsdiskurses eingesickert ist. Mit anderen Worten muss, zusätzlich zur Erforschung der „Instrumente und Mechanismen, die das Betriebssystem des Finanzkapitalismus bilden“ (Montgomerie/Williams 2009: 104), auch ein analytischer Blickwechsel weg vom Handeln und hin zu den Strukturen erfolgen.

3. Was macht die Politik?

Zusätzlich zur übergeordneten Struktur der Finanzlogik und zur Funktion der intermediären Akteure müssen wir auch die Rolle einer weiteren zentralen Akteursgruppe untersuchen: die der politisch Verantwortlichen. In der Tat steuern sie und ihre Politik einen massiven Anteil zur wachsenden Einkommens- und Vermögensungleichheit bei. Die Beiträge in Teil III des Bandes zeigen deutlich, dass die urbanen Transformationen, deren Nutznießer die Superreichen sind, von den politisch Verantwortlichen auf den Weg gebracht, gestaltet und begünstigt werden. Im Zuge dessen machen sie eine Politik, die den Superreichen und ihrem Reichtum entgegenkommt. Dahinter steckt ein gehöriges Maß an ‚Trickle-Down-Logik‘: Lockt die Superreichen (und ihr Kapital) in die Stadt, dann werden sie Wachstum für alle schaffen. In Wahrheit scheint der Kreis der Nutznießer_innen jedoch eher kleiner zu sein (Baumann 2013, Sayer 2015).

Nichtsdestotrotz wird diese Geisteshaltung oft recht explizit zum Ausdruck gebracht. Michael Bloomberg, der frühere New Yorker Bürgermeister und selbst Multimilliardär, sagte gegenüber der New York Times: „Wenn wir

auf der Welt einen Haufen Milliardäre finden und dazu bringen könnten, herzuführen, wäre das ein Geschenk Gottes“ (The Gulf Times 2015). Ähnlich, wenn auch mit blumigeren Worten, äußerte sich Boris Johnson, der Ex-Bürgermeister von London, als er sagte: „London ist für den Milliardär das, was der Dschungel von Sumatra für den Orang-Utan ist. [...] Darauf sind wir stolz“ (Caesar 2015). Freilich endet die Analogie hier schon wieder, wenn man bedenkt, dass der natürliche Lebensraum des Orang-Utans fortwährend schrumpft.

Entsprechend dieser Vorstellungen gibt es vielenorts gezielte politische Strategien, um Superreiche anzulocken (Teil III des Bandes). Gleichzeitig werden auf der nationalen wie kommunalen Ebene schrittweise Maßnahmen und Regelungen abgebaut, die dazu beitragen könnten, die negativen Auswirkungen wachsender Ungleichheiten abzumildern (Wissink et al., in diesem Band). Und dann ist da noch das zunehmend traute Verhältnis zwischen Politik und Geschäftswelt: die Drehtüren, die enge Bindungen zwischen der globalen Finanzwelt und der kommunalen bzw. nationalen politischen Bühne gewährleisten. Sollten wir daher, wenn wir nach den Verantwortlichen für die immer größer werdenden Macht- und Vermögensungleichheiten in unseren Städten suchen, nicht eher auf unsere politischen Entscheidungsinstanzen und ihre Politik schauen als auf die Superreichen?

Stadtpolitik im Allgemeinen und Immobilienpolitik im Besonderen sind der naheliegende Ausgangspunkt dafür. Dennoch ist es ratsam, auch andere politische Maßnahmen unter die Lupe zu nehmen, die in der Summe geeignet sein könnten, die Stadt zu einem attraktiven Platz zu machen, an dem die Superreichen ihr Geld parken, ihre Zelte aufschlagen und ihr Leben leben können. Dazu gehören Einwanderungs- und Bildungspolitik, Wirtschafts- und Unternehmensförderung, das Finanzwesen und alle Arten der Besteuerung (z.B. Personen-, Körperschafts-, Erbschafts-, Immobilien-, Einfuhr-, Kapitalertragssteuer usw.). Das Kapital der Superreichen ist transnational mobil. Somit reagiert es besonders empfindlich auf politische Instabilität, Wechselkursschwankungen und transnationale Vereinbarungen.[2] Diese Faktoren könnten in der Tat mehr Einfluss auf die globalen Ströme derart mobilen Kapitals haben als stadt- und immobilienpolitische Maßnahmen.

4. Liegt es an den Superreichen oder an der veränderten städtischen Ökonomie?

Der Immobiliensektor und die Frage, welche Konsequenzen das Kapital Superreicher für die Stadt hat, sind zentrale Themen der Stadtforschung. Allerdings sind die Immobilieninvestitionen Superreicher nur ein Baustein in einem komplexeren und (vermutlich) zunächst einmal von innen heraus angetriebenen Prozess der Transformierung urbaner Ökonomien. Wie Moreno (2014: 264-65) überzeugend darlegt, hängen Finanzialisierung und Urbanisierung systematisch voneinander ab:

Die Finanzialisierung hat nicht nur einen Raum geschaffen, der den Bedürfnissen und Ansprüchen wohlhabender Individuen zuträglich ist, in diesem Prozess dienen Immobilien als Mittel zur Nutzbarmachung und Regulierung der Mechanismen, die den Wert der Stadt sozial strukturieren. Städtischer Raum stellt jetzt [...] ein komplexes System bereit, durch welches

die miteinander verflochtenen Formen des Kapitals (Grundbesitz, Finanz- und technologisches Kapital) eine neue Art von ‚räumlich-kognitivem fix‘ bilden.

Anders ausgedrückt ist der Nexus von Finanzialisierung und Urbanisierung zu einem strukturellen Prozess geworden, in dem alle Mitwirkenden – einschließlich der Superreichen und der Mittelschichten – versuchen, von Immobilien, die nun eine Art ‚finanzialisiertes Gut‘ darstellen, zu profitieren. Die Superreichen mögen sich auf den exklusiven Höhen extremen Reichtums bewegen, aber die tieferen Lagen werden von einer wachsenden Zahl an Haushalten besiedelt, die über Rücklagen verfügen und dafür einen vergleichsweise sicheren Anlagehafen in Form von Immobilien suchen. Wie Forest & Hirayama (2015: 239) ausführen, ist es im derzeitigen Klima niedriger Sparzinsen und volatiler Aktienmärkte für Menschen mit umfangreichen Sparguthaben „die vernünftige Finanzstrategie, sein eigenes Haus zu besitzen und das von jemand anderem noch dazu.“

Hier ließe sich einwenden, dass Käufe zum Zweck der Vermietung ungleich weniger im Rampenlicht stehen als jene, die in Leerstand münden (‚buy to leave‘) – dass also ‚ausländische‘ Investoren, die Objekte in Toplagen leer stehen oder weitgehend ungenutzt lassen, wesentlich mehr Aufmerksamkeit erregen als das Geld, das aus diversen anderen Quellen auf den neuen Mietmarkt strömt. Gewiss, Leerstand entzieht dem Markt Objekte, wodurch das Angebot reduziert und die Preise nach oben getrieben werden. Ähnliches geschieht, wenn die Politik auf das obere Marktsegment setzt (siehe Teil III des Bandes), auch dann reduziert sich das Angebot in anderen Marktsegmenten. Beim Markt für die Vermietung von Eigentumswohnungen ist die Sache jedoch komplizierter. Viele der internationalen Investmentobjekte werden vor Ort weitervermietet. Zwar mögen Superreiche die Besitzer_innen dieser Immobilien sein, aber es ist das lokale Wirtschaftsgeschehen, welches die Mieten steigen lässt.

Somit gibt es keinen simplen Kausalzusammenhang zwischen steigenden Immobilienpreisen und den Investitionen Superreicher. Schuld ist vielmehr der ökonomische Strukturwandel insgesamt (vgl. Chiu/Lui 2009, Hamnett 1994, Sassen 1991). Ganz offenkundig der Fall zu sein scheint dies in Amsterdam, wo die Preise erheblich gestiegen sind, aber Leerstand als Folge der ‚buy-to-leave‘ Praxis derzeit ein noch eher seltenes Phänomen darstellt. Es bedarf daher einer wesentlich präziseren und auf die konkrete Lokalität bezogenen Analyse des relativen Einflusses der Superreichen auf die Entwicklung der lokalen Immobilienmärkte und auf die steigenden Immobilienpreise.

5. Zeigt sich überall das gleiche Bild?

Der obige Punkt bringt uns zu unserer letzten empirischen Frage, nämlich der nach geographischen Unterschieden. Wie urbane Ungleichheiten und ihre gesellschaftlichen Konsequenzen im konkreten Fall aussehen, hängt nicht nur von globalen ökonomischen Entwicklungen ab, sondern auch von der jeweiligen urbanen politischen Ökonomie. Die Regimetheorie hat gezeigt, dass sich viele Städte durch fest etablierte und tiefreichende Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Politik und die damit einhergehenden engen Beziehungen zwischen den ökonomischen und politischen Eliten

auszeichnen – aber sie besagt auch, dass sich dies nicht überall gleich darstellt (siehe z.B. Stone 1993). Entsprechend lassen die Beiträge im dritten Teil des Bandes erkennen, dass die Investitionen Superreicher in jeder der untersuchten Städte unterschiedliche Auswirkungen zeitigen. Wissink et al. (in diesem Band) stellten beispielsweise dar, wie die städtische politische Ökonomie Hongkongs zu den spezifischen urbanen Ungleichheiten in dieser Stadt mitsamt ihrer Folgen beigetragen hat. Dabei stellt das Kapitel jedoch auch die lokalen Besonderheiten der Hongkonger Superreichen bzw. ihres Superreichtums heraus.

Hongkong ist ein krasses Beispiel dafür, wie die wohlhabenden lokalen Eliten ihre Macht einsetzen, um in enger Zusammenarbeit mit einer wohlgesinnten Regierung in das urbane Gefüge einzugreifen. In anderen großen Städten sind diese Beziehungen womöglich weniger sichtbar oder sie unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Ursachen und Wirkungen, ihrer historischen Wurzeln und der Merkmale und Strukturen dieser Verbindungen. In der Literatur wird mitunter ein recht homogenes Bild der Superreichen von heute gezeichnet, aber die komparative Urbanistik bietet zunehmend Material (z.B. Robinson 2011) das nahelegt, dass es einer wesentlich fundierteren und detaillierteren Interpretation der urbanen Eliten, ihrer Interessen und Einflüsse bedarf. Dürfen wir also davon ausgehen, dass sich die Superreichen und ihre Aktivitäten überall gleichen? Inwieweit sind die Verhaltensweisen und Praktiken der Superreichen ortsspezifisch? Und inwiefern ähneln oder unterscheiden sich die Konsequenzen für die Stadt an verschiedenen Orten? Was sagt uns dies schließlich über Theorien des Urbanen und den Grad ihrer Brauchbarkeit und globalen Anwendbarkeit? Die beste Lösung liegt möglicherweise in einem postkolonial sensiblen Umgang mit Theorien des Urbanen unter Einbeziehung des „Verhältnisses zwischen Ort, Wissen und Macht“ (Roy 2016).

Fazit

Wie wohl vorausszusehen war, gibt es noch viel zu tun. Wir sollten uns auch weiterhin über die eklatanten und wachsenden Ungleichheiten in unseren Städten empören – über das obszöne Nebeneinander von Opulenz und Verelendung. Aber wir müssen über die moralische Entrüstung hinauswachsen, um eine tragfähige Analyse der aktuellen Situation in den Städten und eine überzeugendere politische Programmatik für urbanen Wandel zu entwickeln. Dazu gehört unter anderem, durch die empirische Erforschung der genauen Ursachen urbaner Diversität mehr Beispiele für positive Entwicklungen zu identifizieren. Pow (2015: 464) bescheinigt der Stadtforschung einen Hang zu Schwarzmalerei und „universellem Pessimismus“, wodurch eine Vision „sich ausbreitender urbaner Festungen und zunehmender Segregation“ und eine allgegenwärtige „urbane Dystopie von Städten, belagert von den Truppen des neoliberalen Privatismus“ entworfen werde. Zwar gibt es tatsächlich hinreichend Belege für eine derartige Vision, dennoch sollten wir auch für hoffnungsvoller stimmende Narrative und politische Optionen offen sein (Harvey 2000, Coutard/Guy 2007, Pow 2015). Bei aller Kritik müssen wir sicherstellen, dass wir das richtige Ziel anpeilen und das richtige Publikum erreichen.

Im Mittelpunkt dieses Buches standen die Superreichen und ihr Einfluss auf die Gestaltung des urbanen Gefüges der Gegenwart. Dabei haben wir versucht, die verschiedenen Facetten des wechselseitigen Verhältnisses zwischen Vermögenselite und Stadt zu beleuchten, und waren bemüht, eine eindimensionale Darstellung dieser Beziehung zu vermeiden. Die Macht und der Einfluss dieser neuen Eliten sind immens und erfordern komplexe Netzwerke von intermediären Instanzen – und inzwischen wird ihnen zu Recht viel Beachtung geschenkt. Darauf aufbauend sollten wir nun anfangen, neben anderen potenziellen Ursachen für urbanen Wandel, den relativen Einfluss ihres Handelns herauszuarbeiten, um zu verstehen, was in unseren Städten passiert, und somit eine tragfähigere Basis für angemessene Antworten zu entwickeln.

Übersetzung Andrea Tönjes für SocioTrans (Social Science Translation & Editing).

Die Arbeit für diesen Beitrag wurde mit Mitteln aus dem ESRC/RGC Joint Research Scheme, gefördert durch das Hongkong Research Council und das Economic and Social Research Council of the United Kingdom, unterstützt (Projektreferenznummer ES/KO10263/1).

Autor_innen

Ray Forrest arbeitet als Stadtforscher in Hong Kong.
rayforrest@ln.edu.hk

Sin Yee Koh arbeitet als Geographin am Institut für Asien Studies der Universität Brunei Darussalam.

Bart Wissink arbeitet als Stadtforscher in Hong Kong.

Endnoten

- [1] Siehe dazu auch Vertovec (2007) mit dem Begriff der ‚Super-Diversität‘, der in der Migrationsforschung dazu dient, multikulturelle Diversität als Ergebnis hoher Zuwanderung zu beschreiben.
- [2] Wie beispielsweise das Trans-Pacific Partnership Agreement (TPP).

Literatur

- Atkinson, Rowland (2006): Padding the bunker: Strategies of middle-class disaffiliation and colonisation in the city. In: *Urban Studies* 43/4, 819-832.
- Atkinson, Rowland (2016): Limited exposure: Social concealment, mobility and engagement with public space by the super-rich. In: *Environment and Planning A* 48/7, 1302–1317.
- Barclays & IESE (2005): British people in Spain: An x-ray. In: *Barclays IESE Barometer* 1/1. https://web.archive.org/web/20060904100124/http://www.iese.edu/en/files/6_18868.pdf (letzter Zugriff am 6.2.2016).
- Bauman, Zygmunt (2013): *Does the Richness of the Few Benefit Us All?* Cambridge/Malden, MA: Polity Press.

- BDO Tax. (2013): The Global Opportunities Report: A Summary of Tax Regimes Around the World. http://www.bdo.co.uk/__data/assets/pdf_file/0003/16932/BDO-Global-Opportunities-Report.pdf (letzter Zugriff am 13.5.2014).
- Beaverstock, Johnatan V. (2012): The privileged world city: Private banking, wealth management and the bespoke servicing of the global super rich. In: Ben Derudder / Michael Hoyler / Peter J. Taylor / Frank Witlox (Hg.), *International Handbook of Globalization and World Cities*. Cheltenham/Northampton, MA: Edward Elgar, 378-389.
- Beaverstock, Jonathan V. / Hall, Sarah / Wainwright, Thomas (2011): Servicing the super-rich: New financial elites and the rise of the private wealth management retail ecology. In: *Regional Studies* 47/6, 834-849.
- Beaverstock, Jonathan V. / Hall, Sarah / Wainwright, Thomas (2013): Overseeing the fortunes of the global super-rich: The nature of private wealth management in London's financial district. In: Iain Hay (Hg.), *Geographies of the Super-Rich*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, 43-60.
- Butler, Tim / Lees, Loretta (2006): Super-gentrification in Barnsbury, London: Globalization and gentrifying global elites at the neighbourhood level. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 31/4, 467-487.
- Cesar, Edward (2015): House of secrets: Who owns London's most expensive mansion?, in: *The New Yorker*, 1.6.2015. <http://www.newyorker.com/magazine/2015/06/01/house-of-secrets> (letzter Zugriff am 25.7.2018).
- Chiu, Stephen / Lui, Tai-Lok (2009): *Hong Kong: Becoming and Asian Global City*. London/New York: Routledge.
- Coutard, Olivier / Guy, Simon (2007): STS and the city: Politics and practices of hope. In: *Science, Technology & Human Values* 32/6, 713-734.
- Daamen, Ton (2015): Amsterdam raakt steeds meer in trek bij de superrijken, in: *Parool*, 20.9.2015. <http://www.parool.nl/parool/nl/30/ECONOMIE/article/detail/4145936/2015/09/20/Amsterdam-raakt-steeds-meer-in-trek-bij-de-superrijken.dhtml> (letzter Zugriff am 15.12.2015).
- Dardot, Pierre / Laval, Christian (2014): *The New Way of the World: On Neoliberal Society*. London/New York: Verso.
- Davies, William (2014): The tyranny of intermediaries: Who writes the rules of our modern capitalism? In: *Juncture*. <https://www.ippr.org/juncture/the-tyranny-of-intermediaries-who-writes-the-rules-of-our-modern-capitalism> (letzter Zugriff am 10.3.2014).
- Dorling, Danny (2014): *Inequality and the 1%*. London/New York: Verso.
- Forrest, Ray / Hirayama, Yosuke (2015): The financialisation of the social project: Embedded liberalism, neoliberalism and home ownership. In: *Urban Studies* 52/2, 233-244.
- Forrest, Ray / Wissink, Bart (2016): Whose city now? Urban managerialism reconsidered (again). In: *Sociological Review*, Onlineausgabe, doi: 10.1111/1467-954X.12415.
- Galbraith, James K. (2012): *Inequality and Instability: A Study of the World Economy Just Before the Great Crisis*. Oxford: Oxford University Press.
- Glucksberg, Luna / Atkinson, Rowland / Butler, Tim / Rhodes, David (2015): The Gentrification of Gentrification. Präsentiert im Rahmen des Seminars, *Elites and Urban Dynamics: New Perspectives*, London School of Economics, 22.7.2015.
- Goldfarb, Michael (2013): London's great exodus, in: *New York Times*, 12.10.2013. http://www.nytimes.com/2013/10/13/opinion/sunday/londons-great-exodus.html?pagewanted=all&_r=0 (letzter Zugriff am 15.1.2016).
- Hall, Sarah (2009): Financialised elites and the changing nature of finance capitalism: Investment bankers in London's financial district. In: *Competition and Change* 13, 173-189.
- Hamnett, Chris (1994): Social polarisation in global cities: Theory and evidence. In: *Urban Studies* 31/3, 401-24.
- Harvey, David (2000): *Spaces of Hope*. Berkeley/Los Angeles: University of Berkeley Press.
- Harvey, David (2004): The 'new' imperialism: Accumulation by dispossession. In: *Social Register* 40, 63-87.
- Koh, Sin Yee / Wissink, Bart (2015): Enabling and Structuring Elite Transnational Lifestyles: Intermediaries of the Super-Rich. Präsentiert im Rahmen der RGS-IBG Annual International Conference, Exeter (GB), 1-4.9.2015.
- Koh, Sin Yee / Wissink, Bart / Forrest, Ray (2015): Elite Segregation in Hong Kong: From Colonial Spaces to the 1% City. Präsentiert im Rahmen des AAG Annual Meeting, Chicago (USA), 21-25.4.2015.

- Koh, Sin Yee / Wissink, Bart / Forrest, Ray (2016): Reconsidering the super-rich: Variations, structural conditions, and urban consequences. In: Iain Hay / Jonathan Beaverstock (Hg.), *International Handbook of Wealth and the Super-Rich*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, 18-40.
- Lees, Loretta (2003): Super-gentrification: The case of Brooklyn Heights, New York City. In: *Urban Studies* 40/12, 2487-2509.
- Lees, Loretta / Shin, Hyun Bang / López-Morales, Ernesto (2016): *Planetary Gentrification*. Cambridge: Polity Press.
- Marx, Karl (1960 [1852]): *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. Marx-Engels-Werke Bd. 8. Berlin: Dietz, 111–207.
- Merrifield, Andy (2014): *The New Urban Question*. London: Pluto Press.
- Montgomerie, Johanna / Williams, Karel (2009): Financialised capitalism: After the crisis and beyond neoliberalism. In: *Competition & Change* 13/2, 99-107.
- Moreno, Louis (2014): The urban process under financialised capitalism. In: *City* 18/3, 244-268.
- Ni, Songhua (2015): Letter to the editors: Defending plans for home of Ryder Cup, in: *South China Morning Post*, 19.12.2015. <http://www.scmp.com/comment/letters/article/1892656/letters-editor-december-19-2015> (letzter Zugriff am 30.1.2016).
- Pasuk Phongpaichit / Baker, Chris (2016): *Unequal Thailand: Aspects of Income, Wealth and Power*. Singapur: NUS Press.
- Piketty, Thomas (2014): *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge (MA)/London: Belknap Press of Harvard University Press.
- Pow, CP (2015): Urban dystopia and epistemologies of hope. In: *Progress in Human Geography* 39/4, 464-485.
- Robinson, Jennifer (2011): Cities in a world of cities: The comparative gesture. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 35/1, 1-23.
- Roy, Ananya (2016): Who is afraid of postcolonial theory? In: *International Journal of Urban and Regional Research* 40/1, 200-209.
- Sassen, Saskia (1991): *The Global City: New York, London, Tokyo*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Sassen, Saskia (2014): *Expulsions: Brutality and Complexity in the Global Economy*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Savage, Mike (2015): *Social Class in the 21st Century*. London: Pelican Books.
- Sayer, Andrew (2015): *Why We Can't Afford the Rich*. Bristol/Chicago: Policy Press.
- Sayer, Andrew (2016): Interrogating the legitimacy of extreme wealth: A moral economic perspective. In: Iain Hay / Jonathan V. Beaverstock (Hg.), *Handbook on Wealth and the Super-Rich*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, 94-112.
- Shaxson, Nicholas (2011): *Treasure Islands: Tax Havens – Tax Havens and the Men Who Stole the World*. London: Bodley Head.
- Short, John Rennie (2013): Economic wealth and political power in the second Gilded Age. In: Iain Hay (Hg.), *Geographies of the Super-Rich*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, 26-42.
- Simpson, Peter (2015): In the rough: Members of prestigious Wentworth golf club come out swinging against new Chinese, in: *South China Morning Post*, 13.12.2015. <http://www.scmp.com/news/china/society/article/1890503/rough-members-prestigious-wentworth-golf-club-come-out-swinging> (letzter Zugriff am 13.12.2015).
- Stiglitz, Joseph. (2012): *The Price of Inequality*. London: Allen Lane.
- Stone, Clarence N. (1993): Urban regimes and the capacity to govern: A political economy approach. In: *Journal of Urban Affairs* 15/1, 1-28.
- The Gulf Times (2015): Towers of luxury overshadow city, in: *The Gulf Times*, 7.12.2015.
- Vertovec, Steven (2007): Super-diversity and its implications. In: *Ethnic and Racial Studies* 30/6, 1024-1054.



Stadt- und Elitesoziologie – Desinteresse oder Kooperation?

Kommentar zu Ray Forrest, Sin Yee Koh und Bart Wissink

„Hyper-Spaltung in Städten und die ‚unmoralischen‘ Superreichen“

Debatte

2018, Band 6, Heft 2/3

Seiten 105-110

zeitschrift-suburban.de

Ray Forrest, Sin Yee Koh,
Bart Wissink

„Hypergespaltene Städte
und die ‚unmoralischen‘
Superreichen – Fünf
abschließende Fragen“

Kommentare von:

Michael Hartmann,

Susanne Heeg, Anna-Lisa

Müller, Laura Calbet i Elias

Michael Hartmann

Wenn man fragt, in welchem Verhältnis Elitesoziologie und Stadtsoziologie zueinander stehen, fällt die Antwort ganz eindeutig aus. Die Debatten und Erkenntnisse der einen Disziplin spielen für die jeweils andere so gut wie keine Rolle. Typisch dafür ist der jüngste, auf einer großen Tagung an der London School of Economics and Political Science (LSE) basierende, Sammelband zur Elitesoziologie (Korsnes et al. 2018). Das Thema Stadt findet gerade einmal in einem der 15 Beiträge überhaupt Erwähnung, und das auch nur mit einem einzigen Satz (Hartmann 2018a: 39). Im kurz zuvor erschienenen *Handbook of Political Elites* mit seinen sogar 40 Beiträgen (Best/Higley 2017) sieht es nicht anders aus. Auch früher war es nicht besser. So kommen Städte beispielweise in Bourdieus umfassender Analyse der französischen Eliten nur an ganzen zwei Stellen vor: in einem Diagramm, in dem neben vielen anderen Merkmalen der Wirtschaftselite auch die Größe der Geburtsorte und die Lage der besuchten Schulen (Paris oder Provinz) aufgeführt wird, sowie bei der Differenzierung zwischen den stark in den Regionen ‚verwurzelten‘ Privatunternehmern und den in Paris angesiedelten Staatsunternehmern (Bourdieu 2004: 364f., 370). Für die Analyse des ‚Staatsadels‘ sind diese kurzen Bemerkungen aber ohne jede Bedeutung. Soweit ich es beurteilen kann, gilt diese Nichtbeachtung auch umgekehrt. So ist beispielsweise im sehr umfangreichen Literaturverzeichnis des Aufsatzes von Forrest, Koh und Wissink (2017) mit dem Buch von Mike Savage (2015) auch nur eine einzige Publikation verzeichnet, die wenigstens teilweise auch Fragen aus der Elitesoziologie behandelt. Man zeigt beiderseits Desinteresse an den Forschungsergebnissen des jeweils anderen.

Selbst dort, wo man es am ehesten vermuten würde, bei den Soziologen, die die These von einer globalen herrschenden Klasse oder Elite vertreten (Carroll 2010; Robinson 2004; Sklair 2001), bleiben Städte in der Analyse außen vor. Das ist deshalb erstaunlich, weil eine solche globale Elite zu großen Teilen identisch wäre mit den ‚Superreichen‘, die bei Forrest, Koh und Wissink im Zentrum des Interesses stehen. In beiden Fällen geht es um eine Personengruppe, die ihre Wohnorte unabhängig von ihrer eigenen Nationalität nach Belieben wählen kann, da sie über die dazu erforderlichen

immensen Geldmittel verfügt. In der medialen Debatte und teilweise auch in der wissenschaftlichen Diskussion über die dramatisch wachsende Ungleichheit in den Großstädten und Metropolen werden sie als die Hauptverantwortlichen für diese Entwicklung identifiziert, wie Forrest, Koh und Wissink (2017) ausgangs ihrer Ausführungen zu Recht anmerken. Wenn die drei Autor_innen fordern, an die Stelle vorwiegend moralisch argumentierender Kritik an den ‚Superreichen‘ sorgfältige empirische Analysen über ihre Aktivitäten und ihre Wirksamkeit zu setzen, ist ihnen ohne jede Einschränkung zuzustimmen.

Forrest und seine Kolleg_innen weisen in ihrem Aufsatz auf entscheidende Schwachpunkte in der bislang vorherrschenden Argumentation hin und zeigen damit zugleich, an welchen Punkten eine Verknüpfung von Stadt- und Elitesozioologie fruchtbar sein könnte. Das betrifft vor allem die Rolle des Nationalstaats in diesem Prozess, die Bedeutung von Immobilien als Anlageform (‚buy to leave or buy to rent‘) und die Unterschiede zwischen den jeweiligen lokalen Eliten.

Was die Rolle des Nationalstaates angeht, so liegt ein entscheidender Grund für die Konzentration von Superreichen in Städten wie London, Monaco, Singapur oder Zürich in den von den jeweiligen Nationalstaaten beschlossenen, sehr attraktiven steuerlichen Konditionen, die den Ausländer_innen unter ihnen dort geboten werden. Das schlägt sich dann folgerichtig in einem hohen Anteil ausländischer Superreicher in diesen Städten nieder. Dennoch kann man die Explosion der Immobilienpreise an diesen Orten nicht einfach kausal mit diesem Sachverhalt erklären. Das demonstriert das Beispiel New York, das in puncto Immobilienpreise dieselbe Entwicklung durchgemacht hat. New York weist von allen Metropolen die höchste Zahl an Milliardär_innen auf. Das galt auch schon vor der jüngsten Steuersenkung durch die Regierung Trump. Bis zu diesem Beschluss hatte New York einen Spitzensatz in der Einkommensteuer wie Deutschland und keinerlei steuerliche Vergünstigungen für ausländische Superreiche. Dies deutet auf zwei Aspekte hin: Erstens existieren für sehr reiche Ausländer_innen neben steuerlichen Anreizen auch noch andere Motive für den Erwerb von Immobilieneigentum in Städten wie New York oder London, etwa die im Vergleich zum eigenen Herkunftsland deutlich größere Sicherheit für das dort angelegte Kapital. Diese veranlasst schon seit Jahrzehnten südamerikanische Milliardär_innen, sich in New York niederzulassen oder Wohneigentum zu erwerben. Heute trifft dasselbe besonders auf die sehr reichen Chines_innen und Russ_innen zu, die Immobilien beispielsweise in London oder der Schweiz erwerben. Zweitens sind in den meisten Fällen nicht die ausländischen Superreichen der wesentliche Grund für die Preisentwicklung bei Luxusimmobilien, sondern die einheimischen Milliardäre und Multimillionäre. Einzig in relativ kleinen Regionen wie am Zürichsee oder in Monaco können Ausländer_innen eine entscheidende Rolle in diesem Prozess spielen. Aber selbst in London, wo ausländische Superreiche zahlreicher vertreten sind als in irgendeiner anderen Metropole dieser Welt, dürften die einheimischen Superreichen immer noch mindestens genauso bedeutsam sein. In diesem Punkt kann die Eliteforschung etwas mehr Klarheit schaffen. Wenn ihren Forschungsergebnissen zufolge neun von zehn Milliardär_innen in ihrem Heimatland wohnen (Hartmann 2016: 117ff.), macht das die

realen Verhältnisse erheblich deutlicher. Zwar besitzt ein Teil dieser Milliardär_innen auch Immobilien im Ausland. Der Hauptanteil ihres Vermögens, auch ihres Immobilienvermögens, ist aber im Heimatland zu finden. Das Argument mit den reichen Russ_innen oder Chines_innen ist also weit weniger aussagekräftig als zumeist vermutet.

Forrest und seine Kolleg_innen haben deshalb mit ihrer Kritik, die Aufmerksamkeit sei zu sehr auf das ‚buy to leave‘ gerichtet worden statt auf das ‚buy to rent‘, einen wichtigen Punkt getroffen. Ausschlaggebend für die rasanten Steigerung der Immobilienpreise in Großstädten ist nicht der Häuserkauf durch ausländische Superreiche, sondern vielmehr die Verwandlung von Immobilien in Anlage- und Spekulationsobjekte. Wenn unter den 30 DAX-Konzernen heute ein Konzern wie Vonovia zu finden ist, zeigt das, wie stark Wohneigentum nach dem weitgehenden Rückzug der nicht auf Profit ausgerichteten gemeinnützigen und öffentlichen Wohnungsgesellschaften aus dem Wohnungsmarkt zum Objekt der Kapitalverwertung geworden ist. Die Superreichen beeinflussen die Preisentwicklung durch Investitionen in solche Unternehmen wie Vonovia vermutlich weit stärker als durch den direkten Erwerb von Immobilien. Die Preisexplosion in Städten wie Frankfurt am Main lässt sich nämlich nicht mit letzterem erklären. Die wirklich reichen Frankfurter_innen wohnen traditionell überwiegend im Hochtaunus. Angesichts der zahlreichen sehr gut verdienenden Beschäftigten in Frankfurt ist der Immobilienmarkt dort aber von Anlage- und Spekulationsstrategien geprägt, die auf die Kauf- und Mietinteressen dieser sehr gut verdienenden Klientel und auf einen zunehmenden Bedarf an Gewerbeimmobilien setzen.

Auch hierbei spielen staatliche Entscheidungen eine wesentliche Rolle. Wie sehr der Staat Investoren wie Vonovia entgegenkommt, zeigen die sogenannten ‚Share-Deals‘. Bei diesen Geschäften können Investoren teure Immobilien erwerben, ohne dabei wie jeder normale ‚Häuslebauer‘ eine Grunderwerbsteuer in Höhe von – je nach Bundesland – 4,5 bis 6,5 Prozent der Kaufsumme entrichten zu müssen. Voraussetzung dafür ist nur, dass sie die Immobilie nicht direkt von einem Dritten kaufen, sondern Anteile an einer Gesellschaft übernehmen, in die die Immobilie zuvor eingebracht worden ist. Wenn diese Anteile nicht mehr als 94,9 Prozent ausmachen, bleibt der Verkauf ohne jegliche Belastung durch die Grunderwerbsteuer. Fünf Jahre nach dem Deal können die restlichen 5,1 Prozent dann auch grundsteuerfrei übernommen werden. Ein spektakulärer Fall war der Verkauf des Eurotowers der EZB in Frankfurt am Main im Jahr 2015, bei dem diese steuerliche Regelung genutzt wurde, um bei einem Kaufpreis von 480 Millionen Euro keinen einzigen Cent Grunderwerbsteuer zahlen zu müssen. Eigentlich wären in Hessen bei dieser Summe sonst knapp 29 Millionen Euro fällig geworden. Obwohl Fälle wie dieser immer wieder große öffentliche Empörung auslösen – gerade dort, wo die Menschen wie in Berlin, Frankfurt oder München unter Wohnungsmangel und den hohen Mieten leiden – und die Politik auch jedes Mal versichert, dieses Schlupfloch schnell schließen zu wollen, ist bis heute nichts passiert. Diese Regelung, die ausschließlich großen Investoren zugutekommt, ist weiter in Kraft. Die Einnahmeausfälle für die öffentlichen Kassen werden 2015 auf mindestens eine halbe Milliarde Euro pro Jahr geschätzt. Das dürfte noch sehr vorsichtig angesetzt sein. Allein für Berlin wird mittlerweile schon von 200 Millionen Euro jährlich ausgegangen.

Städte wie Frankfurt am Main weisen auf einen weiteren zentralen Punkt hin, den auch Forrest und Kolleg_innen ansprechen. Sie zeigen, dass es unterhalb der Superreichen und der sonstigen Reichen eine Schicht von sehr gut verdienenden Menschen gibt, die bereit und in der Lage sind, die geforderten Preise für Mietwohnungen oder Wohnungseigentum zu zahlen. Diese Bevölkerungsgruppe zählt ebenso wie die Reichen, wenn auch in deutlich geringerem Maße, zu den Gewinnern jener neoliberalen Politik, die, je nach Land, seit zwei bis vier Jahrzehnten zu enormen Einkommensunterschieden geführt hat.

Hier kommt nun wieder die Elitesoziologie ins Spiel. Sie bietet eine zentrale Erklärung für diesen Prozess. Der Erfolg des Neoliberalismus hängt nämlich auf das Engste zusammen mit der sozialen Rekrutierung der Eliten insgesamt und der politischen Eliten im Besonderen. Als Thatcher und Reagan ihre Ämter übernahmen, kam es nicht nur zu einer grundsätzlichen Wende in der Politik, sondern auch zu einer ebenso grundsätzlichen in der personellen Zusammensetzung der Regierungen. Während unter ihren Vorgängern Callaghan und Carter die Kabinettsmitglieder zu fast drei Vierteln aus der Arbeiterschaft und den Mittelschichten und nur zu gut einem Viertel aus der *upper class* und *upper middle class* stammten, drehte sich das Verhältnis mit dem Regierungswechsel um. Nun kamen drei Viertel bis sogar vier Fünftel der Kabinettsmitglieder aus der *upper class* oder *upper middle class*. Sie favorisierten qua Herkunft und den damit einhergehenden Einstellungen eine vollkommen andere Steuer-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik als die Vorgängerregierungen. Eine ähnliche Entwicklung, allerdings in jeder Beziehung weit weniger stark ausgeprägt, spielte sich dann knapp zwei Jahrzehnte später auch in Deutschland ab. Die von den politischen Eliten und den sozial genauso exklusiv zusammengesetzten Eliten der anderen wichtigen Sektoren forcierte neoliberale Politik führte zu jener Einkommens- und Vermögenskonzentration, die, je nach Land, seit zwei bis drei Jahrzehnten den Immobilienmarkt in den Großstädten prägt und den wesentlichen Grund für die soziale Spaltung dieser Städte bildet (Hartmann 2018b). Was auf nationaler Ebene gilt, trifft auch auf die lokale Ebene zu. Will man die Politik dort und die Unterschiede zwischen verschiedenen Städten konkret analysieren, muss die soziale Rekrutierung der lokalen Eliten, vor allem der politischen, ebenfalls eine wesentliche Rolle spielen.

Wie wichtig es ist, zwischen verschiedenen nationalen und lokalen Eliten zu differenzieren – die dritte wichtige Anregung von Forrest und Kollegen –, zeigen auch zwei andere zentrale Aspekte. Erstens ist die Bindung der Eliten an staatliche Institutionen in Ländern wie China oder Russland viel stärker als in Nordamerika oder den westeuropäischen Staaten. Zweitens fällt ihre örtliche Konzentration in Ländern wie Frankreich und Großbritannien mit einer eindeutig dominierenden Hauptstadt völlig anders aus als in den USA oder Deutschland. Während die französischen und britischen Eliten und Superreichen weitgehend in den Großräumen von Paris und London residieren, ist die regionale und lokale Streuung in den USA und in Deutschland relativ groß. Eine Möglichkeit, solchen Differenzierungen genauer nachzugehen, bieten einmal internationale Vergleiche zwischen den Eliten (Hartmann 2016). Eine andere Möglichkeit sind lokale Elitenstudien an einem Ort, wie sie der – nicht aus der Eliteforschung kommende – schwedische

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Mikael Holmqvist in Djursholm, dem reichsten Stadtteil Stockholms und der reichsten Gemeinde Schwedens, durchgeführt hat. Holmqvist schildert in seinem 2017 erschienenen Buch sehr detailliert, welche Rolle einzelne exklusive Kommunen bei der Formierung nationaler Eliten spielen können, indem sie gemeinsame Lebensstile für die Angehörigen der verschiedenen Eliten prägen und bestimmte habituelle Anforderungen an sie stellen (Holmqvist 2017). Elite- und Stadtsoziologie könnten sich also durchaus befruchten, wenn man denn die Ergebnisse der jeweiligen Forschung wechselseitig zur Kenntnis nehmen würde.

Autor_innen

Michael Hartmann ist Soziologe mit dem Schwerpunkt Eliteforschung.
hartmann@ifs.tu-darmstadt.de

Literatur

- Best, Heinrich / Higley, John (Hg.) (2017): The Palgrave Handbook of Political Elites. London: Palgrave Macmillan.
- Bourdieu, Pierre (2004): Der Staatsadel. Konstanz: UVK.
- Carroll, William K. (2010): The Making of a Transnational Capitalist Class. Corporate Power in the twenty-first Century. London/New York: Zed Books.
- Forrest, Ray / Koh, Sin Yee / Wissink, Bart (2017): In search of the super-rich: Who are they? Where are they? In: Ray Forrest / Sin Yee Koh / Bart Wissink (Hg.), Cities and the Super-Rich. Real Estate, Elite Practices and Urban Political Economies. New York: Palgrave Macmillan, 1-18.
- Hartmann, Michael (2016): Die globale Wirtschaftselite. Eine Legende. Frankfurt/New York: Campus.
- Hartmann, Michael (2018a): The international business elite: fact or fiction? In: Olaf Korsnes, / Johan Heilbron / Johannes Hjellbrekke / Felix Bühlmann / Mike Savage (Hg.), New Directions in Elite Studies. Abingdon/New York: Routledge, 31-45.
- Hartmann, Michael (2018b): Die Abgehobenen. Wie die Eliten die Demokratie gefährden. Frankfurt/New York: Campus (erscheint im September 2018).
- Holmqvist, Mikael (2017): Leader Communities. The Consecration of Elites in Djursholm. New York: Columbia Press.
- Korsnes, Olav / Heilbron, Johan / Hjellbrekke, Johannes / Bühlmann, Felix / Savage, Mike (Hg.) (2018): New Directions in Elite Studies. Abingdon/New York: Routledge.
- Robinson, William I. (2004): A Theory of Global Capitalism. Production, Class, and State in a Transnational World. Baltimore/London: Johns Hopkins University Press.
- Savage, Mike (2015): Social Class in the 21st Century. London: Pelican Books.
- Sklair, Leslie (2001): The Transnational Capitalist Class. Oxford: Wiley-Blackwell.

Immobilien, Stadtentwicklung und die Superreichen

Kommentar zu Ray Forrest, Sin Yee Koh und Bart Wissink

„Hyper-Spaltung in Städten und die ‚unmoralischen‘ Superreichen“

Debatte

2018, Band 6, Heft 2/3

Seiten 111-118

zeitschrift-suburban.de

Ray Forrest, Sin Yee Koh,
Bart Wissink

„Hypergespaltene Städte
und die ‚unmoralischen‘
Superreichen – Fünf
abschließende Fragen“

Kommentare von:

Michael Hartmann,

Susanne Heeg, Anna-Lisa

Müller, Laura Calbet i Elias

Susanne Heeg

Nach einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes (2018) hatten von allen in Deutschland erfassten Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 19.000 Einkünfte von mindestens einer Million Euro. Dass Arbeit aber nicht die vorrangige Methode ist, um reich zu werden und zu bleiben, kann man daran erkennen, dass die Zahl der High-Net-Worth-Individuals (HNWI) mit mehr als einer Million Euro Vermögen[1] jene der Einkommensmillionär_innen im Jahr 2017 um 1.345.600 in Deutschland überstieg. Auch die Entwicklung der HNWI ist in Deutschland günstiger als die der Einkommensmillionär_innen. Dem Statistischen Bundesamt zufolge nahm die Zahl der Einkommensmillionär_innen von 2013 bis 2018 ‚lediglich‘ um 1.600 zu (Statistisches Bundesamt 2018). Dem World Wealth Report 2018 von Capgemini zufolge konnten sich aber alleine von 2016 bis 2017 85.000 Personen mehr in Deutschland als HNWI bezeichnen (Capgemini 2018). Ganz offensichtlich ist Arbeit weniger erfolgversprechend, wenn man sich auf den Weg machen will, Millionär_in zu werden. Dies gilt nicht nur in Deutschland, sondern ist ein weit verbreitetes Phänomen. Es hat ganz einfach damit zu tun, dass Vermögen geringer besteuert wird als das Einkommen[2].

Im Wealth Report 2018 von Knight Frank wird auf eine weltweite 20 prozentige Zunahme von Multi-Millionär_innen im Zeitraum von 2012 bis 2017 hingewiesen (Knight Frank 2018). Die Zeiten scheinen also für Superreiche super-gut zu sein. Das vermögendste eine Prozent der Weltbevölkerung verfügt über stolze 50,1 Prozent des gesamten Vermögens privater Haushalte weltweit (Credit Suisse 2017)[3]. Dies dürfte wohl Anlass genug sein, sich mit Superreichen und ihrem Verhältnis zur Stadtentwicklung auseinanderzusetzen. Im Folgenden werde ich allerdings nicht alle Aspekte thematisieren, die von Ray Forrest, Sin Yee Koh und Bart Wissink im Überblicksartikel aufgeworfen wurden, sondern mich auf zwei Aspekte konzentrieren, die es meiner Meinung nach zu vertiefen gilt, weil sie zwar angesprochen, aber nicht ihrer Bedeutung entsprechend vertieft wurden. Dabei handelt es sich einerseits um den Zusammenhang von Urbanisierung und Immobilien (vierte Frage der Autor_innen) und andererseits um den Beitrag von städtischen Regierungen zur Anziehung von Superreichen (zweite Frage). Auch ich kann

im Folgenden angesichts des begrenzten Umfangs des Beitrages keinesfalls den analytischen Tiefgang leisten, der notwendig wäre, aber trotzdem soll eine kurze immobilienwirtschaftliche und stadtpolitische Reflexion erfolgen, um Lust auf eine vertiefte Analyse des Verhältnisses von Superreichen und Stadtentwicklung zu machen.

Immobilien und Superreiche

Bei dem Artikel von Forrest/Koh/Wissink handelt es sich um einen Überblicksartikel. Insofern ist es nicht sehr überraschend, dass der Artikel eher eine orientierungsgebende Funktion hat als eine tiefgehende Analyse bietet. Überraschend ist allerdings, dass trotz der Betonung, dass das Regime von Superreichen auf einem komplexen Zusammenspiel von intermediären Institutionen und sich verändernden strukturellen Bedingungen beruht (Forrest et al. 2017), dennoch eine individualisierende Analyse des immobilienbezogenen Engagements von Superreichen in Städten vorherrscht. Es geht darum, dass Superreiche in Städten mit Wohnungsnot Wohnungen leer stehen lassen und es geht darum, dass es Superreichen gelingt, die Städte hinsichtlich der kulturellen und konsumbezogenen Umwelt nach ihrem Gusto umzugestalten. Es wird kurz darauf verwiesen, dass sie sich bei ihren Aktivitäten auf Infrastrukturen und Netzwerken von Wealth Managern stützen und deswegen globale Opportunitäten nutzen können.

Mir scheint dieser Bezug aber nicht tiefgehend genug. Wichtiger als dass sich Superreiche in bestimmte Lagen und Objekte einkaufen und diese leer stehen lassen können, ist, dass sie nicht nur einzelne Wohnungen oder Gebäude zur Selbstnutzung besitzen, sondern mehrere Objekte zum Teil in mehreren Städten halten, um ein Vermögen aufzubauen mit dem stabile und hohe Renditen zu erzielen sind. Ziel des Erwerbs zur Vermietung ist vor allem eine gute Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Dies verweist darauf, dass eine angemessene Analyse des Verhältnisses von Superreichen und Immobilien weniger individualisierende Argumentationen erfordert als vielmehr eine Analyse der Netzwerke und Interdependenzen, die das Engagement von Superreichen in Städten möglich machen.

Darüber geben die verschiedenen weiter oben genannten Wealth Reports Aufschluss. Denn auch wenn es so scheint, ist die Funktion der verschiedenen Wealth Reports nicht, über die ungleiche Verteilung und Konzentration von Wohlstand auf nur Wenige zu informieren. Die Funktion besteht vielmehr darin, HNWI zu beraten, wo sie ihr Geld anlegen sollen. Und dabei ganz nebenbei auf die eigene Beratungsleistung hinzuweisen. Dies kann man bestens im Wealth Report von Knight Frank nachlesen, wo darauf hingewiesen wird, dass Immobilien gegenwärtig die zweitwichtigste Anlagekategorie von Superreichen darstellen (Knight Frank 2018: 50). Ganz konkret werden Ultra-High-Net-Worth und High-Net-Worth Individuals Städte und Objekte zur Geldanlage empfohlen. Das geht dann von Büroleuchttürmen zu Luxus-Wohnimmobilien, von Infrastrukturinvestments zu Logistikimmobilien. Insgesamt wird Superreichen geraten, in „a dynamic location, a sector that’s in growth mode, and positive demand from both occupiers (to provide the income) and investors (to drive up prices)“ (Knight Frank 2018: 58) zu investieren. Auch Capgemini verweist darauf, dass Immobilieninvestments – und

besonders Investments in Wohnimmobilien – an Bedeutung zunehmen. Hier sind Immobilien die dritt wichtigste Anlagekategorie nach Aktien und Cash/Cash Equivalents (Capgemini 2018: 17 f.). Im Unterschied zu anderen Anlagekategorien, die gegenwärtig einen Geldabfluss erleben, nimmt das in Immobilien investierte Geld aber weiter zu.

Insofern scheint die einzelne – wenngleich auch nur für eine kurze Zeit – selbstgenutzte Immobilie weniger wichtig zu sein als vielmehr die grundlegende Investitionsstrategie in Immobilien. Denn wenn durchschnittlich 17 Prozent des Vermögens von Superreichen in Immobilien angelegt sind (Capgemini 2018), dann gehören Superreichen mehrere Objekte. Häufig sind Superreiche Investor_innen, mit deren Geld ganze Lagen aufgewertet werden. In der Regel basiert dies aber nicht auf der direkten Initiative von Superreichen, sondern Projektentwickler und weitere Intermediäre versuchen, die Aufmerksamkeit von Superreichen auf sich zu ziehen und ihre Interessen zu bedienen, indem äußerlich ansprechende Objekte in interessanten Lagen entwickelt und verkauft werden. Es dürfte klar sein, dass Superreiche in den seltensten Fällen selbst Bauherr_innen spielen, sondern die Dienstleistung des Planens und Bauens von Projektentwicklern einkaufen. Ein Beispiel dafür ist der 110 Meter hohe Büroturm „Winx“ auf dem am Fluss gelegenen MainTor Areal in Frankfurt, das von der Quandt-Erbin und Multimillionärin Susanne Klatten gekauft wurde, nachdem der Turm bereits 60 Prozent Vorvermietungen aufweisen konnte. Das Areal, das auch unter dem Namen Riverside Financial District vermarktet wurde, wurde vom Immobilieninvestor DIC entwickelt und dann stückchen- oder besser objektweise an reiche Einzelpersonen oder institutionelle Anleger_innen weiterverkauft.

Entsprechende Objekte und Lagen werden häufig mit Namen beworben und vermarktet, die internationale Assoziationen wecken sollen. Auch die Gestaltung weist zumeist keine lokalen Bezüge auf, sondern Materialien und Architektur sind so gewählt, dass sie an anderen Standorten ähnlich funktionieren würden (Knox und Pain 2010; Sklair 2005). Es geht also eher um Austauschbarkeit als um lokale Einbettung, um die Investition aussichtsreich zu machen. Aber ohne Zweifel bedeuten diese Investitionen, dass Lagen aufgewertet werden, um internationale Nutzer_innen und Kund_innen anzusprechen. Obwohl viele Gebäude der „iconic architecture“ zuzuordnen sind und von internationalen Stararchitekten gebaut werden, muss beachtet werden, dass es sich meist um Objekte ohne Ortsbezug handelt (McNeill 2015; 2009).

Auch wenn das genannte Beispiel dies suggeriert, geht es bei Immobilieninvestitionen zumeist nicht um Direktinvestitionen in einzelne Objekte, sondern eher um Portfolioinvestitionen. Dafür werden zum Beispiel Spezialfonds aufgelegt, für die Objekte erworben werden, die dann von Kapitalverwaltungsgesellschaften im Auftrag von Superreichen gemanagt werden. Dieses Investitionsverhalten unterscheidet Superreiche nicht unbedingt von anderen institutionellen Anlegern_innen wie Versicherungen, Pensionskassen oder Stiftungen, die attraktive und gewinnträchtige Assets haben wollen.

Superreiche beauftragen in der Regel mehrere Banken, ihre Interessen zu vertreten, das heißt als Wealth Manager ihr Geld anzulegen. Im Jahr 2014 hatten HNWI im Durchschnitt 2,6 Banken beauftragt, 2017 waren es noch 2,2

(Capgemini 2018: 17). Die wichtigste Bank verwaltet demnach durchschnittlich 17,1 Prozent des Vermögens (Capgemini 2018: 20). Verwaltung bedeutet dabei, dass das Geld in verschiedene Finanzierungsinstrumente wie Fondsinvestments fließen kann. Zusammengefasst scheinen Superreiche ein scheues Reh zu sein, denn nur 55,5 Prozent aller interviewten HNWI berichteten von einem engen Verhältnis zu ihren Wealth Managern. Wealth Manager werden auf verschiedenen Wegen gefunden: über Geschäftskontakte, Empfehlungen von Freunden, eigenständiger Suche nach entsprechenden Beratungen, Weiterführung von etablierten Kontakten (Capgemini 2018: 22). Aber auch wenn es vielfältige Formen der ‚Kontaktanbahnung‘ gibt, so bedeutet dies doch nur, dass die Beratungsleistung von Wealth Managern zum Aufbau und Strukturierung eines Immobilien-Portfolios unverzichtbar ist. Das Investitionsverhalten von HNWI ist also nicht ohne institutionelles Wealth Management denkbar. Von daher bedarf das Verhältnis von Superreichen und Intermediären einer genaueren Analyse. Festzuhalten ist, dass gegenwärtig die Beratung von Wealth Managern dahin geht, metropolitane Immobilienanlagen vorzunehmen.

Damit stellt sich die Frage, ob das gegenwärtig starke Investment in ent-ankerte großstädtische Immobilien eine generelle Charakteristik von Superreichen ist. Oder anders gefragt: Ist es wirklich so, dass Superreiche immer und zu jeder Zeit in städtische Immobilien investieren? Maria Kaika argumentiert, dass sich im Wandel der Zeit auch elitäre Vorstellungen zu Design und Architektur ändern (Kaika 2011). Demnach ändert sich der Zugriff auf den städtischen Raum, aber der Bezug zur Stadt bleibt. Ich möchte dies nicht infrage stellen, aber es ist denkbar, dass das Investitionsverhalten und damit das Verhältnis zu Städten Änderungen unterliegt. Zwar hängt das gegenwärtige Investment einerseits mit städtischem Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum zusammen, die Städte zu einer sicheren Anlagesphäre gemacht haben. Andererseits haben die seit zehn Jahren konstant niedrigen Zinsen dazu beigetragen, dass Immobilien ein attraktives Investment sind. Beide Bedingungen haben vor dem Hintergrund einer globalen ‚wall of money‘ bewirkt, dass international bekannte Städte zu Anlagesphären von Superreichen geworden sind. Aber können wir davon ausgehen, dass dies so bleibt, wenn sich weltwirtschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen wieder ändern? Oder werden mit veränderten Zins-, Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklungen dann Aktien- und andere Anlagen wieder wichtiger? Davon ist auszugehen, denn was als gute Anlage gilt, ändert sich mit der Zeit: von Freizeitressorts über Agrarinvestitionen zu Kryptowährungen et cetera. Wenn es also zu Änderungen im Anlageverhalten kommt, dann stellt sich die Frage, was dies für Städte bedeutet, die das Ziel von Immobilieninvestitionen waren und sind?

Stadt und Superreiche

Das Städtische und Superreiche scheinen inzwischen zusammenzugehören. Dies steht damit im Zusammenhang, dass in vielen Städten vermögenden Anlegern mehr und mehr Räume gewährt und ihre Interessen bedient wurden. Wie dies passierte, wird in dem Überblicksartikel allenfalls randlich thematisiert. Es ist aber notwendig zu analysieren, wie Superreiche ihre

Interessen als städtische Interessen verkleiden konnten. Insbesondere die Deindustrialisierung schuf seit den 1980er Jahren Voraussetzungen für ein erweitertes Engagement von Superreichen – nicht nur – in deutschen Städten. Viele industrielle Betriebsschließungen betrafen attraktive Lagen am Wasser und am Rande der Innenstädte. Diese Lagen wurden spätestens Ende der 1990er Jahre in wirtschaftlich prosperierenden Großstädten in Angriff genommen, das heißt Nutzungsänderungen wurden ermöglicht und Planungsrechte geschaffen. Aus Gewerbegebieten wurden Misch- und manchmal sogar Wohngebiete. Noch in den späten 1990er und Anfang der 2000er Jahre wurde für die gehobene Mittelschicht gebaut. Nach der Finanzkrise wurden verstärkt Luxusprojekte realisiert. Selbst öffentliche Flächen wie ehemalige Häfen wurden für privatwirtschaftliche Projekte des Wohnens am Wasser eröffnet. Dabei erhielten private Projektentwickler die Aufgabe, gehobenes Wohnen für vermögende Haushalte zu realisieren. Das Ziel war, durch die Abgabe von Planungsaufgaben an private Entwickler oder durch die Bildung von Public Private Partnerships die öffentliche Einflussnahme zu reduzieren und die Projekte aus der allgemeinen Diskussion zu nehmen (Silomon-Pflug et al. 2013). Ergebnisse waren steigende Miet- und Kaufpreise in Städten, die aufgrund fehlender öffentlicher Wohnungsbauprojekte und Rückzug aus dem Sozialen Wohnungsbau nicht mehr niedrig gehalten werden konnten. Dies war auch so von vielen politischen und administrativen Vertreter_innen deutscher Großstädte gewollt, da sie eine Veränderung der Sozial- und Bevölkerungsstruktur herbeiführen wollten (Porter und Shaw 2009). Ziel war ein grundlegender Strukturwandel, der – wenn man die Entwicklung der Städte betrachtet – sehr erfolgreich verlief. Inzwischen kann förmlich jeder Fleck städtischen Bodens zu Mondpreisen verkauft werden und für Städte wird eine Renaissance diskutiert (MacLeod und Johnstone 2012, Plöger 1995, Porter und Shaw 2009).

So wird gegenwärtig auf der Fläche des ehemaligen Güterbahnhofs in Frankfurt ein weiteres Wohnhochhaus der Nobelklasse realisiert. Im „Grand Tower“, dem höchsten Wohnhochhaus Deutschlands, werden Wohnungen zu Rekordpreisen von durchschnittlich 19.000 €/m² verkauft. Die beiden Penthouses in der Spitze des 172 Meter hohen Turms sollen zusammen zum Preis von rund 16 Millionen Euro an einen Privatinvestor gegangen sein (Murr 2018). Damit sind wohl die kühnsten Träume einer in Frankfurt ansässigen Immobilienberatung für Luxuswohnungen wahr geworden. 2002 betonte deren Geschäftsführer in einem Gespräch mit Studierenden, dass das östliche Gallus, das heißt der Bereich, der nun mit dem Grand Tower bebaut wird, von den Armen zurückerobert werden müsse. Demnach seien Städte in der Nachkriegszeit allmählich von städtischen Armen, Bedürftigen und Sozialhilfeempfänger_innen übernommen worden mit der Konsequenz, dass die Mittelschicht und vermögende Haushalte vertrieben worden seien. Es gelte nun – wie er in einem Anflug von neuer Geschichtsschreibung betonte – die Stadt wieder zurückzuerobern. Diese Vision ist wahr geworden: Superreiche kaufen sich in Wohnhochhäusern ein, die in ehemaligen Arbeiterquartieren entstehen. Privatisierungen wie des ehemaligen Güterbahnhofs haben es ermöglicht, Städte für die Interessen von Superreichen zu öffnen.

Tatsächlich ist es aber weniger Frankfurt als vielmehr Berlin, das in Deutschland im Fokus von Superreichen ist. Grundsätzlich gelten jene

Städte als bevorzugte Investitionsziele, die bekannt sind, in der internationalen Presse gehypt werden und über transparente Immobilienmärkte verfügen (Knox und Pain 2010). Wenig überraschend sollen 30 Prozent der jährlichen Investmenttransaktionen in die Top Ten der Global Cities gehen (Knight Frank 2018). Die Bezeichnung ‚Global City‘ ist dabei eine Kategorie, die nicht nur analytische, sondern auch reale Ausschlüsse hervorbringt, denn Städte südlich der Welthalbkuugel werden dabei nicht mitgedacht (Robinson 2002). Darauf verweisen auch die anderen Qualitäten, die als wichtig angesehen werden und die Bilder von Entwicklung und Unterentwicklung reproduzieren: „Transparency and liquidity, as well as language, law, best-in-class advisers and currency stability, all provide reassurance for those on a new journey“ [to new interesting investment targets, add. by S.H.] (Knight Frank 2018). Kategorien wie Transparenz, Sprache, Währungsstabilität verweisen im verwendeten Zusammenhang darauf, dass weltweit Städte in einer wirtschaftsliberalen beziehungsweise neoliberalen Weise in internationale Ströme eingebunden werden sollen. Jones LaSalle hat dies noch drastischer ausgedrückt, indem bei Unterlassung der Herstellung und Sicherung dieser Kategorien weitreichende Folgen drohen: „Foreign investors are likely to shy away from countries where they face a competitive disadvantage due to the complex web of local regulations and legal dealings“ (Jones Lang LaSalle 2006). In einer Welt, in der sich städtische Regierende entweder freiwillig oder unfreiwillig dem Diktat globaler Märkte und der Austeritätspolitik gebeugt haben und dabei häufig nicht mehr über die Ressourcen verfügen, um Städte gestalten zu können, klingt das Zurückschrecken von Investoren bedrohlich. Es droht, dass Investitionen in die gebaute Umwelt von Städten ausbleiben und einzelne Städte von der Landkarte attraktiver Ziele verschwinden. Wenn Investitionen jedoch mit Deregulierungen willkommen geheißen werden und auch stattfinden, dann tragen sie zu verstärkten Segregationstendenzen bei.

Das Ergebnis lässt sich in vielen Städten der Welt nicht nur im Wachstum von Hochhäusern erkennen, sondern auch in der Ausdehnung von privat gesicherten Wohnensembles, die garantieren, dass Superreiche nicht von anderen Lebensrealitäten gestört werden. Es sei aber abschließend zu bemerken, dass sich daraus eine Gefahr ergibt, nämlich die, dass es in größeren Teilen der Welt zu einer Entkopplung von Lebensrealitäten kommen kann: auf der einen Seite werden städtische Räume zu digital hochbefestigten Orten aufgebaut in denen Zugang und Nutzung kontrolliert wird und andererseits entstehen Räumen des Überlebenskampfes und der Verzweiflung, die allenfalls im späteren Verlauf interessant werden können, wenn Gentrifizierungsgrenzen bis an diese Räume heranreichen.

Dazu wären noch weitere Ausführungen notwendig, aber es sollte deutlich geworden sein, dass der anregende Beitrag der drei Autor_innen zum einen Lust macht, mehr zu lesen, und zum anderen zu neuen Forschungsideen anregt. Auf alle Fälle gebührt den Autor_innen Anerkennung dafür, auf eine neue Thematik aufmerksam gemacht zu haben, die sich jenseits eines banalen shaming & blaming bewegt.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch den Open-Access-Fonds der Goethe-Universität Frankfurt ermöglicht.

Endnoten

- [1] HNWI sind üblicherweise Privatanleger, die über ein anlagefähiges Vermögen von über einer Million US-Dollar verfügen; ausgenommen sind Sammlerstücke, Verbrauchsmaterialien und Gebrauchsgüter.
- [2] Wenn man dies weiterdenkt, dann wird klar, von wem der gesellschaftliche Zusammenhalt in der Form von Bildungs-, Verkehrs-, Mobilitäts-, Sicherheits-, Gesundheits- und weiteren Infrastrukturen bezahlt wird: überwiegend von Einkommenssteuerpflichtigen, das heisst Lohnabhängigen. Eine Gesellschaft kann sich so gesehen nicht allzu viele Superreiche leisten!
- [3] Die andere Seite ist die globale Armut. Oxfam verweist darauf, dass der Wohlstand des einen Prozents auf dem Rücken von gering entlohnerten Arbeiter_innen, meistens Frauen, die allenfalls Armutslöhne erhalten und denen grundlegende Rechte verweigert werden, erzielt wurde (Vázquez Pimentel et al. 2018: 8).

Autor_innen

Susanne Heeg, Geographin, beschäftigt sich mit Städten als Kristallisationspunkten gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und als lokale Knotenpunkte im Netzwerk globaler Dynamiken.

heeg@geo.uni-frankfurt.de

Literatur

- Capgemini (Hg.) (2018): World Wealth Report 2018. Unter Mitarbeit von Mary-Ellen Harn (85). <https://www.capgemini.com/de-de/wp-content/uploads/sites/5/2018/06/Capgemini-World-Wealth-Report-3.pdf> (letzter Zugriff am 2.7.2018).
- Credit Suisse (Hg.) (2017): Global Wealth Report 2017. Thought leadership from Credit Suisse Research and the world's foremost experts. Credit Suisse Research Institute, Zürich. <http://publications.credit-suisse.com/tasks/render/file/index.cfm?fileid=12DFFD63-07D1-EC63-A3D5F67356880EF3> (letzter Zugriff am 23.6.2018).
- Forrest, Ray / Koh, Sin Yee / Wissink, Bart (2017): Hyper-divided cities and the 'immoral' super-rich - five parting questions. In: Ray Forrest / Sin Yee Koh / Bart Wissink (Hg.): Cities and the Super-Rich. Real Estate, Elite Practices and Urban Political Economies. New York: Palgrave/Macmillan (The Contemporary City), 273-287.
- Jones Lang LaSalle (Hg.) (2006): 2006 Global Real Estate Transparency Index. http://www.joneslanglasalle.co.jp/japan/ja-jp/Documents/Transparency/JLL_Transparency_2006_E.pdf (letzter Zugriff am 4.10.2018).
- Kaika, Maria (2011): Autistic architecture. The fall of the icon and the rise of the serial object of architecture. In: Environment and Planning D 29/6, 968-992.
- Knight Frank (Hg.) (2018): The Wealth Report 2018. The global perspective on prime property and investment. Unter Mitarbeit von Gráinne Gilmore, Anthony Duggan, Kate Everett-Allen, William Matthews und Sophia King. <http://www.knightfrank.com/resources/wealthreport2018/the-wealth-report-2018.pdf> (letzter Zugriff am 23.6.2018).
- Knox, Paul / Pain, Kathy (2010): Globalization, neoliberalism and international homogeneity in architecture and urban development. In: Informationen zur Raumentwicklung 5/6, 417-428. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/EN/Publications/IzR/2010/Download/DL_KnoxPain.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (letzter Zugriff am 7.1.2015).
- MacLeod, Gordon / Johnstone, Craig (2012): Stretching urban renaissance: Privatizing space, civilizing place, summoning 'community'. In: International Journal of Urban and Regional Research 36/1, 1-28.
- McNeill, Donald (2009): The Global Architect. Firms, fame and urban form. New York: Routledge.
- McNeill, Donald (2015): Tracking the global urbanists. In: Global Networks 15/3, 379-384.

- Murr, Günter (2018): Frankfurt hat die höchsten - und teuersten - Penthouses Deutschlands. In: Frankfurter Neue Presse vom 05.01.2018. www.fnp.de/lokales/frankfurt/Frankfurt-hat-die-hoechsten-und-teuersten-Penthouses-Deutschlands;art675,2870326 (letzter Zugriff 17.10.2018).
- Pløger, John (1995): Urban renaissance in Oslo. Social reordering through aestheticization. In: *European Urban and Regional Studies* 2/4, 347-351.
- Porter, Libby / Shaw, Kate (Hg.) (2009): *Whose Urban Renaissance? An International Comparison of Urban Regeneration Strategy*. New York: Routledge.
- Robinson, Jennifer (2002): Global and world Cities: A view from off the map. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 26/3, 531-554.
- Silomon-Pflug, Felix / Stein, Christian / Heeg, Susanne / Pütz, Robert (2013): Die unternehmerische Stadt als Gegenstand von Urban-Policy-Mobilities-Forschung: Kontextualisierung global verfügbarer Politikmodelle am Beispiel BID und PPP in Frankfurt am Main. In: *Geographische Zeitschrift* 10/3+4, 201-217.
- Sklair, Leslie (2005): The transnational capitalist class and contemporary architecture in globalizing cities. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 29/3, 485-500.
- Statistisches Bundesamt (2018): 19.000 Einkommensmillionäre im Jahr 2014 in Deutschland. Pressemitteilung Nr. 224 vom 21. Juni 2018. www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2018/06/PD18_224_736.html (letzter Zugriff am 9.10.2018).
- Vázquez Pimentel, Diego / Macías Aymar, Iñigo / Lawson, Max (2017): *Reward Work, Not Wealth. To end the inequality crisis, we must build an economy for ordinary working people, not the rich and powerful*. Oxford: Oxfam

Debatte

2018, Band 6, Heft 2/3

Seiten 119-126

zeitschrift-suburban.de

Ray Forrest, Sin Yee Koh,
Bart Wissink

„Hypergespaltene Städte
und die ‚unmoralischen‘
Superreichen – Fünf
abschließende Fragen“

Eine *shiny windows theory*?

Kommentar zu Ray Forrest, Sin Yee Koh und Bart Wissinks

„Hyper-Spaltung in Städten und die ‚unmoralischen‘ Superreichen“

Kommentare von:

Michael Hartmann,

Susanne Heeg, Anna-Lisa

Müller, Laura Calbet i Elias

Anna-Lisa Müller

Die Autor_innen Ray Forrest, Sin Yee Koh und Bart Wissink adressieren in ihrem Beitrag ein für die internationale Stadtforschung wichtiges Thema: die aktuell zu beobachtende Tendenz der sozialräumlichen Ausdifferenzierung in Städten, welche mit einer intensiver werdenden sozialen Ungleichheit und räumlichen Fragmentierung einhergeht. Empirischer Gegenstand ihrer Beobachtung ist die sozialräumliche Konzentration extrem reicher Menschen in urbanen Agglomerationen. Die Autor_innen formulieren ihre Beobachtung auf pointierte Weise und skizzieren fünf zentrale Punkte für die Analyse dieses Phänomens: die Herausarbeitung (1) seiner neuen, anderweitig nicht bekannten Merkmale; (2) der mit der Elite der Superreichen verbundenen Infrastrukturen sowie (3) der Politiken der (städtischen) Regierungen, die dazu beitragen, das Phänomen entstehen zu lassen; (4) die Bezugnahme auf Theorien der Neoliberalisierung als Rahmen für die Analyse des Phänomens sowie (5) die Berücksichtigung der lokalen Besonderheiten des global beobachtbaren Phänomens der Konzentration von Superreichen in bestimmten Städten und Stadtteilen.

Ich konzentriere mich in diesem Kommentar auf drei Aspekte: (1) die Frage nach dem Verhältnis von strukturellen, institutionellen und individuellen Handlungen, die auf die grundsätzliche Frage nach der *agency* von Akteur_innen auf der Makro-, Meso- und Mikroebene verweist und von den Autor_innen als die Frage nach der Rolle der ‚intermediären Instanzen‘ gerahmt wird; (2) die auf der Metaebene angesiedelte Frage nach der Bedeutung der Auseinandersetzung mit diesem Phänomen für die Theoriebildung in der (interdisziplinären) Stadtforschung. In beiden Fällen werde ich den Blick insbesondere auf die Bedeutung von Infrastrukturen und Technologien und ihrer Bedeutung für die (Re-)Produktion von gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen und Machtstrukturen legen. Darüber hinaus erscheint mir (3) eine Perspektive, die die Autor_innen eher *en passant* erwähnen, beachtenswert: die Position der Forschenden in der Debatte gesellschaftlicher Phänomene.

Zunächst zu der Konzentration von Superreichen in Städten. Die Autor_innen verweisen besonders auf die institutionelle und strukturelle

Einbettung dieser städtischen Elite. Sie sei ein Symptom einer umfassenden Transformation des Städtischen, welche durch neoliberale Politiken, Investitionsstrategien unterschiedlicher Akteure und globale sozio-ökonomische Netzwerke erst ins Werden gebracht wird. Ihre sozialräumliche Konzentrationen und die mit ihnen einhergehenden Fragmentierungen ließen sich zudem heute nicht nur in Städten des Globalen Südens finden, sondern ebenso im Globalen Norden. Somit wirkten sie sich auch auf soziale Gruppen der mittleren und oberen Schichten aus – und damit auf diejenigen, die ebenfalls mit einem nicht unbeträchtlichen ökonomischen und sozialen Kapital ausgestattet sind und daher von steigenden Immobilien- und Mietpreisen oder einem angespannten Wohnungsmarkt erst seit kürzerer Zeit merklich betroffen sind. Dies bedeutet allerdings auch, dass heute ein großer Teil der Gesellschaft von der Konzentration dieser – in quantitativer Hinsicht kleinen, aber qualitativ bedeutsamen – Elite in ausgewählten Städten und der daraus entstehenden, global wirksamen sozialen und räumlichen Fragmentierung betroffen ist. Dass dazu nun ein großer Teil der im Diskurs stärker repräsentierten Mitglieder westlich-industrialisierter Gesellschaften gehört, mag die zunehmende (mediale) Aufmerksamkeit zusätzlich erklären. Inwiefern es sich hierbei um eine Fragmentierung im Sinn einer Entkopplung von Teilbereichen handelt, welche fundamentale Folgen insbesondere für die schon Marginalisierten haben kann (zum Beispiel Wacquant 2007), ist eine empirische Frage, die an anderer Stelle zu diskutieren ist.

Die Wirkmächtigkeit der Gruppe der Superreichen erklären die Autor_innen mit ihrer Einbettung in ein Netz aus intermediären Instanzen und Strukturen: „Das Akkumulationssystem der Superreichen [ist] auf ein komplexes Zusammenspiel zwischengeschalteter Institutionen und sich wandelnder struktureller Bedingungen angewiesen.“

Die Autor_innen weisen zu Recht darauf hin, dass es sich bei dem von ihnen adressierten Fall nicht um ein singuläres Phänomen der sozialräumlichen Fragmentierung handelt, sondern die räumliche Konzentration Superreicher ein Ausdruck neben anderen für aktuell zu verzeichnende Ungleichheiten ist. Dies ist ein in dieser Debatte – auch in der Diskussion etwa von Gentrifizierungsphänomenen, die im Kern ebenfalls sozialräumliche Ungleichheitsphänomene darstellen – oft unterrepräsentierter Aspekt. Die Akteure und ihre Beziehungen und Verflechtungen ernst zu nehmen ist, und da stimme ich den Autor_innen zu, wichtig, um die „wachsende[n] urbanen Ungleichheiten“ mit ihren gesamtgesellschaftlichen Bedingungen und Konsequenzen zu analysieren.

Um eine derartige Perspektive zu realisieren, plädieren die Autor_innen für einen genaueren Blick auf Strukturen und dabei insbesondere auf die intermediären Akteure, etwa lokale Regierungen und Politiken. Dies ist für die sozialwissenschaftliche Analyse, die Aussagen über städtische und gesellschaftliche Prozesse treffen will, besonders interessant, da dadurch der Blick auf das ‚größere Ganze‘ gerichtet wird und nicht ausschließlich individuelle Personen für Entwicklungen verantwortlich gemacht werden, die sie nicht alleine verantworten. Vielmehr sind sie und ihre Anwesenheit in Städten in strukturelle, institutionelle, historische und lokal spezifische Entwicklungen eingebettet, deren Konsequenzen nicht nur eine Fragmentierung von Städten entlang ökonomischer Merkmale beinhalten, sondern auch, und darauf

hinzuweisen verzichten die Autor_innen, in soziale, kulturelle und ökologische Entwicklungen: die Konzentration von sozialen und technologischen Innovationen in urbanen Clustern wie dem Silicon Valley, die selektive ökonomische Vernetzung in Global Cities, die Verortungen global agierender internationaler Organisationen an ausgewählten Standorten insbesondere des Globalen Nordens oder die Verdichtung der Folgen des Klimawandels in Ländern des Globalen Südens.

All dies sind Beispiele für global auffindbare, lokal spezifische Ungleichheiten, die an strukturell (re-)produzierte, oft historisch gewachsene Machtverhältnisse gekoppelt sind und in einer räumlich und sozial vernetzten Welt vielfältige Neben- und Folgeeffekte aufweisen.

Natürlich entsteht mit dieser Fokussierung der Makro- und Mesoebene der Strukturen und Institutionen die Frage nach den individuellen Praktiken und damit nach der Mikro-Ebene. Diese fangen die Autor_innen insofern ein, als sie die Bedeutung der lokalen Spezifität der Phänomene hervorheben. Dies ist eine wichtige Ergänzung, die in einem Plädoyer für komparative Forschung kulminiert, da sich das Phänomen als eines zeigt (und auch von den Autor_innen so beschrieben wird), das sich bei globaler Ähnlichkeit je nach lokaler Situiertheit unterschiedlich ausbildet.

Hier ist, so meine ich, insbesondere auf die politischen Rahmenbedingungen, Planungskulturen, Politiken, Institutionen und Gesellschaftssysteme hinzuweisen, welche die lokalen Verhältnisse mit hervorrufen. Hinzu kommen die (im weitesten Sinn lokal, für die Planung auch national) spezifischen Technologien und Infrastrukturen, in die die Institutionen eingebettet sind und die diese stabilisieren; über sie werden befördernde oder hindernde Entwicklungen ebenso unterstützt wie Machtstrukturen und politische Rahmenbedingungen, die bestimmte Verhältnisse mit hervorbringen, aber auch verhindern können. So zeigen Jochen Monstadt und Annika Wolff (2017), dass (technologische) Infrastrukturen in der Geschichte der modernen Stadt immer auch Motor gesellschaftlicher Entwicklungen und damit sozialen Wandels waren, sie aber im Sinn von Infrastrukturregimen spezifische technische, ökonomische und politische Strukturen beinhalten, die Veränderungen sowohl von Politiken als auch von gesellschaftlichen Strukturen ver- oder zumindest behindern können (Monstadt/Wolff 2017: 205ff.). Dies lässt sich für die Infrastrukturen der Superreichen entsprechend weiterdenken. So können etwa die architektonisch vom Rest der Stadt abgeschlossenen Wohnquartiere der Superreichen in Zentrumsnähe die Entstehung öffentlicher Räume materiell und rechtlich verhindern, da der Zugang zu ihnen nicht nur de jure reglementiert, sondern auch physisch erschwert ist. Weniger Gelegenheitsstrukturen zu Begegnungen zwischen heterogenen Gruppen, verbunden mit Irritationen, Konflikt, aber auch Konsensbildung und Anregung, können so zu einer Veränderung des städtischen Zusammenlebens zugunsten eines sozialen und physisch-räumlichen Nebeneinanders und zu einer Manifestierung eines status quo führen: Das Sehen des Bekannten in dem mir zugänglichen Quartier verstärkt seine Beharrungseffekte und erschwert Innovation und Veränderung.

Insgesamt haben wir es daher mit einem interessanten Wechselspiel von Struktur und *agency* von Sozialität und Materialität zu tun, welches mit Beharrungseffekten und Wandel zusammengeht. Dieses Wechselspiel bleibt

bei den Autor_innen vergleichsweise unausgearbeitet; die *agency*, die sie in den Blick nehmen, liegt insbesondere bei den Intermediären, während die strukturellen Bedingungen in erster Linie durch die von ihnen konstatierten neoliberalen Bedingungen und dem damit verbundenen Zusammenspiel von Finanzialisierung und Urbanisierung gebildet werden. Hier wäre es interessant, die in neoliberalen Entwicklungen eingelassenen Paradoxien genauer in den Blick zu nehmen und das Phänomen der fragmentierten Städte entlang sozio-ökonomischer Linien daraufhin zu befragen, welche kollektiven Akteure neben den Investor_innen, Regierungen und Planer_innen eine Rolle bei der (De-)Stabilisierung dieser gesellschaftlichen Verhältnisse spielen.

Indem Stabilisierung und Destabilisierung und damit Stillstand und Dynamik berücksichtigt werden, geraten dann auch die spezifischen (zeitlichen) Merkmale von Entwicklungen, die beispielsweise die Realisierung bestimmter Bauprojekte rahmen, in den Blick der Analyse. So ist es zum Teil erstaunlich, dass bestimmte Projekte etwa im Sozialwohnungsbau einen sehr langen zeitlichen Vorlauf bis zu ihrer Realisierung aufweisen, während andere Entwicklungen – Umwandlung von Stadtquartieren in Orte der Superreichen, zum Teil ‚bought to rent‘ – schneller und in gewisser Hinsicht konfliktfreier realisierbar zu sein scheinen. Dies kann zum einen darüber erklärt werden, dass in vielen demokratischen Gesellschaften die Planungsprojekte für die Allgemeinheit in ein komplexes System aus Entscheidungsstrukturen eingebettet sind. In diesem sollen Beteiligungsverfahren, politische Verhandlungen und Ausschreibungen einerseits in einem utilitaristischen Sinn den größtmöglichen Nutzen für die größtmögliche Zahl an Personen sichern und andererseits dazu beitragen, dass sich die Planungsverfahren über einen langen Zeitraum strecken. Wenn etwa privatwirtschaftliche Investoren ein kleinskaliertes Bauprojekt für die Superreichen planen und realisieren, sind die zu berücksichtigenden Interessen die einer vergleichsweise kleinen und homogenen Gruppe – anders als dies bei Projekten, die das Gemeinwohl betreffen, der Fall ist. Aufgrund der dadurch geringer ausgeprägten Notwendigkeit der Konsensbildung können die Realisierungszeiten derartiger Projekte deutlich geringer sein als in gemeinwohlorientierten Projekten.

Zum anderen lässt sich für die spezifischen Regierungsformen (zum Beispiel Foucault 2009: 151-160) eine je charakteristische Honorierung bestimmter Projektformen und -arten identifizieren, die dazu führt, dass bestimmte politische Projekte in bestimmten Regimen unterschiedlich einfach oder schwer realisiert werden können. Folgt man der Argumentation der Autor_innen, dass wir es gegenwärtig mit einer neoliberalen, durch die Finanzwirtschaft geprägten Logik zu tun haben, die weltweit Gesellschaften und ihre Regierungen prägt, so lässt sich daraus die Vermutung ableiten, dass das Bauen für die Superreichen, insbesondere mithilfe von privaten Investor_innen, die große Teile der Finanzierung übernehmen, im Neoliberalismus eine geförderte, geradezu hegemoniale Planungsform darstellt. In dieser wird demnach etwa der Sozialwohnungsbau als überkommene Form der Sorge des Staates für die Einzelnen interpretiert und daher als randständiges Thema der (politischen) Planung behandelt.

Um das Phänomen in seiner Komplexität angemessen analysieren zu können, brauche es, so die Autor_innen, allerdings auch eine Neufassung vorhandener Sozialtheorien. Ihre eigene Frage: „Was sagt uns dies schließlich

über Theorien des Urbanen und den Grad ihrer Brauchbarkeit und globalen Anwendbarkeit?“ lässt sie konstatieren, dass das vorhandene Theorieangebot nicht ausreichend sei, und einen Ausweg formulieren: „A postcolonial sensibility to urban theory that pays attention to ‚the relationship between place, knowledge, and power‘ is the way forward.“ (Roy 2016: 200, Herv. i. Orig.)

Die Beobachtung einer sozialräumlichen Konzentration einer ökonomischen Elite sowohl im Globalen Süden als auch im Globalen Norden ist für die Stadtforschung nicht nur inhaltlich interessant, sondern auch konzeptionell, fordert sie doch zu einer Auseinandersetzung mit vorhandenen, häufig entweder für den Globalen Norden *oder* den Globalen Süden entwickelten Theorien auf. Wie diese Integration von Theorien geschehen kann, lässt sich an aktuellen Arbeiten zu (städtischen) Infrastrukturen beobachten. Nadine Marquardt (2017) etwa zeigt mithilfe ihrer empirischen Forschung zu Obdachlosen im städtischen Raum, wie Theorien aus dem Kontext des Globalen Südens für eine Analyse von Phänomenen des Globalen Nordens produktiv gemacht werden können. Marquardt (2017: 101) argumentiert, dass, anders als im Globalen Norden, das Funktionieren der Infrastrukturen im Globalen Süden einen ‚Sonderfall‘ darstelle und die kreative Aneignung und Umnutzung von Infrastrukturen der eigentliche Normalzustand sei (vgl. Star (1999) zum Verständnis des Funktionierens von Infrastruktur als ‚Normalfall‘). Mithilfe dieser von Theorien des Globalen Südens inspirierten Perspektive auf die Nutzer_innen von Infrastrukturen als Ko-Produzent_innen nimmt Marquardt eine Analyse des Umgangs von Obdachlosen mit Infrastrukturen vor und zeigt die daraus entstehenden selbstorganisierten Infrastrukturen im städtischen Raum sowie die spezifischen Formen der sozialen Exklusion/Inklusion, die über infrastrukturelle Ent-/Kopplung entstehen (Marquardt 2017: 94).

An diesem Beispiel zeigt sich, welche theoretisch-konzeptionellen Möglichkeiten die programmatisch formulierte Analyse des von den Autor_innen beschriebenen Phänomens impliziert: Anstatt die sozialräumlichen Wirkungen der in Städten lebenden Superreichen als statisches Phänomen zu untersuchen, könnte durch die Fokussierung ihrer Praktiken sowie ihrer strukturellen Einbettung und die Bedeutung intermediärer Akteure das Gefüge einer Stadt gezeichnet werden, in dem auch die Superreichen als Ko-Produzent_innen agieren und ihre Praktiken in einem von Strukturen und Intermediären abgesteckten Rahmen vollziehen. Dieser Rahmen wird durch ihr Handeln ebenso wie durch das Handeln anderer individueller, kollektiver, institutioneller Akteure aber gerade auch erweitert, verschoben oder modifiziert.

Aus einer Materialitäts- und Infrastruktur-sensitiven Perspektive wäre es daher interessant, zukünftig einen Blick auf die Beharrungseffekte der spezifischen, für die Elite der Superreichen entwickelten sozialen und physischen Infrastrukturen zu richten. Folgt man der Annahme, dass gebaute Strukturen den in ihnen verorteten Institutionen eine zusätzliche zeitliche Beständigkeit verleihen (zum Beispiel Hirst 2005), so wirft das für die Zukunft der physisch-räumlichen, aber auch sozialen Gestaltung von Städten, die durch die Existenz der Superreichen geprägt wird, interessante Forschungsfragen auf. Wenn Thomas F. Gieryn (2002) am Beispiel des Neubaus eines Universitätsgebäudes zeigt, wie dieses die Entstehung und

Ausformung einer wissenschaftlichen Disziplin mit beeinflusst, so ließe sich dies auch für die Gesellschaft von Städten und für ihre Institutionen zeigen: Sind bestimmte Infrastrukturen, etwa die privaten Clubs und Meerzugänge, die im Sammelband von Forrest et al. besprochen werden, erst einmal installiert und werden durch ihre Nutzung in die alltäglichen Praktiken der Menschen (der Clubmitglieder, der Angestellten, der Besitzer_innen) inkorporiert, können sie ähnliche Beharrungseffekte aufweisen wie im anderen Fall die Stigmatisierungen von Quartieren und dort lebenden Menschen über die nicht vorhandene oder schlechte Infrastruktur. Häußermann und Siebels (2004: 159) Beschreibung der Entwicklung eines „benachteiligten Quartiers“ zu einem „benachteiligenden Quartier“ ließe sich in diesem Sinn also möglicherweise – und dies ist die offene empirische Frage – dahingehend wenden, dass ein infrastrukturell und technologisch bevorteiltes Quartier nicht nur zu einem sozial und politisch bevorteilenden Quartier wird, sondern dies auch dann noch bleibt, wenn die Superreichen selbst schon an andere Orte gezogen sind oder von anderen hegemonialen Gruppen abgelöst wurden. Bezugnehmend auf die *broken windows theory* (Wilson/Kelling 1982) und die Beobachtungen und konzeptionellen Forderungen von Forrest et al. weiterdenkend ließe sich als Modell eine *shiny windows theory* denken: eine Theorie, die auf die Wirksamkeit und zeitliche Beständigkeit von (materiellen) Bedingungen in ihrem gebauten Glanz (und nicht ihrer Zerstörung) verweist und helfen könnte, die Beharrungseffekte, die diese haben können, für die Konstitution von Gesellschaft zu erklären.

Mein dritter Kommentar adressiert schließlich unsere Selbstreflexivität als Wissenschaftler_innen, da das programmatische Anliegen der Autor_innen nicht nur die Beobachtung beinhaltet, dass es eine sozialräumliche Konzentration von Superreichen gibt. Vielmehr sei „in der Populärkultur wie auch in weiten Teilen der akademischen Literatur eine deutliche Tendenz [zu konstatieren], eine neue superreiche Elite für die dramatischen, von größeren sozialen und räumlichen Ungleichheiten geprägten Veränderungen der urbanen Morphologie verantwortlich zu machen“. Diese Beobachtung, die (auch) das Arbeiten der Forschenden betrifft, gilt, so möchte ich argumentieren, nicht nur für das hier behandelte Phänomen der Superreichen in Städten. Wir haben es vielmehr mit einem Beispiel für ein grundlegendes Phänomen zu tun, das auch die (Sozial-)Wissenschaft im Kern angeht und ihre Arbeitsweise und Forschungsthemen betrifft. Ähnlich wie im Fall von Gentrifizierungsphänomenen findet fallweise vor oder parallel zu einer fundierten empirischen Analyse und ihrer theoretisch-konzeptionellen Interpretation eine selten explizit als solche dargestellte normative Rahmung des Untersuchungsgegenstandes statt. Diese normative Rahmung geht häufig mit einer Vorverurteilung individueller und institutioneller Handlungsweisen und -muster einher, welche verhindert, dass die wissenschaftliche und öffentliche Debatte über gesellschaftliche Phänomene konstruktiv erhellt wird.

Natürlich sind die Forschenden, und dies gilt insbesondere für Sozialwissenschaftler_innen, immer auch über ihre individuellen und kollektiven Erfahrungen als Forschende und als Gesellschaftsmitglieder Teil der Phänomene, die sie untersuchen und die sie zu verstehen und erklären trachten (vgl. Reuter/Villa 2010: 23; dazu auch aus dezidiert feministischer Perspektive Harding 1991, Haraway 1995). Im Sinn einer den Leitideen der

qualitativen Forschung nahestehenden Forschungshaltung, die die einzelnen Gesellschaftsmitglieder mit ihren kollektiven „Sinnzuweisungen“, „Sinnkonstitutionen“ sowie ihrem „Sinnverstehen“ ernst nimmt (zum Beispiel Lamnek 1995: 25), ist es allerdings erforderlich, diese subjektiven und situativ spezifischen Prozesse in ihrer Komplexität nachzuzeichnen und zu kontextualisieren. Erst dann kann, eine entsprechende Intention der Forschenden vorausgesetzt, eine Bewertung des Phänomens und eine (normative) Positionierung der Forschenden zum Phänomen stattfinden – wie sie die Autor_innen am Ende ihres Textes auch einfordern: „Wir sollten uns auch weiterhin über die eklatanten und wachsenden Ungleichheiten in unseren Städten empören“. Dies kann, neben der Analyse und Theorieentwicklung, unsere Aufgabe sein, zu der Forrest, Koh und Wissink einen anregenden Vorstoß formuliert haben.

Die Publikation dieses Beitrags wurde von der Universität Bremen gefördert.

Autor_innen

Anna-Lisa Müller ist Humangeographin und Stadtsoziologin. Sie arbeitet zu den Themen Stadt, Migration und qualitative Methoden der Sozialforschung.
anna-lisa.mueller@uni-bremen.de

Literatur

- Foucault, Michel (2009): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I. Bd. 1. Vorlesung am Collège de France 1977/1978. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gieryn, Thomas F. (200). What buildings do. In: *Theory and Society* 31/1, 35–74.
- Haraway, Donna (1995): Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive. In: Carmen Hammer / Immanuel Stieß (Hg.), *Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen*. Frankfurt am Main: Campus, 73–97.
- Harding, Sandra G. (1991): *Whose science? Whose knowledge? Thinking from women's lives*. Ithaca: Cornell University Press.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (2004): *Stadtsoziologie. Eine Einführung*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Hirst, Paul (2005): *Space and Power: Politics, War and Architecture*. Malden/MA: Blackwell.
- Lamnek, Siegfried (1995): *Qualitative Sozialforschung, Bd.1: Methodologie*. Weinheim: Beltz.
- Marquardt, Nadine (2017): Zonen infrastruktureller Entkopplung. Urbane Prekarität und soziotechnische Verknüpfung im öffentlichen Raum. In Michael Flitner / Julia Lossau / Anna-Lisa Müller (Hg.), *Infrastrukturen der Stadt*. Wiesbaden: VS, 89-104.
- Monstadt, Jochen / Wolff, Annika (2017): Infrastrukturegime und inkrementeller Wandel. In Michael Flitner / Julia Lossau / Anna-Lisa Müller (Hg.), *Infrastrukturen der Stadt*. Wiesbaden: VS, 205–225.
- Reuter, Julia / Villa, Paula-Irene (2010): Provincializing Soziologie. Postkoloniale Theorie als Herausforderung. In Julia Reuter / Paula-Irene Villa (Hg.), *Postkoloniale Soziologie. Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Intervention*. Bielefeld: transcript, 11-46.
- Roy, Ananya (2016): Who's Afraid of Postcolonial Theory? In: *International Journal of Urban and Regional Research* 40/1, 200-209.
- Star, Susan Leigh (1999): The Ethnography of Infrastructure. In: *American Behavioral Scientist* 43/3, 377-91.

- Wacquant, Loic (2007): Territorial stigmatization in the age of advanced marginality. In: Thesis Eleven 91/1, 66-77.
- Wilson, James Q. / Kelling, George E. (1982): Broken windows. The police and neighborhood safety. In: The Atlantic Monthly 249/3, 29-38.

Finanzialisierung und die Raumproduktionen von Superreichen

Kommentar zu Ray Forrest, Sin Yee Koh und Bart Wissink

„Hyper-Spaltung in Städten und die ‚unmoralischen‘ Superreichen“

Debatte

2018, Band 6, Heft 2/3

Seiten 127-134

zeitschrift-suburban.de

Ray Forrest, Sin Yee Koh,
Bart Wissink

„Hypergespaltene Städte
und die ‚unmoralischen‘
Superreichen – Fünf
abschließende Fragen“

Kommentare von:

Michael Hartmann,

Susanne Heeg, Anna-Lisa

Müller, Laura Calbet i Elias

Laura Calbet i Elias

In ihrem Sammelband *Cities and the Super-rich* setzen sich Ray Forrest, Sin Yee Koh und Bart Wissink mit den Investitionen und dem Konsumverhalten von ‚Superreichen‘ auseinander und fragen vor dem Hintergrund der enormen Vermögenskonzentration in den vergangenen Jahrzehnten, inwiefern diese Gruppe für die wachsenden sozialen Ungleichheiten in Städten verantwortlich gemacht werden kann. Anlass dafür ist die Verbreitung einer populärwissenschaftlichen Literatur, die dazu tendiert, die Agency von Superreichen zulasten von strukturellen Zusammenhängen überzubewerten (Forrest/Koh/Wissink 2017: 2). Dieser Tendenz möchte sich das Buch entgegenstellen. Auch in den meistzitierten Werken über die wachsende Einkommensspaltung und Vermögenskonzentration (u. a. Stiglitz 2012, Dorling 2014) wird davor gewarnt, Superreiche als ‚Ursache‘ von Ungleichheit auszumachen. Diese gelten dort vielmehr Teil eines komplexen politökonomischen Systems, das *high net worth individuals* (HNWI) hervorbringt und begünstigt, aber keinesfalls von einzelnen Individuen verursacht wird.

Die Auswirkungen der Investitionsaktivitäten und des Konsumverhaltens von Superreichen auf die Raumproduktion sind dagegen bislang kaum untersucht worden. Interessant am Buch von Forrest, Koh und Wissink ist daher gerade, dass es versucht die Schnittstellen zwischen der Produktion von Räumen durch Superreiche und den strukturellen Bedingungen der globalen Akkumulation für die soziale Spaltung in den Städten aufzuzeigen, ohne vereinfachende Erklärungsmuster zu reproduzieren. Dies ist jedoch ein schwieriger Balanceakt. Deswegen betonen die Autor_innen wiederholt, dass es nicht Ziel des Buches ist oder von wissenschaftlichen Arbeiten sein kann, die Superreichen als ‚unmoralisch‘ zu brandmarken und sie „zu bequemen Sündenböcken für wachsende urbane Ungleichheiten“ (S. 92) zu machen. Anstatt „eine moralische Bewertung der Superreichen und ihrer Aktivitäten vorzunehmen“, plädieren sie dafür – in Anlehnung an Andrew Sayer –, zu hinterfragen, wie die *Bedingungen* derartiger Reichtumsakkumulation „moralisch gerechtfertigt werden“ (S. 95).

So richtig diese Forderung sein mag, so wenig wird sie in dem zitierten Aufsatz eingelöst. Darin unterscheidet Sayer (2016) zwischen einer

‚moralischen‘ Ökonomie, die im marxistischen Sinne Mehrwert erzeugt, und einer rein finanzbezogenen, ‚unmoralischen‘ Ökonomie. So gelten für ihn Einkommen aus einer Erwerbstätigkeit (*earned income*) als ‚moralische‘, dagegen Kapitalerträge (*unearned income*) als ‚unmoralische‘ ökonomische Aktivitäten. Daraus leitet Sayer die These ab, Finanzgeschäfte seien ‚Parasitär‘ – eine These, die denjenigen, die mit Rententheorien vertraut sind, bekannt sein sollte. Auch bei Forrest, Koh und Wissink schwingt der Begriff mit, explizit durch die Erwähnung von Merrifields „parasitärer Urbanisierung“ (2014) (S. 94).

Zum Verständnis: Die Unterscheidung zwischen *earned* und *unearned income* ist im Hinblick auf die zunehmende soziale Ungleichheit von wesentlicher Bedeutung. So ist die Polarisierung der Einkünfte in den letzten Jahrzehnten insbesondere auf einen rasanten Anstieg der Finanzerträge zurückzuführen, während in vielen Ländern des globalen Nordens die Höhe der Erwerbseinkommen stagniert. Auch die Unterscheidung zwischen einem produktionsbasierten Wachstum und einer Ökonomie, in der Giralgeld spekulativ vermehrt wird, ist nicht banal. Sie gilt als wesentliches Merkmal der Finanzialisierung und hat zu einer immer größer werdenden Diskrepanz zwischen Tausch- und Gebrauchswerten geführt, was sich beispielsweise in dem Anstieg der Wohnungspreise bemerkbar macht.

Die Unterscheidung zwischen Arbeitseinkommen und Kapitalerträgen sowie zwischen produktiver und rein spekulativer Akkumulationsform kennzeichnet den aktuellen Kapitalismus und ist für die heutige Entwicklung der Städte von großer Bedeutung. Dennoch erscheint die daraus gezogene Schlussfolgerung moral-basierter Kategorien der ökonomischen Aktivität ebenfalls auf die Ächtung bestimmter Gruppen und Praktiken ausgerichtet zu sein, anstatt auf die Analyse der Akkumulationsbedingungen und deren gesellschaftlicher Akzeptanz abzielen oder zu deren Überwindung beizutragen. Die moral-basierte Differenzierung, die Sayer trifft, ist also genauso wenig zielführend wie die Bezeichnung bestimmter Schichten und Praktiken als ‚parasitär‘. Die Bezeichnung als Parasit ist genaugenommen eine biologistisch inspirierte soziale Ächtung.

Wider Rentiers und Parasiten

Der Parasit und die besondere Gattung des ‚Rentiers‘ haben in der politischen Ökonomie eine lange Geschichte und erfahren in Teilen der Finanzialisierungsdiskussion ein Revival (siehe z. B. Epstein 2005, Dünhaupt 2012). Als ‚Rentier‘ gilt jemand, der ohne etwas ‚gesellschaftlich Produktives‘ zu tun von einer Rente lebt. Rente wird verstanden als ein Betrag, der auf Grundlage von Eigentumsrechten für die Nutzung dieses Eigentums bezahlt werden muss. Man könnte also zum Beispiel den Besitzer eines Patents als ‚Rentier‘ bezeichnen. Klassisch wurde aber die Rententheorie anhand von Fragen über Bodenwerte entwickelt. In diesem Zusammenhang bezeichnete David Ricardo Grundstückseigentümer als ‚Parasiten‘, die Reichtum absorbieren und so das ökonomische Wachstum hemmen würden. Auch Karl Marx sah in der Abschöpfung von Bodenrenten zunächst eine Akkumulationsbarriere, die Profite binden würde, anstatt sie in kapitalistischer Weise in Mehrwert zu investieren. Zugleich bezeichnete er Eigentumstitel über Land als eine Form

von zinstragendem Kapital mit Analogien zum Finanzkreislauf. Diesen Argumentationspfad entfaltete David Harvey in *Limits to capital* (2006 [1982]). Harvey verankerte darin das Verständnis vom Land als Finanzanlage, dessen (Miet-)Zins sich nicht wesentlich von anderen Finanzinvestitionen unterscheidet (Harvey 2006 [1982]: 347). Dies bildet die Grundlage einer Finanzialisierung von Grundeigentum, auf die später weiter eingegangen werden soll. Hier ist vielmehr zunächst hervorzuheben, dass damit die Abschöpfung von Bodenrenten als konstitutiver Teil der kapitalistischen Entwicklung und dessen Beitrag zum Fortbestehen des Akkumulationssystems erklärt wurden. Landeigentum sollte demnach nicht mehr als ‚parasitär‘, sondern Bestandteil des gegenwärtigen Kapitalismus verstanden werden. Um die Bedingungen ungleichen Wachstums in einer finanzorientierten Ökonomie zu verstehen, ist es deshalb gerade sinnvoll die beängstigenden Entwicklungen in den Finanzsphären nicht als extern oder irrational, sondern als inhärente Mechanismen der Akkumulation zu betrachten. Mit Bezug auf den Wohnungsmarkt formulierte Peter Marcuse daher treffend: „The sub-prime mortgage crisis is not a result of greed or stupidity. It is not because the underlying system for the provision of housing is not working. The crisis occurs precisely because the system is working.“ (Marcuse 2009: 351)

Zeitgleich zu Harveys Beitrag zur Rententheorie entfachte sich auch die Diskussion um eine Rentier-Klasse. Die bis dahin implizite Vereinheitlichung des Umgangs mit Rente erwiderten Doreen Massey und Alejandrina Catalano (1978) mit dem Verweis auf die Vielfalt von Eigentümern und Eigentumsstrukturen:

„Landed property no longer exists as unified and relatively homogeneous class interest, but comprises motley and heterogeneous groups ranging all the way from ancient institutions (the Church, the Crown, large aristocratic estates), through financial institutions (banks, insurance companies and pension funds) to a wide range of individual and corporate owners (including workers who own their homes) and government agencies“ (Massey/Catalano 1978: 40).

Selbst mit Blick auf die Zunahme von Superreichen und deren Vermögen ist ‚der Rentier‘ auch heute nicht so einfach auszumachen. Immobilieninvestoren agieren wie Finanzmarktakteure und bilden, wie Costas Lapavitsas bemerkt, keine ‚Klasse‘: „Financial institutions are intermediaries that mobilize idle money across social classes, not a rentier social layer.“ (Lapavitsas 2011: 618) In diesem Sinne betonen viele Definitionen von Finanzialisierung die Anbindung von wichtigen Bereichen der sozialen Reproduktion an Finanzgeschäfte (Fine 2013, García-Lamarca/Kaika 2016, Martin 2002). Das kann geschehen, ohne dass die betroffenen Individuen direkt eingebunden werden (wie bei einer Mietzahlung), durch die quasi-erzwungene Einbindung (wie bei der Privatisierung der Altersvorsorge) oder freiwillig durch zunehmende Finanzaktivität von privaten Haushalten (Investitionen in Aktien u. ä.). Wichtig ist, dass die Einbeziehung des privaten Vermögens von Teilen der Bevölkerung in die Finanzmärkte eine wesentliche Bedingung der Finanzialisierung darstellt. Der Anteil an *unearned income* ist bei vielen Haushalten gestiegen, die Vielfalt der (Teilzeit-)Rentiers nimmt mit der Finanzialisierung zu. Dies bedeutet aber nicht unbedingt, dass sich deren

Kaufkraft dadurch vergrößert haben muss. Häufig ist private Finanzaktivität mit einer verstärkten Verschuldung verbunden.

Die Theoriebeiträge von Harvey und von Massey/Catalano sind plausible Einwände gegenüber Vorstellungen einer ‚parasitären Rentierklasse‘, die heute – nicht zuletzt in Gestalt der Superreichen – mit der Finanzialisierungsdebatte eine neue Hochkonjunktur erfahren.

Konsum- und Investitionsimmobilien

Die Zusammenhänge zwischen den Raumproduktionen der Superreichen und dem ungleichen Wachstum in Städten werden in dem Sammelband mit besonderem Fokus auf die Immobilieninvestitionen dieser Gruppe analysiert. Wie Forrest, Koh und Wissink bemerken, ist der Besitz von Luxusimmobilien seit jeher ein besonderes Statussymbol von Superreichen gewesen, das, wie verschiedene Eliten-Studien belegen, Distinktion, Zugehörigkeit und Abstammung zur Schau stellt (siehe z. B. Bourdieu 1982, Pinçon-Charlot/Pinçon 2018). Gleichwohl sind Immobilien im Kontext der Finanzialisierung zu einem Gut geworden, das als Asset oder als Verbindlichkeit (Aalbers/Fernández 2016: 83) wesentlich zum Vermögenswachstum beiträgt. Die Unterscheidung zwischen direkten Investitionen von Superreichen und Beteiligung an indirekten Immobiliengeschäften ist in diesem Zusammenhang für die Analyse wesentlich.

Die unmittelbare Raumproduktion durch Superreiche ist in den letzten Jahren besonders durch den Kauf von Luxusimmobilien an ausgewählten Standorten in Form von Direktinvestitionen sichtbar gewesen. Insbesondere die Entstehung von Großvermögen in Ländern mit einer relativ instabilen politischen oder wirtschaftlichen Lage und die Vereinfachung von internationalen Transaktionen hat den Kundenkreis für solche Objekte erweitert. Geringe Renditeaussichten oder die Unsicherheit anderer Geldanlagen stimulieren zudem die Immobilieninvestitionen in Städten, die als ‚sicherer Hafen‘ gelten. Darüber hinaus eignen sich internationale Immobilieninvestitionen für Geldwäsche und Steuerflucht besonders gut, und wie die aktuelle Diskussion in Deutschland zeigt besteht nur wenig Interesse daran, dies zu unterbinden. Solche Investitionen sind naturgemäß äußerst augenfällig und bieten nachvollziehbare Anhaltspunkte für eine öffentliche Empörung gegenüber Superreichen. Denn in den davon betroffenen Quartieren richten sich die Wohnungspreise nach der Kaufkraft dieser Klientel, und auch der „displacement pressure“ (Marcuse 1986: 157) durch den veränderten Charakter der Nachbarschaft schreitet voran. Zu wesentlichem Vermögenswachstum führen diese Immobilien aber in der Regel nicht. Sie stellen nur einen kleinen Anteil der Investitionsaktivität von Superreichen (siehe Kap. 3 des Buches: Benton/Keister/Lee 2017) dar und sind vielmehr eine Form, in der dieser enorme Reichtum gehalten oder ausgegeben wird.

Deutlich lukrativer sind jedoch indirekte Investitionen in Aktien oder Fondsbeteiligungen oder auch die professionalisierte Tätigkeit im Immobiliengeschäft. In den Portfolios von Anlagevehikeln wie Fonds ist der Anteil an Immobilien in den letzten Jahrzehnten stetig gestiegen. Ebenso gibt es nicht wenige *high net worth individuals* (HNWI) und *family offices*, die in die Immobilienbranche eingestiegen sind. In meinen Untersuchungen zu Projektentwicklern^[1] in Berlin (Calbet 2017) begegneten mir beispielsweise

einige Milliardäre, die sich dem Immobiliengeschäft zugewandt haben und als Finanzierer von Projekten fungierten, ohne dass die Öffentlichkeit davon erfährt. Noch häufiger tauchten aber Investmentmanager auf, die entweder Projektinvestitionen für HNWI bündeln und organisieren oder aber im großen Stil und parallel zu institutionellen Fonds in sogenannten ‚Club Deals‘ exklusive Fonds für *family offices* auflegen. Wie die Firma Hochtief in einer Unternehmensmeldung bemerkte, sind alternative Formen der Projektfinanzierung durch Versorgungskassen, Versicherungen, geschlossene Fonds, aber auch *private equities* und *family offices* für Developer inzwischen sehr verbreitet (Husmann 2013). Für Projektentwickler ermöglichen sie eine schnelle und an niedrige Anforderungen gekoppelte Bereitstellung von Kapital. Die hohen Renditen, die alternative Finanzierungen für die Anleger versprechen, sind allerdings nur mit entsprechend hohen Wohnungspreisen zu erzielen. Bei diesen Investitionen handeln Superreiche immer durch intermediäre Akteure und verhalten sich nicht anders als institutionelle Investoren.

Finanzialisierung und die Umverteilung von unten nach oben

Unterschiedliche Formen der Raumproduktion durch Superreiche bringen also verschiedene Mechanismen ungleicher Entwicklung hervor, und die Verbindungen mit Prozessen der Finanzialisierung sind divers.

Die Schnittstelle zwischen Immobilien und der Finanzwelt ist für die Mehrheit der Menschen die Aufnahme eines Darlehens, wenn sie eine (meist selbstgenutzte) Immobilie erwerben. Superreiche greifen dagegen eher selten auf externe Finanzierung für direkte Investitionen zurück (siehe Kap. 4 des Buches: Paris 2017: 69). Ihre Verknüpfung mit dem Finanzmarkt besteht vielmehr in professionalisierten Immobilieninvestitionen, als Unternehmer_innen, Aktionär_innen oder Anteilseigner_innen in Fonds (deren Erträge sich wiederum u. a. aus Verkaufserlösen, Mieteinnahmen etc. speisen). Es besteht also eine deutliche Asymmetrie im Finanzialisierungs-Urbanisierungs-Nexus (S. 100). Und auch wenn sich private Haushalte bei Kreditinstituten nicht verschulden, sondern ihnen ihre Ersparnisse anvertrauen oder am Finanzmarkt tätig werden, sind sie gegenüber professionellen und institutionellen Finanzakteuren systematisch benachteiligt (Lapavitsas 2013: 800). Diese Ungleichheit bildet die Grundlage des generalisierten Umverteilungsprozesses von unten nach oben, den Lapavitsas „financial expropriation“ (2011: 623) und Harvey „accumulation by dispossession“ (2003: 137) genannt haben.

An dieser Stelle will ich abschließend betonen, dass diese beiden Stichwörter Ausdruck einer deutlichen Gesellschaftskritik sind, die ohne moralische Wertung so nicht möglich wäre. Für die Analyse der Zusammenhänge zwischen Raumproduktionen durch Superreichen und einer ungleichen urbanen Entwicklung ist – wie Forrest, Koh und Wissink bemerken – die weitere Analyse der raumzeitlichen Bedingungen (Fragen 1 und 5), der Intermediäre und übergeordneten Strukturen (Frage 2), der Politiken und Regulationsmechanismen (Frage 3) sowie der Finanzialisierung (Frage 4) in ihren multiplen Facetten notwendig. Für die Interpretation dieser Zusammenhänge wird man jedoch meiner Meinung nach das eigene moralische Koordinatensystem trotzdem nicht zur Seite legen können.

Endnoten

[1] Damit sind Projektentwicklungsunternehmen gemeint.

Autor_innen

Laura Calbet ist Stadtforscherin. Ihre Schwerpunkte sind Planungstheorie, Stadtpolitik und die Finanzialisierung des Wohnens.

laura.calbet@leibniz-irs.de

Literatur

- Aalbers, Manuel B. / Fernández, Rodrigo (2016): Financialization and housing. Between globalization and varieties of capitalism. In: Manuel B. Aalbers (Hg.), *The Financialization of Housing*. London/New York: Routledge, 81-100.
- Benton, Richard A. / Keister, Lisa A. / Lee, Hang Young (2017): Real Estate Holdings among the super-rich in the USA. In: Ray Forrest / Sin Yee Koh / Bart Wissink (Hg.), *Cities and the Super-Rich. Real Estate, Elite Practices, and Urban Political Economies*. New York: Palgrave Macmillan, 41-62.
- Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Calbet i Elias, Laura (2017): *Spekulative Stadtproduktion. Finanzialisierung des Wohnungsneubaus im innerstädtischen Berlin*. Dissertation an der TU Berlin, verteidigt am 7.11.2017, Manuskript.
- Dorling, Danny (2014): *Inequality and the 1%*. London: Verso.
- Dünhaupt, Petra (2012): Financialization and the rentier income share. Evidence from the USA and Germany. In: *International Review of Applied Economics* 26/4, 465-487.
- Epstein, Gerald A. (Hg.) (2005): *Financialization and the world economy*. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.
- Fine, Ben (2013): Financialization from a marxist perspective. In: *International Journal of Political Economy* 42/4, 47-66.
- Forrest, Ray / Koh, Sin Yee / Wissink, Bart (Hg.) (2017): *Cities and the Super-Rich. Real Estate, Elite Practices, and Urban Political Economies*. New York: Palgrave Macmillan.
- Forrest, Ray / Koh, Sin Yee / Wissink, Bart (2017): Search of the super-rich: Who are they? Where are they? In: Ray Forrest / Sin Yee Koh / Bart Wissink (Hg.), *Cities and the Super-Rich. Real Estate, Elite Practices, and Urban Political Economies*. New York: Palgrave Macmillan, 1-18.
- García-Lamarca, Melissa / Kaika, Maria (2016): ‚Mortgaged lives‘. The biopolitics of debt and housing financialisation. In: *Transactions of the Institute of British Geographers* 41/3, 313-327.
- Harvey, David (2006 [1982]): *The Limits to Capital*. London: Verso.
- Harvey, David (2003): *The New Imperialism*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Husmann, Christoph (2013): *Immobilienfinanzierung. Stabiles Umfeld. Unternehmenskommunikation von Hochtief Projektentwicklung GmbH*.
- Lapavitsas, Costas (2011): Theorizing financialization. In: *Work, Employment & Society* 25/4, 611-626.
- Lapavitsas, Costas (2013): The financialization of capitalism. ‚Profiting without producing‘. In: *City – analysis of urban trends, culture, theory, policy, action* 17/6, 792-805.
- Marcuse, Peter (1986): Abandonment, gentrification, and displacement: the linkages in New York City. In: Neil Smith / Peter Williams (Hg.), *Gentrification of the City*. London: Unwin Hyman, 153-177.
- Marcuse, Peter (2009): A critical approach to the subprime mortgage crisis in the United States. Rethinking the public sector in housing. In: *City & Community* 8/3, 351-356.
- Martin, Randy (2002): *Financialization of Daily Life*. Philadelphia: Temple University Press.

- Massey, Doreen / Catalano, Alejandrina (1978): *Capital and Land, Landownership by Capital in Great Britain*. London: Edward Arnold.
- Merrifield, Andy (2014). *The New Urban Question*. London: Pluto Press.
- Paris, Chris: The super-rich and transnational housing markets: Asians buying Australian housing. In: Ray Forrest / Sin Yee Koh / Bart Wissink (Hg.), *Cities and the Super-Rich. Real Estate, Elite Practices, and Urban Political Economies*. New York: Palgrave Macmillan, 62-83.
- Pinçon-Charlot, Monique / Pinçon, Michel (2018): Social power and power over space: How the bourgeoisie reproduces itself in the city. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 42/1, 115-125.
- Sayer, Andrew (2016): Interrogating the legitimacy of extreme wealth: A moral economic perspective. In: Iain Hay / Jonathan V. Beaverstock (Hg.), *Handbook on wealth and the super-rich*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, 94-112.
- Stiglitz, Joseph E. (2012): *The price of inequality*. London: Allen Lane.

1968 und die Kritik der Stadt – 50 Jahre danach

Nina Gribat
Johanna Hoerning
Nina Schuster

Vor 50 Jahren – im Jahr 1968 – kulminierten weltweit zahlreiche politische Bewegungen in eine Hochphase des Protests gegen den Vietnamkrieg, gegen die Ausbeutung am Arbeitsplatz, gegen die Diskriminierung von Frauen und die von Trans*, Lesben und Schwulen sowie gegen rassistische Gesellschaftsstrukturen, aber auch gegen autoritäre Erziehungs- und Lehrformen und ganz allgemein gegen den normierenden Staat. In unserer Debatte nehmen wir das Jubiläum zum Anlass, um uns mit der historischen Kritik der Stadt der 1968er-Generation und ihrer aktuellen Relevanz auseinanderzusetzen.

Vor 50 Jahren – im Jahr 1968 – kulminierten weltweit zahlreiche politische Bewegungen in einer Hochphase des Protests gegen den Vietnamkrieg, gegen die Ausbeutung am Arbeitsplatz, gegen die Diskriminierung von Frauen und die von Trans*, Lesben und Schwulen sowie gegen rassistische Gesellschaftsstrukturen, aber auch gegen autoritäre Erziehungs- und Lehrformen und ganz allgemein gegen den normierenden Staat. Für die Sozialwissenschaften ist das Jahr 1968 mehr als eine Chiffre. Der Anspruch, der mit der „gesellschaftlichen Selbstthematizierung“ (Bude 1994: 242) verbunden war, folgte in weiten Teilen einem Kritikverständnis, das sich auf eine Veränderung der thematisierten Verhältnisse richtete. In wenigen Bereichen wurde das wohl so konkret ausformuliert wie in der Auseinandersetzung mit den städtischen Verhältnissen. Insbesondere die Kritik an der Stadtplanung der Nachkriegsjahre und der Verwertungslogik, welche die Gestaltung der Städte und ihre Wohnungsmärkte immer tiefgreifender prägte, waren dabei wichtige Bezugspunkte.

In unserer Debatte nehmen wir das Jubiläum zum Anlass, um uns mit der historischen Kritik der Stadt der 1968er-Generation und ihrer aktuellen Relevanz auseinanderzusetzen. Die Autor_innen unserer Debatte machen dabei das Kritikverständnis selbst ebenso zum Gegenstand der Debatte wie aktuelle Anknüpfungsmöglichkeiten und Aktualisierungen, analysieren dabei aber immer auch die historisch spezifischen Diskurse zum Städtischen.

An der Stelle eines Ausgangstextes standen für die folgende Debatte lediglich Fragen, die wir aus der Redaktion an die Autor_innen gestellt haben: Wie stellt sich aus heutiger Sicht die damals geäußerte Kritik, zum Beispiel zum Massenwohnungsbau oder zu technokratischen Planungspraktiken, dar?

Debatte
2018, Band 6, Heft 2/3
Seiten 135-136
zeitschrift-suburban.de

Nina Gribat, Johanna
Hoerning, Nina Schuster
,1968 und die Kritik der
Stadt – 50 Jahre danach‘

Kommentare von:
Nina Gribat, Maren Har-
nack, Sebastian Haumann,
Felicita Reuschling, Anne
Vogelpohl, Lisa Vollmer

Replik von:
Johanna Hoerning

Welche Rolle kommt den Protesten, die sich damals formiert haben, zu, zum Beispiel im Kontext des sozialen Wohnungsbaus? Wie lassen sich Verhältnisse von Politisierung und Entpolitisierung, aber auch das Selbstverständnis von Architektur und Planung vor dem Hintergrund dieser historischen Anleihen begreifen? Welche Veränderungen und Verschiebungen haben sie erfahren? Welche Bedeutung kommt einzelnen Texten – etwa der *Unwirtlichkeit unserer Städte* (Mitscherlich) oder *Le Droit à la Ville* (Lefebvre) historisch und aktuell zu – in Bezug auf die Forschung wie auf die politische Praxis? In welchem Verhältnis stehen Theorie und Praxis hinsichtlich einer Kritik und der „gesellschaftlichen Selbstthematisierung“ damals und heute? Welche positiven und negativen Bezugspunkte, welche Anleihen und Abgrenzungen werden in der Auseinandersetzung mit ‚1968‘ heute deutlich?

Die Debatte in s u b \ u r b a n umfasst sechs Diskussionsbeiträge mit unterschiedlichem Fokus von Nina Gribat, Maren Harnack, Sebastian Haumann, Felicita Reuschling, Anne Vogelpohl und Lisa Vollmer. Die Replik von Johanna Hoerning setzt die Beiträge in Bezug zueinander und diskutiert sie.

Autor_innen

Nina Gribat ist Stadt- und Planungsforscherin. Sie arbeitet zurzeit an international vergleichenden Forschungsprojekten, die sich mit Stadtentwicklungskonflikten, schrumpfenden Städten und den Studienreformen/-revolten um 1968 in der Architektur beschäftigen.
gribat@eus.tu-darmstadt.de

Johanna Hoerning ist Soziologin und arbeitet zu stadt- und raumtheoretischen Fragen, auch im Kontext von Postkolonialität und sozialen Bewegungen.
johanna.hoerning@tu-berlin.de

Nina Schuster ist Soziologin und forscht an der Schnittstelle von stadtsoziologischen und queer/feministischen Theorien zur sozialen und räumlich-materiellen Produktion sozialer Ungleichheit, zurzeit zu sozialem Wandel, Differenzaushandlung und Konflikt im Kleingarten.
nina.schuster@tu-dortmund.de

Literatur

Bude, Heinz (1994): 1968 und die Soziologie. In: Soziale Welt 45/2/, 242-253.

Lefebvre, Henri (2016 [1968]): Das Recht auf Stadt. Hamburg: Edition Nautilus. [Titel des französischen Originals: *Le Droit à la Ville*]

Mitscherlich, Alexander (1965): Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt am Main: Suhrkamp.



Debatte

2018, Band 6, Heft 2/3
Seiten 137-148
zeitschrift-suburban.de

Nina Gribat, Johanna
Hoerning, Nina Schuster
,1968 und die Kritik der
Stadt – 50 Jahre danach‘

Mieter_innenproteste von den 1960er bis in die 1980er Jahre in der BRD

Von der Klassenallianz zur Aufspaltung und Einhegung ins neoliberale Projekt

Kommentare von:

Nina Gribat, Maren Har-
nack, Sebastian Haumann,
Felicita Reuschling, Anne
Vogelpohl, Lisa Vollmer

Replik von:

Johanna Hoerning

Lisa Vollmer

Die späten 1960er Jahre und vor allem die 1970er Jahre waren eine Hochphase der Mieter_innenproteste in der BRD. Dieser Beitrag verfolgt die These, dass die Krise der fordistischen Wohnraumversorgung in den 1960er Jahren, beziehungsweise die von der Politik implementierten Strategien zur Lösung dieser Krise, eine Klassenallianz in wohnungsbezogenen Protesten ermöglichte und dass sich diese Klassenallianz im Laufe der 1970er und 1980er Jahre aufspaltete, was zur Einhegung des Protests in das entstehende neoliberale Projekt führte. Im Folgenden beschreibe ich also zunächst die Wohnungsfrage 1968 als Krise der fordistischen Wohnraumproduktion und damit die materielle Basis der Klassenallianz. Daran anschließend illustriere ich anhand von Protesten in den drei Bereichen Massenwohnungsbau, Sanierungsgebiete und Hausbesetzungen die Klassenallianz und vollziehe deren Aufspaltung nach. Und schließlich stelle ich die Frage, was heute aus dieser Geschichte gelernt werden kann.

Wohnungsfrage 1968:

Die Krise des fordistischen Urbanismus in Westdeutschland

Im Laufe der 1960er Jahre manifestierte sich die Krise des fordistischen Urbanismus, der nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland etabliert wurde. Die Zerstörung von 2,3 Millionen Wohneinheiten und der Zuzug von Millionen Geflüchteter und Aussiedler_innen (Hanuske 1995: 33) legiti- mierten den verstärkten staatlichen Eingriff in den Wohnungsmarkt. Im existierenden Wohnungsbestand wurde die Wohnraumverteilung staatlich gelenkt, wobei Mietobergrenzen und ein starker Kündigungsschutz einge- führt wurden. Das Erste Wohnungsbaugesetz von 1950 förderte den sozialen Wohnungsbau mit Zuschüssen, zinsgünstigen und staatlichen Darlehen. Zwischen 1951 und 1956 entstanden so 1,8 Millionen Wohneinheiten (Hanuske 1995: 40). Der soziale Wohnungsbau war allerdings nur als „so- ziale Zwischennutzung“ (Donner 2000: 200) konzipiert – Sozialbindungen wurden nach dem Förderzeitraum wieder aufgehoben. Auch die von Anfang an verfolgte Eigentumsförderung, die nur aufgrund illiquider Privathaushalte

und Finanzmärkte schleppend anlief, zeigt, dass es sich bei der westdeutschen Wohnungspolitik im korporatistischen Wohlfahrtsstaat nach dem Zweiten Weltkrieg lediglich um eine Wohnungsmarktpolitik handelte, die temporäre Interventionen in das Marktgeschehen über Notlagen rechtfertigte, aber keine prinzipielle Abkehr von der warenförmigen Organisation der Wohnraumversorgung bedeutete (Hanauske 1995: 43).

Die im sozialen Wohnungsbau errichteten Wohnungen boten im Vergleich zu den unsanierten Altbauten eine qualitativ höherwertige Ausstattung – allerdings auch zu deutlich höheren Preisen. Der soziale Wohnungsbau – oft in randstädtischen Siedlungen – bot also Wohnraum für die Mittelschicht, während der Altbaubestand, in dem die Mietkappung der so genannten Wohnungszwangswirtschaft galt, Wohnraum für untere Einkommensschichten bereithielt.

Dieses Modell des fordistischen Urbanismus geriet im Laufe der 1960er Jahre an seine Wachstumsgrenzen. Die Mittelschicht, die es sich leisten konnte, war mit Wohnungen versorgt, der fordistische Massenwohnungsbau in seiner Konzeption als lukratives Verwertungsmodell damit gesättigt. Deshalb wurde 1963 zunächst das Wohngeld als Subjektförderung mit dem Ziel eingeführt, auch einkommensärmere Schichten in den Neubausiedlungen anzusiedeln. Im Jahr 1960 wurde mit dem Lücke-Plan die Abschaffung der sogenannten Wohnungszwangswirtschaft im Bestand beschlossen; Mietobergrenzen und Kündigungsschutz wurden daraufhin nach und nach abgebaut (Beyme 1999: 110). In der Folge stiegen Miet- und Bodenpreise im Laufe der 1960er Jahre massiv an. In den 1960er Jahren experimentierten die Länder außerdem mit ersten Sanierungsgebieten in Form von Stadterneuerungsprogrammen, mit denen die innerstädtische Aufwertung befördert und damit die innerstädtischen Altbaugebiete für die immobilienwirtschaftliche Verwertung geöffnet wurden. Die beiden Lösungsstrategien für die Krise des fordistischen Urbanismus – Wohngeld und Sanierungsgebiete – führten zu sozialen Verwerfungen, die Mieter_innenproteste in ganz Westdeutschland nach sich zogen (Jansen 1972: 12).

Die Klassenallianz in den Mieter_innenprotesten der 1960er und 1970er Jahre

Die Krise des fordistischen Urbanismus schuf in den 1960er und 1970er Jahren die Voraussetzungen für eine Klassenallianz zwischen Mittelschichten und armen Schichten im Zuge der Mieter_innenproteste. Im Jahr 1968 herrschte in Westdeutschland immer noch eine quantitative Wohnungsnot (Sethmann 2018: 18). Zum quantitativen Mangel kam durch massive Mietsteigerungen eine Krise der Bezahlbarkeit durch die Folgen der Abschaffung der ‚Wohnungszwangswirtschaft‘. Gleichzeitig äußerten vor allem Mittelschichtshaushalte immer stärker Kritik an der Qualität der Wohnraumversorgung, besonders im infrastrukturell unterversorgten Massenwohnungsbau am Stadtrand.

In ganz Westdeutschland brachen daraufhin in den späten 1960er und frühen 1970er Jahren Mieter_innenproteste los. Ein Spiegelartikel aus dem Jahr 1970 berichtete vom Aufruf zu einer Großdemonstration in Frankfurt am Main: Der Vize-Präsident des Mieterbundes rechne „mit mehr

als 20.000 Mietern aus allen Teilen der Bundesrepublik, deren Mieten – im Bundesdurchschnitt – von 1962 bis 1970 bei Altbauwohnungen um etwa 70 und bei Neubauten um mehr als 50 Prozent gestiegen sind“ (Der Spiegel 1970: 65). Von der Diversität dieser Proteste zeigte sich die Rheinische Post beeindruckt: „Was Rudi Dutschke vergeblich erhoffte, was dem SDS nie gelang, schaffen zur Zeit protestierende Studenten fast mühelos: Den Beifall des Bürgers, die Solidarisierung von Arbeitern, Angestellten und Beamten.“ (am 30.9.1970, zit. nach: Rekittke/Becker 1995)

Im Folgenden sollen nun einige Beispiele für solche Proteste und für deren Klassenallianzen aus Berlin vorgestellt und diskutiert werden. Die Proteste regten sich sowohl im Massenwohnungsbau als auch in innerstädtischen Sanierungsgebieten, dort zum Teil auch in Form von Hausbesetzungen.

Im Märkischen Viertel, einer Großwohnsiedlung mit 17.000 Wohneinheiten in sechs- bis achtgeschossigen Bauten am Westberliner Stadtrand, erbaut zwischen 1963 und 1974, kamen viele Mieter_innen unter, die aus den innerstädtischen Sanierungsgebieten verdrängt wurden. Sie beschwerten sich schon bald über den Mangel an Einrichtungen der sozialen und kulturellen Infrastruktur, an Kindergarten- und Schulplätzen und die fehlende Verkehrsanbindung ihrer neuen Nachbarschaft. Studierende und politische Aktivist_innen, Vertreter_innen der Mittelschicht also, wurden auf die soziale Krise geringverdienender Großfamilien im Märkischem Viertel aufmerksam und engagierten sich: Studierende und Lehrende der Pädagogischen Hochschule gaben gemeinsam mit Bewohner_innen die Märkische-Viertel-Zeitung heraus, revolutionär gesinnte Aktivist_innen wie Ulrike Meinhof wollten das hier vermutete Proletariat agitieren, kritische Filmemacher_innen dokumentierten die Kämpfe der Mieter_innen (Becker 2018). Insgesamt waren zwischen 1968 und 1974 etwa zwei Dutzend Initiativen zu vielen verschiedenen Themen im Viertel aktiv (Hüttner 2016: 8). Sie protestierten gegen die fehlende Infrastruktur für Kinder und Jugendliche. Eltern-Kind-Gruppen initiierten Spielplatzinitiativen und Jugendarbeit und besetzten ein Jugendzentrum. Auch Mieterhöhungen und Zwangsräumungen gaben Anlass für Protest.

Im Jahr 1963 wurde in Westberlin unter Bürgermeister Willy Brandt (1957-1966) ein Stadterneuerungsprogramm erlassen, das einige Zonenrandnachbarschaften zu Sanierungsgebieten erklärte. Die Immobiliensanierung unter Beteiligung von Vermieter_innen und Investor_innen schuf ein neues Verwertungsmodell: Auch die innerstädtischen Viertel wurden nun zur Investitionsanlage. Allerdings bewirkte die in Westberlin bis in die 1980er Jahre geltende Mietbegrenzung im Bestand, dass Sanierungen von Altbauten für Investor_innen nicht lukrativ waren. Nicht zuletzt deshalb setzte sich dort zunächst das Modell der Flächen- beziehungsweise Kahlschlagsanierung durch (Bodenschatz 1987): Dem vollständigen Abriss der Altbausubstanz folgte der weniger dichte Neubau auf veränderter Stadtstruktur. Die gründerzeitliche Blockrandbebauung galt als ungesund und unmodern und die Bewohner_innenstruktur als schlecht; erklärtes Ziel der Sanierung war die ‚Verbesserung der Sozialstruktur‘. Diese Struktur war aber erst durch die fordistische Wohnungspolitik entstanden. Die innerstädtischen Sanierungen bewirkten, dass die Mittelschichtsfamilien, die es sich leisten konnten, in Neubausiedlungen am Stadtrand zogen und ärmere Haushalte in den innerstädtischen Altbauquartieren verblieben.

Die Ausrufung von Sanierungsgebieten verstärkte die Konzentration der sogenannten vier A – Armen, Alten, Arbeitslosen und ‚Ausländer_innen‘ – in den innerstädtischen Nachbarschaften. Denn von der Ausrufung eines Sanierungserwartungsgebiets bis zum tatsächlichen Beginn des Abrisses vergingen oftmals Jahre. In dieser Zeit investierten Hausbesitzer_innen nicht mehr in die Instandhaltung ihrer Gebäude und beförderten durch ihre Vermietungspraxis den Verfall der Bausubstanz, um den lukrativeren Abriss und Neubau zu rechtfertigen. Harald Bodenschatz et al. beschreiben die Taktik der Vermieter_innen im Sanierungsgebiet Kreuzberg plastisch:

„Durch gezielte Leerstände werden die Häuser abrißreif gemacht. Dazu kommt, daß immer öfter Brände gelöscht werden müssen. Außerdem wird das Gebiet für Straßenkampfbungen der Berliner US-Truppen freigegeben.“ (Bodenschatz/Heise/Korfmacher 1983: 104)

Hinzu kam die Praxis, freie Wohnungen mit migrantischen Familien überzu-belegen und horrenden Preise zu verlangen, was zum schnelleren Verfall der Wohnungen führte. Migrantische Haushalte waren auf diese Angebote zurückgeworfen, weil ‚Ausländer_innen‘ auf dem restlichen freien Wohnungsmarkt und auch im sozialen Wohnungsbau, zu dem sie erst Ende der 1970er Jahre Zugang erhielten, keine Chance hatten (Münch 2010).

Die Folgen der Flächensanierung boten zahlreiche Anlässe für Mieter_innenproteste: Verdrängung und Verlust der Nachbarschaft und ihrer sozialen Netzwerke, der Verlust von günstigen Wohnungen sowie Leerstand bei gleichzeitigem Wohnraummangel. Getragen wurden die Proteste durch diejenigen, die sich den Wegzug nicht leisten konnten, und eine neu zuziehende, damals noch nicht so benannte ‚kreative Klasse‘ aus Studierenden und freiheitsliebenden Nonkonformist_innen. Auch hier zeichnete sich also eine Klassenallianz aus Mittelschicht und ärmeren Schichten ab.

Dass eine solche Allianz nötig war, zeigt die Erfahrung des Büros für Stadtplanung und soziale Arbeit in Kreuzberg, das 1969 von Studierenden der Architekturfakultät der TU Berlin am Oranienplatz gegründet wurde. Diese versuchten mit einer Gegenplanung zur Kahlschlagsanierung Bewohner_innen zu organisieren und gegen die Flächensanierung zu mobilisieren. Ihre Flyer, ihr Straßentheater und ihre Mieterberatung führten allerdings nicht zu den erhofften „massenhaften spontanen Protestaktionen“ (Fassbinder 1983: 351); diese gelangen erst einige Jahre später, als Kreuzberg bereits kein reines Arbeiter_innenviertel mehr war.

Widerstand gegen die Kahlschlagsanierung regte sich auch in Charlottenburg. Am Klausenerplatz, einem Arbeiter_innenviertel in guter Lage in der Nähe der City West, war die Neue Heimat, der gemeinnützige Wohnungsbau-träger der Gewerkschaften, als Sanierungsträger eingesetzt worden und begann systematisch Häuser aufzukaufen und die Blockinnenbebauung abzureißen. In ‚Erwartung‘ des Sanierungsgebiets verschlechterten sich die Lebensbedingungen im Stadtteil, und wer es sich leisten konnte, zog weg. Eva Schindele beschrieb ihre Erfahrungen bei der Sozialplanbefragung, die sie als studentische Mitarbeiterin für die Neue Heimat durchführte:

„Viele Lebenssituationen [...] ähneln sich. Sie gründen auf Alter, Gebrechlichkeit und finanzieller Not. Oft auch auf dem Versuch sich

mit beidem so gut wie möglich zu arrangieren. Die Nachbarn spielen dabei eine wichtige Rolle. Und die soziale Sicherheit in der vertrauten Umgebung.“ (Schindele 1980: 26)

Im Jahr 1973 gründeten sich die ersten Protestgruppen aus Mieter_innen und Studierenden der Architektur an der nahe gelegenen Technischen Universität Berlin. Die Studierenden waren teilweise in die Nachbarschaft gezogen und wollten über ihr Fachwissen die Mieter_innen politisieren (Bodenschatz/Heise/Korfmacher 1983: 67). Auch die Jusos gründeten eine wohnungspolitische Gruppe in der Nachbarschaft; Mitglieder der DKP waren ebenfalls im Protest aktiv. Aus dem Zusammenschluss verschiedener Gruppen entstand nach einem Straßenfest im Juni 1973 der Verein Mieterinitiative Klausenerplatz. Ruth Schöneich, eine Mieterin, beschrieb die Stimmung der Treffen:

„Die gesamte Lage im Gebiet wurde runddiskutiert. Jeder von uns gab seinen Senf dazu, und es kam heraus, daß wir Mieter völlig im Dunkeln tappten, was die Sanierungsverantwortlichen mit uns vorhatten. Wer was wußte, waren politisch engagierte Leute, einige wenige, die uns warnten.“ (zit. in: Schindele 1980: 77)

Daraufhin nahmen Mieter_innen und Studierende in Charlottenburg den ‚Kampf gegen die Profitsanierung‘ auf: Bei einem Informationsstand auf dem Wochenmarkt installierten Mieter_innen einen ‚Pranger‘ zum Anzeigen von Mietmängeln; in der Flugblattreihe „Kiezschicksale“ porträtierten sie Anwohner_innen; Transparente zierten die Fenster; durch Lobbyarbeit im Bezirk erkämpften sie ein eigenes Ladenlokal. Immer mehr Mieter_innen forderten von der Neuen Heimat Instandhaltungen ein. Manche behielten die Wohnungen als ‚Faustpfand‘, weigerten sich schlicht auszuziehen und verhinderten so den Abriss.

Solche militanteren Aktionen waren nur durch einen hohen Organisationsgrad und die Kollektivierung der Mieter_innen möglich. Gleichzeitig zu den Protesten entwickelte Hardt-Waltherr Hämer ein Modell für einen Teil des Sanierungsgebiets, das „Stadterneuerung ohne Verdrängung“ ermöglichen sollte (Hämer/Rosemann 1976). Die Mieterinitiative und Hämers Büro verbündeten sich und konnten Mitte der 1970er Jahre in dem Block, in dem sie aktiv waren, ihre Forderungen durchsetzen: eine Mietbegrenzung auf 3,05 DM pro Quadratmeter nach der Sanierung und Entschädigungszahlungen für Umzüge und gestiegene Heizkosten durch Leerstand.

Auch Teile Kreuzbergs um das Kottbusser Tor wurden 1963 zum Sanierungsgebiet erklärt und in verschiedene Planungseinheiten eingeteilt, die nacheinander unter verschiedenen Trägern saniert wurden. Anfangs regte sich noch kein Widerstand. Als die Folgen der Kahlschlagsanierung im Laufe der 1970er Jahre sichtbar wurden, begannen auch dort die Mieter_innen gegen Abriss und Mietsteigerungen zu protestieren und sich zu organisieren.

Infolge dieser Proteste und des Städtebaufördergesetzes von 1971, das zum ersten Mal Bürger_innenbeteiligung vorschreibt, wurden sukzessive Mietervertreter_innen in die Planungsprozesse eingebunden. Die paternalistische Behandlung dieser ‚Betroffenenvertretungen‘, ihre reine Information durch die Stadtentwicklungspolitiker_innen, ohne ihnen tatsächliche

Handlungsmacht einzuräumen, heizte die Proteststimmung zunächst eher an, als dass sie sie befriedete. Aufgrund der zunehmenden Proteste wurde in den aufeinanderfolgenden Planungsabschnitten immer weniger Altbausubstanz abgerissen und die Mieter_innenvertretung wurde weiter ausgebaut. So erhielten vier Gemeinwesenarbeiter_innen 1978 ein eigenes Ladengeschäft, den Mieterladen Dresdener Straße in Kreuzberg, um eine Betroffenenvertretung zu wählen. Sie forderten:

„Sofortiger Abriß- und Entmietungsstop! Instandsetzung leerer und bewohnter Häuser! Nutzung freier, instandgesetzter Wohnungen zur Zwischenumsetzung! Winterfestmachung und Erstattung eines Heizkostenzuschusses!“ (zit. in Bodenschatz/Heise/Korfmacher 1983: 106f.)

Die im Jahr 1979 eingesetzte Internationale Bauausstellung (IBA) versprach, den Mieterladen und die Organisierung zu unterstützen, wurde aber vom Senat zurückgepfiffen.

Die Mieter_innenproteste politisierten und radikalisierten zahlreiche Menschen. Denn für viele galt der Staat lange „[...] als Garant der Unverletzbarkeit dieses Privattraums [der eigenen Wohnung]. [...] Daß es nun der Staat selbst ist, der in diese Privatsphäre eindringt und sie zur Vermarktlichung feilbietet, erschüttert den Glauben an Gesellschaft und Demokratie.“ (Eichstädt-Bohlig 1981: 222)

Der Widerspruch zwischen Wohnraum als Ware und Wohnraum als sicheres Zuhause trat hier deutlich hervor. Der erschütterte Glauben war die Basis für die breite Unterstützung und Legitimität der mit radikaleren Protestformen auftretenden Hausbesetzungsbewegung.

Die ersten Hausbesetzungen wurden 1971 in Fabriketagen am Mariannenplatz und im Bethanienkrankenhaus gemeinsam von Studierenden und proletarischen Jugendlichen getragen, die ihren Elternhäusern oder Ausbildungsplätzen entflohen waren. Auch einige migrantische Hausbesetzungen kamen aus der Arbeiter_innenschicht. Der Ausschluss der Gastarbeiter_innen vom rassistischen Wohnungsmarkt und ihre Konzentration in den Sanierungsgebieten führte dazu, dass sie die für den Abriss freigegebenen Häuser nur äußerst ungern verließen und so manchen Abriss verhinderten (Gürsel/Azozomox/Schubenz 2016: 13).

Gerade Frauen hatten sich mittlerweile selbst organisiert, zum Beispiel im Türkischen Frauenverein Berlin e. V. (1975) und im Treff und Informationsort für Frauen aus der Türkei (TIO) (1978). Während der Besetzungen um 1980 besetzten Frauen aus diesem Kreis Häuser: Türkisch-kurdische Mieter_innen der Forster Straße 18 lebten in sehr beengten Verhältnissen und besetzten deshalb das Nachbarhaus Nr. 16-17, als dieses zum Abriss entmietet wurde. Eine Delegation verhandelte mit dem Bezirksamt einen vorläufigen Mietvertrag, sanierte die Wohnungen in Selbsthilfe und eröffnete 1981 einen der ersten zweisprachigen Schülerläden in Kreuzberg. Kurdische und türkische Frauen des TIO, die sich in Alphabetisierungskursen über die Probleme von alleinstehenden Frauen auf dem Wohnungsmarkt ausgetauscht und über die daraus resultierende Unmöglichkeit, sich von ihren Männern zu trennen, diskutiert hatten, besetzten 1981 das Haus in der Kottbusser Straße 8 und erzielten eine Einigung mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GSW. Im Sanierungsgebiet Kreuzberg kam es infolge der Mieter_innenproteste um

1980 verstärkt zu Besetzungen: So organisierte die Bürgerinitiative SO36, die rund um den Leerstand bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft BeWoGe mobilisierte, 1979 die ersten Instandbesetzungen, und zwar in enger Zusammenarbeit mit dem Mieterladen Dresdener Straße. Die Hausbesetzer_innen beteiligten sich zunächst an der Organisierung von Blockräten.

Auch im Charlottenburger Sanierungsgebiet Klausenerplatz machten Aktivist_innen Anfang 1981 entmietete Häuser mit sogenannten ‚aktiven Wohnraumbeschaffungsmaßnahmen‘ wieder zugänglich. Auch hier gab es zunächst einen engen Austausch zwischen organisierten Mieter_innen und Besetzer_innen: Die Mieter_innen halfen, geeignete Häuser auszusuchen, in denen Konflikte mit Nachbar_innen vermieden werden sollten, und der Mieterinitiative nutzte umgekehrt der Druck der Besetzungen: „Die Neue Heimat hat auf einmal billige Ersatzwohnungen, mehrere Häuser werden mittelfristig aus dem Sanierungsprogramm genommen, und Instandsetzungsmittel werden bewilligt“ (Bodenschatz/Heise/Korfmacher 1983: 77).

Die Aufspaltung der Klassenallianz in den Mieter_innenprotesten der 1970er und 1980er Jahre

War die erste Phase der Mieter_innenproteste in der Krise des fordistischen Urbanismus noch von einer Allianz aus Mittelschicht und ärmeren Schichten getragen, spaltete sich diese Allianz ab Mitte der 1970er Jahre zunehmend auf. Gründe für diese Aufspaltung sind erstens sowohl in gezielten Praktiken der Institutionen und Vermieter_innen zu finden, als zweitens auch in den Praktiken der Bewegung selbst. Drittens verfiel die Spaltungsstrategie, weil die materielle Basis der Klassenallianz, die als gemeinsame wahrgenommene Wohnungskrise, zunehmend verschwand. Diese drei Faktoren werden im Folgenden beschrieben und können mit erklären, wie die anti-fordistischen städtischen sozialen Bewegungen in das neoliberale Projekt eingeeht werden konnten (Kuhn 2014).

Vermieter_innen, Sanierungsträger und andere städtische Akteure verfolgten mehr oder weniger explizite Strategien, um die Mieter_innenproteste zu spalten und einzuhegen. Im Märkischen Viertel betrieb die Gesobau eine solche Spaltungspolitik: „Es wurde weniger an ‚Problemfamilien‘ – viele Kinder, wenig Geld – vermietet. Dafür mehr an mittelständische Single-Haushalte. Mieterhöhungen wurden zeitlich versetzt ausgesprochen, was die Organisierung erschwerte.“ (Hüttner 2018: 10)

Im Charlottenburger Sanierungsgebiet Klausenerplatz sanierte die Neue Heimat nicht mehr blockweise, sondern in einzelnen, räumlich getrennten Häusern und erschwerte so die Organisierung. Eine andere Vereinzelungsstrategie wurde gegen die Hausbesetzer_innen eingesetzt: Der interne Streit zwischen ‚Verhandler_innen‘ und ‚Nicht-Verhandler_innen‘ in der Hausbesetzungsbewegung konnte von Seiten der Politik Bezirks- und Senatspolitik genutzt werden, um die Bewegung in gute, ‚integrationsfähige‘ Besetzer_innen und ‚rechtlose Chaoten‘ zu spalten. Dies ermöglichte es der Politik, repressiv gegen bestimmte Besetzungen vorzugehen.

Im Kreuzberger Sanierungsgebiet waren Beteiligungspraktiken und Betroffenenvertretung entwickelt worden, die ganz dem sich etablierenden konsensualen, kommunikativen Planungsparadigma entsprachen. In

diesen Partizipationsprozessen zeichnete sich ein Bild der Einhegung ab. Die IBA 1984 setzte in Kreuzberg die Arbeitsgruppe Erneuerungskommission (AEK) ein, die aus Verwaltungs- und Betroffenenvertreter_innen bestand und Konflikte zwischen Mieter_innen, Hauseigentümer_innen, Sanierungsträgern und Verwaltungen lösen sollte. In der AEK wurden einzelne Betroffenenvertreter_innen gehört. Ein inoffizielles Gremium, in dem diese sich zusammenschließen konnten, gab es außerhalb der AEK nicht mehr. Mieter_innenberatungen wurden nun durch die IBA getragen, Selbsthilfeprojekte ebenso verstärkt staatlich finanziert. Damit hatte die IBA die Proteste der Mieter_innen institutionalisiert, von der Basis und damit von grundsätzlicheren Debatten abgekoppelt und schlussendlich eingehegt und gespalten:

„Sie hat das ‚schreiende Unrecht‘ in Kreuzberg in einen unübersehbaren Kosmos von Einzelprojekten und Einzelverfahren zerlegt, die Protestbewegung auf das Gleis der Selbsthilfetherapie geschoben und den Ausbau des Systems der ‚Berufsbetroffenen‘ gnadenlos gefördert.“
(Eichstädt 1982, zit. in Bodenschatz/Heise/Korfmacher 1983: 112)

So wurden die IBA und die von ihr geschaffenen Institutionen, die ‚Maschinerie‘, auch von Seiten der Mieterräte[1] kritisiert. In einem Gedicht drückte der Mieterrat des Sanierungsgebiets ums Bethanien aus, dass man sich „ibagangen, ibafallen, ibatrumpft“ fühle (zitiert in: Homuth 1984: 29). Die Professionalisierung der Betroffenenvertreter_innen erklärte Karl Homuth über deren habituelle Passfähigkeit zu den etablierten Expert_innen und Verwaltungsangestellten. Es waren nicht alle sozialen Gruppen, die von der Sanierung betroffen waren, in den Vertretungen repräsentiert. Sie entstammten vielmehr meistens der „alternativ-fortschrittlichen Szene“ und damit der Mittelschicht (Homuth 1984: 103). Das führte zu Entscheidungen, die sich auch gegen die Interessen der Arbeiter_innen in der Nachbarschaft richteten: Auf einer Sitzung der AEK fiel die Entscheidung gegen den Ausbau einer Kita, obwohl eine Mehrheit der Mieter_innen, vor allem der türkischen, sich für mehr Kitaplätze ausgesprochen hatte. Eine bauliche Veränderung, die für eine Kita notwendig gewesen wäre, lehnten die organisierten Aktivist_innen aber als Eingriff in die Nachbarschaft ab (Homuth 1984: 104).

Diese Beispiele zeigen schon, dass die Spaltungsbemühungen vonseiten der Politik und der Vermieter_innen von spalterischen Praktiken in der Bewegung selbst begleitet wurden. Die in der Mieterinitiative Klausenerplatz aktiven DKP-Angehörigen zum Beispiel zogen sich auf Weisung der Parteileitung aus den Kämpfen um die ‚Reproduktionsarbeit‘, als die auch Kämpfe ums Wohnen galten, zurück (Bodenschatz/Heise/Korfmacher 1983: 73f.) – und damit auch aus der Unterstützung der sozialen Kämpfe der Arbeiter_innen. Auch viele der aktiven Studierenden verließen die Mieter_innenbewegung und wandten sich anderen Kämpfen zu, engagierten sich in der neuen Alternativen Liste oder gingen in die mit öffentlichen Geldern geförderten Mietberatungsstellen, professionalisierten sich also (Bodenschatz/Heise/Korfmacher 1983: 78). Der zunehmende Trend einer ‚Politik der ersten Person‘ veranlasste politisch Aktive aus der Mittelschicht, sich von der Interessenvertretung für andere zu verabschieden. Dadurch gingen den Mieter_inneninitiativen die wichtigen Organisationskompetenzen und die

damit verbundenen sozialen und kulturellen Ressourcen der Aktivist_innen aus der Mittelschicht verloren.

Die Entstehung einer identitätspolitischen Ausrichtung stadtpolitischer Bewegungen wird besonders in der Hausbesetzungsbewegung deutlich. Nach den ersten Hausbesetzungen aus dem Arbeiter_innenmilieu durch Jugendliche und Migrant_innen wurden sie zunehmend von der alternativen Szene getragen. Diese alternative Szene war in Reaktion auf den ‚Deutschen Herbst‘ entstanden, auf die Phase nach 1968, in der der Staat den Forderungen der Bewegung mit harten Repressionen begegnete. Sie vertrat eine Abkehr von der Mehrheitsgesellschaft und von dem Glauben, dass man diese verändern könne. Stattdessen verfolgte sie die Strategie, alternative, abgegrenzte Räume und Projekte zu schaffen. Damit lösten sich die Hausbesetzer_innen zunehmend von den Interessen der Mieter_innenproteste der 1970er Jahre. Sie konzentrierten sich dagegen auf ihre eigenen Konflikte und auf die Errichtung von Nischen des alternativen Lebensstils. In der Folge waren sie vor allem mit der Verteidigung ihrer eigenen vier Wände beschäftigt (Bodenschatz/Heise/Korfmacher 1983: 108).

Die Hausbesetzungsbewegung war Teil der neuen sozialen Bewegungen (Grottian/Nelles 1983), die sich explizit von den ‚alten‘ Bewegungen und ihren Strategien und Forderungen abgrenzten. Anstatt Forderungen nach materieller Umverteilung zu stellen, forderten sie Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und alternative Lebensweisen. Auch die Hausbesetzer_innen beriefen sich verstärkt auf das Recht auf alternative, ‚authentische‘ Lebensstile (Reichardt/Siegfried 2010) und ließen damit immer weniger Raum für soziale Forderungen nach materieller Umverteilung (Kuhn 2014).

Die materielle Basis für die Klassenallianz in den Mieter_innenprotesten der späten 1960er und frühen 1970er Jahre kam im Laufe der 1970er Jahre abhanden. Die kollektive quantitative Wohnungsnot hatte sich 1974 erledigt: Die Zahl der Haushalte und der verfügbaren Wohneinheiten war ausgeglichen (Kockelkorn 2017: 121). Nunmehr gab es zwei Wohnungsfragen: eine Krise der Wohnqualität für die Mittelschicht und einen Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Arbeiter_innen. Der Zusammenhang zwischen beiden konnte nicht mehr hergestellt werden, weil durch politische Maßnahmen die Krise einseitig für die Mittelschicht gelöst wurde, indem ihre qualitätsbezogenen Ansprüche an die Wohnraumversorgung, an identitätsstiftende Nachbarschaften und soziale Infrastruktur durch die Sanierung des Altbaus und die Aufwertung der innenstädtischen Wohnviertel befriedigt wurden. Neue Verwertungsinteressen zu bedienen ging also einher mit einer Befriedung der Mittelschicht.

Diese materielle Basis der Aufspaltung in zwei Wohnungsfragen führte auch zur Aufspaltung der Klassenallianz in der wohnungspolitischen Bewegung. Während auf die Bedürfnisse der Mittelschicht reagiert wurde, verstärkten politische Entscheidungen in den 1970er Jahren den Mangel an bezahlbarem Wohnraum und damit die Wohnungskrise der ärmeren Schichten: Wohnungsneubau wurde Anfang der 1970er Jahre so teuer, dass die Kostenmieten die Marktmieten überstiegen. Die Teuerung lässt sich auf politische Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung zurückführen: auf die Anhebung des Leitzinssatzes um fünf Prozentpunkte und die Einführung neuer Investitionssteuern (Kockelkorn 2017: 122). Außerdem wurde

der Mietwohnungsbau immer weniger gefördert. Dagegen standen Eigentumsförderung und Altbausanierung im Mittelpunkt, wodurch zusätzlich günstige Wohnungen verloren gingen. Mit dem Wohnungsmodernisierungsgesetz wurden 1977 Modernisierungsmaßnahmen steuerlich begünstigt. Modernisierungen sind mit Umlagen der Kosten auf die Mieter_innen verbunden, also mit Mieterhöhungen. Mieterhöhungen wurden also staatlich gefördert. Diese Rationalität spiegelte sich auch explizit in der politischen Argumentation für das Gesetz wider: Der Suburbanisierung der Mittelschicht sollte entgegengewirkt und innerstädtische Altbaubestände aufgewertet werden, um die Wohnbedürfnisse der Mittelschicht zu befriedigen (Heuer 1977, Schiffner 1983).

Dass die Aufspaltung der Klassenallianz negative Folgen für die Durchsetzungsfähigkeit der Mieter_innenbewegung hatte, zeigt exemplarisch der Kampf gegen die Einführung des ‚Weißen Kreises‘[2] in Berlin, also der Kampf gegen die Aufhebung der Mietobergrenzen in bestimmten Gebieten. Im Vergleich zu vielen Städten in Westdeutschland galt die Mietkappung in Berlin besonders lang. In den Jahren 1968 und 1972 waren die Proteste gegen die drohende Einführung des ‚Weißen Kreises‘ noch erfolgreich. Doch im Jahr 1988 gelang schließlich die Einführung, und zwar auch, weil die Klassenallianz gespalten war und die einstigen studentischen Aktivist_innen und Protagonist_innen der Mieter_innenproteste Berlins mittlerweile bei der IBA angestellt waren, sich um die Aufarbeitung des bauhistorischen Erbes Berlins kümmerten oder postmoderne Architektur bauten. Jedenfalls waren die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit und die Ausweitung des ‚Weißen Kreises‘ auf Berlin in den 1980er Jahren für sie kein Thema mehr (Harlander 2018).

Von der Aufspaltung zur Einhegung ins neoliberale Projekt. Besser gemeinsam statt einsam

Die wohnungsbezogenen Proteste der 1970er und 1980er Jahre wurden im Laufe der Zeit, ähnlich wie andere soziale Bewegungen, in das neoliberale Projekt eingehegt. Die Aufspaltung der Klassenallianz führte nicht nur zum Zusammenbruch der Mieter_innenbewegung, sondern steckte auch hinter dem ‚Scheitern‘ der 68er:

„As relationships with working-class struggles was [sic] so important to 1968 movements – either in practice or in aspiration – the impact of the class war waged by neoliberal governments against both trade unions and the left-leaning governments, national and local, was devastating. Without the material, class alliances and the base that these movements built up in the 1970s, the cultural break made by the rebellions of 1968 increasingly facilitated a shift towards the individualism of the market.“ (Wainwright 2018: 22)

Anstatt an einer Allianz zu arbeiten, vollzogen die neuen sozialen Bewegungen die Trennung von der Arbeiter_innenbewegung, und damit auch die (künstliche) Trennung von künstlerischer und sozialer Frage (Boltanski/Chiapello 2003). Die Mieter_innenbewegung nahm einen ähnlichen Verlauf wie die 68er-Bewegung insgesamt: Dadurch, dass die vormalig

umfassende, sozioökonomisch ausgerichtete Demokratisierungsbewegung ihre Verbindung zur Arbeiter_innenklasse verlor, wurde sie einhegbar ins aufstrebende neoliberale Projekt. Dies geschah auch aufgrund von „Verwandtschaftsverhältnissen“ zwischen neuen sozialen Bewegungen und Neoliberalismus (Kuhn 2014). Die klassenbezogene Organisation wurde ersetzt durch eine lokal-identitätsbezogene Organisation, in Berlin durchgesetzt mit der IBA und dem planungstheoretischen Beteiligungsparadigma.

Vor dem Hintergrund dieser Geschichte lässt sich für die heutige Situation, in der wir uns in einer gänzlich anderen, in ihrer Dramatik aber vergleichbaren, Krisensituation befinden – auch im Bereich des Wohnens – hoffen, dass aktuelle Mieter_innenbewegungen ihre Schlüsse aus dieser Spaltungsgeschichte ziehen: Nur in der Allianz von ärmeren Schichten und Mittelschichten kann langfristig eine sozial gerechte Wohnraumversorgung durchgesetzt werden. Den inneren Versuchungen und äußeren Gefahren der Spaltung gilt es gemeinsam entgegen zu treten – statt später einsam im gentrifizierten Szenekiez die Stellung zu halten.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch den Open-Access-Fonds der Bauhaus-Universität Weimar ermöglicht.

Endnoten

- [1] Diese Selbstbezeichnung wurde im Original nicht gegendert.
- [2] Als ‚weiße Kreise‘ wurden die Landkreise bzw. Kommunen bezeichnet, in denen die Mietpreisbindung bereits aufgehoben war.

Autor_innen

Lisa Vollmer ist interdisziplinäre Stadt- und Bewegungsforscherin. Ihre Forschungsinteressen sind soziale Bewegungen, Wohnungspolitik und politische Theorie.
lisa.vollmer@uni-weimar.de

Literatur

- Becker, Heidede (2018): Unbedingt modern – Glücksversprechen Großwohnsiedlung. In: Forum Stadt 1/2018. 1968. Stadt – Wohnen – Politik, 71-78.
- von Beyme, Klaus (1999): Wohnen und Politik. In: Ingeborg Flagge / Michael Andritzky (Hg.), Geschichte des Wohnens, Bd. 5, 1945 bis heute. Aufbau, Neubau, Umbau. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, 83-154.
- Bodenschatz, Harald (1987): Platz frei für das Neue Berlin! Geschichte der Stadterneuerung in der „größten Mietkaserne der Welt“ seit 1871. Berlin: Transit.
- Bodenschatz, Harald / Heise, Volker / Korfmacher, Jochen (1983): Schluss mit der Zerstörung? Stadterneuerung und städtische Opposition in Amsterdam, London und West-Berlin. Gießen: Anabas.
- Boltanski, Luc / Chiapello Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.
- Donner, Christian (2000): Wohnungspolitik in der Europäischen Union: Theorie und Praxis, Wien: Selbstverlag.
- Eichstädt-Bohlig, Franziska (1981): Zerstörung der Städte – Zerstörung der Demokratie. In: Rainer Nitsche (Hg.), Häuserkämpfe 1872, 1920, 1945, 1982. Berlin: Transit, 210-223.
- Fassbinder, Helga (1983): Gegen-Planung. In: Bauwelt 48, 351-354.

- Grottian, Peter / Nelles, Wilfried (Hg.) (1983): Großstadt und neue soziale Bewegungen, Basel: Birkhäuser.
- Gürsel, Duygu / Azozomox / Schubenz, Marie (2016): Das Recht selbst geltend gemacht. Wohnsituation und Kämpfe migrantischer Mieter/innen. In: MieterEcho 384, 12-13.
- Hämer, Hardt-Waltherr / Rosemann, Jürgen (1976): Stadterneuerung ohne Verdrängung. Ein Versuch. In: ARCH+ 29, 2-13.
- Hanauske, Dieter (1995): Bauen, bauen, bauen...! Die Wohnungspolitik in Berlin (West) 1945–1961. Berlin: Akademie Verlag.
- Heuer, Hans (1977): Ist die Stadtfucht zu bremsen? In: Wirtschaftsdienst 57/4, 205-210.
- Homuth, Karl (1984): Statik Potemkinscher Dörfer. Anmerkungen zum Verhältnis der „be-
hutsamen Stadterneuerung“ und gesellschaftlicher Macht in Berlin-Kreuzberg. Berlin:
Ökotopia.
- Hüttner, Andreas (2018): Fehlende soziale Infrastruktur und Mieterhöhungen. Proteste von
Mieter/innen im Märkischen Viertel 1968 bis 1974. In: MieterEcho 384, 8-10.
- Jansen, Bernd (1972): Wohnungspolitik, Leitfaden durch ein kalkuliertes Chaos. In:
Kursbuch 27, 11-31.
- Kockelkorn, Anne (2017): Wohnungsfrage Deutschland: Zurück in die Gegenwart. Von der
Finanzialisierung der Nullerjahre über den Niedergang der Neuen Heimat zum Ordoli-
beralismus der 1950er Jahre. In: Jesko Fezer / Nikolaus Hirsch / Wilfried Kuehn / Hila
Peleg (Hg.), Wohnungsfrage. Berlin: Matthes & Seitz, 106-142.
- Kuhn, Armin (2014): Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt. Besetzungsbewegungen
und Stadterneuerung in Berlin und Barcelona. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Münch, Sybille (2010): Integration durch Wohnungspolitik? Zum Umgang mit ethnischer
Segregation im europäischen Vergleich. Wiesbaden: VS.
- Reichardt, Sven / Siegfried, Detlef (2010): Das alternative Milieu. Konturen einer Lebens-
form, in: Sven Reichert / Detlev Siegfried (Hg.): Das alternative Milieu. Antibürgerlicher
Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968-1983.
Göttingen: Wallstein, 9-26.
- Rekittke, Volker / Becker, Klaus Martin (1995): Politische Aktionen gegen Wohnungsnot
und Umstrukturierung und die HausbesetzerInnenbewegung in Düsseldorf von 1972
bis heute. Düsseldorf: Diplomarbeit. <https://archiv.squat.net/duesseldorf/Index.html>
(letzter Zugriff am 26.7.2018).
- Schiffner, Claus (1983): Wohnungsmodernisierung – Ausweg aus der Wohnungsnot? Kritik
des Wohnungsmodernisierungsgesetzes am Beispiel München-Haidhausen. München:
Academic.
- Schindele, Eva (1980): Mieter stören. Alltag und Widerstand in einem Berliner Sanierungs-
gebiet. Berlin: Rotbuch Verlag.
- Sethmann, Jens (2018): 1968. Wie junge Aufrührer die Stadtentwicklung nachhaltig beein-
flusst haben. In: MieterMagazin, Magazin des Berliner Mietervereins e.V. 3/2018, 14-18.
- Der Spiegel (1970): Mieten/Demonstrationen. Mal geschoben. [http://www.spiegel.de/
spiegel/print/d-44904800.html](http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-44904800.html) (letzter Zugriff am 26.9.2018).
- Wainwright, Hilary (2018): „Beneath the Pavements, the Beach“ – or the Whirlpool?
Lessons of 1968 for counter-power today. In: Nick Buxton / Deborah Eade (Hg.), State
of Power. Amsterdam: Transnational Institute, 13-32. [https://www.tni.org/files/publi-
cation-downloads/tni-stateofpower2018-webversion.pdf](https://www.tni.org/files/publication-downloads/tni-stateofpower2018-webversion.pdf) (letzter Zugriff am 26.7.2018).

Henri Lefebvres „Recht auf Stadt“ feministisch denken

Eine stadttheoretische Querverbindung von 1968 bis heute

Anne Vogelpohl

Debatte

2018, Band 6, Heft 2/3
Seiten 149-158
zeitschrift-suburban.de

Nina Gribat, Johanna
Hoerning, Nina Schuster
,1968 und die Kritik der
Stadt – 50 Jahre danach‘

Kommentare von:

Nina Gribat, Maren Har-
nack, Sebastian Haumann,
Felicita Reuschling, Anne
Vogelpohl, Lisa Vollmer

Replik von:

Johanna Hoerning

1968 veröffentlichte Henri Lefebvre seinen Text zum ‚Recht auf Stadt‘ (*Le droit à la ville*), ein buchlanger Meilenstein in seiner länger andauernden Auseinandersetzung mit der Beziehung von Stadt und Gesellschaft. In den 1960er Jahren wurden auch weitere, heute noch oft zitierte Texte geschrieben, die sich als kritische Stadtforschung der 1960er Jahre zusammenfassen ließen: Edgar Salins „Urbanität ist tot“ (1960), Jane Jacobs *Tod und Leben großer amerikanischer Städte* (1963) [1961] oder Alexander Mitscherlichs *Die Unwirtlichkeit der Städte* (1965) beklagten wie Lefebvre die auf Funktionalität und Funktionstrennung ausgerichtete Stadtplanung, die Verödung der Innenstädte, den Verlust der urbanen Vielfalt. 1968 spitzte sich also auch im Nachdenken über Städte etwas zu, was sich in den gesamten 1960er Jahren schon entwickelt hatte.

Henri Lefebvre war allerdings einer der wenigen, die sich auch weiterhin über Jahre mit dieser Thematik auseinandersetzten. Er verstand das Urbane als entscheidendes Moment der Gesellschaft als Ganzer und verband seine Stadttheorie sukzessive mit seinem Werk zu Alltag, Kapitalismus und Raum. Auch hat er auch schon 1968 zum Recht auf Stadt das Recht auf Aneignung, auf Partizipation, auf Differenz hinzugezählt. Wegen dieser Querverbindungen ist Lefebvres Arbeit besonders spannend für aktuelle städtische Bewegungen und gegenwärtige Stadttheoriebildung. Doch lassen sich seine Gedanken nicht so einfach auf heute übertragen. Zu viele gesellschaftliche Veränderungen und zu viele methodologische Neuerungen hat es seither gegeben.

Besonders fruchtbar wäre es im Moment, die feministischen Konzepte von Alltag und Differenz sowie feministische Methodologien enger in Bezug zu Lefebvres Stadt-, Alltags- und Differenztheorie zu stellen. Dafür werde ich seine Ansätze zunächst in die kritische Stadtforschung der 1960er einbetten, dann den Text *Recht auf Stadt* detaillierter einführen und auf bereits vorgenommene Aktualisierungen eingehen und schließlich eine feministische Perspektive auf Lefebvres Arbeit entfalten.

1968 und das stadttheoretische Erbe

Die 1960er Jahre waren eine turbulente Zeit. Arbeitende, Studierende, Frauen und anderweitig zusammenfassbare Gruppen beehrten gegen patriarchale, kapitalistische Machtbeziehungen sowie gegen autoritäre Verhältnisse in allen gesellschaftlichen Bereichen auf. In den Protesten und kreativen Aktionen der 1968er brach sich die angestaute Wut schließlich Bahn. Das hat auch die Stadtforschung nicht unberührt gelassen. Im Gegenteil: auch in Städtebau und Stadtplanung der Nachkriegszeit wurde eine Ursache für die Organisation und Stabilisierung von Autorität und Hierarchien gesehen. Die Produktion von Stadt wurde damit als Teil des gesellschaftlichen Umbruchs diskutiert.

Früh war in dieser Debatte der Wirtschaftswissenschaftler Edgar Salin engagiert (der übrigens einer der Gründer der Prognos AG war, die mit ihrer Beratungstätigkeit bis heute Stadtpolitik beeinflusst). Vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen in den neuen Städten Israels (vgl. Wilhelm/Gust 2013) mahnte, man könnte sogar sagen: empörte Salin in einer Rede vor dem deutschen Städtetag 1960 die damalige Stadtpolitik und -planung. Vor allem kritisierte er die städtische Funktionstrennung und die daraus resultierende Monotonie (Salin 1960, siehe dazu Binder 2006, Haubold 1997). Nachdem das schlicht baulich interpretiert und in Funktionsmischung übersetzt worden war, spitzte er seine Beobachtungen zehn Jahre später mit dem provokanten Satz „Urbanität ist tot“ zu (Salin 1970). Stattdessen forderte er, Urbanität nicht nur planerisch, sondern auch geistes- und sozialwissenschaftlich zu denken. Der „der runde, freie, der lebendige Mensch“ war für Salin (1960: 34) das langfristige Ziel einer interdisziplinär und humanistisch gedachten Urbanität.

Die Verknüpfung von Kritik an der zeitgenössischen Stadt mit utopisch anklingenden Gegenentwürfen war typisch für die stadttheoretischen Debatten der 1960er Jahre. Die Gleichzeitigkeit von Empörung und Enthusiasmus prägte auch die Schriften von Jane Jacobs, Alexander Mitscherlich und nicht zuletzt Henri Lefebvre. Sie alle sahen die inzwischen versteckten, aber wiederzuentdeckenden Möglichkeiten in der Stadt, Entfremdung und Unterdrückung zu überwinden. Die Journalistin und Aktivistin Jane Jacobs (1963) wird insbesondere für ihre Idee erinnert, dass das lebendige Treiben auf städtischen Bürgersteigen eine kollektiv garantierte Sicherheit sowie Vertrauen und Beteiligung erzeuge, dieses lebendige Treiben allerdings von Politik und Planung systematisch zerstört werde (mehr dazu vgl. Schubert 2014). Laut Jacobs vereinigen spezialisierte Komponenten des Urbanen „ihre Wirkung auf dem Bürgersteig, der nicht im Geringsten spezialisiert ist. Und das ist seine Stärke.“ (1963: 46) Der Sozialpsychologe Alexander Mitscherlich sah ebenfalls in der Entmischung urbaner Komponenten das Problem, dass sich die Menschen der Stadt nicht mehr zugehörig fühlen, sondern diese nur noch gleichmütig ertragen. Sein explizit als „Pamphlet“ (Mitscherlich 1965: 7) bezeichneter Standpunkt bezichtigte über Politik und Planung hinaus auch die verrechtlichten Eigentumsverhältnisse als Ursache für mangelnde Veränderungsmöglichkeiten. Als Alternative griff er die Idee der Erbpacht – also die Trennung von Grundbesitz und Bebauung – auf, die auch heute wieder in den Recht-auf-Stadt-Initiativen an Bedeutung gewonnen hat.

Recht auf Stadt? Seit 2009 haben sich in vielen deutschen Städten – nach internationalem Vorbild, aber natürlich mit lokal ganz unterschiedlichen Ausprägungen – viele stadtpolitische Netzwerke unter dem Titel „Recht auf Stadt“ gebildet. Auch wenn dies zum Großteil ohne expliziten Bezug zu Lefebvres Text zum Recht auf Stadt entstanden ist, haben viele Initiativen im Laufe der Zeit Inspiration bei Lefebvre gesucht und sich mit seinem Werk identifiziert. Über die Initiativen und deren Bezug zu Lefebvre ist in den letzten Jahren schon viel geschrieben worden (Gebhardt/Holm 2011, Sugranyes/Mathivet 2010, Vogelpohl 2015, Vrenegor 2014). Über die aktuelle politische Vernetzung wiederum gibt die Seite wiki.rechtaufstadt.net einen hervorragenden Überblick. Im Mittelpunkt dieses Beitrages soll deswegen Lefebvres *theoretisches* Nachdenken über Stadt seit 1968 stehen. Wie die kurzen Ausführungen zu Salin, Jacobs und Mitscherlich zeigen, war Lefebvre nicht der erste und einzige, der mehr Raum für Unterschiedlichkeit, mehr Begegnungen, mehr gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen und mehr Interdisziplinarität im Denken über Stadt gefordert hat. Wie genau seine Kritik und seine Forderungen im Jahr 1968 lauteten und wie sie bislang weiterentwickelt wurden, diskutiere ich im folgenden Abschnitt.

Das Recht auf Stadt – damals und heute

Das Buch *Recht auf Stadt*, in dem auch ein Kapitel mit demselben Titel vorkommt, ist im französischen Original 1968 erschienen. Seit 2016 erst liegt es auch in deutscher Übersetzung vor (Lefebvre 2016). Das Interesse an einer Übersetzung ist eng im Zusammenhang mit den Recht-auf-Stadt-Bewegungen der letzten Jahre zu sehen. Der Hamburger Recht-auf-Stadt-Aktivist Christoph Schäfer beschreibt dies im Vorwort der Übersetzung. Lefebvres Vorstellung eines ‚Rechts auf Stadt‘ kann allerdings nicht auf das Kapitel mit diesem Titel in dem Buch verkürzt werden, weil dann ausgeblendet würde, wie Lefebvre das Stadthema weiterentwickelt hat. Seine Ausführungen zur Stadt gleichen einer dauernden Suchbewegung, mit der er Ende der 1960er nur begann. Unter anderem betont er, dass mit der Forderung nach einem Recht auf Stadt nicht ein Anspruch auf Teilhabe an der aktuellen Stadt gemeint sein kann, sondern eher das „Recht auf das städtische Leben“ (Lefebvre 2016: 166), welches erst in der Aneignung und damit Veränderung der jetzigen Stadt entsteht. Sehr viele Varianten und Ergänzungen koppelt Lefebvre deswegen an das Recht auf Stadt: das Recht auf Beteiligung, auf Bewohnen, auf Aneignungen von Raum und Politik, auf Freiheit, auf Individualisierung in Bezug auf die Sozialisation etc. – und ganz zentral das ‚Recht auf Differenz‘ (Lefebvre 2008: 109).

Ich lese Lefebvres Werk so, dass Differenz genauso im Zentrum seiner Gesellschaftstheorie steht wie Stadt und Raum. Differenz steht vielleicht sogar am Beginn (als Bedürfnis) und am Schluss (als das Mögliche – Lefebvres Auffassung einer Utopie). Die Stadt ist der Ort, der Differenz möglich macht; die urbanisierte Gesellschaft als Zukunftsvorstellung ist die Gesellschaft, in der überall Differenz gelebt wird; und die Produktion des Raumes ist das grundsätzliche Vehikel von Veränderung (dazu einführend: Elden 2004, Ronneberger/Vogelpohl 2014, Schmid 2005). Die Forderung nach einem ‚Recht auf Stadt‘ – verstanden also als ein Recht auf eine Gesellschaft, in der

Unterschiedlichkeit und Teilhabe ermöglicht und gelebt werden – hat Lefebvre mindestens über die Begriffe Differenz und Raum weiterentwickelt. Über diese Begriffe möchte ich die Querverbindungen von 1968 bis heute ziehen.

Der Idee von Differenz widmet sich Lefebvre nach 1968 ausführlicher in *Le Manifeste différentialiste* (Lefebvre 1970) sowie im dritten Band zur *Kritik des Alltagslebens*, der in den frühen 1980er Jahren erschienen ist (Lefebvre 2008 [1981]). Differenz ist sozial konzeptualisierte Unterschiedlichkeit. Das heißt sie ist nur wahrnehmbar und auslebbar in Kollektiven, im Wissen um Andersartigkeit. Eine differentielle Gesellschaft braucht diese Relation zum Anderen: „As for differences, they are defined only socially – that is to say, in specifically social relations. Unlike particularity, difference is not isolated.“ (Lefebvre 2008: 111) Lefebvre knüpft diese Konzeption von Differenz explizit an eine Kritik an Rassismus und Sexismus, die beide nicht relationale Differenzen, sondern essentielle Besonderheiten betonen.

Das Recht auf Stadt als Recht auf Differenz weiterzudenken, erkennt den Alltag als Ort an, an dem dieses Recht praktisch gelebt werden kann. Wird Differenz im Alltag lebbar, dann ist für Lefebvre eine gesellschaftliche Revolution vollzogen. Rechte denkt Lefebvre also nicht als Liste von Prinzipien, sondern als praktische Maximen, die im Alltag gelebt werden (zur Vertiefung des Rechtsbegriffs siehe Attou 2011, Pierce et al. 2016). Rechte müssen allerdings immer wieder erobert und in politischen Auseinandersetzungen erkämpft werden (Lefebvre 2008).

Heute wird Lefebvre in der feministischen Stadtforschung interessanterweise gerade für eine Ignoranz gegenüber Differenz kritisiert (Buckingham 2010, Fenster 2006). Während diese Kritik mit Blick auf Lefebvres wiederholte Ausführungen zu Differenz konzeptionell etwas zu kurz greift, verweist sie doch auf empirische Defizite: Wie unterschiedliche geschlechtliche, ethnische oder altersbezogene Voraussetzungen den Alltag prägen und was dies für die Möglichkeit, Rechte zu erkämpfen, bedeutet (Fenster 2006), hat Lefebvre kaum vertieft. Zwar hat er die Zweite Frauenbewegung keineswegs ignoriert. Er bemängelte jedoch bereits damals das gleichheitsfeministische Denken, mit dem ‚Frauen‘ als Kategorie essentialisiert würden und Forderungen zu sehr auf eine Anpassung an maskuline Normen zielten (Lefebvre 2008: 110).

Essentialisierungen werden manchmal leider weiterhin vorgenommen, wenn Lefebvres Werk auf heute übertragen wird. Das gilt, wenn Bedürfnisse von Frauen vereinheitlicht werden (wie bei Buckingham 2010, Fenster 2006) und ist noch problematischer bei regelrecht universalisierenden, entpolitisierten Vorstellungen eines ‚*planetary urbanism*‘ [1]. Um derartige Vereinfachungen zu vermeiden, ist die Idee von „difference in equality“ (Lefebvre 2008: 110) – von Unterschiedlichkeit bei gleichen Rechten und Möglichkeiten – spannend und weiterführend. Wie ich weiter unten ausführere, lädt Lefebvres Werk gerade deshalb heute dazu ein, es intersektional aufzufächern.

Die vielschichtigen Antworten auf die Frage, wie sich ein Differenz ermöglichender Alltag in sich urbanisierenden Räumen forcieren lässt, verdichtete Lefebvre (1991) in *The Production of Space* (1991), einem in der Raum- und Stadtforschung viel gelesenen Buch. Dieses hilft heute noch dabei, räumliche Komplexität und die Möglichkeit von Veränderung zu denken. Veränderung

ist hier ein wichtiges Stichwort. Denn Lefebvre versteht Raum als Prozess, der zwar auch hierarchisch, patriarchal und kapitalistisch organisiert werden kann, aber prinzipiell veränderbar ist – und im Sinn des Rechts auf Stadt und auf Differenz verändert werden sollte. Gesellschaftliche Veränderung vollzieht sich dabei über Verschiebungen in dem widersprüchlichen Verhältnis von – vereinfacht gesagt – Raumkonzepten, tatsächlichen räumlichen Praktiken und gelebt-gedachten Räumen. Inhaltlich füllt Lefebvre diesen Prozess in Richtung des „differentiellen Raums“ (Lefebvre 1991: 352ff.), über den sich seine Vorstellung einer anderen Gesellschaft formiert.

Die politische Forderung eines Rechts auf Stadt konkretisiert sich also in einer politischen Vorstellung von Raum. Raum ist politisch. Diese Annahme wurde inzwischen vielfach weitergedacht, sowohl in sozialen Bewegungen als auch in der Wissenschaft. Oft geht es dabei um die Frage, wie die dazugehörige politische Praxis umgesetzt werden kann. Mark Purcell hebt hier die Konzeption aller Betroffenen als „inhabitants“ hervor, die unabhängig ihres formal-rechtlichen Status an politischen Prozessen beteiligt sein können (Purcell 2002). Die damit einhergehende Forderung einer tiefgreifenden Demokratisierung des Städtischen nimmt auch David Harvey auf, wenn er das Recht auf Stadt als „a right to change ourselves by changing the city“ (Harvey 2008: 23) übersetzt. Die Frage: „Where is our 68“? (ebd.: 37) beantwortet er mit einer Forderung nach mehr Vernetzung der Recht-auf-Stadt-Bewegungen sowie der Demokratisierung der gesellschaftlichen Mehrwertproduktion. Und um die bei Lefebvre manchmal verschwommene politische Praxis theoretisch auszubauen, knüpft Daniel Mullis (2014) an das Konzept der radikalen Demokratie nach Chantal Mouffe und Ernesto Laclau an. Nicht zuletzt weckt das von Mullis vorgenommene Zusammendenken von ‚Raum ist politisch‘ und ‚Politik ist räumlich‘ starke Assoziationen mit dem kritischen Ausruf: ‚Das Private ist politisch‘ feministischer Politik und Wissenschaft – eine Verbindung, die im Folgenden ausgeführt wird.

Henri Lefebvre feministisch weiterdenken

Zwischen Lefebvres theoretischen Entwürfen und zentralen feministischen Konzepten gibt es sehr viele Überschneidungspunkte. Diese wurzeln in beiden Fällen im engen Bezug zur politischen (Alltags-)Praxis:

- Differenz. Unterschiedlichkeit zu thematisieren und zu erstreiten und dabei auf gleiche und gerechte Zugangsmöglichkeiten für alle in ihrer Unterschiedlichkeit zu pochen, ist signifikant in beiden Feldern.
- Alltag. Die Reflexion allgemeiner gesellschaftlicher Strukturen in täglichen Gewohnheiten und subjektiven Erlebnissen zu beginnen, prägt beide Perspektiven ebenso wie die Vorstellung, gesellschaftliche Änderungen oder sogar Revolutionen im und über den Alltag voranzutreiben.
- Verwerfen von starrem Denken. Lefebvre forderte einerseits mehr Interdisziplinarität in der Stadtforschung, und andererseits verfolgt er mit seinem auf alles angewandten dialektischen Denken die Absicht, Starrheit in Bewegung aufzulösen. Im Zentrum der feministischen politischen Praxis standen von 1968 bis heute ebenfalls das Aufbrechen von und Ausbrechen aus patriarchalen, autoritären und ausschließlich rationalen Strukturen. Ebenso ist in der feministischen Wissenschaft die Überwindung eines

starren Denkens, das gegebene Machtverhältnisse absichert, zentral. Praktisch wird dies vor allem durch die Kritik an Dichotomien (wie Mann/Frau, Kultur/Natur, rational/emotional) vorangetrieben.

- Kollektivität. Die Notwendigkeit, gemeinsam zu agieren, ist eine Konsequenz aus dem Bestreben, Differenz zu ermöglichen. Während bei Lefebvre vor allem in seiner Vorstellung von politischem Protest sichtbar wird, dass sich Personen mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Kritiken für tiefgreifende Veränderungen zusammenschließen sollten, ist Kollektivität im Feminismus zusätzlich auch in der alltäglichen Praxis zentral. Das heißt, dass nicht nur politischen Bündnissen, sondern auch alltäglichem Erfahrungsaustausch, Unterstützung im Kleinen und Solidarität hohe Wichtigkeit zugesprochen wird.

Die Verknüpfung dieser Themen mit praktischen politischen Auseinandersetzungen prägt ebenfalls sowohl Lefebvres als auch feministische Selbstverständnisse. Es fällt allerdings auf, dass Lefebvre die oben genannten Konzepte vor allem theoretisch-philosophisch reflektiert, während sie in feministischen Ansätzen auch (forschungs-)praktisch und politisch leitend sind. Denn nicht zuletzt geht die intensive Reflexion des Forschungsprozesses in der feministischen Wissenschaft auf die politischen Frauenbewegungen zurück, die die Herrschaft von einseitigen (patriarchalen) sozialen Strukturen und exklusiver (maskuliner), somit unvollständiger, Rationalität anprangerten. Insbesondere in der methodologischen Reflexion sind feministische Forschungen deswegen heute sehr viel ausgereifter als Lefebvres Vorgehen in den 1960er Jahren und danach. Hier lässt sich viel lernen, um gegenwärtig mit seinem Werk arbeiten zu können.

Erstens sehe ich dieses Potenzial in der reflexiven Thematisierung der eigenen *Positionalität*, das heißt der individuellen Voraussetzungen des eigenen Blickes und deren Folgen für Aussagen über soziale Verhältnisse (vgl. Carstensen-Egwuom 2014, England 1994). Eine solche Selbstreflexion kommt bei Lefebvre gar nicht vor, hilft aber die Reichweite der eigenen Aussagen einzuschätzen. Deswegen trägt die Reflexion der Positionalität zu einem differentiellen Denken bei, das sich der Möglichkeit ganz anderer Perspektiven bewusst ist.

Zweitens hat die vielfältige Forschung zu *Intersektionalität* einen Zugang zum Verständnis diverser sozialer Differenz und Ungleichheiten geschaffen (vgl. Carstensen-Egwuom 2014, Winker/Degele 2009). Intersektionalität, also der Fokus auf die Verschränkung von unterschiedlich gelagerten Differenzkategorien, bleibt bei Lefebvre sehr implizit. Wenn aber – wie bei Lefebvre und im Feminismus – der Anspruch besteht, Gesellschaft nicht nur zu verstehen, sondern auch zu verändern, dann ist das Begreifen aktueller Probleme in ihrer komplexen Vielschichtigkeit eine zentrale Voraussetzung. Dies macht ein intersektionales Denken möglich.

Und drittens gibt es in der feministischen Forschung eine lange Tradition und viele praktische Ansätze für das Zusammenführen *verschiedener Wissensformen* (Peake 2016, Schuster 2016). Bewohner_innen, Betroffenen, Aktivist_innen und Nicht-Organisierten Einfluss auf den gesamten Forschungsprozess zu geben, wird dem Anspruch gerecht, sie als Personen mit relevantem Wissen und als politische Subjekte zu erkennen.

Es gibt bereits Arbeiten der feministischen Stadtforschung, die direkte Bezüge zu Lefebvre herstellen. Deren zentraler Beitrag ist es, Stadt nicht in erster Linie als umkämpften öffentlichen Raum zu denken, sondern als Ort des Alltages, in dem das Zuhause, die Straße, Produktionsstätten, Diskurse von Schönheit und Körper, Verstecke, Erinnerungen, öffentliche Orte, Orte der Reproduktion und vieles mehr verschränkt sind (Beebeejaun 2017, Buckley/Strauss 2016, Butcher/Maclean 2018). Michelle Buckley und Kendra Strauss (2016) behaupten beispielsweise, dass nur in der Betrachtung unterschiedlicher, nicht nur hetero-maskulin konzipierter Orte (die Lefebvre ‚Residuen‘ nennt) die Keimzellen für die urbane Revolution sichtbar werden. Yasminah Beebeejaun (2017) vertieft wiederum die Idee, über Alltagspraktiken die vergeschlechtlichte Stadt begreifen zu können. Und die feministisch-aktivistische Gruppe Raum und Gender – LaRAGE (2011) kritisiert das politische Recht-auf-Stadt-Netzwerk in Hamburg für die impliziten und teilweise expliziten patriarchalen Muster. Dagegen entwirft die Gruppe eine feministische Alternative, in der wirklich heterogene und auch unterdrückte Stimmen den Ton angeben können. In einer lefebvresch-feministischen Stadtforschung, so möchte ich zusammenfassen, steht der veräumlichte Alltag im Zentrum. Denn der Fokus auf Alltag vermag komplexe Zusammenhänge von Intersektionalität, Positionalität und Kollektivität zu konkretisieren und zu politisieren.

Fazit

Das feministische Weiterdenken von Lefebvres Werk zeigt sowohl dessen Potenziale für Analyse und Kritik, die sicher auch von den 1968er-Protesten genährt wurden, als auch die Limitierungen seines Werkes. In allererster Linie regt die feministische Perspektive dazu an, nicht neue, abgeschlossene Antworten zu produzieren, sondern mit vielen Fragen an die Stadt heranzugehen und dabei nicht hinter die in Lefebvres Werk angelegte analytische Breite und politische Radikalität zurück zu fallen: Was möchte ich in meiner Forschung erreichen und welche Selbstverständnisse liegen dem zu Grunde (Positionalität)? In welchen privaten, wissenschaftlichen und politischen Zusammenhängen kann ich mich über meine Forschung austauschen (Reflexivität)? Wie kann ich Ungleichheiten und unterschiedliche Perspektiven erkennen und gegebenenfalls für sich selbst sprechen lassen (intersektionale/differentielle Analyse)? Wie werden diese Unterschiede im Alltag reproduziert und welche Effekte haben sie (Kritik)? Welche Ideen für einen anderen Alltag und eine andere Politik schimmern implizit oder explizit durch das Material meiner Analyse hindurch (Alternativen)?

Endnoten

- [1] Diese von einem sehr maskulin geprägten Habitus getragene Idee wird vor allem von Neil Brenner und Christian Schmid (2015) vorangetrieben. Statt dieser Debatte hier mehr Raum zu geben, möchte ich an dieser Stelle vor allem auf kritische und inspirierende Arbeiten aus feministischer und postkolonialer Perspektive verweisen: Buckley/Strauss 2016, Butcher/Maclean 2018, Derickson 2015.

Autor_innen

Anne Vogelpohl ist Geographin und beschäftigt sich mit Stadtpolitik in Hinblick auf Beratung, Wohnen sowie Arbeit und nutzt feministische Methodologien.
anne.vogelpohl@haw-hamburg.de

Literatur

- Attoh, Kafui A. (2011): What kind of right is the right to the city? In: *Progress in Human Geography* 35/5, 669-685.
- Beebeejaun, Yasminah (2017): Gender, urban space, and the right to everyday life. In: *Journal of Urban Affairs* 39/3, 323-334.
- Binder, Beate (2006): Urbanität als „Moving Metaphor“. Aspekte der Stadtentwicklungsdebatte in den 1960er / 1970er Jahren. In: Adelheid v. Saldern (Hg.), *Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten*. Stuttgart: Steiner, 45-63.
- Brenner, Neil / Schmid, Christian (2015): Towards a new epistemology of the urban? In: *City* 19/2-3, 151-182.
- Buckingham, Shelley (2010): Examining the right to the city from a gender perspective. In: Ana Sugranyes / Charlotte Mathivet (Hg.), *Cities for All – Proposals and Experiences towards the right to the city*. Santiago de Chile: Habitat International Coalition, 57-62.
- Buckley, Michelle / Strauss, Kendra (2016): With, against and beyond Lefebvre: Planetary urbanization and epistemic plurality. In: *Environment and Planning D: Society and Space* 34/4, 617-636.
- Butcher, Melissa / Maclean, Kate (2018): Gendering the city: The lived experience of transforming cities, urban cultures and spaces of belonging. In: *Gender, Place & Culture* 25/5, 686-694.
- Carstensen-Egwuom, Inken (2014): Connecting intersectionality and reflexivity. Methodological approaches to social positionalities. In: *Erdkunde* 68/4, 265-276.
- Derickson, Kate D. (2015): Urban geography I: Locating urban theory in the ‘urban age’. In: *Progress in Human Geography* 39/5, 647-657.
- Elden, Stuart (2004): *Understanding Henri Lefebvre – Theory and the Possible*. London/ New York: Continuum.
- England, Kim V. L. (1994): Getting personal: Reflexivity, positionality, and feminist research. In: *The Professional Geographer* 46/1, 80-89.
- Fenster, Tovi (2006): The right to the city and gendered everyday life. In: *Journal for Land, Planning and Justice* 1, 40-50.
- Gebhardt, Dirk / Holm, Andrej (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt. In: Andrej Holm / Dirk Gebhardt (Hg.), *Initiativen für ein Recht auf Stadt – Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*. Hamburg: VSA, 7-23.
- Harvey, David (2008): The right to the city. In: *New Left Review* 53, 23-40.
- Haubold, Dorothea (1997): *Nachhaltige Stadtentwicklung und urbaner öffentlicher Raum*. Oldenburg: bis.
- Jacobs, Jane (1963): *Tod und Leben großer amerikanischer Städte*. Gütersloh, Berlin: Bertelsmann.
- LaRAGE, Gruppe Raum und Gender (2011): Raumaneignungen feministisch gedacht. In: *Affront* (Hg.), *Darum Feminismus! Diskussionen und Praxen*. Münster: Unrast.
- Lefebvre, Henri (1970): *Le manifeste différentialiste*. Paris: Gallimard.
- Lefebvre, Henri (1991) [1974]: *The Production of Space*. Malden/Oxford/Victoria: Blackwell.
- Lefebvre, Henri (2008) [1981]: *Critique of Everyday Life, Vol. 3 – From Modernity to Modernism (Towards a Metaphilosophy of Daily Life)*. London/New York: Verso.
- Lefebvre, Henri (2016) [1968]: *Das Recht auf Stadt*. Hamburg: Edition Nautilus.
- Mitscherlich, Alexander (1965): *Die Unwirtlichkeit unserer Städte – Anstiftung zum Unfrieden*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mullis, Daniel (2014): *Recht auf die Stadt – Von Selbstverwaltung und radikaler Demokratie*. Münster: Unrast.
- Peake, Linda (2016): The twenty-first-century quest for feminism and the global urban. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 40/1, 219-227.

- Pierce, Joseph / Williams, Olivia R. / Martin, Deborah G. (2016): Rights in places: An analytical extension of the right to the city. In: *Geoforum* 70/1, 79-88.
- Purcell, Mark (2002): The right to the city and its urban politics of the inhabitant. In: *GeoJournal* 58/2-3, 99-108.
- Ronneberger, Klaus / Vogelpohl, Anne (2014): Henri Lefebvre: Die Produktion des Raumes und die Urbanisierung der Gesellschaft. In: Jürgen Oßenbrügge / Anne Vogelpohl (Hg.), *Theorien in der Raum- und Stadtforschung – Einführungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 251-270.
- Salin, Edgar (1960): Urbanität. In: *Deutscher Städtetag* (Hg.), *Erneuerung unserer Städte – Referate, Aussprachen und Ergebnisse der Augsburger Hauptversammlung des Deutschen Städtetags 1960*. Köln: Kohlhammer, 9-34.
- Salin, Edgar (1970): Von der Urbanität zur „Urbanistik“. In: *Kyklos* 23/4, 869-881.
- Schmid, Christian (2005): *Stadt, Raum und Gesellschaft – Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes*. Stuttgart: Steiner.
- Schubert, Dirk (2014): *Jane Jacobs und die Zukunft der Stadt. Diskurse – Perspektiven – Paradigmenwechsel*. Stuttgart: Steiner.
- Schuster, Nina (2016): Neue Horizonte feministischer Wissensproduktion. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 4/2/3, 191-202.
- Sugranyes, Ana / Mathivet, Charlotte (Hg.) (2010): *Cities for All – Proposals and Experiences towards the Right to the City*. Santiago de Chile: Habitat International Coalition.
- Vogelpohl, Anne (2015): Die Begriffe Stadt und Urbanisierung bei Henri Lefebvre. Eine Inspiration für Recht auf Stadt-Bewegungen heute. In: *dérive. Zeitschrift für Stadtforschung* 60, 4-8.
- Vrenegor, Nicole (2014): Die Stadt von den Rändern gedacht. Drei Jahre Recht-auf-Stadt-Bewegung in Hamburg – ein Zwischenstopp. In: Norbert Gestring / Renate Ruhne / Jan Wehrheim (Hg.), *Stadt und soziale Bewegungen*. Wiesbaden: Springer VS, 99-109.
- Wilhelm, Karin / Gust, Kerstin (Hg.) (2013): *Neue Städte für einen neuen Staat – Die städtebauliche Erfindung des modernen Israel und der Wiederaufbau in der BRD. Eine Annäherung*. Bielefeld: transcript.
- Winker, Gabriele / Degele, Nina (2009): *Intersektionalität – Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*. Bielefeld: transcript.

Soziale Wohnutopien 68

Everything must change

Felicita Reuschling

Debatte

2018, Band 6, Heft 2/3

Seiten 159-172

zeitschrift-suburban.de

Nina Gribat, Johanna Hoerning, Nina Schuster
,1968 und die Kritik der Stadt – 50 Jahre danach‘

Kommentare von:

Nina Gribat, Maren Harnack, Sebastian Haumann, Felicity Reuschling, Anne Vogelpohl, Lisa Vollmer

Replik von:

Johanna Hoerning

Wohnutopien um 1968 spiegelten in vielerlei Hinsicht Diskussionen, die eng mit einer Kritik an Kapitalismus und obrigkeitstaatlichen Systemen in Erziehung, Verwaltung und Alltagsleben verknüpft waren. Diese Auseinandersetzung wurde angetrieben von vielfältigen personellen und institutionellen Kontinuitäten der BRD mit dem Nationalsozialismus.

„Das Private ist politisch“ war deshalb nicht nur für die 1968 aufkeimende Frauenbewegung eine Kernaussage, sondern auch für eine breite Szene von Spontis und Alternativen. Von linksradikaler Szene bis Mainstream wurden autoritäre Sexualitäts- und Erziehungsmodelle, patriarchale Geschlechterverhältnisse und Beziehungsformen in Ehe und Familie in Frage gestellt und nach Alternativen dazu gesucht. Stattdessen sollten Modelle jenseits der Norm der Kleinfamilie erkämpft und vorgelebt werden, mit denen gleichberechtigte plurale Beziehungsformen und eine allgemeine gesellschaftliche Demokratisierung ermöglicht werden sollten. Im Unterschied zu den klassisch marxistischen Strömungen, die vorwiegend einen Kampf um Arbeitsverhältnisse führten, stand hier eine Kritik der autoritären Persönlichkeitsstruktur im Vordergrund, die an die psychoanalytisch fundierten Thesen der kritischen Theorie von Horkheimer, Adorno und Wilhelm Reich anknüpfte oder diese weiterentwickelte.

Die Kritik des autoritären Charakters zielte nicht nur auf Persönlichkeitsstrukturen, sondern auch auf eine strukturelle Demokratisierung von Öffentlichkeit, Verwaltung und Alltagsleben und forderte Selbstverwaltung als Organisationsprinzip für Wohnen gegen eine Planung von oben ein. Insofern bezogen sich Wohnutopien 1968 sowohl auf die Struktur der Kleinfamilie als auch auf diejenigen, die aus dem System der Förderung der ‚Keimzelle des Staats‘ ausgeschlossen wurden. Diese strukturelle Perspektive reflektierte das System des Nationalsozialismus, wo in Konzentrationslagern und Heimen unter anderem Juden, Kommunisten, Homosexuelle, ‚Behinderte‘ und sogenannte ‚asoziale‘ Menschen nicht nur überwacht und bestraft, sondern vernichtet worden waren.

Gesellschaftliche Konstellation 1968

Auffällig ist an 68 eine in den 70ern fortwirkende Verschiebung des gesellschaftlichen Mainstreams, wodurch Kritik akzeptabel und schick wurde, was sich auch in Willy Brandts Motto ‚mehr Demokratie wagen‘ in der Regierungserklärung 1969 niederschlug. Die antikommunistischen Grenzen wurden allerdings durch Radikalenerlass und Berufsverbote für Kommunisten ab 1972 deutlich demonstriert.

Mitbestimmung und Partizipation waren zentrale Werte der Bewegung. Der ‚Marsch durch die Institutionen‘ wurde einerseits von Gewerkschaften geführt, andererseits aber von der linksradikalen Szene als unrealisierbar innerhalb des Kapitalismus verworfen. Beide Positionen verdeutlichen jedoch gemeinsam eine gesellschaftliche Konstellation, in der soziale Veränderung – sei es als Reform oder Revolution – sowohl notwendig als auch möglich und wünschenswert schien.

Diese gesellschaftliche Konstellation lässt sich nicht zuletzt auch auf die Systemkonkurrenz zwischen Realsozialismus und westlichem Kapitalismus zurückführen, die bei allem Wahnsinn eines drohenden nuklearen Krieges offenbar auch Raum für gesellschaftliche Alternativen und, damit einhergehend, alternative Konzepte des Wohnens entstehen ließ.

Insofern ist der Blick zurück auf die Wohnutopien von 68 auch der Blick darauf, wie stark die linksradikale Diskussion damals Teil eines gesellschaftlichen Transformationsprozesses der BRD war, deren institutionelle Wirksamkeit allerdings meist erst in den 1980er Jahren deutlich wurde: zum Beispiel als Kinderläden, Jugendwohneinrichtungen und Prinzipien für behutsame Stadterneuerung.

Im Folgenden sollen die hier kurz angerissenen Leitmotive der Zeit in Bezug auf Wohnutopien an einzelnen Beispielen konkretisiert und anschaulich gemacht werden.

Leitmotiv Mobilität: Stadtmodelle für gesellschaftliche Veränderung

Stadtmodelle wie die „Ville Spatiale“ von Yona Friedman und „New Babylon“ von Constant Nieuwenhuis sind Beispiele für Utopien von gesellschaftlicher Veränderbarkeit, die soziale Bewegung und Partizipation als zentrale Werte für Wohnen und Stadtentwicklung konzipierten und auf eine Überwindung erstarrter Ordnungen und autoritärer Systeme ausgerichtet waren.

Diese Ideenskizzen wendeten sich gegen eine funktionalistische Städteplanung, die getrennte Sektoren für Wohnen, Industrie und Konsum erschaffen wollte und dafür historisch gewachsene Strukturen der Stadt per Kahlschlagsanierung eliminierte. Im Unterschied dazu formulierten Friedman und Nieuwenhuis Netzwerke und Meta-Strukturen als Ergänzung zur historisch gewachsenen Stadt.

Leitmotive dieser Utopien sind Bewegung, Veränderung und Mobilität, die räumlich als ‚mobile Wohnstrukturen‘ artikuliert werden. Diese Raummodelle sollten sowohl *individuelle als auch gesellschaftliche* Bewegung, Veränderung, Experiment und Situation ermöglichen. New Babylon von Constant Nieuwenhuis ist ein utopisches Konzept für eine

postrevolutionäre, antikapitalistische Stadt, die zum Konzept der Situationistischen Internationale gehörte. Im Unterschied zur Perspektive funktionalistischer Stadtplanung zu Beginn des 20. Jahrhunderts steht New Babylon für räumliche Strukturen, die Aneignung und Selbstverwaltung durch die Bewohner_innen ermöglichen. „Alles sollte möglich bleiben; alles sollte die Chance haben, passieren zu können. Die Umwelt wird durch die Aktivitäten des Lebens geprägt und nicht anders herum.“ (Schrage 1998: 184) Stadt und Architektur bauen auf die Kreativität ihrer Bewohner, statt sie gemäß einem vorgefertigten Plan zu strukturieren oder zu unterbinden. Indem individuelle Mobilität ermöglicht wird, soll auch gesellschaftlich Raum für Aneignung und Selbstermächtigung entstehen.

Der sogenannte ‚Unitäre Urbanismus‘ formuliert ein bewusst utopisch unabgeschlossenes Konzept, das Prozesse und Handlung gegenüber Struktur und Planung stärkt und individuelle Entfaltung gegenüber rationeller Arbeitsteilung zum Beispiel auch bei reproduktiven Arbeiten propagiert. Unitärer Urbanismus bezeichnet die „Theorie der gesamten Anwendung der künstlerischen und technischen Mittel, die zur vollständigen Konstruktion eines Milieus in dynamischer Verbindung mit Verhaltensexperimenten zusammenwirken“ (Schrage 1998: 184). Lebensweise und Lebensumfeld sollen die Erfahrung einer revolutionären „Situation“ fördern. Für die Situationistische Internationale war das Motiv der Aufhebung der bürgerlichen ‚Trennungen‘ zentral. Die traditionellen räumlichen Trennungen der bürgerlichen Sphären in Architektur und Stadt sollen überwunden und Zuschreibungen wie zum Beispiel privat-öffentlich, Arbeit-Freizeit miteinander in Beziehung gesetzt werden. Damit klingen hier wichtige Motive für die Transformation gesellschaftlicher Subjektivität im Neoliberalismus an, die Stichwortgeber für Luc Boltanskis und Ève Chiapellos These der Künstlerkritik gewesen sein könnten. Eigenschaften wie „Autonomie, Spontaneität, Mobilität, Disponibilität, Kreativität, Plurikompetenz [...], die Fähigkeit, Netzwerke zu bilden“ (Boltanski/Chiapello 2003: 143), wurden zunehmend zu Erfolgsgarantien, die „direkt der Ideenwelt der 68er entliehen“ (ebd.) sind. „Bekanntlich kennt der unitäre Urbanismus keine Grenzen; er erhebt den Anspruch, eine totale Einheit der menschlichen Umwelt zu bilden, in der Trennungen wie Arbeit – kollektive Freizeit – Privatleben letztlich aufgelöst werden.“ (Debord 1959) Wenn auch unter Umkehrung der ursprünglichen Intentionen als Konzept einer antikapitalistischen Stadt, lassen sich hier große Ähnlichkeiten zur neoliberal entgrenzten Lebenswelt der Gegenwart konstatieren.

Wohnmodell Steilshoop – Funktionalismus und Selbstorganisation verbinden

Um 1968 war eine Kritik am Massenwohnungsbau wie dem Märkischen Viertel in Berlin vorherrschend, die sich zugleich gegen die profitorientierte und staatlich finanzierte Kahlschlagsanierung der Innenstadt, zum Beispiel in Kreuzberg, richtete. Allein der Abriss und die Umsetzung der Mieter_innen in andere Quartiere kostete mehr als eine Sanierung der leergezogenen Altbauten. Stattdessen wurden die Mieter_innen zu doppelt so hohen Mieten im ebenfalls staatlich finanzierten Neubau untergebracht, wo es weder Infrastruktur noch adäquate Verkehrsanbindung gab und stattdessen

eine funktionalistische Trennung von Wohnen und Arbeiten in radikaler Ausprägung vorlag, die um 68 von vielen politischen Initiativen skandalisiert und politisiert wurde. Gleichwohl finden sich auch Projekte wie das Wohnmodell Steilshoop, die das Beste aus Kommunalem und zugleich selbstverwaltetem Wohnungsbau herausholen wollten, wo einerseits an viele funktionalistische Prinzipien des neuen Bauens angeknüpft wurde, andererseits aber eine Demokratisierung von Planung und Betriebssystemen damit verbunden werden sollte. Im Unterschied zu den mobilen Architekturen von New Babylon, die weitgehend utopisch im Sinne eines Gedankenspiels auf Papier geblieben sind, wurde das Wohnmodell Steilshoop zum Utopos, also einem Ort, der nicht existiert, als nach zehn Jahren Erfahrung von den meisten Bewohner_innen einvernehmlich ein Scheitern des Modellprojekts konstatiert wurde.

Durch die vorab eingeplante bauliche und organisatorische Umwandlung hin zu konventionellen Grundrissen wurde im Wohnmodell Steilshoop noch in seiner Abwicklung ein wesentliches Prinzip mobiler Architekturen realisiert; flexible Grundriss-Planung ermöglichte kontinuierliche Anpassungen an veränderte Wohnbedarfe. Leider zeichnete sich jedoch bereits nach fünf Jahren eine Krise ab, weil das Modellprojekt trotz Selbstverwaltung viele strukturelle Problematiken nicht kompensieren konnte, die ganz ähnlich auch im Märkischen Viertel zutage traten.

Das Leitmotiv des kommunistischen Bauhaus-Leiters Hannes Meyer ‚Wohnungen für alle statt Luxusbedarf‘ kann auch als Prinzip für Steilshoop gelten. Historisch stand dieses Motto für gemeinwirtschaftliche und kommunale Bauprogramme für günstigen Wohnraum, die durch Förderprogramme sowie eine standardisierte und industrialisierte Herstellung ermöglicht werden sollten. Das Wohnmodell Steilshoop war ein Wohnblock innerhalb einer kommunalen Neubau-Großsiedlung am nördlichen Stadtrand von Hamburg, die insgesamt für 24.000 Menschen in 22 Blöcken durch Zuschüsse vom Bundesbauministerium realisiert werden konnte. Auch die räumliche Vermittlung von Wohnen, reproduktiver Infrastruktur und gemeinschaftlichen Einrichtungen innerhalb eines Baukörpers knüpfte direkt an Wohnutopien des sowjetischen Kommunehauses wie auch an Le Corbusiers ‚*unité d’habitation*‘ an.

Das Modell in Block 6 umfasste eine Gesamtwohnfläche von 4829 Quadratmetern, verteilt auf sechs Stockwerken inklusive Dachterrasse, wobei die Gemeinschaftsräume durch Verzicht auf Balkone und Abstellräume finanziert werden konnten. Öffentliche und gemeinschaftliche Räume für Bewohner_innen und Nahumfeld befanden sich im Eingangs- und Dachbereich.

Neue Impulse wurden im Modell Steilshoop vor allem als plurale Wohnformen und selbstverwaltete Planung und Betriebssysteme sichtbar. Dem Bezug des Blocks vorausgegangen war ein zweijähriger gemeinschaftlicher Planungsprozess des Nutzervereins ‚Urbanes Wohnen‘, durchgeführt mit 40 Familien und Wohngemeinschaften, ausgerichtet auf ca. 160 bis 200 Bewohner_innen. Der selbstverwaltete Mieterverein ‚Wohnmodell Steilshoop e. V.‘ fungierte anschließend als Hauptmieter des Blocks und traf die Entscheidung über die Zusammensetzung der Bewohnerschaft. Steilshoop wurde damit zum ersten selbstverwalteten Modellprojekt

in kommunaler Trägerschaft in Hamburg bzw. ganz Deutschland. Dem Selbstverständnis nach sollte hier bewusst eine ‚soziale Mischung‘ hergestellt und damit gemeinschaftliches Wohnen für Mieter_innen unterschiedlicher sozialer Herkunft wie Akademiker_innen, alleinerziehende Eltern, kinderreiche Familien aus Notunterkünften, Haftentlassene und behinderte Menschen verwirklicht werden.

Bisher nicht im öffentlich geförderten Wohnungsbau existierender Wohnraum wurde für Gemeinschaftswohnen und eine vielfältige Mischung von Wohnformen in insgesamt 37 Wohnungen hergestellt. Diese Mischung setzte sich zusammen aus integrierten, teilintegrierten und privaten Wohnformen, ausgelegt auf Gruppen von Einzelpersonen auf 50 Quadratmetern bis zur integrierten Wohngemeinschaft für 19 Personen beziehungsweise sechs Familien auf 480 Quadratmetern. Die Bewohnerschaft bestand bei Einzug aus 30 Prozent studentischen Wohngemeinschaften, 25 Prozent konventionellen Familien, 30 Prozent Wohngemeinschaften für Berufstätige, 5 Prozent therapeutischen Gruppen und 10 Prozent Einzelpersonen. Das Durchschnittsalter lag bei 27 Jahren und die Bewohnerschaft bestand insgesamt vorwiegend aus Student_innen. Migrant_innen wurden nicht gesondert als Gruppe benannt.

Letztlich war das Wohnmodell Steilshoop von 1973 bis 1983 ein Pionierprojekt für Erfahrungen mit selbstbestimmtem und gemeinschaftsorientiertem Wohnen im öffentlich geförderten Wohnungsbau. 1983 wurde dann der Wohnraum in traditionelle Familien-Wohneinheiten rückverwandelt. Eine umfangreiche Auswertung wurde bereits 1984 in einer Broschüre des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau angefertigt.

Dort werden als Gründe für das Scheitern des Modellprojektes verschiedene Aspekte angeführt. Es fallen große Ähnlichkeiten mit dem Märkischen Viertel ins Auge. Zu hohe Mieten bei zu schlechter Wohnlage, ein stadtferner, aber nicht ländlicher Standort durch das Wohnumfeld der Großsiedlung sowie ein extrem schlechter Verkehrsanschluss per Bus wurden als ungünstige Faktoren benannt. Problematisch wurde in der Folge die hohe Fluktuation von Mieter_innen, die zur Verschiebung und Entmischung hin zu vorwiegend kinderreichen Familien führte. Überdies wurde damit der planerische Partizipationsprozess ineffizient oder kontraproduktiv, weil viele Mieter_innen nicht Teil des Planungsprozesses gewesen waren. Aus der bewusst gewählten ‚sozialen Mischung‘ wurde deshalb wie anderswo eine Mischung derjenigen, die für einen Wegzug keine Alternativen haben.

In der Erfahrung der Bewohner_innen vor Ort wurde das Gebäude unter mehreren Gesichtspunkten als nicht gemeinschaftstauglich beschrieben. Dazu gehören die hohe Geschosshöhe ohne eigene Balkone, eine lineare Gebäudeform, die als ‚hässliche‘ Platte ohne nutzbare Grünanlagen empfunden wurde, was keine positive emotionale Bindung zum Wohnort entstehen ließ, sondern stattdessen Vandalismus hervorrief. Zudem wurde die Bauweise als hellhörig im Innenbereich empfunden; die Schallbelastung wurde zudem durch ungünstige Schallentwicklung im gemeinschaftlich genutzten Außenbereich verstärkt. Auch deshalb wurde die Balance zwischen Privatsphäre und Gemeinschaft als unausgewogen empfunden. Letztlich schienen die Rahmenbedingungen des fordistischen Massenwohnungsbaus kein akzeptables Wohnumfeld herzustellen; die Nachteile konnten durch Selbstverwaltung und Gemeinschaftsräume nicht aufgewogen werden. Das Leitmotiv Hannes Meyers ‚Massenbedarf statt

Luxusbedarf wurde verfehlt, weil stattdessen nur die kapitalistische Massenproduktion der Bauwirtschaft angekurbelt wurde, aber kein bezahlbares gutes Wohnumfeld entstehen konnte.

Kommunen

Die Lebensform der Kommune wurde in Deutschland um 1968 medial breit diskutiert und voyeuristisch ausgeschlachtet. Besondere Aufmerksamkeit gewann vor allem die Kommune1, nicht zuletzt durch öffentliche Aktionen und Fotografien, in denen meist das Fotomodel Uschi Obermeier mit nacktem Oberkörper neben dem langhaarigen Kommunenchef Rainer Langhans inszeniert wurde, was als Chiffre für freie Sexualität zugleich die Attraktivität dieser Lebensform illustrierte. (Aus der heutigen Perspektive belegt dies vielleicht eher eine erfolgreiche Selbstinszenierung als Politmacker, dessen Status sich an der gesellschaftlich anerkannten Attraktivität des Fotomodells Uschi Obermaier ablesen lässt.) Die reale Verbreitung dieses Wohnmodells, wie auch anderer selbstverwalteter kollektiver Lebensformen und Wohngemeinschaften, stand dazu in einem eklatanten Kontrast.

Im Folgenden wird hier die etwas weniger bekannte Kommune2 vorgestellt, die nach einem Jahr das Experiment des Kommunelebens wieder abbrach und die Erfahrungen 1969 als Publikation unter dem Titel *Kommune2. Versuch der Revolutionierung des bürgerlichen Individuums. Kollektives Leben mit politischer Arbeit verbinden!* aufarbeitete.

Die Kommune2, die auch in Abgrenzung zur Kommune1 als ‚Politkommune‘ oder nach dem Sozialistischen Deutschen Studentenverbund als ‚SDS-Kommune‘ bezeichnet wurde, existierte von August 1967 bis Sommer 1968. Sieben Erwachsene (vier Männer und drei Frauen) und zwei Kinder lebten in einer Siebeneinhalb-Zimmer-Altbauwohnung zur Miete in Charlottenburg in der Giesebrechtstraße 20. Die Bewohner_innen waren vorwiegend politisch aktiv im SDS und in subversiver Aktion und Aktionsrat zur Befreiung der Frau, darunter Klaus Gilgenmann, Jan-Carl Raspe, Hans-Eberhard Schultz, Eike Hemmer, und Marion Steffel-Stergar. Die beiden Kinder gingen zeitweise in einen normalen Kindergarten, der jedoch als autoritär empfunden wurde.

„Organisiert wurden vor allem:

1. Die Reproduktion der Gruppe – horizontaler Finanzausgleich, bald auch ergänzt durch Verkauf und Drucken von Broschüren
2. die gemeinsame Planung des Konsums
3. gemeinsame Führung des Haushalts – Kochen, einkaufen, Abwaschen und Aufräumen, Kassenbuch führen und kontrollieren
4. Die Beschäftigung mit den Kindern

Alle diese notwendigen und mitunter lästigen Arbeiten wurden reihum nach einem im Voraus festgelegten Plan durchgeführt.“ (Kommune 2 1971: 52)

Die aufwändige Reflexion des scheiternden Gruppenprozesses in Taschenbuchformat lässt sich wohl auch darauf zurückführen, dass die Kommune als Leitbild einer neuen Organisationsform des SDS figurierte, die nach und nach in Wohngruppenkollektive überführt werden sollte. Die Kommune kann deshalb auch als eine wichtige politische Wohnutopie der 68er

beschrieben werden, in der verschiedene Begehrlichkeiten amalgamiert und auf die Kommune als Wunsch-Ort projiziert wurden, wo der ‚Versuch der Revolutionierung des bürgerlichen Individuums‘ stattfinden sollte.

„In der Faszination der Kommune vereinigten sich die existenzielle Verweigerung gegenüber frustrierenden Studien- und Berufsbedingungen mit dem Ekel an der kapitalistischen Konsumwelt, das Gefühl unsäglicher Isolierung, vor dem die bürgerliche Familie keinen Schutz mehr bot, mit der Hoffnung auf psychische Befreiung, die Erkenntnis von der Brutalität des imperialistischen Systems, das zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft über die Völker der dritten Welt den technisierten Massenmord verfügte, mit der Notwendigkeit einer Kampf-Organisation [...].“ (Kommune 2 1971: 13)

Die darin anklingende Überkomplexität der Erwartungen, die vermutlich zur Überforderung aller Beteiligten geführt haben mag, kann hier nicht in allen Richtungen nachverfolgt werden. Als wichtigstes Leitmotiv zur Revolutionierung des bürgerlichen Individuums können Theorie und Praxis der Psychoanalyse gelten, die eine Befreiung vom autoritären Charakter im Zusammenhang mit einer notwendigen Befreiung der Sexualität formulierte. Theoretischer Impuls der Zeit war in diesem Zusammenhang Wilhelm Reich, zum Beispiel auch für die berühmte Otto-Mühl-Kommune. Im Januar 68 begann die Kommune2 deshalb mit einer an der psychoanalytischen Praxis ausgerichteten Gruppenanalyse, genannt ‚Reihenanalyse‘.

„Wir wollten uns deshalb nach der Lektüre von Wilhelm Reichs ‚Sexuelle Revolution‘ noch einmal die Lebensgeschichte eines jeden durchleuchten und versuchen, ob wir mit Reichs Kategorien die aktuelle Situation verstehen und verändern könnten. Natürlich stand auch bei uns dahinter die abstrakte Utopie von der befreiten Sexualität, aber wir sahen uns damals überhaupt nicht in der Lage, für die Gruppe oder für den Einzelnen irgendwelche konkreten Verhaltensmaßregeln verbindlich aufzustellen. Zwang war für uns also nur das starke Bedürfnis, an den täglichen Sitzungen teilzunehmen, um die Veränderung der persönlichen Situation aktiv in Angriff nehmen zu können [...].“ (Kommune 2 1971: 44)

Zeittypisch scheint an diesem Bekenntnis der eigenen Unwissenheit der tollkühne Versuch, das professionelle psychoanalytische Setting umzumodeln und selbstorganisiert die Grenzen zwischen Analytiker_in und Analysand_in im kollektiven Wir aufzuheben. Durch die Praxis des Erinnerns und Aufarbeitens sollten Geständnisse und damit zugleich Emotionen in Gang gebracht werden, die quasi kathartisch eine Befreiung aus der eigenen beengten Persönlichkeitsstruktur zumindest momenthaft ermöglichen sollten. In der Mühl-Kommune wurde dies zum Beispiel zunehmend als Ritual praktiziert, bei dem die Erzeugung von starken Emotionen als Ausdruck einer authentischen Erfahrung und somit bereits als Befreiung propagiert wurde.

In der Kommune2 waren die Beziehungen von zwei Ehepaaren der Gruppe Gegenstand der Analyse. „Wir haben versucht, diese Verhältnisse daraufhin zu untersuchen, inwieweit in ihnen gegenseitige unbewußte Übertragungen stattgefunden hatten.“ (Kommune 2 1971: 45) Die Reflexion des Scheiterns

der Kommune² offenbart den Kontrast zwischen real gelebter Beziehung und einer unklaren Vorstellung über Prozess und Ziel der Befreiung.

Die Frage, wie es gelingen könnte, kollektiv zu leben, obwohl dies auf keinerlei gelebter Erfahrung aufbauen konnte, wurde 68 vorwiegend als therapeutische Befreiung oder Revolutionierung des bürgerlichen Individuums gedacht. In den 1970er und 1980er Jahren entwickelten sich stattdessen zunehmend Kommunikationsformen, die Konflikte und Entscheidungsprozesse in hierarchiearmen Gruppen gestalten und demokratisieren sollten.

In dieser Reflexion kommen jedoch auch Bewertungen zum Vorschein, die eine Konzentration auf die eigene Befindlichkeit als individualistisch in Frage stellen.

„Ganz allgemein fanden wir heraus, daß unsere Vorstellung über die Inneneinrichtung einer Wohnung immer noch bestimmt waren durch den Wunsch nach einer bürgerlichen Sicherheit. Diese soll durch die ästhetische Ausstattung eines Zimmers entstehen, mit der man sich eine nicht vorhandene Individualität vorgaukelt. Im Planen des ‚Schöner Wohnens‘ erschöpft sich die Möglichkeit des Bürgers, die Verhältnisse seiner Umwelt aktiv zu gestalten.“ (Kommune 2 1971: 51)

Typisch für Wohnkollektive im Jahr 1968, aber auch darüber hinaus, ist in dieser Einschätzung, dass Kollektivität und Gruppe gefördert, das Beharren auf Individualität hingegen zurückgedrängt werden sollte. Das lässt sich unter anderem an der Einrichtung riesiger Gemeinschaftsräume und kollektiver Groß-Bäder feststellen, die häufig winzigen und schlecht isolierten Privaträumen gegenüberstanden, wie sie vermutlich vielen noch aus Wohngemeinschaften der 1970er bis 1990er Jahre geläufig sind.

Kinderläden

Die selbstorganisierten Kinderläden der 1968er verstanden sich als feministische Antwort auf die Erfahrungen mit der zuvor beschriebenen politischen Szenerie im Umfeld von SDS und antiautoritärer Bewegung. Der Kinderladen als Bestandteil von Wohntopien weist auf die feministische Diskussion über Geschlechter- und Arbeitsverhältnisse hin, die im SDS nur so weit geführt wurde, insofern es um Lohnarbeit ging, aber nicht auf Arbeitsteilungen innerhalb von privaten Beziehungen, Familie und politischer Arbeit bezogen wurde. Kinderläden waren praktische Antworten auf damals kaum existierende Kindergärten und Horte, die Erwerbsarbeit, Studium und politische Arbeit für Frauen ermöglichen sollten. Andererseits wurden die bestehenden Kindergärten wegen repressiver, „sexualfeindlicher“ und autoritärer Erziehungsprinzipien abgelehnt.

„Die Gründung der ersten Kinderläden in Westberlin geschah auf Initiative des Aktionsrates zur Befreiung der Frauen. Im Februar 1968 hatten die Frauen angefangen, darüber zu diskutieren, wie es möglich wäre, Zeit und Energie für politische Arbeit freizusetzen. Wie sah die Arbeit der APO zu diesem Zeitpunkt aus und warum konnten sich die Frauen, vor allem wenn sie Kinder hatten, nicht daran beteiligen?“ (O.A. 1970: 27)

Im SDS eskalierte diese Diskussion anlässlich der Rede von Helke Sander auf der 23. Delegiertenkonferenz des SDS am 13. September 1968, die als sogenannte Tomatenwurf-Rede bekannt wurde. Sander stellte dort das Konzept des Aktionsrates vor und forderte Veränderungen im SDS und die praktische Unterstützung des Aktionsrates ein. Im Zentrum der Kritik stand auch hier die traditionell bürgerliche Bewertung von Politischem und Privatem in ihrer Bedeutung für Geschlechterverhältnisse und Arbeitsteilungen, die auch im SDS reproduziert wurden, indem „[...] man einen bestimmten Bereich des Lebens vom gesellschaftlichen abtrennt, ihn tabuisiert, indem man ihm den Namen Privatleben gibt. In dieser Tabuisierung unterscheidet sich der SDS in nichts von den Gewerkschaften und den bestehenden Parteien. Diese Tabuisierung hat zur Folge, dass das spezifische Ausbeutungsverhältnis, unter dem die Frauen stehen, verdrängt wird, wodurch gewährleistet wird, dass die Männer ihre alte, durch das Patriarchat gewonnene Identität noch nicht aufgeben müssen. Man gewährt zwar den Frauen Redefreiheit, untersucht aber nicht die Ursachen, warum sie sich so schlecht bewähren, warum sie passiv sind, warum sie zwar in der Lage sind, die Verbandspolitik mit zu vollziehen, aber nicht dazu in der Lage sind, sie auch zu bestimmen.“ (zitiert in: Andres 1988: 39f.)

Als das ausschließlich von Männern besetzte Gremium ohne eine Diskussion der Forderungen von Sander zu anderen Themen übergehen wollte, traf eine Tomate den SDS-Theoretiker Hans Jürgen Krahl. In der Folge organisierten sich zum größten Teil Frauen im Aktionsrat, aus dem die ersten Kinderläden in Frankfurt und Berlin entstanden.

Der Aktionsrat orientierte sich an antiautoritären pädagogischen und psychoanalytischen Prinzipien wie Alexander Neills Modell der freien Summerhill-Schule (Neill 1969) und Wilhelm Reichs Konzept der ‚Selbstregulierung‘ des Kindes (Reich 1971). Gleichzeitig wurden mangels bereits existierender aktueller pädagogischer Theorien und Praktiken historische Vorbilder aus anderen revolutionären Phasen wiederentdeckt und gemeinsam diskutiert, wie etwa die Erfahrungen der russischen Psychoanalytikerin Vera Schmidts, die Anfang der Sowjetzeit ein experimentelles Kinderheim in Moskau leitete (Schmidt 1924). Es galt als Modell antiautoritärer Erziehung, unter anderem, weil es einen akzeptierenden Umgang mit kindlicher Sexualität praktizierte.

Das Modell Kinderladen war langfristig sehr erfolgreich, was zu einer Professionalisierung beziehungsweise Institutionalisierung des Modells führte. Die anfängliche Praxis in der selbstorganisierten Doppelrolle als Elternteil und Erzieherin wurde als konfliktreich wahrgenommen. Zudem stellte sich heraus, dass mit dem Modell in unbezahlter selbstorganisierter Arbeit kaum Zeit für Studium, Beruf und politische Arbeit entstehen konnte, erst recht weil Kinderläden weiter hauptsächlich von Frauen organisiert wurden.

Jugendwohnprojekte statt Heime

Zur strukturellen Perspektive der 68er auf bürgerliche Wohnmodelle gehörte auch die Kritik an autoritärer Fürsorgeerziehung und Heim-Systemen als das Andere der bürgerlichen Familie. Mit der Einrichtung von Arbeitshäusern, psychiatrischen Kliniken, Kirchen, Schulen und Kinderheimen zu Beginn des

deutschen Kaiserreichs nach 1870 wurde die Etablierung von bürgerlichen Wohn- und Lebensformen in Ehe und Familie abgesichert. Diejenigen, die aus dem System der Familie ausgeschlossen wurden, galten als delinquent oder abweichend und wurden entmündigt, überwacht, betreut oder bestraft, beziehungsweise ‚umerzogen‘. Die Erfahrung des Nationalsozialismus hatte zudem verdeutlicht, wie völkische Biopolitik bis hin zur Vernichtung derjenigen verschärft wurde, die zuvor bereits separiert und überwacht worden waren, wie etwa sogenannte Asoziale und geistig eingeschränkte Menschen. Zu diesem Themenfeld wurde in der außerparlamentarischen Opposition (APO) ab 1965 die „Heimkampagne“ lanciert, um autoritäre Zustände in der damaligen Fürsorgeerziehung der BRD bekannt zu machen und zu überwinden.

Zunächst wurde diese Kampagne als Teil der sogenannten Randgruppenstrategie verstanden, die bei gesellschaftlich Benachteiligten ein sozialrevolutionäres Bewusstsein bewirken sollte. Ulrike Meinhof hatte in ihrer journalistischen Tätigkeit ein Buch mit dem Titel „Bambule“ vorgelegt. Der gleichnamige Dokumentarfilm zum selben Themenfeld wurde zwar 1969 noch fertiggestellt, aber nicht mehr im öffentlich rechtlichen Fernsehen ausgestrahlt, weil Meinhof zwischenzeitlich im Untergrund bei der RAF aktiv geworden war.

Das große gesellschaftliche Interesse am Thema um 1968 dokumentierte sich in hohen Auflagen von Publikationen großer Verlage zum Thema, wie *Gefesselte Jugend – Fürsorgeerziehung im Kapitalismus* (Ahlheim 1971) mit 50.000 Exemplaren, das Buch *Bambule – Fürsorge-Sorge für Wen?* von Ulrike Meinhof (1971) mit 70.000 Exemplaren oder *Fürsorgeerziehung, Heimterror und Gegenwehr* (Brosch 1971) mit einer Auflage von 50.000.

Das berühmteste Beispiel für jugendliche Selbstorganisation ist vermutlich das Rauch-Haus-Kollektiv. 1971 wurde das ehemalige Schwesternwohnheim des leerstehenden Krankenhauses Bethanien in Berlin Kreuzberg besetzt und erhielt kurz darauf einen (damals komplett kostenfreien) Nutzungsvertrag von der Stadt Berlin, der bis heute besteht. Seinen radikalen Schick erhielt das Projekt nicht zuletzt durch den Song „Das ist unser Haus“ der Band „Ton Steine Scherben“ und die Film-Dokumentation „Allein machen sie dich ein“. Das Georg-von-Rauch-Haus wurde zumindest offiziell vorwiegend von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus einem bildungsfernen proletarischen Milieu bewohnt. Arbeiten zu gehen galt als allgemeine Grundregel fürs Bleiben, weil an den Arbeitsstätten die entscheidenden politischen Kämpfe geführt werden sollten. Studenten waren hingegen unerwünscht.

Auch in anderen Zusammenhängen wurde über eine kollektive Belegung des Marinnenplatzes (wenn auch an anderer Stelle) in Form von Kommunenhäusern nachgedacht. Planungen dazu entstanden bereits im Sommersemester 1969 an der Architektur Fakultät der TU Berlin. Dort wurde im Rahmen von autonomen Seminaren das Prinzip Coop erprobt, das an die kollektive Entwurfspraxis des Bauhaus-Architekten Hannes Meyer anknüpfte (Gribat/Misselwitz/Görlich 2017: 157ff.).

Als typisch für 68 erweist sich am Beispiel der Heimkampagne, dass es nicht bei einer von der linksradikalen Szene getragenen gesellschaftlich marginalen ‚Randgruppenstrategie‘ blieb, sondern der Mainstream insgesamt verschoben wurde, weil sie von einer breiten Masse diverser gesellschaftlicher

Akteure, wie Architekturstudent_innen, Erzieher_innen und Jugendlichen rezipiert wurde, die auch in Aktionen Partei dafür ergriffen.

Langfristig war die Kampagne sehr erfolgreich als öffentliche Debatte und allmähliche Reformierung der westdeutschen Fürsorgeerziehung. Allmählich verschwanden Heim- und Fürsorgeerziehungsanstalten und die in den 1970ern entwickelten Alternativen wurden sukzessive zu Standards der Kinder- und Jugendhilfe. In den 1980er Jahren wurden Jugendwohnkollektive zu sozialpädagogischen Jugendwohngemeinschaften und Einzelwohnen weiterentwickelt.

Strukturelle Ziele dieser Transformation waren Differenzierung und Dezentralisierung von Einrichtungen, Reduzierung der Gruppengrößen, Ächtung repressiver Erziehungsmaßnahmen und die Qualifizierung des Personals. Was als Strategie zum Umsturz begonnen hatte, wurde langfristig zu einem neuen institutionalisierten Strukturmodell für Jugendliche, aber auch für ‚Behinderte‘, Obdachlose und andere gesellschaftliche ‚Außenseiter‘. Selbstorganisierte Projekte wie das Rauch-Haus blieben Ausnahmen oder Übergangsmodelle, vielleicht auch, weil sie hohe organisatorische und kommunikative Ansprüche an alle Beteiligten stellen. Von Menschen mit Assistenzbedarf wurde hingegen die Forderung nach einem selbstbestimmten Leben formuliert, die auch als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden wurde, zum Beispiel im „Club 68 – Verein für Behinderte und ihre Freunde e. V. Hamburg“, 1968 gegründet. Das Prinzip der Selbstbestimmung wurde breiter erst im Verlauf der 1970er und 1980er Jahre von Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf eingefordert. Entsprechende Träger, die den Unterstützungsbedarf organisieren, wie ambulante Dienste, entstehen häufiger erst in den 1980er Jahren.

Fazit: Kollektivität und Selbstverwaltung

Um 1968 findet sich in Wohnutopien und darüber hinaus ein starkes Begehren nach einer Kollektivität, die die Grenzen traditioneller Beziehungsverhältnisse überschreiten sollte. Tradition und konventionelle Stabilität des Lebensalltags, wie sie aus der eigenen Erfahrung der elterlichen Kleinfamilie und der darin vorherrschenden autoritären Persönlichkeitsstrukturen und Geschlechterverhältnisse bekannt waren, wurden als beengend empfunden und sollten durch Experiment und Veränderung auf vielen Ebenen aufgebrochen werden. Es wurde eine Transformation der eigenen befangenen Subjektivität angestrebt, die in neuen strukturellen Wohn-Modellen befreit und erprobt werden sollte. Veränderung und Experiment wurden dabei in den vorgestellten Wohnutopien immer auch als räumlich exemplarische Modelle für Gesellschaft *und* Gemeinschaft verstanden, in der Öffentlichkeit gefeiert und Privatheit zurückgedrängt wird, um damit demokratisierte Beziehungsverhältnisse auf allen Ebenen der Gesellschaft zu ermöglichen.

In den vorgestellten Beispielen lässt sich die Tendenz feststellen, dass Selbstorganisation weitgehend Ausnahme oder Kennzeichen von Übergangsmodellen geblieben ist, die im besten Falle in eine Professionalisierung und Institutionalisierung von pädagogischen und erzieherischen Einrichtungen wie Jugendwohnen und Kinderläden mündeten. Im sozial-pädagogischen Bereich entstanden in den 1980er Jahren viele

kleinere Trägerschaften aus der Bewegung heraus, die mit Unterstützung von ‚Staatsknete‘ die Institutionenlandschaft modernisierten.

Andererseits erwiesen sich die fordistischen Wohnungsbaugesellschaften als extrem resistent gegenüber Elementen von Selbstverwaltung. Ausnahmen dazu finden sich nur in Genossenschaften, die aus der Hausbesetzerbewegung der 1980er hervorgegangen sind, wie die Luisenstädtische Genossenschaft, die Generalmietverträge und Hausvereine als Elemente von Selbstverwaltung akzeptiert.

Über diesen institutionellen Widerstand gegen Formen der Selbstverwaltung hinaus gibt es auch immanente Dynamiken, die Selbstorganisation als dauerhafte Struktur erschweren, weil sie tendenziell als unbezahlte Arbeit immer mit Zeit für Erwerbsarbeit und andere Engagements konfligiert. Eine Professionalisierung von Selbstverwaltung zu entwickeln, die im Sinne der Bewohnerschaft eine dauerhafte Struktur und Mitbestimmung über die Rahmenbedingungen miteinander verknüpft, scheint eine weiterhin aktuelle Herausforderung für Hausgruppen und Kollektive.

Die in diesem Beitrag vorgestellten Wohnmodelle zeichnen sich im Vergleich zu funktionalistischen Wohnutopien der 1920er Jahre durch das Element der Demokratisierung in Selbstverwaltung aus.

Damit wird kollektives Leben in Kommunen, aber auch in kommunalen Wohnmodellen wie Steilshoop, zu einem Projekt, das mehr von der eigenen Überzeugung, unbezahltem Engagement und hohen kommunikativen Kompetenzen abhängt als dass es von strukturellen Bedingungen aufgefangen wird. Wohnen als permanentes Experiment, in dem die Balance zwischen Struktur und Veränderbarkeit gefunden werden muss? Eine Ambivalenz, die vermutlich nicht lange lebbar ist, die aber vielleicht für ein ganzes Leben bereichert und verändert.

Autor_innen

Felicita Reuschling ist als ‚freie‘ Kuratorin, Autorin und Herausgeberin tätig für thematische Kunstausstellungen, Film- und Veranstaltungsreihen. Schwerpunktmäßig beschäftigt sie sich mit feministischer Theorie und Kunst in Geschichte und Gegenwart.
felicitate@gmx.de

Literatur

- Ahlheim, Rose (1971): Gefesselte Jugend. Fürsorgeerziehung im Kapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Anders, Ann (1988): Autonome Frauen: Schlüsseltexte der Frauenbewegung seit 1968. Frankfurt am Main: Athenäum.
- Boltanski, Luc / Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz: UVK.
- Brosch, Peter (1971): Fürsorgeerziehung. Heimterror und Gegenwehr. Frankfurt am Main: Fischer.
- Debord, Guy (1959): Situationistische Position zum Verkehr. In: Situationistische Internationale (Hg.): Situationistische Internationale 1958-1969. Gesammelte Ausgaben des Organs der Situationistischen Internationale, Band 1. Hamburg: MaD, 111-112.
- Gribat, Nina / Misselwitz, Philipp / Görlich, Matthias (2017): Vergessene Schulen. Architekturlehre zwischen Reform und Revolte um 1968. Leipzig: Spector.

- Kommune 2 (1971): Versuch der Revolutionierung des bürgerlichen Individuums. Kollektives Leben mit politischer Arbeit verbinden! Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Meinhof, Ulrike (1971): Bambule. Fürsorge-Sorge für Wen?. Berlin: Wagenbach.
- Neill, Alexander (1969): Sutherland: Theorie und Praxis der antiautoritären Erziehung. Hamburg: Rowohlt.
- O.A. (1970): Berliner Kinderläden. Antiautoritäre Erziehung und sozialistischer Kampf. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Schmidt, Vera (1924): Psychoanalytische Erziehung in Sowjetrussland, Bericht über das Kinderheim-Laboratorium in Moskau 1921-1924. Leipzig: Internationaler Psychoanalytischer Verlag.
- Schrage, Dieter (1998): Situationistische Internationale 1957-1972: Museum Moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien, 20er Haus, 31. Jänner 1998-15. März 1998. Wien: Triton.
- Wilhelm Reich (1971): Die sexuelle Revolution. Zur charakterlichen Selbststeuerung des Menschen. Frankfurt/Main: Fischer.

In die Zange genommen

Kritik am Wohnungsbau um 1968

Maren Harnack

Debatte

2018, Band 6, Heft 2/3

Seiten 173-180

zeitschrift-suburban.de

Nina Gribat, Johanna
Hoerning, Nina Schuster
,1968 und die Kritik der
Stadt – 50 Jahre danach‘

Kommentare von:

Nina Gribat, Maren Har-
nack, Sebastian Haumann,
Felicita Reuschling, Anne
Vogelpohl, Lisa Vollmer

Replik von:

Johanna Hoerning

Im Zusammenhang mit den grundlegenden gesellschaftskritischen Bewegungen, die sich um 1968 in Europa etablieren, setzt in Westdeutschland auch die Kritik am modernen Wohnungsbau des Wiederaufbaus ein. Um diese Kritik besser zu verstehen lohnt es sich, parallel die Diskussion um den Altbaubestand der Gründerzeit zu beleuchten. Die These, die ich hier diskutieren möchte, lautet: Die Wiederentdeckung des Altbaubestandes und die Kritik am modernen Wohnungs- und Siedlungsbau sind zwei Seiten derselben Medaille. Diese These beruht wesentlich auf der Überzeugung, dass beide Bewegungen, sowohl die Abwertung des Altbaubestandes und die Begeisterung für den modernen Siedlungsbau als auch die folgende Umkehrung, aus dem zeitgenössischen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Kontext heraus verstanden werden müssen. Ich unterstelle der Kritik am Siedlungsbau der Moderne in diesem Beitrag, dass sie genau dies weder 1968 noch in der Zeit zwischen 1968 und heute getan hat. Meiner Ansicht nach gibt die Kritik am Siedlungsbau der Moderne primär die Stimme der akademischen Mittelschicht wieder, die sie in die Presse und in den Architektur- und Planungsdiskurs eingebracht hat und diesen bis heute dominiert.

Siedlungsbau im Kontext der Nachkriegszeit

Das Wohnen in der Stadt war schon vor den Kriegszerstörungen denkbar schlecht, weil das explosionsartige Stadtwachstum der Industrialisierung nicht bewältigt worden war. Die Kriegszerstörungen verschärften also einen eigentlich vorher schon unhaltbaren Zustand; dazu kamen zahlreiche Vertriebene, die integriert und mit Wohnraum versorgt werden mussten. Frankfurt am Main beispielsweise hatte 1951 mit 563.000 Einwohner_innen schon wieder die Vorkriegsgröße erreicht, bis 1953 waren es bereits 600.000 Einwohner_innen, bis 1963 wuchs die Stadt auf 691.000 (Müller-Raemisch 1998 S 407ff.).

In dieser Situation stellte der moderne Siedlungsbau für viele Deutsche erstmals komfortablen, gesunden und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung

und vor allem einen, der nicht von investorenüblicher Gewinnmaximierung geprägt war. Altbauten waren im Vergleich dazu nicht nur technisch schlechter ausgestattet, sondern unpraktisch in der Benutzung und oft heruntergekommen. Dazu kommt, dass der moderne Städtebau mit seinen luftigen Gebäudeabständen auf die Erfahrungen in den Feuerstürmen des Bombenkrieges reagierte, in dem die Altstädte für viele Bewohner_innen zur Falle geworden waren. Und auch ideologisch war er denkbar weit vom Heimatschutzstil der Nazis entfernt, was dem nötigen gesellschaftlichen Neubeginn angemessen erschien.

Der mit dem Einsetzen des Wirtschaftswunders wachsende Wohlstand heizte den Wohnraumkonsum quantitativ an, zog aber auch höhere Erwartungen an die Qualität des Wohnraums nach sich. In dieser Situation war die flächenhafte Entwicklung neuer Siedlungen am Stadtrand logisch. Hier war Land relativ problemlos verfügbar und es konnten, anders als in Bestandsgebieten, optimierte Typenhäuser in großer Zahl effizient geplant und gebaut werden, ergänzt um Wohnfolgeeinrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Einkaufszentren, Sporteinrichtungen und Kirchen. Die so entstandenen Quartiere waren in vieler Hinsicht ein Spiegelbild der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft und ihrer Ideale. Dies zeigt sich beispielsweise in den Illustrationen, die den Bau der Frankfurter Nordweststadt begleiten: Hier wird ein reich belebter öffentlicher Raum dargestellt, in dem eingekauft wird, Kinder spielen und Menschen im Café sitzen. Es werden aber auch gesellschaftliche Stereotype reproduziert: Männer kümmern sich ums Auto, Frauen um die Kinder und das Essen (vgl. hierzu Schwagenscheidt 1964: 24, 78).

Kontext 1968

Um 1968^[1] zeichneten sich verschiedene gesellschaftliche Veränderungen ab, die dazu beitrugen den Siedlungsbau der Nachkriegszeit nachhaltig zu diskreditieren. Dabei konvergieren zwei Linien der Kritik, die im Folgenden kurz analysiert werden sollen.

Generationswechsel und Wertewandel

Zahlreiche Theoretiker_innen haben sich mit der Verbindung von Konsum und Selbstdarstellung befasst (beispielsweise Veblen 1902, Maslow 1943, Schulze 1992). Ohne deren Theorien und die Kritik daran hier im Detail diskutieren zu können, lässt sich für die Nachkriegszeit in Deutschland doch festhalten, dass die Befriedigung basaler Bedürfnisse weniger selbstverständlich war als heute oder in der Zeit um 1968, als die Kritik am modernen Siedlungsbau laut zu werden begann. Die Generation, die in den 1960er Jahren erwachsen wurde, hatte weder den Krieg noch die Not der unmittelbaren Nachkriegszeit bewusst erlebt. Sie war in einem Umfeld aufgewachsen, in dem kontinuierliche Verbesserungen im Lebensstandard die Norm waren und der Fordismus sich als wenig hinterfragtes Erfolgsmodell etabliert hatte – sei es im Siedlungsbau oder im Einfamilienhaus. Während Konsum für die Welt ihrer Eltern noch durchweg positiv besetzt war und vor allem mit praktischen Erwägungen begründet wurde, entwickelte sich ab dem

Ende der 1960er Jahre in den (im weitesten Sinne) progressiven Teilen der Gesellschaft eine grundsätzlich konsumkritische Haltung, insbesondere als nach der Ölkrise und dem Bericht des Club of Rome (Meadows et al. 1974) die Kosten des ungebremsen Wachstums unmittelbar spürbar wurden. Andererseits traten beim Konsum selbst der Erlebniswert und das *schöne Leben* (Schulze 1992: 35ff.) in den Vordergrund.

Für das Wohnen bedeutet dieser Wertewandel, dass von der jüngeren Generation anstatt einer komfortablen, sicheren Wohnumgebung eine interessante, anregende gesucht wurde. Die neu gebauten Siedlungen am Stadtrand konnten das nicht bieten, waren sie doch gebaute Abbilder der gesellschaftlichen Ideale des Fordismus und eines zunehmend als ungerecht empfundenen Rollenmodells – die Frauen waren an ein Leben fernab von Stadt und Arbeitsplatz gebunden. Hieran machte sich die progressive Moderne-Kritik wesentlich fest,[2] denn gerade unter dem Aspekt der Selbstverwirklichung, des *schönen Lebens* und anregender Erfahrungen jenseits fordistischer Lebensentwürfe wurden die Altbauquartiere der Gründerzeit, die seit dem zweiten Weltkrieg weiter heruntergekommen waren, für junge Menschen interessant. Sie boten Raum für die kreative Aneignung und Neuinterpretation[3] und waren von einer vergleichsweise gemischten Bevölkerung bewohnt. Die Grundrisse der Altbauwohnungen waren auch geeignet, neue Lebensformen wie beispielsweise Wohngemeinschaften auszubastern – in den Familienwohnungen der Nachkriegszeit unvorstellbar.

Aus dem linken Spektrum wurde der Siedlungsbau der Nachkriegszeit daher zunehmend als Fortsetzung des Fordismus im Privatleben kritisiert.[4] Die Siedlungen sind in dieser Lesart einseitig auf die Reproduktion der Arbeitskraft ausgerichtet: Sie schneiden die Bewohner – vor allem die Frauen – intendiert von den politischen und kulturellen städtischen Prozessen ab, die sich in den Altbauquartieren quasi urwüchsig entfalten. Den Siedlungen wird zudem unterstellt, bewusst anregungsarm gestaltet zu sein, um die Profite der Bauwirtschaft zu maximieren; damit zeigen sie die geringe Wertschätzung, die den Bewohner_innen entgegengebracht wird. Dass das Leben in den Siedlungen für viele Bewohner_innen, einen massiven Fortschritt im Leben bedeutete, wird dabei gerne unterschlagen.[5] Im Gegenzug machen die stückdekorierten Altbauten der Gründerzeit eine erstaunliche Karriere: Sie wurden zum menschenfreundlichen Gegenbild zum modernen Siedlungsbau, trotz der dort noch in den 1960er und 1970er Jahren vorherrschenden schlechten Lebensbedingungen und trotz der Tatsache, dass sie mit dem Ziel der Gewinnmaximierung als Investorenstädtebau errichtet wurden.[6] Bildbände wie *Die gemordete Stadt* (Siedler/Niggemeyer/Angreß 1964) zeugen von einem romantisch verklärten Bild einer als authentisch angesehenen Urbanität.

Weniger kritisiert oder weniger stark wahrgenommen wird in diesem Zusammenhang, dass die zahlreichen Einfamilienhausgebiete, die in dieser Zeit und mit üppiger staatlicher Förderung entstanden, das überkommene Familienmodell deutlich stärker als die Siedlungen voraussetzten – mit einem, meist männlichen Ernährer und einer Hausfrau, die allenfalls nebenbei arbeiten ging und ansonsten die Erziehung der Kinder organisierte. Dieses Familienmodell wurde und wird steuerlich begünstigt, ebenso wie das Pendeln mit dem Auto, das in dieser Zeit zu einer massentauglichen Option

wurde und die Voraussetzung für das Leben im suburbanen Einfamilienhaus war und ist. Insofern verwundert es, dass die Siedlungen zum Bezugspunkt der progressiven Kritik wurden, während es aussieht als seien die Einfamilienhausgebiete weitgehend akzeptiert worden.

Konservative Reaktion

Die Kritik der eher progressiven, linken Gesellschaftsgruppen und die damit verbundene Umdeutung der Altbauquartiere wäre nicht so wirkmächtig geworden, wenn sie nicht vom anderen Ende des politischen Spektrums unterstützt worden wäre – mit gegensätzlichen Argumenten, aber mit demselben Ergebnis. Mit dem Abwandern der Mittelschichten ins staatlich geförderte Eigenheim und dem Nachzug von in vieler Hinsicht benachteiligten Gruppen in die dadurch freiwerdenden Wohnungen konzentrierten sich ebenfalls ab den späten 1960er Jahren oft mehrfach benachteiligte Menschen in den Siedlungen der Nachkriegszeit.

Dadurch, so die konservative Kritik, würden die Siedlungen zu gesetzlosen Orten, an denen sich Drogensucht, Kriminalität und Gewalt ausbreiten und nicht mehr kontrollieren lassen. Die Hamburger Morgenpost beispielsweise schrieb am 3. April 1978: „Wohnsilos mit über 1000 Familien sind Brutstätten von Verbrechen, Krankheiten, Alkohol- und Drogensucht! Die Kriminalität in solchen Betonburgen ist sieben- bis zehnmal höher als in Gegenden mit normaler Bebauung.“ Der Bestseller *Wir Kinder vom Bahnhof Zoo* (Christiane F. et al. 1978) und der anschließende Film verorteten all dies medienwirksam in der Berliner Gropiusstadt. Ohne die Ursachen für die statistischen Auffälligkeiten näher zu beleuchten, verfestigt sich so das Bild von Siedlungen der Nachkriegsmoderne als Orte der Devianz und als Gefahr für die öffentliche Ordnung.

Selbstverständlich verschont auch die konservative Kritik die Einfamilienhausgebiete, festigen sie doch traditionelle Rollenbilder und Lebensstile. Trotz aller praktischen Schwierigkeiten in der Organisation des Alltags eine bis heute gesellschaftlich akzeptierte Wohnform.

Neuer Konsens

So unterschiedlich die Linien der Kritik sind, im Ergebnis führten Sie zu einer bis heute fortwirkenden negativen Sicht auf den Siedlungsbau der Nachkriegsmoderne und einer bisweilen klischeehaften, positiven Sicht auf den Altbaubestand der Gründerzeit. Darüber hinaus folgten ihnen auch konkrete, politische Veränderungen – vor allem das Ende des großmaßstäblichen Siedlungsbaus und die Hinwendung zur *Europäischen Stadt*, kleinteilig parzelliert undutzungsgemischt. Zu den konkreten Veränderungen gehören aber auch Förderprogramme, die den Erhalt, die Ertüchtigung und die Aufwertung des Altbaubestandes zum Ziel hatten und haben. Sanierung heißt heute fast immer, dass mit dem Bestand gearbeitet wird, nicht dass er großflächig abgebrochen und ersetzt wird. In vielkritisierten modernen Siedlungen wurden bestandsorientierte Erneuerungsprogramme zunächst nicht vorgesehen, vielmehr wurde der Bau in manchen Fällen sogar gestoppt, was zu einer weiteren Verschärfung bestehender Probleme führte: entweder

weil Bewohner_innen fehlten, die die bereits gebaute Infrastruktur hätten auslasten können (beispielsweise in der neuen Stadt Wulfen), oder weil die geplante Infrastruktur nicht mehr realisiert wurde (etwa der S-Bahn-Anschluss der Hamburger Siedlung Steilshoop). Erst seitdem 1999 das Förderprogramm „Soziale Stadt“ aufgelegt wurde, werden die strukturellen Defizite der modernen Siedlungen in den Blick genommen und teilweise sehr erfolgreich behoben.

Projekte wie die „IBA Berlin 1977-1984“ haben dazu beigetragen, dass die bestandsorientierte Weiterentwicklung von Gründerzeitquartieren zu einem allgemein anerkannten Modus der Stadtentwicklung geworden ist und dass erhebliche Mengen öffentlicher Gelder in Projekte dieser Art geflossen sind. Erst mithilfe umfangreicher staatlicher Förderung wurden heruntergekommene Altbauwohnungen in entkernten und begrünten Blockstrukturen zu komfortablen Behausungen, die mit dem modernen Siedlungsbau nicht nur mithalten konnten, sondern ihm bestenfalls sogar überlegen waren. Erst im Zuge dieser Entwicklung wurde die sanierte, gründerzeitliche Altbauwohnung, möglichst mit erhaltener repräsentativer Original-Ausstattung, eine allgemein akzeptierte Alternative zum Eigenheim im Grünen.

Die konkrete Ausgestaltung von Stadterneuerungsprojekten zeigt auch, dass jenseits des Erhalts von historischer Bausubstanz immer auch wirkmächtige Bilder erzeugt wurden. Diese spiegeln weniger eine historische Wahrheit wider als die zum jeweiligen Zeitpunkt vorherrschenden Idealvorstellungen von Stadt, Urbanität und dem *schönen Leben*. Vorher-nachher-Bilder zeigen, dass erheblicher Aufwand getrieben wurde, um vermeintlich unhistorische Elemente und nachträgliche Veränderungen zu eliminieren (Vinken 2010). Im Rahmen dieser Debatte unterstelle ich, dass es dabei immer auch darum ging, eine attraktive Kulisse für das Leben urbaner Mittelschichten zu schaffen.

Beides, das Eigenheim und die gründerzeitliche Altbauwohnung, erlauben ein relativ hohes Maß an Unabhängigkeit in der Lebensgestaltung, wenn auch in unterschiedlicher Art und mit unterschiedlichen Mitteln. Der Siedlungsbau hingegen verkörpert nach wie vor ein fordistisches Gesellschaftsmodell, das als überholt angesehen wurde und für die Eliten seit 1968 nicht mehr relevant war, weil es sich nicht mit einem hohen Erlebniswert verbinden ließ. Damit ist im Diskurs eine nachhaltige und in weiten Teile der Gesellschaft verankerte Verknüpfung von Siedlungsbau der Nachkriegsmoderne und sozialen Problemlagen entstanden. Die Kausalitäten werden dabei manchmal vertauscht und oft entsteht der Eindruck, dass die Siedlungen massive soziale Probleme verursachen. Dass Probleme sich dort gerade wegen der vorherrschenden Entwertung dieser Siedlungsform und der damit verbundenen relativen Zugänglichkeit für benachteiligte Gruppen konzentrieren, wird hingegen gerne übersehen.

Die Tatsache, dass Stadtforscher_innen sich heute wissenschaftlich mit der Zeit um 1968 befassen kann man auch als einen Hinweis darauf lesen, dass die zwingende Identifikation des Siedlungsbaus der Nachkriegszeit mit fordistischen Lebensmodellen historisch zu werden beginnt. Dies eröffnet die Möglichkeit, diese Art von Stadt abermals neu zu interpretieren und neu zu besetzen, wie Reckwitz es beschrieben hat (2012), unabhängig von den ursprünglichen Intentionen und Rahmenbedingungen. Damit können auch neue Konkurrenzen und Konflikte entstehen, die denen, die

in Gründerzeitquartieren zu beobachten sind, ähneln – und die, wie schon die Umwertung ab 1968, vorwiegend auf der Ebene kultureller Differenzen ausgetragen werden könnten. Die Verdrängung aus den Wohnungen durch kapitalstärkere Gruppen ist dabei nur ein mögliches Konfliktfeld, die Deutungshoheit über den Raum, unterschiedliche Aneignungsprozesse und Nutzungsmuster ein weiteres. Es gibt jedenfalls keinen Grund anzunehmen, dass die Siedlungen der Nachkriegszeit von der Wiederentdeckung und den damit verbundenen Umbrüchen verschont bleiben, die die Stadt der Gründerzeit bereits erfahren hat.

Endnoten

- [1] Die Kritik am modernen Siedlungsbau setzt schon vor 1968 ein und dauert nach 1968 weiter an. Dennoch ist das Jahr 1968 so eng mit längerfristigen politischen und gesellschaftlichen Umbrüchen verbunden, dass es hier als Referenz genutzt wird.
- [2] Zahlreiche deutsche und internationale Publikationen beschäftigen sich mit dem Versagen von Städtebau und Architektur der Moderne. Dabei ist der Duktus bisweilen polemisch und die Argumentation anekdotisch. Beispielhaft genannt seien hier nur einige: *Die gemordete Stadt* (Siedler/Niggemeyer/Angreß 1964), *Die Unwirtlichkeit unserer Städte* (Mitscherlich 1965), *Profitopolis* (Lembrock 1971), *Form Follows Fiasko* (Blake 1977), *Umwelt Stadt* (Conrads 1974) oder *From Bauhaus to Our House* (Wolfe 1981).
- [3] Andreas Reckwitz hat in seinem Buch *Die Erfindung der Kreativität* (2012) ausführlich dargestellt, wie kreative Prozesse heute mit Auswahl, Neuinterpretation und kultureller Aneignung korrespondieren und wie sich dies auf die Entwicklung von Quartieren und städtischen Räumen auswirkt (Reckwitz 2012: 287ff).
- [4] Noch 2009 kritisiert beispielsweise Dieter Hoffmann-Axthelm in einem Interview, es habe „damals in Deutschland ein neues Gesellschaftsbild geherrscht: das einer staatlich organisierten Massengesellschaft. Man glaubte, der Staat sei verpflichtet, die Vergesellschaftung aller Lebensbezüge vorzunehmen, die vorher in der Verantwortung der Individuen lag“ (Braun/Welzbacher 2009: 42). Für einen Zeitzeugen, der eine relativ behütete Jugend im Berliner Hansaviertel verbracht hatte, ist das nachvollziehbar, aber Hoffmann-Axthelm unterschlägt dabei, dass die Siedlungen für viele der Bewohner auch heute noch Heimat ist, zu der sie ein durchaus emotionales Verhältnis pflegen.
- [5] Die dokumentarischen Fotografien, die Heinrich Kuhn in den 1960er Jahren von Wohnungen in Häusern machte, die im Rahmen von Sanierungsvorhaben abgebrochen werden sollten, zeigen, wie unerfreulich die Realität in den Altbaubeständen noch lange nach dem Kriegsende war (Krüger 2014).
- [6] Werner Hegemann hat in seiner Polemik *Das steinerne Berlin* (1930) alle Probleme der investorengesteuerten Berliner Stadtentwicklung der Gründerzeit ausführlich dargestellt.

Autor_innen

Maren Harnack hat Architektur, Stadtplanung und Sozialwissenschaften in Stuttgart, Delft und London studiert. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Siedlungs- und Städtebau der Nachkriegsmoderne.
 maren.harnack@fb1.fra-uas.de

Literatur

- Blake, Peter (1977): *Form Follows Fiasko. Why Modern Architecture Hasn't Worked.* Boston/Toronto: Little, Brown and Company.
- Conrads, Ulrich (1974): *Umwelt Stadt. Argumente und Lehrbeispiele für eine humane Architektur.* Reinbek bei Hamburg: Rohwolt.
- Christiane F. et al. (2009 [1978]): *Wir Kinder vom Bahnhof Zoo.* Hamburg: Gruner & Jahr.
- Hegemann, Werner (1963 [1930]): *Das steinerne Berlin.* Basel: Birkhäuser.
- Krüger, Sabine (Hg.) (2014): *Armutzeugnisse. Westberlin vor der Stadtsanierung in den sechziger Jahren. Fotografien von Heinrich Kuhn.* Berlin: Edition Braus.
- Lehmbrock, Josef (Hg.) (1971): *Profitopolis oder: Der Mensch braucht eine andere Stadt.* München (Ausstellungskatalog).
- Maslow, Abraham (1943): A theory of human motivation. In: *Psychological Review* 50, 370-396. <http://psychclassics.yorku.ca/Maslow/motivation.htm> (letzter Zugriff am 16.8.2018).
- Meadows, Donella et al. (1974): *The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind.* New York: Universe Books.
- Mitscherlich, Alexander (1965): *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Eine Anstiftung zum Unfrieden.* Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Müller-Raemisch, Hans-Reiner (1998): *Frankfurt am Main. Stadtentwicklung und Planungsgeschichte seit 1958.* Frankfurt am Main / New York: Campus
- Reckwitz, Andreas (2012): *Die Erfindung der Kreativität. Zum Prozess gesellschaftlicher Ästhetisierung.* Berlin: Suhrkamp.
- Schwagenscheidt, Walter (1964): *Die Nordweststadt. Idee und Gestaltung.* Stuttgart: Karl Krämer Verlag.
- Schulze, Gerhard (1992): *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart.* Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Siedler, Wolf Jobst / Niggemeyer, Elisabeth / Angreß, Gina (1967 [1963]): *Die gemordete Stadt. Abgesang auf Putte und Straße, Platz und Baum.* Berlin u. a.: Herbig.
- Veblen, Thorstein (2013 [1902]): *The Theory of the Leisure Class.* www.gutenberg.org/ebooks/833, letzter Zugriff am 16.8.2018.
- Vinken, Gerhard (2010): *Zone Heimat. Altstadt im modernen Städtebau.* Berlin: Deutscher Kunstverlag.
- Welzbacher, Christian (im Gespräch mit Dieter Hoffmann-Axthelm, 2009): *Die katastrophale Utopie. Planungswirtschaft und Sozialdogmatismus.* In: Michael Braum / Christian Welzbacher (Hg.), *Nachkriegsmoderne in Deutschland. Eine Epoche weiterdenken.* Berlin: Jovis, 36-51.
- Wolfe, Tom (2009 [1981]): *From Bauhaus to Our House.* New York: Picador.

Debatte

2018, Band 6, Heft 2/3

Seiten 181-188

zeitschrift-suburban.de

Nina Gribat, Johanna
Hoerning, Nina Schuster
,1968 und die Kritik der
Stadt – 50 Jahre danach‘

Kommentare von:

Nina Gribat, Maren Har-
nack, Sebastian Haumann,
Felicita Reuschling, Anne
Vogelpohl, Lisa Vollmer

Replik von:

Johanna Hoerning

Grabenkämpfe um die Kritik am funktionellen Städtebau um 1968

Sozialpsychologische Reformist_innen und marxistische Revoluzzer_innen

Nina Gribat

Ende der 1960er Jahre war die Kahlschlagsanierung in Berlin-Kreuzberg in einer Hochphase, während das Märkische Viertel in peripherer Stadtlage gebaut wurde. Aus der Architekturfakultät der TU Berlin gründeten Studierende Basisgruppen, die sowohl in Kreuzberg als auch im Märkischen Viertel mit den Bewohner_innen gegen diese auf Abriss, Vertreibung und Mietpreissteigerungen basierende Berliner Baupolitik protestieren wollten (siehe dazu auch Debattenbeitrag Vollmer). Es zeigte sich jedoch relativ schnell, dass die von den Studierenden angeschobenen Proteste und Gegenplanungen in Kreuzberg zu dieser Zeit wenig Erfolg hatten. Die Studierenden kehrten aus den ersten Versuchen mit der Stadtteilarbeit an die Universität zurück und setzten dort ihre Experimente in kritischer Praxis in selbstorganisierten Lehrformaten fort (Gribat 2017). Was sich schon vor Ort, vor allem in Kreuzberg, gezeigt hatte, nahm an der Universität weiter seinen Lauf: Die Protestierenden waren gespalten in jene, die Bewohner_innen und Studierende agitieren wollten für den Kampf gegen die allgemeine Unterdrückung, und andere, die eine konkrete Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bewohner_innen und Studienverhältnisse der Studierenden anstrebten (Gribat/Misselwitz/Görlich 2017). Im Grunde war diese Spaltung von der Frage getragen, ob konkrete Verbesserungen und Reformen im Städtischen oder im Universitären immer automatisch zum Systemerhalt beitragen, oder ob es solche kleinteiligen Experimente und Veränderungen braucht, um letztlich auch das System zu verändern.

In diesem Debattenbeitrag sollen diese Spaltung des kritischen Lagers und die damit verbundenen Fragen hinsichtlich Systemerhalt oder Umsturz anhand von zwei damals relativ bekannten Publikationen analysiert werden: *Architektur als Ideologie* (Berndt/Lorenzer/Horn 1968) und *Kapitalistischer Städtebau* (Helms/Janssen 1971). Auf der Basis eines weitgehend geteilten Ausgangspunkts, der Kritik am funktionellen Städtebau, zeigen sich stark divergierende Problemdiagnosen und Lösungsansätze. Der funktionelle beziehungsweise funktionalistische Städtebau basiert auf der Grundidee der städtischen Funktionstrennung von Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Transport. Damit ist eine freistehende Gebäudeanordnung verbunden, in

Abkehr von der in vielerlei Hinsicht als überkommen verstandenen Blockrandbebauung, gemäß dem Grundsatz ‚Licht, Luft und Sonne‘. In der *Charta von Athen*, einem von Le Corbusier im Anschluss an den CIAM Kongress von 1933 in Athen herausgegebenen Manifest, wurden diese Grundideen zusammengefasst. In Bezug auf die architektonische Gestaltung ist darin der Satz der Moderne: *form follows function* leitend. Ornamente oder anderes schmückendes Beiwerk werden abgelehnt, die wahre Form soll allein dem Zweck entsprechen. In den späten 1950er und 60er Jahren war der funktionelle Städtebau in Deutschland tonangebend. Er drückte sich in konkreten Projekten wie zum Beispiel dem Märkischen Viertel in Berlin und der Kahlschlagsanierung von gründerzeitlichen Wohnvierteln, beispielsweise in Kreuzberg, aus. Spannend an der Analyse der beiden Extrempositionen Ende der 1960er Jahre ist, neben den unterschiedlichen Rollen, die dem Planen, Bauen und Gestalten beziehungsweise dem Protest zugewiesen werden, auch der Duktus.

Sozialpsychologische Ideologiekritik

Der Ausgangspunkt der Autor_innen von *Architektur als Ideologie* (1968), Heide Berndt, Alfred Lorenzer und Klaus Horn, die allesamt Sozialpsycholog_innen waren und bei Alexander Mitscherlich am Sigmund-Freud-Institut in Frankfurt arbeiteten, ist das Verhältnis von Architektur und gesellschaftlichen Verhältnissen: „[W]elches Bewußtsein hat die Architektur von ihrer Aufgabe und wie erfüllt sie diese? Welche gesellschaftlichen Inhalte drücken sich in der architektonischen Gestaltung aus, speziell im Funktionalismus?“ (Berndt 1968: 9) So verstanden, sind die gebauten Städte ein Spiegel der gesellschaftlichen Verhältnisse. Eine Analyse der gebauten Umwelt – hier mit soziologischen und sozialpsychologischen Methoden[1] – kann demnach Erkenntnisse bezüglich der gesellschaftlichen Verhältnisse aufzeigen, in denen die jeweiligen Architekturen entstanden sind. Damit wird der Funktionalismus eingereiht beziehungsweise gleichgestellt mit anderen Stilrichtungen der Architektur und des Städtebaus. Die eingenommene historische Perspektive verdeutliche, „daß das Problem der räumlichen Darstellung gesellschaftlicher Beziehungen in verschiedenen Zeiten anders gelöst wird“ (Berndt 1968: 9).

Die Autor_innen stellen mit diesem Vorgehen die Grundidee der modernen Architektur und des funktionellen Städtebaus in Frage, durch die Ablehnung von Ornamenten und anderen repräsentativen Elementen Bauwerke und Städte zu produzieren, deren Formensprache sich rein aus technischen und funktionalen Erfordernissen ergebe – und für die behauptet wird, dass sie entgegen früheren Stilen keine gesellschaftlichen Verhältnisse mehr auszudrücke. Entgegen der Vorstellung also, dass die gewählten Formen frei seien von Repräsentation, analysiert Berndt (1968: 9) „die über die bloß technische Konstruktion hinausgehenden Ausdrucksgehalte der Architektur [...], indem der Anspruch der modernen Architektur [...] mit dem überprüft wird, was sich daraus entwickelt hat“.

Leider erfolgt diese Überprüfung nicht anhand empirischer Analysen, bei denen Bewohner_innen oder Nutzer_innen des funktionellen Städtebaus beziehungsweise der modernen Architektur hinsichtlich der Ausdrucksgehalte

der von ihnen bewohnten oder genutzten Gebäude oder Stadtviertel befragt würden. Stattdessen nehmen die Autor_innen ihre eigenen Urteile zum Maßstab ihrer Thesen, die entgegen den eingangs zitierten Absichten stark von einem räumlichen Determinismus und einer generellen Ablehnung der Formsprache des Funktionalismus geprägt sind. Das drückt sich einerseits in einem „Unbehagen“ (Berndt 1968: 10) gegenüber dem funktionellen Städtebau aus: „[W]ir halten einen Städtebau, der nichts weiter als ‚technisch korrekt‘ ist, für unbefriedigend.“ (ebd.) Andererseits würden mit dem Beharren auf Zweckmäßigkeit die wesentlichen Qualitäten der Architektur aufgegeben:

„Der Architekt als bloßer technischer Erfüllungsgehilfe der tonangebenden Instanzen – das ist also keineswegs ein Wunschtraum der Soziologen und Sozialpsychologen, dieses Bild entspricht vielmehr genau der Selbsteinstufung konsequenter ‚Funktionalisten‘. Das sacrificium intellectus dieser Architekten ist die Architektur.“ (Lorenzer 1968: 51)

Diese Kritik richtet sich also vor allem an Architekt_innen, die mit der Fokussierung auf Zweckmäßigkeit im funktionellen Städtebau und in der modernen Architektur zu einer Verarmung der gesellschaftlichen Verhältnisse beitragen.

„Nur die widerspruchslose Anpassung auch an die ödesten ‚eindimensional‘[2] funktionalisierten Landschaften läßt darauf schließen, wie geschwächt und deformiert die libidinöse Energie in ihrer ‚emotionalen Ausdehnungsfähigkeit‘ bereits ist.“ (Berndt 1968: 41)

Die Vorstellung, dass sich trotz einer modernen funktionellen Stadtgestalt ein lebendiges Gemeinwesen etablieren könne (siehe dazu auch den Debattenbeitrag Harnack), geht über die Vorstellungskraft der Autor_innen hinaus. Ob es, wie behauptet, einen so starken Zusammenhang zwischen gebauter Umwelt und den Lebensverhältnissen gibt, wird nicht weiter untersucht. Stattdessen werden die Potenziale einer anderen Architektur und eines anderen Städtebaus, die sich wieder mehr dem Symbolischen zuwenden, ausgelotet. Das Planen und Bauen könne „als eine immer neu zwischen Individuum und Gesellschaft vermittelnde Aufgabe [verstanden werden], menschlichen Bedürfnissen Raum zu schaffen, der ihnen erlaubt, sich zu entfalten, und sie nicht erstickt. Formen müssen Funktionen reflektierter Bedürfnisse bleiben.“ (Horn 1968: 141)

Dass dies genau auch der Ansatz der modernen Architektur oder des funktionellen Städtebaus gewesen sein könnte, wird leider von keiner der Autor_innen in Betracht gezogen. Dies wird deutlich in der Forderung: „[D]ie ästhetischen Forderungen müssen zugleich Forderungen nach neuen Formen des sozialen Zusammenlebens bewußt machen.“ (Berndt 1968: 42) Lorenzer geht noch einen Schritt weiter, indem er über die Integrationsfunktionen von symbolisch aufgeladenen Bauten wie Kirchen räsoniert:

„Wo diese Identifikation voll gelänge, ergäbe sich ein Engagement der einzelnen wie auch eine Differenzierung des Ganzen – bis hin zur Gliederung der Stadtlandschaft in profilierte Quartiere, denen eine [emotionale] Nuancierung der Gruppen entspricht.“ (Lorenzer 1968: 99)

Wenn sich Stadt nicht in Stadtviertel von mehr oder weniger Gleichsinnigen gliedern ließe, die alle ihren jeweils ganz eigenen Charakter hätten, drohten hingegen Unordnung und zu starke Spannungen für das Individuum:

„In einer Gesellschaft, in der eine verwirrende Vielzahl von Werten nebeneinander besteht, kann es zu ständigem Gegeneinander, mindestens aber zu einem schwierigen Nebeneinander von unverbundenen Identifikationen kommen. Daraus ergibt sich eine erhebliche Schwierigkeit für die synthetischen Leistungen des Ich, die die Gegensätze zum Ausgleich zu bringen hat.“ (Lorenzer 1968: 100)

Das Versprechen einer Untersuchung der Relation von gebauter Umwelt und gesellschaftlichen Verhältnissen wird nicht eingelöst. Die Leser_innen erfahren stattdessen viel über die normativen Annahmen der Autor_innen. Eine oberflächliche Wahrnehmung der räumlichen Verhältnisse der modernen Architektur und des funktionellen Städtebaus wird mit Eigenschaften wie ‚eindimensional‘ und ‚verarmt‘ umschrieben. Schlimmer noch, diese Eigenschaften werden gleichgesetzt mit den sich in diesen Räumen abspielenden Lebensverhältnissen – eine als eindimensional empfundene Stadtgestalt färbt auf die darin lebenden Menschen ab. Eine bessere Gesellschaft kann sich im Umkehrschluss auch aus dem Planen und Bauen besserer Räume ergeben. Eine Annahme, die von den Vertreter_innen der als nächstes diskutierten politökonomischen Position auf das Schärfste zurückgewiesen wird.

Marxistische Revolutionshoffnungen

Die Autor_innen des Bandes *Kapitalistischer Städtebau* (1971), herausgegeben von Hans G. Helms und Jörn Janssen, sind Architekt_innen, Soziolog_innen und Sozialpsycholog_innen. Sie sehen zunächst ebenfalls einen klaren Zusammenhang zwischen der gebauten Stadt und den gesellschaftlichen Verhältnissen, legen aber zugleich das Augenmerk auf spezifische Aspekte, die dieses Verhältnis kennzeichnen: „Die historisch entwickelte europäische Stadt ist ein Produkt der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Klassenherrschaft, des Klassenkampfes.“ (Helms 1971: 5). Gesellschaftliche Verhältnisse sind nicht mehr nur die unmittelbaren Lebensverhältnisse, sondern umfassen auch die Produktionsverhältnisse. Am deutlichsten setzt sich Peter Neitzke, ein Architekt, der im Zweitstudium Soziologie und Philosophie studiert hatte, von den architektonischen und städtebaulichen Thesen der Sozialpsycholog_innen aus Frankfurt ab. Deswegen stelle ich seinen Aufsatz in dieser Diskussion in den Vordergrund: „Konstitutiv für das Erbe der kritischen Theorie ist die resignative Stabilisierung gesellschaftlicher und individueller Ohnmacht vor der Übermacht des organisierten Kapitalismus.“ (Neitzke 1971: 163) Im Zentrum seines Interesses steht die Wirkung der Schriften der Mitarbeiter_innen des Sigmund-Freud-Instituts in Frankfurt (Mitscherlich 1965, Berndt/Lorenzer/Horn 1968) auf Architekt_innen und Stadtplaner_innen:

„Hat einer sich die Mühe gemacht, die Konfusion zu studieren, die ihre Arbeiten und die ihres Direktors [Mitscherlich] bei Architekten und Stadtplanern angerichtet haben? Betreibt einer mit Energie die

Transformation der Ausbildung, die nachhaltig und uneingeschränkt für die Ideologisierung der Architektur und des Architektenberufs sorgt?" (Neitzke 1971: 164)

Die zentrale Rolle, die Berndt/Lorenzer/Horn (1968) Architekt_innen in der Schaffung besserer gesellschaftlicher Verhältnisse durch die Planung und den Bau besserer Stadträume zuweisen, lehnt Neitzke ab. Und er sieht auch wenig Nützliches in der Stadtteilarbeit, was über eine Agitation der Arbeiter_innen hinausgeht, beziehungsweise in experimentellen Lehrformaten, die eine neue Architektur- und Planungspraxis zum Ziel hatten. Im Gegenteil: Architektur und Städtebau können laut Neitzke lediglich dazu beitragen, die kapitalistischen Widersprüche erträglicher zu machen, was letztlich die proletarische Revolution hinauszögere:

„Im Geist des revolutionären Marxismus-Leninismus gibt es an der Architekturfront wenig zu tun. Denn solange das schöpferische Subjekt darauf besteht, einen Beitrag zur Auflösung gesellschaftlicher Widersprüche, sei es durch projektierte, sei es durch realisierte Architektur, zu leisten, solange Architekten noch glauben, theoretische Schwierigkeiten in der Rezeption gesellschaftlicher Widersprüche im Rekurs auf das scheinbar Einfache und Positive, das Gebäude nämlich (oder strukturelle Stadtplanung) überwinden zu können, solange wird die Bourgeoisie im Architekten den Gestalter *ihrer* Städte erblicken.“ (Neitzke 1971: 165)

Für Architekt_innen gäbe es im Prinzip erst dann wieder eine Aufgabe, wenn die proletarische Revolution erfolgt und der Klassenkampf gewonnen sei. Architektur selbst könne nie revolutionär sein, außer sie diskutiere die Situation der Proletarier:

„Die Beschäftigung mit utopischen Wohnformen, die den Studenten die revolutionäre Seite der Architektur vorgaukelt, verkommt zur kunstgeschichtlichen Übung, wenn nicht politische Praxis und Organisation derer diskutiert werden, für die die utopischen Entwürfe des besseren Lebens in der sozialistischen Gesellschaft erdacht werden.“ (Neitzke 1971: 172)

Grund für diese skeptische Haltung ist der als übermächtig verstandene Kapitalismus, der weder Alternativen noch ein Außen zulässt. Jegliche Arbeit an einer neuen Gesellschaft sei im Kapitalismus zum Scheitern verurteilt; Hoffnung bestehe aber angesichts der sich im Zuge von 1968 äussernden städtischen Proteste:

„Auf dem Boden, den das Monopolkapital bereitstellt und auf welchem es sich nicht zuletzt selbst erhebt, kann die Verwirklichung einer neuen Gesellschaft [...], nicht vorbereitet werden. Die großen Städte des Westens [...] sind allerdings der Boden für die Konzentration der revolutionären Kräfte zur Zerschlagung des kapitalistischen Staats.“ (Neitzke 1971: 165)

Insbesondere die städtischen Proteste der französischen Studierenden und Arbeiter_innen geben laut Neitzke einen Vorgeschmack auf das, was nach

der Überwindung des Kapitalismus kommen könnte: „In den vom Kapital verwüsteten Städten werden die revolutionären Massen die sozialistische Gesellschaft errichten auf der Grundlage der Erfahrungen im Klassenkampf. *Ihre Städte werden das Resultat ihrer Kämpfe sein.*“ (Neitzke 1971: 165) An die Stelle der Hoffnung auf eine andersartige Gestaltung der Gesellschaft mit den Mitteln von Architektur und Städtebau, die bei den Sozialpsycholog_innen im Vordergrund steht, tritt also – relativ voraussehbar – bei den marxistischen Kritiker_innen der Klassenkampf.

Fazit

Die Spaltungen der Linken um 1968 sind schon fast zu einem zeitgeschichtlichen Klischee geworden. Und doch lohnt es sich, die Positionen in einzelnen Kontexten noch einmal näher anzusehen, denn in gewisser Weise scheinen diese auf unterschiedliche Arten nachzuwirken. Noch heute werden zum Beispiel funktionalistische Gebäude und Stadtteile abgerissen mit dem Verweis auf eine mangelnde Identifikationsfähigkeit. Dies zeigt sich etwa in den Diskussionen um den Abriss des Technischen Rathauses in Frankfurt am Main und den Wiederaufbau der Altstadt. Die Argumentationsmuster – auch wenn sie hauptsächlich von Zielen des Stadtmarketings getragen sein mögen – sind mit denen der Sozialpsycholog_innen aus dem Sigmund-Freud-Institut Ende der 1960er Jahre vergleichbar. Ähnliches gilt für die vielen Abrisse von Großwohnsiedlungen, die auch heute – trotz eines kleinen Revivals von Standardisierung im Planen und Bauen – vor allem von einem ästhetischen Unbehagen getragen werden, das weiterhin unhinterfragt gestützt wird durch verbreitete Zuschreibungen von negativen Eigenschaften der Bewohner_innen.

Ganz anders verhält es sich mit den radikal-marxistischen Positionen, die jegliche architektonische beziehungsweise bauliche Eingriffe oder Reformen im Hier und Jetzt ablehnen in der Hoffnung auf die große Revolution. Diese Positionen scheinen heute weitgehend marginalisiert. Woran liegt dies? Ist der Traum für eine radikal andere Gesellschaft verloren gegangen oder heute ungleich komplizierter geworden? Oder hat sich diese Hoffnung übertragen auf viele kleinere, konkrete Projekte und Initiativen, die für eine Stadt für alle kämpfen und diese räumlich begrenzt auch möglich machen? Spielt in diesen Kontexten die Gestaltung der Räume weiterhin keine Rolle, oder geht es hier und heute auch um die räumlich-ästhetische Gestaltung dieser konkreten Utopien?

Endnoten

- [1] Viel näher geht keine_r der Autor_innen darauf ein, was schade ist, weil nicht unmittelbar nachvollziehbar wird, ob die aufgestellten Thesen empirisch begründet sind.
- [2] Der Verweis auf die „Eindimensionalität“ nimmt Bezug auf eine damals sehr bekannte Publikation von Herbert Marcuse (1967) „Der eindimensionale Mensch: Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft“.

Autor_innen

Nina Gribat ist Stadt- und Planungsforscherin. Sie arbeitet zurzeit an international vergleichenden Forschungsprojekten, die sich mit Stadtentwicklungskonflikten, schrumpfenden Städten und den Studienreformen/-revolten um 1968 in der Architektur beschäftigen.
gribat@eus.tu-darmstadt.de

Literatur

- Berndt, Heide (1968): Ist der Funktionalismus eine funktionale Architektur? Soziologische Betrachtungen einer architektonischen Kategorie. In: Heide Berndt / Alfred Lorenzer / Klaus Horn (Hg.), *Architektur als Ideologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 9-50.
- Berndt, Heide / Lorenzer, Alfred / Horn, Klaus (Hg.) (1968): *Architektur als Ideologie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Gribat, Nina (2017): Selbstorganisiertes und politisches Lernen und Lehren in der Architektur an der TU Berlin um 1968. In: Nina Gribat / Philipp Misselwitz / Matthias Görlich (Hg.), *Vergessene Schulen: Architekturlehre zwischen Reform und Revolte um 1968*. Leipzig: Spector Books, 325-337.
- Gribat, Nina / Misselwitz, Philipp / Görlich, Matthias (Hg.) (2017): *Vergessene Schulen: Architekturlehre zwischen Reform und Revolte um 1968*. Leipzig: Spectorbooks.
- Helms, Hans G. / Janssen, Jörn (Hg.) (1971): *Kapitalistischer Städtebau*. Neuwied; Berlin: Sammlung Luchterhand.
- Horn, Klaus (1968) Zweckrationalität in der modernen Architektur. Zur Ideologiekritik des Funktionalismus. In: Heide Berndt / Alfred Lorenzer / Klaus Horn (Hg.), *Architektur als Ideologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 105-152.
- Lorenzer, Alfred (1968): Städtebau: Funktionalismus und Sozialmontage? Zur sozialpsychologischen Funktion der Architektur. In: Heide Berndt / Alfred Lorenzer / Klaus Horn (Hg.), *Architektur als Ideologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 51-104.
- Marcuse, Herbert (1967): *Der eindimensionale Mensch: Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*. Neuwied/Berlin: Sammlung Luchterhand.
- Mitscherlich, Alexander (1965): *Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Neitzke, Peter (1971): Die Agenten der Kulturkritik isolieren! Anweisung zum richtigen Verständnis von Schriften, die nur Verwirrung stiften. In: Hans G. Helms / Jörn Janssen (Hg.), *Kapitalistischer Städtebau*. Neuwied/Berlin: Sammlung Luchterhand. 163-176.

Debatte

2018, Band 6, Heft 2/3

Seiten 189-196

zeitschrift-suburban.de

Nina Gribat, Johanna
Hoerning, Nina Schuster
,1968 und die Kritik der
Stadt – 50 Jahre danach‘

Partizipation als Konsens

Die ‚68er‘-Bewegung und der Paradigmenwechsel in der Stadtplanung

Kommentare von:

Nina Gribat, Maren Har-
nack, Sebastian Haumann,
Felicita Reuschling, Anne
Vogelpohl, Lisa Vollmer

Replik von:

Johanna Hoerning

Sebastian Haumann

Die Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten gilt als eine der wichtigsten Errungenschaften der ‚68er‘-Bewegung im Bereich der Stadtplanung. Demnach haben die städtischen Protestbewegungen im Gefolge von ‚68‘ Partizipationsrechte hart erkämpft und legten den Grundstein für einen Paradigmenwechsel in der Stadtplanung. Unbestritten gaben autokratisch agierende Stadtverwaltungen, selbstbewusste Politikerinnen und Politiker sowie undurchsichtige Immobiliengeschäfte Anlass zu Kritik, ohne die die Forderung nach mehr Partizipation kaum zu verstehen ist. Aber die Konfrontation zwischen ‚68ern‘ und dem ‚Establishment‘ wird deutlich überbewertet. Vielmehr war Partizipation um 1968 ein Konsensthema und, so meine These, setzte sich als neues Paradigma durch, weil es einen breiten Konsens gab, der die Forderung nach mehr Partizipation in der Stadtplanung trug.

In der historischen Forschung zur ‚68er‘-Bewegung wird schon seit längerem die konsequente Kontextualisierung der Protestbewegungen und ihrer Kritik gefordert (Reichardt 2008, Siegfried 2018). Die Betonung der Konfrontation, die die Erinnerung an ‚68‘ prägt, ist auch das Resultat einer spezifischen historiographischen Aufarbeitung. Von Anfang an haben ehemalige Aktivistinnen und Aktivisten, die sich im Gegensatz zum damaligen ‚Establishment‘ sahen, die Deutungshoheit über die historischen Ereignisse beansprucht (Gassert 2010). Das gilt auch für das Feld der Stadtplanung (Forum Stadt 2018). Deren oft konfrontativ vorgebrachte Kritik hat zwar zum Paradigmenwechsel und zur Etablierung partizipativer Verfahren *beigetragen*. Allerdings wird ihr Beitrag – und letztlich auch ihr Erfolg – nur verständlich, wenn die Protestbewegungen in breitere gesellschaftliche Wandlungsprozesse eingeordnet werden (Lenger 2005: 113, Haumann 2011). In der Kontextualisierung werden die entscheidenden Verbindungen und Überschneidungen sichtbar: Akteure und Institutionen, die unterschiedliche Positionen miteinander verbanden; Forderungen, die in Protestaktionen besonders zugespitzt waren, aber breite Zustimmung fanden; Themen, deren Bedeutung über die Protestbewegungen hinaus anerkannt wurde und Wertvorstellungen, die große Teile der Gesellschaft mit den ‚68ern‘ teilten.

Für den Konsens in der Partizipationsdebatte war insbesondere der Wert der Selbstbestimmung wichtig, der getragen vom Wertewandel seit den 1960er Jahren in den westlichen Gesellschaften zunehmend Anerkennung fand und als erstrebenswert galt. Dieser Wandel zeichnete sich bereits vor 1968 deutlich ab und beschleunigte sich zum Ende des Jahrzehnts (Dietz/Neumaier/Rödler 2014). Der Wertewandel tangierte auch Fragen der Stadtplanung, in der Selbstbestimmung in den rund zehn Jahren zwischen 1962 und 1973 zu einem zwar umstrittenen, aber unumstritten wichtigen Leitwert wurde (Haumann 2015).

Die amerikanischen Wurzeln der Partizipationsdebatte

Zu den ersten, die den Partizipationsbegriff in dem Sinne verwendeten, wie er später Eingang in die Stadtplanung fand, gehörte der US-Amerikanische SDS (Students for a Democratic Society), eine wichtige Vorläuferorganisation der ‚68er‘-Bewegung. 1962 erarbeiteten SDS-Mitglieder im wegweisenden *Port Huron Statement* das Konzept der *participatory democracy*, in dem es um die Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten ging (Students for a Democratic Society 1962). In einer wirklich demokratischen Gesellschaft sollten Bürgerinnen und Bürger demnach ihren Willen nicht mehr nur in repräsentativen Wahlen kundtun, sondern in allen Lebensbereichen direkt mitbestimmen können. Als eigentliches Problem galt aber, dass große Teile der Bevölkerung überhaupt nicht in der Lage schienen, diese Rechte wahrzunehmen. Dabei knüpfte der amerikanische SDS an die Argumente der kritischen Theorie an, wonach der Konformitätsdruck in der kapitalistischen Gesellschaft Menschen politisch entmündigte (Gilcher-Holtey 1998). Die Diagnose spiegelte auch die Situation in den USA wider, wo insbesondere Afro-Amerikaner politisch diskriminiert wurden und kaum Anteil am wachsenden Wohlstand hatten. Gerade diese Gruppe musste zunächst in die Lage versetzt werden, sich politisch zu artikulieren, bevor das Ziel breiter politischer Teilhabe erreicht werden konnte. Partizipation setzte ‚empowerment‘ voraus und war auf diese Weise mit dem Recht auf Selbstbestimmung verschränkt.

Die soziale Ungleichheit und ethnische Diskriminierung in den Städten wurde in den 1960er Jahren zu einem dominanten gesellschaftspolitischen Thema in den USA, und es war ein Problem das auch die Stadtplanung zunehmend beschäftigte (Pritchett 2008). Die Frage war, wie durch planerische Maßnahmen einerseits der Zugang zu Bildung und Arbeitsplätzen verbessert werden konnte und andererseits die ‚Abwärtsspirale‘ der Verelendung aufgehalten werden konnte. In diesem Zusammenhang identifizierten Stadtsoziologen die politische Entmündigung ganzer Bevölkerungsgruppen als wesentliche Ursache des Problems. Die bisherige Stadtplanung habe das soziale Ungleichgewicht verschärft, weil die Stimmen von unterprivilegierten Gruppen keinerlei Gehör fanden (Gans 1962). Partizipation erschien im Umkehrschluss als geeignetes Instrument einer Stadtplanung, die soziale Ungleichheiten abbauen konnte wenn sie an die Bedürfnisse der Benachteiligten anknüpfte. Um die Betroffenen in die Lage zu versetzen, ihre Bedürfnisse so zu artikulieren, dass sie für die Stadtplanung nutzbar waren, entstanden Mitte der 1960er Jahre zahlreiche Konzepte, wie beispielsweise Paul Davidoffs ‚advocacy planning‘ (Davidoff 1965).

Auch wenn Davidoff und andere die Grundüberzeugungen des SDS geteilt haben, verstanden sie ihre Kritik als konstruktiven Beitrag zu einer neuen Planungspolitik, die Rückhalt im Weißen Haus hatte. Mit dem ‚War on Poverty‘, den Präsident Lyndon Johnson 1964 ausrief, schuf der US-Kongress gesetzliche Maßnahmen, die auf die politische Aktivierung der benachteiligten Bevölkerung abhoben. So genannte Community Action Councils sollten die Kommunalverwaltungen in Planungsfragen beraten und einen möglichst breiten Querschnitt der urbanen Unterschichten repräsentieren (von Hoffman 2000). Partizipation bedeutete hier, Menschen gezielt in die Lage zu versetzen, das Recht auf Selbstbestimmung wahrzunehmen, um zu einer Stadtplanung zu gelangen, die Armut und soziale Ungleichheit lindern sollte.

In der US-Amerikanischen Debatte der 1960er Jahre galt Partizipation also einerseits als erstrebenswertes Ziel und andererseits als Mittel, um soziale Ungleichheit zu überwinden – Partizipation war polyvalent. Dass verschiedene Akteure, vom SDS über engagierte Stadtforscher bis hin zur Bundesregierung, die Bedeutung partizipativer Verfahren betonten, zeugt – gerade *wegen* der unterschiedlichen Erwartungen, die damit verbunden waren – von der gesellschaftlichen Aufwertung der Selbstbestimmung. Selbstbestimmung reüssierte zugleich als Wert an sich und als Instrument, das für die Stadtplanung nutzbar gemacht werden konnte.

Bürgerbeteiligung als bundesrepublikanisches Konsenssthema

Wie wichtig die USA für die Entwicklung der Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland waren, wird oft übersehen (Klemek 2011). Die Kritik der bundesdeutschen ‚68er‘, die sich zuerst im Umfeld der TU Berlin an den Planungen für das Märkische Viertel und Kreuzberg festmachte, scheint vordergründig keine Verbindung in die USA aufzuweisen. Zu sehr war sie von einer neo-marxistischen Theoriebildung inspiriert, wonach der Stadtteil anstelle der Fabrik zum Ort des Klassenkampfes wurde. Die ‚proletarischen‘ Bewohnerinnen und Bewohner sollten dazu angeregt werden, ein Bewusstsein für die eigene Lage auszubilden und gegen die ‚herrschenden Klassen‘ mobilisiert werden (Reinecke 2014). Nach diesem Muster bildeten sich bald auch in anderen Städten Gruppen von ‚68ern‘ mit planungsbezogener Vorbildung, die die Lebensbedingungen in Sanierungsgebieten und Neubauvierteln zum Gegenstand der Auseinandersetzung machen wollten. Die Vorstellung von Selbstbestimmung, die diesem Konzept zugrunde lag, ging von einem Klassenantagonismus aus und war – auch wenn nicht alle dies strikt marxistisch verstanden – mit dem Ziel verknüpft, das kapitalistische System zu überwinden.

Für die weitere Entwicklung war jedoch der Einfluss derjenigen wichtig, die in den 1960er Jahren Erfahrungen mit der Stadtplanung in den USA gemacht hatten (Durth 2001). In Köln etwa betrieben Stephan Goerner, der bis 1969 in Aachen Architektur studiert hatte, und der Architekt Erich Schneider-Wessling, der nach Berufsstationen in den USA Mitte der 1960er Jahre zu einem der profiliertesten Kritiker der lokalen Stadtplanungspolitik geworden war, gemeinsam den Aufbau des Kölner Stadtforums. Das Kölner Stadtforum sollte zu einer Organisation werden, die Bürgerinnen und Bürger mobilisierte, um ein Gegengewicht gegen „undemokratische Verfahrensweisen der

Verwaltung sowie gesellschafts- und umweltschädigende Beschlüsse des Stadtrats“ zu bilden (Kölner Stadtforum o. D.). Der Verwaltung und dem Stadtrat wurde insbesondere eine einseitige Orientierung an Kapitalinteressen unterstellt, die durch die Undurchsichtigkeit der Verfahren verschleiert werden sollte. Nur eine breite Beteiligung aufgeklärter und aktivierter Stadtbewohnerinnen und -bewohner konnte dem entgegenwirken.

In der Initiative zum Kölner Stadtforum verbanden sich die Erwartungen neo-marxistischer Provenienz, die vor allem auf den Widerstand aus Arbeitervierteln setzten, mit jenen, die Partizipation wie in den USA als Schlüssel zu sozialem Ausgleich und generell als Voraussetzung für eine emanzipierte demokratische Gesellschaft sahen. Sie einte die Überzeugung, dass der Übermacht von Kapitalinteressen in der Stadtplanung nur durch eine Erweiterung der Bürgerbeteiligung beizukommen sei. Auch wenn die Kritik an den Kapitalinteressen sehr unterschiedlich akzentuiert war, wurde sie um 1970 bis weit in das linksliberale Milieu geteilt (Haumann 2013).

Es war aber keineswegs nur ein gemeinsames Feindbild, das ansonsten recht unterschiedliche politische Lager in Fragen der partizipativen Stadtplanung zusammenbrachte. Auch die Betonung des Werts der Selbstbestimmung einte sie. Goerner erklärte „das Recht der Nutzer auf bestimmende [...] Einflussnahme bei der Gestaltung ihrer Umwelt und damit ihrer wesentlichen Lebensbedingungen“ zu einem Wert an sich, dem die Verfahren der Stadtplanung angepasst werden müssten (Goerner/Schaller 1973: 2). So wie Goerner die Forderung – gemeinsam mit seinem Kollegen Christian Schaller für eine Ausstellung des Bund Deutscher Architekten – formuliert hatte, war sie in der politischen Landschaft der frühen 1970er Jahre kaum anstößig. Sie spiegelte ein breites gesellschaftliches Bedürfnis, den Wert der Selbstbestimmung in politischen Verfahren anzuerkennen. Goerner und Schaller meinten gar: „Demokratie, die als reine Wahldemokratie fungiert [...] ist nicht überlebensfähig“ (Goerner/Schaller 1973: 2). In solchen Aussagen verbanden sich Erwartungen, die von der Stärkung der ‚Arbeiterklasse‘ bis zum Ideal des ‚mündigen Bürgers‘ reichten (Knoch 2007). Partizipationsforderungen konnten sowohl als Auftakt zum Klassenkampf als auch als Beitrag zur Stärkung der demokratischen Gesellschaft interpretiert werden.

Das Städtebauförderungsgesetz als Chance?

Als Willy Brandt im Bundestagswahlkampf von 1969 den Slogan ‚mehr Demokratie wagen‘ prägte, spiegelte er damit die gesellschaftliche Erwartung, Selbstbestimmungsrechte aufzuwerten und die Beteiligung an politischen Entscheidungen auszuweiten. Im Bereich der Stadtplanung mündete Brandts Ankündigung 1971 im Städtebauförderungsgesetz (StBauFG). In gewisser Hinsicht handelte es sich um ein hochgradig experimentelles Reformgesetz. Es knüpfte an jahrzehntelange Debatten über die Reform des Bodenrechts an und ließ nun in klar abgegrenzten Gebieten eine Planung zu, die keine Rücksicht auf Kapitalinteressen nehmen musste – zumindest in der Theorie des Gesetzes. Stattdessen wurde die Rolle von Bewohnerinnen und Bewohnern in den Planungsverfahren gestärkt, deren Beteiligung explizit vorgeschrieben wurde (StBauFG 1971). Gedacht war an Beteiligungsverfahren, die die Arbeit der repräsentativ gewählten Gremien ergänzen und zum Teil auch ersetzen

sollten – ein Ansatz, der Ähnlichkeiten zur Rolle der US-Amerikanischen Community Action Councils aufwies.

In seinen Grundzügen übernahm das StBauFG damit die Polyvalenz des Partizipationsbegriffs, der auch die Debatte in den USA gekennzeichnet hatte, indem es Selbstbestimmung als Wert an sich und als Instrument einer emanzipatorischen Stadtplanung einführte. Dabei blieb das deutsche Gesetz in seinen konkreten Bestimmungen allerdings äußerst vage. Während die Unbestimmtheit des Gesetzes später zu einer Herausforderung für den Konsens wurde, schien sie zunächst große Chancen zu eröffnen.

In den Jahren 1971 bis 1973 versuchten Aktivistinnen und Aktivisten, die Bestimmungen des StBauFG ihrem Verständnis von Selbstbestimmung entsprechend auszugestalten. Goerner etwa plädierte dafür, die lokale Organisation der Bürgerbeteiligung dem Kölner Stadtforum zu übertragen. Tatsächlich musste der Eindruck entstehen, dass die Entwicklung von Beteiligungskonzepten durch Initiativgruppen von der Bundesregierung beabsichtigt war. Das Bundesbauministerium förderte Forschungsprojekte, in denen Bürgerinitiativen eine aktive Rolle spielten, und Aktivistinnen und Aktivisten veröffentlichten Beiträge zu Fragen der Bürgerbeteiligung in Publikationen des Ministeriums (Haumann 2015). Goerner selber lieferte einen Beitrag für das amtliche Bundesbaublatt, den Bundesbauminister Lauritz Lauritzen im Jahr darauf sogar in seinem programmatischen Sammelband *Mehr Demokratie im Städtebau* wiederveröffentlichte (Goerner 1972).

Freilich machte sich bald vielerorts Ernüchterung breit. Die Chancen, die das StBauFG bot, wurden in der Praxis kaum je so genutzt, wie es den Vorstellungen der ‚68er‘ entsprach. Vielmehr drohte der Konsens nach 1973 entlang der Konfliktlinien aufzubrechen, die in der Polyvalenz des Partizipationsbegriffs vorgezeichnet waren. Der Jurist Ulrich Battis brachte dies in einem kritischen Kommentar zum StBauFG auf den Punkt:

„Einerseits soll die Partizipation ein Mittel zur besseren Information planender Verwaltung und zur reibungsloseren Durchsetzung der Planung sein – Herrschaftsinstrument –, andererseits soll sie der Selbstbestimmung der Beplanten und damit dem Abbau von Herrschaft dienen“ (Battis 1976: 56).

Wenn die ‚68er‘ Hoffnungen in das StBauFG setzten, war das allerdings keineswegs so naiv, wie es sich im Rückblick vielleicht darstellt. In der historischen Situation um 1970 war es sinnvoll, radikale Grundüberzeugungen, seien sie explizit neo-marxistisch oder allgemein kapitalismuskritisch, in den breiteren Konsens über den Wert der Selbstbestimmung einzubetten. Gerade in den Jahren vor 1973 war es möglich, entsprechende Forderungen in politischer Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen und sozialliberalen Akteuren zu verfolgen, die ihrerseits die Debatte um die Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten vorantrieben (Faulenbach 2004).

Erst als sich Mitte der 1970er Jahre das politische Klima in der Bundesrepublik wandelte, veränderten sich auch die Chancen, Partizipationsforderungen umzusetzen. Die großen gesellschaftspolitischen Reformpläne wichen einem neuen Pragmatismus, der wenig Raum für grundlegend neue Beteiligungskonzepte ließ, und die Planungspraxis orientierte sich meist an den Minimalanforderungen des StBauFG. Dennoch ergaben sich in dem von

Pragmatismus geprägten politischen Klima der späten 1970er Jahre auch neue Möglichkeiten. In kleinteiligen Schritten und am jeweiligen Einzelfall orientiert wurden weiterhin Partizipationsverfahren ausprobiert und schließlich in eng umgrenzten Bereichen auch erfolgreich umgesetzt. In mitunter zähen Auseinandersetzungen über einzelne Planungsverfahren bildeten sich neue Instrumente der partizipativen Stadtplanung heraus. So konnten schließlich auch die zunehmend heftigen Konflikte, die 1981/82 in einer bundesweiten Welle von Hausbesetzungen gipfelten, erstaunlich konstruktiv bewältigt werden (Haumann 2011: 277-299). Der zu Beginn der 1970er Jahre erreichte Konsens trug, auch wenn er sich als Minimalkonsens entpuppte, noch bis in die 1990er Jahre stadtplanerische Strategien, die auf Partizipation setzten.

Fazit

Ziel des Beitrags war es, die Partizipationsforderungen, die aus den Reihen der ‚68er‘-Bewegung erhoben wurden, historisch zu kontextualisieren. Der Fokus lag auf den Verbindungen mit anderen Akteursgruppen bis hin zur Regierungsebene und den Überschneidungen zwischen den unterschiedlichen Erwartungen an eine breite Bürgerbeteiligung, die bis zum Beginn der Partizipationsdebatte in den USA zurückreichten. Vor allem für die formative Phase des neuen Paradigmas partizipativer Stadtplanung bis etwa 1973 waren diese Verbindungen und Überschneidungen entscheidend, um einen Konsens zu etablieren, der bis in die 1990er Jahre wirkmächtig blieb.

Der Beitrag der ‚68er‘-Bewegung zu dem stadtplanerischen Paradigmenwechsel wird durch die Kontextualisierung nicht geschmälert, wohl aber in Perspektive gesetzt. Der Wert der Selbstbestimmung, der der Partizipationsdebatte zu Grunde lag, fand zwar zunehmend breite gesellschaftliche Akzeptanz. Aber für die Aktivistinnen und Aktivisten war er von besonderer Bedeutung und wurde mit entsprechender Vehemenz vertreten. Dadurch trugen sie entscheidend dazu bei, die Debatte weiter voranzutreiben und Bürgerbeteiligung auch in der Planungspraxis einzufordern. Die ‚68er‘-Bewegung lässt sich demnach am besten als „Katalysator“ (Sedlmaier/Malinowski 2006) gesellschaftlicher Veränderungsprozesse im Bereich der Stadtplanung verstehen.

Wir danken für die Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und den Open-Access-Publikationsfonds der TU Darmstadt.

Autor_innen

Sebastian Haumann arbeitet im Bereich Stadt- und Umweltgeschichte
haumann@pg.tu-darmstadt.de

Literatur

- Battis, Ulrich (1976): Partizipation im Städtebaurecht. Berlin: Duncker & Humblot.
Davidoff, Paul (1965): Advocacy and pluralism in planning. In: Journal of the American Institute of Planners 31, 331-338.

- Dietz, Bernhard / Neumaier, Christopher / Rödder, Andreas (Hg.) (2014): Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren. München: Oldenbourg.
- Durth, Werner (2001): Architektur als Medium der Politik. In: Detlef Junker (Hg.), Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges. 1945-1990 ein Handbuch, Bd.1. Stuttgart: DVA, 730-741.
- Faulenbach, Bernd (2004): Die Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt? In: Archiv für Sozialgeschichte 44, 1-37.
- Forum Stadt (2018): 1968: Stadt – Wohnen – Politik. 2018/1.
- Gans, Herbert J. (1962): The Urban Villagers. Group and Class in the Life of Italian-Americans. New York: The Free Press.
- Gassert, Philipp (2010): Das kurze „1968“ zwischen Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur. Neuere Forschungen zur Protestgeschichte der 1960er-Jahre. <http://www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-1131> (letzter Zugriff am 21.08.2018).
- Gilcher-Holtey, Ingrid (1998): Kritische Theorie und Neue Linke. In: Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.), 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 168-187.
- Goerner, Stefan (1972): Initiativgruppe „Kölner Stadtforum“. In: Lauritz Lauritzen (Hg.), Mehr Demokratie im Städtebau. Beiträge zur Beteiligung der Bürger an Planungsentscheidungen. Hannover: Fackelträger, 231-233.
- Goerner, Stefan / Schaller, Christian (1973): Partizipation. Alibi oder Grundlage demokratischer Planung. Köln: BDA.
- Haumann, Sebastian (2015): Protest und Wertewandel. Zur Dynamik von Planungskulturen in den 1970er Jahren. In: Frank Othengrafen / Martin Sondermann (Hg.), Städtische Planungskulturen im Spiegel von Konflikten, Protesten und Initiativen. Berlin: Altkrock, 87-110.
- Haumann, Sebastian (2013): Stadtzerstörung durch „Spekulanten“. Ein Feindbild der 1970er Jahre. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2013/2, 133-150.
- Haumann, Sebastian (2011): „Schade, daß Beton nicht brennt...“. Planung, Partizipation und Protest in Philadelphia und Köln 1940–1990. Stuttgart: Steiner.
- Klemek, Christopher (2011): The Transatlantic Collapse of Urban Renewal. Postwar Urbanism from New York to Berlin. Chicago: University of Chicago Press.
- Knoch, Habbo (2007): „Mündige Bürger“, oder: Der kurze Frühling einer partizipatorischen Vision. In: Habbo Knoch (Hg.), Bürgersinn mit Weltgefühl. Politische Kultur und solidarischer Protest in den sechziger und siebziger Jahren. Göttingen: Wallstein, 9-53.
- Kölner Stadtforum (o. D.): Folgende Punkte stellen wir zur Diskussion [1969/70]. Historisches Archiv der Stadt Köln, Best. 7740, 1220.
- Lenger, Friedrich (2005): Probleme einer Geschichte der europäischen Stadt im 20. Jahrhundert – Anmerkungen zum Forschungsstand samt einiger Schlussfolgerungen. In: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 2005/1, 96-113.
- Pritchett, Wendell E. (2008): Which Urban Crisis? Regionalism, Race, and Urban Policy, 1960-1974. In: Journal of Urban History 34, 266-286.
- Reichardt, Sven (2008): Große und Sozialliberale Koalition. In: Roland Roth / Dieter Rucht (Hg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt am Main: Campus, 71-91.
- Reinecke, Christiane (2014): Am Rande der Gesellschaft? Das Märkische Viertel – eine West-Berliner Großsiedlung und ihre Darstellung als urbane Problemzone. In: Zeithistorische Forschungen 11, 212–234.
- Sedlmaier, Alexander / Malinowski, Stephan (2006): „1968“ als Katalysator der Konsumgesellschaft. Performative Regelverstöße, kommerzielle Adaptionen und ihre gegenseitige Durchdringung. In: Geschichte und Gesellschaft 32, 238–267.
- Siegfried, Detlef (2018): 1968. Protest, Revolte, Gegenkultur. Ditzingen: Reclam.
- StBauFG (1971): Gesetz über städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den Gemeinden – Städtebauförderungsgesetz vom 27.7.1971.
- Students for a Democratic Society (1962): Port Huron Statement. http://www2.iath.virginia.edu/sixties/HTML_docs/Resources/Primary/Manifestos/SDS_Port_Huron.html (letzter Zugriff am 21.08.2018).
- von Hoffman, Alexander (2000): A Study in Contradictions. The Origins and Legacy of the Housing Act Of 1949. In: Housing Policy Debate 11/2, 299-326.

Debatte

2018, Band 6, Heft 2/3

Seiten 197-204

zeitschrift-suburban.de

Nina Gribat, Johanna
Hoerning, Nina Schuster
,1968 und die Kritik der
Stadt – 50 Jahre danach‘

1968 und die Kritik der Kritik der Stadt: Anschlüsse und Verwerfungen

Eine Replik

Kommentare von:

Nina Gribat, Maren Har-
nack, Sebastian Haumann,
Felicita Reuschling, Anne
Vogelpohl, Lisa Vollmer

Replik von:

Johanna Hoerning

Johanna Hoerning

Wie kann heute an die rund um 1968 geäußerte Kritik der Stadt angeschlossen werden? Gibt es überhaupt gute Gründe, die für solche Anschlüsse sprechen bzw. was muss verworfen werden? Und sind diese Anschlüsse und Verwerfungen eher theoretischer oder praktischer Art? Die in dieser s u b \ u r b a n-Debatte vereinten Beiträge, die sowohl in Bezug auf konkrete Architektur und Städtebau als auch auf theoretische Perspektiven auf Stadt die historische Kritik der 1960er und 1970er Jahre aufgreifen, suggerieren zu diesen Fragen durchaus unterschiedliche Antworten. Sie zeigen einerseits, dass die historische Aufarbeitung der 1960er und 1970er Jahre in Bezug auf die Kritik der Stadt noch *Lücken* hat – was insbesondere deutlich wird an häufig recht pauschalen positiven Bedeutungsbekundungen der ‚68er‘ für eine kritische Auseinandersetzung mit den Wohn-, Arbeits- und Lebensverhältnissen in Städten. Das lässt sich für Debatten zu Partizipation ebenso wie zu modernem Siedlungsbau, innerstädtischen Altbauten, gemeinschaftlichen Wohnprojekten oder zu städtischen Protestbewegungen zeigen. Die Beiträge in diesem Heft zeigen andererseits *Parallelen* in konflikthaften Dynamiken auf, die für heute hinweisend sein können – etwa im Hinblick auf die Differenz zwischen lokalem, sozialem und gesellschaftspolitischem Engagement oder auf die Frage nach schicht- und klassenübergreifender Mobilisierung angesichts sich verschärfender Bedingungen am Wohnungsmarkt. Die Beiträge zeigen aber auch, in welcher fundamentalen Weise unser *Denken* über Städte heute geprägt ist von den kritischen sozialpsychologischen und architekturtheoretischen, feministischen und marxistischen Auseinandersetzungen dieser Zeit – eine Prägung, die sowohl als gewinnbringend wie auch als Ballast begriffen werden kann.

Aufarbeitungslücken

Die Beiträge von Nina Gribat, Maren Harnack, Sebastian Haumann, Felicita Reuschling und Lisa Vollmer zeigen anschaulich an unterschiedlich gelagerten Beispielen, dass der Beitrag der kritischen 1968er-Debatten zu städtischen Problemlagen und Lösungsansätzen eher überbewertet wird.

Eine maßgebliche Lücke scheint sich dabei zu ergeben, wenn man die sowohl theoretisch wie auch praktisch-politisch geäußerte Kritik mit etablierten, bürgerlich-liberalen Perspektiven der Zeit ins Verhältnis setzt, aber auch wenn man sie einbettet in die historischen Entwicklungen seither. Die bereits in den 1970er Jahren thematisierte Doppellogik von Partizipation spiegelt so gesehen eben nicht nur den Wert der „Selbstbestimmung“ im Sinne einer linken Ermächtigungspolitik wider, sondern ist eher als Ausdruck eines allgemeinen Wertewandels zu verstehen (vgl. Haumann 2018, in diesem Heft). Es kann sicher als Allgemeinplatz gelten, dass ein umfassender Wertewandel (und der für die Planung thematisierte Paradigmenwechsel) sich weder plötzlich, noch auf der Grundlage einzelner Akteure bzw. Initiativen ergibt. Aber aus diesem Blickwinkel heraus erscheint Selbstbestimmung eben nicht als „Auftakt zum Klassenkampf“ (ebd.: 192), sondern weist auf generell liberale Tendenzen hin, die sich nicht nahtlos in eine linksalternative Erzählung einfügen. Es ist dann folgerichtig, die im Zuge der 1968er vorgebrachten Forderungen eher als „Katalysator“ denn als ursächlich für „gesellschaftliche[] Veränderungsprozesse im Bereich der Stadtplanung“ (ebd.: 194) zu sehen – und die „Konfrontation zwischen ‚68ern‘ und dem ‚Establishment‘“ (ebd.: 189) als überbewertet zu interpretieren.

Andererseits weist Lisa Vollmer in ihrem Beitrag (2018, in diesem Heft) darauf hin, dass diese Konfrontation im Kontext von Mieterinnenprotesten durchaus gegeben war – und dass sie so lange wirkmächtig war (z. B. im Fall der Verhinderung einer Aufhebung der Mietobergrenze in Teilen Westberlins), wie die Proteste von einer Allianz aus migrantischen und armen Mieter_innen, sowie Studierenden und ‚freiheitsliebenden Nonkonformist_innen‘ der Mittelschicht getragen wurden.

Die Beiträge von Nina Gribat und Maren Harnack dagegen zeigen, wie umstritten die Aufarbeitung des modernen (funktionellen) Siedlungsbaus bzw. der Kritik daran bis heute ist. Beide Autorinnen suchen in gewisser Weise nach einer Versöhnung zwischen der (politischen und theoretischen) Kritik, der Alltagspraxis der Bewohner_innen und der Architektur selbst. Die sozialpsychologische Position von Heide Berndt, Alfred Lorenzer und Klaus Horn (bzw. auch Alexander Mitscherlich) wird hier etwa als Missverständnis gegenüber dem funktionellen Städtebau betrachtet. Denn, so Gribat (2018, in diesem Heft), wo Berndt, Lorenzer und Horn (1968) ein verfehltes Bewusstsein der Architektur in der Repräsentation gesellschaftlicher Verhältnisse bzw. Bedürfnisse [sic!] interpretieren, sei es doch die ‚Idee‘ des funktionellen Städtebaus gewesen, gerade keine spezifische Gesellschaft mehr zum Ausdruck zu bringen, sondern rein technisch-funktionalen Erfordernissen zu entsprechen, ohne sich einer repräsentationalen Formensprache zu bedienen. Mir scheint hier beides nicht ganz zutreffend in der Beschreibung: Auf der einen Seite kann der funktionelle Städtebau nicht als Nicht-Ideologie verstanden werden, oder gar als losgelöst von seinen spezifischen historischen Verhältnissen, sondern nur als Ausdruck derselben. Das wird zwar von Berndt et al. klar thematisiert, aber die dialektische Wendung dieses Ausdrucks wird nicht vollzogen, was Gribat wiederum völlig zurecht kritisiert. Dialektisch formuliert handelt es sich um einen Ausdruck, der die Verhältnisse wiedergibt und ihnen doch nicht entspricht und eben auf diese Weise verändernd, gestaltend wirkt. Auf der anderen Seite ist auch

die Vorstellung einer Architektur, die ‚einfach‘ die Bedürfnisse der Menschen zum Ausdruck bringen könne, ideologisch. Zumindest kann sie verdächtigt werden, in einem ‚falschen‘ Verhältnis zu den Bedürfnissen zu stehen.[1]

Im Prinzip sagen Berndt et al., dass der Funktionalismus aus sozialpsychologischer Sicht als Ausdruck einer Gesellschaft gelesen werden müsse, welche die Partialtriebe unterdrücke und ein technizistisch-eindimensionales Verhältnis der Menschen zu ihrer Umwelt aufbaue, was die „libidinöse Energie“ (Berndt 1968: 41) der Individuen nicht zur Entfaltung bringe. Bei aller normativ aufgeladenen Sprache, die streckenweise zu suggerieren scheint, dass tatsächlich so etwas wie eine ‚gute‘ Architektur existieren könnte, ist diese Analyseperspektive als Thesengeberin für eine kritische Auseinandersetzung mit den *herrschenden* gesellschaftlichen Verhältnissen (vermittelt über die städtebaulichen Dimensionen) der Zeit doch zu würdigen. Denn es geht dabei ja auch nicht unmittelbar um die Schaffung „besserer gesellschaftlicher Verhältnisse durch die Planung“ (Gribat 2018: 185), sondern um die Frage nach einem ‚guten‘ Verhältnis zwischen den Subjekten und ihrer städtebaulichen Umwelt, welches gleichwohl immer nur als Spiegel der gesellschaftlichen Verhältnisse gelesen werden kann.

Die selbst unter Zeitgenossen gespaltene Sichtweise wird bestens in der Gegenüberstellung Gribats mit der marxistischen Kritik Peter Neitzkes (1971) deutlich. Denn Neitzke spricht Architektur und Städtebau jedes gestalterische Potential im Sinne einer Veränderung der Verhältnisse ab; stattdessen wird Architektur als Möglichkeit analysiert, „die kapitalistischen Widersprüche erträglicher zu machen“ (Gribat 2018: 185). Die Skepsis gegenüber einer ‚gestalterischen Wirkmächtigkeit‘ von Architektur ist wohlbegründet; revolutionär im eigentlichen Sinne kann, wie Neitzke betont, nur die Organisation und Praxis der Subjekte sein. Gleichwohl ist die theoretische Auseinandersetzung mit Raum seit Lefebvre (zu den Anschlüssen im Denken dazu im dritten Teil dieser Replik) so geprägt, die Produktion von Raum als einen dialektischen Vermittlungsprozess zu verstehen, der sehr wohl Spielraum für politische Praktiken nicht nur lässt, sondern eröffnet: Dann sind die Städte zwar auch „das Resultat ihrer Kämpfe“ (Neitzke 1971: 165), aber gleichzeitig die Folie, die Projektion und der Gegenstand der Kämpfe selbst. Vor diesem (theoretischen) Hintergrund ist Gribats Skepsis gegenüber der Kritik am Funktionalismus absolut nachvollziehbar, wenn sie einzig vor dem Argument geltend gemacht wird, dass die Architektur ‚mangelnde Identifikationsfähigkeit‘ biete, denn schließlich ist das Identifikationspotenzial nicht primär durch die materielle Gestalt gegeben, sondern in den Zusammenhängen zwischen sozialen, politischen, ökonomischen und symbolischen Verhältnissen begründet, innerhalb derer die architektonischen Gestaltungen stehen.

Harnack (2018, in diesem Heft) betont in diesem Zusammenhang, dass entgegen geläufiger Annahmen (etwa bei Hoffmann-Axthelm 2009) die Bewohner_innen moderner Großsiedlungen diese durchaus als „Heimat“ empfänden und ein „emotionales Verhältnis“ dazu pflegten. Dass grundsätzlich zu jeder baulichen Umwelt ein emotionales Verhältnis gepflegt werden kann – vgl. die Ausführungen von Heide Berndt (1968) zu Studien aus den USA, in denen insbesondere für Unterschichtwohnen emotionale Bindungen an die Umwelt festgestellt werden konnten –, heißt allerdings erstens nichts in Bezug auf die bauliche Gestaltung selbst und zweitens nicht, dass andere

Wohnformen nicht trotzdem präferiert werden könnten. Durch Felicita Reuschlings Beitrag werden hier auch Brüche in der Interpretation deutlich: Sie zeigt an Steilshoop, dass der Siedlungsbau von den Bewohner_innen als „nicht gemeinschaftstauglich beschrieben [wurde]. Dazu gehören die hohe Geschoszahl ohne eigene Balkone, eine lineare Gebäudeform, die als ‚hässliche‘ Platte ohne nutzbare Grünanlagen empfunden wurde, was keine positive emotionale Bindung zum Wohnort entstehen ließ [...]“. (Reuschling 2018: 163, in diesem Heft) Hier werden wieder die „stark divergierende[n] Problemdiagnosen und Lösungsansätze“ (Gribat 2018: 181) offenbar, welche die Auseinandersetzung mit dem modernen Siedlungsbau der Nachkriegszeit bis heute prägen.

Auf eine grundsätzliche Lücke in der Auseinandersetzung weist Harnack mit ihrer These hin, dass nämlich die „Wiederentdeckung des Altbaubestandes“ und die Kritik am modernen Wohnungs- und Siedlungsbau zwei Seiten derselben Medaille seien (Harnack 2018). Harnacks zentrales Argument ist, dass die Aufwertung der Altbauten und Abwertung der modernen Großsiedlungsbauten sowohl von Linken (im Zusammenhang mit alternativen Lebenspraktiken etc.) als auch von Konservativen („Siedlungen der Nachkriegsmoderne als Orte der Devianz und als Gefahr für die öffentliche Ordnung“, ebd.: 176) betrieben wurde. Die Relation zwischen Arbeiterwohnen und bürgerlichem Wohnen, zwischen Ab- und Aufwertung und die dazugehörigen Markt- und Preisdynamiken in den Blick zu nehmen, ist sicher zentral. Auch für die heutige Auseinandersetzung mit der Renaissance der Altbauten und deren Verklärung ist es sicher richtig, diese ins Verhältnis zur Kritik am modernen Siedlungsbau der Nachkriegszeit zu setzen und mit der Kritik am Familienmodell des Fordismus in Verbindung zu bringen. Zwei Aspekte scheinen mir hier aber noch nähere Betrachtung verdient zu haben: Zum einen teilen gründerzeitliche Blockrandbebauung und nachkriegszeitliche Großsiedlungen immerhin miteinander, dass sie unter den jeweils technisch gegebenen Möglichkeiten versuchen, den gegebenen Platz möglichst gewinnmaximierend zu bebauen – und zwar mehr oder weniger ausschließlich entlang der Kapitalverwertungsmaxime und eben nicht entlang einer möglichst idealen Gestaltung des Wohnumfelds, wie etwa die Arbeitersiedlungen der 1920er oder die Einfamilien- und Doppelhaushälftensiedlungen der Aufschwungjahre. Zum anderen kann die Kritik am modernen Siedlungsbau schlecht losgelöst werden von der feministischen Kritik, die sich insbesondere in den 1970er Jahren formierte. Hier ist der Bezug zu den Einfamilienhausgebieten und den damit verbundenen Suburbanisierungsprozessen im Kontext eines ‚Male-breadwinner‘-Modells ganz zentral. Insbesondere die Kritik, die von der Gruppe „Frauen, Steine, Erde“ in den 1970er Jahren formuliert und in der Feministischen Organisation von Planerinnen und Architektinnen (FOPA) weiterentwickelt wurde, ist hierfür wegweisend gewesen, denn durch sie wurden weitreichende Analysen angestrebt, die sich eben nicht nur auf den modernen Großsiedlungsbau bezogen (vgl. Rodenstein 2005).

Dieser Blick auf die Kritik der 1960er und 1970er Jahre lässt sich noch um die Wohnutopien, wie sie im Beitrag von Reuschling dargelegt werden, erweitern. Zusammengenommen mit der Kritik Harnacks an der (ungleichgewichtigen) Aufwertung von innerstädtischen Altbaubeständen, der

1968er‘ entsteht mit den Leitmotiven der Wohnutopien bei Reuschling (vor allem Bewegung, Veränderung, Mobilität, aber auch Autonomie und Kreativität und die Auflösung der Trennung von Wohnen und Arbeiten) das Bild einer Tendenz, an deren Ende nicht die Stadt für alle, sondern die Stadt der Bohemiens und Bürgerlichen (im heutigen Jargon: der Kreativen und Gentrifizier_innen) steht. So genommen wäre zumindest der Effekt der 1968er Kritik auf den Städtebau ein reaktionärer. Diese Interpretation kann so sicher nicht geltend gemacht werden; im Rahmen einer historischen Vergleichsperspektive ist die Frage aber durchaus interessant.

Parallelen zu heute

Im Anschluss an die obigen Ausführungen müsste nun das Fazit lauten: Die Debatten der 1960er und 70er Jahre können weder aus den historischen Bezügen etwa zu den 1920er Jahren, noch aus denen zu den jüngeren Entwicklungen bis heute herausgelöst werden. Stattdessen müsste der historische Bezug verstärkt herausgearbeitet werden. Denn wenn die „Kausalitäten [...] manchmal vertauscht [werden], und oft [...] der Eindruck [entsteht], dass die Siedlungen massive Probleme *verursachen*“ (Harnack 2018: 177, Hervorhebung JH), dann wäre es beispielsweise interessant, die rasche Abwertung der Großsiedlungen mit der raschen Aufwertung der Siedlungen der 1920er Jahre, etwa der Römerstadt in Frankfurt am Main oder der Hufeisensiedlung in Berlin, zu vergleichen. Gleichmaßen dürfte es spannend sein, die Perspektive der Selbstorganisation mit heutigen Ansätzen in Verbindung zu bringen. Reuschling (2018: 169) zeigt, dass „selbstorganisierte Projekte“ (hier: im Siedlungsbau, in Kommunen, in Jugendwohnprojekten und Kinderläden) weitgehend „Ausnahmen oder Übergangsmodelle“ geblieben sind. Gleichzeitig wird die „Demokratisierung als Selbstverwaltung“ von der Autorin als spezifische Differenz zwischen den Wohnutopien der 1960er und denen der 1920er ausgemacht, wodurch hohe Anforderungen an „Überzeugung, [...] Engagement und [...] kommunikative[] Kompetenzen“ (ebd.: 170) entstünden. Wie sind dann vor diesem Hintergrund die heute grassierenden ‚Baugruppen‘ zu verstehen – sie scheinen fast als (kapitalisierte) Zwischenform zwischen einer professionalisierten oder institutionalisierten und einer basisdemokratischen Selbstorganisation zu stehen.

Die Entstehungsgeschichte der partizipativen Stadtplanung ist informativ nicht nur vor dem Hintergrund, dass auch heute wieder Kritik an kapitalinteressengeleiteter Stadtentwicklung aus ansonsten unterschiedlichen politischen Lagern (vgl. Haumann 2018) geübt wird. Die Frage, was grundsätzlich mit Partizipation in diesem Kontext zu leisten ist, verbleibt auch heute in der Spannung zwischen Herrschaftsinstrument einerseits und Mittel zum Abbau von Herrschaft andererseits (vgl. Battis 1976, so zit. in Haumann 2018). Die Entstehungsgeschichte und die Institutionalisierung von Partizipation in der Stadtentwicklung kann in historischen und internationalen Vergleichen auch über den euro-amerikanischen Rahmen hinaus (z. B. mit den langjährigen Erfahrungen in Brasilien) besser verstanden werden. Möglicherweise als Instrument, das zwar eine Demokratisierung herbeiführt, aber gerade als demokratische Institution Konflikte zwar zulässt bzw. austragen lässt, aber Veränderungen nur im Rahmen von (Minimal-)

Konsens herbeiführt. Radikale Gegenentwürfe sind damit dann nicht zu haben – in keine politische Richtung.

Aber genau hierin liegt auch eine offene Frage, die wir diesen kritischen Debatten entnehmen können: Die nach dem Verhältnis zwischen grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen und den Impulsen, soziale, aber lokal begrenzte Verbesserungen umzusetzen. Alle Beispiele von Gribat, Harnack, Haumann, Reuschling und Vollmer zeigen die gespaltenen Positionen, sich einerseits gegen „allgemeine Unterdrückung“ (Gribat 2018: 181) zu wenden und den „Stadtteil anstelle der Fabrik zum Ort des Klassenkampfes“ (Haumann 2018: 191) zu machen, und andererseits konkrete Lebensbedingungen vor Ort in räumlich begrenzten Projekten umzusetzen. Die Entwicklung der Mieterinnenproteste, wie sie von Vollmer gezeigt wird, ist hierfür instruktiv:

„Die Mieter_innenbewegung nahm einen ähnlichen Verlauf wie die 68er-Bewegung insgesamt: Dadurch, dass die vormals umfassende, sozioökonomisch ausgerichtete Demokratisierungsbewegung ihre Verbindung zur Arbeiter_innenklasse verlor, wurde sie einhegbar ins aufstrebende neoliberale Projekt.“ (Vollmer 2018: 146f.)

Die Auflösung der „klassenbezogenen Organisation“ in eine rein „lokal-identitätsbezogene Organisation“ (ebd.) ist also einerseits aus sich selbst heraus zu verstehen: Durch die Auflösung der gruppenübergreifenden politischen Praxis durch Institutionalisierung und Einbettung ihrer Ansätze und Akteure *in Teilen*, und durch die Vereinzeln der Projekte selbst, die dann „Selbstbestimmung, Selbstverwirklichung und alternative Lebensweisen“ (ebd.) statt Umverteilung einforderten. Andererseits wird vor diesem Hintergrund auch verständlich, dass heutige Entwicklungen selbst bei gewissen Parallelen nicht anstandslos auf die Kritik der 1968er zurückgeführt werden können, sondern nur im Rahmen ihrer neoliberalen Vereinnahmung.

Geprägtes Denken

Maren Harnack bemerkt, dass in der Gegenüberstellung von Stadterneuerungsprojekten und historischer Bausubstanz „immer auch wirkmächtige Bilder erzeugt wurden. Diese spiegeln weniger eine historische Wahrheit wider als die zum jeweiligen Zeitpunkt vorherrschenden Idealvorstellungen von Stadt, Urbanität und dem *schönen Leben*.“ (Harnack 2018: 177, Hervorhebung im Orig.). Obwohl sozialpsychologische Perspektiven im heutigen Diskurs über Städte weitgehend unberücksichtigt bleiben, hat eine verkürzte Interpretation dieser Kritik doch eine weite Verbreitung erfahren. Die Idealisierung bestimmter (historischer, aber historisch verfälschter) Aspekte von ‚Urbanität‘ haben sich etwa in den Rekonstruktionsdebatten seit den 2000ern niedergeschlagen. Auch der „zu Beginn der 1970er Jahre erreichte Konsens trug, auch wenn er sich als Minimalkonsens entpuppte, noch bis in die 1990er Jahre stadtplanerische Strategien, die auf Partizipation setzten.“ (Haumann 2018: 194) Aber neben diesen verkürzten und minimalisierten Versionen, die sich insbesondere in der politisch-planerischen Praxis zeigen, konnten doch die marxistischen und feministischen Perspektiven auf Stadt und Raum maßgeblich weiterentwickelt werden, und das nicht nur im Kontext kritischer Stadttheorie.

Wie Anne Vogelpohl in ihrer Diskussion von Lefebvres Raumtheorie und Recht-auf-Stadt-Ansatz einerseits und feministischer Wissenschaft andererseits zeigt, ist diese Verknüpfung heute relevant in theoretischer Hinsicht ebenso wie in der konkreten politischen Praxis. Versteht man „Raum als Prozess, der zwar auch hierarchisch, patriarchal und kapitalistisch organisiert werden kann, der aber prinzipiell veränderbar ist“ (Vogelpohl 2018: 153, in diesem Heft), so lassen sich die kritischen Perspektiven auf den Städtebau der 1960er und 70er Jahre auch in ihrer Ambivalenz nachvollziehen. Und indem nicht städtische Heterogenität und Mischung, Mobilität und Gemeinschaft (aber auch nicht Individualität) zum Dreh- und Angelpunkt einer normativen Analyse gemacht werden, sondern Differenz und Alltag, Bewegung und Kollektivität, wird auch der Ermöglichscharakter städtischer Lebensverhältnisse wieder sichtbar. Dieser normative Fluchtpunkt muss nicht in eine unreflektierte Verallgemeinerung dessen münden, was ‚urban‘ ist. Vielmehr leitet Vogelpohl daraus Fragen ab, die die Forschung anleiten können: nach den Bedingungen der eigenen Position (Positionalität) und deren Reflexion, nach Intersektionalität und den Möglichkeiten, die ungleichen Differenzen nicht nur zu benennen, sondern auch deren Effekte zu kritisieren und konkrete Alternativen zu entwickeln. Letztlich steckt im ‚Recht auf Stadt‘ eben der Doppelcharakter der Kritik zwischen konkreter Aneignung und Nutzung einerseits und einem allgemeinen „Recht auf Differenz [...] als ein[em] Recht auf eine Gesellschaft, in der Unterschiedlichkeit und Teilhabe ermöglicht und gelebt wird“ (ebd.) andererseits. Vielleicht gelingt deren Zusammenführung in den heutigen „Recht-auf-Stadt“-Initiativen und Mieterinnenprotesten entlang gebotener Allianzen gemäß einem „gemeinsam statt einsam“ (Vollmer 2018: 146)?

Endnoten

- [1] Das wird besonders dann deutlich, wenn Heide Berndt etwa die vermeintliche „Geschichtslosigkeit“ bzw. den sich als „übergeschichtlich“ gerierenden Funktionalismus in den Blick nimmt, aber nicht, um die „Geschichtslosigkeit“ selbst zu hinterfragen, sondern nur ihre spezifische Form: „Der heutige Baustil kann erst dann eine ‚übergeschichtlich‘ verständliche Sprache entwickeln, wenn er sich seiner gesellschaftlichen Grundlagen so bewußt ist, daß er das Allgemeinverständliche subjektiver, individueller Zustände unbefangen darstellen kann.“ (Berndt 1968: 18)

Autor_innen

Johanna Hoerning ist Soziologin und arbeitet zu stadt- und raumtheoretischen Fragen, auch im Kontext von Postkolonialität und sozialen Bewegungen.
johanna.hoerning@tu-berlin.de

Literatur

- Berndt, Heide (1968): Ist der Funktionalismus eine funktionale Architektur? Soziologische Betrachtung einer architektonischen Kategorie. In: Heide Berndt / Alfred Lorenzner / Klaus Horn (Hg.), Architektur als Ideologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 9-50.
- Berndt, Heide / Lorenzner, Alfred / Horn, Klaus (Hg.) (1968): Architektur als Ideologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Gribat, Nina (2018): Grabenkämpfe um die Kritik am funktionellen Städtebau um 1968: Sozialpsychologische Reformisten und marxistische Revoluzzer. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 2018/2-3, 181-188.
- Harnack, Maren (2018): In die Zange genommen. Kritik am Wohnungsbau um 1968. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 2018/2-3, 173-180.
- Haumann, Sebastian (2018): Partizipation als Konsens. Die „68er“-Bewegung und der Paradigmenwechsel in der Stadtplanung. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 2018/2-3, 189-196.
- Neitzke, Peter (1971): Die Agenten der Kulturkritik isolieren! Anweisung zum richtigen Verständnis von Schriften, die nur Verwirrung stiften. In: Hans G. Helms / Jörn Janssen (Hg.), Kapitalistischer Städtebau. Neuwied; Berlin: Sammlung Luchterhand, 163-176.
- Reuschling, Felicitä (2018): Soziale Wohntopien 68: Everything must change. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 2018/2-3, 159-172.
- Rodenstein, Marianne (2005): Gruppe „Frauen, Steine, Erde“: Frauen-Räume-Architektur-Umwelt. In: Martina Löw / Bettina Mathes (Hg.), Schlüsselwerke der Geschlechterforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 135-147.
- Vogelpohl, Anne (2018): Henri Lefebvres „Recht auf Stadt“ feministisch denken – Eine stadttheoretische Querverbindung von 1968 bis heute. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 2018/2-3, 149-158.
- Vollmer, Lisa (2018): Mieter_innenproteste von den 1960er bis in die 1980er Jahre in der BRD. Von der Klassenallianz zur Aufspaltung und Einhegung ins neoliberale Projekt. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 2018/2-3, 137-148.

Für eine wirklich soziale Wohnungspolitik

Wissenschaftler_innen fordern Schutz der Bestandsmieten,
Gemeinnützigkeit und Demokratisierung

Wohnen ist die neue soziale Frage, und sie wird allorts heiß diskutiert. Der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) hat ein Gutachten mit dem Titel „Soziale Wohnungspolitik“ veröffentlicht, das fordert, den sozialen Wohnungsbau und die Mietpreisbremse abzuschaffen (BMWi 2018).

Diese Diskussion nehmen wir – Wissenschaftler_innen aus unterschiedlichen Disziplinen, die zum Thema Wohnen und Stadtentwicklung forschen – zum Anlass, die Forderungen des Gutachtens des wissenschaftlichen Beirats des BMWi entschieden zurückzuweisen. Die Versorgung mit Wohnraum ist eine wesentliche Aufgabe des Wohlfahrtsstaats. Wird das Wohnen für einen wachsenden Teil der Bevölkerung unbezahlbar, fördert dies gesellschaftliche und sozialräumliche Spaltung und bedroht letztlich auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

1. Einleitung

Wohnen ist die neue soziale Frage, und sie wird allorts heiß diskutiert. Am 21. September 2018 veranstaltet Horst Seehofer als Bundesbauminister einen ‚Wohngipfel‘ im Bundeskanzleramt. Eine neue Allianz aus Mieter_innenvereinen, mietenpolitischen sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Sozialverbänden lädt am 20. September 2018 zu einem alternativen Gipfel. In diesem Kontext hat der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) ein Gutachten mit dem Titel „Soziale Wohnungspolitik“ veröffentlicht, das fordert, den sozialen Wohnungsbau und die Mietpreisbremse abzuschaffen (BMWi 2018).

Diese Diskussion nehmen wir, Wissenschaftler_innen aus unterschiedlichen Disziplinen, die zum Thema Wohnen und Stadtentwicklung forschen, zum Anlass, die Forderungen des Gutachtens des wissenschaftlichen Beirats des BMWi entschieden zurückzuweisen. Die Versorgung mit Wohnraum als wesentliche Aufgabe des Wohlfahrtsstaats lässt sich nicht auf Basis ökonomischer Modelle, die nur als „Gedankenexperiment“ (BMWi 2018: 6) funktionieren, aufbauen. Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Wird es für einen wachsenden Teil der Bevölkerung unbezahlbar, fördert dies gesellschaftliche und sozialräumliche Spaltung und bedroht letztlich auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die im Gutachten geforderte weitere Liberalisierung

des Wohnungsmarkts und Vermarktlichung sozialer Wohnraumversorgung würde dazu beitragen, die gegenwärtige Spaltung des Wohnungsmarkts und der Gesellschaft weiter zu vertiefen.

Der Markt versagt in der Bereitstellung eines sozial verträglichen Wohnungsangebotes, weshalb es der entschiedenen Intervention der öffentlichen Hand bedarf. Wohnen darf nicht arm machen. Deshalb müssen die oftmals günstigen Bestandsmieten durch die Ausweitung von Mietschutzrechten vor Steigerungen geschützt werden. Neuvermietungs-mieten müssen bezahlbar werden, deshalb sollten Mieterhöhungen ohne Standardverbesserung eingeschränkt werden. Statt die Mietpreisbremse ersatzlos zu streichen, muss sie deutlich restriktiver – und in der Praxis umsetz- wie kontrollierbar – ausgestaltet werden. Wohnen in den Städten muss für Menschen aller Einkommensgruppen möglich sein. Deshalb bedarf es *mehr* sozialen Wohnungsbaus, um alle Bedürftigen zu versorgen, keinesfalls weniger. Eine nachhaltige und soziale Stadtentwicklung braucht verlässliche Partner und handlungsfähige Kommunen. Dafür braucht es öffentliche und zivilgesellschaftliche, nicht-profitorientierte Träger eines gemeinnützigen Wohnungsbaus. Die Kommunen müssen wieder in die Lage versetzt werden, lokale Wohnraumversorgung und Stadtentwicklung durch öffentliche Bestände zu steuern.

2. Das Gutachten „Soziale Wohnungspolitik“

Der wissenschaftliche Beirat des BMWi formuliert angesichts der demographischen Veränderungen und sozialen Ungleichheiten in unserer Gesellschaft in seinem Gutachten richtigerweise die Frage: „ob der Marktmechanismus in der Lage ist, die Anpassung des Wohnungsangebots an die geänderte Nachfrage zu bewerkstelligen [...]?“ (BMWi 2018: 6, unsere Hervorhebung). Doch bleibt er die Antwort schuldig. Das Gutachten basiert allein auf einem modellgeleiteten ökonomischen Gedankenexperiment“ (BMWi 2018: 6) und ignoriert weitgehend den Stand der Forschung zu sozialer Wohnraumversorgung.

Im Gutachten werden Verteilungskonflikte auf dem Wohnungsmarkt angesprochen. Auf der Grundlage eines neoklassischen Modells (BMWi 2018: 6-9) wird angenommen, dass die sozial gerechte Verteilung von Wohnraum durch den freien Markt, den Mechanismus von Angebot und Nachfrage und Anreize zum Ausbau des Angebots durch Neubauförderung am effizientesten gewährleistet werden könne.

Das Gutachten ignoriert dabei empirische Belege dafür, dass die Ausweitung des Angebots durch freifinanzierten Neubau in der Realität nicht zu sinkenden Wohnungspreisen in den unteren Preissegmenten führt. Im Gegenteil: Eine aktuelle Studie der Schweizer Investmentmanager von Empira zeigen für 80 Städte in Deutschland, dass mit steigenden Neubauaktivitäten die Durchschnittsmieten eher steigen (Empira 2018).

Zumindest sehr einseitig positioniert sich das Gutachten zur wohnungs- und fiskalpolitisch umstrittenen ‚Subjektförderung‘, indem es uneingeschränkt für die Ausweitung des Wohngelds plädiert: Durch staatliche Subvention sollen Bedürftige zur eigenständigen Teilhabe am Markt befähigt werden. Steigende Mieten gleicht der Staat also durch immer höhere Zahlungen in Form des Wohngelds oder Kosten der Unterkunft

aus – und subventioniert damit steigende Erträge überwiegend privater Eigentümer. Jährlich werden öffentliche Gelder in der Höhe von etwa 18 Milliarden Euro für solche Subjektförderungen ausgegeben (Deutscher Bundestag 2017: 120ff.). Seit 2005 haben sich die Ausgaben des Bundes in diesem Bereich mehr als verdoppelt (Deutscher Bundestag 2015, Deutscher Bundestag 2016).

Ausgeblendet wird im Gutachten des wissenschaftlichen Beirats zudem der Umstand, dass Wohnraum keine Ware wie jede andere ist: sie nicht unendlich vermehrbar, zudem ortsgebunden, von langen Produktionszyklen gekennzeichnet und nicht zuletzt unverzichtbare Bedingung individueller Integrität und gesellschaftlicher Integration. All dies aber macht es unmöglich, ausschließlich wirtschaftswissenschaftliche Modelle von Angebot und Nachfrage anzuwenden (Krätke 1995: 198ff., Holm 2011). Nicht zuletzt verbietet dies auch die gesellschaftliche Bedeutung des Wohnens als wesentliche soziale Infrastruktur und Hauptnutzung unserer Städte und Dörfer.

Die Tatsache, dass das Gutachten unter Verzicht einer empirischen Analyse den „Mangel an bezahlbarem Wohnraum“ nicht als Fakt, sondern lediglich als „Klage“ diffamiert (BMW, 2018: 3) macht deutlich, worum es geht: Der wissenschaftliche Beirat äußert sich in erster Linie als Advokat einer radikalen Marktorientierung wohlfahrtsstaatlicher Politik, für die er bereits in anderen Bereichen der Sozialpolitik, wie Gesundheitsvorsorge und Altersvorsorge, als wissenschaftlicher Wegbereiter erfolgreich geworben hat.

3. Soziale Spaltung und Wohnen als existenzielles Gut

Wir verorten uns in einer Forschungstradition, die zum genauen Hinschauen verpflichtet. Dabei sind nicht Modelle von idealtypischen Verhaltensweisen leitend, sondern die verstehende Analyse gesellschaftlicher Prozesse und Wirklichkeiten. Die zunehmende soziale Spaltung unserer Städte ebenso wie die Zunahme von Verteilungskonflikten auf dem Wohnungsmarkt sind gesellschaftliche Trends, die Sozial-, Stadt- und Wohnungsforscher_innen seit Jahren empirisch belegen.

3.1. Zunehmende Segregation und Spaltung der Gesellschaft

Segregation und soziale Spaltung nehmen in deutschen Städten zu (Belina et al. 2011, Bock/Belina 2012, Farwick 2012, Häußermann et al. 2008, Helbig/Jähnen 2018, Kronauer 2010, vom Berge et al. 2014). Ursächlich für die wachsende soziale Spaltung ist eine ganze Reihe neoliberaler Reformen (Belina et al. 2013, Brenner & Theodore 2002, Heeg & Rosol 2007, Mullis 2011) in der Wohnraumversorgung, insbesondere die Abschaffung der Gemeinnützigkeit 1989 und die Privatisierung kommunaler und öffentlicher Wohnungsbestände. Dort wo nicht privatisiert wurde, stieg angesichts klammer kommunaler Kassen der Druck auf die öffentlichen Wohnungsunternehmen Gewinne zu erzielen deutlich an, sodass auch kommunale Akteure von ihrer Ausrichtung auf die soziale Wohnraumversorgung abrückten (Steinert 2007, Held 2011, Lederer/Naumann 2011). Insgesamt wurden so die kommunalen Steuerungsmöglichkeiten erheblich beschnitten und damit auch die Möglichkeit, mindernd auf sozialräumliche Segregation

einzuwirken. Nicht zuletzt schlägt sich auch die Finanzialisierung im Wohnungssektor nieder – also der Prozess, in dessen Zuge Akteure am (internationalen) Finanzmarkt an Einfluss gewinnen und in der Regel Renditeerwartungen als Leitmaxime von Handeln durchsetzen (Aalbers 2017, Heeg 2017, Metzger 2018, Petzold 2014, Schipper 2017). Hunderttausende Mieter_innen leiden bereits heute unter den Verwertungsstrategien finanziellierter Wohnungsmarktakeure, die zu massiven Mietsteigerungen und Verdrängung aus dem ehemals bezahlbaren Bestand führen oder zu schlechteren Wohnverhältnissen, weil Profite durch Einsparungen bei der Instandhaltung erhöht werden (Unger 2016, Fields/Uffer 2016). Des Weiteren spielen auch die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, die ‚Hartz-Reformen‘ sowie die Folgen des Zusammenbruchs der DDR und jüngst die Austeritätspolitik der ‚schwarzen Null‘ auf allen bundesdeutschen Verwaltungsebenen eine wichtige Rolle in der Vertiefung der sozialen Spaltung und der sozialräumlichen Segregation unserer Städte (Petzold 2018, Schönig/Schipper 2016, Wiegend 2016).

In den letzten dreißig Jahren wurde politisch und administrativ eben jener Pfad beschritten, dessen weitere Intensivierung das Gutachten des BMWi fordert. Die Probleme sind eher größer geworden. Die Vorschläge des wissenschaftlichen Beirates würden diese Entwicklung zusätzlich befeuern.

3.2. Die Wohnungsfrage als Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Die gegenwärtigen Entwicklungen am Wohnungsmarkt resultieren in sozialer Spaltung und Polarisierung am Wohnungsmarkt. An dessen Ausmaß manifestiert sich auch die Polarisierung unserer Gesellschaft. Wohnen ist in manchen Regionen und Städten Deutschlands zum Armutrisiko geworden (Holm/Lebuhn/Neitzel/Junker 2017). Die Gefahr aus dem eigenen Umfeld verdrängt zu werden empfinden viele Menschen als Ausdruck einer „Abstiegsgesellschaft“ (Nachtwey 2016). Wachsende Verteilungskämpfe um soziale Zuwendungen sind die Folge. Bisweilen schlagen diese in Hass und Wut auf Migrant_innen um und befördern rechte Tendenzen (Hillje 2018, Mullis 2018). Europäische Vergleichsstudien belegen den engen Zusammenhang zwischen öffentlichen Interventionen in die Wohnungsmärkte und dem sozialen Zusammenhalt in den Städten (SOCOHO 2006). Die Wohnungsfrage ist zu sensibel und zu wichtig für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, als dass man sie einfach dem freien Markt überlassen könnte.

4. Bestandsmieten schützen – Sickereffekte schaffen keine preiswerten Wohnungen

Explizit wird es im Gutachten des BMWi nicht benannt, aber eine zentrale Prämisse ist die These eines ‚Sickereffektes‘ auf dem Wohnungsmarkt. Angenommen wird, dass freifinanzierter Neubau von Wohnungen mit gehobener Ausstattung den Wohnungsmarkt insgesamt entspanne. Aufgrund von Abnutzung sanken ältere Wohnungen im Preis und Status. Da die Bewohner_innen sich aber am höheren Status orientierten und wenn möglich in neu geschaffene Wohnungen ziehen, würden deren günstigere Wohnungen frei. Neubau von Wohnungen für die höheren Einkommensschichten sei also Neubau für alle – so die Logik.

4.1. Sickereffekte in angespannten Wohnungsmärkten mit begrenzter Wirkung

Erstmals wurden Sickereffekte 1949 von Richard Ratcliff im Rahmen seiner ‚Filtering-Theorie‘ formuliert. Seit den 1980er Jahren prägt die Theorie auch die Debatten in der Bundesrepublik (Krätke 1995: 200-205). So überzeugend das Modell klingen mag, mit der empirischen Realität hat es kaum was zu tun. Nur wenige Studien haben versucht die modellhaft angenommenen Sickereffekte empirisch zu überprüfen. Eine Untersuchung von empirica konnte zwar zeigen, dass Neubauten Umzugsketten auslösen und „durch den Umzug in einen Neubau immer Wohnungen frei [werden], die etwas kleiner, etwas älter und etwas preiswerter sind.“ Zugleich stellte die Studie fest, dass die „frei gezogenen Wohnungen [...] meist teurer weiter vermietet“ wurden (empirica 2016). Im Ergebnis muss demnach festgestellt werden, dass eine verstärkte Neubautätigkeit unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht zu einer Ausweitung von bezahlbaren Wohnungsangeboten führt, sondern vielmehr die Ertragssteigerungen im Bestand beschleunigt. Auch internationale Studien weisen in eine ähnliche Richtung: eine modellbasierte Simulation von Ökonomen der University of Cambridge kam zu dem Ergebnis, dass die Ausweitung des Wohnungsangebotes nur einen geringen Einfluss auf die Versorgungslücken mit erschwinglichen Wohnungen hat (Fingleton et al. 2018). Dagegen ist uns keine einzige empirische Studie zu angespannten Wohnungsmärkten bekannt, die Sickereffekte auf das Niveau bezahlbarer Wohnungsversorgung belegen kann. Zwei Punkte sind besonders problematisch.

Erstens setzt das Modell eine unbeschränkte Mobilität der Haushalte voraus (Krätke 1995: 183f). Negiert werden ortsbindende Faktoren wie Arbeitsplatz, Kinderbetreuung, ÖPNV-Anbindung oder soziale Nahbeziehungen, die konstitutiv für Alltagsstrukturen und emotionales Wohlbefinden sind. Gleichermäßen wird verkannt, dass Wohnungsmärkte segmentiert und von vielfältigen Selektionsmechanismen durchzogen sind. Auch die Entwicklung der Reallöhne wird ausgeklammert. Ebenfalls verkannt wird, dass arme Menschen bereits heute in schlechten und lauten Wohnungen leben (HBS 2017) – wir fragen uns, wohin denn noch gesickert werden soll?

Zweitens lässt das Modell außer Acht, dass gerade bei Umzügen und der folgenden Neuvermietung die Mieten besonders stark angehoben werden können. Anstelle eines Durchsickerns des teuren Neubaus müssen wir rasanten Mietsteigerungen im bereits existierenden Wohnungsbestand und ein immer weiter schrumpfendes Segment bezahlbaren Wohnraums konstatieren – wenn diese Mietsteigerungen auch geographisch ungleich stark ausfallen.

4.2. Mietpreise im Bestand bremsen

An diesen Mietpreissteigerungen im Bestand ändert auch die 2015 von der Bundesregierung erlassene Mietpreisbremse aufgrund rechtlicher Ausnahmeregelungen und einer mangelhaften Durchsetzung kaum etwas. Selbst in Städten, in denen sie gilt, können die Mieten bei Wiedervermietung bis auf 10 Prozent über die ortsübliche Vergleichsmiete angehoben werden. Ohnehin unterliegt die erste Neuvermietung nach grundlegender Modernisierung

sowie im Falle von Neubauten nicht der Mietpreisbremse. Zwei Studien im Auftrag des Deutschen Mieterbundes, die ein Jahr nach Einführung der Mietpreisbremse durchgeführt wurden, belegen, dass sich Vermieter_innen in den vier Städten Berlin, Hamburg, München und Frankfurt am Main in der Mehrheit nicht um die gesetzlichen Vorgaben kümmern: So überstiegen die Wiedervermietungsmieten in 85 Prozent der Fälle in Berlin und in 93 Prozent in Frankfurt die eigentlich zu erwartende Miete, wäre die Mietpreisbremse eingehalten worden (Dettman et al. 2016, ifss 2016). Mieter_innen haben angesichts der angespannten Wohnungsmarktlage kaum den Mut und angesichts der Beweislast auf ihrer Seite kaum die Möglichkeit zu Klagen.

Falsch und ohne jede empirische Grundlage ist auch die Argumentation im Gutachten des BMWi (2018: 9), wonach die Mietpreisbremse zu einer Verknappung des Wohnungsangebotes führe und Sanierungen behindere. Vielmehr ist es gerade so, dass die Möglichkeit zu unregulierten Mietsteigerungen im Bestand Modernisierungsanreize mindert, da erhebliche Ertragssteigerung insbesondere bei Neuvermietung auch ohne Investitionen möglich sind. Die vielen Berichte von Auszugsangeboten, Kündigungsklagen, fiktiven Modernisierungsankündigungen und vorgehobenen Eigenbedarfskündigungen verdeutlichen: hohe Ertragslücken zwischen Bestands- und Neuvermietungsmieten verstärken den Druck auf Mieter_innen und führen zu Verdrängung (Holm 2016, Schulz 2017). Allein das Volumen der Transaktionen größerer Wohnungen ist zwischen 2009 und 2014 von 3 auf 25 Milliarden Euro pro Jahr gewachsen (Ernst & Young 2016: 4). Solche Investitionen in Titel statt in Steine schaffen keine einzige neue Wohnung und setzen ausschließlich auf steigende Mieterträge in der Zukunft. Einschränkungen von Mietpreissteigerungen und eine konsequente Kappung der Wiedervermietungsmieten können demnach auch als Strategie gesehen werden, der Vergeudung von Finanzmitteln in nicht-investive Bereiche der Wohnungswirtschaft einzuschränken. Zudem wird in der Argumentation komplett ausgeblendet, dass die Mietpreisbremse auf die Möglichkeit, die Modernisierungskosten in erheblichem Umfang auf die Mieter_innen umzulegen, keinerlei Einfluss hat.

Abschließend stellen wir fest: Der freifinanzierte, gehobene Neubau ist aus diesen Gründen keine adäquate Antwort auf die eskalierende Wohnungsfrage, da Sickereffekte keine bezahlbaren Wohnungen schaffen. Da gerade in angespannten Wohnungsmärkten Neuvermietungen zu bisweilen drastischen Mietpreissteigerungen führen, ist der Schutz der Bestandsmieten geboten. Anstatt die Mietpreisbremse ersatzlos zu streichen, muss sie deutlich restriktiver ausgestaltet werden und zudem in der Praxis umsetzbar und kontrollierbar sein.

5. Für einen sozialen Wohnungsbau – der Markt regelt es nicht

Es steht außer Frage, dass aufgrund der veränderten Wanderungsbewegungen und dem starken Zuzug in Städte und Metropolregionen Wohnungsneubau dringend notwendig ist. Jedoch, die *soziale Blindheit des Marktes* verhindert eine adäquate Wohnraumversorgung. Daher ist eine neue Offensive im sozialen Wohnungsbau seitens der öffentlichen Hand unerlässlich.

5.1. Der Markt versagt

Seit dem 19. Jahrhundert ist die Wohnraumversorgung weitgehend marktförmig organisiert. Wohnen wird als Ware gehandelt, womit der Fokus auf Rendite anstatt auf der Bereitstellung eines würdevollen und angemessenen Zuhauses liegt. Marktversagen ist hier keine Ausnahme, sondern systemisch angelegt und in zweierlei Hinsicht eine historische Konstante: Durch die ‚soziale Blindheit des Marktes‘ (van Vliet 1990, Krätke 1995: 196) gelingt es nicht, genügend Wohnraum für die Bedürfnisse der breiten Massen bereitzustellen (Heeg 2013, Metzger 2018, Schönig/Vollmer 2018). Investitionen werden so getätigt, dass sie eine möglichst hohe Verzinsung des eingesetzten Kapitals garantieren, während die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum Renditeabstriche nach sich zieht. Investiert wird außerdem dort, wo die renditestärksten Standorte erwartet werden, und entgegen der ökonomischen Lehre ist dies nicht immer dort, wo es auch notwendig wäre (Bläser 2017). Angesichts dessen ist es geradezu paradox, wenn im Gutachten des BMWi (2018) die selbstheilenden Kräfte des Marktes beschworen werden.

In Deutschland beobachten wir genau diesen Effekt. So wird gegenwärtig zwar viel gebaut, dies aber am Bedarf vorbei. Ein großer Teil der 278.000 im Jahr 2016 neu gebauten Wohnungen waren Eigentumswohnungen oder teure Mietwohnungen (Statistisches Bundesamt 2017). Lediglich rund 9 Prozent, also knapp 25.000 Wohnungen, waren geförderte Sozialwohnungen (Bundesregierung 2017: 3). Zunehmend wird das Wohnungsangebot im günstigen Segment knapper – der Markt versagt in der adäquaten und sozial ausgewogenen Versorgung mit Wohnraum.

5.2. Gängige Argumente gegen den sozialen Wohnungsbau: *Ghettobildung und Durchmischung – ein Widerspruch*

Gegen staatliche Intervention in den Wohnungsmarkt und insbesondere eine Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus werden seitens politischer Repräsentant_innen und der Verwaltung immer wieder ähnliche Argumente geäußert, so auch im Gutachten. Der soziale Wohnungsbau führe zur Ghettobildung und verhindere eine soziale Durchmischung (BMW i 2018: 13f, 30). Beide Kritiken erweisen sich jedoch als problematisch.

Zuerst zur Frage der Ghetto-Bildung: Ganz grundsätzlich ist der Begriff problematisch, da er multiple mit Armut verbundene soziale, ökonomische und kulturelle Problemlagen verräumlicht und stigmatisiert. (Ronneberger/Vassilis 2009, Belina 1999, 2006, Best/Gebhardt 2001, Belina/Helms 2003, Keller 2011). Steht er als Synonym für sozialräumliche Spaltung, ist es gezielt irreführend, ihn in einem Atemzug mit sozialem Wohnungsbau zu nutzen. Denn tatsächlich sind die Ursachen sozialräumlicher Segregation nicht im sozialen Wohnungsbau zu suchen: Wo, wie und für wen dieser entsteht, wird durch Stadtentwicklung, die Verteilung von sozialem Wohnraum und dessen Gestaltung gesteuert. Sozialräumliche Segregation aber nimmt, wie oben beschrieben, durch eine Liberalisierung des Wohnungsmarkts gerade zu.

Europäische Städte gelten im Vergleich zu nordamerikanischen glücklicherweise noch immer als sozial durchmischte, nicht zuletzt wegen eines

vergleichsweise umfänglichen und sozial integrativen sozialen Wohnungsbaus. Allerdings wird das Leitbild der sozialen Durchmischung allzu oft als gutklingendes und schmeichelhaftes Synonym für soziale Aufwertung und als Legitimation für die Verdrängung der ärmeren Bevölkerung verwendet (Smith 2002: 445, Bridge et al. 2012). Die aufwertende Durchmischung wird meist ohne jegliche Absicherungsmaßnahmen vor Gentrifizierung angestoßen. Kaum je wird im Namen sozialer Ausgewogenheit nach Durchmischung von homogenen Vierteln der wohlhabenden Bevölkerung gerufen – obwohl gerade dies angesichts der Spaltungsdynamiken in vielen Städten geboten wäre. Anstatt Wohnorte zu entpolarisieren, führen Praxen der Durchmischung zu einer Zuspitzung von Verteilungskämpfen am Wohnungsmarkt, deren Verlierer_innen stets die weniger wohlhabenden sind (Eckardt et al. 2015, Fehlberg/Mießner 2015, Helbrecht 2016, Mösgen/Schipper 2017, Rinn 2018, Schipper/Wiegand 2015).

Die Konzentration von Haushalten mit geringen Einkommen in den Beständen des sozialen Wohnungsbaus ist immer auch ein Mengeneffekt. Je weniger Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen zur Verfügung stehen, desto enger muss die Zielgruppe definiert werden, wenn ein sozialer Versorgungsauftrag erfüllt werden soll. Die ursprüngliche Idee des sozialen Wohnungsbaus in den 1950er Jahren war die Versorgung von breiten Schichten der Bevölkerung. Erst mit der Umstellung auf die Wohnraumförderung verengte sich die Zielgruppe der Förderprogramme auf die Haushalte, die sich selbst nicht am Markt versorgen können. Die Aushebung dieser Residualisierung des sozialen Wohnungsbaus ist eine Voraussetzung für die Entwicklung von vielfältigen Stadtquartieren. Wer Angst vor der Entmischung hat, müsste konsequent die Ausweitung der Bestände des sozialen Wohnungsbaus fordern.

5.3. Für eine nachhaltige soziale Wohnungspolitik:

Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, nicht der Subjektförderung

Der Bedarf an preiswerten Wohnungen ist enorm. Allein in den Großstädten muss jeder vierte Haushalt mehr als 30 Prozent des Einkommens für die Miete ausgeben (Holm/Lebuhn/Neitzel/Junker, 2017). So fehlen allein in den Großstädten fast 2 Millionen leistbare Mietwohnungen. Die größte Versorgungslücke besteht bei Einpersonenhaushalten mit Einkommen unterhalb der Armutsgrenze (Holm et al. 2018a). Wie umfassend der Mangel an günstigem Wohnraum ist, zeigt etwa Frankfurt am Main. So belegt eine Studie des Institutes für Wohnen und Umwelt (2015), die im Auftrag des Planungsdezernates der Stadt verfasst wurde, dass 49 Prozent der Miethaushalte ein Anrecht auf eine Sozialwohnung hätten. Weitere 19 Prozent könnten auf Grund ihrer Einkommenssituation eine Wohnung der Mittelstandsförderung in Anspruch nehmen. Zusammengenommen sind dies 68 Prozent der Miethaushalte in der Stadt – angesichts dieser und vergleichbarer Zahlen in anderen Metropolen kann wohl kaum von einer Ghettobildung gesprochen werden.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen gilt es, die Wohnungspolitik als politisches Feld wieder ernst zu nehmen: Mehr sozial orientierte Wohnungspolitik, nicht weniger wird gebraucht. Der soziale Wohnungsbau muss

reformiert werden: Sozial- und Belegungsbindungen müssen dauerhaft gelten und auch die Ausweitung des Wohngeldes ist keine Alternative.

Die soziale Wohnraumversorgung in Deutschland ist in hohem Maße ineffizient und nicht nachhaltig organisiert (Holm et al. 2016, Egner 2014). Private wie öffentliche Wohnbauunternehmen verpflichten sich im Gegenzug für günstige Kredite die errichteten Wohnungen auf Zeit – typischerweise 25-30 Jahre – als Sozialwohnungen zu vermieten. Nach Ablauf der Bindung fallen die Wohnungen an die Bauherren zur freien Verfügung. Mieten können dann dem Mietspiegel entsprechend erhöht werden. Öffentliche Investitionen sind in diesem System nichts anderes als die Subvention von privaten Unternehmen mit Steuergeldern. Im Gegenzug erhält die Politik nur eine soziale Bindung auf Zeit, der Staat erkaufte sich teuer eine „soziale Zwischenutzung“ (Donner 2000: 200). Sinnvoller wäre eine dauerhafte Bindung zu etablieren und so eine nachhaltige soziale Wohnungspolitik zu schaffen.

Der soziale Wohnungsbau steckt daher strukturell in einer Krise. Verschärft wird dies durch die gegenwärtigen Marktbedingungen und insbesondere den Niedrigzins: Die Anreize für Investoren sozialen Wohnungsbau voranzutreiben sind zu gering. Die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit hat dazu geführt, dass es heute kaum noch Akteure gibt, die für die Erstellung von bezahlbarem Wohnraum in die Pflicht genommen werden könnten (Holm/Horlitz/Jensen 2017, Kuhnert/Lebs, 2017). Der soziale Wohnungsbau muss daher dringend reformiert, keinesfalls aber abgeschafft werden.

Auch der vom Gutachten geforderte Ausbau der Subjektförderung in Form von Wohngeld trägt nicht zu einer nachhaltigen sozialen Wohnraumversorgung bei. Erst die Aufhebung der Wohngemeinnützigkeit, der Abbau von Sozialwohnungen mit Belegungsbindung und die Privatisierung kommunaler Bestände haben dazu geführt, dass die Bundesregierung mittlerweile über 18 Milliarden Euro jährlich für die Subjektförderung (zusammengesetzt aus Wohngeld und Kosten der Unterkunft (KdU) im SGB-II-Bezug) ausgeben muss (Deutscher Bundestag 2017: 120 ff.). Instrumente der Subjektförderung wie das Wohngeld kommen vor allem den Vermieter_innen zugute, denn die Wohngeldzahlungen konstituieren eine von den Einkommensverhältnissen entkoppelte Mietzahlungskraft und sichern so höhere Erträge. Nachhaltige Effekt auf die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum bleiben vollkommen aus. Im Gegenteil: Bei steigenden Mieten müssen mittelfristig auch die Zahlungen angepasst werden. Aus Perspektive der Immobilienwirtschaft ist dies ein willkommenes ‚perpetuum mobile‘ der Gewinnsubvention. Je höher die Mieten steigen, desto größer das Volumen der vom Staat finanzierten Subjektförderung.

Anstatt öffentliche Gelder für eine ‚soziale Zwischenutzung‘ oder als dauerhafte Bezuschussung von renditeorientierten Investoren in der Form des Wohngelds auszugeben, sind nachhaltige Lösungen gefordert. Was öffentlich finanziert wird, sollte auch auf Dauer der öffentlichen Hand zur Verfügung stehen und für die wohlfahrtsstaatliche Daseinsvorsorge genutzt werden können. Würde die Bundesregierung jährlich 18 Milliarden Euro für die direkte Förderung von Wohnraum ausgeben, könnte sie sich in einigen Jahren über sinkende Ausgaben in der Subjektförderung freuen. Zum Vergleich: Bis 2021 hat die derzeitige Bundesregierung zugesagt, sozialen Wohnungsbau im Umfang von ca. 2 Milliarden Euro zu fördern (Bundesregierung 2018: 67).

Öffentliche Akteure wie kommunale Wohnungsbaugesellschaften, aber auch Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Akteure müssen gestärkt werden. Denn sie sind es, die potenziell langfristig und nachhaltig bezahlbaren Wohnraum bereitstellen können (Metzger 2015; 2017, Schipper/Latocha 2018). Dies gelingt allerdings nur unter zwei Voraussetzungen: Die Akteure werden über die Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit zu sozialem Handeln verpflichtet und zugleich demokratisiert, das heißt die Mieter_innenmitbestimmung wird ausgebaut. Denn auch öffentliche und kollektive Akteure der Wohnraumversorgung müssen auf ihren sozialen Auftrag unabhängig von politischen Konjunkturen verpflichtet und darin kontrolliert werden.

Aus sozialpolitischer Sicht sollte die Förderung von bezahlbarem Mietwohnraum für untere und auch mittlere Einkommen unterstützt werden, da hier die größten Notlagen entstehen – und das sowohl in den wachsenden Städten als auch in so manchem Ort im ländlichen Raum. Der Ausbau der Förderung von Eigenheimen hingegen ist nicht nur aus raum- und umweltpolitischen Gründen eine fatale Entscheidung. Als verdeckte Mittelschichtförderung geht sie auch am dringlichsten Bedarf aus sozialpolitischer Sicht vorbei.

6. Wohnen für Menschen, nicht für Profite!

Die Herausforderungen der Wohnungs- und Stadtpolitik sind vielfältig, und die sozialen, stadtentwicklungspolitischen und ökologischen Anforderungen an das Wohnen im 21. Jahrhundert dürfen nicht allein den Kriterien einer ökonomischen Rentabilität unterworfen werden. Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Wohnen ist eine Daueraufgabe mit Langzeitwirkung und Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Es stellt ein Grundbedürfnis dar, dem wichtige soziale Funktionen in unserer Gesellschaft zukommen: Wohnen bedeutet, ein sicheres Zuhause, einen Rückzugsort und einen Ort der sozialen Reproduktion zu haben. Die Verortung in einer Nachbarschaft schafft Identität und regelt den Zugang zu Arbeitsorten und sozialer Infrastruktur und spielt damit eine zentrale Rolle in der Herstellung von sozialem Zusammenhalt (Häußermann/Siebel 2000, Friedrichs/Triemer 2008, RegioKontext 2016).

Eine sozial orientierte Stadt- und Wohnungspolitik steht nicht nur vor der Herausforderung, für eine ausreichende Zahl an Wohnungen auch in den wachsenden Regionen und Städten zu sorgen, sondern auch, den sozialen Versorgungsbedarf aller Einkommensklassen zu erfüllen und allen Haushalten einen diskriminierungsfreien Zugang zur Wohnungsversorgung zu sichern. Es braucht in vielen Städten nicht nur mehr Wohnungen, sondern vor allem mehr bezahlbaren Wohnraum. Es braucht eine deutliche Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus sowie von Belegungsrechten. Gefragt ist ein Paradigmenwechsel: Wohnen für Menschen, nicht für Profite! Gelingt es nicht schnell eine soziapolitische Wende einzuleiten, steht nicht nur die soziale Ausgewogenheit der Städte auf dem Spiel, sondern auch der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Konkrete Vorschläge zu einer sozialen Ausrichtung der Wohnungspolitik liegen zahlreich auf dem Tisch. Auf dem alternativen Wohngipfel „Gemeinsam

gegen Spaltung, Verdrängung und Wohnungslosigkeit – bezahlbarer Wohnraum für ALLE statt mehr Rendite für wenige“ des Mieterbundes, der Sozialverbände und Gewerkschaften werden am 20. September 2018 viele dieser Forderungen diskutiert. Insbesondere die stadt- und mietenpolitischen Proteste der letzten Jahre (Mayer 2011; 2013, Rinn 2016, Schipper 2017, Vogelpohl et al. 2017, Vollmer 2015) haben in vielen Auseinandersetzungen um das Recht auf Wohnen konkrete Vorschläge für den Schutz von bisher preiswerten Mieten entwickelt (Vollmer 2018: 74ff). Diese reichen von der Zügelung von Mietpreistreibern im Bestand wie die Abschaffung der Modernisierungsumlage über (Re-)Kommunalisierungen von Wohnraum bis zur Demokratisierung von Planungsverfahren und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Projektinitiativen, selbstorganisierte Baugruppen, kleine Genossenschaften und sozialen Ideen verpflichtete Stiftungen haben eine Reihe von praktischen Erfahrungen bei der Durchsetzung, Gestaltung und Organisation gemeinnützigen Wohnens und gemeinschaftlicher Wohnformen gesammelt (Wendt 2018, Novy 1993), die für die Neuausrichtung der Wohnungspolitik einbezogen werden können.

Wenn das Wohnen der Zukunft nicht nur ökonomischen Prämissen unterworfen sein soll, müssen zwingend außerökonomische Anforderungen, Modelle und Vorschläge in die Gestaltung der Wohnungspolitik einbezogen werden. Als Wohnungsforscher_innen, die sich der Analyse von gesellschaftlichen Prozessen und Wirklichkeiten verschrieben haben, plädieren wir dafür, diese Vorschläge ernst zu nehmen.

Literatur

- Aalbers, Manuel (2017): *The Financialization of Housing. A Political Economy Approach*. London/New York: Routledge.
- Belina, Bernd (1999): *Kriminelle Räume. Zur Produktion räumlicher Ideologien*. In: *Geographica Helvetica* 54/1, 59–66.
- Belina, Bernd (2006): *Raum, Überwachung, Kontrolle. Vom Staatlichen Zugriff auf Städtische Bevölkerung*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Belina, Bernd / Gestring, Norbert / Müller, Wolfgang / Sträter, Detlev (Hg.) (2011): *Urbane Differenzen. Disparitäten innerhalb und zwischen Städten*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Belina, Bernd / Heeg, Susanne / Pütz, Robert / Vogelpohl, Anne (2013): *Neuordnungen des Städtischen im neoliberalen Zeitalter – Zur Einleitung*. In: *Geographische Zeitschrift* 101/3-4, 125–131.
- Belina, Bernd / Helms, Gesa (2003): *Zero tolerance for the industrial past and other threats: policing and urban entrepreneurialism in Britain and Germany*. In: *Urban Studies* 40/4, 1855–1867.
- Best, Ulrich / Gebhardt, Dirk (2001): *Ghetto-Diskurse. Geographie der Stigmatisierung in Marseille und Berlin*. Potsdam: Universitätsverlag.
- Bläser, Kerstin (2017): *Ermessensraum. Zur Kalkulativen Hervorbringung von Investitionsobjekten im Immobiliengeschäft*. Bielefeld: Transcript.
- BMWi (2018): *„Soziale Wohnungspolitik“*. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Ministerium/Veroeffentlichung-Wissenschaftlicher-Beirat/gutachten-wissenschaftlicher-beirat-soziale-wohnungspolitik.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (letzter Zugriff am: 14.09.2018).
- Bock, Stephan / Belina, Bernd (2012): *Armut und Reichtum in der Rhein-Main-Region*. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/studie-armut_reichtum_rheinmain_2012-7.pdf (letzter Zugriff am 08.07.2014).

- Brenner, Neil / Theodore, Nikolas (Hg.) (2002): *Spaces of neoliberalism. Urban restructuring in North America and Western Europe*. Malden: Blackwell.
- Bridge, Gary / Butler, Tim / Lees, Loretta (Hg.) (2012): *Mixed communities. Gentrification by stealth?* Bristol: Policy Press.
- Bundesregierung (2018): *Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 19. Legislaturperiode*. Berlin.
- Bundesregierung (2017): *Bericht der Bundesregierung über die Verwendung der Kompensationsmittel für den Bereich der sozialen Wohnraumförderung 2016*. Bundestag. Drucksache 18/13054.
- Dettmann, Marleen / von Bodelschwingh, Arnt / Schlichting, Hendrik (2016): *Wiedervermietungsmieten in Berlin, Hamburg, München und Frankfurt. Datenanalyse für den Deutschen Mieterbund e.V.* Berlin, RegioKontext GmbH.
- Deutscher Bundestag (2015): *Förderung und Subventionen für die Wohnungswirtschaft*, 5. August 2015, ED 7 – 3000 – 154/15, Berlin.
- Deutscher Bundestag (2016): *Staatliche Ausgaben für Wohngeld, sozialen Wohnungsbau und Städtebauförderung*, 26. Juli 2016, WD 7-3000-119/16, Berlin.
- Deutscher Bundestag (2017): *Dritter Bericht der Bundesregierung über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland und Wohngeld- und Mietenbericht 2016*. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/131/1813120.pdf> (letzter Zugriff am 03.09.2018).
- Donner, Christian (2000): *Wohnungspolitiken in der Europäischen Union: Theorie und Praxis*. Wien: Selbstverlag.
- Eckardt, Frank / Seyfarth, René / Werner, Franziska (Hg.) (2015): *Leipzig. Die neue urbane Ordnung der unsichtbaren Stadt*. Münster: Unrast.
- Egner, Björn (2014): *Wohnungspolitik seit 1945*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 20–21/2014*, 13–19.
- Empira (2018): *Erklärung und Prognose von Wohnungsmieten. Bestimmung wesentlicher Einflussfaktoren mittels Korrelationsanalyse. Researchbericht der Empira AG*. Zug/Leipzig: Empira AG.
- empirica (2016): *Beitrag des Eigenheimbaus zur Wohnraumversorgung in NRW. Studie im Auftrag der LBS Westdeutsche Landesbausparkasse*. Berlin: empirica.
- Ernst & Young (2016): *Ernst & Young 2016: Trendbarometer Immobilien-Investmentmarkt 2016*. Berlin: Ernst & Young.
- Farwick, Andreas (2012): *Segregation*. In: Frank Eckardt (Hg.), *Handbuch Stadtsoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, 381-419.
- Fehlberg, Thorsten / Mießner, Michael (2015): *Mietpreissteigerungen und Wohnungspässe abseits der Ballungsräume. Investitionen in B-Lagen und Regionalzentren - das Beispiel Göttingen*. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*. 3/1, 25-44.
- Fields, Desiree / Uffer, Sabina (2016): *The financialisation of rental housing: A comparative analysis of New York City and Berlin*. In: *Urban Studies* 53/7, 1486-1502.
- Fingleton, Bernard / Fuerst, Franz / Szumilo, Nikodem (2018): *Housing affordability: Is new local supply the key?* In: *Environment and Planning A: Economy and Space*, 1-26.
- Friedrichs, Jürgen / Triemer, Sascha (2008): *Gespaltene Städte? Soziale und Ethnische Segregation in Deutschen Großstädten*. Wiesbaden: Springer VS.
- Häußermann, Hartmut / Kronauer, Martin / Siebel, Walter (Hg.) (2008): *An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Häußermann, Hartmut / Siebel, Walter (2000): *Soziologie des Wohnens*. 2. Auflage. Weinheim/München: Juventa.
- HBS (2017): *Was Armut bedeutet*. Böckler-Impuls, 19/2017, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf. https://www.boeckler.de/63397_63405.htm (letzter Zugriff am: 14.09.2018).
- Heeg, Susanne (2013): *Wohnen als Anlageform: Vom Gebrauchsgut zur Ware*. In: *Emanzipation* 3/2, 5-20.
- Heeg, Susanne (2017): *Finanzialisierung und Responsibilisierung – Zur Vermarktlichung der Stadtentwicklung*. In: Barbara Schöning / Justin Kadi / Sebastian Schipper (Hg.), *Wohnraum für Alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur*. Bielefeld: Transcript, 47-59.
- Heeg, Susanne / Rosol, Marit (2007): *Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick*. In: *Prokla* 37/4, 491–509.
- Helbig, Marcel / Jähnen, Stefanie (2018): *Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten*. Discussion Paper. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

- Helbrecht, Ilse (Hg.) (2016): Gentrifizierung in Berlin. Verdrängungsprozesse und Bleibestrategien. Bielefeld: Transcript.
- Held, Tobias (2011): Verkäufe kommunaler Wohnungsbestände – Ausmaß und aktuelle Entwicklungen. In: Informationen zur Raumentwicklung 12, 675-682.
- Hillje, Johannes (2018): Rückkehr zu den politisch Verlassenen. Berlin: Das Progressive Zentrum e.V..
- Holm, Andrej (2011): Wohnung als Ware. Zur Ökonomie und Politik der Wohnungsver-sorgung. In: Widersprüche 31/121, 9–22.
- Holm, Andrej (2016): Gentrification und das Ende der Berliner Mischung. In: Eberhardt von Einem (Hg.), Wohnen. Markt in Schiefelage – Politik in Not. Wiesbaden: Springer VS, 191-231.
- Holm, Andrej / Hamann, Ulrike / Kaltenborn, Sandy (2016): Die Legende vom Sozialen Wohnungsbau. In: Berliner Hefte zur Geschichte und Gegenwart der Stadt.
- Holm, Andrej / Horlitz, Sabine / Jensen, Inga (2017): Neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Voraussetzungen, Modelle und erwartete Effekte. Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Holm, Andrej / Lebuhn, Henrik / Neitzel, Kevin / Junker, Stephan (2017): Wohnverhält-nisse in Deutschland – eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten. Forschungsber-icht, Hans-Böckler-Stiftung.
- Holm, Andrej / Lebuhn, Henrik / Junker, Stephan / Neitzel, Kevin (2018): Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten? Working Paper, Forschungsför-derung der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 63.
- IFSS (Institut für soziale Stadtentwicklung) (2016): Die Wirkung der Mietpreisbremse. Eine Zwischenbilanz für die Städte Berlin, München, Hamburg und Frankfurt a.M. im Jahr 2016. Im Auftrag des Deutschen Mieterbundes, Institut für soziale Stadtentwicklung.
- Institut Wohnen und Umwelt (2015): Schätzung der im Frankfurter Programm für familien- und seniorengerechten Mietwohnungsbau berechtigten Haushalte. Darmstadt.
- Keller, Carsten (2011): Französische Zustände überall? Segregation und die Dispersion von Konflikten in europäischen Städten. In: Bernd, Belina / Norbert Gestring / Wolfnag Müller / Detlev Sträter (Hg.), Urbane Differenzen. Disparitäten Innerhalb und Zwischen Städten. Münster: Westfälisches Dampfboot, 231–249.
- Krätke, Stefan (1995): Stadt - Raum - Ökonomie: Einführung in Aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie. Basel: Birkhäuser Verlag.
- Kronauer, Martin (2010): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im Hoch Entwickelten Kapitalismus. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Kuhnert, Jan / Lebs, Olaf (2017): Neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Wege zu Langfristig Preiswertem und Zukunftsgerechtem Wohnraum. Wiesbaden: Springer.
- Lederer, Klaus / Naumann, Matthias (2011): Linke Metropolenpolitik und öffentliche Unter-nehmen. Eine Bestandsaufnahme am Beispiel Berlin. In: Andrej Holm / Klaus Lederer / Matthias Naumann (Hg.), Linke Metropolenpolitik. Erfahrungen und Perspektiven am Beispiel Berlin. Münster: Westfälisches Dampfboot, 128-144.
- Mayer, Margit (2011): Recht auf die Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich verglei-chender Perspektive. In: Andrej Holm / Dirk Gebhardt (Hg.), Initiativen für ein Recht auf Stadt: Theorie und Praxis Städtischer Aneignungen, Hamburg: VSA, 53–77.
- Mayer, Margit (2013): Urbane soziale Bewegungen in der neoliberalisierenden Stadt. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 1/1, 155–168.
- Metzger, Joscha (2015), Genossenschaften als Alternative zur Gentrifizierung?. In: RaumPlanung 179 3/ 2015, 28-33.
- Metzger, Joscha (2018): Betongold. Wohnungen und Immobilien als Kapitalanlage. In: Dossier Stadt und Gesellschaft, Bundeszentrale politische Bildung. <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216876/wohnungen-und-immobili-en-als-kapitalanlage?p=all> (letzter Zugriff am: 14.09.2018).
- Mösgen, Andrea / Schipper, Sebastian (2017): Gentrifizierungsprozesse im Frankfurter Ostend. Stadtpolitische Aufwertungsstrategien und Zuzug der Europäischen Zentralbank. In: Raumforschung und Raumordnung, 75/2, 125–141.
- Mullis, Daniel (2011): Die Stadt im Neoliberalismus. Von der Produktion einer Ideologie zur Perspektive dagegen. In: Andrej Holm / Klaus Lederer / Matthias Naumann (Hg.), Linke Metropolenpolitik. Erfahrungen und Perspektiven am Beispiel Berlin. Münster: Westfäli-sches Dampfboot, 14–33.
- Mullis, Daniel (2018): Die Global City und der Rechtsruck. In vielen Frankfurter Stadtteilen wachsen Empörung und Frust, PRIF Spotlight 2/2018, Frankfurt am Main. <https://>

- www.hsfk.de/en/publications/publication-search/publication/die-global-city-und-der-rechtsruck/ (letzter Zugriff am : 14.09.2018).
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der Regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Novy, Klaus (1993): Genossenschafts-Bewegung. Zur Geschichte und Zukunft der Wohnreform. Berlin: Transit.
- Petzold, Conny (2014): Kommunale Finanzgeschäfte. Die Auswirkungen der Finanzialisierung auf die lokale Demokratie. Frankfurt am Main: Forum Humangeographie - Online-Schriftenreihe des IHG (Band 11).
- Petzold, Tino (2018): Austerity Forever? Die Normalisierung der Austerität in der BRD. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ratcliff, Richard (1949): Urban Land Economics. New York: McGraw-Hill.
- RegioKontext (2016): „Wirtschaft macht Wohnen“. Mitarbeiter-wohnen: Aktuelle Herangehensweisen und modellhafte Lösungen. Berlin.
- Rinn, Moritz (2016): Konflikte um die Stadt für Alle. Das Machtfeld der Stadtentwicklungspolitik in Hamburg. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Rinn, Moritz (2018): Ein Urbanismus der Ungleichheit. ‚Neue soziale Stadtpolitik‘ in Hamburg als Strategie der Verbürgerlichung. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 6/1, 9-28.
- Ronneberger, Klaus / Tsianos, Vassilis (2009): Panische Räume. Das Ghetto und die „Parallelgesellschaft“. In: Sabine Hess / Jana Binder / Johannes Moser (Hg.), No Integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: Transcript.
- Schipper, Sebastian (2017): Wohnraum dem Markt Entziehen? Wohnungspolitik und Städtische Soziale Bewegungen in Frankfurt und Tel Aviv. Wiesbaden: Springer VS.
- Schipper, Sebastian / Latocha, Tabea (2018): Wie lässt sich Verdrängung verhindern? Die Rent-Gap-Theorie der Gentrifizierung und ihre Gültigkeitsbedingungen am Beispiel des Frankfurter Gallus. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 6/1, 51-76.
- Schipper, Sebastian / Wiegand, Felix (2015): Neubau-Gentrifizierung und globale Finanzkrise. Der Stadtteil Gallus in Frankfurt am Main zwischen immobilienwirtschaftlichen Verwertungszyklen, stadtpolitischen Aufwertungsstrategien und sozialer Verdrängung. In: sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 3/3, 7-32.
- Schönig, Barbara / Schipper, Sebastian (Hg.) (2016): Urban austerity. Impacts of the global financial crisis on cities in Europe. Berlin: Theater der Zeit.
- Schönig, Barbara / Vollmer, Lisa (2018): Wohnungsnot gestern und heute. In: Informationen zur Raumentwicklung 4/2018, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 6-19.
- Schulz, Guido (2017): Aufwertung und Verdrängung – Räumliche Analyse zur Messung von Gentrification. In: WISTA, 4/2017. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, 61-71.
- Smith, Neil (2002): New globalism, new urbanism: gentrification as global urban strategy. In: Antipode 34/3, 427-450.
- SOCOHO (2006): The Importance of Housing Systems in Safeguarding Social Cohesion in Europe. Final Report. Brussels: European Commission.
- Statistisches Bundesamt (2017): Baufertigstellungen von Wohnungen im Jahr 2016. Pressemitteilung Nr. 170 vom 23.05.2017. https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2017/05/PD17_170_31121.html (letzter Zugriff am 14.09.2018).
- Steinert, Jürgen (Hg.) (2007): Kommunale Wohnungsunternehmen – Tafelsilber oder Saatkartoffeln? Positionen des Arbeitskreises Stadtentwicklung, Bau und Wohnen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin: FES.
- Unger, Knut (2016): Anlageprodukt Wohnung. Die Finanzindustrialisierung der deutschen Wohnungswirtschaft. In: Widerspruch. Beiträge zur Sozialistischen Politik 68, 91-103.
- van Vliet, Willem (1990): International Handbook of Housing Policies and Practices. New York: Greenwood Pub Group Inc.
- Vogelpohl, Anne / Vollmer, Lisa / Vittu, Elodie / Becht, Norma (2017): Die Repolitisierung des Wohnens. Städtische soziale Bewegungen für ein Recht auf Wohnen und die Stadt in Hamburg, Berlin, Jena und Leipzig. In: Barbara Schönig / Justin Kadi / Sebastian Schipper (Hg.), Wohnraum für Alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur. Bielefeld: Transcript, 105-130.
- Vollmer, Lisa (2015): Die Mieter_innenbewegung in Berlin zwischen lokalen Konflikten und globalen Widersprüchen. In: Sozial.Geschichte online 17, 51-82.
- Vollmer, Lisa (2018): Strategien gegen Gentrifizierung. Stuttgart: Schmetterling Verlag.

- vom Berge, Philipp / Schanne Norbert / Schild, Christopher-Johannes / Trübswetter, Parvati / Wurdack, Anja / Petrovic, Ana (2014): Wie sich Menschen mit niedrigem Lohn in Großstädten verteilen. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.
- Wendt, Matthias (2018): «Weil es nur zusammen geht». Commons-basierte Selbstorganisation in der Leipziger Hausprojekteszene. Frankfurt: Campus.
- Wiegand, Felix (2016): It's the austerity, stupid! Zwischen kommunalem Sparzwang und einer „Stadt für alle“. In: LuXemburg, 16/2, 74–81.

Unterzeichnende

- Moritz Ahlert**, Habitat Unit, TU Berlin
- Dr. Veit Bachmann**, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Louisa Bäcker**, Universität Hamburg
- Prof. Dr. Markus Bader**, UDK Berlin / raumlaborberlin
- Marie-Luise Baldin**, Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation der FH Erfurt
- Robert Barbarino**, TU Dortmund
- Jan Barthel**, Universität Marburg
- Dr. Michael Becker**, Doktorand an der Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Prof. Dr. Bernd Belina**, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Hans Berner**, HU Berlin/TU Dortmund
- Tobias Bernet**, Freie Universität Berlin
- Dr. Matthias Bernt**, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS), Erkner
- Dr. Kristine Beurskens**, Berlin
- Dr. Julia Binder**, BTU Cottbus-Senftenberg
- Jana Bleckmann**, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Anthony Miro Born**, Humboldt-Universität zu Berlin
- Prof. Dr. Ingrid Breckner**, Hamburg
- Dr. Michel Brie**, Schöneiche bei Berlin
- Antonie Brokow-Loga**, Bauhaus-Universität Weimar
- Pauline Bruckner**, Berlin
- Dr. Tino Buchholz**, Urbanist
- Jonas Bull**
- Phyllis Bußler**, Universität zu Köln
- Laura Calbet**, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS), Erkner
- Helena Cermeno**, Universität Kassel
- Iman Charara**, TU Darmstadt
- Leon Claus**, Bauhaus-Universität Weimar
- Johannes Coughlan**, Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder)
- Sophia Cramer**, Berlin
- Dr. Steffen de Rudder**
- Colin Delargy**, Institut für Stadt- und Regionalplanung, Technische Universität Berlin
- Prof. Dr. habil. Christopher Dell**, HafenCity Universität, Hamburg/ Udk Berlin
- Nina Dörner**
- Jun.-Prof*in Dr. Iris Dzudzek**, Institut für Geographie der Universität Münster
- Prof. Dr. Frank Eckardt**, Bauhaus-Universität Weimar
- Prof. Dr. Moritz Ege**, Göttingen
- Ph.D. Björn Egner**, TU Darmstadt
- Dr. Tanja Ehmann**, Unter Druck - Kultur von der Straße e.V., Berlin
- Coretta Ehrenfeld**, Universität Leipzig
- Sina Eickemeier**, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Dr. Mechthild Exo**, Hochschule Emden/Leer
- Prof. Dr. Alexa Färber**, Universität Wien
- Prof. Dr. Ignacio Fariás**, Stadtanthropologie, HU Berlin
- Ph.D. Friederike Fleischer**, Universidad de los Andes, Bogotá, Kolumbien
- Nina Fraeser**, HafenCity Universität Hamburg
- Prof. Dr. Susanne Frank**, TU Dortmund
- Paul Freund**, Charité Universitätsmedizin Berlin
- Tabea Freutel**, Stuttgart
- Dr. Hans-Dieter von Frieling**, Göttingen
- Dr. Henning Füller**, Humboldt-Universität zu Berlin
- Sonja Gaedicke**, RWTH Aachen University
- Cedric Gapinski**, Leibniz Universität Hannover
- Bianca Gebhardt**, Bauhaus-Universität Weimar
- Dr. Klaus Geiselhart**, FAU Erlangen-Nürnberg
- Carolin Genz**, Humboldt-Universität zu Berlin
- Verena Gernert**, HafenCity Universität Hamburg
- Danielle Gluns**, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
- Anna-Luise Götze**, Bremen
- Saskia Gränitz**, Institut für Soziologie, LMU München
- Edith Grasmück**, JLU Gießen
- Hanna Große Vorholt**, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Katrin Großmann**, FH Erfurt
- Prof. Dr. Monika Grubbauer**, HafenCity Universität Hamburg
- Nils Grube**, TU Berlin
- Francesca Guarascio**, Quartiersrat Wassertorplatz, Freelancerin, Berlin
- Dr. Annegret Haase**, Helmholtzzentrum für Umweltforschung, Dept. Stadt- und Umweltsociologie, Leipzig
- Lukas Häfner**, Bauhaus-Universität Weimar
- Robert Hänsch**, Institut für Stadt- und Regionalplanung, TU Berlin
- Christian Haid**, TU Berlin
- Dr. Ulrike Hamann**, Humboldt-Universität zu Berlin
- Dr. Laura Hanemann**, LMU München
- Lena Hecker**, Bauhaus-Universität Weimar
- Christoph Hedtke**, FH Erfurt, Fakultät Architektur und Stadtplanung
- Prof. Dr. Susanne Heeg**, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Anna Heilgemeir**
- Maximilian Hellriegel**, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Dr. Armin Hentschel**, Institut für soziale Stadtentwicklung
- Dr. Hanna Hilbrandt**, TU Dortmund
- Dr. Andrej Holm**, Humboldt-Universität zu Berlin
- Dr. Corinna Hölzl**, Geographisches Institut, Humboldt-Universität zu Berlin
- Dr. Sandra Huning**, Berlin
- Nilda Inker**, Universität Kassel

- Eva Isselstein**, Goethe-Universität Frankfurt
- Malte Jacobsen**, TU Berlin
- Malve Jacobsen**, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Anna Lisa Jakobi**, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Ariane Jedlitschka**, Helden wider Willen e.V. / Honorary Hotel Leipzig
- Inga Jensen**, Bauhaus-Universität Weimar
- Jonathan Joosten**
- Dr. Justin Kadi**, Technische Universität Wien
- Christa Kanleithner**, Humboldt-Universität zu Berlin
- Prof. Dr. Carsten Keller**, Universität Kassel
- Laura Kemmer**, HafenCity Universität Hamburg
- Niloufar Kim Tajeri**, TU Braunschweig
- Charlotte Klein**, UCL Anthropology Department, London
- Katrin Klietsch**, Bauhaus-Universität Weimar
- Judith Knabe**, Technische Hochschule Köln
- Jörg Knieling**, HafenCity Universität Hamburg
- Dr. Anne Kockelkorn**, ETH Zürich
- Antonia Krahl**, Bauhaus-Universität Weimar
- Prof. Dr. Thomas Krämer-Badoni**
- Dr. Jenny Künkel**, Humboldt-Universität zu Berlin
- Yiva Kürten**, Humboldt-Universität zu Berlin
- Eva Kuschinski**, HafenCity Universität Hamburg
- Dr. Thilo Lang**, IfL Leipzig
- Hannes Langguth**, Habitat Unit, TU Berlin
- Dr. Henrik Lebuhn**, Humboldt-Universität zu Berlin
- Dominik Lehmann**, DIE LINKE, München
- Prof. Dr. Stephan Lessenich**, LMU, München
- Cilia Lichtenberg**, Bauhaus-Universität Weimar
- Lukas Lindemann**, Bauhaus-Universität Weimar
- Benedict Linn**, Leipzig
- Manuel Lutz**, FH Potsdam
- Anna Magin**, Bauhaus-Universität Weimar
- Prof. Dr. Nadine Marquardt**, Universität Bonn
- Dr. Margit Mayer**, CMS, TU Berlin
- Till Mayer**, Bauhaus-Universität Weimar
- Dr. Janet Merkel**, TU Berlin
- Sven Messerschmidt**, FH Erfurt
- Yuca Meubrink**, HafenCity Universität Hamburg
- Dr. Michael Mießner**, Georg-August-Universität Göttingen
- Prof. Dr.-Ing. Angela Million**, TU Berlin
- Lars Möller**, Ingenieurbüro für Baustatik, Beckeln
- Dr. Giulia Montanari**, München
- Marina Moor**, Universität Bremen
- Prof. Dr. Johannes Moser**, Institut für Empirische Kulturwissenschaft und Europäische Ethnologie, München
- Katharina Müller**, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Dr. Daniel Mullis**, Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung Frankfurt am Main
- Christoph Muth**, Habitat Unit, TU Berlin
- Thomas Nader**, Ruhr-Universität Bochum
- Dr. Christine Neubert**, Universität Hamburg
- Prof. Dr. Christoph K. Neumann**, LMU München
- Mara Ort**, Universität Bremen
- Prof. Dr. Christof Parnreiter**, Universität Hamburg
- Severin Penger**, München
- Dr. Theresa Penger**, Universität Erlangen
- Dr. Martin Peschken**, TU Braunschweig
- Dr. Tino Petzold**, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Virginia Kimey Pflücke**, BTU Cottbus
- Maximilian Pichl**, Institut für Öffentliches Recht der Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Dr. Madlen Pilz**, IfL Leipzig
- Dr. Dieter Plehwe**, WZB Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung
- Claas Pollmanns**, TU Chemnitz
- Carsten Praum**, Bauhaus-Universität Weimar
- Freya Probst**, Bauhaus-Universität Weimar
- Katharina Pühl**, Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
- Dr. Kush Reblin**, Berlin
- Prof. Dr. Christoph Reinprecht**, Universität Wien
- Dr. Anna Richter**, HafenCity Universität Hamburg
- Dr. Ralph Richter**, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) Erkner
- Sofrony Riedmann**, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Prof. Dr. Dieter Rink**, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, Leipzig
- Dr. Moritz Rinn**, Universität Duisburg-Essen
- Prof. Dr. Florian Rödl**, Freie Universität Berlin
- Prof. Dr. Nikolai Roskamm**, FH Erfurt
- Prof. Dr. Marit Rosol**, University of Calgary, Kanada, Canada Research Chair in Global Urban Studies
- Dr. Thomas Sablowski**, Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
- Dr. Madeleine Sauer**, Berlin
- Matthias Schaarwächter**, Bergische Universität Wuppertal
- David Scheller**, FH Potsdam
- Dr. habil. Sebastian Schipper**, Goethe-Universität Frankfurt am Main
- Benedikt Schmid**, Universität Luxembourg
- Anika Schmidt**, Leipzig
- Jakob F. Schmidt**, Stadtplaner, Hamburg
- Dr. habil. Antonie Schmitz**, Berlin
- Dr. Wolfgang Scholz**, Dortmund
- Prof. Dr. Barbara Schöning**, Bauhaus-Universität Weimar
- Prof. Dr. Johanna Schoppengerd**, Hochschule Osnabrück
- Dr. Friederike Schröder**, HafenCity Universität Hamburg
- Susan Schröder**, Fachhochschule Potsdam
- Dr. Henrik Schultze**, Humboldt-Universität zu Berlin
- Dr. Nina Schuster**, TU Dortmund
- Maren Schwarz**, Universität Bremen
- Stephan Schwarz**, ISSResearch&architecture, Berlin
- Dr. Ulrike Schwarz**, München
- Stefan Signer**, Bauhaus-Universität Weimar
- Prof. Dr. Heidi Sinning**, Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation der FH Erfurt
- Dr. Philipp Späth**, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
- Cosima Speckhardt**, TU Berlin
- Prof. Dr. Annette Spellerberg**, TU Kaiserslautern
- Niklas Spiegel**, Leipzig
- Dr. Anna Steigemann**, TU Berlin
- Dr. Annett Steinführer**, Braunschweig
- Benedikt Stoll**, Guerilla Architects
- Prof. Jörg Stollmann**, TU Berlin
- Prof. Dr. Anke Strüver**, Karl-Franzens-Universität Graz
- Dr. Anja Szypulski**, TU Dortmund
- Yan Tanevski**, forum urban research and intervention, Berlin
- Julia Thiele**, Leibniz Universität Hannover
- Roman Thurn**, LMU München

Dr. Felix Trautmann, Institut für Sozialforschung,
Frankfurt

Martin Valdés-Stauber

Elodie Vittu, Bauhaus-Universität Weimar

Dr. Anne Vogelpohl, Universität Hamburg

Anne Volkmann, IRS Erkner

Lisa Vollmer, Bauhaus-Universität Weimar

Dr. Christian von Wissel, Hochschule Bremen

Katherin Wagenknecht, WWU Münster

Prof. Dr. Uwe-Jens Walther, Ulm

Katharina Waschau, München

Prof. Dr. Jan Wehrheim, Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Stefan Weidmann, Hochschule Fulda

Prof. Timo Weishaupt, Georg-August-Universität
Göttingen

Prof. Dr. Max Welch Guerra, Bauhaus-Universität
Weimar

Corina Wenzel, Frankfurt

Felix Wiegand, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Dr. Karin Wiest, Leibniz Institut für Länderkunde, Leipzig

Fabian Wollschläger, Universität Münster

Prof. Dr. Reinhold Zemke, Fachhochschule Erfurt

Prof. Dr. Holger Ziegler, Universität Bielefeld

Dr. Daniela Zupan

Eliten unter sich

Wie Unternehmensberatungen ihre Macht über Städte entfalten

Anne Vogelpohl

Unternehmensberatungen sind im Zuge der Neoliberalisierung über zwei Prozesse zu Akteuren der Politikgestaltung geworden: Einerseits haben sie selbst einen Markt in – ihrer Ansicht nach – ineffizient organisierten Behörden sowie wenig produktivitätsorientierten Regierungen entdeckt und ihre Angebote immer mehr für den öffentlichen Sektor ausgebaut. Andererseits hat die Verbreitung unternehmerischen Denkens, die Neoliberalisierung kennzeichnet, zur vermehrten Nachfrage nach ökonomisch strategischen Expert_innen geführt (Jupe/Funnell 2015, Resch 2005, Saint-Martin 2000). Ein dadurch steigender Einfluss von ‚management consultants‘ ist auch auf Ebene der Stadtpolitik sichtbar geworden. Sie sind inzwischen Teil eines elitären Geflechts, das Stadtentwicklung maßgeblich mitbestimmt.

Die Frage *wer macht eigentlich eine Stadt?* führt allerdings notwendigerweise in ein nahezu unüberschaubares Dickicht von verschiedenen Akteuren – von institutionellen Organisationen über informelle Initiativen bis hin zu jeder einzelnen Person, die in der Stadt lebt. Wenn nun von elitären Machtverhältnissen gesprochen wird, bedeutet es deshalb nicht, dass alle anderen Formen der Stadtproduktion ausgehebelt sind. Im Gegenteil: gerade in Zeiten, in denen die Legitimität bestehender Verhältnisse zum Beispiel durch soziale Bewegungen oder ökonomische Krisen in Frage gestellt wird, geraten auch bestehende elitäre Netzwerke ins Wanken. Allerdings setzen diese auch gerade in diesen Momenten spezifische Machttechniken ein, die die wackelnde Macht wieder stabilisieren sollen.

Im Folgenden möchte ich vier solcher Machttechniken vorstellen, die in einer empirischen Studie über die Bedeutung von Unternehmensberatungen in der strategischen Stadtentwicklung sichtbar geworden sind (ausführlich dazu Vogelpohl 2018a; b, Vogelpohl/Klemp 2018). Untersucht habe ich sechs deutsche Städte beziehungsweise Regionen, die zwischen 1999 und 2014 von den Unternehmensberatungen McKinsey oder Roland Berger in der Suche nach Auswegen aus einer tatsächlichen oder wahrgenommenen ökonomischen Krise unterstützt wurden. In der Regel war ein ökonomischer Umbruch (die Abwanderung eines großen Unternehmens oder weiterreichende Veränderungen des Arbeitsmarktes durch Deindustrialisierung)

die kritische Ausgangslage, aus der die consultants heraushelfen sollten – oder wollten. Denn nicht alle Beratungsprojekte sind von den städtischen Regierungen ausgegangen und an McKinsey oder Roland Berger vergeben worden. In den von mir untersuchten Fällen traf dies nur in Dortmund, Halle (Saale), Essen und Goslar/Osterode zu. In Hamburg und Berlin hingegen hat jeweils McKinsey ungefragt und unbezahlt ein pro bono-Projekt zur Stadtentwicklung gestartet. Die fehlende monetäre Gegenleistung macht die Frage nach der Machtstrategie hinter städtischen Beratungsprojekten besonders drängend.

Neue Netzwerke: „Das Netzwerk, was man nach so einem Projekt hat, ist natürlich immens“

Um Informationen über aktuelle Entwicklungen, aber auch über Ideen für zukünftige Politikideen zu erhalten, stehen zu Beginn aller Beratungsprojekte für stadtstrategische Fragen umfangreiche Analysen. Für eine qualitative Analyse sprechen die Berater_innen mit vielen „Meinungsbildnern“ (McKinsey Hamburg 2001: 2). Um die hundert Gespräche pro Stadt wird oft als Zahl genannt. Die ‚Meinungsbildner‘ sind beispielsweise Geschäftsführer_innen oder Führungskräfte in wirtschaftlichen Unternehmen, der Politik, den Medien, gegebenenfalls der Kirche oder lokal wichtigen Vereinen. Oft werden darüber hinaus noch Diskussionsveranstaltungen unter den Interviewten organisiert, auf denen ‚die Zukunft der Stadt‘ erörtert wird. So entstehen mithilfe der Berater_innen neue elitäre Netzwerke, von denen eine dynamischere, zielorientierte Stadtentwicklung ausgehen soll.

Elitär ist das neu gebildete Netzwerk aus zwei Gründen, die im Selbstverständnis der Berater_innen wurzeln. Erstens, so drückt es ein Mitarbeiter der Dortmunder Stadtverwaltung aus, „arbeiten die McKinseys immer top down“ (DO11_verw[1]). Dahinter steckt die Annahme, dass Ziele sich vor allem dann verwirklichen lassen, wenn die letztendlichen Entscheidungsträger_innen davon überzeugt sind. In den Landkreisen Goslar und Osterode wurde das in der Verwaltung so wahrgenommen:

„Die sprechen nicht mit [denen] da unten, sondern die fangen immer oben an den Köpfen an und sei es nur eine Vorbereitung einer Aufsichtsratssitzung oder von Lenkungsausschusssitzungen ... Die fangen natürlich, auch Kraft ihrer Beratungsmacht, sage ich jetzt einfach mal, immer von oben an. Die bequatschen dann die Führung und die sagen dann: ‚Ja, das ist toll.‘“ (GOS36a_verw)

Zweitens integrieren die Berater_innen nicht nur die regierenden Parteien und nicht nur die oberste Riege der administrativen Leitungseinheiten, sondern auch die in der zweiten oder dritten Reihe. Auf diese Weise schaffen sie ein relativ langfristiges Netzwerk aus Personen in machtvollen Positionen, das auch nach Wahlen oder nach Führungswechseln bestehen bleibt und deswegen lang über das eigentliche Beratungsprojekt hinaus Bestand hat.

Zugleich erschließt sich das Beratungsunternehmen selbst mit den Interviews eine Vielzahl an Kontakten. Das in der Überschrift genannte Zitat eines Beraters, der für das Unternehmen Roland Berger in Halle (Saale) aktiv war, nimmt darauf Bezug: „Das Netzwerk, was man nach so einem Projekt

hat, ist natürlich immens. Man spricht mit allen großen Unternehmen, den Geschäftsführern, der Gesellschaft ... Und so lernt man die alle kennen“ (HAL24_Berat). Da die Beratungsunternehmen (wie auch viele der lokal angesiedelten einflussreichen Akteure) global agieren, hat die Machttechnik, neue Netzwerke zu spinnen, oft eine nationale, manchmal sogar internationale Reichweite.

Neues Vokabular: „Informationen aufgepeppt“

Neben der Kritik an der Konzentration von Entscheidungsmacht ist eine häufige Kritik an externer Beratung, dass inhaltlich kaum neue Probleme oder Ideen für Lösungen benannt werden. Auch wenn allein die Bündelung von Informationen schon eine Veränderung einer Problemwahrnehmung nach sich ziehen kann, ist eine zentrale Veränderung durch Beratung die Einführung eines neuen Vokabulars. Während die Idee von Wirtschaftswachstum, Wettbewerb oder Clustern an sich nicht neu und vielen städtischen Politiker_innen ohnehin bekannt ist, erzeugen neue Bezeichnungen einen anderen Druck, in diesem Wettbewerb aktiver zu agieren.

Die Beratungsstudie für Berlin (McKinsey Berlin 2010) ist beispielsweise durchzogen von Begriffen wie ‚Führungsposition‘ oder ‚Modellstadt‘ in Wissenschaft und Industrie. Mit diesem Vokabular wird ein starker Wettbewerbsdruck erzeugt, sich vor allem international zu vergleichen und an internationalen Rankings und Zahlen zu orientieren. In einem anderen Beispiel, in Goslar und Osterode, wird nicht mehr technisch von Ressourcen- oder Energietechnologie, sondern von „Natur trifft Technik“ gesprochen (Initiative Zukunft Harz 2011). Dies soll eine neue Identifikation und Begeisterung für bestehende Entwicklungen entfachen in einer Region, die eigentlich von Schrumpfung betroffen ist (vgl. Bernt/Weck 2012). Und die Überschriften der Projektergebnisse verweisen regelmäßig auf eine (andere) Zukunft: ‚Hamburg Vision 2020‘, ‚Berlin 2020‘ oder ‚Essen.2030‘ werden die Projekte betitelt. So wird auf Veränderung gepocht und ein Handlungszwang erzeugt.

Verstärkt wird diese Machttechnik der Einführung eines neuen Vokabulars, die ein Politiker aus Osterode im obigen Eingangszitat ‚Aufpeppen‘ von Informationen nennt (GOS35_polit), durch eine eindrückliche Wort- und Bildsprache (vgl. Vogelpohl 2015). Dies ist letztlich auch an die Medien adressiert. Diese greifen Diagnosen, dass das Problem „weniger im Produkt [Halle (Saale)] als im Image“ (Roland Berger 2002, 21) liege, oder spektakuläre Versprechen wie „500.000 neue Jobs“ in nur 10 Jahren (McKinsey Berlin 2010, 15) gerne und schnell aufgreifen. Die von den Beratungen formulierten, klar und einfach erscheinenden Ziele erzeugen so einen politischen Druck, sich den dort thematisierten Problemen mit finanziellen und personellen Mitteln zu widmen (und dabei andere Felder, die außerhalb der Problemwahrnehmung der Unternehmensberater_innen liegen, zu vernachlässigen).

Neue Methoden: „Sie bringen Know-how rein, Methodenkompetenz“

Die „Methodenkompetenz“, die in oben genanntem Zitat von einem Beteiligten aus Dortmund angesprochen wird (DO11_verw), prägt zentral und langfristig die Art und Weise, wie Stadtentwicklung gedacht und organisiert wird. Sie wird in fast jedem Interview in allen Fallstudien angesprochen. Dahinter verbirgt sich zunächst die Dimension einer relativ klassischen, aber breit angelegten Stärken-Schwächen-Analyse. Die in einen internationalen Vergleich gestellten Zahlen zum Beispiel zu lokaler Bruttowertschöpfung oder Start-Up-Quoten dienen dann mittel- und langfristig als Parameter für Stadtentwicklungsprojekte. Ergänzt wird dieses „number crunching“ (HH32_berat) durch Methoden des Projektmanagements, das heißt durch klar abgegrenzte und definierte Probleme, Indikatoren, Ziele und Maßnahmen.

Die Konsequenz aus einer solch systematischen Herangehensweise an Gegenwart und Zukunft der Stadt ist eine ‚Projektisierung des Städtischen‘ (vgl. Vogelpohl 2018b). Das ‚Projekt Stadt‘ erscheint somit effektiv und relativ einfach zu managen zu sein: Es gibt eine eindeutige Problemanalyse, es werden vier bis fünf Kernziele als Lösungen formuliert für die wiederum jeweils vier bis fünf Einzelprojekte benannt werden. Das Management-Denken aus Unternehmen wird von den Berater_innen also relativ linear auf Städte übertragen. Der wichtigste Berater für das von McKinsey organisierte *dortmund project* hat dies auch in einem Buch über „Strategisches Management von Städten“ (Weig 2004) zusammengefasst. Die Projektisierung des Städtischen wird langfristig angelegt und abgesichert, indem oftmals Mitarbeiter_innen in den lokalen Behörden während des Beratungsprojektes in diesem analytisch-strategischen Denken geschult werden.

Die Etablierung neuer Methoden in der strategischen Stadtentwicklung ist eine elitäre Machttechnik, weil systematisch die thematische und teilweise konfliktbehaftete städtische Komplexität ausgeblendet wird. Durch eine methodisch klar angeleitete Sortierung von Themen werden scheinbar alle Widersprüche ausgeräumt. Diese inhaltliche Reduktion des Städtischen ist begleitet von einer beschleunigten Projektentwicklung, in der schlicht auch nicht die Zeit für kontroverse Debatten bleibt. Sinnvolle Partizipation – zumal eine, die auch Konflikte ernst zu nehmen anstatt zu beschwichtigen weiß (Klöti 2016) – kann in einer projektisierten Stadt ebenso wenig Platz finden wie mittel- oder langfristige Ziele eines sozialen Miteinanders.

Neue Aktivität: „Regionales Durchschütteln“

Die neu gebildeten Netzwerke können auch ohne politische Mitwirkung aktiv werden. Mit neuen Clustern, Förderprogrammen, Schwerpunktveranstaltungen oder sogar neu gebildeten Institutionen ist dies jedoch noch effektiver. Die Beratungsprojekte zielen deshalb in jedem Fall auf eine lokale und regionale Furore rund um ökonomische Potenziale. „Regionales Durchschütteln“ (GOS36b_verw) nennt das ein Mitarbeiter aus der Stabstelle der neuen Organisationseinheit „Initiative Zukunft Harz“ in Goslar und Osterode. Der Aufruf für eine „proaktive Einstellung“ (McKinsey Berlin 2010: 50) sowie

für ein koordiniertes Engagement steht oftmals als Gesamtfazit am Ende der Beratungsdokumente. Dies zeigt, dass eine neue Aktivität aus Sicht der Beratenden letztlich entscheidend ist – entscheidender als konkrete Ideen für anzugehende Projekte oder neu zu bildende Cluster.

Eine neue Dynamik, die sich aus politökonomischen Netzwerken und planerisch-strategischen Maßnahmen speist, ist nicht zuletzt für die Unternehmensberatungen selbst von zentralem Interesse. Denn wenn spezifische Branchen gefördert werden und ein besonderes Wachstum verzeichnen, vergrößern consultants ihren eigenen Markt. Demzufolge stehen auch nicht unbedingt die geeignetsten Branchen in den Studien der Unternehmensberatung im Fokus, sondern jene, in denen sie sich auskennen und die ihre Kundschaft bilden. In Berlin beispielsweise war die Idee des leitenden Beraters, die Studie unter anderem auf nachhaltige Mobilität zu fokussieren, innerhalb von McKinsey nicht durchsetzbar. Stattdessen wollte das Berliner Büro E-Mobilität mit Schwerpunkt auf den Individualverkehr im Fokus sehen – eine Branche, für die McKinsey auch sonst beratend aktiv ist.

Die Begriffe ‚Durchschütteln‘ und ‚neue Aktivität‘ sind auch mit einer Idee von Auf- oder Wachrütteln konnotiert. Die genannten Beispiele zeigen allerdings, dass das aufgerüttelte Themenfeld sehr selektiv ist und von nur wenigen Akteuren bespielt wird. Ökonomisches Wachstum ist fast immer zentral, während zum Beispiel Fragen des Wohnens, von ungleichen Zugangschancen oder Ökologie in den von mir untersuchten Beispielen kaum angesprochen werden. Diese Selektivität ist umso schwerwiegender, weil sie durch die Aufmerksamkeit des Beratungsprojektes gestärkt und so noch wirkmächtiger wird. Eine neue politische und mediale Aktivität ist also der Weg, auf dem sich die neuen Netzwerke schließlich materialisieren können. Ein Machtfeld, das durchgeschüttelt und in Bewegung geraten ist, ist die Grundlage für neue sowie sich intensivierende Koalitionen.

Fazit: Politikberatung als Machtinstrument

Gerade die großen Unternehmensberatungen sind bekannt für ihre enorm hohen Stunden- und Tagessätze (Leif 2006). Die von mir untersuchten Beratungen für Städte und Regionen sind allerdings entweder pro bono gewesen, also unbezahlte und unbeauftragte Projekte, oder haben nur relativ wenig gekostet verglichen mit Projekten in transnationalen Unternehmen. Es stellt sich daher die Frage: Wieso werden die Firmen politikberatend tätig, wenn es sich finanziell wenig lohnt?

Die Antwort liegt fast ausschließlich im Ausbau politischer und ökonomischer Macht: Erstens kann die Unternehmensberatung über das Beratungsprojekt Kontakte zu Unternehmen in der Stadt bzw. der Region herstellen. Gleichzeitig werden während des Projektes Beziehungen zwischen Unternehmen ausgebaut. So erstarkt die ökonomische Basis für weitere, dann in der Regel gut bezahlte private Beratungsprojekte. Zweitens wird gezielt die Aufmerksamkeit der Medien gesucht. Auf diese Weise werden lokalpolitische Diskurse ganz im Sinne der Wachstumsideen des Beratungsunternehmens geprägt. Drittens werden auch Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft befragt, die schließlich die Ergebnisse der Beratung als Befürworter_innen und Multiplikator_innen in die Stadtgesellschaft tragen sollen. Viertens

wird politisches Wohlwollen für die zentralen Ideen des Projektes generiert. Denn politisch mächtige Personen übernehmen teilweise selbst zentrale Funktionen im Beratungsprozess, so dass sie das Projekt entsprechend als ‚ihr‘ Projekt begreifen und nachhaltig vorantreiben. Und nebenbei werden noch junge Mitarbeiter_innen der Beratungsunternehmen in relativ wenig entscheidenden Fällen geschult oder zeitliche Lücken zwischen größeren Projekten überbrückt.

Ein stadtpolitisches Beratungsprojekt ist also in erster Linie ein Vehikel politökonomischer Eliten für die Entfaltung und Stabilisierung ihrer Machtposition. Dass dieses Vehikel jedoch reibungslos städtische Zukünfte strukturiert, ist damit noch nicht gesagt. Denn Koalitionen bilden auch Kritiker_innen, sei es die politische Opposition oder seien es lokale Aktivist_innen. Und auch alternative Diskurse zum Beispiel über eine soziale oder umweltgerechte Stadt werden nicht ausgehebelt und können als Antwort auf die wachstumsorientierte Vision der Beratungsunternehmen möglicherweise sogar neuen Schwung erhalten. Allerdings sind die sorgfältig vorbereiteten Machttechniken der management consultants effektiv und schwer ausweichbar. Sie fordern Antworten heraus. Diese fallen in einem dafür positiv gestimmten Umfeld zumeist ganz im Sinne der Unternehmensberatung und ihren politischen und ökonomischen Partner_innen aus.

Endnoten

- [1] Die Interviewkürzel verweisen auf 1. das Fallbeispiel (DO: Dortmund; GOS: Goslar/Osterode, HAL: Halle; HH: Hamburg), 2. das spezifische Interview (durchnummertiert) sowie 3. den Funktionsbereich der_s Interviewten (verw: Verwaltung; berat: Beratung; polit: Politik).

Autor_innen

Anne Vogelpohl ist Geographin und beschäftigt sich mit Stadtpolitik in Hinblick auf Beratung, Wohnen sowie Arbeit und nutzt feministische Methodologien.
anne.vogelpohl@haw-hamburg.de

Literatur

- Bernt, Matthias / Weck, Sabine (2012): Peripherisierung, Schrumpfung und Governance: Handlungsansätze der Stadtpolitik in sechs deutschen Mittelstädten. In: Michael Haus / Sabine Kuhlmann (Hg.), Lokale Politik und Verwaltung im Zeichen der Krise? Wiesbaden: VS, 256-273.
- Initiative Zukunft Harz (Hg.) (2011): Natur trifft Technik. Überblick über die Handlungsfelder und Projektbündel. Clausthal-Zellerfeld.
- Jupe, Robert / Funnell, Warwick (2015): Neoliberalism, consultants and the privatisation of public policy formulation: The case of Britain's rail industry. In: Critical Perspectives on Accounting 29, 65-85.
- Klöti, Tanja (2016): Zum Verhältnis von partizipativer Stadtentwicklung, neoliberaler Stadtpolitik und stadtteilbezogener Sozialer Arbeit. In: Patrick Oehler / Nicola Thomas / Matthias Drilling (Hg.), Soziale Arbeit in der unternehmerischen Stadt: Kontexte, Programmatiken, Ausblicke. Wiesbaden: Springer VS, 53-73.

- Leif, Thomas (2006): *Beraten & verkauft: McKinsey & Co. – der große Bluff der Unternehmensberater*. München: C. Bertelsmann.
- McKinsey Berlin (2010): *Berlin 2020 – Unsere Stadt. Wirtschaftliche Perspektiven durch neue Wachstumskerne*. Berlin: McKinsey & Company.
- McKinsey Hamburg (2001): *Hamburg Vision 2020 – Vom nationalen Zentrum zur Europäischen Metropole*. Hamburg: McKinsey & Company.
- Resch, Christine (2005): *Berater-Kapitalismus oder Wissensgesellschaft? Zur Kritik der neoliberalen Produktionsweise*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Roland Berger (2002): *Abschlußbericht Investorenansiedlungs- und Stadtmarketingkonzept*. Halle: Roland Berger.
- Saint-Martin, Denis (2000): *Building the New Managerialist State – Consultants and the Politics of Public Sector Reform in Comparative Perspective*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Vogelpohl, Anne (2015): *RaumBilder und Wirtschaft – Visuelle Strategien in der Wirtschaftsförderung*. In: Judith Miggelbrink / Antje Schlottmann (Hg.), *Visuelle Geographien – Zur Produktion, Aneignung und Vermittlung von RaumBildern*. Bielefeld: transcript, 121-132.
- Vogelpohl, Anne (2018a): *Consulting as a threat to local democracy? Flexible management consultants, pacified citizens, and political tactics of strategic development in german cities*. In: *Urban Geography*, 39, 1345-1365.
- Vogelpohl, Anne (2018b): *Global expertise, local convincing power: Management consultants and preserving the entrepreneurial city*. In: *Urban Studies*, doi: 10.1177/0042098018768490.
- Vogelpohl, Anne / Klemp, Felicitas (2018): *The creeping influence of consultants on cities: McKinsey's involvement in Berlin's urban economic and social policies*. In: *Geoforum* 91, 39-46.
- Weig, Florian (2004): *Balanced Scorecard für Strategisches Management von Städten – Ein Ansatz unter Einsatz von Internetumfragen*. Wiesbaden: VS.

Make Potsdam great again

André Tomczak

Manuel Lutz

Holger Zschoge

2018: Potsdam im Umbruch – der Mitte-Komplex

Eindrucksvolle Rekonstruktionsprojekte, ein Kahlschlag im Bestand der Nachkriegsmoderne und ein eskalierter Wohnungsmarkt: die Entwicklung der kleinen Groß-, Landeshaupt- und Welterbestadt sorgt kontinuierlich für Schlagzeilen. Den Titel dieses Beitrags inspirierend, schrieb die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* im April 2017 „Make Potsdam Schön Again“ (Maak/Seidel 2017), um die Auslöschung der urbane Mischung schaffenden DDR-Bauten zugunsten von *fake*-Fassaden anzuprangern. Ungetrüb von solcher Kritik wird der kosmetische Umbau der Potsdamer Stadtmitte mit dem zentralen Argument vorangetrieben, der durch und nach dem Krieg geschundene Stadtkörper müsse umfassend Heilung erfahren. Konkret bedeutet dies den Abriss unliebsamer Nachkriegsmoderne und eine neue Inszenierung als preußische Residenz. Mit rekonstruierten Schlossfassaden für den neuen Brandenburgischen Landtag (2014), mit dem privaten Kunstmuseum Barberini am Alten Markt (2016) und der Baustelle Garnisonkirche wird Potsdam zum Extrembeispiel: ein ganzes Stadtzentrum wird als nationales Denkmal rekonstruiert.

Diese prestigeorientierte Stadtentwicklung, vielfach ausgebreitetes Engagement der Zivilgesellschaft und astronomische Mieten sorgen lokal dauerhaft für Konflikte und Kontroversen (vgl. Arte 2017). Doch die langjährigen Debatten über die Zukunft der Stadtmitte wurden im Sommer 2018 mit dem Abriss des unschätzbar potenzialreichen, 18.000 m² großen Hochschulgebäudes der Fachhochschule (FH) am Alten Markt (ehemaliges Institut für Lehrerbildung, 1974) vorerst beendet. Mit dem Verlust des benachbarten Brauhausbergs – hier wurde der alte Landtag verkauft, mit einem Spaßbad die Ansicht verkorkst und die 1971 errichtete Schwimmhalle geschleift (Kil 2017) – drängen rekonstruierende Nachverdichtung und Verwertung bis ins landschaftlich geprägte Zentrum der Stadt. Die städtische Agenda, zentrale Gebäude der DDR abzureißen, bleibt ungebrochen: auf dieser Liste stehen das ehemalige Restaurant Minsk (1977), das Hotel Mercure

(ehemaliges Interhotel Potsdam, 1969) und das seit 2015 als Kunst- und Kreativhaus zwischengenutzte Rechenzentrum (1971).

Stadt von oben. Die Akteur_innen der Rekonstruktion

Potsdams Mitte demonstriert *Stadtentwicklung von oben* par excellence und zeigt ausgeprägte Züge einer Re-Feudalisierung von Stadt. 29 Jahre nach der politischen Wende hat die zahlenmäßig überschaubare Bürgerinitiative „Mitteschön“ ihre Vision von Stadt – und damit ihre Version der Geschichte und Bedeutung – ungeachtet langjährigen Protests und entgegen aller Widersprüche durchgesetzt. Im Folgenden werden wir die Durchsetzung der Rekonstruktionsagenda in Potsdams Mitte skizzieren sowie zentrale Akteure und Entscheidungsprozesse mit ihren Hintergründen und Kontexten beleuchten, um auszuloten, wie diese Agenda zustimmungsfähig gemacht wurde und welche Effekte lokale Proteste und Alternativen hatten.

Impulsgeber und Wegbereiter dieser einseitig auf historische Qualitäten orientierten Stadtentwicklung sind einflussreiche Privatiers: SAP-Mitgründer und Multimilliardär Hasso Plattner veredelte den ohnehin geplanten Landtagsneubau in letzter Minute mit 20 Millionen Euro zur Schlossrekonstruktion, ermöglichte dessen Deckung in Kupfer und komplettierte die Rekonstruktion des Platzes durch sein Privatmuseum Palais Barberini. 15 Jahre zuvor hatte Günther Jauch mit seinem Baugeschenk des Fortunaportals die Idee, das Stadtschloss zu rekonstruieren, prominent und wegweisend in den damals noch recht leeren Stadtraum gestellt.[1] 2016 spendete Jauch erneut für den Abriss von Gebäuden, die er wie im Fall der FH als „sozialistische Notdurftarchitektur“ bezeichnet (rbb 2017). Mit seinen 1,5 Millionen Euro für das Projekt Garnisonkirche will er noch potentere Prominenz zu Großspenden bewegen.

Stadt von unten. Recht auf Stadt oder Recht auf Debatte?

Seit 2014 haben hunderte Kunst-, Kultur- und Kreativschaffende mit der Initiative „Kulturlobby“ ihren Anspruch auf Stadt deutlich gemacht und gegen den drohenden Verlust der letzten Kreativräume protestiert. Ein Jahr

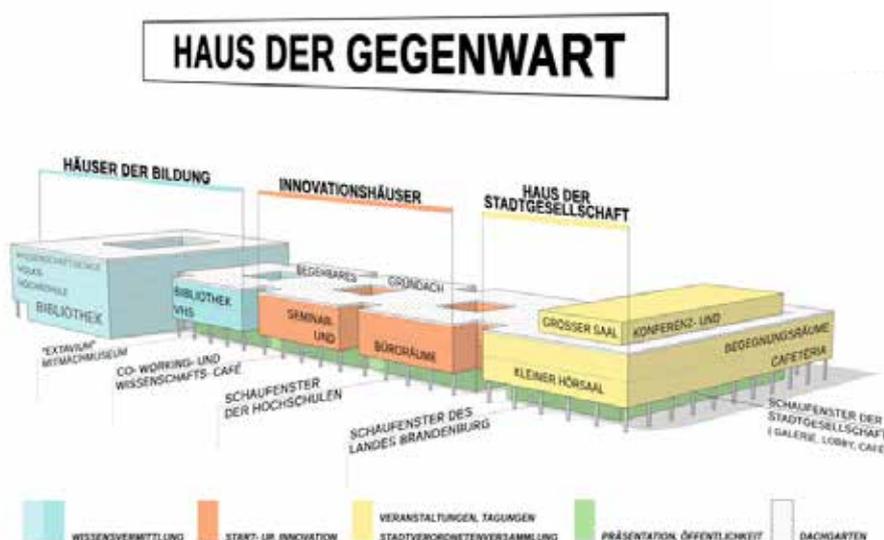


Abb. 1 Umnutzungskonzept für die FH (Quelle: Potsdamer Mitte neu denken 2016)

später hinterfragte die Initiative „Potsdamer Mitte neu denken“ erstmals die Sinnhaftigkeit der Planungen für das 1999 eingeleitete Sanierungsgebiet Potsdamer Mitte. Damit fordern sie eine bis dato ausgebliebene Debatte über die Nachnutzungspotenziale des baulichen Erbes der DDR in Potsdams Innenstadt ein. Ein Nachnutzungskonzept verdeutlichte die enormen Chancen des FH-Gebäudes für die Stadtgesellschaft und den Innovationsstandort (vgl. Abb. 1).

Bemerkenswert ist, dass die Initiative zwar in erster Linie eine Debatte über mögliche Nutzungen und Funktionen, neu entstandene Bedarfe und offensichtliche Potenziale in der Stadtmitte anstoßen wollte, jedoch häufig vordergründig als ostmodern-nostalgische Initiative dargestellt wurde. Die für die Initiative tragenden Aspekte – Mitbestimmung in der Stadtentwicklung, Bewusstsein für kommunales Eigentum, Nachhaltigkeit – blieben in der anhaltenden öffentlichen Debatte oft von Fragen von Ästhetik und Authentizität überlagert.

Hintergründe: Die Potsdamer Mitte und ihr ‚verlorenes Herz‘

Zum Mauerfall 1989 stand Potsdam vor großen städtebaulichen Herausforderungen: Während die Altbaubereiche durch Leerstand und Verfall geprägt waren, präsentierte sich das historische Zentrum unvollendet und großmaßstäblich. Die Bemühungen zur Ausbildung eines neuen, sozialistischen Zentrums hatten dort trotz zahlreicher ‚Zentrumswettbewerbe‘ nur zu einem fragmentierten Ergebnis geführt: der von Protesten begleitete Abriss des schwer zerstörten Schlosses (1959/60) hatte eine zentrale Leerstelle hinterlassen, ein großräumiger Verkehrsknoten entstand. Dieser Situation begegneten die Stadtverordneten im Oktober 1990 mit einem Beschluss, der bis heute Grundsatzcharakter behalten hat:

„Der Magistrat wird beauftragt,

- (1) energische Anstrengungen zu unternehmen, dem weiteren Verfall der verbliebenen echten historischen Bausubstanz Einhalt zu gebieten
- (2) eine langfristige, die Jahrtausendwende überschreitende Konzeption für eine von Verantwortung getragene behutsame Wiedernäherung an das charakteristische historisch gewachsene Stadtbild zu entwickeln.“ (Landeshauptstadt Potsdam 1990)

Während der Sanierungsstau in den Altbauvierteln unmittelbar angegangen wurde, sah man für den Bereich der alten Stadtmitte zunächst nur eine Art Stadtreparatur vor, die auf eine Neubesetzung der Schlossfläche und eine Wiederherstellung der mit ihr verbundenen stadträumlichen Bezüge fokussierte. Eine mögliche Rekonstruktion des Stadtschlosses wurde erst um die Jahrtausendwende Gegenstand städtischer Debatten. Nach einer Prüfung vergleichsweise banaler Nutzungen (Hotel, Wohnen, Museum) beschlossen Stadt und Land schließlich 2005, die Fläche als Sitz des Landtages zu nutzen.

Mit der Aussicht auf eine Neubebauung der Schlossparzelle wurden die Planungen für die Potsdamer Mitte 2005/06 in der umstrittenen „Planungswerkstatt Potsdamer Mitte“ konkretisiert: sahen die ersten Konzepte noch eine behutsam ergänzende Bebauung mit Bezugnahme auf den historischen Stadtgrundriss vor, wurde nun festgelegt, dass das Fachhochschulgebäude und das benachbarte, Staudenhof genannte Wohngebäude komplett

verschwinden und für eine annähernde Wiederherstellung der vormodernen Bebauungsstruktur Platz machen sollen. Hierfür hatte die Verwaltung ihre Wunschvorstellungen kurzerhand eigenmächtig in einen sogenannten *Konsensplan* zusammengelegt. Damit verloren die Planungen seit 2006 jeglichen Bezug zur zunächst beschworenen Behutsamkeit: die *Wiederannäherung* wurde radikal in eine weitestgehende *Wiederherstellung* der vormodernen, barocken Stadtstruktur uminterpretiert.

Vertiefung: Garnisonkirche und Rechenzentrum

Als Residenz- und Militärstadt war Potsdam direkt den preußischen Königen unterstellt – ist also immer *Stadt von oben* gewesen. Erst mit dem Kaiserreich entwickelte sich eine kommunale Selbstverwaltung und mit ihr eine Art Stadtbürgertum. Dennoch blieb Potsdam das Resultat fürstlicher Repräsentation – und entwickelte sich in der Weimarer Republik nicht nur zum Sehnsuchtsort der guten alten Zeit, sondern auch zum Symbolort national-konservativer und revanchistischer Gesinnung.

Besondere Brisanz erlangt diese Kontinuität angesichts der 2017 trotz anhaltender Proteste begonnenen *Rekonstruktion* der Garnisonkirche: Die frühere Staats- und Militärkirche Preußens, vor allem durch die Vereidigung Hitlers am 21. März 1933, dem ‚Tag von Potsdam‘, und als Grablege Friedrich des Großen bekannt, stand bereits in der Kaiserzeit für die enge Verbindung zwischen Staat, Militär und Kirche. In der Zeit der Weimarer Republik avancierte sie so zum Symbolbau der extremen Rechten. Die Kirche wurde im Luftangriff 1945 schwer zerstört. Ihre Ruine verblieb bis zu ihrer Sprengung 1968 als mahnende und stadtbildprägende Dominante. Am gleichen Ort wurde wenig später das Rechenzentrum genannte, fünfgeschossige Datenverarbeitungszentrum mit dem denkmalgeschützten Sockelmosaik „Der Mensch bezwingt den Kosmos“ von Fritz Eisel errichtet.

Bemühungen zum Wiederaufbau der Garnisonkirche wurden kurioserweise 1983 in Westdeutschland aufgenommen: Fallschirmspringerleutnant Max Klaar rief in Isarlohn eine *Traditionsgemeinschaft „Potsdamer Glockenspiel“* ins Leben, welche eben dieses nachgießen und 1990 nach Potsdam bringen ließ. Erst 2004 distanzierten sich kirchliche und gesellschaftliche Kreise vom rechtsextremen Militär Klaar und seinen Spendenmillionen: eine eigene *Stiftung Garnisonkirche* mit prominenten Mitgliedern aus Politik und Kirche bemüht sich seitdem um Mittel für die Rekonstruktion des Turms, welche im Oktober 2017 mit Jahren Verzug, ohne Gesamtfinanzierung und von Protesten begleitet, begonnen hat. Das benachbarte Rechenzentrum wird seit 2015 von über 250 Mietparteien als Kunst- und Kreativhaus zwischengenutzt – ein toller Erfolg der Initiative „Kulturlobby“ und bereits Leuchtturmprojekt (Pietryga 2018). Da aber Teile des Hauses auf dem Grundstück der Stiftung Garnisonkirche liegen, hängt die Weiternutzung von deren Zustimmung ab.

Stadt von oben: Privatisierung und Verwertung

Die zurückliegenden Auseinandersetzungen für Neudenken, also Alternativen zu Abriss, Privatisierung und Fassadenkultur, knüpfen an die elementaren Fragen heutiger Stadtentwicklung an: Wem gehört die Stadt – Wer

kann mitentscheiden und mitgestalten? Seit dem Mauerfall hat sich in Potsdam eine lokale Bauallianz zwischen den Parteien der Rathauskoalition, der Stadtverwaltung, Projektentwickler_innen, Einzelinvestor_innen und ausführenden Firmen etabliert, die den Privatisierungskurs maßgeblich steuert. Während die kommunalen Wohnungsbestände kontinuierlich schrumpfen (20 Prozent in 2016, vgl. Landeshauptstadt Potsdam 2017a: 14), bewirbt sich die Stadt auf internationalen Real Estate Messen als attraktiver Investitionsstandort, an dem prominente Immobilieninvestor_innen investieren. So erreichen die Miet- und Wohnungskaufpreise jährlich neue Rekordhöhen: längst werden in Potsdam die mit Abstand teuersten Mieten Ostdeutschlands aufgerufen (laut Mietspiegel 2018 durchschnittlich 10,47 Euro/m²). Mit durchschnittlichen Kaufpreisen von etwa 5.000 Euro/m² zählt Potsdam zu den zehn teuersten Städten Deutschlands (Zschiek 2018, Gellner 2018). Der Wohnungsleerstand liegt bei unter 1 Prozent.

Die Rekonstruktion der Stadtmitte folgt dem Prinzip dieser Privatisierungspolitik und setzt fort, was in den zentrumsnahen gründerzeitlichen Vierteln bereits weitgehend vollzogen wurde: die Lobby der privaten Eigentümer_innen und Entwickler_innen drängen auf Privatisierung, mit der sie hohe Gewinne erzielen und sehen sich unterstützt durch die Kommune, die mit dem Verkauf der öffentlichen Liegenschaften den Haushalt stabilisieren will. Das Ausmaß der Verflechtung von Immobilienwirtschaft und Stadtpolitik kann an verschiedenen Affären der letzten Jahre abgelesen werden, in denen die Medien publik machen, dass kommunale Wohnbestände oder Bauland unter dubiosen Umständen weit unter Wert an lokale Investoren wie Groth, Semmelhaack, Günter Jauch oder Wolfhard Kirsch verkauft werden (vgl. Tillack 2011, Hallo Potsdam 2017).

Doch während die steigenden Gewinnerwartungen und das routinierte Zusammenspiel dieser Wiederaufbau-Allianz die Entwicklung der Stadt bestimmen, sind die Spenden der privaten Akteure auch ein Indiz dafür, dass die Rekonstruktion der preußischen Stadtgestalt nicht auf ökonomische Interessen reduziert werden kann. Vielmehr soll an prominenter Stelle die Rechtfertigung der bisherigen Stadtentwicklungspolitik demonstriert werden: Der Verkauf städtischen Bodens gilt als unabdingbare Voraussetzung für gelungenen, weil schönen Stadtumbau. Mit der 2005 entstandenen Gruppierung „Bürger für die Mitte – Mitteschön!“ erhielt die privatisierende Rekonstruktion eine bürgerschaftlich-elitäre Legitimation (Förderverein Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte e.V. 2018): Investor_innen gelten hier als engagierte und aufgeklärte Bürger_innen, die „ihren Lebensraum aktiv mitbestimmen wollen“ und werden für ihr besonderes Engagement zum Wohle der Stadt gewürdigt (ebenda).

Hintergrund: Stadt im Umbruch

Zur Vorgeschichte der aktuellen Auseinandersetzungen für ein Recht auf Stadt gehören neben den Instandbesetzungen der Wendezeit auch anhaltende Jugendkulturprotesten um das Jahr 2008. Auslöser war die Schließung mehrerer Jugend- und soziokultureller Orte in der Innenstadt. Ein breiter Zusammenschluss protestierte gegen die Verdrängung junger Menschen und meldete vehement Anspruch auf die Stadtmitte an (Oelschläger 2014). Das

2009 als Kompromiss ausgewiesene neue Jugendkulturzentrum „*freiLand*“ zeigt ein typisches Muster der Befriedung: lautstarke Forderungen nach Räumen für Nichtkommerzielles, Kultur und Miteinander können politische Anerkennung erringen – solange sie nicht das Bild der schönen Stadt brechen und Standorte am Rand akzeptieren (*freiLand* 2018).

Zeitgleich entwickelten sich Überteuierung und schleichende Verdrängung zum dominanten Politikum. Seit 2008 haben sich mal Hunderte, mal Tausende zu „Mietenstopp-Demos“ zusammengefunden (AK Recht auf Stadt Potsdam 2013, Kramer 2017). Doch obwohl sich die Schar der Protestierenden beständig erweitert – zunehmend demonstrieren auch Studierende (Calvez 2018) und Kulturschaffende – entwickeln die Proteste nur langsam eine politische Dynamik. Potsdam, so ein aktuelles Studienergebnis des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), ist eine der am stärksten segregierten Städte Deutschlands (Helbig/Jähnen 2018). Die Kluft zwischen den gerade bei Zuzügler_innen beliebten zentrumsnahen Altbauvierteln und den DDR-Wohnsiedlungen ist unübersehbar. Zwar sind die Bewohner_innen der meist peripheren Plattenbaugebiete nur bedingt von steigenden Mieten bedroht, sehen sich von der Entwicklung der Stadt(mitte) jedoch zunehmend abgehängt. Der Vergleich des tatsächlich pulsierenden und des beschworenen verlorenen Zentrums markiert dies deutlich: Während entlang der Brandenburger Straße seit langem rege Betriebsamkeit herrscht, bleibt der neue Alte Markt verwaist.

Die Distanz der potenziell von Potsdams Restrukturierung betroffenen Stadtnutzer_innen zur politischen Debatte wird durch den Umstand verstärkt, dass Potsdams Bevölkerung seit 1990 zu zwei Dritteln ausgetauscht wurde und Potsdam bis heute eine ausgeprägte Pendlerstadt ist. Über 90 Prozent der Potsdamer Studierenden wohnen in Berlin. Zwar ist diese Gruppe von der Wohnungsnot direkt betroffen, da in den letzten Jahren ausschließlich hochpreisige Mikroapartments für Studierende gebaut wurden, doch mündet dies selten in Kritik an dem Narrativ ‚Potsdam ist doch so schön‘. Der Anteil der Stadtbevölkerung, der (noch) Sehnsüchte nach einer Stadtmitte hegt, die mehr als Konsum bietet, schwindet stetig und wird politisch marginalisiert.

Das Ziel, die Stadt ‚wieder schön zu machen‘ konnte so lange Zeit ohne große Kritik verfolgt werden. Mit ihm wurde und wird der Verkauf von Flächen und Immobilien an private Investoren gerechtfertigt, da angeblich nur sie die alte Pracht wiederherstellen können. Damit überschneiden sich hier klassische kommunale Wirtschaftsförderungsziele wie Tourismus und die ästhetischen Präferenzen wie auch Profitinteressen der Eliten nahtlos. Steigende Tourismuszahlen wie sie zuletzt in Folge der Eröffnung des wiederaufgebauten Barberini Palais vermeldet werden, werden von der Stadt als Bestätigung für den Privatisierungskurs interpretiert, die vergessen lassen, wie viel öffentliche Investition in der Rekonstruktion steckt, die für andere, gemeinwohlorientierte Stadtpolitik fehlt. Eklatantes Beispiel für verschleierte Subventionen privater Investoren ist die Garnisonkirche, deren Bau vollständig aus Spendengeldern finanziert werden sollte, bislang aber maßgeblich von der Stadt, dem Bund und der evangelischen Kirche getragen wird.

Stadt von unten: Wem gehört die Stadt?

Wie beschrieben konnte erst 2015 mit den Aktivitäten der Initiative „Potsdamer Mitte neu denken“, mit dem Bürgerbegehren „Kein Ausverkauf der Potsdamer Mitte“ 2016 und dem 2017 gegründeten Bündnis „Stadtmitte für Alle“ eine lokale Debatte initiiert worden, die neben ästhetischen, städtebaulichen und erinnerungspolitischen Fragen auch die Frage nach den notwendigen und wünschenswerten Funktionen der Innenstadt stellt. Das 2018 abgerissene FH-Gebäude war die letzte große städtische Immobilie im Zentrum der Stadt, auf der die Stadt gemeinwohlorientierte Nutzungen ermöglichen konnte. Statt weiter bestehende Potentiale wie zum Beispiel auch das benachbarte zu DDR-Zeiten erbaute Wohnhaus Staudenhof mit über 180 Kleinwohnungen abzureißen, fordern die Initiativen Erhalt und Um-Nutzung.

Mit zahlreichen Veranstaltungen und kreativen Protestformen wie „Platz nehmen“ auf dem Alten Markt und einem „24-Stunden-Staffellauf“ um die Fachhochschule haben diese Initiativen ihre Forderung direkt in die Stadt getragen (vgl. Abb. 2). Diese Aktionen entfalteten eine starke diskursive und physische Mobilisierungskraft: im Laufe weniger Monate haben mehrere Tausend Menschen – oft zum ersten Mal – den Alten Markt als signifikanten Ort im Zentrum wahrgenommen und ihn sich angeeignet. Mit dem Bespielen des Platzes durch regelmäßige Versammlungen, dem Aufstellen von Sofas und Sitzkissen, Infoständen, Siebdruckwerkstätten, Spielen und Konzerten und einem Protestcamp wurde diese Leerstelle mit Leben gefüllt. Aus der Aneignungspraxis vieler oft bislang nicht politisierter Menschen entwickelten sich gemeinsame Visionen einer alternativen Stadtmitte. Vor allem die Fachhochschule wurde zu einer Projektionsfläche für Nutzungswünsche all jener, die sich mit der Verwertung und ‚Preußifizierung‘ der Stadt unwohl fühlen. Die Initiative „Potsdamer Mitte Neu Denken“ hat in zahlreichen Diskussionen und Veranstaltungen nicht nur die denkmal- und städtebauliche Signifikanz der Fachhochschule in den lokalen Diskurs eingebracht sondern auch das Umnutzungspotential dieses Gebäudes betont. Die Sanierung, so die Forderung an die Stadt, ist möglich und kostengünstiger als der Abriss und ermöglicht die Errichtung eines „Haus der Stadtgesellschaft“, das

Abb. 2 Aktion „Platz nehmen“ des Bündnis Stadtmitte für alle am 12.03.2018 (Quelle: Stadtmittefueralle.de 2018)



weitaus gemeinwohlorientiertere Nutzungen ermöglichen als die geplanten neuen Stadtvillen. Eine Bedarfsumfrage der Initiative zeigte: Der Bedarf nach bezahlbaren und gestaltbaren Räumen für Arbeiten, Bildung, Kultur, und Wohnen im Zentrum ist enorm.

Neben den konkreten sind auch die symbolischen Dimensionen relevant, um die Mobilisierungskraft dieses Protestes zu verstehen, der sich zu einer städtischen Bewegung für eine „Stadt für Alle“ entfaltete. Die von Vielen gestellte Eigentumsfrage lässt sich deutlich ablesen an den Solidaritätsbekundungen für die Besetzer_innen der Fachhochschule: ‚Das ist unsere Stadt!‘ skandierten Tausende in einer spontanen Demonstration. Die Infragestellung der Besitz- und Entscheidungsverhältnisse hat dabei einen dezidierten Stellvertretungscharakter. Denn klar ist allen Beteiligten, dass der Erhalt der symbolkräftigen Einzelgebäude wie Fachhochschule oder Minsk weder die Frage der steigenden Mieten noch die diesem entfesselten Marktdruck zugrundeliegenden Eigentumsverhältnisse aufhalten kann. Vielmehr werden sie verstanden als letzte Bastionen, an denen noch etwas aufgehalten und verändert werden kann. Dieser Widerstand gegen den Verkauf der Stadt, in der kaum noch Perspektiven jenseits des Konsums erkennbar sind, treibt den Protest an.

Eben jene Eigentumsfrage wird aber von oben konsequent abgeblockt. Auch nach über drei Jahren Diskussion und Protest beharrt die Stadt auf dem geplanten Abriss und Verkauf städtischer Immobilien mit der mantra-artigen Rechtfertigung, dass nur so Mittel gesichert werden, um größere, neue Wohnareale am Rand der Stadt zu entwickeln. Verhandlungsspielräume für ein Moratorium kommunaler Verkäufe oder Alternativen zum Höchstpreis werden nicht eröffnet: so wurde zuletzt das Angebot des Bündnis „Stadtmitte für Alle“, die Fachhochschule über das Syndikatsmodell in Erbpacht zu kaufen und zu sanieren, trotz eines Gebots von 6 Millionen Euro als unprofessionell abgelehnt (MAZOnline 2018).

Das Beispiel der Stadtmitte zeigt damit erneut, wie eng die Privatisierungslogik mit dem Projekt der Rekonstruktion verknüpft ist: immer noch ist die Stadt Potsdam extrem zurückhaltend, wenn es darum geht, private Eigentümer_innen über die städtebaulichen – vor allem stadtbildbezogenen – Sanierungsziele hinaus in die Pflicht zu nehmen. Auflagen wie Mietpreisbindungen sind, sofern sie gestellt werden, überaus moderat.[2] Paradoxerweise sind dieselben Akteure, die seit Jahren das absolute (Verwertungs-) Primat des privaten Eigentums an Grund und Boden einfordern (siehe die Debatte um Privatisierung von Uferwegen), sehr bereit die Eigentumsfrage direkt zu stellen, wenn sie die Ziele der Rekonstruktion stören. Einmalig in der jüngeren Geschichte der Stadt wird in der Rathauskoalition tatsächlich die Forderung diskutiert, das Mercure Hotel zu enteignen und abzureißen, um die Blickachsen der barocken Stadt wiederherzustellen (Wiechers 2013).

Beteiligung von oben

Die Beteiligung der Menschen, die in der Stadt leben, ist das Paradigma nachhaltiger Stadtentwicklung. Die Stadt Potsdam versteht sich als Modellstadt für Bürgerbeteiligung und wirbt als „Beteiligungshauptstadt“ für sich. Doch was in Potsdam am deutlichsten auffällt, ist ein eklatantes Missverhältnis zwischen einem öffentlich postulierten Anspruch, mehr Beteiligung zu wagen

und den tatsächlichen Möglichkeiten für Beteiligung sowie dem Umgang mit ihren Ergebnissen. So zeigt sich, dass Beteiligung nur zugelassen wird, wenn es den Verantwortlichen opportun erscheint – und dass diese sich an die Ergebnisse nicht gebunden fühlen, wenn sie dem eigenen Konzept nicht entsprechen. Einen Höhepunkt erreichte dieser Konflikt im Sommer 2017, als Dutzende Aktivist_innen der Initiative „Bitte stehen lassen“ die zum Abriss bestimmte Fachhochschule besetzten. Sie begründeten dies bereits im Vorfeld damit, dass ihnen keine Alternativen mehr zur Verfügung stehen, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Prompt reagierten Stadt- und Landespolitik und Lokalmedien: „Den Besetzern sei gesagt: Werdet erwachsen und lernt, dass manchmal nicht alles so entschieden wurde, wie es Euch gefallen hätte. Man nennt das Demokratie“ (Bosschaart 2017). Ähnliches wiederholte sich im Oktober 2017 bei den Protesten gegen den öffentlichen Baustart zum Wiederaufbau der Kopie der Garnisonkirche.

Tatsächlich hat Potsdam in den letzten Jahren einige Instrumente von Beteiligung installiert. So gibt es einen Bürgerhaushalt und einen Beteiligungsrat, die Stadt fördert Engagement durch ein Büro für Beteiligung („WerkStadt für Beteiligung“) und führte zu unterschiedlichen stadtpolitischen Themen Dialogverfahren durch. Aus Sicht der politisch Verantwortlichen dokumentiert sich hier der Wille, die Bürger_innen mitreden zu lassen. Ob diese dann aber politische Prozesse auch mitentscheiden können, steht auf einem ganz anderen Blatt. So erhält in jedem Bürgerhaushalt seit Jahren die Forderung ‚Kein städtisches Geld für den Wiederaufbau der Garnisonkirche‘ die große Mehrheit der Stimmen. Jetzt wurde der Bau begonnen – auf einem Grundstück, welches die Stadt der Stiftung Garnisonkirche kostenlos überlassen hat und mit der Stadt als Mitglied der Stiftung. Erst im Herbst 2017 beschloss die Stadt einen weiteren finanziellen Zuschuss an die Stiftung zum Wiederaufbau der Garnisonkirche. Inzwischen will die Stiftung auch Landesgelder akquirieren (Potsdam – Stadt für alle 2018a). Zur Entwicklung von Potsdams Mitte gab es bereits zwei Bürgerbegehren: 2014 zur Auflösung der Stiftung Garnisonkirche und 2016 gegen den Verkauf städtischer Grundstücke auf dem Gelände der Fachhochschule. Beide erhielten in wenigen Wochen mehr als die erforderlichen Stimmen, jedoch wurde ihnen mit fragwürdigen rechtlichen Mitteln Wirksamkeit versagt.

Auch das eigentlich wegweisende Projekt „WerkStadt für Beteiligung“ – in dessen Trägerverein Mitmachen e.V. ein erheblicher Teil der stadtpolitischen Initiativen mitarbeitet – wird für pro-forma-Prozesse missbraucht, bei denen die Ergebnisse bereits vorher feststehen. So kritisiert die Mieter_inneninitiative „Mieteschön Brauhausberg“, dass sie trotz langer Verhandlungen und vieler Vorschläge eigentlich nicht berücksichtigt wurden. Auch die WerkStadt für Beteiligung konstatiert: „Aber oft täuscht der Eindruck, dass noch viel zu verhandeln wäre“ (Oelschläger 2017).

Bei richtig wichtigen Prozessen wird die „WerkStadt“ gar nicht einbezogen. Dafür war der „Szenarienworkshop“ zur Zukunft der Kreativwirtschaft im Frühjahr 2018 symptomatisch. Diese Workshops liefen unter dem Titel „Kunst und Kreativwirtschaft in der Potsdamer Mitte“. Für die Moderation dieser Workshops wurde ein kommerzielles Unternehmen – die UNITY AG – engagiert. Unter den zugelassenen Teilnehmer_innen war zwar die Stiftung Garnisonkirche, aber weder das Bündnis Stadtmitte für

alle, noch die Initiative Potsdamer Mitte neu denken. Wie wenig „neutral“ (Landeshauptstadt Potsdam 2017b) die gefundene Moderation tatsächlich war, zeigte bereits der erste Workshop, als alle Ideen und Vorschläge abgelehnt worden, die über die Suche nach einem Alternativstandort für das Rechenzentrum hinausgingen. Es ging im Grunde überhaupt nicht um die öffentlich verkündete „Zukunft der Kreativwirtschaft in der Potsdamer Mitte“ (ebenda), es ging darum, das Rechenzentrum als bisherigen Standort abreißen zu können, um die Garnisonkirche wieder aufbauen zu können. Genau dies haben die Stadtverordneten dann im Juni 2018 unter Protest der am Szenarienworkshop beteiligten Kreativen dann auch beschlossen.

Alle diese Vorgänge zeigen, dass Demokratie in Potsdam als ein Entscheidungsprozess in den parlamentarischen Gremien verstanden wird. Bürger_innen können wählen. So hat es auch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in einer Pressemitteilung zum Konflikt um die Fachhochschule festgestellt: „Eine übergroße Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung, die durch das Mehrheitswahlrecht und weitere, kleine Gruppen [...] ein lebendiger Spiegel der Gesellschaft ist, hat dieses Ergebnis getragen.“ (Potsdam – Stadt für alle 2018b). Als „weitere, kleine Gruppen“ nehmen in Potsdam vor allem Sponsor_innen Einfluss auf die Stadtpolitik. Diese Form der Beteiligung ist in Potsdam weit wirksamer als alle Bürgerhaushalte, Bürgerbegehren oder Dialogverfahren. Ein gutes Beispiel für den Umgang mit Bürgerbeteiligung ist leider auch das sogenannte „Wohnungspolitische Konzept“. In diesem Konzept, das 2015 von der Stadt beschlossen wurde, ist auch die Aufhebung des Höchstgebotsverfahren formuliert. Doch als die städtische Gesellschaft Pro Potsdam ein Jahr später 20 Häuser zum Verkauf anbot – natürlich nach Höchstgebot – argumentierte die Stadtregierung, die städtischen Gesellschaften könnten und müssten sich nicht an solche Beschlüsse halten (Fratzke 2016). Die grundlegende Schizophrenie, dass ein nach Gesellschaftervertrag selbständiges, privatwirtschaftlich agierendes und gewinnorientiertes Unternehmen nun auch sozialpolitische Ziele erfüllen soll, bleibt eindeutig ungeklärt.

So verschieben sich in Potsdam regelmäßig die politischen Koordinaten. Längst haben die Investoren und Firmen der Stadt auch ihre eigene Wählergruppe gegründet. Selbstbeschreibend als „ohne Parteizwang, ohne Lobbyismus – dafür mit Sachverstand und Leidenschaft für die Interessen der Bürger unserer Stadt“ ist das „Bürgerbündnis Potsdam“ (Bürgerbündnis Potsdam 2018) um den Immobilieninvestor Wolfhard Kirsch eine lupenreine Klientelgruppe. Kirsch selbst verdient seit nunmehr zwei Jahrzehnten am Kauf, an der Sanierung und am Weiterverkauf von öffentlichem Eigentum Millionen. Dieser kleinen Rathausfraktion gelingt es problemlos, die regierende SPD weiter in die Richtung einer neoliberalen Stadtverwertung zu drängen. Aus dieser Perspektive verwundert es kaum, dass vor allem Lokalmedien die Bürger_inneninitiativen und Bündnisse „Stadt für alle“, „Stadtmitte für alle“ oder „Potsdamer Mitte neu denken“ regelmäßig als „links“ einordnen, obwohl diese sich selbst gar nicht so definieren. Vielmehr haben sich hier Menschen mit unterschiedlichen politischen und kulturellen Perspektiven zusammengefunden, die einfach eine andere, nachhaltige, soziale Stadtentwicklung wollen.

Das Versprechen ‚make Potsdam great again‘ bleibt politisch weitgehend unhinterfragt, muss sich kaum rechtfertigen und eignet sich offenbar dazu,

politische Mehrheiten zu organisieren. Die strategische Annahme, dass eine Mehrheit der Wähler_innen dies als eindeutige Verschönerung und als irgendwie notwendige Wiederherstellung einer städtischen und historischen „richtigen“ Ordnung akzeptieren, hat sich bestätigt. Selbst im aktuellen Wahlkampf hat sich außer dem Kandidaten der Oppositionsfraktion „Die Andere“ keine der Bewerber_innen für den Oberbürgermeisterposten zur Sache Fachhochschule und Rekonstruktion geäußert. Allerdings erhielt dieser bei der Wahl am 23.09.2018 fast 12 % aller Stimmen, eine Verdreifachung des Wahlergebnisses vor 8 Jahren und mehr als ein Achtungserfolg der kritischen Stadtgesellschaft.

Fazit

Vorangetrieben durch ein gut artikuliertes und begütert politisches Netzwerk engagierter Bürger_innen hat sich das Projekt Rekonstruktion in Potsdam durchgesetzt, da es starke (Immobilien-)wirtschaftliche Interessen bedient, sich keiner planerisch begründeten Behutsamkeit unterwerfen muss und durch ein seit 1990 entwickeltes Stadterneuerungsarrangement zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Lokalpolitik unterstützt wird. Während sich die Eliten dieser Stadt als Retter der historischen Stadt gerieren, werden die realen Gestaltungs-, Aneignungs- und Entfaltungsspielräume immer kleiner. Menschen, die eine andere Stadt wollen, werden verdrängt und zum Teil kriminalisiert.

Zu beachten bleibt, dass Potsdams Rekonstruktion keine rein lokale Angelegenheit ist, die sich nur lokal lösen lässt: der Einfluss nationaler Unterstützer, die Potsdams Rekonstruktion als ihrerseits wichtig finden, ist erheblich. Der vom ZDF gesponserte und von der evangelischen Kirche unterstützte Werbeclip für den Aufbau der Garnisonskirche ist exemplarisch für dieses Bestreben einer baulichen Lösung undefinierter gesellschaftspolitischer Probleme und Altlasten: der Spendenaufruf für die Errichtung dieses Gebäudes als nationaler Ort der Versöhnung kommt ohne Begründung aus, was denn genau in dieser kontaminierten Fassade versöhnt werden soll (Sagatz 2018).

Eine Lektion aus dem Beispiel Potsdam ist, dass die Analyse einer ‚Stadtentwicklung von oben‘ auf die Wirkmächtigkeit ästhetischer Diskurse achten sollte, da sich diese als mobilisierungstauglicher, weil direkt am Alltagsgefühl anknüpfbar erweisen. Wie auch die Geschichte des Berliner Stadtschlösses zeigt, ist der Wunsch nach Versöhnung und Harmonie mit der Geschichte – oder anders gesagt die Auslöschung der Widersprüche und Untaten – ein starkes Moment. Dass sich über Ästhetik oder gar Schönheit nur schwer streiten, aber zugleich enorm viel restauratives, reaktionäres, nationales, essentialisierendes Denken transportieren lässt, macht die Potsdamer Auseinandersetzung zudem deutlich.

Natürlich geht es anders: Stadt kann bezahlbar, vielfältig und solidarisch sein. Die Umdrehung der Diskurse, also Funktion vor Form, bleibt jedoch eine Herausforderung. In derart ästhetisierten Diskursen sind neue Bilder von gemeinwohlorientierter Stadtarchitektur erforderlich. Denn, wenn Mittelschön in öffentlichen Diskussionen von der wohlproportionierten Form der preußischen Architektur spricht, die dem Harmonieempfinden des Menschen

entspreche, werden die Kritik und die Gegenfrage, warum Demokratie feudale Fassade brauche, umgangen. Als problematisch erweist sich aber dabei, dass viele Aktive des Bündnisses „Stadtmitte für alle“ authentische Gebäude auch für schöner befinden als die monotonen Renditearchitekturen der Gegenwart. Das Defizit konkreter Bilder einer Stadt, die schön und doch für alle zugänglich ist, einer Stadt, die Brüche und Überlagerungen zeigt statt glatter einheitlicher Fassaden, wird hier deutlich. Für solche Gegenbilder erweist sich die DDR-Moderne ebenfalls als starkes, aber doch auch nur für bestimmte Gruppen ausreichendes Mobilisierungselement. Die Strategie, angebliche Verwüstungen der DDR-Zeit wiedergutzumachen bewies sich in Potsdam – auch durch die viel beschworene und reichlich verklärte Narration einer *great history* – zwar als die durchsetzungsstärkere; doch die den Rekonstruktionen inhärenten Widersprüche, ihre begleitenden Zerstörungen und die anhaltenden gesellschaftlichen Widerstände schreiben sich tief in die Stadtgeschichte ein.

Bislang stellt die rekonstruierte Stadtmitte den ideologischen Kitt, mit dem Widersprüche zusammengehalten und soziale Fragen ausgeklammert werden. Die Frage bleibt, wie lange es gelingt, die soziale Spaltung durch feudale Fassaden zu vertuschen? Der vollzogene Abriss der FH demonstriert, dass bislang kaum oder nur kleine Kompromisse errungen wurden (vgl. Abb. 3). Doch sind die jüngsten Auflagen sicherlich auch als ein Erfolg der Proteste zu verbuchen: Die Investoren der geplanten Stadtvillen auf historischen Grundriss müssen nun auch 15 Prozent bezahlbaren Wohnraum bereitstellen. In der aktuellen Diskussion um den Verkauf der Grundstücke auf dem Brauhausberg, verbunden mit einem Abriss des Minsk, hat sogar die Fraktion Bündnis 90/Grüne die Seiten gewechselt und verlangt eine Neuausschreibung nach Konzept. Inzwischen ist der Verkauf verschoben und eilig ein Werkstattverfahren eingeleitet worden.

Kleine Erfolge verdeutlichen den gewachsenen Widerstand gegen das lokal noch hegemoniale Projekt der Rekonstruktion. Zum ersten Mal seit über zehn Jahren haben Potsdamer_innen wieder einen konkreten Anspruch auf die Stadtmitte formuliert, der sich gegen die Pfadabhängigkeit der bisherigen Entscheidungen stemmt. Diese *Gegendiskurse* zeigen auf, wer in diesem großartig restaurierten Potsdam keinen Platz haben wird. Sie verteidigen hier



Abb. 3 Das abgerissene Gebäude der FH am Alten Markt (Quelle: Lutz 2018)

nicht nur, sondern fordern, Neues gemeinsam zu entwickeln. Wenn ‚Make Potsdam great again‘ das Ziel sein soll, machen sie deutlich: Großartig, vielfältig und zukunftsfähig bleibt Potsdam nur, wenn es Orte und Gelegenheiten für Mitsprache, Austausch und Begegnung schafft – und sich Räume erhält, die allen Potsdamer*innen und ihren Gästen nicht-kommerzielles Erleben, vielfältiges Miteinander und eine differenzierte Erinnerungskultur ermöglichen.

Endnoten

- [1] Zum langwierigen Prozess der Form- und Funktionsfindung für den neuen Landtag bietet die Abschlussarbeit von Tomczak einen fundierten Überblick (Tomczak 2014).
- [2] Laut Zeitungsmeldungen sollen in dem neuen Stadtviertel Krampnitz 20 Prozent der Wohnungen eine Mietpreisbindung haben. Bald wurde jedoch klar, dass die Stadt mit dem Großinvestor Deutsche Wohnen, der dort über 1400 Wohnungen baut, nur eine noch nicht einmal rechtlich verbindliche Zielmiete von 8,50 Euro/m² vereinbart hat (Oelschläger 2018).

Autor_innen

André Tomczak ist Kunsthistoriker mit Fokus auf Themen gebauter Umwelt. Er ist Mitbegründer und Sprecher der Initiativen „Potsdamer Mitte neu denken“, „Kulturlobby Potsdam“ und „Stadtmitte für alle“. Beruflich widmet er sich integrierter Stadtentwicklung, konzipiert und moderiert Teilnehmungsformate und aktiviert leerstehende bzw. untergenutzte Räume. andre.tomczak@rocketmail.com

Manuel Lutz ist Stadt- und Wohnungsforscher in Berlin und Potsdam. Er forscht zum Regieren städtischer Ungleichheit und den Transformationen des Wohnens mit Fokus auf Prekarisierung und Selbstorganisation. Aktuell untersucht er neue Formen des Gemeinschaftwohnens in Deutschland und der Schweiz. manuel.lutz@metropolitanstudies.de

Holger Zschoge ist Lehrer und Berater im Verbund des Mietshäusersyndikats. Er engagiert sich in verschiedenen städtischen Netzwerken und ist Sprecher des Bündnisses „Stadtmitte für alle“. holger_zschoge@web.de

Literatur

- AK Recht auf Stadt Potsdam (2013): Mietenstopp – Stadtumstrukturierung Verhindern – Wohnraum für Alle. <http://www.rechtaufstadt-potsdam.de/> (letzter Zugriff am 17.09.2018).
- Arte (2017): Metropolenreport Potsdam. <https://www.arte.tv/de/videos/075579-000-A/metropolenreport-potsdam/> (letzter Zugriff am 17.09.2018).
- Bosschaart, Jan (2017): Kommentar zur Besetzung der Fachhochschule Potsdam: Demokratie geht anders. In: Märkische Allgemeine Zeitung, 28.11.2017.
- Bürgerbündnis Potsdam (2018): Faire Kommunalpolitik: Macht Spaß und macht Sinn. <https://www.buergerbuendnis-potsdam.de/buergerbuendnis/ueber-uns.html> (letzter Zugriff am 17.09.2018).
- Calvez, Sandra (2018): Studenten protestieren für mehr Wohnraum: Bezahlbar wohnen in Potsdam? In: Potsdamer Neueste Nachrichten, 6.6.2018.
- Förderverein Wiedergewinnung der Potsdamer Mitte e.V. (2018): Mitteschön! – Initiative „Bürger Für Die Mitte“. <https://www.mitteschoen.de/> (letzter Zugriff am 17.9.2018).

- Fratzke, Christine (2016): Nein für Tuchmacher 8. In: Potsdamer Neueste Nachrichten, 4.11.2016.
- FreiLand (2018): FreiLand Potsdam Kulturzentrum. In: <https://www.freiland-potsdam.de/> (letzter Zugriff am 17.9.2018).
- Gellner, Torsten (2018): Wohnungsmarkt: Potsdam Bleibt Das Teuerste Pflaster in Ostdeutschland. In: Märkische Allgemeine Zeitung, 19.2.2018.
- Hallo Potsdam (2017): Hallo Potsdam: Lebensqualität und Stadtentwicklung aus kritischer Perspektive. https://stadt fuer alle.de/wp-content/uploads/hallopotsdam_2017.pdf (letzter Zugriff am 17.9.2018).
- Helbig, Marcel / Jähnen, Stefanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten.“ Working Paper P 2018-001, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Kil, Wolfgang (2017): Adieu Brauhausberg! Potsdams neues Freizeitbad erweist der Stadt einen schlechten Dienst. https://www.baunetz.de/meldungen/Meldungen-Potsdams_neues_Freizeitbad_erweist_der_Stadt_einen_schlechten_Dienst_5099445.html (letzter Zugriff am 17.9.2018).
- Kramer, Henri (2017): Demo gegen hohe Mieten: mit markigen Worten gegen Verdrängung. In: Potsdamer Neueste Nachrichten, 16.9.2018.
- Landeshauptstadt Potsdam (1990): Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur behutsamen Wiederannäherung an den charakteristischen, historisch gewachsenen Stadtgrund- und Aufbau.
- Landeshauptstadt Potsdam (2017a): Wohnungsmarkt Potsdam Soziale Wohnraumversorgung in der Landeshauptstadt Potsdam 2013 bis 2016.
- Landeshauptstadt Potsdam (2017b): Pressemitteilung: Szenario-Workshop: Strategieentwicklung für die Kunst- und Kreativwirtschaft in der Potsdamer Mitte.
- Maak, Niklas / Seidel, Claudius (2017): Make Potsdam Schön Again. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.4.2017.
- MAZOnline (2018): Potsdam lehnt Kaufangebot für FH ab. In: Märkische Allgemeine Zeitung, 2.5.2018.
- Oelschläger, Volker (2014): Vom Archiv bis zum Spartacus. In: Märkische Allgemeine Zeitung, 10.01.2014.
- Oelschläger, Volker (2017): Altbauanierung in Potsdam – Zwischenbilanz zur Mieterbeteiligung. In: Märkische Allgemeine Zeitung, 14.07.2017.
- Oelschläger, Volker (2018): Krampnitz Ohne Mietobergrenze. In: Märkische Allgemeine Zeitung, 15.7.2018.
- Pietryga, Sophia (2018): Gestern – Rechenzentrum Potsdam. <https://rz-potsdam.de/cms/gestern/> (letzter Zugriff am 17.9.2018).
- Potsdam – Stadt für alle (2018a): Garnisonkirche – ein Goldenes Kalb für Potsdam. <http://www.potsdam-stadt fuer alle.de/2018/09/12/garnisonkirche-ein-goldenes-kalb-fuer-potsdam/> (letzter Zugriff am 17.9.2018).
- Potsdam – Stadt für alle (2018b): Zitate zur Debatte um die Fachhochschule Potsdam. <http://www.potsdam-stadt fuer alle.de/2018/03/10/zitate-zur-debatte-um-die-fachhochschule-potsdam/> (letzter Zugriff am 17.9.2018).
- Potsdamer Mitte neu denken (2016): Haus der Gegenwart. <https://www.potsdamermit-teneudenken.de/haus-der-gegenwart/> (letzter Zugriff am 17.9.2018).
- rbb (2017): Wem gehört Potsdams Mitte? <https://mediathek.rbb-online.de/tv/Die-rbb-Reporter/Wem-gehört-Potsdams-Mitte/rbb-Fernsehen/Video?bcastId=-16269336&documentId=48161760> (letzter Zugriff am 17.9.2018).
- Sagatz, Kurt (2018): Spot für Garnisonkirche bringt ZDF Ärger ein. In: Der Tagesspiegel, 21.02.2018.
- Tillack, Hans-Martin (2011): Immobiliendeals in Brandenburg: Wie Platzeck Potsdam verkaufte. In: Der Stern, 27.9.2011.
- Tomeczak, André (2014): Von der kritischen Rekonstruktion zur ‚Mitteschön!‘ Die Fassadenrekonstruktion des Stadtschlusses im Diskurs der Potsdamer Mitte. Technische Universität Berlin. <https://depositonce.tu-berlin.de/handle/11303/6276> (letzter Zugriff am 17.9.2018).
- Wiechers, Katharina (2013): Stadt fällt mit Plänen für Mercure-Abriss durch. In: Potsdamer Neueste Nachrichten, 30.10.2013.
- Zschiek, Marco (2018): Potsdam unter Deutschlands zehn teuersten Städten. In: Potsdamer Neueste Nachrichten, 16.7.2018.



Bevor Sie fliegen können, müssen Sie kaufen: die Flughafenmalls*

Phillippe Rekacewicz

Einführung

Die folgenden Karten sind das Ergebnis einer Langzeit-Beobachtung, die ich in vielen Flughäfen, hauptsächlich in Europa, durchgeführt habe. Gleichzeitig stellen sie das ultimative Symbol des wilden Kapitalismus dar.

Der Beobachtungsprozess

Die Karten zeigen, wie sich die Öffentlichkeit und insbesondere die Passagiere in einem Raum bewegen, der sorgfältig von einer ‚unsichtbaren‘ Kraft gestaltet wurde. Damit meine ich Menschen, die die Macht haben, die Logistik, den Fluss von Dingen, von Flugzeugen, Autos und Menschen in öffentlichen Gebäuden zu organisieren. Die Öffentlichkeit weiß bis dato in der Regel zu wenig darüber, um diese Einflussnahme zu bewerten, solange keine Ergebnisse langfristig angelegter Forschungsprojekte mit Beobachtungen über diese Räume vorliegen. Die vorliegende Sammlung von Karten (die durchaus als animierte Karten dargestellt werden könnten) soll einen ansonsten unsichtbaren Prozess visualisieren: Stück für Stück werden der Wille und die Bewegungsfreiheit der Passagiere ‚eingenommen‘, um sie dazu zu bringen, Geld für teures Essen und Getränke auszugeben. In vielen Flughäfen lässt sich nach der Sicherheitskontrolle so gut wie alles finden – unzählige Sorten Wodka oder Zigaretten – nur keine Windeln für jene Passagiere, die das Pech haben, diese zuhause vergessen zu haben und mit zwei kleinen Kindern zu reisen. Die Karten zeigen auch die fortschreitende Verkleinerung des ‚potentiell öffentlichen Raums‘ für die Öffentlichkeit. Dieser Raum geht in eine vollständig kommerzielle Umgebung über.

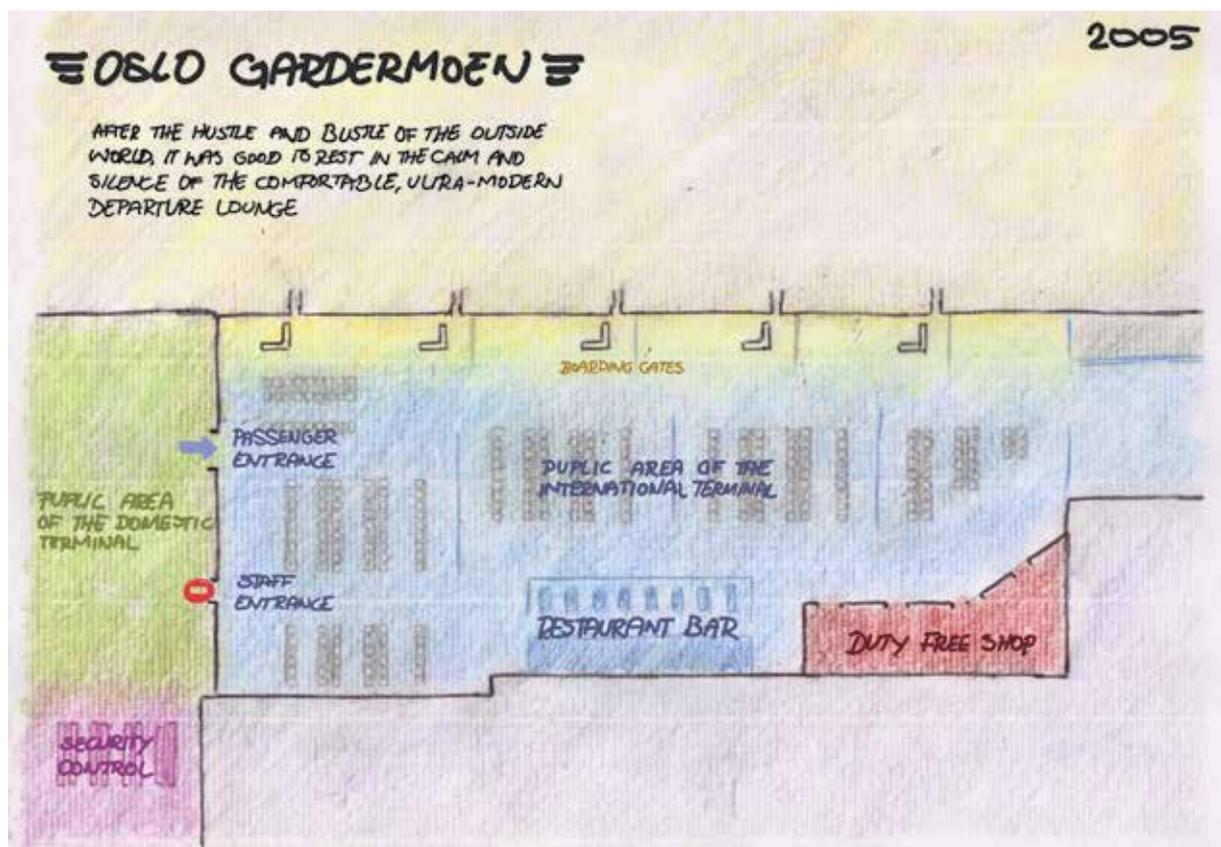
Damit möchte ich eine Methodik zur Beobachtung von Räumen und Territorien vorstellen, die von Menschen, der Öffentlichkeit, Fahrgästen und Nutzer_innen angewendet werden kann, um ‚die Straßen zurückzugewinnen‘ beziehungsweise in diesem Fall die legitime Nutzung der öffentlichen Räume zu ermöglichen. Diese Methodik erfordert ein stringentes Vorgehen, das in zwei Phasen beschrieben werden kann. In der ersten Phase geht es

* Bei diesem Text handelt es sich um die Übersetzung eines Beitrags aus dem Buch *This is not an Atlas. A Global Collection of Counter-Cartographies*, herausgegeben vom Kollektiv orangotango+, 2018 erschienen beim transcript-Verlag. Mehr dazu findet sich unter <https://notanatlans.org> und auf <https://visionskarto.net>. Wir bedanken uns beim Kollektiv und beim transcript-Verlag für die freundliche Genehmigung eines Wiederabdrucks. Übersetzt haben den Text für uns Justin Kadi und Yuca Meubrinc.

zunächst ausschließlich um Forschung: die Beobachtung und Überwachung eines Standorts und seiner Entwicklung mithilfe einer multidimensionalen Analyse, die sowohl Zeit (vertikale Sicht) als auch Raum (horizontale Sicht) berücksichtigt. Ein Ort verändert sich im Laufe der Zeit mehr oder weniger schnell und wird entsprechend des ‚Bedarfes‘ organisiert, den die Investor_innen bzw. die zentralen Akteur_innen als notwendig erachten. Dies bedeutet, dass der Beobachtungsprozess als eine Form der Dekonstruktion zu verstehen ist: Es geht darum, die Änderungen innerhalb des betrachteten Zeitraums zu bewerten und die Absichten zu erkennen, die diesen Veränderungen zugrunde liegen (also zum Beispiel: Warum haben die Behörden dies getan, das geändert, jene Barrieren hier aufgestellt, et cetera). Der Beobachtungsprozess wird durch Interviews mit den für die Infrastruktur verantwortlichen Akteur_innen ergänzt: Architekt_innen, Geschäftsleiter_innen, Flughafenbehörden und verantwortliche technische Mitarbeiter_innen des Ministeriums. Allen Akteur_innen werden die gleichen Fragen gestellt (siehe oben), damit die Antworten verglichen und interpretiert werden können. Der zweite Teil der Interviews ist freier und flexibler und an die jeweiligen Personen angepasst (berücksichtigt werden Gefühle, persönliche Meinungen, Kompetenzbereiche, Wünsche, Interessen, Unbehagen et cetera).

Nach Abschluss dieser Forschungsphase besteht die zweite Phase darin, die Ergebnisse im Forschungsfeld an den Akteur_innen und Zuschauer_innen zu ‚erproben‘: etwa dadurch, Aktionen zu initiieren, um gegen den Prozess der öffentlichen Raumaneignung Widerstand zu leisten. Ein weiterer wichtiger Teil besteht darin, das Thema an die Medien heranzutragen, um die Passagiere zu warnen und ‚partizipative Kartierungsprojekte‘ mit ihnen zu starten. Ziel ist es, den Einfluss der zentralen Akteur_innen auf Menschen,

Abb. 1 Zustand
Flughafen Oslo 2005



Fluggesellschaften, die soziale Entwicklung, allgemein die Konsumgesellschaft und letztlich die Umwelt und das Klima in Frage zu stellen.

Die vorgeschlagene Methodik folgt einem Ansatz der ‚Kritischen Kartographie‘. Dazu zählen erstens Datensammlung, Visualisierung und Analysen; zweitens direktes Handeln im Feld beziehungsweise im Raum selbst unter Einbeziehung der Akteur_innen und Beobachter_innen durch ‚Akte des Widerstandes‘. Mit anderen Worten: ein Prozess der Verknüpfung von Information und Handeln oder der ‚Bereitstellung des Wissens‘ und ‚Umsetzung des Widerstands‘.

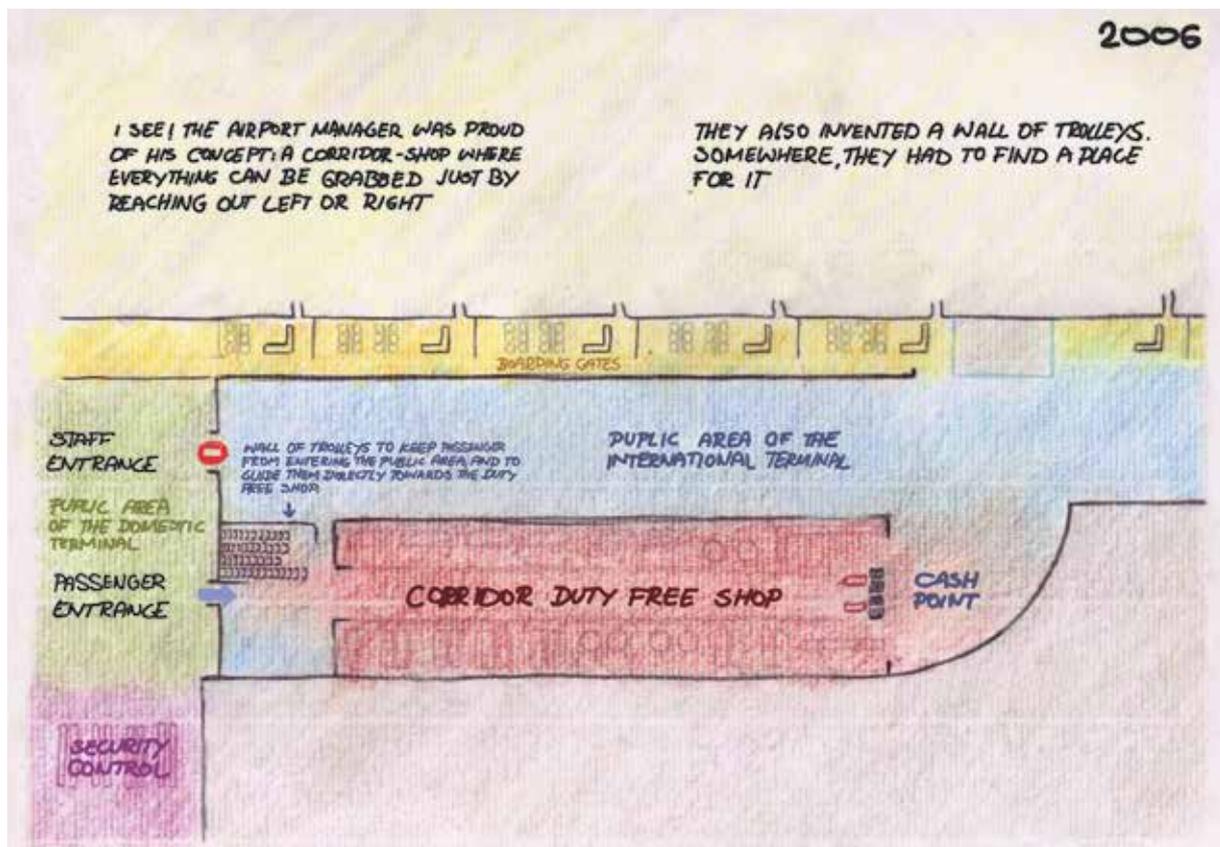
Das Symbol

Im Ergebnis beschreiben diese Karten einen Prozess, in dem die Öffentlichkeit mehr und mehr ihrer Bewegungsfreiheit beraubt wird und gleichzeitig Kontrolle und Überwachung verstärkt werden. Dieser Prozess erfolgt ohne Zustimmung und Legitimierung durch die Gesellschaft und begründet daher einen Missbrauch unserer Freiheit. Diesen Umstand will ich auf kartografische Art darstellen.

Überall – in Postämtern, Bahnhöfen, Flughäfen und Straßen – wird der öffentliche Raum privatisiert und Fußgänger_innen werden durch kommerzielle Räume geleitet.

Vor ein paar Jahren war ich auf dem kürzlich renovierten Flughafen Kristiansand-Kjevik in Norwegen. Mein Flug hatte Verspätung, also habe ich mich nach einem Ort umgesehen, um mit den Leuten, die mich verabschiedet hatten, etwas trinken zu gehen. Aber das Café war auf der anderen Seite der

Abb. 2 Zustand
Flughafen Oslo 2006

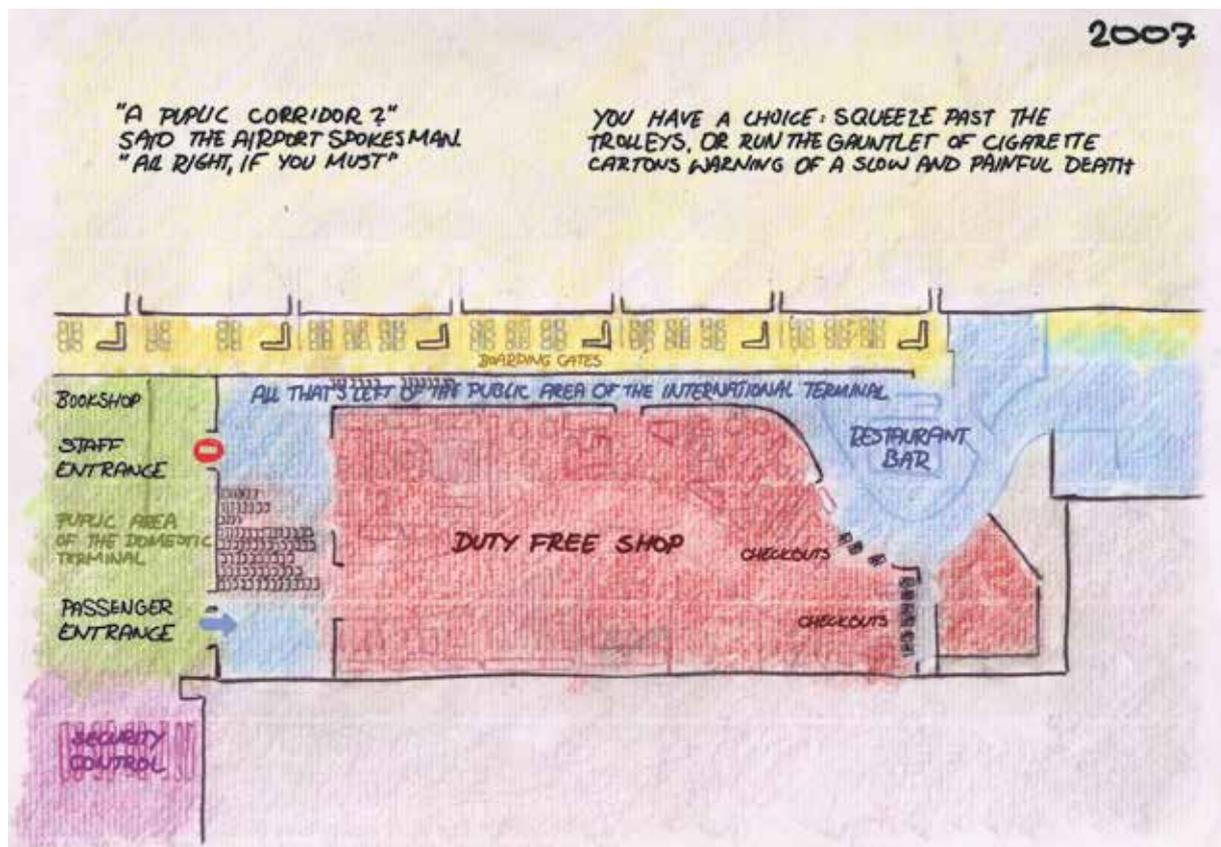


Sicherheitskontrollen. Eine Stunde verging ohne Flugzeug, ohne Update zum Abflug – und ohne Informationen vom Schalter der Fluggesellschaft. Ich hätte zu den Flugsteigen gehen müssen, um herauszufinden, was los war, aber die Tür, die zu den Flugsteigen führte, war geschlossen. Also fragte ich einen Wachmann am Eingang des Duty-Free-Shops, wie man zu den Mitarbeiter_innen der Fluggesellschaft gelangt. Er sagte, ich müsse durch den Laden gehen. Ich erklärte ihm, dass ich nur nachsehen würde, was los war und über den gleichen Weg zurückkommen würde. Er erwiderte, das wäre nicht möglich. Wenn ich durch den Laden ginge, müsste ich im Anschluss den Zoll passieren.

Anstatt direkt durch einen öffentlichen Korridor zu den Flugsteigen zu gelangen, musste ich durch ein Geschäft gehen, das mit Spielzeug, Parfüm, Pralinen und Gin-Flaschen gefüllt war. In der Vergangenheit hatte das Terminal aus einem großen Raum bestanden. Aber nun war es in drei Abschnitte unterteilt, wobei der Zugang von einem zum nächsten streng kontrolliert wurde. Einen Monat später fand ich heraus, dass mein Sohn, der damals zweieinhalb Jahre alt war, seine Taschen mit Bonbons und einer Flasche Chanel Nr. 5 gefüllt hatte, als wir auf dem Weg zu den Flugsteigen durch den Duty-Free-Shop gingen.

Diese Vorfälle waren der Anlass für das Duty-Free-Shop-Projekt und für die Untersuchung der neuartigen Strategien für die Organisation von Raum- und Fußgängerverkehr, die die Art und den Zweck öffentlicher Räume verändern. Auf europäischen Flughäfen beobachtete ich Bewegungsmuster, Objekte, Einstellungen von Flughafenmitarbeiter_innen, Einrichtung, Beleuchtung, Design und Beschilderung und zeichnete Karten, um die Veränderungen und ihre Bedeutung zu erklären.

Abb. 3 Zustand
Flughafen Oslo 2007



Verantwortlich für die Veränderungen sind die Flughafenbehörden, die Verkehrsministerien und die Unternehmen, die die Geschäftsräume und die Flughafendienste verwalten. Es ist wie im Theater: Sie suchen und trainieren die Stars und die Statist_innen: Sicherheitsleute, Duty-free-Shop-Mitarbeiter_innen, Bodenpersonal der Fluggesellschaften, Zollbeamte_innen, Polizei und Reisende. Diese arbeiten bei der Innengestaltung der Terminals zusammen, entscheiden über die Einrichtung, die Beleuchtung und die Sichtachsen. Welche Bereiche sollen ‚offen‘ und welche ‚geschlossen‘ sein? Alles ist darauf ausgelegt, die Passagiere an den Ort zu bringen, an dem sie etwas kaufen können.

Die Flughafenbehörden bestreiten jegliche Beteiligung an den Änderungen. Jo Kobro, ehemaliger Leiter der Medienabteilung am Osloer Flughafen, sagte: „Die Shop-Manager entscheiden ihre Verkaufsstrategien individuell“ (obwohl er mir bei dieser Auskunft nicht in die Augen schauen konnte). Aber die Geschäfte machen Geld und die Flughafenbehörden verdienen dabei mit.

Therapie des Einzelhandels nach der Zerreißprobe

Die Verletzlichkeit der zivilen Luftfahrt wurde in den 1950er Jahren deutlich, nachdem in Nordamerika zwei Flugzeuge in den Jahren 1949 und 1955 durch Bomben im Gepäckraum in die Luft gesprengt wurden (die Motive der Täter waren eheliche Untreue und Lebensversicherungsbetrug). Dennoch waren Flughäfen für das nächste halbe Jahrhundert relativ offene Orte, zu denen Familien für aufregende Tagesausflüge kamen, um VIP-Passagiere anzustarren oder vor Werbepostern von exotischen Reisezielen zu träumen.

Die Bombenangriffe auf den UTA (Union des Transports Aériens) Flug 772 im Jahr 1988 und den Pan American Airlines Flug 103 im Jahr 1989 führten zu strengeren Überwachungs- und Sicherheitssystemen, aber die Anschläge vom 11. September 2001 markierten eine neue Ära: Der Flugverkehr erlebte einen Einbruch, der bis 2005 andauerte, und Fluggesellschaften sowie Flughafenbehörden sahen sich einer beispiellosen Krise ausgesetzt.

Viele Flughäfen und Fluggesellschaften erhielten anfänglich massive öffentliche Subventionen, vor allem in Nordamerika, aber die Flughäfen sollten bald (wieder) ihre eigenen Betriebskosten decken. Dies war umso schwieriger, als die Steuern auf Flugtickets deutlich reduziert oder sogar zeitweise erlassen wurden, um das Wachstum anzukurbeln. Das Flughafenmanagement wurde an privat-öffentliche oder gemischte öffentlich-private Unternehmen ausgelagert.

Die Lösung des neuen Managements war es, Flughäfen in kommerzielle Räume zu verwandeln. Einige wurden ganze Kleinstädte mit Supermärkten, Duty-Free-Shops, Parkhäusern, Hotels, Geschäfts- und Konferenzzentren. Die Flughäfen erhielten einen Anteil des Gewinns (Zahlen dazu sind nicht veröffentlicht).

Nach dem 11. September überarbeiteten auch Flughäfen ihre Überwachungs- und Sicherheitskonzepte. Die ‚Außenwelt‘ ist nun strikt von der ‚Innenwelt‘ getrennt und das Überqueren der Grenze von einer Welt in die andere bedeutet, dass man gescannt, durchsucht, gefilzt und jedes Gegenstandes enteignet wird, der eine potentielle ‚Bedrohung‘ darstellt (einschließlich einer Flasche Mineralwasser).

Flughäfen wurden zu hyper-kommerzialisierten und hyper-gesicherten Räumen, in denen Reisende wie Gefangene festgehalten werden. Managementfirmen organisierten den Passagierfluss durch die Terminals neu und machten sie zu Laboren, in denen subtile räumliche Modifikationen getestet werden. Das Ziel scheint es zu bestimmen, wie man den größten Gewinn mit Passagieren macht, die durch speziell entworfene Zonen mit verlockenden Waren manipuliert und geleitet werden.

Alles im ‚inneren‘ Raum ist reguliert – von der Freiheit, sich in Gruppen zu versammeln, bis zum Fotografieren. Keine Beschwerden und keine abweichende Wahl der Wegstrecke sind erlaubt. Es ist eine kapitalistische und monopolistische Wirtschaft, in der nur wenige multinationale Konzerne Hunderte von Geschäften, Restaurants, Bars und Bodenabfertigungsdienstleister betreiben, die sie an lokale Betreiber ausgelagert haben. Das Recht auf Information wird verweigert: Hinweise, die ‚Passagierrechte‘ enthalten, werden dort platziert, wo sie am wenigsten sichtbar sind: in dunklen Ecken oder hinter Säulen. Werbung im Zusammenhang mit Träumen, Reisen und Sex lenkt die Aufmerksamkeit von der Art und Weise ab, wie der öffentliche Raum gekapert wurde.

Der erste Schritt besteht darin, die Passagiere zu desorientieren. Sicherheitsbeamt_innen und Duty-Free-Shop-Angestellte tragen fast identische Uniformen. Die Ladenmitarbeiter_innen sind verantwortlich für die Ordnung in und um die Geschäfte; Sicherheitsbeamt_innen fungieren als Werbende für die Geschäfte. In Kristiansand-Kjevik deutete ein Wachmann unnachgiebig auf eine der beiden Türen hinter sich, und so wurden fast alle Passagiere eines Fluges aus Kopenhagen in den Duty-Free-Shop umgeleitet. Niemand hat die Tür daneben gesehen, die direkt zur Gepäckausgabe führt.

In die Geschäfte geleitet

Für die Schilder, die verwendet werden, um die Passagiere zu den Flugsteigen zu leiten und um die Geschäfte zu bewerben, werden die gleichen Symbole benutzt, so dass die Passagiere meinen, Richtungsinformationen zu erhalten, wenn sie eigentlich Werbung lesen. Sie denken, dass sie auf ihre Reise gehen, und landen in den Geschäften. Am Londoner Flughafen Gatwick befinden sich die zentralen Toiletten im Duty-Free-Shop und werden wie eine Kundendienstleistung und nicht wie eine öffentliche Einrichtung behandelt. Um ein Flugzeug in Brüssel zu besteigen, müssen Passagiere durch die Geschäfte gehen – erzwungene ‚Einzelhandelstherapie‘ nach den Strapazen des Check-ins und der Sicherheitskontrollen.

Vor weniger als einem Jahrzehnt waren die kommerziellen Bereiche des Flughafens, wo alles einen Preis hat, von freien öffentlichen Räumen, in denen alles kostenlos ist, getrennt. Inzwischen sind diese Räume miteinander verschmolzen, und in London, Oslo, Bergen und Mailand sind ‚freie‘ öffentliche Flure einfach verschwunden. Die zwei Räume existieren manchmal noch nebeneinander: die sorgfältig entworfene kommerzielle Welt, hell erleuchtet, gefüllt mit Waren und mit Farben, die von glänzendem Weiß, leuchtendem Gelb und Rot beherrscht werden; und die öffentlichen Räume, in denen sich die Passagiere setzen können, wenn sie denn einen Sitzplatz finden, oft in grünlichem Grau. In Flughäfen wie Kopenhagen wurden viele

Sitzplätze entfernt, um Platz für Restaurants und Geschäfte zu schaffen. Diese unangenehmen Zonen bieten keinen ‚Schnickschnack‘: Sie werden als nicht nützlich angesehen.

Diese Veränderungen betreffen nur Wenige (nur 10-15 Prozent der Europäer_innen fliegen regelmäßig). Aber sie deuten darauf hin, was derzeit auch in anderen ehemals öffentlichen Bereichen, einschließlich S-Bahn- und U-Bahn-Stationen, und ganzen Straßen und Stadtzentren geschieht. Der Pariser Bahnhof Saint-Lazare ist zu einem Einkaufszentrum geworden. In Bodø in Zentralnorwegen wurde die gesamte Hauptstraße privatisiert.

Dieser Text wurde am Osloer Flughafen geschrieben. Während ich einmal durchgereist bin (ich reise oft durch diesen Flughafen), wurde mir klar, dass der öffentliche Gang, der zu den Flugsteigen führte, geschlossen war. Das untenstehende Gedicht klagt die langsamen, aber starken Veränderungen in unseren öffentlich zugänglichen Räumen an. Einige unsichtbare Menschen organisieren strategisch diesen Raum, in dem wir abwägen, gehen, träumen oder den wir nur benutzen, um von einem Ort zum anderen zu gehen. Sie zwingen einen gewissermaßen in Gegenden, die man von allein nicht spontan betreten würde, und ich empfand dies als beängstigend. Dieses Gedicht soll als Symbol einer ganz bestimmten Form eines wachsenden Totalitarismus in Erinnerung bleiben: der Zwang zum Konsum.



Abb. 4 „Offizielle“
Wegeleitung

Ein Flughafen ist eine Zombie-Zone zwischen zwei Welten.

Nicht Nimmerland.

Nur nirgendwo.

Sie erhalten eine temporäre Staatsbürgerschaft
zwischen Check-In und Boarding.

Sie locken und nötigen Sie in eine Traumlandschaft von Fluren und
Gängen und dem lokalen Paradox zwischen dicht geschlossenen
Sicherheitseinrichtungen und weit geöffneten Geschäften.

Sie verwirren Sie auch.

Alles ist beschildert und beschriftet,
aber Sie wissen immer noch nicht, wo Sie sind.

Alles ist da, um Sie zu verführen, Luxusgüter und Speisen,
aber Sie fühlen sich völlig beraubt und gefangen.

Die Verkaufsflächen sind verlockend,
aber Sie haben sich nicht entschieden, hier einkaufen zu gehen.

Sie haben sich nicht entschieden, hier zu sein.

Sie kontrollieren Sie, führen Sie und belästigen Sie:

Werden Sie einem Einkauf widerstehen können?

Autor_innen

Phillipe Rekacewicz ist französischer Kartograph, Geograph und Journalist.



Zwischen Kontinuität und Erneuerung kritisch-materialistischer Raumforschung

Rezension zu Anne Vogelpohl, Boris Michel, Henrik Lebuhn, Johanna Hoerning und Bernd Belina (Hg.) (2018): *Raumproduktionen II. Theoretische Kontroversen und politische Auseinandersetzungen*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Carola Fricke

Umkämpfte und gesellschaftlich brisante Themen wie Flucht, Wohnungsnot oder Umweltbelastungen beschäftigen uns nicht nur in unserem Alltag, in Politik und Medien sowie in der Wissenschaft, sondern haben auch viel mit Raum und der Verräumlichung von Gesellschaft zu tun. Der Sammelband *Raumproduktionen II. Theoretische Kontroversen und politische Auseinandersetzungen* beschäftigt sich mit diesen und anderen aktuellen gesellschaftlichen Phänomenen und nimmt dabei das Verhältnis von Gesellschaft und Raum in den Blick. Mit dem Begriff der Raumproduktionen fasst der Band ein breites Spektrum an Forschungsthemen wie Migration, Mieterproteste und Landnahmen. Ausgangspunkt für die theoretische Einordnung dieser Phänomene ist ein Verständnis von Raum als soziales Produkt und als Gegenstand politischer Prozesse, die durch Auseinandersetzungen über Ungleichheiten gekennzeichnet sind.

Raumproduktionen II markiert als Jubiläumsband das zehnjährige Bestehen der gleichnamigen Reihe im Münsteraner Verlag Westfälisches Dampfboot. Der 2007 erschienene erste Band *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz* widmete sich noch der Übersetzung von angloamerikanischen Autoren_innen bzw. Texten aus den 1990er Jahren. Der vorliegende zweite Band versammelt hingegen acht Originalbeiträge zu aktuellen Themen der internationalen wissenschaftlichen Debatte zu Raum und Gesellschaft. Das Herausgeberteam besteht mit Bernd Belina (Frankfurt am Main) und Boris Michel (Erlangen) einerseits aus den Mitbegründern der Reihe. Andererseits bindet es mit Anne Vogelpohl (Hamburg), Henrik Lebuhn (Berlin) und Johanna Hoerning (Berlin) weitere Herausgeber_innen der deutschsprachigen kritisch-materialistischen Forschung ein.

In der Einleitung nennen Bernd Belina, Boris Michel und Anne Vogelpohl das zehnjährige Jubiläum der Reihe *Raumproduktionen* als Anlass und Hintergrund des Sammelbandes. Daneben setzen sie zwei Weichenstellungen für die folgenden Beiträge des Bandes. Erstens wählen die Herausgeber_innen über – wie sie es bezeichnen – „Gegenstände“ (Belina/Michel/Vogelpohl 2018: 10) als theoriegenerierende Felder einen Einstieg in die Debatte.

Abb. 1 Titelseite des Buches (Quelle: Verlag Westfälisches Dampfboot)



Zweitens formulieren sie den Anspruch eines produktiven Dialogs von Theorieangeboten.

Mit „Gegenständen“ greifen die Beiträge erstens Themenfelder und Begrifflichkeiten aktueller theoretischer Debatten der kritischen Forschung auf. Der Zugang über die Gegenstände Infrastruktur, Körper, Umwelt, Planung und Partizipation, Protest, Urban Citizenship, Algorithmen und Big Data, Worlding und Planetarisierung eröffnet einen erfrischenden Blick auf aktuelle theoretische Diskussionen. Die Beiträge fokussieren Phänomene oder gesellschaftliche Teilbereiche, deren Auswahl aktuelle Themenkonjunkturen in der deutschsprachigen und internationalen Forschungscommunity widerspiegelt. Der Zugang über konkrete physisch-materielle, soziale oder politische Phänomene anstelle von bestimmten Theoretiker_innen oder Denkschulen[1] erlaubt eine anschauliche Argumentation basierend auf der Verknüpfung von Theorie und politischer und wissenschaftlicher Praxis. Zudem eröffnen die gegenstandsbezogenen Betrachtungen einen Zugang jenseits von disziplinären Konzepten. Gerade dieser interdisziplinäre Charakter der Debatte spiegelt sich auch in den unterschiedlichen Disziplinen der Autor_innen wider, die hier vertreten sind: Geographie, Soziologie, Architektur, Planung und Städtebau.

Der Sammelband verfolgt zweitens das Ziel, einen produktiven, pointierten Dialog zwischen kritisch-materialistischen Raumtheorien und alternativen Theorieangeboten anzuregen. In der Einleitung formulieren die Herausgeber_innen den Anspruch, zu einer „Schärfung eines explizit kritischen und materialistisch konturierten Zugangs zu Raumproduktionen beizutragen“ (Belina/Michel/Vogelpohl 2018: 9). Die Aufgabenstellung an die Autor_innen der Beiträge ist daher vielschichtig und durchaus anspruchsvoll gewesen: Sie sollten mit Bezug auf ihren Gegenstand durch die Abgrenzung und Auseinandersetzung mit herausfordernden theoretischen Ansätzen an einer Aktualisierung und Neuausrichtung eines kritisch-materialistischen Zugangs in der raumbezogenen Forschung mitwirken. Der Auftrag, den die Beiträge erfüllen sollen, umfasst „ein angemessenes Aufgreifen politisch brisanter Gegenstände, deren Verbindung mit einem zugespitzten Dialog zwischen verschiedenen Theorieangeboten und dabei Kritik im Sinne von Veränderbarkeit und Veränderung stetig im Blick“ (Belina/Michel/Vogelpohl 2018: 11).

Diesen gemeinsamen Arbeitsauftrag haben die Autor_innen unterschiedlich umgesetzt. Einige Beiträge – wie solche zu Infrastruktur (Stefan Höhne und Matthias Naumann), Planung und Partizipation (Nina Gribat und Manuel Lutz), Protest (Catarina Gomes de Matos und Daniel Mullis), Worlding und Planetarisierung (Johanna Hoerning) – setzen die Vorschläge der Herausgeber_innen kohärent um. Sie bieten einen systematischen Überblick über kritisch-materialistische Ansätze in ihrem Themenbereich, deren Gegenpositionen oder Erneuerungen, und schließen mit einer Synthese. Durch die dialoghafte Gegenüberstellung von Theorieangeboten in einem breit angelegten Themenbereich bieten diese Beiträge eine Übersicht zum aktuellen Stand der Forschung, wie sie im weitesten Sinne auch in ‚state-of-the-art‘-Artikeln in Zeitschriften zu finden sind. Dem liegt eine weite Definition des Gegenstandsbereiches zugrunde. Als Beispiel kann hier der Beitrag „Infrastruktur. Zur Analyse sozio-technischer Netzwerke zwischen altem und neuem Materialismus“ skizziert werden. Stefan Höhne und Matthias Naumann zeigen

darin zunächst verschiedene Definitionen und disziplinäre Perspektiven auf. Im Folgenden bieten sie einen überblicksartigen Einstieg in die Debatte zum ‚infrastructural turn‘ aus der Perspektive der Politischen Ökonomie und des ‚New Materialism‘ im Sinne der Actor-Network- und Assemblage-Theorie. In ihrer abschließenden Gegenüberstellung von altem und neuem Materialismus reflektieren die Autoren das ‚Recht auf Infrastruktur‘, welches die beiden Theoriestränge verbinden und Synergien zwischen ihnen schaffen könnte.

Manche der Autor_innen wählen einen ihrem ‚Gegenstand‘ oder dem eigenen Arbeitsbereich stärker angepassten Zugang. Der Beitrag von Nadine Marquardt und Anke Strüver „Körper. Machtgeladene Intra-aktionen zwischen Biologischem und Sozialem“ bietet beispielsweise weniger eine dialoghafte Gegenüberstellung als eine breite Übersicht über theoretische Stränge der feministischen Debatte zum Körper. In einem zweiten Schritt diskutieren die Autorinnen das Verhältnis von Körper und Raum sowie die Materialität des Körpers anhand konkreter Beispiele. Henrik Lebuhn wiederum wählt einen stärker praxisbezogenen Zugang zum Gegenstandsbereich. Sein Beitrag „Urban Citizenship. Politiken der Bürgerschaft und das Recht auf Stadt“ nimmt den kommunalen Personalausweis in New York als Ausgangspunkt für eine stärker empirisch ausgerichtete Betrachtung von Stadtbürgerschaft/Citizenship, die er in die ‚Recht auf Stadt‘-Debatte einordnet. Maria Backhouse geht in ihrem Beitrag „Umwelt. Die neue Einhegung der Natur“ thesegeleitet vor und entwickelt David Harveys Konzept der Akkumulation der Enteignung in Bezug auf Grüne Landnahmen weiter. Dabei folgt der Beitrag einem relativ engen Begriffsverständnis des Gegenstandsbereichs Umwelt als „fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation“ (Backhouse 2018: 61).

Diese vielseitige Zusammenstellung an Themen und die unterschiedlichen Schwerpunkte in den Beiträgen machen die Lektüre des Sammelbandes abwechslungsreich. Mit Blick auf die heterogenen Zugänge und angesichts dessen, dass die Herausgeber_innen auf eine thematische Gruppierung der Beiträge verzichtet haben, leistet das Resümee von Johanna Hoerning und Henrik Lebuhn (2018) eine Systematisierung. In ihrem abschließenden Kapitel greifen sie Ähnlichkeiten der Beiträge auf und reflektieren sie entlang von zwei Dimensionen: erstens entlang der Gegenüberstellung von Strukturen und Praktiken, zweitens entlang des Bezugs mancher Beiträge auf Henri Lefebvres Recht auf Stadt.

Im Resümee spiegelt sich jedoch auch eine Ambivalenz des Sammelbandes hinsichtlich der angestrebten Auseinandersetzung mit kritisch-materialistischen Konzepten der Raumproduktion und des Dialogs mit neueren Theorieangeboten wider. Aufbauend auf dem Eingeständnis einer heterogenen Theorielandschaft diskutieren Hoerning und Lebuhn auch die „theoretischen Fliehkräfte“ (182), die sowohl das Feld als auch den Sammelband kennzeichnen.

Die Öffnung der kritisch-materialistischen Debatte gegenüber alternativen Theorieströmungen und theoretischen Weiterentwicklungen erlaubt eine Auseinandersetzung mit konkurrierenden Ansätzen wie zum Beispiel mit dem Assemblage-Ansatz, der Akteur-Netzwerk-Theorie oder den Science and Technology Studies. Der im Sammelband geübte Dialog mit sozialkonstruktivistischen, praxis- und diskurstheoretischen Theoriesträngen erhöht damit die Anschlussfähigkeit kritisch-materialistischer Ansätze an benachbarte

wissenschaftliche Debatten und trägt zu ihrer Weiterentwicklung bei. Im Gegenzug führt diese Öffnung der Debatte jedoch auch zu Leerstellen, die im Sammelband nicht gefüllt werden können. Gemeinsame Schlüsselautoren wie Karl Marx, David Harvey oder Henri Lefebvre werden nicht in der Vielschichtigkeit ihrer Ansätze, sondern nur punktuell in Bezug auf einzelne Konzepte aufgegriffen. Zentrale Grundbegriffe wie ‚Raumproduktion‘ oder ‚Macht, Herrschaft, Ungleichheit‘ werden von einzelnen Autor_innen vornehmlich in Bezug auf ihren Gegenstandsbereich erläutert. Beispielsweise verstehen Catarina Gomes de Matos und Daniel Mullis (2018) kritisch-materialistische Debatten als „Reartikulation marxistischen Denkens“ (105), welches sie im Bereich der gesellschaftsanalytischen Protestforschung vor allem um Manuel Castells und Jacques Rancière erweitert sehen (106f.). Nina Gribat und Manuel Lutz (2018) definieren dahingegen das Konzept ‚kritisch-materialistisch‘ in einer Fußnote (82) und üben in diesem Zusammenhang Kritik an der fehlenden Anschlussfähigkeit von (international inspirierter) kritischer Stadtforschung an die deutschsprachige Planungsdebatte (85ff.).

Beim vergleichenden Lesen der Beiträge zeigt sich, dass die Autor_innen zwar von ähnlichen Begrifflichkeiten, aber unterschiedlich nuancierten Gesellschafts- und Raumverständnissen ausgehen. Dennoch gibt es einige inhaltliche Überschneidungen zwischen den Beiträgen. Wiederholt wird auf die Wasserkrise in Flint und die urbanen Proteste in Berlin und Hamburg hingewiesen. Ein Vergleich zwischen den Ansätzen und Beiträgen hätte in der Synthese über diese gemeinsamen Beispiele noch stärker zugespitzt werden können. Zudem sind die Grenzen zwischen den ‚Gegenständen‘ Planung und Partizipation, Urban Citizenship und Protest und den entsprechenden Beiträgen fließend. Während der Sammelband also den Dialog nach außen, das heißt zu alternativen Theorieangeboten sucht, zeigt die Zusammenschau auch, dass eine Auseinandersetzung nach innen sowohl zwischen den Gegenstandsbereichen als auch zwischen den Strängen kritisch-materialistischer Forschung weiterhin lohnenswert ist.

Eine andere Bruchstelle des Sammelbandes bezieht sich auf die Übersetzung internationaler Debatten und eine Weiterentwicklung der deutschsprachigen Debatte. Beachtlich ist dabei, wie die Autor_innen angloamerikanische beziehungsweise internationale Beiträge auf kleinstem Raum pointiert zusammenbringen. Während dabei eine sprachliche Übersetzung ganzer Debattenfelder geleistet wird, erfolgt jedoch weniger eine inhaltliche Übertragung der stark generalisierenden Konzepte in den spezifischen Kontext. Es wird in den Beiträgen beispielsweise nicht immer deutlich, was den „eigenständige[n] deutschsprachige[n] Diskussionszusammenhang“ (Belina/Michel/Vogelpohl 2018: 9) in den jeweiligen Gegenstandsbereichen ausmacht. Eine Ausnahme davon bildet wiederum der Beitrag von Nina Gribat und Manuel Lutz „Planung und Partizipation“, der nicht nur drei unterschiedliche disziplinäre Debatten zueinander in Bezug setzt, sondern darüber hinaus auch nach dem Anschluss an die deutschsprachige Diskussion in konventionellen, das heißt auch nicht kritisch-materialistisch ausgerichteten Fachforen sowie an die deutsche Planungspraxis sucht.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Sammelband einen durchaus lesenswerten Einstieg und Überblick in die Bandbreite der theoretischen Debatten zu Raumproduktionen im deutschsprachigen Raum

bietet. Mit dem Fokus auf die politische Dimension der gesellschaftlichen Raumproduktionen und der Betrachtung von ‚Gegenständen‘ bietet der Sammelband eine anschauliche Momentaufnahme der aktuellen kritischen Debatten im deutschsprachigen Wissenschaftskontext. Ob nun durch die Auseinandersetzung mit alternativen, praxis- und diskurstheoretischen sowie sozialkonstruktivistischen Theorieangeboten eine Weiterentwicklung oder Erneuerung von kritisch-materialistischen Positionen erfolgt ist, wird von den Autor_innen des Sammelbandes offengelassen. Der Jubiläumsband wirft damit offene Fragen auf, die neugierig machen darauf, wie sich die Raumproduktionen-Reihe weiterentwickeln wird. Dabei zeigt der Sammelband auch, dass die kritisch-materialistische Forschung nicht, wie von den Reihenherausgebern vormals befürchtet, an deutschsprachigen Hochschulen marginalisiert sei (Belina/Michel/Vogelpohl 2018: 8), sondern dass sie durchaus anschlussfähig an breitere disziplinäre Debatten und dialogbereit gegenüber alternativen Theorieangeboten ist.

Die Publikation dieses Beitrags wurde durch den Open-Access-Publikationsfonds der Deutschen Forschungsgemeinschaft und der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg gefördert.

Endnoten

- [1] Siehe im Vergleich dazu zum Beispiel den Sammelband zu *Theorien in der Raum- und Stadtforschung. Einführungen*, herausgegeben von Jürgen Obenbrügge und Anne Vogelpohl (2014).

Autor_innen

Carola Fricke forscht zu Städten, Metropol- und Grenzregionen in Europa mit Fokus auf Mobilität von Politiken zwischen Ebenen und Orten sowie zur räumlichen Dimension von Politiken.
carola.fricke@geographie.uni-freiburg.de

Literatur

- Backhouse, Maria (2018): Umwelt – die neue Einhegung der Natur. In: Anne Vogelpohl / Boris Michel / Henrik Lebuhn / Johanna Hoerning / Bernd Belina (Hg.): Raumproduktionen II. Theoretische Kontroversen und politische Auseinandersetzungen. Münster: Westfälisches Dampfboot, 60-80.
- Belina, Bernd / Michel, Boris (Hg.) (2007): Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz. (Raumproduktionen: Theorie und gesellschaftliche Praxis Band 1) Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Belina, Bernd / Michel, Boris / Vogelpohl, Anne: Gesellschaftliche Praxis im Spiegel kontroverser Raumtheorien. Zur Einleitung. In: Anne Vogelpohl / Boris Michel / Henrik Lebuhn / Johanna Hoerning / Bernd Belina (Hg.): Raumproduktionen II. Theoretische Kontroversen und politische Auseinandersetzungen. Münster: Westfälisches Dampfboot, 7-15.
- de Matos, Catarina Gomes/ und Mullis, Daniel (2018): Protest – Bewegungs- und Gesellschaftsforschung aus kritisch-materialistischer Perspektive. In: Anne Vogelpohl / Boris Michel / Henrik Lebuhn / Johanna Hoerning / Bernd Belina (Hg.): Raumproduktionen II. Theoretische Kontroversen und politische Auseinandersetzungen. Münster: Westfälisches Dampfboot, 100-119.

- Gribat, Nina / Lutz, Manuel (2018): Planung und Partizipation: Zwischen Emanzipation, Kollaboration und Vereinnahmung. In: Anne Vogelpohl / Boris Michel / Henrik Lebuhn / Johanna Hoerning / Bernd Belina (Hg.): Raumproduktionen II. Theoretische Kontroversen und politische Auseinandersetzungen. Münster: Westfälisches Dampfboot, 81-99.
- Hoerning, Johanna / Lebuhn, Henrik (2018): Raumproduktionen: Inspirationen aus aktuellen kritischen Debatten – ein Resümee. In: Anne Vogelpohl / Boris Michel / Henrik Lebuhn / Johanna Hoerning / Bernd Belina (Hg.): Raumproduktionen II. Theoretische Kontroversen und politische Auseinandersetzungen. Münster: Westfälisches Dampfboot, 178-188.
- Oßenbrügge, Jürgen / Vogelpohl, Anne (Hg.) (2014): Theorien in der Raum- und Stadtforschung. Einführungen. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Vogelpohl, Anne / Michel, Boris / Lebuhn, Henrik / Hoerning, Johanna / Belina, Bernd (Hg.) (2018): Raumproduktionen II. Theoretische Kontroversen und politische Auseinandersetzungen. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Sozio-technische Existenzbedingungen der Stadt

Rezension zu Michael Flitner, Julia Lossau und Anna-Lisa Müller (Hg.) (2017):
Infrastrukturen der Stadt. Wiesbaden: Springer VS.

Johannes Coughlan

Städte stellen sich heute nicht nur als örtliche Bezugspunkte, kulturelle Formen oder soziale Ökosysteme dar, sondern vornehmend auch als komplexe technische Akteurskonstellationen einer „post-sozialen“ Lebensart (Knorr-Cetina 1997). Infrastrukturen bilden in einer „planetarisch“ verstärkten Lebensform (Brenner/Schmid 2011) einen entscheidenden – vielleicht *den* entscheidenden – Modus, in dem sich das komplexe Zusammenspiel verschiedener urbaner Akteure zeigt. Dem Sammelband der Bremer Geograph_innen Michael Flitner, Julia Lossau und Anna-Lisa Müller kommt das große Verdienst zu, Stadt und Infrastruktur zusammenzudenken und zu fragen: Welche Heuristiken können uns dabei helfen, die gesellschaftliche Komplexität zu erkunden, die sich aus dem Zusammenspiel des Städtischen mit seinen technisch-infrastrukturellen Bedingungen ergibt?

Die Herausgeber_innen stellen verschiedene methodologische Ansätze und sozialtheoretische Schwerpunkte nebeneinander und versuchen dabei möglichst die Weite des Untersuchungsfeldes zu erfassen, ohne die Kohäsion der Einzelbeiträge des Bandes insgesamt zu gefährden. Das Buch ist in fünf Themenfelder (Leitbilder, Politik, Praktiken, Atmosphären, Regulierungen) mit je zwei Beiträgen unterteilt, die von einer Coda zu „Infrastrukturen im Dorf“ ergänzt werden.

In der Einleitung positionieren die Herausgeber_innen ihren Band explizit an der Schnittstelle verschiedener Forschungstraditionen. Insgesamt nimmt der Band aber eine kulturgeographische Perspektive ein, wobei der Einfluss der *Science and Technology Studies* (STS) mit ihrem Fokus auf die materiellen und technischen Konstitutionsbedingungen gegenwärtiger Gesellschaften besonders auffällig ist. Neben den Beiträgen, die sich mit dem alltagspraktischen Umgang mit Infrastrukturen befassen (Marquardt, Felgenhauer, Müller), sind vor allem Beiträge zu historischen (van Laak, Gandy) und aktuellen Diskursen zu Stadtentwicklung und -planung (Flitner, Beveridge/Naumann, Lossau, Monstadt/Wolff) prominent vertreten. Als gesellschaftstheoretische Rahmenbedingungen heben die Herausgeber_innen zudem den Befund des „splintering urbanism“ (Graham/Marvin 2001) sowie die wachsende Bedeutung sogenannter „kritischer Infrastrukturen“ (Folkers 2012) hervor. Im

Abb. 1 Titelseite des Buches (Quelle: Verlag Springer VS)



Folgenden werde ich auf die fünf Themenfelder eingehen und jeweils einen Beitrag hervorheben und diskutieren, welche heuristische Impulse dieser der empirischen Forschung zu urbanen Infrastrukturen geben kann.

Im ersten Themenfeld zu „Leitbildern“ städtischer Infrastrukturentwicklung gibt Antje Matern einen Überblick über die historische Koevolution von Städten, technischen Infrastrukturen und ihren kulturellen Leitbildern von Haussmann bis in die Spätmoderne. Michael Flitner fokussiert spezifisch auf das Leitbild „grüner Infrastrukturen“, worunter er nicht Technologien (z. B. Windräder) sondern die belebte Umwelt (z. B. Grünflächen) fasst. Er verweist dabei darauf, dass dieses Konzept sowohl in der Theorie als auch in der politischen Praxis an Aufmerksamkeit gewonnen habe. Diskurskritisch erläutert er, wie Natur hier vor allem nach dem Kriterium ihrer kapitalistischen Verwertbarkeit betrachtet wird. Eine so als allgemeine Produktionsbedingung verstandene Umwelt müsse immer wieder in Bezug auf Maßstäbe (*scales*) und Quantifizierung formiert und in einen Verwertungszusammenhang eingliedert werden. Flitner betont, dass städtische Naturen „im Plural“ (Flitner 2017: 60) gedacht und der Kontroverse geöffnet werden müssen, um es Akteur_innen zu erlauben, deren Aneignung lokal zu artikulieren und selbst verschiedene Werte (z. B. Gesundheit, Sicherheit, Freizeitnutzung) zu priorisieren.

Im Feld „Politik“ beschreiben Ross Beveridge und Matthias Naumann den Verlauf der Konflikte zur Energie- und Wasserversorgung in Berlin. Dieser in anderer Fassung schon 2015 erschienene Beitrag scheint allerdings etwas gealtert zu sein. Gerade die der Partei „Die LINKE“ gegenüber sehr kritische Haltung könnte noch erweitert beziehungsweise neu bewertet werden, seitdem diese 2016 erneut Regierungsverantwortung in der Stadt übernommen hat. Nadine Marquards Beitrag zu „Zonen infrastruktureller Entkopplung“ wendet sich von einer Perspektive der STS eher den Mikro-Praktiken zu, die zur permanenten Aushandlung der Vollzugsrealität von Infrastrukturen beitragen. Sie stellt sich explizit gegen die Annahme, Infrastrukturen seien stets unsichtbar und automatisiert. Vielmehr zeigt Marquard beispielhaft anhand von Alltagspraktiken Obdachloser, wie Neu- und Querverbindungen innerhalb infrastruktureller Systeme „bastelnd“ neu geschaffen werden. Zwar bleiben empirisch noch einige Fragen offen: Kann beispielsweise wirklich behauptet werden, dass der illegale Wiederverkauf gebrauchter Tickets für den ÖPNV, die sonst von Nutzer_innen weggeworfen worden wären, in einem relevanten Ausmaß „öffentliche Mobilitätsstrukturen“ schafft, die „vornehmlich von Armen für Arme organisiert“ sind (Marquardt 2017: 96)? Die Anbindung solcher empirisch behandelbarer Fragen an den im Band angeführten Diskussionsstand und die konzeptionelle Einarbeitung der Theorien Manuel Castells' und Michel Serres' eröffnen aber weitgehende forschungspraktische Konsequenzen. So könnten an diesen Beitrag anschließend reflexive – sogar subversive – Bezugnahmen auf Infrastrukturen entwickelt werden oder aber multiperspektivisch die Existenz verschiedener „Sinnschichten“ (Schütz 1971) mit spezifischen Alltagspraktiken als Bedingung städtischer und technischer Umwelten diskutiert werden. Im Vergleich zum Beitrag von Beveridge und Naumann gliedert sich Marquards Verständnis der politischen Aufgeladenheit von Alltagspraktiken auch konzeptionell natürlicher in die Themen des Sammelbandes ein.

Anna-Lisa Müllers Beitrag zu „Praktiken“ involviert die Leser_innen erneut in eine längere konzeptionelle Diskussion zum Status materieller Agenten in den STS, der womöglich früher im Band besser gepasst hätte. Auch empirische Beispiele wie die Hamburger Müllereimer mit Klappen und die Einführung von Ringbechern können ihre konzeptionellen Punkte zwar gut illustrieren, werden den mit den STS vertrauten Leser_innen jedoch kaum neu erscheinen. Tilo Felgenhauer nähert sich dem Thema digitale Infrastrukturen hingegen mit Blick auf eine systematisch Beforschung. Er lädt dazu ein, der Vorstellung von der Digitalisierung als Enträumlichung zu widerstehen und sie stattdessen als Möglichkeit für kreative und potentiell politische Gestaltung von Sozial- und Raumbeziehungen zu sehen. Felgenhauer beschreibt sich wandelnde Interaktionsformen mit Infrastruktursystemen, die sich auf drei „Dimensionen des Urbanen“ – Rationalisierung, Individualisierung und Vergemeinschaftung – auswirken würden und je spezifische Raumordnungen mit sich bringen: Algorithmen (*Rationalisierung*) kodieren Räume numerisch, nutzerzentrierte Interface-Gestaltungen (*Individualisierung*) schaffen ego- und aufenthaltsbezogene Raumbezüge mittels „indexikalischer“ Sprache (hier, dort, links, rechts) sowie eine von Expert_innenwissen unabhängige Anschlussfähigkeit für Laien (*Vergemeinschaftung*). Felgenhauer verschiebt so die Perspektive von der machtzentrierten Gegenüberstellung von Produzent und Konsument technischer Infrastrukturen hin zu einer komplexeren Betonung alltäglicher Aneignungsprozesse. Der Fokus liegt auf den Laiennutzer_innen, die über den technischen und alltagssprachlichen Umgang mit digitalen Techniken das Verhältnis von Räumlichkeit und Sozialisierungsformen bestimmen. An Michel Foucault geschulte Leser_innen mögen derartige Schlussfolgerungen wohl wieder machtkritisch einfangen wollen. Felgenhauers sich selbst als „(p)hänomenologisch“ (2017: 121) verstehender Beitrag eröffnet einen auch für diesen Sammelband durchaus eigenständigen Zugang, dem es durch sein konzeptionelles Gerüst der „Dimensionen des Urbanen“ gelingt, der Beforschung von Alltagspraktiken ein heuristisches Raster zu geben. Damit bringt er nicht nur Veränderungen von Interaktionsformen zusammen, sondern bietet auch ein Handwerkszeug für darauf in Zukunft aufbauende Diskussionen, wie es Fallstudien sonst eher selten gelingt.

Im Themenbereich „Atmosphären“ nimmt sich Julia Lossau den Begriff des „Unheimlichen“ vor und versucht dessen heuristischen Nutzen anhand der Analyse eines Entwurfsbeispiels für ein unterirdisches Tunnelnetz in Amsterdam darzustellen. Daran zeige sich eine schon aus *Science Fiction*-Klassikern bekannte Dualität der Ermächtigung und Entfremdung durch Technik. Dirk Laak geht weniger vom Konzept einer Atmosphäre aus, sondern vielmehr vom Objekt und zeichnet nach, wie die Stadtstraße kultureller Bezugspunkt in Metropolen und der sich ausbildenden Stadtsoziologie wurde. Der von Georg Simmel, Walter Benjamin und anderen beschriebenen psycho-sozialen Herausforderung der Menschen durch die Stadt wird bereits am Ende des 19. Jahrhunderts mit Verhaltenslehren für die Stadtstraße begegnet. Laak zeigt, wie Infrastrukturen Anlass und Triebfeder reformerischer Erziehung und Disziplinierung „von oben“ sind, deren spezifische Probleme sowohl technisch (Verkehrssampeln) als auch rechtlich (StVO) gelöst werden. Gleichzeitig werden sie aber auch „von unten“ herausgefordert und

somit „zum täglichen Test- und Übungsfeld für die zirkulativ strukturierte Gesellschaft der Gegenwart“ (Laak 2017: 157). Diese historische Perspektive ließe sich auf diese Weise auch an andere Formen praxisbasierter Forschung anschließen, zum Beispiel Studien des Typs von Marquardt in diesem Band.

Der fünfte Teil des Bandes, welcher sich dem Thema „Regulierungen“ widmet, ist meines Erachtens der insgesamt gelungenste. Dies liegt zum einen an der Verbindbarkeit beider Beiträge: Sowohl Matthew Gandy als auch Jochen Monstadt und Annika Wolff widmen sich dem Umgang mit Wasser bzw. Energie- und Wasserversorgung in Los Angeles. Zum anderen gelingt es Gandy die Kontingenz und gegenwärtige Unklarheit der Grenze zwischen Naturbedingungen und technischen Infrastrukturen besonders deutlich nachzuzeichnen. Sein historisches Beispiel ist dabei der Los Angeles River, welcher im 19. Jahrhundert noch zur Bewässerung genutzt, nach der Fertigstellung des Los Angeles Aquädukts aber vor allem für den Abwasserabfluss und als Überschwemmungsgebiet eingesetzt wurde. Ab 1935, also während der Zeiten des *New Deal*, werden großflächig Kanäle errichtet, um den Fluss darin zu unterstützen, wodurch er letztlich als Fluss unkenntlich gemacht wird. Die zunehmende Automobilsierung erhöht den Druck auf das Überschwemmungsgebiet, doch, so zeigt Gandy, wird seit den 1980er Jahren der Fluss Objekt neuer politischer Anrufungen: Ganz verschiedene Organisationen fordern nun eine neue Politik, die sich von der technokratischen Vision der 1930ern unterscheidet. Gandy beschreibt eindrucksvoll die Vielschichtigkeit dieser politischen Projektion und ihrer diversen Leitformeln (technisches Gelingen, soziale Gerechtigkeit, Ökologie).

Resümierend lässt sich feststellen, dass die Stärke des Bandes über die „Infrastrukturen der Stadt“ darin liegt, verschiedene empirisch-qualitative Ansätze aufzuzeigen und Sozialwissenschaftler_innen verschiedener Hintergründe zu ermuntern, Perspektiven auf die Schnittstelle von Urbanität und Infrastruktursystemen zu entwickeln. Angesichts der Vielseitigkeit, der Hybridität und der vermeintlichen Unsichtbarkeit von Infrastrukturen ist ein so facettenreicher Blick fraglos notwendig. Dabei darf auch verziehen werden, dass die Beiträge etwas unvermittelt nebeneinander stehen und eine Beschränkung auf weniger Themenschwerpunkte oder eine stärkere inhaltliche Zentrierung insgesamt gut getan hätte. Beispielsweise wäre auch eine Einteilung in konzeptionelle, diskurs- und planungszentrierte, und auf Alltagspraktiken abzielende Beiträge denkbar gewesen. Als Leser_in ist man im Anschluss an die Lektüre weiterhin mit der Frage konfrontiert, wie viel Orientierungskraft der Zugriff auf „Infrastrukturen der Stadt“ wirklich geben kann. Es lässt sich des Eindrucks nicht ganz verwehren, dass hier zwei Begriffe zusammengebracht werden, die eigenständig bereits kontrovers diskutiert werden. Gemeinsam lassen sie zwar viel Spielraum, aber vielleicht zu viel Spielraum, um daraus einen letztlich kohärenten Sammelband zu gestalten. Hervorzuheben sind jene Beiträge, für die es nicht um Infrastrukturen *in* der Stadt geht, bei denen also das Verhältnis von Stadt und Infrastruktur nicht relativ zufällig wirkt, sondern denen es gelingt, die hybride und sich wandelnde Gestalt des Städtischen durch seine Infrastrukturen zu erzählen (ich denke da vor allem an die Beiträge von Marquardt, Felgenhauer, van Laak, Lossau und Gandy).

Zudem lässt sich sagen, dass der Sammelband trotz seiner Breite einen Bezug zum globalen Süden vermissen lässt, wie die Herausgeber_innen selbst

eingestehen (Flitner/Lossa/Müller 217: 15). Im Lichte der Herausforderung nicht-okzidentaler *Megacities* erscheint dies jedoch durchaus als verpasste Chance. Auch stärker feministische Perspektiven fehlen, was angesichts der vielen Bezüge auf die STS etwas verwundert. Es ließe sich im Anschluss an die feministische Technikforschung vermutlich doch einiges über die (Un-)Sichtbarkeiten von Infrastrukturen und infrastruktureller Arbeit sagen. Zugegebenermaßen würde dies das unterliegende Problem, die vielen Beiträge in eine kohärentere Form zu bringen, jedoch nur noch vergrößern.

Von besonderem Interesse wird dieser Band für handlungstheoretisch, mikrosoziologisch und an den STS interessierte Leser_innen sein. Für künftige Projekte wäre ein stärker thematisch fokussierter Zuschnitt zu wünschen, den dieser Sammelband wohl noch nicht leisten kann. Doch ist es mit dessen Hilfe vielleicht möglich, sich an einzelnen Beiträgen zu orientieren und daraus eine eigenständige und stärker geschlossene Perspektive zu entwickeln. Für Geograph_innen, Soziolog_innen und gerade auch Studierende in der Explorationsphase bietet dieser Sammelband dafür reichliche Forschungsbeispiele und Inspiration in einem Themenfeld, dessen Bedeutung zweifellos weiterhin wachsen wird.

Autor_innen

Johannes Coughlan ist Soziologe und forscht aktuell praxeographisch zu Bewertungskriterien in Entwurfspraktiken der Architektur.
johannescoughlan@gmail.com

Literatur

- Brenner, Neil / Schmid, Christian (2011): Planetary urbanisation. In: Matthew Gandy (Hg.), *Urban Constellations*. Berlin: Jovis, 10-13.
- Knorr-Cetina, Karin (1997): Sociality with objects. Social relations in postsocial knowledge societies. In: *Theory, Culture & Society* 14/4, 1-30.
- Felgenhauer, Tilo (2017): Die Räume des Codes und die Räume des Alltags – Zur Aneignung urbaner digitaler Infrastrukturen. In: Michael Flitner / Julia Lossau / Anna-Lisa Müller (Hg.), *Infrastrukturen der Stadt*. Wiesbaden: Springer VS, 107-124.
- Flitner, Michael (2017): Grüne Infrastruktur und die Erneuerung städtischer Naturen. In: Michael Flitner / Julia Lossau / Anna-Lisa Müller (Hg.), *Infrastrukturen der Stadt*. Wiesbaden: Springer VS, 45-64.
- Flitner, Michael / Lossa, Julia / Müller, Anna-Lisa (2017): Infrastruktur, Stadt und Gesellschaft. Eine Einleitung. In: Michael Flitner / Julia Lossau / Anna-Lisa Müller (Hg.), *Infrastrukturen der Stadt*. Wiesbaden: Springer VS, 1-19.
- Folkers, Andreas (2012): Kritische Infrastruktur. In: Nadine Marquardt / Verena Schreiber (Hg.), *Ortsregister. Ein Glossar zu Räumen der Gegenwart*. Bielefeld: transcript, 154-159.
- Graham, Steve / Marvin, Simon (2001): *Splintering Urbanism. Networked Infrastructures, Technological Mobilities and the Urban Condition*. London/New York: Routledge.
- Laak, Dirk (2017): Vom Lebensraum zum Leitungsweg. Die Stadtstraße als soziale Arena. In: Michael Flitner / Julia Lossau / Anna-Lisa Müller (Hg.) (2017), *Infrastrukturen der Stadt*. Wiesbaden: VS, 145-162.
- Marquardt, Nadine (2017): Zonen infrastruktureller Entkopplung. Urbane Prekarität und soziotechnische Verknüpfungen im öffentlichen Raum. In: Michael Flitner / Julia Lossau / Anna-Lisa Müller (Hg.), *Infrastrukturen der Stadt*. Wiesbaden: Springer VS, 89-104.
- Schütz, Alfred (1971): Über die Mannigfaltigen Wirklichkeiten. In: *Gesammelte Aufsätze*. Dordrecht: Springer, 237-298.



